



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>



FORUM ZEITGESCHICHTE Band 7

SYBILLE BAUMBACH, UWE KAMINSKY
ALFONS KENKMANN, BEATE MEYER

Rückblenden

Lebensgeschichtliche Interviews mit
Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg

Ergebnisse

**Sybille Baumbach, Uwe Kaminsky,
Alfons Kenkmann, Beate Meyer**

Rückblenden

**Lebensgeschichtliche Interviews mit
Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg**

Ergebnisse Verlag

Forum Zeitgeschichte Band 7

**Herausgegeben von der
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg**

Redaktion: Frank Bajohr

Sybille Baumbach, Uwe Kaminsky,
Alfons Kenkmann, Beate Meyer

Rückblenden

**Lebensgeschichtliche Interviews mit
Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg**

Hamburg 1999

Die deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Rückblenden : lebensgeschichtliche Interviews mit Verfolgten des
NS-Regimes in Hamburg / Sybille Baumbach ... - Hamburg :

Ergebnisse-Verl., 1999

(Forum Zeitgeschichte ; Bd. 7)

ISBN 3-87916-042-2

Hamburg 1999

© Ergebnisse Verlag. Alle Rechte vorbehalten

Satz: Text & Consorten, Hamburg

Druck: Runge, Cloppenburg

Inhalt

Vorwort von Joist Grolle	7
Einführung und Danksagung der Autorinnen und Autoren	9
Sybille Baumbach	
Die Verfolgung Hamburger Juden aus lebensgeschichtlicher Perspektive	13
I. Einleitung	13
1. Interviews mit jüdischen Zeitzeugen	13
2. Zum Quellenbestand lebensgeschichtlicher Interviews mit jüdischen Emigranten in der »Werkstatt der Erinnerung«	16
3. Forschungsstand und Fragestellung	23
II. Die Verfolgung in der Darstellung der Zeitzeugen	26
1. »Wir hatten sehr gute Freunde, die haben alle 100 Prozent zu uns gehalten« – Elke Petsch	26
2. »Ich vertraue auf Gott, und er tut, was er für richtig hält« – Henry Harrison	65
3. »Ich war ein schrecklicher Dickkopf« – Eileen Blyton	90
4. »Man war niemals ein ganzer Mensch, dauernd hatte man Angst« – Günther Feiner	110
III. Schlußbetrachtung	123
Beate Meyer	
Grenzgänger zwischen »Normalität« und Verfolgung – Die Situation »jüdischer Mischlinge« in der NS-Zeit	130
I. Einleitung	130
II. Die nationalsozialistische »Mischlingspolitik« im Spiegel der historischen Forschung	132
III. Der Interviewbestand »Halbjuden«	137
IV. Verfolgungserfahrungen junger Erwachsener	140
1. »Die Angst werde ich nie wieder los« – Nachkriegsemigrantin Erika Fülster	141
2. »Das Beste daraus gemacht« – Verbandsfunktionär Gert Wildenhahn	150
3. Vergleich der beiden Interviews	162

V. Verfolgungserfahrungen von Kindern und Jugendlichen	170
1. Kein »Blutsbruder« – Dennis Berend	171
2. »Positiv Denken« – Lydia Schiele	186
3. Vergleich der beiden Lebensläufe	199
VI. Zusammenfassung	201

Uwe Kaminsky

Verfolgung im Arbeitermilieu Hamburgs aus erfahrungsgeschichtlicher Sicht – Sozialdemokraten und Kommunisten zwischen Widerstand und Anpassung

I. Einleitung	206
II. Verfolgungserfahrungen	210
1. Vorerfahrungen der Verfolgung – Milieu, Generation, Geschlecht	210
2. Verfolgungserfahrungen in der Vorkriegszeit	214
a) Verfolgung und Widerstand	
Widerstand der SPD in Hamburg – »Aber wir wollten nur beweisen, wir sind noch da«	215
Widerstand der KPD in Hamburg« – »... so weitergemacht wie vorher, nur (...) ein bißchen heimlicher«	229
Widerstand des ISK in Hamburg – »Ich bin jedenfalls durchgekommen«	239
b) Anpassung und Politikabstinenz als Überlebensstrategie – »... auf sie eingestellt«	246
c) Emigration, Spanischer Bürgerkrieg und Rückkehr – »Mensch, wo bist du hier bloß gelandet«	254
3. Verfolgungserfahrungen in der Kriegszeit	265
a) Individualismus und Zwangsvergesellschaftung in der »Heimatfront« – »Ich konnt' mir gar nicht denken, daß es solche Menschen gibt«	265
b) Von der Wehrunwürdigkeit zum Bewährungsbataillon – Fronterfahrungen – »Ist doch bald zu Ende.«	273
c) Untergetaucht und illegal – Überleben und Widerstand im Krieg – »Niemals eingebrochen«	281
4. Verfolgung und Entschädigung – die Nachkriegszeit	294
III. Resümee – Die Erfahrungen der Verfolgten	309

Uwe Kaminsky

»Vergessene Opfer« – Zwangssterilisierte, »Asoziale«, Deserteure, Fremdarbeiter

I. Einleitung	318
II. Jugendfürsorge	322

1. Zwangssterilisation – »Stellungnahme von meiner Tochtters Geburt«	324
2. »Asozial« – »... haben sie mich gleich ins Heim gesteckt, arbeitsscheu«	329
III. Verweigerung und Desertion – »Vielleicht kann man das da mit reinbringen irgendwo«	338
IV. Zwangsarbeit – »... wir sind arm von zu Hause, du wirst hier reich«	348
V. Resümee	355

Alfons Kenkmann

Zwischen Tolerierung und Verfolgung – Informelle Zirkel im Hamburger Bürgertum während der NS-Zeit 358

I. »Musencabinet« und »Weiße Rose« – Quellenbestand und Gruppencharakter	359
II. »Eine feste Organisation ist das nie gewesen« – der informelle Zirkel des »Musencabinetts«	363
1. Heinrich Dietz – »Immer hatte man den Sprecher zu spielen«	368
2. Albert Fischer – »Das war für unsere Begriffe alles verkehrt«	376
III. Ute Sommerfeld und Dörte Winther – zwei Frauen aus dem Umfeld der »Weißen Rose«	385
1. Ute Sommerfeld – »Das war innerer Widerstand«	386
2. Dörte Winther – »Für mich war ›The White Star‹ an den Panzern und den Autos ... das Symbol der Freiheit.«	392
IV. Resümee	399

Das Projekt »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung« in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg 405

Sybille Baumbach
Entstehung, Projektverlauf, Ergebnisse 405

Uwe Kaminsky
Zur Methode der Oral History 413

Beate Meyer
Interviewerfahrungen mit ehemals Verfolgten 419

Abkürzungsverzeichnis 429

Quellen – und Literaturverzeichnis 431

Die Autorinnen und Autoren 473

Vorwort

»Man wird das alles niemals verstehen, historisch verstehen, wenn man nicht den einzelnen sieht« – so hat der niederländische Historiker Johan Huizinga über den Umgang mit den massenhaften Phänomenen der Geschichte geurteilt.

Huizinga, der 1945 ein Opfer der NS-Verfolgung wurde, spricht eine Erkenntnis aus, von der sich die Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit weit entfernt hat. Sie türmte Deutungsmuster und Terminologien auf, deren Abstraktionsgrad Distanz gegenüber den Schrecken der jüngsten Vergangenheit verschaffen sollte. Man analysierte mit hohem Begriffsaufwand das »System«. Die beteiligten Menschen waren darin nicht mehr als Systemindikatoren. Man vergaß, daß jeder einzelne, Verfolger wie Verfolgter, eine eigene Lebensgeschichte hatte.

Vergaß man es? Oder war es die Übermacht der Erinnerung, die das Beschweigen der Lebensgeschichten verursachte? Es fällt auf, daß lange Zeit vielen Überlebenden der NS-Ära die Zunge wie gelähmt war. Opfer wie Täter hatten Mühe, über das hinter ihnen Liegende zu sprechen. Die Gründe waren vielfältig. In den meisten Fällen waren sie nicht von der Art, daß man sie durch bloßen Willensakt hätte aufheben können.

Erst Spätergeborene begannen, an die individuellen Traumata zu rühren, die in die NS-Zeit zurückführen. In den 80er Jahren erwachte in der Bundesrepublik ein intensives lebensgeschichtliches Interesse, das sich nicht zuletzt auf die Zeit von 1933 bis 1945 richtete. Bemerkenswert ist, daß dieses Interesse in der Regel nicht von den Universitäten ausging, sondern von stadtteilbezogenen Einrichtungen, insbesondere von den neu entstandenen Geschichtswerkstätten. Hier gelang es im Gespräch zwischen den Generationen zum ersten Mal, die über Jahrzehnte bestehenden Erinnerungssperren zu überwinden. Die herkömmlichen Forschungsinstitutionen begegneten der von unten kommenden »Oral History« zunächst mit größter Reserve. Sie suchten nicht die Kooperation mit den Geschichtswerkstätten, sondern überzogen sie mit Zweifeln an der Wissenschaftlichkeit ihrer Methoden. Mit solcher Berührungsangst brachte sich die historische Zunft um ein wichtiges Anregungspotential. Ihr fiel nichts anderes ein, als die Oral History hochmütig zu verachten, statt sie kritisch zu nutzen.

Erfreuliche Ausnahmen zeigen, daß es auch anders geht. Eine dieser Ausnahmen ereignete sich, als 1989 im Rahmen der damaligen »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg« das Projekt »Werkstatt der Erinnerung« aus der Taufe gehoben wurde. Hier kamen unter einem Dach beide Seiten zusammen: Oral History und traditionelle Historie. Die materielle Absicherung war der Hamburger Bürgerschaft zu danken. Das

konzeptionelle Verdienst kam dem inzwischen verstorbenen Leiter der Forschungsstelle Detlev J. K. Peukert zu. Frei von Scheuklappen ging er auf diejenigen zu, die in Hamburg auf dem außeruniversitären Feld bisher Oral History-Pionierarbeit geleistet hatten. Das Angebot eines Miteinanders war gemacht und damit ein Wagnis begonnen, das inzwischen Früchte getragen hat.

Der wertvollste Ertrag der zurückliegenden Arbeit sind noch vor den Publikationen die archivierten 394 Zeitzeugen-Interviews. Vor dem Hintergrund sonstig üblicher Erfolgsstatistiken mag die Zahl sich bescheiden ausnehmen. Man vergegenwärtige sich jedoch, was Zahlen in diesem Zusammenhang heißen. 394 Interviews – das bedeutet, sich auf ebenso viele Menschen, auf ebenso viele Schicksale einlassen. Nur dank eines hohen Einsatzes an Kraft und Zeit, an Einfühlung und Geduld konnte ein so reicher Bestand an Zeitzeugen-Interviews zustandekommen. Hamburg hat damit ein Gedächtnis-Archiv erhalten, das in Deutschland seinesgleichen sucht.

Die Integration der Oral History in ein zeitgeschichtliches Forschungsinstitut ermöglichte nicht nur eine vorbildliche Archivierung, sie stellte auch besondere Anforderungen an eine methodisch reflektierte Auswertung der gesammelten Zeugnisse. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, erschien zunächst eine Reihe kleinerer Spezialstudien. Der vorliegende Band führt einen Schritt weiter, indem er aus dem gesamten Interviewbestand exemplarische Interpretationen vorstellt.

Berichtet wird von vierundzwanzig Lebensschicksalen. Es geht dabei um die Verfolgung von Juden, von »jüdischen Mischlingen«, von Sozialdemokraten und Kommunisten, von Zwangssterilisierten, »Asozialen«, Deserteuren und Zwangsarbeitern, schließlich von Mitgliedern bürgerlicher Oppositionskreise. Im Mittelpunkt stehen in allen Fällen die aus dem erinnernden Abstand gemachten Aussagen der Verfolgten selbst.

Das Vorwort kann nicht vorwegnehmen, was den Leser an Konfrontation mit menschlichem Leid und erkämpfter Selbstbehauptung der Verfolgten erwartet. Jeder Beitrag meistert die Gratwanderung zwischen Anspruch der Wissenschaft und Respekt vor den Opfern auf andere Weise. In jedem Fall bleibt als Ertrag, daß unser Auge an Sehschärfe gewinnt.

Es verdient einen Dank an die jüngere Generation, daß sie den Mut gehabt hat, das über den Lebensgeschichten der Verfolgten lastende Schweigen zu brechen. Insgesamt ist die Bilanz eine Ermutigung, die Arbeit fortzusetzen, die 1989 mit der Errichtung der »Werkstatt der Erinnerung« begonnen hat. Die Hamburger Bürgerschaft hat 1996 die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß aus dem zunächst befristeten Projekt eine dauerhafte Forschungsstätte geworden ist. Wenn es einer Rechtfertigung für diesen Beschluß bedürfte, haben die Autoren der vorliegenden Veröffentlichung ihn geliefert.

Joist Grolle

Einführung und Danksagung der Autorinnen und Autoren

Seit 1990 haben wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Oral-History-Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung« Interviews mit Opfern nationalsozialistischer Verfolgung in Hamburg geführt und ein umfangreiches Archiv aufgebaut. Für dieses Buch haben wir nun einen Teil der lebensgeschichtlichen Interviews ausgewertet. In fünf längeren Aufsätzen versuchen wir einen Einblick in die Haltung und Mentalität der damals Verfolgten, die Abläufe des Geschehens und die unmittelbaren wie auch die langfristigen Auswirkungen auf die weitere Biographie zu geben. Jeder Beitrag befaßt sich mit einer spezifischen Zielgruppe nationalsozialistischer Verfolgung:

Sybille Baumbach untersucht Interviews aus dem größten Teilbestand des Projektes, dem der »rassischen Verfolgung«. Sie dokumentiert vier Interviews mit jüdischen Emigrantinnen und Emigranten, die als Jugendliche oder junge Erwachsene aus Hamburg vertrieben wurden. Am Beispiel dieser vier unterschiedlichen, aber gleichwohl typischen Biographien zeigt sie, wie Jüdinnen und Juden die Zeit der Verfolgung in Hamburg erlebten, an deren Ende der Verlust der Heimat und naher Angehöriger stand. Die Autorin zeichnet nach, wie sich aus den Lebensläufen spezifische Deutungen der Verfolgung aus der heutigen Perspektive der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ergeben und stellt fest, daß die Ausprägung der jeweiligen jüdischen Identität maßgeblich dafür war, wie die Verfolgungserfahrungen verarbeitet werden konnten. Darüber hinaus geht sie dem Zusammenwirken familiärer, geschlechts- und schichtenspezifischer Einflüsse auf die Verfolgten sowohl während der Verfolgung als auch bei der Integration in das Aufnahmeland nach.

Auch Beate Meyer wertet Interviews aus dem Bereich der »rassischen Verfolgung« aus. Sie beschäftigt sich mit den Erfahrungen der »Halbjuden«, die als »Mischlinge ersten Grades« einerseits von der Verfolgung ihrer in Mischehen lebenden Eltern betroffen waren, andererseits aber auch Opfer von Maßnahmen wurden, die sich gegen sie selbst richteten. Die Autorin gibt zunächst einen kurzen Überblick über die nationalsozialistische »Mischlings«-Politik, um einen Eindruck von den Auseinandersetzungen um die Behandlung dieser Gruppe zu vermitteln, die erst durch äußere Zuschreibungen und Maßnahmen der Machthaber zu einer solchen gemacht wurde: Die Vertreter der NSDAP und ihrer Gliederungen führten bis

Kriegsende eine immer wieder aufflackernde Auseinandersetzung mit der Ministerialbürokratie verschiedener Ressorts, insbesondere des Innenministeriums, ob die »Judenstämme« den Juden zugeordnet, als eigenständige Gruppierung oder als Angehörige der deutschen Gesellschaft betrachtet werden sollten. Die von diesen Konflikten bestimmten Maßnahmen diskriminierten und stigmatisierten die »Mischlinge«, verschafften ihnen aber auch Freiräume. Anders als die Juden, deren wirtschaftliche Existenz zerstört wurde und deren Leben in Deutschland bedroht war, wurden die »Mischlinge« »nur« aus fast allen Lebensbereichen ausgegrenzt, hatten als »vorläufige Reichsbürger« jedoch weiterhin Anteil an der gesellschaftlichen »Normalität« dieser Zeit. Am Beispiel von vier Lebensläufen schildert die Verfasserin die Erfahrungen dieser »Grenzgänger«, arbeitet die Deutungen heraus, die sie ihnen gaben und zeigt auf, welche Verarbeitungsmuster sie entwickelten. In einem weiteren Schritt untersucht sie die Einzelbefunde auf ihre Repräsentativität für den Interviewbestand.

Uwe Kaminsky beschreibt im dritten Beitrag dieses Bandes anhand von acht Fallbeispielen die Erfahrungen verfolgter Sozialdemokraten und Kommunisten aus dem Hamburger Arbeitermilieu. Er untersucht, welche milieugebundenen, geschlechts- und generationsspezifischen Erfahrungen diese Personen in der Weimarer Republik, während NS-Herrschaft in der Vorkriegs- und Kriegszeit und schließlich der Nachkriegszeit machten. Er zeigt auf, daß sich die Verhaltensmuster der Interviewpartner nach Zerschlagung der Arbeiterbewegung zwischen den Polen Widerstand und Anpassung bewegten. Desillusionierung, Rückzug und Politikabstinenz waren auch bei Personen, die zunächst aktiven Widerstand geleistet hatten, weit verbreitet. Ein Teil der politisch Verfolgten glich in ihrer lebensgeschichtlichen Bilanz die Erfahrungen von Ohnmacht und Erniedrigung mit der (indirekten) Teilhabe an politischer Macht nach dem Krieg aus. Die politische Entwicklung im Osten des geteilten Deutschlands wurde nach 1945 von den Kommunisten bestimmt, und manche kommunistischen Verfolgten, die dorthin übersiedelten, sahen sich dadurch zum Teil für ihren opferreichen Kampf gegen den Nationalsozialismus entschädigt. In Hamburg bestimmten die Sozialdemokraten das politische Geschehen und viele sozialdemokratische Verfolgte empfanden dies als Ausgleich für vergangene Entbehrungen und den erzwungenen Rückzug.

In einem weiteren Beitrag weist Uwe Kaminsky auf das sehr unterschiedliche Schicksal der Verfolgten hin, die unter dem Begriff der »vergessenen Opfer« zusammengefaßt werden. Dieser umfaßt so heterogene Gruppen wie die Homosexuellen, die Swing-Jugendlichen, die Zwangssterilisierten, die als »Asoziale« Verfolgten, die Deserteure und die Zwangsarbeiter. Die in diesem Aufsatz ausgewerteten Interviews wurden mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt, die oftmals bereits vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten ausgegrenzt waren und dies auch in der Nachkriegszeit

blieben. In der Zeit zwischen 1933 und 1945, besonders während der Kriegszeit, unterlagen sie jedoch nicht nur gesellschaftlicher Ausgrenzung, sondern einer rassistisch zugespitzten Verfolgung wegen ihres abweichenden Sozialverhaltens, ihrer angeblichen biologischen »Minderwertigkeit« oder auch wegen der Fremdheit ihrer Kultur. Die Wiedergutmachung der aus dieser Verfolgung resultierenden physischen, psychischen oder materiellen Schäden wurde ihnen nach dem Krieg größtenteils verweigert. Im Gegensatz zu den entschädigungs»würdigen« politisch oder »rassistisch« Verfolgten definierten die staatlichen Behörden sie als die »unwürdigen« Opfer des Nationalsozialismus – eine neue Stigmatisierung, die ihre Lebenswirklichkeit und Selbstdefinition in der Nachkriegszeit bestimmte.

Der abschließende Beitrag von Alfons Kenkmann untersucht informelle Zirkel, in denen sich besonders während der Kriegszeit Personen aus dem Hamburger Bildungsbürgertum zusammenfanden. Der Autor rekonstruiert die Lebensläufe von Angehörigen zweier Gruppierungen: der Hamburger »Weißen Rose« und des bisher in der Forschungsliteratur zu Widerstand oder Resistenz gänzlich vernachlässigten »Musencabinetts«. Die Zugehörigkeit zu dem informellen Zirkel bot den Teilnehmern in erster Linie die Möglichkeit der milieuhomogenen Selbstvergewisserung, wenn über Kunst und Literatur, aber auch politische Fragen diskutiert wurde. Dem Regime widersetzen sich die Angehörigen dieser Kreise jedoch nur partiell. Die Zugehörigkeit zur »Weißen Rose« oder zum »Musencabinet« vor 1945 prägte auch die lebensgeschichtliche Entwicklung danach: Viele Teilnehmer dieser informellen Zirkel nahmen aktiv am Aufbau der frühen Bundesrepublik teil. Während die ehemaligen Angehörigen des »Musencabinetts« sich gegenseitig unterstützten und protegierten, mußten jedoch diejenigen, die in die Verfolgungsmaßnahmen gegen die »Weiße Rose« einbezogen waren, die Folgen von Haft und Konzentrationslager individuell bewältigen.

In jedem der fünf Aufsätze werden direkt oder indirekt auch die jeweiligen Interviewteilbestände skizziert. Über das Projekt »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung« informieren wir ausführlich im Schlußkapitel dieses Bandes. Der Projektbericht gibt Auskunft über die Konzeption der »Werkstatt«, den Umfang des Bestandes, den Stand der Archivierung und die Zugangsbedingungen. Ein zweiter Teil befaßt sich mit methodischen Überlegungen zur Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews und dem konkreten Vorgehen, das den fünf Aufsätzen in diesem Buch zugrundeliegt. Abschließend berichten wir über Erfahrungen, die wir während unserer für Historiker nicht alltäglichen Tätigkeit gesammelt haben. Hier geht es weniger um die Erzählungen der Zeitzeugen selbst, sondern um die Auswirkungen nationalsozialistischer Verfolgung, wie sie sich auch heute noch in Kommunikation und Verhalten widerspiegeln.

Das Projekt »Werkstatt der Erinnerung« hätte nicht so erfolgreich arbeiten und ein für Hamburg bedeutendes Archiv mit Lebenserinnerungen aufbauen

können, wenn nicht eine Vielzahl von Personen und Institutionen-Hilfestellung und Unterstützung geleistet hätte, denen wir danken möchten:

Dazu gehören insbesondere

- die Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Dorothee Stapelfeldt, Jan Jalass und Jan Klarmann, die das Projekt initiieren halfen und die Unterstützung des Ersten Bürgermeisters Hamburgs, Dr. Henning Voscherau, gewinnen konnten. Daß Frau Stapelfeldt auch während der Projektlaufzeit stets inhaltlich interessiert und bei Problemen ansprechbar war, erleichterte uns die Arbeit sehr;
- Heinz Gärtner von der »Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten«, Dr. Gerhard Wundermacher von der »Notgemeinschaft der von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen«, Carola Meinhardt von der Senatskanzlei und Jürgen Sielemann vom Staatsarchiv Hamburg, die sich sehr um die Vermittlung von Zeitzeugen bemühten;
- Inge Hutton, Dr. Ursula Randt, Gesa Schneider, Klaus Hannes und Heinz Prieß, die immer wieder neue Kontakte für uns herstellten;
- Beate Hugk, Ulrike Jureit, Christa Paul, Petra Vollmer und Patrick Wagner, die Interviews für die »Werkstatt« durchführten sowie Jens Michelsen, der zum Umfang des Interviewbestandes mit jüdischen Emigranten wesentlich beigetragen hat;
- die Behörde für Wissenschaft und Forschung in Hamburg, die Sondermittel für Videoaufnahmen und zur Verschriftlichung der Interviews bereitstellte. Ohne die Hilfe von Sabine Müller, Andrea Orth, Renate Grunert und Claudia Tank wäre selbst unsere Projektsekretärin, Manuela Kürten, dieser Arbeit nicht »Herr« geworden;
- der Offene Kanal und die Mediengruppe »Stadtjournal«, die es ermöglichten, Kurzfilme herzustellen, und Margret Recke, die die arbeitsaufwendigen Reproduktionen von Fotos und Dokumenten zuverlässig und schnell erledigte;
- schließlich – last not least – gebührt dem Senator a.D. Herrn Prof. Dr. Joist Grolle für seine Verbundenheit mit dem Projekt ein ganz besonderer Dank;
- ein abschließender Dank geht an alle Interviewpartnerinnen und Interviewpartner, ohne deren Bereitschaft zu den Interviews und der Überlassung von Materialien kein so umfassendes Archiv mit lebensgeschichtlichen Erinnerungen entstanden wäre.

Sybille Baumbach

Die Verfolgung Hamburger Juden aus lebensgeschichtlicher Perspektive*

I. Einleitung

1. Interviews mit jüdischen Zeitzeugen¹

Interviews mit Zeitzeugen sind historische Quellen besonderer Art. Im Gegensatz zu Tagebüchern, die in zeitlicher Nähe zu den Ereignissen entstehen, über die der Verfasser berichtet und die gegenwärtige persönliche Erinnerungen dokumentieren, erinnern Zeitzeugen in lebensgeschichtlichen Interviews Ereignisse, die viele Jahrzehnte zurückliegen. Die Erinnerungen sind daher stark vom Verlauf der Biographie nach der Verfolgung und durch die unmittelbare Gegenwart geprägt. Die Bereitschaft, sich interviewen zu lassen, ist zum einen von dem Bestreben getragen, Zeugnis von der nationalsozialistischen Vergangenheit abzulegen. Zum anderen entspricht es dem Bedürfnis der Zeitzeugen, ihrer individuellen Lebensgeschichte einen »Sinn« zu geben. Der Wunsch, dem eigenen Leben im Rückblick eine Bedeutung beizumessen, kann dazu führen, frühere Ereignisse in der gegenwärtigen Darstellung zu beschönigen oder zu verschlimmern, auszuschmücken oder von anderen Geschehnissen gar nicht zu berichten. In lebensgeschichtlichen Interviews wird die vergangene Wirklichkeit folglich vom Zeitzeugen rekonstruiert. Diese Wirklichkeitsrekonstruktionen können also von der historischen Wirklichkeit nur ein individuell modifiziertes Bild vermitteln. Dennoch vermögen sie wichtige Erkenntnisse darüber zu liefern, wie die einzelnen Zeitzeugen im Rückblick ihre Lebensgeschichten subjektiv sehen und vom Rezipienten verstanden wissen möchten. Gleichzeitig lassen sich in den berichteten Erinnerungen der jüdischen Emigranten intersubjektive Rekonstruktionsmuster feststellen, die wichtige Rückschlüsse auf die Verfolgung und Vertreibung der Juden ermöglichen.

Im Gegensatz zu Memoiren, die ebenfalls mit zeitlichem Abstand zu den berichteten Erlebnissen geschrieben werden, ist das lebensgeschichtliche Interview eine historiographische Quelle, in der nicht allein der Zeitzeuge

* Für Martina Christlieb.

¹ Mein herzlicher Dank gilt Joachim Petzoldt, Andrea Schneble, Ulrike Jureit und Jens Michelsen für ihre kritische und unterstützende Begleitung dieser Arbeit. Dank auch an meinen Kollegen Frank Bajohr für seine engagierte Endredaktion.

Rückschau hält, sondern der Interviewer in den Rekonstruktionsprozeß des Zeitzeugen einbezogen ist, das lebensgeschichtliche Interview somit in deren Interaktion entsteht. Der Interviewer bestimmt nicht nur durch seine von einem ebenfalls subjektiven Erkenntnisinteresse geleiteten Fragestellungen den Rekonstruktionsprozeß. Darüber hinaus spielen Faktoren wie z.B. Sympathie zwischen Interviewtem und Interviewer oder eine nicht immer wahrgenommene Antipathie ebenso eine Rolle wie das Geschlecht und insbesondere das Alter des Interviewers. Letzteres ist vor allem in den lebensgeschichtlich geführten Interviews mit jüdischen Überlebenden bedeutsam. Die ausnahmslos nach 1945 geborenen Interviewer der »Werkstatt« repräsentieren für die jüdischen Zeitzeugen die deutsche Nachkriegsgeneration, die persönlich keine Schuld an den unter der nationalsozialistischen Herrschaft verübten Verbrechen trägt. Damit sind sie zugleich auch Vertreter eines demokratischen, »besseren Deutschlands«. Ich habe es in Interviews wiederholt erlebt, daß Zeitzeugen sich nach meinem persönlichen Hintergrund erkundigten (Alter, Geschwister, Familienstand), jedoch nie Fragen nach meinen Eltern stellten. Der Interviewer ist nicht selten in einem vergleichbaren Alter mit den eigenen Kindern des Zeitzeugen und erhält im Interview daher häufiger eine »an Kindes Statt-Funktion«. Viele Zeitzeugen berichten, daß sie mit ihren Kindern über das Geschehene nicht oder nur sehr eingeschränkt sprechen können. Umgekehrt wird den Zeitzeugen für den Interviewer eine »an Eltern Statt-Funktion« zuteil. Die meisten der nach 1945 geborenen Deutschen haben nicht oder nur sehr eingeschränkt mit den Eltern über ihr Denken, Fühlen und Handeln im Nationalsozialismus sprechen können. Das Verstehen und die Identifikation mit den eigenen Eltern ist für die »Täterkinder« ebenso problematisch wie für die »Opferkinder«.² Häufig findet eine Identifizierung des Interviewers mit dem verfolgten Opfer statt; nicht selten hingegen fühlt sich der jüdische Zeitzeuge, wenn auch graduell unterschiedlich, von dem Interviewer in seiner Verfolgungsgeschichte verstanden. Das nach wie vor durch die Vergangenheit stark belastete Verhältnis von Deutschen und (ehemals deutschen) Juden ist, auch wenn es nicht explizit thematisiert wird, in der Interviewsituation präsent und wirkt sich inhaltlich auf das Interview aus.

Über die Verfolgung während des Nationalsozialismus zu berichten, stellt in der Regel nicht nur für den Zeitzeugen als Berichterstatter, sondern auch für den Interviewer als Zuhörer und Fragenden eine Belastung dar. Der Zeitzeuge wagt sich oft nach vielen Jahren zum ersten Mal wieder an seine traumatischen Erinnerungen und die damit verbundenen Gefühle heran,

2 In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Publikationen zur Problematik der sog. zweiten Generation erschienen. Siehe u.a. Hardtmann (Hg.), *Spuren der Verfolgung und Bar-On, Die Last des Schweigens.*

die der Interviewer als dafür nicht ausgebildeter Laie nach besten Kräften aufzufangen versuchen muß. Ich habe es selten erlebt, daß Zeitzeugen aus Angst, durch ein Gespräch mit zu schmerzvoll erlebten Erinnerungen konfrontiert zu werden, sich für ein Interview nicht zur Verfügung stellen wollten. Vielmehr erlebten es die meisten Befragten als entlastend, einer ihnen zuvor nicht bekannten Person ihre Verfolgungsgeschichte erzählen zu können. Viele meiner Gesprächspartner begründeten ihr bisheriges Schweigen damit, Kinder und nahe Angehörige mit dem schmerzhaft Erlebten nicht belasten zu wollen. Stellt das lebensgeschichtliche Erinnerungsinterview in der Regel, oft auch erst mit zeitlichem Abstand zum Gespräch, eine Entlastung für den Zeitzeugen dar, so kann es unter Umständen für den Historiker einen gegenteiligen Effekt haben. Dies waren Interviews, in denen ich mich hinterher sehr angestrengt, weil überfordert fühlte, und es als psychologisch nicht ausgebildete Gesprächspartnerin auch tatsächlich war. Ein historisches Forschungsinstitut wie die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg hat mit der Einbindung eines Projektes wie der »Werkstatt der Erinnerung« ihr herkömmliches Arbeitsfeld erweitert. Die Befragung von Zeitzeugen nach ihren Verfolgungserfahrungen erfordert von dem Historiker über seine eigentliche Ausbildung hinausgehende Arbeitstechniken. Der als Interviewer arbeitende Historiker muß sich – anders als seine traditionell mit Schriftgut arbeitenden Kollegen – mit den spezifischen Begleitumständen seiner Interviewtätigkeit auseinandersetzen. Die Teilnahme an einer Supervision bot die Möglichkeit, das interaktionelle Geschehen in den Interviews und seine Auswirkungen auf das Berichtete unter fachkundiger Begleitung zu reflektieren.³ Lebensgeschichtliche Interviews können keine »heilende«, therapeutische Wirkung erzielen, sie ermöglichen es aber im Dialog zwischen jüdischem Zeitzeugen und nichtjüdischem deutschen Interviewer einen, wenn auch begrenzten, Rahmen zu schaffen, nach 1933 unterbrochene Kontinuitätslinien wieder aufzunehmen.

3 Ich danke Gabriele Teckentrup, vormals am Michael-Balint-Institut in Hamburg, sehr herzlich für ihr Engagement. Ich verdanke ihr wichtige Anregungen für diesen Betrag. Ich habe darüber hinaus die Erfahrung gemacht, daß eine Interviewtätigkeit mit Zeitzeugen über einen längeren Zeitraum nicht ohne eine kontinuierliche Einbindung in einen inhaltlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch angemessen zu leisten ist. Diesen Zusammenhang habe ich in dem Hamburger Arbeitskreis »Kindheit im Nationalsozialismus« gefunden. Ich danke meinen dortigen Kolleginnen und Kollegen für viele anregende Diskussionen.

2. Zum Quellenbestand lebensgeschichtlicher Interviews mit jüdischen Emigranten in der »Werkstatt der Erinnerung«

Die »Werkstatt der Erinnerung« verfügt über einen Bestand von 165 lebensgeschichtlichen Interviews mit jüdischen Emigranten, die in dem Zeitraum von April 1990 bis März 1997 geführt wurden, davon 86 mit männlichen und 79 mit weiblichen Gesprächspartnern.⁴ Darüber hinaus umfaßt der Bestand verschiedene Selbstzeugnisse wie Lebenserinnerungen, Familiendokumente und Fotos von weiteren 33 ehemaligen Hamburger Juden, die der »Werkstatt der Erinnerung« von Emigranten oder auch über Dritte zur Verfügung gestellt wurden.

Ein knappes Drittel der interviewten 165 Zeitzeugen – insgesamt 52 – wurde vor 1919 geboren. Bei der nationalsozialistischen Machtübernahme waren sie im Erwachsenen- oder Jugendalter und hatten mehrheitlich ihre Schul- und Berufsausbildung noch während der Weimarer Republik abgeschlossen. Über die Hälfte der Interviewpartner – insgesamt 90 – zählt zu den Geburtsjahrgängen zwischen 1920 und 1926 und befand sich damit zu Beginn der NS-Herrschaft im Jugend- oder Kindesalter. Die nach 1927 Geborenen – insgesamt 21 – erlebten die Zeit des »Dritten Reiches« als Kinder.⁵ Im Gegensatz zu den zuvor genannten Jahrgängen konnte diese Geburtskohorte nicht auf Schulerfahrungen in der Demokratie zurückblicken. Diese Gruppe der Befragten wurde während der NS-Zeit eingeschult und von vornherein unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung sozialisiert.

Die folgende Auswertung des Interviewbestandes erhebt hinsichtlich der relativen Auswanderungszahlen, des Jahres der Emigration und der Emigrationsländer nicht den Anspruch, als repräsentativer Querschnitt der Hamburger Emigranten zu gelten. Weder die Zahl noch das Verfahren, Gesprächspartner zu gewinnen, entsprachen dem Standard einer repräsentativen Erhebung. Die Wahl der Zeitzeugen hing vielmehr vom Zufall und der Bereitschaft einzelner ab, sich von Mitarbeitern der »Werkstatt der Erinnerung« befragen zu lassen.⁶ Möglicherweise zeichnen sich jedoch hier bereits – zumindest partiell – zu verallgemeinernde Tendenzen im Hinblick auf

4 Stand: 31. März 1997. Dies entspricht einem relativen Verhältnis von 52 % männlichen zu 48 % weiblichen Befragten.

5 Im relativen Verhältnis bedeuten die genannten Zahlen 32 % (52 Personen), 55 % (90 Personen) und 13 % (21 Personen). Von zwei Zeitzeugen liegen keine Angaben zum Geburtsjahr vor. Der älteste Interviewpartner der »Werkstatt« gehört dem Jahrgang 1902, der jüngste dem Jahrgang 1936 an. Zwei weitere Gesprächspartner wurden 1945 und 1955 geboren und gehören der sog. zweiten Generation der Überlebenden an.

6 Die meisten Interviews kamen mit Gesprächspartnern zustande, die im Rahmen des seit 1966 bestehenden Besucherprogramms für die ehemaligen jüdischen Bürger vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg eingeladen wurden.

relative Auswanderungszahlen, das jeweilige Jahr der Emigration und die Zielländer ab.⁷

Von den 165 befragten Zeitzeugen des Projekts wanderten 143 während der nationalsozialistischen Herrschaft aus; drei Überlebende der Konzentrationslager und eine Zeitzeugin aus einer sog. privilegierten Mischehe⁸ emigrierten erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die USA, fünf Zeitzeugen hatten Deutschland bereits vor 1933 verlassen. 13 der Befragten überlebten das »Dritte Reich« entweder in sog. privilegierten Mischehen oder kehrten nach der Befreiung aus Konzentrationslagern nach Hamburg zurück. Weitere 13 Gesprächspartner remigrierten zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach 1945 in die Bundesrepublik.

Auf die nationalsozialistische Machtübernahme reagierte der weitaus größte Teil der deutschen Juden zunächst abwartend. Dies wird auch aus den Auswanderungsdaten deutlich, die aus dem Interviewbestand mit den jüdischen Emigranten der »Werkstatt der Erinnerung« erhoben werden können:

Table 1: Jahr der Emigration

Jahr der Emigration	Zahl der Emigranten	
	absolut	relativ
1933	4	2%
1934	7	4%
1935	6	3,5%
1936	11	6,5%
1937	8	5%
1938	57	34%
1939	63	38%
1940	9	5,5%
1941	0	0%
1942	1	0,5%
1943	2	1%
1944/45	0	0%
NS-Zeit insgesamt	168 ⁹	100%

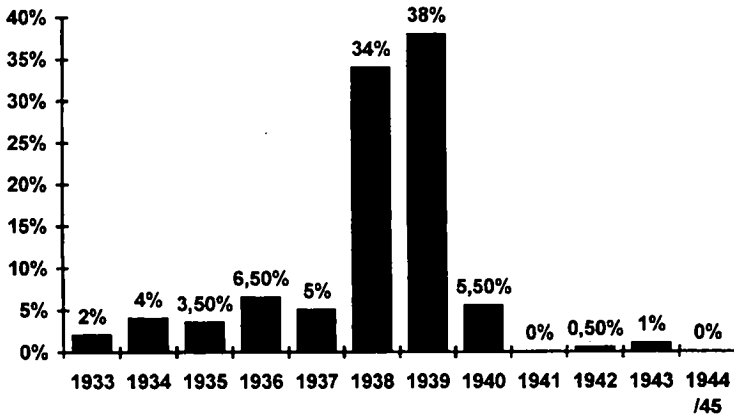
7 Bislang liegt weder eine Gesamtdarstellung zur Auswanderung der Juden aus Deutschland noch zu Hamburg vor. Die Verfasserin ist z.Zt. dabei, dieses Forschungsdefizit im Rahmen einer Dissertation über die jüdische Auswanderung aus Hamburg von 1933 bis 1941 zu schließen. Einen Überblick über die Auswanderung von Juden aus Deutschland geben der Ausstellungskatalog Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941 und Wetzels, Auswanderung. Angaben zu Auswandererzahlen und Zielländern basieren zumeist auf Strauss, Jewish Emigration (I) und Jewish Emigration (II). Zu Hamburg siehe Sielemann, Geschichte der Auswanderung, Zürn, Forcierte Auswanderung, Bajohr, »Arisierung« und Ferk, Geschichte des Hamburger Oberfinanzpräsidenten.

8 Siehe dazu das folgende Interview mit Elke Petsch.

9 25 der 143 Zeitzeugen wanderten zunächst in europäische Länder aus, die ihnen als Durchreiseland oder Zwischenstation auf dem Weg in das Zielland diente. Diese Angaben sind in diese, wie auch in die folgenden, Tabellen miteingerechnet.

Die relativen Angaben zum jeweiligen Jahr der Emigration lassen sich in dem folgenden Diagramm graphisch veranschaulichen:

Diagramm 1: Emigrationsländer in relativen Zahlen



In den ersten drei Jahren der NS-Herrschaft lag danach die Auswanderungsquote im Jahresdurchschnitt bei »nur« 3% und erhöhte sich im Jahr 1936 um das Doppelte (6,5%), nachdem die Nürnberger Gesetze im September 1935 verabschiedet worden waren. Weit über zwei Drittel der Zeitzeugen flüchtete jedoch erst nach der Pogromnacht im November 1938. 72% der befragten Emigranten rettete sich in den Jahren 1938 und 1939 ins Ausland.

Die von der »Werkstatt der Erinnerung« interviewten Zeitzeugen wanderten in folgende Länder aus:

Tabelle 2: Emigrationsländer

Land	Zahl der Emigranten	
	absolut	relativ
Großbritannien	42	25%
USA	39	24%
Palästina	28	17%
Niederlande	11	7,5%
Australien	6	4%
Belgien	4	2,5%
Uruguay	4	2,5%
Südafrika	4	2,5%
Chile	3	2%
Shanghai	3	2%
Dänemark	2	1%
Schweden	2	1%
Tschechoslowakei	2	1%
Italien	2	1%
Mexiko	2	1%
Brasilien	2	1%
Argentinien	2	1%
10 weitere Länder jeweils 1 Emigrant	10	5%
NS-Zeit insgesamt	168	100%

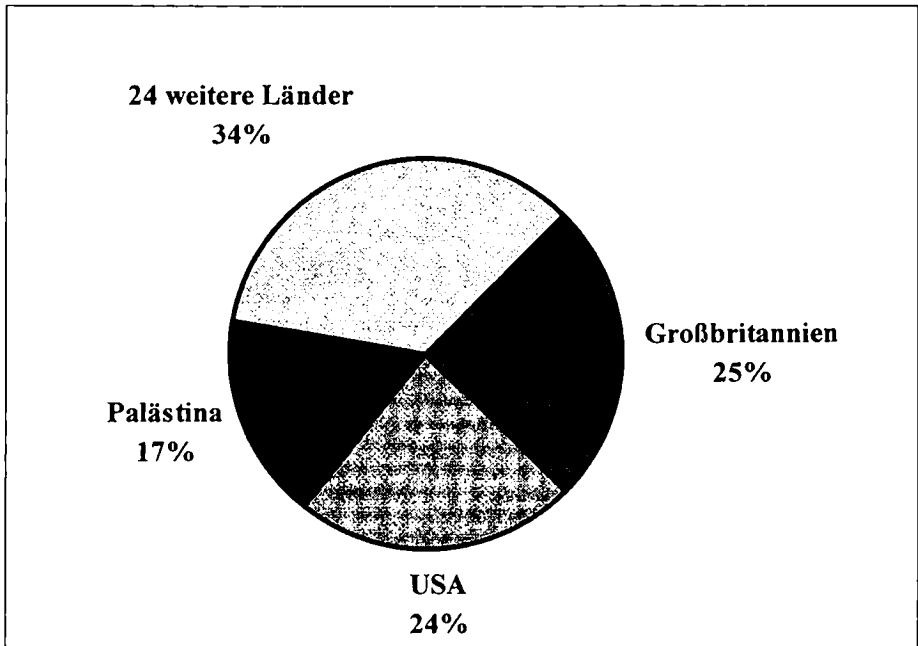
Die Mehrheit der Interviewten gelangte auf direktem Wege in das Zielland, für das sie sich zumeist unter großen Mühen Einreisevisa beschaffen konnten; weniger als ein Fünftel (25) hatte zunächst gehofft, Sicherheit in einem europäischen Land, hauptsächlich in den Niederlanden, Belgien oder Dänemark, zu finden. Den meisten dieser Auswanderer gelang noch rechtzeitig kurz vor oder bereits während der deutschen Besetzung die Flucht nach Übersee. Einige konnten sich jedoch nicht mehr retten: Sie wurden aus Belgien oder den Niederlanden¹⁰ direkt in die Konzentrationslager im Osten deportiert. Großbritannien, die USA und Palästina sind die Hauptzielländer der von der »Werkstatt« befragten Zeitzeugen gewesen.¹¹ 66 % aller Emigranten

10 Siehe dazu das Interview mit Eileen Blyton in diesem Beitrag.

11 Daß Großbritannien an erster Stelle der Emigrationsländer steht, hängt vermutlich damit zusammen, daß britische Emigranten der Einladung des Hamburger Senats eher folgen können als Zeitzeugen, für die die Anreise nach Hamburg aufgrund der Entfernung zu beschwerlich ist. Es ist anzunehmen, daß der Anteil jüdischer Auswanderer in die USA höher gewesen ist als der Anteil derjenigen, die nach Großbritannien emigrierten. Nach der Auswertung der Zielländer von knapp 200 ausgewanderten jüdischen Kaufleuten, deren Firmen »arisiert« wurden, kommt Frank Bajohr zu dem Ergebnis, daß 30 % in die USA und 20 % nach Großbritannien übersiedelten. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß die von dem Autor untersuchte Berufsgruppe zum großen Teil fast ausschließlich 1938/1939 aus Deutschland flüchtete, so daß das relative Verhältnis zu anderen Zielländern dadurch verschoben wird. So liegt es auch an dieser spezifischen Berufsgruppe, daß Palästina als Auswanderungsland im Hinblick auf die Gesamtzahl der Emigranten deutlich unterrepräsentiert sein dürfte. Vgl. Bajohr, »Arisierung«, Tabelle 13 im Anhang, S. 388.

wanderten allein in eines dieser drei Länder aus, während der Anteil weiterer 24 Zielländer zusammen nur 34 % beträgt.

Diagramm 2: Emigrationsländer nach relativer Verteilung



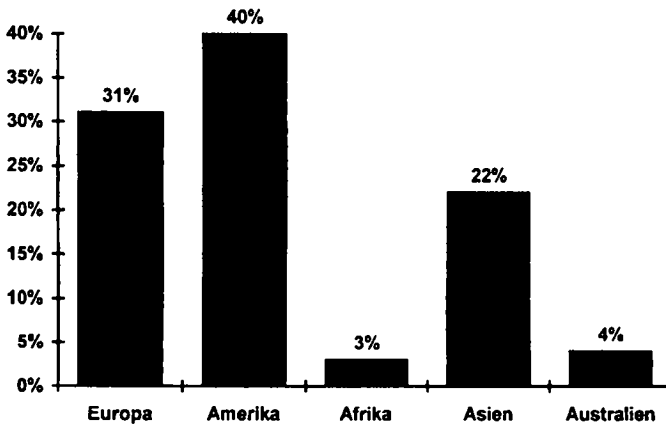
Für den Interviewbestand mit jüdischen Emigranten in der »Werkstatt der Erinnerung« ergibt sich nach der Zahl der Auswanderer, dem Jahr ihrer Emigration und den Zielländern folgende Übersicht:

Tabelle 3: Zahl der Emigranten nach dem Jahr der Emigration und dem Emigrationsland in absoluten Zahlen

Land/Jahr	'33	'34	'35	'36	'37	'38	'39	'40	'41	'42	'43	'44/'45	NS-Zeit
Europa	2	4	2	5	4	25	25	2			1		70
Großbritannien		2	1	1	3	16	19						42
Niederlande	1			1		6	3						11
Belgien					1	1	1	1					4
Dänemark				1			1						2
Schweden						1					1		2
Schweiz				1									1
Frankreich						1							1
Spanien	1												1
CSR		2											2
Italien			1					1					2
Luxemburg				1									1
Albanien							1						1
Amerika			1		2	22	26	4		1	1		57
Nordamerika					2	14	20	3			1		40
USA					2	14	19	3			1		39
Kanada							1						1
Mittelamerika						1	1	1		1			4
Mexiko							1	1					2
Panama						1							1
Dom. Rep.										1			1
Südamerika			1			7	5						13
Brasilien						1	1						2
Argentinien			1			1							2
Uruguay						3	1						4
Peru						1							1
Chile						1	2						3
Ecuador							1						1
Afrika		1		3									4
Sudafrika		1		3									4
Asien	2	2	3	3		8	10	3					31
Palästina	2	2	3	3		8	7	3					28
Shanghai							3						3
Australien					2	2	2						6
insgesamt	4	7	6	11	8	57	63	9		1	2		168

Die in diese Aufstellung eingerechneten europäischen Durchreise- und Zwischenstationen, die den Zeitzeugen befristete Aufenthalte von unterschiedlicher Dauer gewährten, bevor sie ihre neuen Heimatländer erreichten, führen zu der relativ hohen Zahl von Emigranten, die in Europa zunächst Zufluchtsstätten fanden.¹² Werden der Auswertung jedoch ausschließlich die Ziel- und neuen Heimatländer zugrundegelegt, in die die Flüchtlinge vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges gelangten, dann ergibt sich das folgende Bild:

Diagramm 3: Zielländer der Emigranten nach Kontinenten in relativen Zahlen¹³



Zusammenfassend lassen sich, unter den Vorbehalten, die aufgrund der schmalen Datenbasis von 165 lebensgeschichtlichen Interviews zu berücksichtigen sind, folgende Tendenzen skizzieren: Die Emigration der Juden aus Hamburg spielte in den beiden ersten Auswanderungsphasen nach der berger Gesetze eine vergleichsweise geringe Rolle, obwohl die Auswanderungsquote 1936 knapp das Doppelte der Vorjahre betrug, 1937 aber wieder sank. Die Monate bis zur Pogromnacht wurden von den Interviewten

12 Vgl. Graml, Auswanderung, S. 83.

13 Von den nach Amerika ausgewanderten Zeitzeugen flüchteten allein 28 % nach Nordamerika, 3 % nach Mittelamerika und 9 % nach Südamerika. In absoluten Zahlen heißt dies: Europa 45 Emigranten; Amerika 57 (Nordamerika 40, Mittelamerika 4, Südamerika 13); Afrika 4; Asien 31 (Palästina 28, Shanghai 3) und Australien 6

gewissermaßen als »Schonzeit«¹⁴ wahrgenommen, in der sich die Hoffnung hielt, »daß es mit dem Spuk« bald vorbei sein würde. Nur eine Minderheit der Hamburger Juden bemühte sich in den ersten fünf Jahren der NS-Herrschaft um Auswanderungsmöglichkeiten. Diese »frühen Auswanderer«, ein knappes Fünftel aller Befragten, emigrierte in Länder Europas, aus denen sie nach der deutschen Besetzung in Überseeländer zu entkommen versuchte. Die Massenflucht setzte jedoch erst nach der Pogromnacht ein. Hauptauswanderungsziele wurden nun Länder außerhalb Europas, zumeist die USA.

Zu den Auswanderern der ersten Phase gehörten zionistisch orientierte Juden, wobei als Berufsgruppe besonders die Ärzte hervortreten. Die Zahl der Auswanderer nach Palästina erreichte allerdings auch erst in den Jahren 1938/39 einen Höhepunkt. Unter ihnen befanden sich mehrheitlich Jugendliche, die den Vorbereitungsdienst für Palästina (die sog. Hachschara) absolviert hatten. Zu den nichtzionistischen Auswanderern der »Vor-Pogrom-Zeit« gehörten zumeist Hamburger Kaufleute, die über geschäftliche oder auch verwandschaftliche Beziehungen ins Ausland verfügten. Für die dritte und letzte Phase nach der Pogromnacht ist ein spezifisches Auswandererprofil nach sozialem Status, Berufsgruppen und Alter der Emigranten erst noch zu erstellen.

3. Forschungsstand und Fragestellung

Grundlegend für die Auswertung von lebensgeschichtlichen Interviews sind nach wie vor die Arbeiten zur Oral History von Lutz Niethammer¹⁵ und Alexander von Plato.¹⁶ Hinzu kommen Beiträge, die sich speziell mit den methodischen und inhaltlichen Problemen der Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrationslager beschäftigen.¹⁷ Dazu zählen insbesondere auch Forschungen aus dem Bereich der Psychologie und der Psychoanalyse, deren Schwerpunkte zumeist die Spätfolgen einer Konzentrationslagerhaft thematisieren.¹⁸ In den letzten Jahren ist eine Reihe von historischen Untersuchungen zur Verfolgung und Emigration

14 Lorenz, *Jüdische Gemeinde 1860–1943*, S. 93. Vgl. dazu auch weiter unten.

15 Vgl. Niethammer, *Fragen-Antworten-Fragen* und ders., *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis*.

16 Vgl. von Plato, *Oral History als Erfahrungswissenschaft*.

17 Vgl. u.a. Pollak, *Die Grenzen des Sagbaren*. Siehe auch Jureit/ Orth, *Überlebensgeschichten*.

18 Aus der umfangreichen Literatur zu dieser Thematik verweise ich hier auf eine kleine Auswahl: Vgl. Lempp, *Extrembelastung im Kindes- und Jugendalter*; Keilson, *Sequenzielle Traumatisierung*; Niederland, *Folgen der Verfolgung*; Juelich (Hg.), *Geschichte als Trauma*; Hardtmann (Hg.), *Spuren der Verfolgung sowie Quindeau, Trauma und Geschichte*.

deutscher Juden erschienen.¹⁹ Viele der Arbeiten beziehen Interviews mit Überlebenden in ihre Darstellung ein, wenngleich sie auch nicht ausschließlich mit Erinnerungsinterviews arbeiten.²⁰ Die meisten Autoren machen jedoch den methodischen und inhaltlichen Zugang zur Auswertung der verwendeten Interviews nicht transparent. Kennzeichnend für viele dieser Veröffentlichungen ist es, daß sie zumeist fragmentarisch Teile aus Interviews zur Beschreibung und Illustration der Darstellung nutzen. Eine Ausnahme ist die Untersuchung von Selma Leydesdorff über das jüdische Proletariat von Amsterdam, die ihrer Arbeit einen methodischen Teil voranstellt.²¹

Lebensgeschichtliche Interviews werfen eine Vielzahl von methodischen und inhaltlichen Problemen der Interpretation auf, die im Rahmen dieses Beitrages lediglich angedeutet werden können.²²

Ich stand zunächst vor der grundsätzlichen Entscheidung, die Interviews entweder unter sachthematischen Gesichtspunkten mehrerer Lebensgeschichten, also im synoptischen Verfahren, oder unter dem sachthematischen Blickwinkel einzelner Biographien auszuwerten. Beide methodischen Herangehensweisen implizieren sowohl Vor- als auch Nachteile. Das synoptische Verfahren, das bestimmte Aspekte aus jeweils verschiedenen Interviews fokussiert, führt dazu, den lebensgeschichtlichen Zusammenhang der einzelnen Erzählung mehrfach zu unterbrechen. Die Konzentration auf jeweils eine Lebensgeschichte hat zur Folge, daß sich inhaltliche Bezüge in den einzelnen auszuwertenden Interviews wiederholen können, allerdings nicht zwangsläufig müssen. Ich habe mich für das zuletzt genannte methodische Vorgehen entschieden, weil die Erhaltung der inneren Kohärenz der einzelnen Biographie für mein Erkenntnisinteresse entscheidend ist. Meine zentrale Fragestellung lautet: Gibt es einen Zusammenhang zwischen den individuellen Sozialisationsbedingungen vor der Verfolgung und dem Erleben der Verfolgung sowie der Verarbeitung der Verfolgung? Ich gehe dabei von

19 Darüber hinaus existiert eine kaum noch überschaubare Zahl von zumeist auszugsweise veröffentlichten autobiographischen Zeugnissen emigrierter deutscher Juden. Siehe u.a. Richarz (Hg.), *Selbstzeugnisse 1918–1945* und Limberg/Rübsaat (Hg.), *Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933–1938*. Für Hamburg: Vgl. Ueckert-Hilbert (Hg.), *Fremd in der eigenen Stadt und Hier ist mein Land*. Ehemalige Hamburger berichten aus Israel. Siehe auch die Lebenserinnerungen von Eichengreen, *Von Asche zum Leben*; Gillis-Carlebach, *Jedes Kind ist mein Einziges*; Glass, *»Jeder Tag in Theresin«*; Koppel, *Untergetaucht*; Liepman, *Vielleicht ist Glück nicht nur Zufall*; Rosenberg, *Jahre des Schreckens*; Warburg-Spinelli, *Erinnerungen* sowie literarisch verarbeitete Lebensberichte von Goldschmidt, *Die Absonderung* und Müller, *Die Welt in jenem Sommer*. Nicht publiziert sind die Lebenserinnerungen von Ernst Loewenberg. FZH/WdE 117.

20 So z.B. Quack, *Zuflucht Amerika*, S. 15f.

21 Vgl. Leydesdorff, *»Wir haben als Menschen gelebt.«* Dagegen beläßt es Kliner-Fruck, *»Es ging ja ums Überleben«*, S. 14f. lediglich bei dem allgemeinen Hinweis, daß ihre Auswertung der Interviews auf der Methode der Oral History basiert, ohne sich allerdings kritisch mit den Implikationen auseinanderzusetzen.

22 Vgl. dazu Jureit, *Überlebensdiskurse*. Siehe auch Boll (Hg.), *Verfolgung und Lebensgeschichte*.

der Hypothese aus, daß die familiär-sozialen und/oder religiösen Vorerfahrungen wie auch das Alter bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten einen entscheidenden Einfluß darauf gehabt haben, wie die Verfolgung erlebt wurde und später verarbeitet werden konnte. Die in diesem Beitrag vorgestellten lebensgeschichtlichen Interviews weisen individuelle wie auch typische Muster der Wahrnehmung von Verfolgung und ihrer Verarbeitung auf.

Im folgenden sollen vier lebensgeschichtliche Interviews exemplarisch dargestellt werden, die jeweils verschiedene Aspekte der Verfolgung aus lebensgeschichtlicher Perspektive dokumentieren.²³ Ich habe mich für Interviews entschieden, die ich selbst geführt habe, um interaktionelle Gesichtspunkte aus den Interviews in die Interpretation einbeziehen zu können. Zwei der Zeitzeugen wurden noch vor dem Ersten Weltkrieg, zwei in der Weimarer Republik geboren. Die vor 1914 Geborenen erlebten den Nationalsozialismus als Erwachsene, im Jahr der Machtübernahme 1933 wurden sie 24 (Elke Petsch) bzw. 22 Jahre alt (Henry Harrison). Zwei Zeitzeugen erleben das »Dritte Reich« im Kindes- und Jugendalter, 1933 wurden sie zehn (Eileen Blyton) bzw. neun Jahre alt (Günther Feiner). Die beiden 1909 und 1911 geborenen Zeitzeugen verfügten aufgrund ihres Alters 1933 bereits über individuell gefestigte Einbindungen in ein stark assimiliertes Milieu (Elke Petsch) bzw. in ein jüdisch-religiös geprägtes Milieu (Henry Harrison), die ihnen Möglichkeiten im Umgang mit der Verfolgung eröffneten. Die beiden 1923 und 1924 geborenen Zeitzeugen waren zu Beginn des »Dritten Reiches« noch Kinder, so daß man noch nicht von einer abgeschlossenen sozial-kulturellen Einbindung sprechen kann. Daraus ergaben sich für diese beiden Zeitzeugen, wie zu zeigen sein wird, andere Verfolgungsauswirkungen als für die zuerst genannten. Lebensstrategien, die ihnen bei der Verarbeitung der Verfolgungserfahrungen halfen, konnten Eileen Blyton und Günther Feiner erst als Erwachsene im Emigrationsland USA entwickeln.

Mir ist es wichtig zu betonen, daß ich die vier Zeitzeugen, deren Lebensgeschichten ich im folgenden text- und quellenkritisch nachzuzeichnen und zu interpretieren versuche²⁴, nicht ausschließlich auf ihre Rolle als Opfer des Nationalsozialismus reduzieren möchte. Es ist mir auch ein Anliegen zu

23 Die mit meiner Fragestellung verbundene Auswahl von vier Lebensgeschichten muß eine Vielzahl weiterer Aspekte des politisch-gesellschaftlich-religiös-kulturellen Lebens der Hamburger Juden, die in anderen lebensgeschichtlichen Interviews der »Werkstatt der Erinnerung« thematisiert werden, vernachlässigen. Dazu zählen u.a. auch die Lebensgeschichten von jüdischen Zeitzeugen aus zionistisch orientierten Familien und die von Zeitzeugen, die Deutschland in der zweiten Auswanderungsphase zwischen den Nürnberger Gesetzen und der Pogromnacht verließen. Dazu gehören aber auch die Zeitzeugen, die – im Gegensatz zu den in diesem Beitrag vorgestellten – nicht in die USA, sondern in andere Länder emigrierten.

24 Da ich als Interviewerin die erhobenen Quellen mitgestaltet habe, ist meine Deutung der hier vorgestellten Interviews nicht unabhängig von meinem eigenen Kontext zu sehen. Ich verstehe daher meinen Beitrag als ein Interpretationsangebot, das andere Deutungsvarianten nicht ausschließen soll.

zeigen, daß sie Menschen waren, die dem NS-Regime auf persönlicher Ebene individuelle Handlungspotentiale entgegenzusetzen vermochten, die ihnen im Umgang mit der Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung halfen.

II. Die Verfolgung in der Darstellung der Zeitzeugen

1. »Wir hatten sehr gute Freunde, die haben alle 100 Prozent zu uns gehalten« – Elke Petsch

Elke Petsch wurde 1909 als älteste Tochter des selbständigen Kaufmanns Richard Scherner, eines Importeurs von Tierhäuten aus Südamerika und Indien, und seiner Ehefrau Ida in Hamburg geboren.²⁵ Die Familie des Vaters war seit dem 18. Jahrhundert in Hamburg ansässig. Gegründet worden war die Firma von dem Großvater der Zeitzeugin. Der Großvater mütterlicherseits besaß eine große Malzfabrik in Dresden. Beide Großväter etablierten ihre Firmen um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie sind typische Beispiele für die verstärkte soziale Aufstiegsmobilität der Juden seit der Industrialisierung.²⁶ Als Richard Scherner und sein Bruder 1913 die Firma übernahmen, gehörte die Familie bereits zu den wohlhabenden, wenn auch nicht reichen, jüdischen Oberschichtsfamilien in Hamburg. Die standesgemäße Heirat des Vaters mit der Tochter eines jüdischen Fabrikanten zeigte das Bewußtsein über den eigenen Status als Großkaufmann aus vermöglicher Hamburger jüdischer Familie. Die Familie war assimiliert, was sich auch in einer relativ hohen Anzahl von geschlossenen »Mischehen« zeigte. Schon die Großeltern praktizierten keine jüdischen Bräuche mehr. Die für die jüdische obere Mittel- und Oberschicht übliche Anpassung an soziokulturelle und gesellschaftliche Normen der nichtjüdischen Führungselite der Stadt²⁷ führte jedoch weder zu einer indifferenten noch zu einer verleugnenden Haltung gegenüber der jüdischen Abstammung. Die Herkunft war der Familie bewußt, den Kindern vermittelt und in das familiäre Selbstverständnis integriert. Der

25 Siehe FZH/WdE 253, Interview mit Elke Petsch am 24.6.1994 (Teil 1) und am 24.6.1995 (Teil 2), geführt von Sybille Baumbach, Transkript (Teil 1), S. 1. Am 31.8.1996 fand darüber hinaus noch ein Nachgespräch zu den beiden in den Vorjahren geführten Interviews statt. Dieses letzte Gespräch wurde nicht auf Tonband aufgezeichnet. Es liegt ein Gedächtnisprotokoll der Interviewerin vor. FZH/WdE 253. Die Länge der beiden aufgezeichneten Interviewteile beträgt zwei Stunden (Teil 1) und drei Stunden (Teil 2), die Dauer des Nachgesprächs 5 1/2 Stunden. Für die Auswertung wurden die von der Zeitzeugin korrigierten und autorisierten Fassungen der Originaltranskripte zugrundegelegt. Die autorisierten Transkripte umfassen 43 Seiten (Teil 1) und 76 Seiten (Teil 2). Alle drei Gespräche fanden anlässlich eines Privataufenthalts der Zeitzeugin in Hamburg statt, das erste Gespräch in der Forschungsstelle, die beiden anderen Gespräche in der Wohnung der Gastgeberin der Zeitzeugin in Hamburg.

26 Vgl. dazu allgemein Richarz (Hg.), *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich*, S. 12ff. und Kaplan, *Jüdisches Bürgertum*, S. 20.

27 Vgl. Kaplan, *Jüdisches Bürgertum*, S. 21f.

Vater war Mitglied in der jüdischen Gemeinde, die Zeitzeugin und ihre drei jüngeren Schwestern wurden nicht getauft:

»Wir wußten immer, daß wir jüdisch waren. Wir haben nur keinen Gebrauch davon gemacht. Wir haben Weihnachten gefeiert wie alle anderen, und wir haben Religionsunterricht mitgebracht in der Schule. Der war ja aber nicht richtig christlich, das waren Bibelgeschichten usw. Ich entsinn' mich aber, daß ich genau wußte, daß ich jüdisch war, und daß ich nicht an Jesus glaubte als Gott, daß wenn wir Choräle gesungen haben, ich in meiner kindlichen Weise das Wort Jesus einfach ausgelassen habe. Meine Lösung. Das entsinne ich. Es wurde nie ein Geheimnis (daraus) gemacht. Das haben mich die Interviewer in Amerika²⁸ auch gefragt: ›Wenn Sie nie in der Synagoge waren, woher haben die Leute denn gewußt, daß Sie jüdisch sind?‹ Ich sag': ›Gott, wir waren 'ne bekannte jüdische Familie.«²⁹

Familie Scherner lebte in einem eigenen Haus in dem vornehmen alsternahen Stadtteil Harvestehude. Die Stadtteile Harvestehude und Rotherbaum wurden nach der Jahrhundertwende zu den Hamburger Stadtteilen mit dem höchsten Anteil an jüdischer Bevölkerung. Die Entscheidung, hier ein Haus zu kaufen, wird der Vater der Zeitzeugin jedoch wohl nicht vor diesem Hintergrund getroffen haben, sondern aus seinem Selbstverständnis, als erfolgreicher hanseatischer Kaufmann in einem der Hamburger Stadtteile zu leben, in dem die ökonomische und gesellschaftliche Elite der Stadt bevorzugt wohnte. In Harvestehude lebten um die Jahrhundertwende 2% der Hamburger Gesamtbevölkerung, die knapp 12% des gesamten Steuervolumens der Stadt erbrachten. Die Wahl dieses Stadtteils zeigte den Wunsch, durch ökonomischen Erfolg gesellschaftliche Akzeptanz und Integration zu erlangen.³⁰ Es gehörte zum damaligen Selbstverständnis der Zeitzeugin, daß die Integration in die deutsche Gesellschaft in der Weimarer Republik für assimilierte jüdische Familien erreicht war. Daß dies nicht der Fall war, reflektiert Elke Petsch im Rückblick:

»Und natürlich, wir gehörten nicht zu den guten alten Hamburger Familien, weil wir jüdisch waren. Die Nottebohms usw., die wußten ja auch alle, wir waren jüdisch. (...) Die alten nichtjüdischen Familien, die waren natürlich antisemitisch.«³¹

28 Die Zeitzeugin wurde auch vom Holocaust Memorial Museum in Washington zu ihrer Lebensgeschichte befragt.

29 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 4. Da alle in diesem Beitrag vorgestellten Zeitzeugen seit Jahrzehnten in den USA leben, kommt es mitunter vor, daß sie amerikanische Ausdrücke und Redewendungen gebrauchen, oder auch ihre Äußerungen gedanklich in Englisch fassen, die sie dann auf Deutsch formulieren. Um die Authentizität zu erhalten, habe ich diese Äußerungen nicht geändert.

30 Siehe dazu Tiggemann, Familiensolidarität, Leistung und Luxus, S. 423f.

31 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 8. Nottebohm & Co., Import, Export und Bankgeschäft. Einer der Inhaber, Carl L. Nottebohm, war zeitweilig Präses der Hamburger Handelskammer.

Die Zeitzeugin weist auf den Bekanntheitsgrad ihrer Familie innerhalb der alteingesessenen Hamburger Bürgerfamilien hin. Gleichzeitig ist ihr aber bewußt, daß die eigene Familie aufgrund ihres sozialen Status zwar zum großbürgerlichen Milieu, nicht jedoch zur traditionellen Hamburger »Gesellschaft«³² gehörte. Erst im nachhinein ist für Elke Petsch der Antisemitismus Ursache dafür, daß der Familie – trotz langer Ansässigkeit in Hamburg, Wohlstand und Assimilation – die gesellschaftliche Anerkennung letztlich versagt blieb. Die Familie war so weit assimiliert, daß die konfessionelle Zugehörigkeit im Alltag keine Rolle spielte:

»Wir hatten viele Freunde, jüdisch, nichtjüdisch, machte keinerlei Unterschied, für mich nicht und für die Eltern, das wurde gar nicht erwähnt. Ich habe überhaupt keinen Antisemitismus gemerkt damals. Ob er wirklich nicht existiert hat oder ob wir es nur nicht gemerkt haben, das weiß ich nicht.«³³

Wenn auch die jüdische Herkunft im Alltag der Zeitzeugin keine Rolle gespielt hat, so gehörte sie doch sowohl zum familiären Selbstverständnis wie auch zur Wahrnehmung der jugendlichen Zeitzeugin:

»In meiner Klasse war eine Landauer, die war jüdisch. Ja, das habe ich gewußt, daß wir zum Beispiel im Firgau-Lyzeum fünf jüdische Mädels in der Klasse hatten, und die anderen waren alle lutheranisch. Das haben wir gewußt natürlich, weil sie alle konfirmiert wurden und wir nicht. Aber ich hab' das auch schon viel eher gewußt. Aber das war von keiner Wichtigkeit.«³⁴

Die Zeitzeugin war sich als Schülerin ihrer jüdischen Herkunft bewußt. Dennoch bemerkt sie an verschiedenen Stellen des Interviews, daß eben diese Herkunft, z.B. im Verhältnis zu ihren nichtjüdischen Mitschülerinnen »nicht wichtig« gewesen sei. Würde sie aber einen Sachverhalt wiederholt betonen, der keine Bedeutung für sie hatte? Diese mehrfache Betonung kann vielmehr als Hinweis darauf interpretiert werden, daß die jüdische Herkunft für sie bedeutsamer war, als sie es damals bewußt wahrgenommen hat.

Eine grundsätzliche Prägung erfuhr die Lebensgeschichte der Zeitzeugin durch das großbürgerliche Milieu, in das sie hineingeboren wurde. Von der Interviewerin nach ihren ersten Erinnerungen an Hamburg befragt, antwortet sie:

»Ich hatte ein sehr beschütztes Leben, diszipliniert. Meine Eltern waren wohlhabend, aber haben uns in keiner Weise verwöhnt ... Mir war nicht bewußt, daß wir wohlhabend waren.«³⁵

32 Vgl. dazu Schramm, Neun Generationen, Bd. 2, S. 26ff. sowie S. 52.

33 Transkript Petsch (Teil 1), S. 3.

34 Transkript Petsch (Teil 1), S. 4.

35 Transkript Petsch (Teil 1), S. 2.

Materielle Sicherheit, Einbindung in ein enges familiäres Beziehungsnetz, in das neben den Eltern und Geschwistern auch die Großeltern und Verwandten in Hamburg und Dresden gehörten, sowie eine an bürgerlichen Werten und Normen orientierte Erziehung schufen für die Zeitzeugin eine stabile Grundlage für ihre persönliche Entwicklung. Ihren privilegierten Hintergrund nahm sie nicht als solchen wahr:

»Wir haben das als selbstverständlich genommen. Ich meine, wir sind in der Privatschule gewesen, und mehr oder weniger waren alle wohlhabend. Einige ein bißchen weniger, einige ein bißchen mehr. Wir haben aber darüber nie geredet. Wir sind nie besonders gut angezogen worden oder sowas. Das war alles immer furchtbar sparsam. Wir hatten eine Hausschneiderin, die machte unsere Sachen. Damals war das noch egal, aber als ich 'n bißchen älter wurde, habe ich das dann gräßlich gefunden. (...) Da wär' ich lieber mal ins Geschäft einkaufen gegangen, aber da hätte ich nie darum gebeten, das kam gar nicht in Frage.«³⁶

Die hanseatischen Kaufmannstugenden, Disziplin, Pflichtbewußtsein, Bescheidenheit und Sparsamkeit, wurden früh als Erziehungsprinzipien eingeübt:

»Über Geld wurde ja nicht geredet. Nie. Wir wußten weder, daß wir Geld hatten oder nicht Geld hatten, da wurde einfach nicht drüber geredet. Und wir kriegten sehr wenig Taschengeld, und mußten das immer abrechnen ...«³⁷

1915 oder 1916³⁸ wurde der Vater der Zeitzeugin zum Kriegsdienst eingezogen. Den Ersten Weltkrieg erinnert die Zeitzeugin als Ereignis, weil er für sie mit gravierenden persönlichen Erfahrungen verbunden war, vor allem mit der Angst vor dem Verlust des Vaters.³⁹ Auch die kriegsbedingte Lebensmittelknappheit wird von der Zeitzeugin rückblickend thematisiert, weil die bisherigen Erfahrungen des Kindes aus seinem ökonomisch gesicherten, mangelfreien Alltag vorübergehend einschneidend verändert wurden.

»Und auch die Hungerei. Wir hatten doch nichts zu essen damals, Steckrüben, '17, oh, das entsinne ich. Da hab' ich alle möglichen Erinnerungen. Haferflocken, wo man dann immer die Hülsen da um den ganzen Teller rumlegte.«⁴⁰

Das Handeln auf dem Schwarzmarkt widersprach dem großbürgerlichen Habitus und kam für die Familie nicht in Frage. Hungern mußte Familie Scherner jedoch nicht: Sie erhielt Unterstützung von dem Großvater in

36 Transkript Petsch (Teil 1), S. 7.

37 Transkript Petsch (Teil 1), S. 6.

38 Vgl. Transkript Petsch (Teil 1), S. 2. Die Zeitzeugin erinnert sich nicht an das genaue Jahr.

39 Vgl. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 4.

40 Ebd. Zum sog. Steckrübenwinter 1916/1917 vgl. Ullrich, Kriegsalltag, S. 63ff. Zu den Auswirkungen der katastrophalen Versorgungslage für die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung vgl. ders., Kriegsalltag, S. 39ff.

Dresden, der der Familie in Hamburg Extrarationen von Malz schickte.⁴¹ Dennoch mußte auch die großbürgerliche Familie ihre bisherigen Ernährungsgewohnheiten einschränken. Trotz der erstmalig erfahrenen Angst um den Vater und des Versorgungsmangels bedeuteten der Erste Weltkrieg und die Revolution für die Zeitzeugin zwar einen ersten lebensgeschichtlichen Einschnitt, aber keinen lebensgeschichtlichen Bruch.⁴² So betont sie die Kontinuität, mit der das Leben der Familie fortgeführt wurde:

»Aber sonst haben wir ein verhältnismäßig normales Leben gehabt, Kinder merken das nicht so.«⁴³

Den historischen Umbruch vom Kaiserreich zur Demokratie erinnert Elke Petsch im Zusammenhang mit einer kindlichen Pflichtverletzung, die der Vater ahndete:

»Und dann entsinne ich mich, daß um unser Haus Menschen standen, das waren die sogenannten Roten, die standen in der Willistraße und Klärchenstraße, wir hatten das Eckhaus. Und mein Vater wollte nicht, daß wir an's Fenster gehen, wollte nicht, daß jemand auf unser Haus aufmerksam wurde, und da bin ich an's Fenster gegangen und hab' eine ganz gräßliche Ohrfeige bekommen. Das erinnere ich. Kindliche Erinnerungen hat man an solche Sachen. Aber sonst habe ich natürlich politisch nicht viel verstanden. (...)

B: Was haben die Roten, wie Sie sagen, in der Willistraße und in der Klärchenstraße gemacht?

P: Das weiß ich nicht, was sie wollten. Aber ich weiß, daß sie da 'rumstanden, und daß es alle Leute geängstigt hat. (...) Und sonst haben wir so unser Leben weitergelebt.«⁴⁴

Die Revolution, ausgelöst durch eine Revolte von Matrosen der Kriegsmarine in Kiel, erreichte am 5./6. November 1918 die Hansestadt. Die ihr folgenden politischen Begleitumstände lösten in den Kreisen des Hamburger Bürgertums eine beträchtliche Unruhe aus.⁴⁵ Der Vater Elke Petschs verlangte in

41 Vgl. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 4f.

42 Ich verwende den Begriff »Einschnitt« im Sinne einer Unterbrechung der lebensgeschichtlichen Kontinuität, die nach einem begrenzten Zeitraum an die für den Zeitzeugen vertrauten Lebensumstände wieder anknüpfen kann und fortgeführt wird. Lebensgeschichtlicher »Bruch« verwende ich im Sinne einer individuellen Erfahrung, die qualitative Veränderungen bislang vertrauter Lebensumstände zur Folge hat, mithin eine lebensgeschichtliche Diskontinuität verursacht.

43 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 5. Die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, die durch den Krieg verursacht wurden, wirkten sich sehr nachhaltig auf die Hamburger Wirtschaft aus. Es ist zu vermuten, daß auch die Firma Richard Scherners vor dem Hintergrund dieses allgemeinen Prozesses vor Problemen stand. Darüber berichtet die Zeitzeugin im Interview nichts. Kinder wurden von Problemen ferngehalten. Sie rekurriert an dieser Stelle noch einmal auf ihr »beschütztes Leben.« Zu den Kriegsfolgen siehe Büttner, Politische Gerechtigkeit, S. 21ff.

44 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 5f. P=Zeitzeugin (Petsch), B=Interviewerin (Baumbach).

45 Vgl. Ullrich, Weltkrieg und Novemberrevolution, S. 201.

dieser Situation Disziplin und Gehorsam. Unauffälliges Verhalten und Abwarten schienen ihm die adäquate Reaktion auf die politischen Vorgänge zu sein. Mit den aufständischen Arbeitern und Soldaten, den »Roten«, und ihren politischen Zielsetzungen hatte man nichts gemein. Die Umwälzung verängstigte in der Erinnerung der Zeitzeugin »alle Leute«, d.h. diejenigen aus wohlhabenden bürgerlichen Schichten.⁴⁶ Der Vater Elke Petschs arrangierte sich mit der politischen Neuordnung und bekannte sich zur Weimarer Republik als politischem System. Die Zeitzeugin ordnet ihre Eltern politisch »in der Mitte« ein, »... Deutsche Volkspartei. Die waren nicht furchtbar rechts, und natürlich nicht links.«⁴⁷

Die Inflation von 1923 ist das erste historische Geschehen, das die Zeitzeugin nicht ausschließlich vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen erinnert:

»An die entsinne ich mich auch. Da war ich immerhin 14. Ich sollte mich viel besser daran entsinnen, als ich eigentlich tue. (...) Die Inflation entsinne ich, weil wir mit diesen schrecklichen Nummern zu rechnen lernen mußten. Und ich entsinne auch meine Mutter immer am Telefon morgens um zehn, und meinen Vater sagen: ›Schick‹ endlich den Jungen mit dem Geld raus, oder ich kann nichts mehr kaufen. Das ist mir 'ne bleibende Erinnerung. Jeden Mittag um zwölf änderten sich die Quotierungen.«⁴⁸

Die dramatische Geldentwertung wurde von der 14jährigen zwar wahrgenommen, doch das Bestreben, durch rechtzeitige Einkäufe noch möglichst viel für das Geld zu erhalten, gehörte nicht zu ihren Aufgaben. Dafür waren die Mutter oder eines der Dienstmädchen der Familie zuständig. Im Jahr der Inflation 1923 wurden ihre Zwillingsschwestern geboren. Die Familie stellte ein Kindermädchen ein, so daß mit zwei Dienstmädchen, einer Köchin und dem Kindermädchen vier häusliche Angestellte zur Verfügung standen.

Die Inflation hatte nur begrenzte Auswirkungen auf das Importgeschäft des Vaters. Die ökonomische Krise konnte von Richard Scherner wie überhaupt von der Mehrheit der jüdischen Kaufleute Hamburgs ohne größere Probleme bewältigt werden.⁴⁹

46 Zur Angst des Bürgertums vor einem linksrevolutionären Umsturz sowie der auffälligen, ungleichen Einschätzung der politischen Gefahr von links und von rechts, die kennzeichnend für die ältere bürgerliche Generation war, siehe Grolle, Percy Ernst Schramm, S. 16f. und S. 38ff. Richard Scherner, geb. 1881, ist in seiner Haltung als typischer Repräsentant des Bürgertums zu betrachten.

47 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 5. Die Deutsche Volkspartei war die Nachfolgepartei der Nationalliberalen Partei. Sie repräsentierte die Interessen der politischen und gesellschaftlichen Führungsschichten Hamburgs. Ihr stand die große Mehrheit der Hamburger Kaufleute nahe. Siehe Büttner, Politische Gerechtigkeit, S. 55–59.

48 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 6. Zur Inflation siehe auch Büttner, Politische Gerechtigkeit, S. 139ff.

49 Vgl. Lorenz, Jüdische Gemeinde 1860–1943, S. 91.

Die Überwindung der Inflation und eine damit einhergehende wirtschaftliche Normalisierung führte zu den politisch und gesellschaftlich stabilsten Jahren der Weimarer Republik. Gesellschaftliche und Freizeitaktivitäten wurden in größerem Umfang wahrgenommen:

»Es wurde auch sehr viel eingeladen. 1927, da war ich 17, beinahe 18. Da hatten alle Leute wieder Geld, und da waren furchtbar viele Festlichkeiten, auch für junge Leute. Da war ich sehr viel eingeladen, eigentlich jeden Sonnabendabend 'ne große Feier.«⁵⁰

Eine besondere Bedeutung hatte für die jugendliche Zeitzeugin der Sport. Als aktives Mitglied im Harvestehuder Tennis- und Hockey-Club spielte sie Tennis und war Mitglied der ersten Hockeymannschaft ihres Vereins. Außer in der Schule lernte sie hier ihre Freunde kennen, die wie sie aus dem großbürgerlichen Milieu stammten. So wie aus ihrer spezifischen Binnensicht 1927 »alle Leute« wieder Geld hatten, so selbstverständlich berichtet sie auch von den Konzertbesuchen und Urlaubsreisen der Familie:

»Wir haben Reisen gemacht, aber nicht sehr viele, wegen des Krieges natürlich. Wir waren an der Ostsee. Und dann mit 15 Jahren bin ich zum ersten Mal mit meinen Eltern und meiner Schwester in die Dolomiten gefahren. (...) Und da sind wir vier Wochen geblieben. Und zwei Jahre später waren wir in der Schweiz in Klosters. Und sonst waren die meisten Reisen Hockey-Reisen. Ich bin immer mit der ersten Mannschaft des Harvestehuder Tennis- und Hockey-Clubs gereist, wir waren in Berlin und München, Frankfurt, überall.«⁵¹

Mangel und Entbehrungen, Kennzeichen des Alltags der überwiegenden Mehrheit der Hamburger Bevölkerung,⁵² erwähnt die Zeitzeugin für diese Phase ihres Lebens nicht. Sie charakterisiert das Leben ihrer Familie mit den Worten:

»Das typische alte Familienleben. Neureiche fanden wir ja furchtbar.«⁵³

An dieser Stelle folgt im Interview eine Kritik der Zeitzeugin an der Mentalität und am schichtenspezifischen Habitus der Abgrenzung gegenüber gesellschaftlichen Aufsteigern wie den »Neureichen«:

»Die Jungens im Café an der Alster waren alle furchtbar snobbish. Und das mochte ich nicht.«⁵⁴

50 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 8.

51 Transkript Petsch (Teil 1), S. 3. Erwähnt wird hier die 1911 geborene zweite Tochter der Familie.

52 Siehe dazu Büttner, Politische Gerechtigkeit, S. 185ff.

53 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 7.

54 Transkript Petsch (Teil 1), S. 7f. Das Café an der Alster war ein beliebter Treffpunkt junger Leute aus den »besseren Kreisen«. Siehe dazu auch das Gedächtnisprotokoll der Interviewerin. FZH/WdE 253. Die Selbstkritik der Zeitzeugin ist möglicherweise vor dem Hintergrund ihrer späteren Erfahrungen in den USA zu sehen, wo »Leuten, die Geld machen« gesellschaftliche Anerkennung widerfährt.

Das Bewußtsein der Jugendlichen, aus Familien zu stammen, in denen bereits seit mehreren Generationen Vermögen und Wohlstand existierten, bildete einen spezifischen Dünkel heraus, der sich vor allem gegen gesellschaftlich aufstiegsorientierte Kreise richtete, die erst in jüngeren Zeiten zu Vermögen gelangt waren. Die »Neureichen« verstießen gegen den großbürgerlichen Kodex, nach dem Wohlstand nicht zur Schau gestellt wurde, wie auch gegen die Regeln des »guten Geschmacks«. Die Identifizierung mit dem Werte- und Normenkanon ihres Herkunftsmilieus ermöglichte den Jugendlichen eine klare Orientierung, gerade auch im Hinblick auf die Abgrenzung gegenüber Kreisen, die nicht zum eigenen Milieu gehörten.

Elke Petsch wurde 1915 während des Ersten Weltkrieges eingeschult. Wie in den bürgerlichen Kreisen üblich, schickte man die Töchter nicht in öffentliche, sondern in private Schulen. Eine der bevorzugten Mädchenschulen war das Firgau-Lyzeum im Hamburger Stadtteil Winterhude, in dem Töchter aus wohlhabenden Schichten im Laufe einer zehnjährigen Schulzeit auf ihre künftige Rolle als Hausherrin und Gastgeberin bei gesellschaftlichen Ereignissen, seltener auf eine Berufstätigkeit, vorbereitet wurden.⁵⁵ Elke Petsch hingegen setzte nach der Beendigung ihrer Schulzeit auf dem Firgau-Lyzeum ihren Schulbesuch fort und machte das Abitur. An ein Studium dachte sie zunächst noch nicht:

»Ich wollte überhaupt nicht studieren, Mädchen studierten damals eigentlich nicht. Von der ganzen Klasse der 32 Mädchen, die in dem Firgau-Lyzeum waren ..., sind nur vier zum Abitur weitergegangen. Es war gar nicht üblich. Ich wußte nicht, was ich mit mir anfangen sollte. Ich lernte gern, hab' ich gesagt, ich geh' noch weiter zur Schule ...«⁵⁶

1929 bestand die Zeitzeugin das Abitur an der Helene-Lange-Oberrealschule im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel. Den Entschluß, Medizin zu studieren, faßte sie nach einem Sportunfall, der sie für längere Zeit an das Haus band:

»Während der Nacht habe ich mich entschlossen, Ärztin zu werden. Ich habe gedacht, wenn man so sehr auf einen Arzt wartet, muß es doch herrlich sein, ein Arzt zu sein. Meine Eltern waren sehr erstaunt, weil in meiner nächsten Familie noch nie jemand studiert hatte, aber sie haben mir nicht abgeraten. Und nach

55 Vgl. Milberg, Schulpolitik, S. 199ff.

56 FZHWdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 11. Im Schuljahr 1928/1929 bestanden 731 Schüler in Hamburg das Abitur, davon 588 Jungen (=80,4 %) und 143 Mädchen (=19,6 %). Der Berechnung konnten nur die Zahlen an den reinen Jungen- und Mädchenschulen zugrundegelegt werden. Weitere 94 Schüler und Schülerinnen bestanden ihr Abitur an Koedukationsschulen (absolute Zahl der Abiturienten also 825; die Tabelle im Statistischen Jahrbuch trennt bei den Koedukationsschulen nicht nach Geschlecht). Vgl. Statistisches Jahrbuch 1928/29, S. 370.

dem Abitur habe ich angefangen, Medizin zu studieren, hier an der Hamburger Universität.«⁵⁷

Als Elke Petsch 1929 ihr Medizinstudium begann, geriet der Vater durch die Weltwirtschaftskrise in ernste geschäftliche Schwierigkeiten.⁵⁸ Die Selbstverständlichkeit des bisherigen großbürgerlichen Lebensstils erfuhr in der Weltwirtschaftskrise einen tiefen Einschnitt. Das Haus mußte verkauft werden, die Familie bezog eine Etagenwohnung. Der Umzug erfolgte aus dem vornehmen Stadtteil Harvestehude in den gutbürgerlichen Stadtteil Winterhude. Der damit möglicherweise verbundene soziale Prestigeverlust wird im Rückblick von der Zeitzeugin nicht thematisiert. Die durch die ökonomische Entwicklung erforderlichen Einschränkungen wurden – so scheint es – durch Pragmatismus und die Anerkennung der neuen Realitäten gemeistert. Infolge der notwendigen Einsparungen, die sich die Familie auferlegen mußte, wollte der Vater seine Tochter zur Aufgabe des Studiums überreden. Hatten die Eltern dem Studienwunsch ihrer Tochter zunächst nachgegeben, schien es dem Hamburger Großkaufmann in Zeiten finanzieller Engpässe geraten, dort Einsparungen vorzunehmen, wo traditionell in der Hamburger Kaufmannschaft nur begrenzt investiert wurde, nämlich in die Ausbildung der Töchter. Selbstbewußt und zielstrebig setzte die Zeitzeugin dennoch ihr Interesse zu studieren durch:

»Er [der Vater, S.B.] wollte, daß ich aufhöre, aber da habe ich mich auf die Hinterbeine gestellt. Ich hab' gesagt, die Studiengebühren kann ich mir allein verdienen, das ist nicht so viel, und wenn Ihr mich füttern könnt – das konnten sie natürlich – dann studiere ich. Ich gebe Nachhilfestunden für Oberprimaner in Mathematik und Physik.«⁵⁹

Im Alter von 16 Jahren, 1925, hatte Elke Petsch ihren späteren Ehemann im Harvestehuder Tennis- und Hockeyclub kennengelernt. Der 1907 geborene Albert Petsch war der Sohn eines Hamburger Landgerichtsdirektors. Albert Petsch studierte zunächst Jura in Heidelberg und kam 1931 nach Hamburg zurück, um sein Studium zu beenden. Die Freundschaft blieb in der Zwischenzeit bestehen. Die Eltern der beiden akzeptierten die Beziehung, entsprach sie doch der sozial und gesellschaftlich adäquaten Partnerwahl. Spielte es

57 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 12. Zum Wintersemester 1929/30 waren 553 Studenten und Studentinnen an der medizinischen Fakultät der Hamburger Universität immatrikuliert, davon 457 Studenten (=83 %) und 96 Studentinnen (=17 %). Vgl. Statistisches Jahrbuch 1929/30, S. 371.

58 Vgl. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 11. Siehe Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–31.

59 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 12.

für ihre künftigen nichtjüdischen Schwiegereltern eine Rolle, daß sie, Elke Petsch, Tochter aus einem jüdischen Hause war?

»Ich kann das nicht so ganz beurteilen. Meine Schwiegereltern haben mich rührend aufgenommen, waren immer furchtbar nett. Es war ja dann schon '31/32. Ob sie sich gewünscht haben, daß Albert mich nicht heiraten würde, das kann ich nicht beurteilen.«⁶⁰

Offenbar ist es für die Zeitzeugin im Rückblick nicht ganz zweifelsfrei, ob die Eltern von Albert Petsch mit der Ehe ihres Sohnes einverstanden waren. Auf der einen Seite wurde sie von ihren Schwiegereltern geschätzt, auf der anderen Seite rekurriert sie im Rückblick auf die gravierenden Folgen, die die Eheschließung insbesondere für ihren nichtjüdischen Ehemann hatte. Wie an mehreren anderen Stellen im späteren Verlauf des Interviews deutlich wird, empfand Elke Petsch ein Gefühl von »Schuld«, weil sie ihren Ehemann in eine schwierige Lage gebracht hatte. Es wird in dieser Textstelle erstmalig angedeutet, daß die Zeitzeugin ihre jüdische Herkunft nach der Machtübernahme als »Fluch« empfunden hat. Dies galt für sie umso mehr, als sie sich zwar ihrer jüdischen Herkunft bewußt gewesen war, diese aber als unwichtig betrachtet hatte. Die Tatsache, jüdischer Herkunft zu sein, gewann erst durch das NS-Regime und seine gewaltsam durchgesetzte Politik an Bedeutung. Daraus folgte vor allem für assimilierte Juden, daß ihnen ihre persönliche Identität genommen und eine rassistisch definierte Identität zugeschrieben wurde. Im Gegensatz zu den religiösen Juden, deren jüdische Identität konstitutiv für ihr Selbstverständnis war, bedeutete die rassistische Zuschreibung den ersten gewaltsamen Schritt zur Ausgrenzung.

Im Februar 1933 verlobten sich Elke und Albert Petsch heimlich. In der Darstellung der Zeitzeugin stand dieser Zeitpunkt in keinem Zusammenhang mit der Verunsicherung durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933; es waren dafür vielmehr den bürgerlichen Normen entsprechende, persönliche Gründe maßgeblich:

»Dann haben wir uns am 4. Februar '33 heimlich verlobt. Wir haben es unseren Eltern mitgeteilt, aber wir wollten es natürlich noch nicht veröffentlichen, weil wir noch gar nicht mit unseren Studien fertig waren. Albert hatte seinen Assessor noch nicht. Damals heiratete man ja erst, wenn der Mann die Frau ernähren konnte. (...) Und dann kam der 1. April 1933, die Blockierung der jüdischen Geschäfte.

B: Der Boykott am 1. April.

P: 1. April. Und da weiß ich, entsinne mich sehr genau, daß meine Mutter und Albert und ich auf dem Balkon saßen (...) und meine Mutter hat sehr ernst mit uns gesprochen, und vor allen Dingen mit Albert, und hat gesagt: »Albert,

willst Du wirklich Elke heiraten? Du siehst, es wird Schwierigkeiten machen. Ist Eure Liebe wirklich groß genug dafür? Wenn nicht, dann kann Elke jetzt nach Amerika gehen und drüben weiter studieren.« Das konnte man ja alles noch, damals 1933. Und wir haben beide »nein« gesagt, wir wollten heiraten. Man hat ja auch gar nicht gewußt, was uns bevorstand und wie schrecklich es werden würde und wieviele Schwierigkeiten es besonders für Albert bedeuten würde. Das hat man ja alles nicht vorausgesehen. Die Idee, beide zusammen aus Deutschland fortzugehen, ist uns überhaupt nicht gekommen. (...) Das ist das einzige Mal, daß meine Mutter gesagt hat, dann kann Elke nach Amerika gehen und weiter studieren. Sonst kann ich mich nicht entsinnen, daß wir jemals drüber geredet haben, aus Deutschland fortzugehen. Das war ja absurd. (...) Wir waren Deutsche wie jeder andere, sehr patriotisch.«⁶¹

An den 1. April 1933, der den Auftakt staatlich organisierter Maßnahmen des NS-Regimes gegen die Juden bildete, und an dem der Boykott gegen Geschäfte und Warenhäuser jüdischer Inhaber sowie vereinzelt auch gegen jüdische Ärzte und Juristen durchgeführt wurde,⁶² erinnert sich die Zeitzeugin im Rückblick vor dem persönlichen Hintergrund ihrer geplanten Heirat. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde von der Familie zwar mit Skepsis beobachtet, aber wie bei der großen Mehrheit vor allem der assimilierten Hamburger Juden zu diesem Zeitpunkt noch nicht als ernstzunehmende Gefahr erkannt:

»Wir haben es alle so aufgenommen: Das kann ja nicht sehr lange dauern. (...) Albert, der wirklich ein sehr intelligenter Mensch war, hat Hitler einmal sprechen hören, das war ungefähr 1929, und da kam er nach Hause und erzählte mir: »Ach, das ist keine Gefahr. Das ist ja ein absoluter Idiot, wer kann den Quatsch glauben.«⁶³

Die großbürgerliche Abgrenzung gegen die marodierenden Stoßtrupps der NSDAP bewahrte sowohl Distanz zum politischen Geschehen als auch eine abwartende Haltung gegenüber der politischen Entwicklung. Beides diente als Selbstschutz. Dieser Mechanismus hatte, wie schon einmal in den Jahren nach 1918, die Konzentration auf private Belange zur Folge. Diese Einschätzung erfuhr für die Zeitzeugin wie auch für ihre Eltern eine positive Bestätigung durch die Entscheidung des nichtjüdischen Verlobten, sie, die Jüdin, zu heiraten. Doch konnte eine solche Haltung nicht verhindern, daß die durch den Boykott beabsichtigte Einschüchterung und Verunsicherung der jüdischen Bevölkerung ihr Ziel erreichte:

61 Transkript Petsch (Teil 1), S. 10f.

62 Vgl. dazu Barkai, Vom Boykott zur »Entjudung«. Speziell zum Boykott in Hamburg siehe Wamser/Weinke, Der »Judenboykott« vom 1. April 1933, S. 102f., Ferk, Boykott sowie Louven, Boykott, S. 93f.

63 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 15.

»1933 im Sommer wurden Albert und ich sehr besorgt und sehr nervös. Wir hatten das Gefühl, die Mischehen würden verboten werden, (...) und es wurden auch schon so Gerüchte gelegentlich gehört. So beschlossen wir, im Juni 1933 zu heiraten.«⁶⁴

Die Heirat erfolgte als vorbeugende Maßnahme gegen ein eventuelles Heiratsverbot, war aber in Bezug auf die bürgerlichen Gepflogenheiten verfrüht, nach denen der zukünftige Ehemann bei seiner Heirat ein eigenes Einkommen aufweisen mußte. Deshalb entschied sich das Ehepaar, bis zur Beendigung seiner Studien weiterhin getrennt bei den Eltern zu leben und niemandem von der Heirat zu erzählen. Die Volkszählung vom Juni 1933 machte die Vereinbarung jedoch zunichte. Ein Volkszählungsbeauftragter, mit Albert Petsch bekannt und als sein Zähler abgeordnet, verbreitete die Information. Die vorzeitige, öffentliche Bekanntgabe der Heirat konterkarierte den gewählten Selbstschutz, sich zunächst abwartend zu verhalten:

»Das hatte ja damals doch sehr viel Interesse für viele Leute, daß Albert noch '33 jüdisch geheiratet hat. Und das wurde dann im Club an der Alster und so bekannt. Und wir kriegten immer die blöde Frage: ›Seid Ihr verheiratet?‹ Und wir sagten ›nein‹. Dann haben wir schließlich gesagt, das geht ja so nicht mehr, das ist zu albern. Und wir haben dann also zugegeben, daß wir verheiratet wären. Wir haben aber immer getrennt gelebt, und ich bin immer heimlich nachts zu meinem Mann gekrochen. Es war wirklich 'ne gräßliche Situation, und dann hatte ich schließlich 'n hysterischen Anfall, kann ich nur sagen. Wir sind dann bei meinen Eltern eingezogen, die hatten mehr Platz. Mein Vater war so sehr dagegen, mit seinem Schwiegersohn in einem Haus zu wohnen, ›das geht nie gut‹. Ist aber sehr gut gegangen.«⁶⁵

Der Zustand, als verheiratete Frau von dem Ehepartner getrennt zu leben, wurde für die Zeitzeugin erst in dem Moment unerträglich, als sich die Nachricht von der Heirat gegen ihren Willen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld herumgesprochen hatte. Ein Getrenntleben verstieß unter diesen Umständen gegen die bürgerlichen Vorstellungen und verweist auf die Bedeutung und auf die hohe Akzeptanz des großbürgerlichen Werte- und Normenkodexes. Gleichzeitig wird erneut die Handlungsfähigkeit der Zeitzeugin sichtbar, das eigene Interesse gegen die Eltern erfolgreich durchzusetzen und

64 Transkript Petsch (Teil 1), S. 16. Die Zahl der Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden war in Hamburg in der Weimarer Republik tendenziell angestiegen. Sie erreichte 1933 einen Höchststand von 57% und fiel dann 1934 auf 32% ab. Offenbar wollten viele gemischtkonfessionelle Paare einem möglichen Verbot dieser Ehen durch eine rechtzeitige Heirat zuvorkommen. Dabei ist es kennzeichnend, daß jüdische Männer häufiger nichtjüdische Frauen heirateten als umgekehrt. Von den 1933 geschlossenen 93 Ehen, an denen ein jüdischer Partner beteiligt war, waren 67 jüdische Männer und nur 26 jüdische Frauen. Siehe Ophir, Geschichte der Hamburger Juden, S. 89. Siehe auch Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LVIIff.

65 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 16.

darin eine Bestätigung zu erfahren. Darüber hinaus bedeutete die Entscheidung, trotz bzw. gerade wegen der politischen Entwicklung im Juni 1933 zu heiraten, der Verunsicherung ein gezieltes Handeln entgegenzusetzen. Der Gestaltung des Privatlebens nach eigenen Werten und Normen kam dabei eine stabilisierende Funktion zu und dokumentiert den Selbstbehauptungswillen gegenüber dem NS-Regime.

Die ersten zwei Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft erlebte Elke Petsch als Studentin an der Hamburger Universität. Sie konnte ihr 1929 begonnenes Medizinstudium 1935 mit dem Staatsexamen abschließen. Während der zwei Jahre, in denen sie unter dem NS-Regime studierte, erlebte sie als jüdische Studentin keine antisemitischen Angriffe:

»Und die fünfeinhalb Jahre, die ich Medizin studierte, hatte ich keine Schwierigkeiten als Jüdin, von '29 bis '35. Während der Ferien habe ich als Famula gearbeitet, meistens in der Schottmüller's Clinic, und ich hatte dort auch keine Scherereien.«⁶⁶

Mit dem Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 wurden die ersten Maßnahmen des Regimes gegen jüdische Schüler und Studenten eingeleitet. Es bestimmte, daß jüdische Schüler und Studenten nur noch einen Anteil von 5% an der Gesamtzahl aller Schüler und Studenten an höheren Schulen und Hochschulen stellen durften. Eine Ausnahmeregelung wurde für die Kinder ehemaliger Frontkämpfer, zu denen Elke Petsch zählte, und Kinder mit nur einem jüdischen Elternteil oder zwei jüdischen Großeltern getroffen.⁶⁷ Um die jüdischen Studenten an der Hamburger Universität zu erfassen, wurden sie Anfang Mai 1933 aufgefordert, einen Fragebogen auszufüllen, der Auskunft über die Kriegsteilnahme der Väter verlangte.⁶⁸ Von den 110 Fragebögen, die an die Universität zurückgingen, bejahten 62 jüdische Studenten die Frage nach der Kriegsteilnahme ihrer Väter, 48 verneinten sie. Danach betrug der Anteil jüdischer Studenten im Sommersemester 1933 bei einer Gesamtzahl von insgesamt 3.199 Studierenden an der Hamburger Universität knapp 3,5% und sank in den folgenden Semestern kontinuierlich. Im Sommersemester 1934 waren es noch 62, im Wintersemester 1934/35 nur noch 53 Studenten, deren Väter entweder Frontkämpfer gewesen waren bzw. die einen jüdischen oder zwei jüdische Großeltern hatten sowie die jüdischen Studenten, deren Väter nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten und in der Statistik als »nichtarisch« erfaßt wurden. Der Rückgang jüdischer Studenten war auf das massive antisemitische Klima an der Universität zurückzuführen, das vor allem vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund geschürt

66 Transkript Petsch (Teil 1), S. 13.

67 Siehe RGBL. I 1933, S. 225.

68 Zum folgenden siehe Freimark, Juden an der Universität Hamburg, S. 137.

wurde. An der Medizinischen Fakultät im Universitätskrankenhaus Eppendorf studierten im Sommersemester 1932 noch 52 jüdische Studenten, im Wintersemester 1933/34 waren es noch 18, im Sommersemester 1938 schließlich nur noch drei.⁶⁹ Während das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen keine praktische Handhabung zur Entfernung jüdischer Studenten bot, weil die 5%-Quote an der Hamburger Universität nicht erreicht wurde, zielte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933⁷⁰ auf die Entlassung jüdischer Hochschullehrer. Nach diesem Gesetz wurden 16 »nichtarische« Angehörige des Lehrkörpers an der Medizinischen Fakultät entlassen.⁷¹

Elke Petsch hat keine Erinnerungen an die antisemitischen Vorgänge in ihrer Fakultät. Sie berichtet weder von der Erfassung jüdischer Studenten, noch von der Entlassung bestimmter Professoren, von einer Veränderung des Lehrangebots, dem Weggang von Studenten oder gar von antisemitischen Schikanen, denen die jüdischen Kommilitonen an der Medizinischen Fakultät ausgesetzt waren.⁷² In ihrer Erinnerung konnte sie ihr Studium als Jüdin unbehelligt beenden. Welcher Konfession jemand angehörte, spielte angeblich keine Rolle. Sie studierte zusammen mit Freunden, die aus dem gleichen sozialen Milieu stammten wie sie selbst:

»Meine Freunde waren meistens die aus den besseren Kreisen, das ist ja doch immer so 'n bißchen so. (...) Die engeren Freunde in der Universität, das waren eben doch die B's und die Z's, und alle die Leute aus gebildeten Familien. (...) Mit denen war ich sehr befreundet. Und die waren ja auch nicht Nazis. In Hamburg, die bessere Gesellschaft in Hamburg war ja nicht sehr Nazi, da waren Ausnahmen natürlich. Ich hab' wirklich nichts davon gemerkt [vom Antisemitismus, S.B.].«⁷³

Erinnern kann die Zeitzeugin sich hingegen daran, daß sie weiterhin aktiv Hockey spielte, für ihr Studium gearbeitet hat und die Studiengebühren von einem Professor erlassen bekam:

»Da waren einige Studentinnen vom Club an der Alster, die spielten alle gut Hockey, und wir haben die Universitätsmannschaft gegründet. Wir haben gegen Berlin gespielt »Hamburg Universität gegen Berlin Universität. Wir haben

69 Siehe van den Bussche u.a., Die Medizinische Fakultät, S. 1260.

70 Siehe RGBI. I 1933, S. 175ff.

71 Dies entsprach einem Anteil von 14% am Gesamtlehrkörper der Medizinischen Fakultät. Vgl. van den Bussche u.a., Die Medizinische Fakultät, S. 1261; bei Freimark, Juden an der Universität Hamburg, S. 134, eine leicht abweichende Angabe von 15 %. Nach einer Erfassung vom 1.5.1933 gehörten insgesamt 43 Juden (= 18,8 %) dem Lehrkörper der Universität Hamburg an, davon allein 17 der Medizinischen Fakultät, die damit in absoluten Zahlen den höchsten Anteil jüdischer Lehrender an den vier Fakultäten der Hamburger Universität zu verzeichnen hatte. Vgl. Freimark, Juden an der Universität Hamburg, ebd.

72 Siehe dazu die Belege bei van den Bussche u.a., Die Medizinische Fakultät, S. 1260.

73 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 15. Die Namen der genannten Familien sind mit den Initialen abgekürzt.

sie hoch geschlagen. Sonst habe ich viel gearbeitet. (...) Der Anatomieprofessor, als er herausfand, daß ich mir Geld verdiente, hat mir seinen Teil der Gebühren zurückgeschickt.«⁷⁴

Die Zeitzeugin nahm die beginnende Stigmatisierung und Ausgrenzung der Juden auf der politischen, nicht aber auf der persönlichen Ebene wahr. Sie konnte sich durch ihre Freunde »aus den besseren Kreisen«, den Sport, durch den sie »Siege« erzielte, und durch die Erfahrung persönlicher Wertschätzung, indem der Hochschullehrer ihr die Studiengebühren erließ, vor der bedrohlichen persönlichen Erfahrung schützen, als Jüdin ausgegrenzt zu werden. Die Betonung, für das Studium viel gearbeitet zu haben, verweist in die gleiche Richtung. Es gelang Elke Petsch, vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung individuelle Selbstschutz- und Kompensationsmechanismen zu entwickeln. Die Zeitzeugin weigerte sich zu diesem Zeitpunkt, die ihr durch das NS-Regime zugeschriebene Rolle als Jüdin zu akzeptieren. Ihr Statusbewußtsein läßt sie im Rückblick als eine Frau erscheinen, die ihren Willen zur Selbstbehauptung aufrechterhalten konnte, jedoch um den Preis, die reale politische Bedrohung auszublenden.

Das Jahr 1935 markierte einen lebensgeschichtlichen Bruch in der Biographie der Zeitzeugin, weil sie nun unmittelbar selbst durch die Folgen der NS-Politik in ihrem Alltag betroffen wurde. Das am 15. September 1935 auf dem Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP verabschiedete Reichsbürgergesetz⁷⁵ unterschied fortan zwischen »Reichsbürgern« und »Staatsangehörigen«, wobei die »Reichsbürger« zu den alleinigen Trägern der politischen Rechte erklärt wurden. Terminologisch wurden die Bezeichnungen »Jude« und »Mischlinge ersten und zweiten Grades« festgelegt. Juden wurden nach dem Reichsbürgergesetz als Menschen definiert, die von mindestens drei »der Rasse nach volljüdischen« Großeltern abstammten. Sie konnten künftig nur noch »Staatsangehörige« sein und wurden damit gesetzlich zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Schwerer als die Herabstufung zur bloßen »Staatsangehörigen« traf die Zeitzeugin das ebenfalls auf dem Parteitag beschlossene Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre⁷⁶, das u.a. die Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden verbot. Auf die Frage der Interviewerin nach der Bedeutung der Nürnberger Gesetze bezieht sich Elke Petsch nicht auf das Reichsbürgergesetz, sondern sie verbindet mit den Nürnberger Gesetzen das Heiratsverbot, durch das Verwandte betroffen wurden:

»Oh ja, die haben wir wahrgenommen, und wie. Ich hatte ja auch sehr viele halbjüdische Cousinen. (...) Und die waren ja alle betroffen, waren alle 50

74 Transkript Petsch (Teil 1), S. 13.

75 Vgl. RGBI. I 1935, S. 1146.

76 Ebd.

Prozent jüdisch, konnten nicht heiraten. Konnten nur wieder andere 50 Prozent jüdische Personen heiraten oder gar nicht.«⁷⁷

Ungleich größere Bedeutung aber hatte das im selben Jahr angestrebte Ehrengerichtsverfahren gegen ihren nichtjüdischen Ehemann vor der Hanseatischen Anwaltskammer. Albert Petsch, der sich 1933 als Rechtsanwalt niedergelassen hatte, sollte aus der Anwaltskammer ausgeschlossen werden, weil er durch die Heirat mit einer Jüdin gegen die nationalsozialistischen Grundsätze der Standesorganisation verstoßen hatte:

»Das war fürchterlich schnell bekannt, weil es so ungewöhnlich war, daß damals jemand aus guter Gesellschaft noch zu der Zeit jüdisch heiratete. 1935 hat Albert dann ein Ehrengerichtsverfahren von der Anwaltskammer gegen sich gehabt, weil er mich geheiratet hätte '33. Er hätte das schon wissen müssen, daß es unerwünscht war. (...) Sie wollten ihn rausschmeißen. Und das war die erste schreckliche Erfahrung, die wir hatten. Es wurde dann niedergeschlagen, sein Vater war Landgerichtsdirektor. Die ganze Geschichte war vielen Leuten so 'n bißchen unangenehm.«⁷⁸

Die Zugehörigkeit zur Hamburger Oberschicht, die für das Selbstverständnis der Zeitzeugin konstitutiv gewesen war, wurde mit dem gegen Albert Petsch eingeleiteten förmlichen Verfahren vor der Hanseatischen Anwaltskammer plötzlich in Frage gestellt. Die Anwaltskammer, der alle in dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg zugelassenen Rechtsanwälte angehörten, hatte nach der Rechtsanwaltsordnung die Aufgabe, über die Standespflichten ihrer Mitglieder zu wachen. Bei einer Verletzung des Standesrechts war das Ehrengerichtsverfahren ein Instrument der Kammer, Verstöße zu ahnden. Die Höchststrafe, die das Ehrengericht verhängen konnte, bestand im Ausschluß von der Rechtsanwaltschaft.⁷⁹ Die Zeitzeugin erlebte den Versuch der Ausgrenzung ihres Ehemannes aus seiner Standesorganisation als Erschütterung ihres gesellschaftlichen Statusbewußtseins. Waren die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes bis dahin als vorübergehende Erscheinungen eingestuft worden, die keine unmittelbaren Auswirkungen im eigenen gesellschaftlichen Milieu zur Folge hatten, so rückte die Bedrohung

77 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 18. Nach dem Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre waren Eheschließungen zwischen »Halbjuden« und »Volljuden« zulässig. Die Zeitzeugin zieht die Möglichkeit einer Eheschließung zwischen einer Verwandten und einem nach der NS-Gesetzgebung »volljüdischen« Partner gar nicht in Betracht. Dies weist auf den hohen Assimilationsgrad der Familie, in der es Eheschließungen fast ausschließlich mit christlichen Partnern gegeben hatte.

78 Transkript Petsch (Teil 1), S. 19. Albert Petsch sen. war seit 1921 Landgerichtsdirektor in Hamburg gewesen. Zugleich war er lange Zeit Vorsitzender des Harvestehuder Tennis- und Hockey-Clubs. Vgl. die Nachrufe in verschiedenen Hamburger Zeitungen anlässlich seines Todes im Dezember 1934. Staatsarchiv Hamburg (im folgenden: StaHH), ZAS, A 765.

79 Vgl. dazu Morisse, Rechtsanwälte, S. 16.

nun auf der persönlichen Ebene näher. Die Hanseatische Anwaltskammer war einer staatlich verordneten Gleichschaltung durch ihr Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus im April 1933 zugekommen. Die im selben Monat durchgeführten Vorstandsneuwahlen sicherten den Nationalsozialisten einen ausreichenden Einfluß, seit 1934 war der Vorstand mehrheitlich mit Nationalsozialisten besetzt. Das Hamburger Ehrengericht fällte zwischen 1934 und 1939 insgesamt 92 Urteile. Soweit es um Verfahren gegen Rechtsanwälte »nichtarischer« Herkunft ging, handelte es sich zum einen um die gewöhnliche Verletzung traditioneller Standesregeln, zum anderen um explizit antisemitisch motivierte Verfahren.⁸⁰ Für den Ausschluß eines in Mischehe lebenden nichtjüdischen Berufskollegen gab es, selbst unter der NS-Gesetzgebung, keinerlei rechtliche Grundlage. Zwar hatte der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund nach dem Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes 1935 eine Initiative zum Ausschluß »arischer« Anwälte gestartet, die mit Jüdinnen verheiratet waren, stieß aber mit diesem Vorschlag im Reichsjustizministerium auf eindeutige Ablehnung.⁸¹ Somit war der Versuch der Hanseatischen Anwaltskammer, Albert Petsch auszuschließen, kennzeichnend für das Bemühen, potentielle staatliche Maßnahmen vorwegzunehmen und nicht gleichgeschaltete Berufskollegen gesellschaftlich zu ächten.

Die Zeitzeugin begann sich nach dieser Erfahrung als Jüdin »schuldig« gegenüber ihrem Ehemann zu fühlen:

»P: Ich hab' ihm leider Gottes das Leben schrecklich schwer gemacht. Er hatte die wunderbare Eigenschaft, daß er mich das nicht hat merken lassen.

B: Er hat Sie geliebt.

P: Ja, das hat er gesagt. Er hat immer gesagt, ich könnte ohne Dich nicht leben.«⁸²

Dies ist die einzige Stelle im Gesamtinterview, an der die Zeitzeugin so bewegt war, daß sie die Interviewerin bat, das Tonbandgerät für eine Weile auszustellen. Diese Interviewstelle gewährt einen Einblick in den inneren Spannungszustand, in dem sich Elke Petsch während der gesamten NS-Zeit befunden haben muß. Sie fühlte sich für etwas »schuldig«, woran sie real nicht schuld war und empfand Verantwortung für das, was ihrem Ehemann an beruflicher und gesellschaftlicher Ächtung widerfuhr. Gleichzeitig aber spürte sie ihre Bedeutung für ihn: Wie verändert, wie beeinträchtigt, wie belastet eine solche Situation eine eheliche Beziehung?

80 Vgl. Morisse, Rechtsanwälte, S. 71 und S. 90ff.

81 Vgl. Krach, Jüdische Rechtsanwälte, S. 395ff. Zur Verfolgung jüdischer Juristen siehe auch Göppinger, Juristen jüdischer Abstammung.

82 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 19.

Viele jüdische Zeitzeugen konnten sich gegen die mit der Klassifizierung als »Jude« verbundenen Zuschreibungen durch die NS-Propaganda, der zufolge ein Jude als etwas »Schlechtes«⁸³ galt, aufgrund zunehmender Diffamierung, Degradierung und Dehumanisierung innerlich nicht mehr ausreichend zur Wehr setzen. Der Verfolgungsdruck wirkte in den Familien- und Freundeskreis hinein.⁸⁴ Das war besonders problematisch, weil die Privatsphäre einen gewissen Schutzraum hätte bieten können, der zur Stabilisierung dringend benötigt wurde.

Durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurden Juden von jeglicher Tätigkeit im staatlichen Bereich ausgeschlossen. Nach dem Staatsexamen mußte Elke Petsch ihre Ausbildung zur Ärztin abbrechen, da sie ihr praktisches Jahr, die Voraussetzung zur Erteilung der Approbation, nicht mehr absolvieren konnte. Mit Rücksicht auf ihren Ehemann nahm sie eine bestehende Möglichkeit nicht wahr:

»Und dann hätte ich vielleicht im Israelitischen Krankenhaus ein praktisches Jahr machen können. Das habe ich gar nicht versucht, weil ich Albert nicht noch mehr Schwierigkeiten machen wollte als er schon hatte. Ich wollte nicht, daß er sagen muß, meine Frau arbeitet im Israelitischen Krankenhaus. Damals hat man noch so das Gefühl gehabt, wenn man das nicht so betont, dann geht das vielleicht noch, kommt man noch so bei.«⁸⁵

Das Gefühl, ihrem Ehemann mit der Fortsetzung ihrer Ausbildung am Israelitischen Krankenhaus zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten, zeigt den inneren Konflikt, der durch die Ausgrenzung entstanden war. Im gesellschaftlichen Umfeld Albert Petschs war es bekannt, daß er mit einer Jüdin verheiratet war. Welche Befürchtungen verband die Zeitzeugin daher mit einer Tätigkeit in diesem Krankenhaus? Die Arbeit dort hätte sie zwangsläufig mit dem Schicksal, der Not und den Existenzängsten anderer, ökonomisch nicht privilegierter Juden konfrontiert und zu Verunsicherungen geführt. Eine Tätigkeit in einer jüdischen Institution hätte dazu führen können, daß sie ihre gesellschaftliche Ausgrenzung als Jüdin noch einmal verstärkt erlebt hätte. Elke Petsch vermied daher ein öffentliches Auftreten und zog sich in den privaten Schutzraum zurück.⁸⁶

Albert Petsch führte seine Anwaltspraxis bis Ende 1936 weiter. Jüdische Klienten beauftragten ihn mit der Wahrnehmung ihrer Belange, weil sie

83 Siehe dazu weiter unten.

84 Vgl. auch Quack, *Jüdische Frauen*, S. 113f.

85 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 18.

86 Meine These findet eine Bestätigung in einem Brief, den Elke Petsch nach der Befreiung am 28.5.1945 an ihre Familie in die USA schrieb. Es heißt dort: »Die schrecklichsten Dinge habe ich gesehen und erlebt. Ich hatte es durch das Krankenhaus immer so unmittelbar, wäre ich zu Hause gewesen, hätte ich nicht viel davon gemerkt.« FZH/WdE 253.

sich durch die Vertretung eines nichtjüdischen Anwalts größere Erfolgsaussichten bei der Durchsetzung ihrer Interessen versprochen:

»Und da hat er auch ein paar sehr große Mandate bekommen, weil jüdische Leute, die Hilfe brauchten, gern nichtjüdische Anwälte hatten, und dann natürlich jemanden, von dem sie wußten, wie seine Einstellung war.«⁸⁷

Dieser Umstand verhalf Albert Petsch zu einer Reihe zusätzlicher Mandanten, verstärkte aber vermutlich seine Außenseiterrolle unter den Berufskollegen und hatte einen Rückgang »arischer« Klienten zur Folge. Seine begrenzten Verdienstmöglichkeiten als Rechtsanwalt veranlaßten ihn, zum 1. Januar 1937 seine Tätigkeit als Rechtsanwalt hauptamtlich ruhen zu lassen und ein Angebot der jüdischen Firma Joseph Bär, Versicherungsmakler, anzunehmen. Als Reaktion auf den Prozeß der zunehmenden Verdrängung, die bereits vor der Verordnung zur endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 weit fortgeschritten war,⁸⁸ suchten jüdische Geschäftsinhaber nach Lösungen, um die »Arisierung« oder gar die Liquidation ihrer Betriebe zu verhindern.⁸⁹ Die Firma Joseph Bär wollte einer erzwungenen Veräußerung zuvorkommen, indem sie einen zuverlässigen, »arischen« Teilhaber aufnahm, der die Geschäfte nach der Auswanderung der jüdischen Inhaber weiterführen sollte. Die Eltern von Elke Petsch unterstützten ihren Schwiegersohn bei seinem Einstieg in die Firma finanziell großzügig.⁹⁰ Der Wechsel von der Rechtsanwaltschaft in die Versicherungsfirma ermöglichte dem Ehepaar Petsch, das 1935 eine eigene Wohnung bezogen hatte, über einen ihren Verhältnissen entsprechenden Lebensstandard zu verfügen:

»Wir konnten uns Möbel anschaffen und hatten ziemlich viel Geld, was sehr schön war. Und ich hab' nicht gearbeitet. Und was ich eigentlich die ganzen

87 Transkript Petsch (Teil 1), S. 19. Rechtsanwälten, die der NSDAP angehörten, war die Vertretung von Juden durch verschiedene Anordnungen und Erlasse verboten. Vgl. dazu Krach, *Jüdische Rechtsanwälte*, S. 335 sowie Morisse, *Rechtsanwälte*, S. 104ff. Nach einem Referentenvermerk der Landesjustizverwaltung vom 6.4.1933 gehörten der Hanseatischen Anwaltskammer insgesamt 646 Anwälte an, wovon ein knappes Drittel, 201, jüdische Anwälte waren. Siehe Morisse, *Rechtsanwälte*, S. 24. Ich habe keinerlei Hinweis darauf finden können, wieviele Hamburger Rechtsanwälte Mitglieder der NSDAP waren. Auch Nichtmitglieder der NSDAP dürften in der Vertretung jüdischer Klienten zurückhaltend gewesen sein. Siehe Krach, *Jüdische Rechtsanwälte*, S. 336. Jüdische Klienten waren zunehmend gezwungen, sich durch jüdische Rechtsanwälte vertreten zu lassen. Deren Zahl nahm beständig ab. Mit der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.1938 erlosch die Zulassung jüdischer Rechtsanwälte zum 30.11.1938. Für die rechtliche Beratung und Vertretung von Juden wurden seitdem nur noch sog. jüdische Konsulenten zugelassen. Vgl. RGBl. I 1938, S. 1403ff. Am 30.11.1938 waren unter den 705 zugelassenen Rechtsanwälten noch ungefähr 90 jüdische Anwälte (= 13%, unter Einfluß der sog. Mischlinge ersten und zweiten Grades). Vgl. Morisse, *Rechtsanwälte*, S. 90.

88 Siehe Barkai, *Vom Boykott zur »Entjudung«*, S. 80ff. Zu Hamburg vgl. Bajohr, »Arisierung«, S. 104ff. RGBl. I 1938, S. 1580 (Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben).

89 Zu den Gegenstrategien der Betroffenen siehe Bajohr, »Arisierung«, S. 150.

90 Siehe den Ermittlungsbericht der Zollfahndungsstelle vom 28.2.1939. StaHH, Oberfinanzpräsident (im folgenden: OFP), Str 567. Es handelte sich um einen Betrag von RM 76.000,- .

fünf Jahre gemacht hab', weiß ich nicht. Ich hab' sicher sehr viel Tennis gespielt und geschwommen, und dann hab' ich den Haushalt geführt. Das war mir ja nun auch ganz neu, ich konnte gar nicht kochen. Dann hab' ich dauernd saubergemacht ...«⁹¹

Der Rückzug in das Privatleben verlangte der Zeitzeugin persönlich einen hohen Preis ab. Zwar wurde sie durch den Verzicht auf eine berufliche Tätigkeit nicht permanent mit ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung als Jüdin konfrontiert, jedoch erfuhr sie ihre berufliche Isolation als eine Degradierung ihrer fachlichen Qualifikation, indem sie nun häusliche Aktivitäten verrichtete, die bislang durch Dienstpersonal ausgeführt wurden und vom Sozialprestige her einen ungleich geringeren Stellenwert besaßen. Sie benennt im Interview – implizit – die empfundene Leere, wenn sie sich nicht mehr genau daran erinnern kann, wie sie ihre Zeit verbracht hat. Dennoch schaffte sie es, das Vakuum durch Freizeitaktivitäten wie Sport auszufüllen. Bedeutsam war außerdem die Erfahrung, einen Kreis von engen Freunden zu haben, der sich unterstützend und solidarisch verhielt:

»Die haben alle 100 Prozent zu uns gehalten, die waren alle Antinazi, und haben uns nie verlassen.«⁹²

Darüber hinaus konnte sie sich das alltägliche Leben ohne finanzielle Sorgen angenehm gestalten. Trotz ihrer Ausgrenzung nutzte sie den Sport, ihre Freunde und das finanzielle Auskommen zur persönlichen Kompensation. Der Zeitzeugin gelang es damit, wichtige lebensgeschichtliche Komponenten als biographische Kontinuität aus der Zeit vor der Verfolgung aufrechtzuerhalten.

Die Phase vom Herbst 1935 bis zum Sommer 1938 wurde von Elke Petsch als Zeitabschnitt erlebt, in dem es keine erneuten, unmittelbar persönlichen Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft auf ihr Leben gab. Es war der Zeitraum, in dem eine gewisse Entspannung für sie eintrat. Im allgemeinen ist die Periode bis zum November 1938 von der jüdischen Bevölkerung als eine »Schonzeit« eingestuft worden, obwohl die staatliche und gesellschaftliche Ausgrenzung unablässig fortschritt.⁹³ Diese Einschätzung, die von vielen Zeitzeugen geäußert wird, hängt im Rückblick mit dem Ereignis der Pogromnacht zusammen, das alle bisherigen Erfahrungen von gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Juden in den Schatten stellte. Das galt auch für Elke Petsch:

91 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 19f.

92 Transkript Petsch (Teil 1), S. 20.

93 Barkai stellt daher auch den Begriff »Schonzeit« in Frage und spricht statt dessen von der »Illusion der Schonzeit«. Siehe Barkai, Vom Boykott zur »Entjudung«, S. 65.

»Aber dann kam am 9. November 1938 – die Kristallnacht. Und da war es uns natürlich allen klar, daß man weg müßte.«⁹⁴

Nach der Pogromnacht änderte sich Elke Petschs Einschätzung, was die Bedrohung durch den Nationalsozialismus für sie und ihre Familie als Juden bedeutete. Hatte sich die Zeitzeugin bis zu diesem Zeitpunkt als Ehefrau eines aus einer bekannten Hamburger Juristenfamilie stammenden nicht-jüdischen Ehemannes noch relativ sicher gefühlt, hatte die großbürgerliche Familie noch an eine formale rechtsstaatliche Sicherheit geglaubt, so machten ihr die auf die Pogromnacht folgenden radikalisierenden Maßnahmen des NS-Regimes deutlich, daß sie handeln mußte. Die wüsten Zerstörungen von Synagogen, jüdischen Geschäften und die sich daran anschließende Verhaftungswelle – dies »Ritual öffentlicher Demütigung«⁹⁵ – ließen nun keinen Zweifel mehr an der Gefahr, in der sie sich befanden. Den Juden wurde als Folge des staatlich organisierten Pogroms eine sog. Sühneleistung⁹⁶ auferlegt, die über die Festsetzung eines Steuersatzes von 25% auf das Vermögen erhoben wurde. Die jüdischen Vermögen mußten bereits durch die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938⁹⁷ offengelegt werden. Hinzu kam die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938, die die Schließung aller jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe bis zum 1. Januar 1939 erzwang. Diese Gesetze machten der Familie bewußt, daß der deutsche Staat den Raub ihres Eigentums und ihre Entrechtung systematisch vorantrieb. Darüber hinaus war seit dem Sommer 1938 die Einführung des Kennkartenzwanges sowie die zusätzliche Annahme der Vornamen »Israel« bzw. »Sara« ab 1. Januar 1939 bekanntgegeben worden.⁹⁸ Der massive Eingriff in das Eigentums- und Persönlichkeitsrecht hatte Richard

94 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 20. Richard Scherner wurde in der Pogromnacht nicht verhaftet. Die Zeitzeugin ist der Meinung: »Der Name hat ihn immer geschützt. Wenn er Cohen geheißen hätte, wäre das anders gewesen.« Ebd.

95 So Benz, Novemberpogrom, S. 541.

96 Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12.11.1938. Vgl. RGBl. I 1938, S. 1579.

97 Vgl. RGBl. I 1938, S. 414f.

98 Vgl. RGBl. I 1938, S. 922 (Dritte Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23.7.1938). Nach dieser Bekanntmachung mußten alle Juden bis zum 31.12.1938 die Ausstellung einer Kennkarte beantragen. Nach Mitteilung des Hamburger Polizeipräsidenten gingen Anträge von 12.000 Hamburger Juden bis zum Jahresende 1938 ein. Siehe »Frankfurter Zeitung«, Nr. 131/132 vom 12.3.1939. StaHH, Staatsverwaltung-Allgemeine Abteilung, D I A 7. Siehe RGBl. I 1938, S. 1044 (Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17.8.1938). Elke Petsch mußte seit dem 1.1.1939 den zusätzlichen Namen »Sara« führen. Ihr Ehemann versuchte diese NS-Maßnahme zu ironisieren, womit er aber die Zeitzeugin verletzte: »Albert wollte es mir leicht machen, kam nach Hause und sagte: »Heil Sara!« (...) Und ich bin natürlich in Tränen ausgebrochen. (...) Es war ja als Beleidigung gemeint. Und es war auch so.« FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 34f.

Scherner allerdings schon vor der Pogromnacht im Sommer 1938 veranlaßt, erste Auswanderungsvorbereitungen zu treffen.⁹⁹

Für die in Mischehe lebenden jüdischen Partner hatte es bis dato keine ihrer Situation angepaßten Sonderregelungen gegeben. Erst im Dezember 1938 kam es im Zuge der Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen nach der Pogromnacht zu einer Unterscheidung von sog. privilegierten und nichtprivilegierten Mischehen.¹⁰⁰ Als »privilegierte« Mischehen galten jene mit Kindern, die christlich getauft waren, bzw. diejenigen zwischen einem »arischen« Ehemann und einer jüdischen Ehefrau, auch wenn sie keine Kinder hatten. War aber der Mann jüdisch, seine Ehefrau hingegen »arisch«, galt die Ehe als nichtprivilegiert, wenn in ihr keine getauften Kinder lebten. Dies entsprach der nationalsozialistischen Ideologie von der prinziellen Höher-rangigkeit des Mannes gegenüber der Frau. Der Grund für diese Entscheidung bestand darin, daß sich in der deutschen Bevölkerung Unmut über das Ausmaß der Zerstörung von Eigentum während des Pogroms geregt hatte.¹⁰¹ Die NS-Machthaber mußten daher taktische Rücksichten auf die nichtjüdische Verwandtschaft des in Mischehe lebenden »arischen« Partners nehmen, solange sie Funktionen in der Wirtschaft und Wehrmacht hatten und für die Kriegsvorbereitungen benötigt wurden.¹⁰² Grundsätzlich aber betrafen alle gegen die Juden gerichteten Maßnahmen des NS-Staates auch die jüdischen Partner in Mischehen. Bedeutsam war es allerdings, daß die »privilegierten« Mischehen von der Zwangsumsiedlung in »Judenhäuser« und von der Deportation bis kurz vor Kriegsende ausgenommen wurden. Ferner mußte der jüdische Partner in der Öffentlichkeit keinen Judenstern tragen.¹⁰³

Die Regelung vom künftigen Sonderstatus der Mischehen und den damit verbundenen Auswirkungen erwähnt Elke Petsch bei ihrer Schilderung an dieser Stelle im Interview nicht, wohl aber die Befürchtung, daß

99 Auf den Rat Elke Petschs hin ließ er sich auf dem amerikanischen Konsulat eine Quotennummer geben, die eine Einwanderungsgenehmigung für den Oktober 1939 erwarten ließ.

100 Siehe Büttner, Not der Juden, S. 41f.

101 Vgl. Benz, Novemberpogrom, S. 541. Siehe dazu auch Mommsen/Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung, S. 391. Die Mißbilligung an den Formen der Ausschreitung bedeutete allerdings nicht, wie die Autoren übereinstimmend betonen, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung einer Verdrängung und Entrechtung der Juden nicht zumindest stillschweigend zugestimmt hätte.

102 Vgl. Büttner, Not der Juden, S. 42.

103 Vgl. dazu Büttner, Not der Juden, S. 54f. Siehe auch Meyer, »Mischehen« sowie den Beitrag ders. in diesem Band. Der Begriff »privilegierte« Mischehe wurde rechtlich nie fixiert. Büttner weist darauf hin, daß dies der Absicht der NS-Machthaber entsprach, die Sonderregelungen für die Mischehen lediglich aus opportunen Erwägungen vorzunehmen, um sie zu politisch günstigerer Gelegenheit ebenso in den Vernichtungsprozeß einzubeziehen. Vgl. Büttner, Not der Juden, S. 44. Elke Petsch war von der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 ausgenommen. Vgl. RGBl. I 1941, S. 547. Dazu bemerkt Elke Petsch: »Das hatte auch seinen Grund. Unsere Männer waren ja teilweise im Krieg. (...) Sie [gemeint ist die Interviewerin, S.B.] kennen die Nazipsyche nicht so ganz, die hätten nicht einen deutschen Soldaten mit einer Frau mit dem Stern gehen lassen.« FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 22.

nach der Pogromnacht ihre Ehe zwangsweise geschieden werden könnte.¹⁰⁴ Mit dieser Angst hatte sich das Ehepaar Petsch offenbar schon sehr viel früher auseinandergesetzt, denn Elke Petsch hatte sich 1935 sicherheitshalber taufen und kirchlich trauen lassen.¹⁰⁵ Dahinter stand der Versuch, die politische Entwicklung zu antizipieren, um persönliche Interessen gegenüber dem Regime behaupten zu können. Eine derartige Erfahrung hatte das Ehepaar gemacht, als es rechtzeitig vor dem Verbot der Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden geheiratet hatte. An die Wahrscheinlichkeit, daß die Taufe und die kirchliche Trauung noch einen Schutz bieten würden, glaubte Elke Petsch nach der Pogromnacht jedoch nicht mehr:

»Und dann wurden wir furchtbar verängstigt, weil dann das Gerücht kam, daß man diese Ehen scheiden wollte. Und wir versuchten, ins Ausland zu kommen.«¹⁰⁶

Albert Petsch nahm Kontakt zu einem Vetter in Mexiko auf, der dort eine deutsche Firma leitete und bereit war, das Ehepaar aufzunehmen.

Auswanderer hatten bei der Verbringung ihrer Vermögenswerte ins Ausland erhebliche devisenrechtliche Schwierigkeiten zu überwinden. In der Weltwirtschaftskrise 1930/31 war die Devisengesetzgebung eingeführt worden, die den gesamten Zahlungsverkehr mit dem Ausland regelte. Sie ermöglichte dem Reichsfinanzministerium die gesetzliche Kontrolle über den Kapital- und Devisenabfluß aus dem Deutschen Reich und sollte Kapitalflucht unterbinden. Die mit einer Auswanderung verbundenen staatlichen Zwangsabgaben führten in aller Regel zu beträchtlichen Vermögensverlusten.¹⁰⁷ Daher versuchten etliche Auswanderer – unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften – möglichst viel eigenes Kapital ins Ausland zu retten.¹⁰⁸ Auch

104 Siehe dazu Büttner, *Not der Juden*, S. 56f.

105 Siehe Transkript Petsch (Teil 2), S. 25.

106 Transkript Petsch (Teil 1), S. 21. Die Befürchtung, daß die Ehe zwangsweise geschieden werden könnte, gab Albert Petsch auch als Auswanderungsgrund in dem gegen ihn angestregten Devisenstrafverfahren an. In dem Urteil heißt es: »Der Angeklagte gibt an, er habe zunächst keine Auswanderungsabsicht gehabt. Durch die Judengesetzgebung vom November 1938 seien ihm jedoch jegliche Teilnahme an Konzerten, Theatern (...) in der Begleitung seiner Frau unmöglich gemacht worden. Er habe zudem gerüchtweise gehört und dies sei ihm auch von einer Vertrauensperson in Berlin als richtig bestätigt worden, daß der Erlaß eines Gesetzes bevorstände, wonach Mischehen zu scheiden seien, andernfalls der arische Ehepartner als Jude behandelt werden würde. Infolgedessen habe er für die Zukunft keine Existenzmöglichkeit für sich und seine Frau in Deutschland gesehen und deshalb im November 1938 sehr plötzlich den Entschluß zur Auswanderung gefaßt.« Urteil gegen Albert Petsch vor dem Landgericht Hamburg vom 12.4.1939. StaHH, OFP, Str 567. Siehe auch die Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer vom 12.11.1938 bei Walk, *Sonderrecht*, S. 255.

107 Beispiele dafür bei Bajohr, »Arisierung«, S. 297ff. Vgl. auch Ferk, *Geschichte des Hamburger Oberfinanzpräsidenten*, S. 216ff. Zu den Bestimmungen der Devisengesetzgebung siehe ausführlicher das Interview mit Eileen Blyton in diesem Beitrag.

108 Nach 1945 wurde der Notwehrcharakter des illegalen Vermögenstransfers juristisch anerkannt, so auch im Falle Albert Petschs. Vgl. FZH/WdE 253, *Transkript Petsch* (Teil 1), S. 21. Siehe dazu Bajohr, »Arisierung«, S. 157f. Eine Untersuchung über die NS-Devisenstrafverfahren liegt bislang nicht vor. Im Hamburger Staatsarchiv, Bestand Oberfinanzpräsident, sind knapp 1500 sog. devisenrechtliche Verstöße dokumentiert.

Albert Petsch bemühte sich, mit Hilfe einer niederländischen Organisation, die sich professionell auf den illegalen Vermögenstransfer spezialisiert hatte, Geld in die Niederlande zu verbringen. Im Dezember 1938 waren staatliche Behörden der formal gesetzwidrigen Tätigkeit auf die Spur gekommen. Durch die Festnahme von Kurieren, die im Auftrag der Organisation das Kapital ihrer Auftraggeber zum weiteren Transfer in die Niederlande brachten, wurde die ermittelnde Zollfahndungsstelle auf Albert Petsch aufmerksam.¹⁰⁹ Dieser befand sich in den Niederlanden, als die Gestapo ihn zu Hause zu einer Vernehmung abholen wollte:

»Bei mir erschien plötzlich die Gestapo, ich war bei Freunden, und als ich nach Hause kam, da erschien das Mädchen in der Tür und machte so Zeichen und Gesichter, und da war also die Gestapo, zwei Leute, in meiner Wohnung. Da habe ich fünf wunderschöne Stunden mit der Gestapo verbracht, weil Albert ausgerechnet den Tag in Holland war geschäftlich. Und da haben sie mir erklärt, der kommt nie wieder. Na, das hab' ich natürlich nicht geglaubt. Das wußte ich besser. Aber sie wollten mich nicht wieder rauslassen, weil ich ihn dann benachrichtigen könnte. Ich glaube, es wurde ihnen bald ziemlich klar, daß ich gar nicht wußte, wovon sie sprachen. (...) Dann rief meine Mutter an, da hat sie an meiner Stimme gehört, daß was nicht in Ordnung war. (...) Da war sie drei Minuten später drüben, und da durfte sie auch nicht mehr weg. Das war ja aber für mich auch wirklich besser, daß sie da war.

B: Wie haben die sich Ihnen gegenüber benommen?

P: Anständig. (...) Sie haben mir gar nichts getan ... Und dann sind sie zum Flughafen gefahren und haben Albert abgeholt. (...) Sie haben ihn nicht verhaftet, sie haben ihn nur befragt. Und dann haben sie ihn nach Hause geschickt.«¹¹⁰

Albert Petsch hatte seine Frau in seinen Plan, illegal Gelder zu transferieren, nicht eingeweiht:

»**B:** Er hat Ihnen also nichts gesagt, weil er Sie wahrscheinlich nicht unnötig beunruhigen wollte.

P: Weil ich wahrscheinlich, »nein« geschrien hätte. (...) Das war ja natürlich auch wirklich ein Verbrechen, gar keine Frage, es war gegen das Gesetz.«¹¹¹

Die Gestapo erschien völlig überraschend in der Wohnung der Zeitzeugin. Da sie über die Aktivität ihres Ehemannes nicht informiert war, konnte sie die Situation – trotz der Aufregung – souverän bewältigen. Der Versuch mißlang, sie mit dem Hinweis, daß ihr Ehemann nicht wiederkommen würde,

109 Siehe den Beamtenbericht in der Devisenstrafsache gegen Dr. Albert Petsch vom 2.3.1939. StaHH, OFF, Str 567.

110 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 22.

111 Transkript Petsch (Teil 1), S. 21.

einzuschüchtern und zu zermürben, da sie sich der Tragfähigkeit ihrer Ehe bewußt war. Darüber hinaus wiederholte sich in dieser bedrohlichen Lage eine für die Zeitzeugin typische Erfahrung: Sie erhielt im richtigen Augenblick Beistand und Hilfe. Ihre Mutter hatte dem Telefonat entnehmen können, daß die Tochter sich in Bedrängnis befand und handelte. Die Absicht ihres Ehemannes, illegal Kapital aus Deutschland zu bringen, bewertet die Zeitzeugin normativ als »Verbrechen«, weil es gegen bestehende Gesetze verstieß. Dies verweist auf die hohe bürgerlich-moralische Gebundenheit an die staatliche Rechtsordnung, der im Zweifelsfall persönliche Interessen unterzuordnen sind.

Anfang Januar 1939 wurde Albert Petsch wegen Verschleierungsgefahr in Untersuchungshaft genommen und am 12. April 1939 vor dem Hamburger Landgericht wegen Vergehens gegen das Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 12. Dezember 1938 zu 18 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 55.000 RM, hilfsweise weitere sechs Monate Gefängnis, verurteilt.¹¹² Unterstützung erhielt das Ehepaar von einem nichtjüdischen Verwandten, der als hoher Militär in Uniform vor Gericht erschien und zugunsten Albert Petschs aussagte:

»Ich meine, das machte doch einen großen Eindruck, besonders während der Nazizeit, all die Orden. Und dann ging das so gut, wie es eben gehen konnte. Er kriegte nur 18 Monate. Und der Anwalt meinte, das wäre absolut das große Los, was er gewonnen hätte.

B: Ihnen ging es natürlich ganz anders.

P: Nein, ich war auch froh. Weil er mir so lange von vier Jahren oder fünf Jahren geredet hatte, daß ich 18 Monate überhaupt nichts fand. Und Albert war absolut erschüttert, er hatte das nicht erwartet.

B: Hatte er weniger vermutet?

P: Ja. Ich weiß nicht, was er erwartet hat. Er war auch in einem schrecklichen Zustand. Und dann hat er 15 Monate in Fuhrsbüttel verbracht, der Rest wurde ihm dann geschenkt.«¹¹³

112 Siehe das Urteil gegen Albert Petsch vor dem Hamburger Landgericht vom 12.4.1939. StaHH, OFP, Str 567. Die Höhe der Geldstrafe entsprach dem Betrag, den Albert Petsch nach Holland hatte gelangen lassen wollen. Siehe zu einem weiteren Fall wegen Devisenvergehens vor dem Landgericht Hamburg auch Lassen, Fall 14, Devisenvergehen.

113 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 25. Dem Urteil ist deutlich Wohlwollen gegenüber Albert Petsch zu entnehmen. Das Gericht merkte in seinem Urteil an, daß der Angeklagte »... aus einer angesehenen Hamburger Familie stammt ...«, attestierte ihm Glaubwürdigkeit und wertete sein Handeln als »ungeheuren Leichtsinns«, infolgedessen »... es sich letzten Endes um eine unüberlegte Tat ...« gehandelt habe. Das Gericht sah sich nicht in der Lage, »... die Tat des Angeklagten als einen besonders schweren Fall anzusehen«. Urteil gegen Albert Petsch vor dem Hamburger Landgericht vom 12.4.1939. StaHH, OFP, Str 567. Gleichzeitig ist allerdings zu betonen, daß der beabsichtigte Transfer gar nicht zustande kam. Albert Petsch wurde also für den gescheiterten Versuch der Begehung einer Straftat verurteilt. Siehe auch den Gnadenersuch wegen Straferlaß der letzten drei Monate vom 5.5.1940. StaHH, OFP, Str 567.

Die Zeitzeugin machte erneut die Erfahrung, daß die familiäre Solidarität zur Bewältigung der schwierigen Lage beigetragen hatte. Das bürgerliche Reaktionsmuster auf die Verfolgung, sich unauffällig und abwartend zu verhalten, durchbrach Albert Petsch mit dem Versuch eines illegalen Kapitaltransfers. Erst unter dem politischen Druck der Verfolgung seiner Ehefrau war er in diese Versuchung geraten. Mit seinem Handeln hatte er nicht nur gegen das Gesetz verstoßen, sondern auch gegen den familiären Konsens, bestehende Gesetze zu respektieren. Durch die Haftstrafe aber war die beabsichtigte Auswanderung des Ehepaares unmöglich geworden. Der bereits 1937 in die USA emigrierte Schwager forderte Elke Petsch auf, gemeinsam mit ihren Eltern und Geschwistern Deutschland zu verlassen. Das kam für die Zeitzeugin nicht in Betracht:

»Was ich nicht ohne weiteres hätte können, aber ich habe mich (natürlich auch geweigert). (Leise) Habe gedacht, dann seh' ich Albert nie wieder.«¹¹⁴

Zum damaligen Zeitpunkt konnte Elke Petsch im einzelnen noch nicht wissen, was das Verbleiben in Deutschland konkret für sie bedeuten würde. Es war aber für das Ehepaar keine Frage mehr, daß es sich angesichts der bedrohlichen Lage für die Juden nach der Pogromnacht nur noch durch eine Flucht ins Ausland retten konnte.¹¹⁵ Nach der Verurteilung ihres Ehemannes mußte Elke Petsch eine schwierige Gewissensentscheidung treffen: Wenn sie sich durch die Auswanderung in Sicherheit gebracht hätte, hätte sie zumindest eine vorübergehende Trennung von ihrem Ehemann in Kauf nehmen müssen.¹¹⁶ Das aber wollte sie nicht. Sie entschied sich, bei ihm zu bleiben. Dadurch erlebte sie jedoch die sechs schlimmsten Jahre der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft. In der rückblickenden Betrachtung deutet sich eine Kritik am Verhalten ihres Ehemannes an.¹¹⁷ Albert Petsch hatte seine jüdische Ehefrau in eine bedrohliche Lage gebracht. Auf der anderen Seite schützte er sie als nichtjüdischer Partner ihrer Mischehe, so daß sie überleben konnte.

Der April 1939 markierte tiefgreifende Veränderungen bisheriger Lebensumstände für Elke Petsch. Ihre Eltern und die beiden jüngsten Schwestern

114 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 53.

115 Den Antrag auf Auswanderung hatte Elke Petsch bereits gestellt. Siehe StaHH, OFF, FVg 8807.

116 Ihre Befürchtung schien jedoch offenbar eine andere zu sein: Sie hatte Angst, daß eine Auswanderung gleichbedeutend mit einer endgültigen Trennung von ihrem Ehemann gewesen wäre.

117 Die Zeitzeugin bemerkt dazu: »War ja auch nicht meine Schuld. Papa war ja auch (richtig wütend auf Albert).« FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 65. Albert Petsch hatte auch ohne Wissen seines Schwiegervaters versucht, von ihm geliehene Gelder illegal nach Holland zu transferieren.

wanderten in diesem Monat aus.¹¹⁸ Ihr Ehemann war rechtskräftig verurteilt und wurde in das Gefängnis Fuhlsbüttel überstellt. Elke Petsch gab ihre Wohnung auf und zog zu ihrer Schwiegermutter.

In dieser Situation, in der sie von ihren wichtigsten persönlichen Alltagsbeziehungen getrennt wurde, knüpfte sie an eine andere biographische Kontinuitätslinie wieder an:

»Und meine Eltern haben darauf bestanden, daß ich anfangs zu arbeiten, was ja auch die einzig vernünftige Lösung war. Die einzige Arbeit, die für mich in Frage kam, war medizinische Arbeit. Und ich habe mich im Israelitischen Krankenhaus beworben. (...) Und das hab' ich angenommen, und das war für mich ein absolutes Glück. Denn als meine Eltern fort waren und Albert im Gefängnis war, da hatte ich ja hier nur Freunde und meine Schwiegermutter. Und da wir immer eine sehr enge Familie waren, fühlte ich mich entsetzlich vereinsamt. Und das Krankenhaus wurde ein bißchen wie eine Familie.«¹¹⁹

Im April 1939 nahm Elke Petsch ihre Tätigkeit im Israelitischen Krankenhaus auf, das als einzige jüdische Institution in Deutschland bis zum Kriegsende bestehen blieb.¹²⁰ Den jüdischen Ärzten war zum 30. September 1938 durch

118 Es war der Familie gelungen, sich Einreisevisa nach Kuba zu verschaffen. Vgl. die Auswanderungsakte der Familie. StaHH, OFF, F 2195. Die Inlandsumsätze der Firma Scherner waren seit 1936 drastisch zurückgegangen. Betrag der Umsatz für das Jahr 1936 noch knapp eine Millionen RM, so waren es 1937 noch 705.000 RM und 1938 nur noch 108.000 RM. Siehe das Schreiben des OFF vom 14.11.1940, betr. Devisenprüfungsbericht. StaHH, OFF, F 2195. Die Eltern der Zeitzeugin versuchten durch eine Beteiligung an einem sog. Auswandererspermark-Kredit einen Teil ihres Vermögens, das sie nach dem Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 12.12.1938 nicht ausführen durften, anzulegen. Siehe StaHH, OFF, A 19. Vgl. RGLB. I 1938, S. 1734-1748.

119 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 23f.

120 Das 1841 gegründete Israelitische Krankenhaus bestand als selbständige Stiftung, die von der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg unabhängig war. Durch ein staatliches Darlehen, mit dessen Hilfe 1929 ein Neubau errichtet worden war, hatte sich das Krankenhaus beträchtlich verschuldet. Die kontinuierliche Abnahme der Steuereinnahmen erschwerte der Gemeinde zunehmend die finanzielle Unterstützung des Krankenhauses. Hinzu kam der Rückgang der Patientenzahlen. 1933 waren noch 60% der stationär behandelten Patienten nichtjüdisch gewesen. Siehe den Bericht der Verwaltung des Krankenhauses an die Kämmerer der Hansestadt Hamburg vom 25.5.1938. StaHH, Staatsverwaltung-Allgemeine Abteilung, E IV B 2. Die Gesundheits- und Fürsorgebehörde als staatliche Aufsichtsbehörde der Hamburger Krankenhäuser drängte auf die Absonderung von »arischen« und jüdischen Patienten in den staatlichen Krankenhäusern. Der Präsident der Hamburger Gesundheits- und Fürsorgebehörde, Senator Offerdinger, hatte in seiner Funktion als Reichskommissar der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) bereits 1935 das Verbot der Einweisung von Versicherten der AOK in das Israelitische Krankenhaus erlassen, diese Anordnung aber aufgrund einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zurücknehmen müssen. Daher verblieb Offerdinger zunächst nur die Forderung, alle Juden im Krankheitsfall ins Israelitische Krankenhaus einzuweisen, um sie aus den staatlichen Krankenhäusern hinauszudrängen. Siehe das Schreiben des Präsidenten der Gesundheits- und Fürsorgebehörde, Senator Offerdinger, an den Senator der Inneren Verwaltung vom 12.9.1935. StaHH, Innere Verwaltung, A IV 11. 1938 sahen sich die Gemeinde und das Kuratorium aufgrund der prekären finanziellen Lage gezwungen, das Krankenhaus an den Hamburgischen Staat zu veräußern. Mit dem zwischen der Gemeinde, dem Krankenhaus und dem Hamburgischen Staat im September 1939 geschlossenen Vertrag ging das Israelitische Krankenhaus an der Eckerförder Straße in Hamburg-St. Pauli in staatliches Eigentum über. Dafür erließ die Stadt im Gegenzug der Gemeinde die Restschuld. Siehe die Anlage zur Drucksache für die Senatsberatung Nr. 15 vom 15.3.1940. StaHH, Senatskanzlei-Protokolle und Drucksachen, A 3 Jg. 1940.

die Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz die Approbation entzogen worden. Nur in Ausnahmefällen durften jüdische Ärzte, die nach dem Gesetz die pejorative Bezeichnung »Krankenbehandler« führen mußten, weiterhin jüdische Patienten behandeln. Durch die Verordnung erhielt das Krankenhaus für die ärztliche Betreuung und für die Krankenhausversorgung der jüdischen Bevölkerung eine zentrale Bedeutung. Die 15 nach der Verordnung in Hamburg noch zugelassenen jüdischen Ärzte, von denen die meisten in Mischehe mit »arischen« Partnern lebten, wurden gezwungen, ihre ärztliche Tätigkeit ausschließlich im Rahmen des Israelitischen Krankenhauses zu versehen. Eigene Praxen durften sie nicht mehr unterhalten, und sie wurden verpflichtet, ihre Sprechstunden im Krankenhaus durchzuführen.¹²¹

Verfolgung und Krieg prägten den Alltag im Israelitischen Krankenhaus. Probleme bereitete zunächst die hohe Fluktuation des Personals, die durch die Auswanderung von Ärzten und Pflegekräften entstand.¹²² Das ausgebildete Pflegepersonal mußte durch Laien ersetzt werden. Mit zunehmender Dauer des Krieges waren Ärzte und Pflegepersonal infolge der kriegsbedingten Lebensmittelknappheit und Rationierung von medizinischem Versorgungsmaterial gezwungen, äußerst beschränkt zu wirtschaften. Überdies wurde die Lebensmittelzuteilung im Laufe des Krieges für die Juden ständig weiter eingeschränkt.¹²³

Da Elke Petsch keine Approbation besaß, legte sie das Examen als Krankenschwester ab. Dieser Umstand, einerseits zwar als Ärztin ausgebildet,

Nach dem Verkauf des Krankenhauses an der Eckernförder Straße erhielt die Gemeinde im Herbst 1939 das Gebäude der ehemaligen Calmann'schen Klinik und ein weiteres Gebäude in der Johnsallee im Hamburger Stadtteil Rotherbaum. 1942 war die Zahl der Patienten aufgrund der Deportationen noch weiter zurückgegangen. Das Krankenhaus zog daher in die Gebäude des Siechen- und Pflegeheims in der Schäferkampsallee im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel. Vgl. zur Geschichte des Krankenhauses Lindemann, 140 Jahre Israelitisches Krankenhaus sowie Louven, Exkurs: Siechen- und Pflegeheim und Israelitisches Krankenhaus.

121 Vgl. das Schreiben der Verwaltung des Israelitischen Krankenhauses an die Hamburgische Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung vom 24.10.1938. StaHH, Staatsverwaltung-Allgemeine Abteilung, A II 6d. Siehe RGBl. I 1938, S. 969f. (Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz). Von den damals noch insgesamt 3152 praktizierenden jüdischen Ärzten im Deutschen Reich erhielten 709 die Genehmigung durch das Reichsinnenministerium, als sog. Krankenbehandler weiterhin praktizieren zu dürfen. Vgl. dazu Leibfried, Stationen der Abwehr, S. 11. Vgl. auch Baumbach, Jüdische Ärztinnen und Ärzte.

122 Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lebten etwa noch 8000 Juden in Hamburg, ihre Zahl hatte sich bis zum Jahresanfang 1942, hauptsächlich durch die vier Deportationen im Oktober und November 1941, noch einmal um die Hälfte vermindert. Zudem hatte die Auswanderung des überwiegend jüngeren Teils der jüdischen Bevölkerung zu einer eklatanten Überalterung geführt. Anfang 1942 waren 85% aller noch in Hamburg lebenden Juden älter als 40 Jahre, davon 55% älter als 60 Jahre. Siehe Lorenz, Hamburger Juden 1942–1945, S. 210f. Siehe dazu auch Lippmann, Geschichte, S. 40. War die Auswanderung bis zum Kriegsausbruch im Interesse des NS-Regimes forciert betrieben worden, so war sie nach Kriegsbeginn außerordentlich erschwert und kam de facto fast ganz zum Erliegen. Im Oktober 1941 wurde die Auswanderung offiziell verboten. Siehe den Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 23.10.1941 bei Walk, Sonderrecht, S. 353.

123 Siehe dazu die zahlreichen Anordnungen und Erlasse bei Walk, Sonderrecht. Vgl. die Schilderung FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 5.

andererseits aber in der formalen Stellung als Krankenschwester tätig zu sein, führte zu Konflikten. Ein von der Oberschwester bei einem operierten Kind nicht erkanntes postoperatives Symptom veranlaßte die Zeitzeugin, einen Arzt hinzuzuziehen:

»Das hat unsere Freundschaft [zwischen der Oberschwester und Elke Petsch, S.B.] nicht erhöht, aber dem Kind das Leben gerettet. Was soll man tun? Was man weiß, weiß man.«¹²⁴

Da das Krankenhaus viele chronisch kranke Patienten hatte, kam der Pflege eine besondere Bedeutung zu. Elke Petsch setzte es bei den Ärzten durch, daß diese – widerwillig – ebenfalls Nachtwachen übernahmen.¹²⁵ Die Zeitzeugin fügte sich zwar formal in die Hierarchie mit ihrer Position als Krankenschwester, vertrat aber dennoch selbstbewußt ihre fachliche Kompetenz als ausgebildete Ärztin.

Bis zum Herbst 1941 hatte das Krankenhaus ohne unmittelbare staatliche Eingriffe arbeiten können. Das änderte sich mit dem Beginn der Deportationen aus Hamburg im Oktober 1941. Elke Petsch hatte bis dahin ihrem Selbstverständnis entsprechend persönliche Handlungsspielräume auch unter den sich zunehmend verschärfenden Verfolgungsmaßnahmen noch nutzen können. Bei dem Beginn der Deportationen wurde sie unmittelbar selbst in den Verfolgungsprozeß und in die Vorbereitungen zur Vernichtung einbezogen. Nunmehr wurden Handlungsmöglichkeiten in entscheidendem Maße durch die staatliche Verfolgungspolitik diktiert.

Max Plaut, Geschäftsführer der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD)/Bezirksstelle Nordwestdeutschland, mußte auf Anweisung und nach den Vorgaben der Geheimen Staatspolizei Deportationslisten zusammenstellen.¹²⁶ Viele Juden, die den sog. Evakuierungsbefehl zum

124 Transkript Petsch (Teil 1), S. 30.

125 Vgl. Transkript Petsch (Teil 1), S. 31.

126 Zur Geschichte und Funktion der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland sowie zu der in der Forschung umstrittenen Frage der »Beteiligung« der RVJD an den Deportationen siehe Hildesheimer, Jüdische Selbstverwaltung, S. 212ff.; Plum, Deutsche Juden, insbesondere S. 66ff. und Kulka, The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, S. 354ff. Im Juli 1939 war die RVJD durch die Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz zwangsweise errichtet worden. In der RVJD mußte jeder Jude Mitglied sein, mit Ausnahme der Juden in den »privilegierten« Mischehen. Siehe RGBl. I 1939, S. 1097ff. Im Oktober 1942 wurden auch die jüdischen Partner aus den Mischehen Zwangsmitglieder der RVDJ. Gleichzeitig wurden alle rechtsfähigen jüdischen Stiftungen der RVJD zwangsweise eingegliedert. Damit war ein weiteres staatliches Instrument zur zentralen Erfassung und Kontrolle aller noch in Deutschland lebenden Juden geschaffen worden. Die RVJD unterlag direkt den Weisungen des Reichssicherheitshauptamtes und der Geheimen Staatspolizei. Die Gestapo in Hamburg bestellte Max Plaut zum Geschäftsführer der RVJD/Bezirksstelle Nordwestdeutschland, der den Direktiven der Gestapo in unmittelbarer Verantwortung Folge zu leisten hatte. Als Mitglieder der RVJD hatten das Israelitische Krankenhaus und seine Angestellten wiederum die Anordnungen des Geschäftsführers auszuführen. Die RVJD wurde aufgrund eines Erlasses des Reichssicherheitshauptamtes mit Wirkung vom 10.6.1943 formal aufgelöst, dennoch führte eine »Rest«-RVJD ihre Aufgaben bis Kriegsende fort. Die Oberfinanzpräsidenten wurden angewiesen, die Vermögenswerte der RVJD »sicher

Arbeitseinsatz im Osten erhielten, versuchten ihre Deportation aus gesundheitlichen Gründen zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Das Krankenhaus wurde verpflichtet, diese Menschen auf ihre »Transportfähigkeit« hin zu untersuchen. Die Entscheidung darüber zu treffen, ob jemand als »transportfähig« oder »nicht transportfähig« zu beurteilen war, löste bei den Verantwortlichen Gewissenskonflikte aus:

»Es war fürchterlich anstrengend, weil wir immer 'n Haufen Leute untersuchten, und dann kamen sie immer alle an, und ›Schwester Elke, können Sie nicht was für meine Mutter tun?‹ Es war furchtbar, wir konnten ja nicht. Entweder mußten wir sie entlassen, und ein anderer wurde gewählt.«¹²⁷

Es lag in der Absicht und Perfidie des NS-Regimes, die RVJD und ihre Funktionsträger selbst zur Auswahl der zu deportierenden Gemeindemitglieder zu zwingen und sie für die Zusammenstellung der Transporte verantwortlich zu machen. Das bedeutete, daß ihnen die Entscheidung über Leben oder Tod von Menschen zugewiesen wurde, ohne daß sie dies zu jenem Zeitpunkt bereits wußten.

Elke Petsch begleitete als Krankenschwester die Menschen zum Sammelplatz an der Moorweide. Die zur Deportation bestimmten Juden hatten sich dort frühmorgens einzufinden und mußten umfangreiche Paß- und Gepäckkontrollen über sich ergehen lassen. Nach Einbruch der Dunkelheit wurden sie zum Hannoverschen Bahnhof gebracht:

»Die Leute kannten mich ja auch alle, und dann passierte es ab und zu, daß Leute, die mich kannten und mochten, (sagten:) ›Oh, Schwester Elke, Sie kommen auch mit, mit Freude in der Stimme. Und für mich immer das schreckliche Gefühl, nein, ich bin immer noch beschützt. Es war wirklich schrecklich. Und dann mußte ich sie zu den Zügen nehmen, und da mag ich gar nicht drüber reden.«¹²⁸

Elke Petsch wußte zu diesem Zeitpunkt, daß sie noch vor einer Deportation geschützt war. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf der Transporte zu gewährleisten, waren die jüdischen Funktionsträger von der Gestapo als »unabkömmlich« eingestuft. Die Unabkömmlichkeit und ihr Status, in einer »privilegierten« Mischehe zu leben, schützten sie. Dies schuf zunächst eine

zustellen«, d.h. zu konfiszieren. Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 398 und S. 399. Siehe auch Lorenz, Hamburger Juden 1942–1945, S. 209 und S. 233. Die »Sicherstellung« erfolgte in Hamburg durch die Geheime Staatspolizei/Staatspolizeileitstelle am 10.6.1943. StaHH, OFP, 44 UA 1.

127 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 36f. Der letzte Satz ist etwas unpräzise formuliert. Elke Petsch meint: Wenn eine Person als transportunfähig erklärt wurde, mußte zwangsläufig eine andere Person auf die »Evakuierungsliste« gesetzt werden, gewissermaßen »nachrücken«. Max Plaut hatte dafür Sorge zu tragen, daß die Zahl der zu Deportierenden, die die Gestapo ihm vorschrieb, erreicht wurde.

128 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 33.

Entlastung,¹²⁹ war sie doch durch ihre persönlichen Umstände in einer erheblich besseren Lage als diejenigen Menschen, deren Abtransport sie miterleben mußte. Diese Tatsache löste sowohl Schuld-, als auch Ohnmachtsgefühle aus, die so bedrohlich waren, daß sie darüber bis heute nicht sprechen kann.

Dennoch hatte die Zeitzeugin Angst, daß ihre Unabkömmlichkeit und der »privilegierte« Status ihrer Mischehe nur von begrenzter Dauer sein würden. Das Gefühl des Beschütztseins, das sich bis dahin durch ihre Lebensgeschichte wie ein roter Faden hindurchgezogen hatte, schwand durch die Nähe zum Geschehen immer weiter. Die einzige Möglichkeit, sich den Machhabern nicht gänzlich auszuliefern, bestand nunmehr nur noch darin, gegebenenfalls den eigenen Tod selbst zu bestimmen:

»Ich hab' immer zehn Veronal-Tabletten mit mir gehabt, die ich schlucken würde, wenn nötig. (...) Alle haben das gehabt, immer, es war ein furchtbar beruhigendes Gefühl, diese Pillen zu haben.«¹³⁰

Vor jedem bevorstehenden Transport wurden 20 bis 30 Selbstmordfälle in das Krankenhaus eingeliefert:

»Die haben wir einfach ins Bett gelegt, haben gar nicht versucht, sie zu retten. (...) Wir waren so überlastet, und die Ärzte haben nie den Versuch gemacht. Aber wozu auch? Die wollten nicht mehr leben, und das fanden wir sehr vernünftig.«¹³¹

Die Einschätzung Elke Petschs, daß die Entscheidung zum Freitod unter den gegebenen Umständen »sehr vernünftig« gewesen sei, verweist darauf, wie stark sie die Auflösung ihres ethischen Wertesystems erlebt hat. Dem NS-Regime war es gelungen, den Ärzten das Selbstverständnis ihres beruflichen Heilungsauftrages zu zerstören. Unter den politischen Verhältnissen wurden die jüdischen Funktionsträger gezwungen, sich den Bedingungen der menschenverachtenden NS-Ideologie zu unterwerfen und ihr Handeln danach auszurichten. Elke Petsch brachte mit Zustimmung der Gestapo ein schwer geistigbehindertes jüdisches Kind, das für einen Transport vorgesehen war, in die Alsterdorfer Anstalten,¹³² um die Deportierten auf dem Transport nicht mit dem Kind zusätzlich zu belasten:

»Ein idiotisches Kind war nicht wichtig, wo alle anderen Menschen gesund und jung waren, oder alt waren, was weiß ich, umgebracht wurden. Hab' ich überhaupt kein Gefühl dafür gehabt, daß das Kind vielleicht schon nächsten

129 Vgl. Transkript Petsch (Teil 2), S. 6.

130 Transkript Petsch (Teil 1), S. 37.

131 Ebd.

132 Vgl. Wunder/Jenner, Schicksal der jüdischen Bewohner der Alsterdorfer Anstalten. Siehe auch Wienrich, Jüdische Patienten in der Psychiatrie.

Tag nicht mehr lebt. (...) Und, das kann man sich als normaler Mensch in 'nem normalen Leben nicht vorstellen, ich bin überzeugt, daß Sie [gemeint ist die Interviewerin, S.B.] im Krieg genauso wären, daß sie sich nicht mehr dauernd aufregen, wenn jemand totgeschossen wurde.«¹³³

Elke Petsch beschreibt dieses Reaktionsmuster als »Selbstschutz«¹³⁴, der ihr in der Situation half, einen Umgang mit dem Geschehen zu finden. Der Versuch, ihr Handeln mit der Ausnahmesituation im Krieg zu erklären, zeigt den Wunsch der Zeitzeugin, im nachhinein eine Rechtfertigung zu finden, die sie entlasten könnte. Die Überführung des behinderten Kindes in die Alsterdorfer Anstalten hing jedoch nicht mit dem Kriegsalltag im engeren Sinne zusammen, sondern war eine Folge der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Die Zeitzeugin geriet in die subjektive Zwangslage, zwischen den mehrheitlich Gesunden und einem aufgrund seiner Behinderung besonders schutzbedürftigen Kind eine Wahl treffen zu müssen. Ihre Entscheidung »zugunsten« der Gesunden bedeutete in der Konsequenz, daß sie das kranke Kind dem Euthanasieprogramm der Nationalsozialisten unweigerlich preisgab.¹³⁵ Die Last für die getroffene Entscheidung hat Elke Petsch bis heute zu tragen; die Frage nach der ethischen Grundlage und der Verantwortung für ihr damaliges Handeln beschäftigt sie bis heute. Dies zeigt sich darin, daß die Zeitzeugin bei allen Interviewterminen, die jeweils einmal im Jahr stattfanden, auf die geschilderte Gewissensentscheidung im Gespräch mit der Interviewerin zurückkam.¹³⁶

Im Juni 1943 wurde der Chirurg Dr. Rudolf Borgzinner nach Theresienstadt deportiert.¹³⁷ Elke Petsch hatte sich im Krankenhaus mit ihm angefreundet. Durch einen zuvor mit ihm vereinbarten Code erfuhr sie, daß er von Theresienstadt weitertransportiert worden war. Zunächst hatte die Zeitzeugin noch geglaubt, daß die Menschen in Arbeitslager gebracht würden. Aber seit etwa 1943 war ihr klar, daß die Deportierten ermordet wurden:

»Und dann eines Tages erschien bei uns im Krankenhaus ein deutscher Soldat, der einen Nervenzusammenbruch hatte gleich in der Tür und fing an zu

133 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 38.

134 Ebd.

135 Das Kind hätte das KZ allerdings auch vermutlich nicht überlebt. Bereits 1939 hatten die Nationalsozialisten im Rahmen ihrer erb- und rassehygienischen Vorstellungen mit der Erfassung von Geisteskranken begonnen. Über 150.000 Menschen fielen reichsweit dem systematisch betriebenen Krankenmord zum Opfer. Zur Durchführung des NS-Euthanasieprogramms speziell in den Hamburger Heil- und Pflegeanstalten vgl. Wunder, Anstaltsfürsorge, Wunder u.a., Auf dieser schiefen Ebene, Böhme/Lohalm, Wege in den Tod sowie Aly, Mord an behinderten Hamburger Kindern. Für die Interpretation der Interviewstelle spielt es keine Rolle, ob die Zeitzeugin in der damaligen Situation bereits gewußt hat, wissen konnte oder nicht wußte, was mit dem Kind geschah. Bedeutsam ist es, daß Elke Petsch heute über das Schicksal von Patienten in Heil- und Pflegeanstalten und in der Psychiatrie während des Nationalsozialismus informiert ist. Vgl. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 38.

136 Vgl. auch Transkript Petsch (Teil 2), S. 6ff.

137 Siehe Hamburger jüdische Opfer, S. 46 (Rudolf Borgzinner). Der Name ist nicht geändert.

schluchzen, daß er jüdische Frauen und Kinder hätte erschießen müssen. Und da ging uns auf, daß sie vielleicht mehr tun, als sie um(zu)siedeln.«¹³⁸

Mit dem Wissen um die Massenerschießungen stieg die Angst Elke Petschs, selbst deportiert zu werden.

Für die Zeitzeugin war die Erfahrung wichtig, sich auf ihre nichtjüdischen Freunde verlassen zu können. Gesten, wie z.B. ein Besuch am Weihnachtsabend im Krankenhaus, erhielten für Elke Petsch eine stabilisierende Funktion.¹³⁹ Auch von ihrer Schwiegermutter erhielt sie Unterstützung:

»Da hatte sie mir ein Zimmer eingerichtet. So daß ich, wenn ich frei war, dahin konnte. Das hab' ich auch getan. Wir mochten uns sehr gern. Meine Schwiegermutter hatte mir auch nie den kleinsten Vorwurf gemacht. Wirklich bewunderswert. Ich hab' ihrem Sohn ja schrecklich viel angetan. Aber das hat sie mir nie angerechnet. Hat immer nur die Nazis gehaßt. Sie hatte einen Bruder, der wilder Nazi war. Für ihn war es alles meine Schuld, was Albert passiert war. Da hat sie mich dann auch verteidigt.«¹⁴⁰

Im Sommer 1940 war Albert Petsch aus dem Gefängnis entlassen und zunächst zur Wehrmacht eingezogen worden. Elke Petsch war sich für die Dauer seines Militärdienstes relativ gewiß, daß das Regime die Ehefrau eines deutschen Soldaten nicht deportieren würde. Auf der anderen Seite war ihr bewußt: »Wenn er gefallen wäre, hätten sie mich sofort weggeschleppt.«¹⁴¹

Albert Petsch wurde schließlich als »jüdisch Versippter« aus der Wehrmacht entlassen.¹⁴² Das Ehepaar konnte sich eine eigene Wohnung nehmen, da sog. privilegierte Mischehen von dem Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden ausgenommen waren. Da die Wohnung während der Bombenangriffe vom Juli/August 1943 nicht beschädigt worden war, behielt sie für die Zeitzeugin die Funktion eines relativen privaten Schutzraumes. Nach der Entlassung Albert Petschs aus der Wehrmacht wurde das Ehepaar zur Gestapo bestellt. Albert Petsch wurde unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen. Wenngleich die Zeitzeugin um die Erfolglosigkeit des Versuchs wußte, löste die unmittelbare Konfrontation mit den staatlichen Verfolgern große Angst aus:

138 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 34.

139 Siehe Transkript Petsch (Teil 2), S. 53.

140 Transkript Petsch (Teil 1), S. 27.

141 Transkript Petsch (Teil 2), S. 53. Vgl. auch Transkript Petsch (Teil 2), S. 63.

142 Das Datum seiner Entlassung läßt sich nicht überprüfen. Siehe die beiden geheimen Erlasse des Oberkommandos der Wehrmacht vom 8.4.1940 und 20.4.1940. Walk, Sonderrecht, S. 319 und S. 320. Nach der Erinnerung der Zeitzeugin wurde ihr Ehemann erst im Januar 1943 als wehrunwürdig entlassen. Vgl. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 39. Die Durchführung der Erlasse erfolgte zögerlich. Noch nachdem die Erlasse verfügt worden waren, erhielten »jüdisch versippte« Männer ihre Einberufung. Vgl. Büttner, Not der Juden, S. 53.

»Er [der Gestapobeamte, S.B.] hat mich angebrüllt, meinen Namen gebrüllt, dann meines Vaters (Namen), »wo ist der alte Kerl jetzt?«, hat er gesagt. Da hab' ich gesagt: »In Amerika.« Das hat mich beruhigt, ich habe meine ganze Aufregung verloren und habe gedacht: »Gott sei Dank. Du kannst Deine dreckigen Hände nicht an ihn kriegen.« Und ich wurde so ruhig, und er wußte gar nicht, was er mit mir machen sollte. Ernstlich nicht, er hat mich wieder rausgeschickt. (...) Dann haben sie Albert genommen, und der hat es viel schlechter gehabt. Dem haben sie dauernd gesagt, Sie haben nicht mal Kinder. Warum lassen Sie sich nicht scheiden? Das war die Hauptsache, was man versucht hat. Und Albert hat dann irgendwas gemurmelt von Gott gegeben, ich weiß es nicht. Und dann hat man ihn auch in Ruhe gelassen.«¹⁴³

Elke Petsch verdankte es ihrem gefaßten und souveränen Auftreten, daß es dem Gestapobeamten in der für sie bedrohlichen Situation nicht gelang, sie zu provozieren und zu demütigen. Als er dies bemerkte, gab er seine Absicht auf. Albert Petsch wurde im Oktober 1944 zur Zwangsarbeit verpflichtet. Das Lager, in dem er sich melden sollte, war die Nacht zuvor durch die britische Luftwaffe zerstört worden. Er wurde zum Barackenbau in der Nähe seines Wohnortes eingesetzt. Die ursprünglich beabsichtigte Kasernierung aller Zwangsarbeiter scheiterte in Hamburg an der Zerstörung geeigneter Unterkünfte. Sie sollte eine Trennung der Zwangsarbeiter von ihren Familien erzwingen und war eine vorbereitende Maßnahme zur Einbeziehung der »Mischlinge ersten Grades« und der jüdischen Partner aus Mischehen in den Vernichtungsprozeß.¹⁴⁴ Die Zeitzeugin nahm den Arbeitseinsatz ihres Ehemannes als staatliche Zwangsmaßnahme wahr; für sie war es jedoch in erster Linie wichtig, daß sie von ihrem Ehemann nicht mehr getrennt lebte. So gelangt sie im Rückblick zu der Beurteilung: »Aber wir haben es dann relativ leicht gehabt, in den letzten Jahren.«¹⁴⁵

Zu dieser Einschätzung gelangt sie trotz des Deportationsbefehls, den sie – wie andere jüdische Partner aus Mischehen auch – im Februar 1945 erhielt:

»Dann kam der Deportationsbefehl, den wir nicht mehr sehr ernst genommen haben ... Ich hatte einen falschen Paß von einer Freundin ... Ich wäre aus Hamburg rausgegangen. Da war ein solches Tohuwabohu. Kein Mensch wußte mehr, wo wer war. Und man hätte einfach sagen können, ich bin ausgebombt, und ich will versuchen, Verwandte in Dresden oder wo zu finden. (...) Ich wäre nicht mehr gegangen.«¹⁴⁶

143 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 39f.

144 Vgl. dazu Büttner, Not der Juden, S. 65ff. Siehe auch Meyer, Mischehen, S. 209f.

145 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 40.

146 Transkript Petsch (Teil 1), S. 41.

Das Chaos in den letzten Kriegsmonaten gab den noch verbliebenen Juden eine Überlebenschance. Elke Petsch hatte für eine bevorstehende Deportation Vorsorge getroffen. Die nichtjüdische Ehefrau eines Patienten, dem es durch die Simulation eines Gehirntumors gelungen war, den Krieg im Krankenhaus unbeschadet zu überstehen,¹⁴⁷ hatte ihr solidarisch ihren Paß zur Verfügung gestellt. Solidarität erfuhren Elke und Albert Petsch auch von Bekannten, deren Angebot sie annahmen, sich in den letzten Wochen vor Kriegsende bei ihnen zu verstecken. Das Kriegsende erlebte die Zeitzeugin als eine große Befreiung:

»Am nächsten Morgen stand ein englischer Tank vor unserem Haus. Und da haben wir beide angefangen zu heulen. (...) Und dann spielten sie ›Deutschland, Deutschland über alles‹ im Sender, ich habe mich halbtot geheult. (...) Ja, aber ich mein', es war ja idiotisch. Lieber Gott, was hat Deutschland mir ange-tan? Aber nichtsdestotrotz, das war eben doch ...«¹⁴⁸

Die Zeitzeugin spricht den Satz nicht zu Ende. Sie benennt ihre zwiespältigen Gefühle: Auf der einen Seite war sie als Jüdin in Deutschland ausgestoßen und verfolgt worden, auf der anderen Seite hatte sie sich als Deutsche mit diesem Land, ihrer Heimat, identifiziert.

Im Sommer 1945 begann die Zeitzeugin als Assistenzärztin am Universitätskrankenhaus in Eppendorf zu arbeiten, nachdem ihr die Tätigkeit am Israelitischen Krankenhaus als praktisches Jahr anerkannt worden war. Interesse an dem, was ihr in der Zeit des Nationalsozialismus widerfahren war, zeigten ihre neuen Kollegen nicht: »Die waren ja auch alle so feige. (...) Es war gräßlich.«¹⁴⁹

Elke Petsch konzentrierte sich auf den Abschluß ihrer medizinischen Ausbildung. Die Versorgungsprobleme in der Nachkriegszeit spielten in Anbetracht der Befreiung für sie keine so große Rolle:

»Man hat nichts kaufen können, kein Schuhband, kein Klopapier, nichts, absolut nichts. Und das waren natürlich harte Zeiten insofern, aber erstens

147 Walter Koppel hatte noch nach den Nürnberger Gesetzen in Paris eine Nichtjüdin geheiratet und wurde daraufhin nach seiner Rückkehr in Deutschland verhaftet. Da die Gefängnisärzte ihm in Fuhlsbüttel aufgrund eines fälschlicherweise diagnostizierten Gehirntumors keine lange Lebensdauer prognostizierten, wurde er – mit Rücksicht auf seine nichtjüdischen Verwandten – in das Israelitische Krankenhaus verlegt. Die im Gefängnis gestellte Diagnose wurde im Israelitischen Krankenhaus nie in Frage gestellt. Als Walter Koppel während der Bombenangriffe aktive Löscharbeiten vornahm, gelangte Elke Petsch hinter sein »Geheimnis« und bewahrte es mit Walter Koppel bis zum Kriegsende. Vgl. dazu FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 35f. und S. 41f. Die Simulation Walter Koppels wird auch von einer anderen Zeitzeugin berichtet. Vgl. FZH/WdE 11. Interview mit Tekla Langstadt am 16.12.1989, geführt von Sybille Baumbach und Beate Meyer, Transkript, S. 11.

148 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 54f.

149 Transkript Petsch (Teil 2), S. 55.

waren wir nicht ausgebombt, was 'n großer Vorteil war, und zweitens war man eben die Nazis los. Und man hatte wieder gleiche Rechte.«¹⁵⁰

1949 entschloß sich das Ehepaar Petsch in die USA auszuwandern. Dafür spielten weniger politische Gründe der Nachkriegsentwicklung in Deutschland eine Rolle als der Umstand, daß die Familie wieder zusammen sein wollte. Die Eltern und Geschwister der Zeitzeugin, die sich in ihrer neuen Heimat in Texas bereits erfolgreich etabliert hatten, halfen Elke und Albert Petsch, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Albert Petsch hatte noch in Deutschland das amerikanische Examen zum Wirtschaftsprüfer abgelegt. Elke Petsch mußte ihr medizinisches Staatsexamen nachholen. Sie promovierte und wurde zu einer bekannten Spezialistin für Kinderlähmung. Später arbeitete sie viele Jahrzehnte in einem Kinderkrankenhaus. Mit Stolz berichtet sie, daß sie schon nach kurzer Zeit zur Präsidentin der Kinderärzte-Gesellschaft gewählt wurde. Die Integration in die amerikanische Gesellschaft gelang ohne Probleme. Es wirft ein bezeichnendes, wenn auch nicht überraschendes Schlaglicht auf Elke Petsch, wenn sie mit einem selbstbewußten großbürgerlichen Understatement bekennt: »Ich bin eine verhältnismäßig gute Ärztin wahrscheinlich gewesen ...«¹⁵¹ und für die Zeit nach ihrer Auswanderung resümiert:

»So habe ich eigentlich ein sehr gutes Leben gehabt. Kann ich nur sagen. Und viel Glück gehabt.

B: Und viel Können.

P: Oh, ein bißchen Können muß man wohl haben, sonst hat man auch kein Glück.«¹⁵²

Das Ehepaar Petsch war in den ersten Jahrzehnten seiner Einwanderung in die USA mit dem Aufbau einer Existenz beschäftigt. Die Erlebnisse während der Zeit des Nationalsozialismus wurden zurückgedrängt und spielten im alltäglichen Leben keine Rolle mehr. Sie waren zufrieden, daß sie sich den Lebensstandard, den sie aus der Hamburger Zeit gewohnt waren, in den USA wieder erarbeiten konnten. Das verhinderte das Gefühl, über die konkrete Verfolgung hinaus auch um eine materielle Lebensqualität betrogen worden zu sein. Der berufliche Erfolg ermöglichte vielmehr die Gewißheit und den Stolz, daß es der nationalsozialistischen Diktatur nicht gelungen war, die Familie auseinanderzubrechen.

Ein Einschnitt erfolgte für die Zeitzeugin mit dem Tod ihres Ehemannes 1967.

150 Transkript Petsch (Teil 2), S. 61. Zur Situation der überlebenden Juden nach dem Kriegsende in Hamburg siehe Büttner, Rückkehr in ein normales Leben?.

151 FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 43.

152 Transkript Petsch (Teil 2), S. 75.

Anderthalb Jahre später heiratete sie ein zweites Mal. Ihr zweiter Ehemann, ein bereits in den USA geborener Jude, war Arzt. Zu diesem Zeitpunkt begann Elke Petsch, sich mit ihrer deutsch-jüdischen Identität erneut auseinanderzusetzen:

»Ich will Ihnen sagen, ich habe es etwas schwieriger gehabt, als ich Fritz geheiratet habe. (...) Fritz' Freunde waren meistens jüdisch. (...) Und ich war deutsch. Und die haben nicht unbedingt gewußt, daß ich jüdisch war. (...) Und so, viele haben geglaubt, ich bin Deutsche, und haben es eigentlich Fritz ein bißchen übelgenommen, warum muß er grad 'ne Deutsche heiraten? (...) Als Jude, nicht? (...) Aber wenn es zur Sprache kam, daß ich jüdisch war, dann hieß es: ›Gott, wie haben Sie denn überlebt?‹ (...) Und dann habe ich immer so das Gefühl gehabt, die denken, daß ich irgendwas Schreckliches getan habe, darum habe ich überlebt. Vielleicht war das nur mein Gefühl, aber ich konnte es nicht helfen zu denken, daß sie annehmen, daß ich mich geschützt habe mit irgendwelchen schrecklichen Taten. Das ist albern. Aber sie waren immer so 'n bißchen mißtrauisch. Ich mein', ich will ja noch gar nicht behaupten, daß man nicht mit 'm SS-Mann ins Bett gegangen wäre, wenn einem das das Leben gerettet hätte.«¹⁵³

Als Elke Petsch aufgrund ihrer zweiten Heirat verstärkt in gesellschaftlichen Kontakt zu Juden kam, wurde sie mit dem Problem einer möglichen eigenen Schuld konfrontiert. Sie wich dieser Frage nicht aus, sondern begann, sich mit ihrer damaligen Rolle auseinanderzusetzen. Es zeichnet die Offenheit der Zeitzeugin aus, wenn sie bekennt, daß sie wahrscheinlich mit NS-Tätern kooperiert hätte, um ihr eigenes Leben zu retten, auch wenn sie sich damit im gesellschaftlich-moralischen Sinne »schuldig« gemacht hätte. Das Gefühl, durch aktives Handeln während der NS-Zeit schuldig geworden zu sein und deshalb überlebt zu haben, ist bei vielen Überlebenden des Holocaust eine der quälenden Auswirkungen ihrer Verfolgung:

»Ein schlechtes Gewissen, (...) daß man nicht dabei war, daß man nicht auch weggebracht worden ist.

B: Überlebt zu haben. (...)

P: Ja. Das ist doch lächerlich.

B: ... Überlebensschuld, die ...

P: Ja, so lächerlich. Es ist für mich völlig verrückt, aber wenn ich denke zum Beispiel, wie ich da (...) an dem Hannoverschen Bahnhof gestanden habe, und die sind da alle [in die Züge, S.B.] reingepackt worden. (...) Das löst gemischte Gefühle aus. (...) Einerseits ist man so froh, daß man da 'raus ist, nicht? Und andererseits sagt man, ›Gott, warum?‹. Aber, nein, ich habe früher gar nicht

drüber geredet. Ich habe mit Fritz natürlich drüber geredet. Und wir haben es sonst vermieden.«¹⁵⁴

Als die Zeitzeugin nach ihrer zweiten Heirat begann, sich mit der Schuldfrage auseinanderzusetzen, hatte sie schwere Alpträume. Zu lange hatte sie die belastenden Erlebnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus verdrängen müssen. Die bedrückenden Erinnerungen sind mit einem schlechten Gewissen verbunden:

»Und das ist so lächerlich, weil ich habe ja nichts Falsches getan.«¹⁵⁵

Auch wenn sie sich real nicht schuldig gemacht hat, bleibt bis heute ein Gefühl, schuldig geworden zu sein.¹⁵⁶ Die nicht aufzulösenden Schuldgefühle sind eine der Auswirkungen, die sie seit ihrer Verfolgung bis heute begleiten. Nachdem Elke Petsch Ende der achtziger Jahre begonnen hat, über ihre Verfolgungsgeschichte zu berichten, hat sie keine nächtlichen Alpträume mehr.¹⁵⁷

Eine weitere Auswirkung der Verfolgung ist Elke Petschs Kinderlosigkeit:

»Wir haben '33 geheiratet, und ich habe mich '38 noch operieren lassen, (...) um zu versuchen, Kinder zu kriegen. Also da wollten wir noch. Aber nach '38 November wollten wir gar nichts mehr. Da wollten wir nur raus.«¹⁵⁸

Der Kinderwunsch der Zeitzeugin ist nicht in Erfüllung gegangen. Wäre die Geburt eines Kindes in den dreißiger Jahren unter den sich permanent verschlechternden Bedingungen schon problematisch genug gewesen, so wurde die Erfüllung des Kinderwunsches nach 1945 durch die Absicht der Zeitzeugin, ihre Ausbildung zu beenden, unmöglich gemacht. Bei der Auswanderung in die USA war Elke Petsch schon 40 Jahre alt, und eine Schwangerschaft wäre unter diesen Umständen nicht risikolos gewesen. Ob es ein Zufall ist, daß sich die Zeitzeugin sehr früh entschied, Kinderärztin zu werden? Möglicherweise hat ihr der intensive berufliche Umgang mit Kindern geholfen, über die eigene Kinderlosigkeit hinwegzukommen.

154 Transkript Petsch (Teil 2), S. 69f.

155 Transkript Petsch (Teil 2), S. 69.

156 Zur Problematik der sog. Überlebensschuld vgl. Niederland, Folgen der Verfolgung, S. 231ff. Die »Überlebensschuld« ist eines von acht Hauptmerkmalen des von Niederland eingeführten Begriffs des »Überlebenden-Syndroms«. Siehe dazu auch Kaminer, Spätfolgen bei jüdischen KZ-Überlebenden, S. 28. Kaminer hält den Begriff von der »Überlebensschuld« für schlecht gewählt, weil er eine Schuld der Überlebenden suggeriere, die sie real nicht haben. Der Begriff lasse – so Kaminer – außer acht, »... daß die Schuldgefühle der Überlebenden ein zutiefst ethisches Moment enthalten: nämlich sich für den anderen verantwortlich zu fühlen.« Ebd. Dazu ebenfalls kritisch: Quindeau, Trauma und Geschichte, S. 63ff.

157 Vgl. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 2), S. 69.

158 Transkript Petsch (Teil 2), S. 52.

Eine dritte Auswirkung ihrer Verfolgung besteht in der Veränderung ihres Verhältnisses zum Judentum. Elke Petsch hat

»... immer (ein) bißchen das Gefühl gehabt, das ist nichts Gutes, das muß man nicht unbedingt überall 'raussprudeln. (...) Und während der Nazizeit langsam habe ich gedacht, die müssen sich schämen, nicht ich. Und da habe ich langsam doch etwas mehr Stolz darauf bekommen. (...)

B: Das ist nicht erst sehr viele Jahre später gekommen?

P: Nein. (...) Das ist schon damals passiert, daß ich immer gesagt habe, lieber Gott, wenn einer sich schämen muß, sind 's ja sie und nicht ich.«¹⁵⁹

Heute kann sie sagen:

»Ich bin eigentlich nur stolz geworden, daß ich jüdisch bin. (...) Was ich nie gehabt habe. Weil meine Eltern uns nicht so erzogen haben. (...) Aber ich habe gänzlich die Idee verloren, daß irgendwas Schlechtes dabei sein könnte.

B: War das mal anders?

P: Ja, meine Eltern haben uns in der Beziehung sehr schlecht erzogen.«¹⁶⁰

Im Rückblick meint Elke Petsch, daß sie gerne schon früher stolz darauf gewesen wäre, eine bewußte Jüdin, wenn auch nicht im religiösen Sinne, zu sein. Vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten glaubte sie, daß ihre jüdische Herkunft für sie nicht von Bedeutung war. Heute erkennt sie, daß es für sie wichtig gewesen wäre, eine jüdische Identität zu besitzen. Diesen Teil ihrer Persönlichkeit hat sie erst in einem längeren Prozeß – nicht zuletzt wahrscheinlich durch die zweite Heirat mit einem jüdischen Ehemann – integrieren können. Zuvor mußte sie sich jedoch mit den schmerzhaften Erinnerungen an die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft auseinandersetzen. Das NS-Regime zwang ihr das »Jüdischsein« auf, von dem sie selbst das Gefühl hatte, daß es »nichts Gutes« wäre. Diese Selbsteinschätzung korrespondierte mit der antisemitischen NS-Ideologie und führte dazu, daß Elke Petsch die Zuschreibung der Verfolger verinnerlichte. Das ihr während des Nationalsozialismus aufgezwungene »Jüdischsein« setzte sie großen inneren Belastungen aus. Erst nachdem sie ihre persönliche Freiheit zurückgewonnen hatte, war es ihr möglich zu akzeptieren, daß ihre jüdische Herkunft ein viel wichtigerer Bestandteil ihrer Persönlichkeit gewesen war, als sie es selbst immer vermutet hatte.

So blieb ihr als lebensgeschichtliche Kontinuität die soziale Identität ihres großbürgerlichen Herkunftsmilieus, die sie in der NS-Zeit stabilisieren und aufrechterhalten konnte. Ihre deutsche Identität hingegen wurde durch die systematisch betriebene Ausgrenzung und Verfolgung gebrochen. Die Zeitzeugin fühlt sich heute als Amerikanerin, auch wenn ihre deutsche Herkunft

159 Transkript Petsch (Teil 2), S. 47.

160 Transkript Petsch (Teil 2), S. 46.

für sie wichtig bleibt. In regelmäßigen Abständen besucht sie ihre in Hamburg lebende, aus dem gleichen Sozialmilieu stammende, nichtjüdische Freundin, die in der Zeit der NS-Verfolgung dem Ehepaar Petsch beigestanden hatte. Persönliche Integrität und Hilfestellung für Freunde sind für Elke Petsch hanseatisch-großbürgerliche Werte, die als biographische Kontinuität Bestand für sie haben.

2. »Ich vertraue auf Gott, und er tut, was er für richtig hält« – Henry Harrison

Henry Harrison wurde 1911 als ältester Sohn des selbständigen Handelsvertreters für Textilien Franz Harrison und seiner Ehefrau Renate in Hamburg geboren.¹⁶¹ Die Familie wohnte bei der Geburt des Zeitzeugen zunächst in der Parkallee im Hamburger Stadtteil Harvestehude und zog ein Jahr vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in die Blücherstraße¹⁶² in den Stadtteil Eppendorf um. In diesem Stadtteil lebten 1925 15% der Hamburger jüdischen Bevölkerung. Eppendorf war damit der von den Hamburger Juden an dritter Stelle bevorzugte Stadtteil, nach den Stadtteilen Rotherbaum und Harvestehude.¹⁶³ Da in Eppendorf die Mieten durchschnittlich niedriger als in den beiden anderen Stadtteilen waren, zogen vor allem jüngere jüdische Familien dorthin. Dies mag auch der Grund für den Umzug der Familie Harrison gewesen sein, die erst im Begriff war, einen Hausstand zu gründen. Der Stadtteil Eppendorf wurde im wesentlichen von gutsituierten Angestellten und Selbständigen bewohnt, also ökonomisch in gesicherten Verhältnissen lebenden Familien der Hamburger Bevölkerung. Die berufliche Tätigkeit Franz Harrisons entsprach der mehrheitlich von den Hamburger Juden präferierten

161 Siehe FZH/WdE 426, Interview mit Henry Harrison am 9.6.1996, geführt von Sybille Baumbach, Transkript, S. 1. Die Länge des Interviews beträgt 4 1/4 Stunden. Für die Auswertung wurde die von dem Zeitzeugen korrigierte und autorisierte Fassung des Originaltranskripts zugrundegelegt. Das autorisierte Transkript umfaßt 137 Seiten. Henry Harrison befand sich auf Einladung des Hamburger Senats im Rahmen des Besucherprogramms für die ehemaligen jüdischen Bürger in Hamburg. Das Interview fand im Hotelzimmer des Zeitzeugen statt. Dieser nahm nach seiner Emigration in die USA einen amerikanischen Namen an. Aus pragmatischen Gründen benenne ich den Vater des Zeitzeugen mit demselben Namen.

162 Heute Kottwitzstraße.

163 In Rotherbaum lebten 1925 24%, in Harvestehude 23% der jüdischen Bevölkerung, d.h., daß in den drei genannten Stadtteilen insgesamt 62% aller in Hamburg lebenden Juden wohnten. Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug für den Stadtteil Rotherbaum 15%, für Harvestehude 16% und für Eppendorf 4%. Dies ergibt einen Prozentsatz von insgesamt knapp 9% an der Gesamtbevölkerung. Siehe Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXVI (die Prozentzahlen sind von der Verfasserin entsprechend auf- bzw. abgerundet). Das Verhältnis von jüdischer zur Gesamtbevölkerung verschiebt sich noch deutlicher, wenn die ländlichen Gebiete Hamburgs aus der Berechnung herausgenommen werden und nur das Gebiet der Stadt selbst zu Grunde gelegt wird: Dann lebten 1925 in den drei genannten Stadtteilen knapp 14% der städtischen Gesamtbevölkerung, dagegen aber 70% aller Hamburger Juden. Vgl. dies., ebd. Die Zahlen verweisen auf den – im Vergleich zur Hamburger Gesamtbevölkerung – überdurchschnittlich hohen ökonomischen Erfolg. Die Mehrheit der Hamburger Juden war daher der mittleren bis gehobenen Mittelschicht zuzuordnen. Siehe dies., Juden, Bd. 1, S. LXXIII.

Berufswahl. Fast 50% aller 1925 erwerbstätigen Hamburger Juden waren selbständig, weit über die Hälfte, gut 60%, im Wirtschaftsbereich des Handels tätig.¹⁶⁴ Der Vater des Zeitzeugen kann als typischer Repräsentant des jüdischen Mittelstandes betrachtet werden.

Im Jahre 1916, als der Zeitzeuge fünf Jahre alt war, wurde sein Vater in den Krieg eingezogen. Er geriet in russische Kriegsgefangenschaft und kam 1919/1920¹⁶⁵ zurück. Franz Harrison wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Er trat in den 1919 gegründeten Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ein, der sich die Wahrung soldatischer Traditionspflege und die Abwehr des Antisemitismus zum Ziel gesetzt hatte.¹⁶⁶ Der Reichsbund versuchte der antisemitischen Propaganda zu begegnen, der zufolge die Juden im Weltkrieg ihrer Wehrpflicht nicht nachgekommen seien.¹⁶⁷ Wie viele deutsche Juden teilte auch die Familie Harrison in der NS-Zeit die Einschätzung, daß der Status des Vaters als ehemaliger Frontkämpfer sie vor einer Verfolgung durch die Nationalsozialisten schützen und ihnen nichts passieren würde.¹⁶⁸ Die Mitgliedschaft im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten dokumentiert das Selbstverständnis Franz Harrisons, als gläubiger Jude deutscher Patriot zu sein.¹⁶⁹

Die Familie Harrison hatte einen traditionell jüdischen Hintergrund und gehörte dem orthodoxen Synagogenverband an. Der Vater arbeitete ehrenamtlich im Wohlfahrtswesen der Gemeinde und in der Beerdigungsbrüderschaft Chewra Kadischa. Die religiöse Zugehörigkeit wurde zur prägenden Grundlage in der Erziehung und im Selbstverständnis des Zeitzeugen, so daß er im Gespräch mit der Interviewerin diese Selbstverständlichkeit durchgängig zum Ausdruck bringt:

»B: Und Sie, Henry, Sie waren (...) im Synagogenverband mit der Familie?

H: Natürlich!

B: Und was sind so die ersten Erinnerungen, die Sie haben an ...?

H: ... also da wir in der Blücherstraße gewohnt haben, sind mein Vater und ich sehr häufig zu der Synagoge an der Hoheluftchaussee gegangen. Da war eine

164 Vgl. Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXXI und S. LXX.

165 Der Zeitzeuge erinnert sich nicht genau an das Jahr.

166 Vgl. Duncker, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.

167 Zur Ausbreitung des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg vgl. Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft, S. 99ff.; zu den antisemitischen Vorwürfen der vermeintlich geringeren militärischen Qualifikation der Juden, die im Herbst 1916 zur Erhebung einer »Judenstatistik« durch das preußische Kriegsministerium führten, siehe ders., Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft, S. 110ff.

168 Siehe FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 8.

169 Im Gegensatz zu vielen anderen Zeitzeugen betont Henry Harrison den deutschen Patriotismus seiner Familie nicht explizit. Dies ist möglicherweise auf die Selbstverständlichkeit der familiären Haltung zurückzuführen, verweist aber gleichzeitig auf die inhaltlichen Schwerpunkte des Interviews, die sich vor allem auf das jüdische Selbstverständnis des Zeitzeugen konzentrieren. Vgl. zum Reichsbund auch Lorenz, Juden, Bd. 1, S. CXXXf.

kleine Synagoge in der ... ich glaube, es war Hoheluftchaussee zwanzig, im Hinterhaus. Und dort waren wir häufig, da bin ich auch groß geworden und hab' auch viele, viele Sachen gelernt von den Leuten, denn dort war ein Onkel von mir (...) ein Vorsteher.«¹⁷⁰

Die Ausrichtung nach den Geboten des traditionellen jüdischen Ritus strukturierte das Leben des Zeitzeugen: Das tägliche Gebet in der Synagoge schuf ein Gefühl von enger Zusammengehörigkeit. Zum Sabbat und zu den hohen jüdischen Feiertagen besuchte die Familie die Synagoge am Bornplatz. Innerhalb der Woche wurde die kleine in der Nähe des Wohnortes befindliche Synagoge an der Hoheluftchaussee aufgesucht, die von einem kleinen Verein getragen wurde.¹⁷¹ So wuchs der Zeitzeuge sehr früh in eine für ihn überschaubare religiöse Gemeinschaft hinein, in der er maßgeblich sozialisiert wurde.

Seit der Aufhebung des Gemeindezwanges 1865 blieb es den Juden in Hamburg rechtlich freigestellt, ob sie sich zur Mitgliedschaft in der Deutsch-Israelitischen Gemeinde und/oder in einem der drei Kultusverbände entschieden.¹⁷² Der weitaus überwiegende Teil der 1926 in Hamburg lebenden über 20.000 Juden war Mitglied der Gemeinde, wovon ca. knapp 40% einem der drei Kultusverbände – dem orthodoxen Synagogenverband, dem liberalen Tempelverband oder der konservativen Neue Dammtor-Synagoge – angehörten. Der Synagogenverband war der größte der Kultusverbände, weshalb sein Oberrabbinat auch eine führende Rolle im religiös-kulturellen Leben der Gemeinde beanspruchte. Von den knapp 40% der Hamburger Juden, die Mitglieder in einem der drei Kultusverbände waren, gehörten 70% dem Synagogenverband an. Der Zeitzeuge gehörte also zur Mehrheit der gläubigen Juden in Hamburg, was ihm über seine Religiosität hinaus ein Gefühl von Sicherheit und Selbstverständlichkeit vermittelte.

Da die religiöse Identität des Zeitzeugen von zentraler Bedeutung für ihn ist, stehen seine Erinnerungen auch immer im Zusammenhang mit jüdischen Riten und Feiertagen. 1924 wurde der Zeitzeuge Bar Mizwa:

»Wie ich Bar Mizwa wurde 1924, hat der Eugen Eisner, der Nachbar von oben, einen Sketch gemacht so zum Aufführen, und das war gemacht (...) wie ein Rundfunkprogramm. Und das war sehr, sehr nett gewesen. Ich glaube, ich hab' sogar noch das Programm. (...) Wir haben zusammen nicht groß gefeiert, aber

170 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 6. H = Zeitzeuge (Harrison), B = Interviewerin (Baumbach).

171 Die Synagoge in der Hoheluftchaussee 25 (!) wurde von dem 1780 gegründeten Verein Agudath Jescharim und dem seit ca. 1825 existierenden Verein Kelilath Jofi, die sich 1901 zusammengeschlossen hatten, seit ihrer Einweihung 1909 gemeinsam unterhalten. Siehe dazu Stein, Jüdische Baudenkmäler, S. 86 und S. 94f.

172 Die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft sowie die Möglichkeit zum Gemeindeaustritt wurde durch ein Gesetz, das zum 1.2.1865 in Kraft trat, verkündet. Diese Regelung wurde fortan als »Hamburger System« bezeichnet. Siehe Lorenz, Juden, Bd. 1, S. XXIIff. Zur religiösen Organisationsdichte innerhalb der jüdischen Gemeinde siehe dies., Juden, Bd. 1, S. XCII sowie dies., Jüdische Gemeinde 1860–1943, S. 89.

wir haben im Herrenzimmer und im Wohnzimmer – konnte man durchgehen – da waren vielleicht, zwanzig, dreißig Leute zur Feier. Und mein Vater hatte mich photographieren lassen, ich fühle noch den Stuhl, mit einem Bild, und auf jeder Platzkarte war ein Bild von mir und der Name. So war das gemacht.«¹⁷³

Die Bar Mizwa Feier, nach der der jüdische Junge bei Vollendung seines 13. Lebensjahres zur Einhaltung der religiösen Gesetze verpflichtet wird, wird von dem Zeitzeugen detailliert berichtet, da sie eine große Bedeutung für ihn hatte. In seiner Erinnerung ist es wichtig, daß er als Person im Mittelpunkt der Feier stand. Zum Pessachfest, das an den Auszug der Juden aus Ägypten erinnert und im März/April des Jahres begangen wird, engagierte die Familie eine jüdische Kochfrau, die die Vorbereitungen für das Fest der Familie traf:

»Die kam eine Woche vorher. Und man hat natürlich zubereitet und mußte irgendwo hinstellen. Sie wissen doch, da mußte man besondere Gefäße haben, daß alles für die Osterfeiertage richtig war. Und damals, da gab es keine Papierdinger oder Plastik, gab es damals noch nicht. So mußten wir immer in den Keller gehen und paar Sachen rauffohlen, damit sie das alles machen (konnte). Und, da, also zu guten Zeiten, dann wie gesagt, dann war bei uns vorgekocht (...). Aber sonst hat meine Mutter alles selbst gemacht.«¹⁷⁴

Die Einhaltung der religiösen Gesetze war das oberste Erziehungsprinzip in der Familie des Zeitzeugen. Henry Harrison, der sein Verhältnis zu seinem Vater als sehr nah und liebevoll beschreibt, erinnert in demselben Zusammenhang allerdings eine Zurechtweisung des Vaters, als er beim Tod seiner Mutter 1935 – der Zeitzeuge war zu dem Zeitpunkt 24 Jahre alt – einmal das Totengebet für seine verstorbene Mutter versäumte:

»Nachdem meine Mutter 1935 gestorben war, haben wir doch (...) den Brauch, zweimal oder dreimal am Tag ein Gebet für die Mutter zu sagen im Gottesdienst.

B: Das Kaddisch?

H: Kaddisch, richtig. Und dann, (...) einmal hab' ich's versäumt, dann hat mein Vater mir sehr, sehr eindrücklich erklärt, so was tut man nicht. Du hast deine Mutter verloren, da mußst du dafür sorgen, daß du immer Zeit hast, rechtzeitig in der Synagoge zu sein, um den Kaddisch zu sagen. Und ich hab' vielleicht einmal versäumt in dem ganzen Jahr.«¹⁷⁵

Die familiären Bande der in Hamburg lebenden Verwandten der Familie waren eng geknüpft. Bestimmte Besuchsregeln wurden gleichsam wie Rituale gehandhabt:

173 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 12f.

174 Transkript Harrison, S. 110f. Pessach wird auch als das »jüdische Osterfest« bezeichnet.

175 Transkript Harrison, S. 11.

»Da mußten wir an jedem Samstag hin und die Großmutter besuchen. Mein Vaters Mutter. Das mußte so sein.«¹⁷⁶

Der Zeitzeuge akzeptierte seine Verpflichtungen, obgleich er auch eine Kritik an der von den Eltern geforderten strengen Einhaltung andeutet.

Die Familie Harrison wohnte in einem Mietshaus, in dem jüdische und nichtjüdische Familien zusammenlebten. Während andere streng religiöse jüdische Familien in der Regel im Grindelviertel, d.h. in der unmittelbaren Nähe der Bornplatz-Synagoge wohnten, lebte die Familie des Zeitzeugen bis zum Tod der Mutter in der Blücherstraße. Das nachbarschaftliche Verhältnis zu den nichtjüdischen Mietern beschreibt der Zeitzeuge als gut, wenngleich es aufgrund der Religion eingeschränkt blieb:

»Man hat miteinander gesprochen, aber da wir natürlich dort nie essen konnten, denn wir waren immer koscher, so ist das nur zum allgemeinen Gespräch gekommen.«¹⁷⁷

Der Vater des Zeitzeugen engagierte sich allerdings für ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu den nichtjüdischen Mietern und dem Hausverwalter. Er übernahm die Aufgabe, vor Weihnachten von allen Mietern Geld zu sammeln, um es dem Hausverwalter als Geschenk zum Fest zu überreichen. Der Zeitzeuge hatte die Aufgabe, von Tür zu Tür zu gehen, um das Geld einzusammeln. Er kommentiert diese Aufgabe mit: »War sehr nett.«¹⁷⁸ Offensichtlich machte es Henry Harrison Freude, seinem Vater zu helfen, wie auch die Mieter – jüdische wie nichtjüdische – es geschätzt haben werden, daß Franz Harrison sich traditionell für diese gemeinschaftliche Aufgabe engagierte.

In der Erinnerung des Zeitzeugen wohnten zwei weitere jüdische Familien in dem Haus, die Familie Eisner und die Familie Goldmann. Mit dem Sohn der Familie Goldmann war Henry Harrison befreundet:

»Gegenüber von uns haben gewohnt eine Familie Goldmann, und ich war sehr befreundet mit dem Arthur Goldmann, solange wir zusammen waren. Wir haben uns natürlich später auch geschrieben. Aber nach dem Krieg kam er 'mal nach Amerika, und dann haben wir uns auch lange gesprochen, aber er hatte fast alle (...) Religiosität weggeschmissen. Und das war nichts für mich, und dann hab' ich die Freundschaft aufgegeben.«¹⁷⁹

176 Transkript Harrison, S. 86. Der Kommentar, »das mußte so sein«, wird von dem Zeitzeugen in dem Interview leicht negativ sprachlich betont. Für die Auswertung ist dies ein Beispiel dafür, daß die Primärquelle eines lebensgeschichtlichen Interviews immer die Tonbandaufzeichnung sein muß.

177 Transkript Harrison, S. 10.

178 Ebd.

179 Transkript Harrison, S. 8f.

Die Beendigung der freundschaftlichen Beziehung ist im Interview ein früher Hinweis darauf, wie bedeutsam die jüdische Identität für den Zeitzeugen ist. Daß der ehemalige Freund sich von seinem religiösen Bekenntnis gelöst hatte, schloß eine weitere Freundschaft mit ihm aus. Arthur Goldmann hatte sich in eine konflikthafte Auseinandersetzung mit seinem Glauben begeben und damit die Schutz- und Sicherheitsfunktion der Religion für Henry Harrison in Frage gestellt, der dies offenbar als persönlich bedrohlich erlebte und deshalb den Kontakt abbrechen mußte.

Henry Harrison war noch während des Ersten Weltkrieges, 1917, in die Talmud Tora-Schule eingeschult worden. Die 1805 gegründete Schule genöß weit über Hamburg hinaus Ansehen, da sie die Vermittlung von streng jüdisch orthodoxen Lehrinhalten mit allgemeinen weltlichen Bildungszielen verband. 1921 wurde der spätere Hamburger Oberrabbiner Joseph Carlebach zum Direktor der Schule bestellt. Er führte eine Reihe von pädagogischen Reformen durch.¹⁸⁰ Die Reformierung der Talmud Tora-Schule war erforderlich geworden, um ihr Bildungsniveau den staatlichen Schulen anzugleichen. Carlebachs Ziel war es, die Talmud Tora-Schule als Grund-, Volks- und Realschule staatlich anerkennen zu lassen. Das war eine Maßnahme, die der Tendenz jüdischer Eltern, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken, entgegenwirken sollte.¹⁸¹

Die rückblickende Einschätzung vieler Zeitzeugen, daß das Bildungsangebot und -niveau der Talmud Tora-Schule sehr hoch gewesen sei, teilt Henry Harrison in seinen Erinnerungen nicht. Er berichtet zwar, daß er in den von der Schule angebotenen zusätzlichen Freizeitkursen seinen handwerklichen Fähigkeiten nachgehen konnte,¹⁸² gleichzeitig aber kritisiert er das hohe Durchschnittsalter der Lehrer und die damit für ihn verbundenen veralteten Unterrichtsmethoden:

»Wir haben so viele leider ältere Lehrer gehabt, für die ich nie ein Begriff habe, nie ein Gefühl (...) Stellen Sie sich mal vor, wir haben einen Lehrer gehabt, der hat Geographie uns beigebracht. Da mußte man antworten auf die Frage: »Wo ist der Himmel wie?« Die richtige Antwort war, »an der Adria ist der Himmel blau«. Und was für ein nonsense, ich meine, Unsinn ist das. »Wer regierte auf Seite 37?« Die richtige Antwort war: »Napoleon.« I mean, ich hab' kein Verständnis für solche Sachen gehabt.«¹⁸³

180 Vgl. dazu Gillis-Carlebach, *Jüdischer Alltag*, S. 19ff. Siehe auch Randt, *Jüdische Schulen am Grindel*, S. 49ff.

181 Vgl. Lorenz, *Juden*, Bd. 1, S. 324f. Die Reform hatte Erfolg, wie sich an der Entwicklung der Schülerzahlen ablesen läßt: 1920 wurde die Talmud Tora-Schule von etwa 200 Schülern besucht, 1924 von etwa 300, 1928 waren es etwa 540. Vgl. ebd.

182 Vgl. FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 96. Das Angebot an handwerklichen Kursen auf freiwilliger Basis teilzunehmen, gehörte zum Schulkonzept, nach dem die Schüler nicht nur eine rein geistige Ausbildung, sondern auch die Gelegenheit zur Erlernung handwerklicher Fertigkeiten erhalten sollten.

183 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 97f. Vgl. auch Gillis-Carlebach, *Jüdischer Alltag*, S. 22.

Zum Ende seiner Schulzeit bekam Henry Harrison dann einige jüngere Lehrer, »... da hat man wenigstens gelernt.«¹⁸⁴ Die Schulzeit des Zeitzeugen fiel in die Phase des reformerischen Umbruchs der Schule, die durch Joseph Carlebach gerade erst eingeleitet worden war und sich noch in den Anfängen befand. Obwohl der Zeitzeuge immer ein guter Schüler gewesen war, wie er betont, entschloß er sich, 1927 mit dem sog. Einjährigen die Schule zu beenden:

»Zum Schluß war ich sehr enttäuscht von der Schule. Ich hab' genug gehabt. Meine Eltern wollten, ich sollte Lehrer werden. Hab' ich gesagt, das ist nichts für mich. (Mit) eine(m) Jungen in der Klasse wie ich (einer) war, würd' (ich) nie fertig werden. Denn (...) ich wollte electrician werden.

B: Elektriker.

H: Elektriker. Aber mein Vater sagte, das ist nichts für einen jüdischen Jungen. Es wär' gut gewesen, aber da hat mein Vater gesagt, nicht, muß Kaufmann werden. All right, bin ich Kaufmann geworden.«¹⁸⁵

Worin die Enttäuschung des Zeitzeugen über die Talmud Tora-Schule letztlich bestanden hat, zumal neue und jüngere Lehrkräfte an die Schule kamen, ist seiner Aussage nicht genau zu entnehmen. Die für die Hamburger Juden typische soziale Aufstiegsorientierung kommt in der Frage der Berufswahl zum Ausdruck. Ein gesellschaftlicher Aufstieg konnte am ehesten über eine entsprechende Schulausbildung erreicht werden. Da dieser Auffassung in der Gemeinde ein breiter Konsens zugrundelag, verwendete sie etwa 1/3 ihrer Gesamtausgaben für die beiden größten Gemeindeschulen, der Talmud Tora-Schule und der Israelitischen Töchterschule. Als erfolgversprechendste Aufstiegsmöglichkeit kamen eine selbständige Erwerbstätigkeit oder aber zumindest eine Angestelltenposition in Betracht.¹⁸⁶ Diese Haltung spiegelt sich in den Vorstellungen der Eltern des Zeitzeugen wider. Den Wunsch der Eltern, daß ihr Sohn Lehrer werden sollte, konnte der Zeitzeuge abweisen. Sein eigener Berufswunsch, Elektriker zu werden, lag aber außerhalb der Vorstellungen seines Vaters. Henry Harrison hatte sich schon früh mit der Entwicklung des Radios beschäftigt und mit den damit verbundenen technischen Neuerungen experimentiert. So entwickelte er den Wunsch, sein Hobby auch zum Beruf zu machen. Der Zeitzeuge fügte sich jedoch den Aufstiegsvorstellungen seines Vaters und gab seinen eigenen Berufswunsch auf. Noch im nachhinein meint er, daß es für ihn gut gewesen wäre, Elektriker zu werden. Ein Bedauern über den geleisteten Verzicht kommt zum Ausdruck. Die im Interview pragmatisch und leicht herübergebrachte

184 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 100.

185 Transkript Harrison, S. 100.

186 Vgl. dazu Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXXIf. sowie dies., Jüdische Gemeinde 1860–1943, S. 89.

Bemerkung, »all right, bin ich Kaufmann geworden«, erweckt dennoch den Eindruck einer eher resignativen Stimmung und einer Grundhaltung, daß Ereignisse für den Zeitzeugen tendenziell von außen bestimmt werden, denen er sich reagierend unterzuordnen hat. Diese Einstellung korrespondiert mit der bereits oben gezeigten Erfahrung des Zeitzeugen, daß bestimmte Abläufe »so sein mußten« und daß ihnen nichts wirksam entgegenzusetzen war. Gleichzeitig bot diese Struktur für die persönliche Entwicklung Orientierung, Sicherheit und Schutz. Henry Harrison begann 1927 nach Schulabschluß eine kaufmännische Lehre in einer Getreide-Importfirma, in der er bis 1933 blieb. Der nichtreligiöse jüdische Inhaber der Firma erklärte sich damit einverstanden, daß der Zeitzeuge am Samstag und an den jüdischen Feiertagen nicht zu arbeiten brauchte:

»Und da ich immer am Sonnabend frei haben wollte, mußte ich auch manchmal am Sonntag ins Geschäft gehen, (...) aber ich hab' immer gehaßt, am Sonntag ins office zu gehen.«¹⁸⁷

Der Zeitzeuge arbeitete sonntags nicht gern, weil er auf diese Weise die Erfahrung des jüdischen »Andersseins« machte. Auch wenn er sich überwiegend in seinem eigenen religiösen Milieu bewegte, so fiel ihm als Jugendlichen von 18 Jahren der Unterschied zu nichtjüdischen Gleichaltrigen wie überhaupt zur nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft auf, die den Sonntag – im Gegensatz zu ihm – mit Freizeitaktivitäten ausfüllen konnten, weil sie an diesem Tag nicht zu arbeiten brauchten. Auf der einen Seite mißhagte ihm die Sonntagsarbeit, auf der anderen Seite war es für ihn wichtig, einen Arbeitsplatz zu haben, der ihm die Einhaltung seiner religiösen Verpflichtungen ermöglichte.

Henry Harrison erlebte die Endphase der Weimarer Republik als junger Erwachsener. Dennoch kann er sich an politische Ereignisse dieser Zeit nur spärlich oder überhaupt nicht erinnern. Während seine Schilderungen persönlicher und familiärer Erfahrungen detailliert und ausführlich gehalten sind und zumeist vor dem Hintergrund seiner religiösen Zugehörigkeit erzählt werden, muß die Interviewerin gezielt nach bestimmten, über den familiären Kontext hinausgehenden Geschehnissen fragen:

»B: Henry, Du hast ja die Weimarer Republik noch ganz bewußt mitbekommen.

H: Natürlich. (...) Wir haben dann auch gewählt und getan und gemacht, aber ich hab' nie einer Partei irgendwie angehört oder gemacht. Auch mein Vater nicht. Er hat sich nie politisch irgendwie (...) beteiligt. (...)

B: Henry, hast Du von den Auseinandersetzungen, den politischen, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hier in Hamburg etwas mitbekommen?

H: No, no.

B: Überhaupt nicht?

187 FZHA/WdE 426, Transkript Harrison, S. 20.

H: Ich hab' mich nie, nie irgendwie aktiv beteiligt in solchen Sachen.

B: Ihr ward' sehr konzentriert (...) auf Eure Aktivitäten innerhalb der jüdischen Gemeinde?

H: Innerhalb der jüdischen Gemeinde. Und das war gut genug. Wir wollten nicht mehr.«¹⁸⁸

Henry Harrison bildete eine gesicherte jüdische Identität aus, die zur Grundlage seiner persönlichen Entwicklung und Stabilität wurde. Gleichzeitig scheint die hohe Konzentration auf die religiöse Eingebundenheit zu einer Ausblendung von Erlebnissen und Erfahrungsmöglichkeiten geführt zu haben. Die spezifische jüdische Binnensicht des Zeitzeugen verhinderte somit auch die Wahrnehmung von politischen Ereignissen, wie z.B. die die Weimarer Republik kennzeichnenden politischen Auseinandersetzungen und den grassierenden Antisemitismus in seiner Bedrohung für die Juden.

Mit dem Beginn seiner Lehre 1927 trat Henry Harrison in die Deutsch-Jüdische Jugend (DJJ) ein, in der er als Gruppenleiter aktiv tätig wurde:

»Als ich junger Mann dann war, also aus der Schule raus, wurde ich sehr eifrig in der Deutsch-Jüdischen Jugend. Das war (eine) Verbindung von jungen Leuten, natürlich jüdisch, und wir haben uns getroffen dann im Jugendheim. Das Jugendheim war in der Johnsallee. Da haben wir einmal die Woche einen Vortrag gehabt von Rabbinern oder von Politikern oder von Lehrern oder was immer das war, und dann sind wir zusammengekommen und dann haben wir auch Ausflüge gemacht häufig am Sonntag. (...) Aber im Jugendheim war (...) ich jedenfalls sehr häufig ...«¹⁸⁹

Die DJJ, deren Ortsgruppe 1925 in Hamburg gegründet wurde, war eine der drei Gruppierungen innerhalb der jüdischen Jugendbewegung, die im Zuge der sich kurz vor dem Ersten Weltkrieg herausbildenden allgemeinen deutschen Jugendbewegung entstanden war.¹⁹⁰ Neben der zionistisch-sozialistischen Richtung, die sich in dem Verband Blau-Weiß organisierte, und der orthodox-religiösen Richtung, die sich in Zionisten (Zeire Misrachi) und Nichtzionisten (Esra und die Jugendgruppe der Agudas Jisroel) aufgliederte, engagierten sich in der DJJ die liberalen und erklärt antizionistischen Jugendlichen. Die DJJ war die zahlenmäßig größte Gruppierung innerhalb der jüdischen Jugendbewegung. Nach 1933 wurde die DJJ zu einer Zufluchtsstätte vor allem für jüdische Jugendliche aus bürgerlichen Kreisen, die zunehmend aus anderen Vereinen, wie auch aus Sportvereinen,

188 Transkript Harrison, S. 87ff. Der Zeitzeuge hatte der Interviewerin zwischenzeitlich die Anrede mit »Du« angeboten. Dies verweist auf die atmosphärische Dichte, die im Verlauf des Interviews zustande kam und die Sympathie zwischen Interviewtem und Interviewerin.

189 FZHA/WdE 426, Transkript Harrison, S. 21.

190 Siehe dazu Angress, *Generation*, S. 24ff. und Ophir, *Geschichte der Hamburger Juden*, S. 86f.

herausgedrängt wurden.¹⁹¹ Der DJJ wurde daher ein eigener Sportverein angegliedert, da der 1898 gegründete, seit 1910 in Hamburg bestehende jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba wegen seiner zionistischen Ausrichtung für die bürgerlich-liberale Jugend nicht in Frage kam. Henry Harrison wurde Mitglied in der DJJ:

»Weil mein Vater war der Richtung. (...) Aber ich hab' immer schon Freunde gehabt, die waren Zionisten, und ich hab' auch häufig mitgemacht bei solchen Festen ...«¹⁹²

Der Zeitzeuge betätigte sich auch im Sportverein:

»Zum Beispiel ich war im ›Schild‹. Sehen Sie, mein Vater hat nicht erlaubt, daß ich in den Bar Kochba gehe. So ich hab im ›Schild‹ geturnt.«¹⁹³

Der Zeitzeuge engagierte sich in der DJJ und im Sportverein Schild, weil sein Vater für ihn diese Entscheidung getroffen hatte. Sein Hinweis darauf, daß er immer aber schon Freunde gehabt habe, die Zionisten waren, läßt möglicherweise den Schluß zu, daß er sich – zumindest im nachhinein – auch die Mitgliedschaft in einer anderen als der vom Vater vorgeschlagenen Gruppierung hätte vorstellen können. Das gleiche gilt für seine Aktivität im Sportverein Schild. Offensichtlich hatte der Zeitzeuge Interesse an einer Mitgliedschaft im Bar Kochba gezeigt, wenn er darauf verweist, daß sein Vater dazu keine Erlaubnis gegeben hat. Der Zeitzeuge war ca. 16 Jahre alt, als er den beiden Vereinen beitrug. Es wird deutlich, wie stark Henry Harrison offenbar auch noch in diesem Alter, in dem die ersten Ablösungskonflikte mit den Eltern beginnen, die Autorität seines Vaters respektierte und keine selbständigen Entscheidungen traf. Im Gegensatz zu den jüdischen Jugendlichen, die durch die zunehmende Erfahrung antisemitischer Anfeindungen und ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung nach 1933 in jüdischen Vereinen und Organisationen eine Zufluchtsmöglichkeit fanden, bedeutete die Teilnahme an der DJJ und im Schild für den Zeitzeugen hingegen biographische Kontinuität.

191 Um eine staatliche Überwachung der jüdischen Jugendverbände zu gewährleisten, mußten sich diese bereits kurze Zeit nach der Machtübernahme bei der NS-Reichsjugendführung anmelden und wurden im November 1933 dem Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände als allein verantwortliche Zentralorganisation unterstellt. Die Kontrolle über die jüdischen Jugendvereine und Jugendbünde wurde aber nicht von der Reichsjugendführung, sondern von den regionalen Polizeidienststellen bzw. der Gestapo ausgeübt. Siehe Angress, *Generation*, S. 26. Wie aus den monatlich erstellten sog. Lageberichten der Hamburger Gestapo hervorgeht, war die Staatspolizei sehr genau über die Aktivitäten der DJJ-Ortsgruppe Hamburg informiert. Siehe dazu z.B. den von Bruno Streckenbach, dem Chef der Gestapoleitstelle Hamburg, unterzeichneten Lagebericht vom Oktober 1934. StaHH, Innere Verwaltung, A II 4 b.

192 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 92.

193 Transkript Harrison, S. 95. Der Sportverein Schild wurde 1925 von Sportaktivisten des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten gegründet. Die Sportler verstanden sich als deutsche, antizionistische Patrioten. Vgl. dazu Bernett, *Jüdische Turn- und Sportbewegung*, S. 224.

Der Tag der Machtübernahme wird von dem Zeitzeugen im Interview nicht explizit selbst thematisiert. Erst auf Nachfrage der Interviewerin, wie er die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Nationalsozialisten eingeschätzt habe, antwortet er:

»Ja, ich will Ihnen was sagen: Wir haben oder viele haben geglaubt, daß Hitler, obwohl er durch die Mehrheit an die Macht gekommen ist damals, daß das sich sehr schnell auswirken wird und daß es wird vorbei sein. Keiner hat geglaubt, es wird kommen zu dem, was es gekommen ist. Viele, viele Juden, muß ich sagen, waren der Ansicht, heute ist es hier, es kann vielleicht noch ein bißchen schlimmer werden, aber der liebe Gott wird sorgen, es wird bald vorüber sein.«¹⁹⁴

Diese Einschätzung wurde von der weitaus größten Mehrheit der deutschen Juden geteilt. Henry Harrison und seine Familie hofften als religiöse Juden auf die Hilfe Gottes. In dieser Zeit zunehmender Drangsalierung war die Hoffnung auf die Unterstützung Gottes etwas Trostspendendes.

Den ersten gravierenden persönlichen Eingriff in das eigene Leben erfuhr der Zeitzeuge durch das am 21. April 1933 gesetzlich verordnete Schächtverbot:

»Ich (...) hab' furchtbar gelitten unter dem Einfluß, daß wir kein Fleisch mehr haben. Ich war in meiner jüngsten Jugend ein Fleischesser und hab' immer gern gegessen. (...) Und, zum Beispiel, wenn es gab Reis mit Kaneel, das (ist ein) wunderbares Hamburger Essen, hab' ich nie gemocht. Mein Vater hat gesagt: »Mein Kind, du bist nicht hungrig. Iß nicht, laß es stehen! Alles ist in Ordnung. Heut' abend bist du hungrig, das ist, was du bekommst!« Da hab' ich mich sehr schnell dran gewöhnt, das zu essen, was auf den Tisch kommt, wenn es wenigstens noch warm war, denn aufgewärmt hat es bestimmt noch schlechter geschmeckt.«¹⁹⁵

Das Schächtverbot gehörte mit zu den ersten Gesetzen, die das NS-Regime gegen die jüdische Bevölkerung erließ. Es richtete sich gegen die sich nach den jüdischen Speisevorschriften ernährenden gläubigen Juden und traf sie besonders hart, weil sie ihre Ernährung grundlegend umstellen mußten. Das entsprach der Absicht des Gesetzes und bezeichnet die darinliegende Perfidie um so mehr, da Nahrung zum Grundbedarf des Menschen zählt. In Hamburg hatte die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe bereits drei Wochen vor dem reichsweiten Erlaß des Gesetzes ein vorzeitiges Schächtverbot erlassen.¹⁹⁶ Max Plaut gelang es nach eigener Aussage, diese Anordnung durch die

194 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 27.

195 Transkript Harrison, S. 30. Zum Schächtverbot siehe RGBL. I 1933, S. 203.

196 Siehe Senatssitzung vom 27.3.1933. StaHH, Senatskanzlei-Protokolle und Drucksachen, A 2 a 1933 Bd. 4.

vorgesetzte Stelle zunächst wieder aufheben zu lassen. Er veranlaßte sogleich alle verfügbaren Schächter einen Fleischvorrat anzulegen, der in einem Kühlhaus eingelagert wurde.¹⁹⁷ Daß dieser Vorrat sehr schnell verbraucht war, liegt auf der Hand. Vereinzelt konnten jüdische Familien über Freunde und Verwandte im Ausland noch koscheres Fleisch erhalten. Auf Dauer aber war diese Lösung zu kostspielig, zumal die Qualität des importierten Fleisches durch die langen Transportwege litt. Den meisten religiösen Familien dürfte es so ergangen sein wie der Familie Harrison: Sie verzichteten weitgehend auf den Verzehr von Fleisch. Der Zeitzeuge bemerkt, daß er sich letztlich an den Fleischverzicht gewöhnen konnte, da es zu den Erziehungsprinzipien seines Vaters gehörte, daß das, was auf den Tisch kam, gegessen werden mußte. Die Prinzipientreue des Vaters ermöglichte dem Zeitzeugen die Anpassungsleistung, die von ihm gefordert wurde.

Die Jahre 1935/36¹⁹⁸ markieren einen wichtigen Einschnitt für Henry Harrison. 1935 verstarb seine Mutter:

»B: Henry, woran ist Ihre Mutter gestorben?

H: Auch indirekt durch die Hitlerzeit. Sie konnte nicht begreifen die Einschränkungen, die es gegeben hat. Die kam von einem sehr freien Land, von Neuseeland, und (hat) hier nur glückliche Zeiten gehabt mit meinem Vater. Aber diese Beschränkungen, die immer schlimmer wurden, sie konnte das nicht beherrschen irgendwie.«¹⁹⁹

Die Schilderung verweist auf die hohen Belastungen, denen die Familie durch die Verfolgung ausgesetzt war. Im Interview selbst werden sie nie explizit, allenfalls indirekt thematisiert. Auffällig ist, daß Henry Harrison die eigentliche Todesursache seiner Mutter nicht benennt, ebenso wenig wie die Todesursache seines Bruders. Sein 1920 geborener geistig-behinderter Bruder, der bis zu seinem elften Lebensjahr in der Familie gelebt hatte und dann in einem Heim in Lübeck untergebracht wurde, verstarb dort im Dezember 1936:

»Wo (...) Walter war, also ich weiß nicht, wie weit er krank wurde bei sich selbst durch eine sehr schwere Grippe oder wie weit sie ihn versucht haben, das Ende zu machen, das weiß ich nicht.«²⁰⁰

Von der Interviewerin nach genaueren Einzelheiten befragt, weicht der Zeitzeuge aus. Offensichtlich sind der Tod der Mutter und des Bruders

197 Vgl. die von H. Schottelius mit Max Plaut am 25.1.1954 geführte Unterredung. Archiv der FZH, Judenverfolgung 1933–1945. Berichte, Sign. 6262.

198 Die von Henry Harrison genannten Zeitangaben variieren und sind auch durch andere Quellen nicht zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für die Angaben bezüglich seines Auszugs aus der Wohnung in der Blücherstraße und des Beginns seiner Tätigkeit in der jüdischen Gemeinde. Für die inhaltlichen Aussagen spielen die Zeitangaben in diesem Zusammenhang jedoch keine Rolle und können an dieser Stelle daher vernachlässigt werden.

199 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 83.

200 Transkript Harrison, S. 84.

emotional so schmerzlich, daß der Zeitzeuge sich weiteren Fragen entziehen muß. Der Tod der Mutter hatte zur Folge, daß der Vater und sein Sohn aus der Wohnung in der Blücherstraße auszogen und sich in einer Pension in der Hallerstraße einquartierten:

»Mein Vater wollte irgendwo sein, (...) wo er nicht kochen braucht, wo (er) alles zubereitet bekommt.«²⁰¹

Der Einzug in die Pension bedeutete über den schmerzhaften Verlust der Ehefrau und Mutter hinaus auch den des vertrauten Umfeldes. Die räumliche Enge erzwang den Verkauf von Möbeln und anderem Hausrat, da Vater und Sohn nun möbliert lebten.

Von 1933 bis 1935 hatte Henry Harrison in einer Exportfirma für Häute und Felle gearbeitet. Als der jüdische Inhaber auswanderte, begann der Zeitzeuge als Angestellter für die jüdische Gemeinde zu arbeiten. Die durch die Ausgrenzung entstandenen sozialen Notlagen der jüdischen Bevölkerung versuchte die Gemeinde durch umfangreiche Selbsthilfemaßnahmen aufzufangen.²⁰² Das Wohlfahrts- und das Schulwesen, der kulturelle Sektor und die Wirtschaftshilfe waren vier zentrale Tätigkeitsfelder der Gemeinde, die den organisatorischen Rahmen der jüdischen Selbsthilfe bildeten. Der Wirtschaftshilfe kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Bereits im Frühjahr 1933 war der Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau gegründet worden. Parallel dazu hatte sich in Hamburg der Hilfsausschuß der vereinigten jüdischen Organisationen mit seinem ausführenden Organ, der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe, gebildet.²⁰³

Henry Harrison arbeitete zunächst in der Abteilung Wirtschaftshilfe. Seine Tätigkeit bestand im Einkauf von Zutaten zur Pralinenherstellung. Es entsprach der Zielsetzung der Gemeinde, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. So wurde insbesondere an Frauen, deren Männer arbeitslos geworden waren, oder deren Einkommen sich verschlechtert hatten, zu günstigen Bedingungen Schokolade verkauft, um Pralinen herzustellen:

»Die Schokoladenfabriken haben uns geliefert zu whole sale, En-Gros-Preisen, und wir haben kein Geld dran gemacht, sondern zu En-Gros-Preisen an diese Damen verkauft. Und die haben es dann zu retails verkauft an die Leute. Privat. (...) Aber dann wurde (...) natürlich das Einkaufen auch schwieriger und schwieriger, weil sie nicht mehr an die jüdische Gemeinde liefern wollten, (...) die Fabriken.«²⁰⁴

201 Transkript Harrison, S. 109.

202 Siehe Adler-Rudel, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime, Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe sowie Lorenz, Jüdische Gemeinde 1860–1943, S. 95.

203 Vgl. Hilfe und Aufbau in Hamburg. Bericht vom April 1933 bis Dezember 1934.

204 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 22f.

Da Henry Harrison sich als Einkäufer bewährt hatte, setzte er diese Arbeit im Bereich der Wohlfahrtspflege/Abteilung jüdische Winterhilfe fort.²⁰⁵ Seine Aufgabe bestand im Einkauf von Grundnahrungsmitteln, die ebenfalls zu Großhandelspreisen eingekauft und zu denselben Preisen an bedürftige Gemeindemitglieder weiterverkauft wurden. Die Schilderung seiner Tätigkeit verbleibt auf einer oberflächlichen Ebene: Er erwähnt weder die zunehmende Zahl der hilfsbedürftigen Gemeindemitglieder noch beispielsweise die besondere Notlage einzelner Familien, deren Anspruchsberechtigung er zu prüfen hatte. Die zunehmende gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolierung der Juden bleiben in seiner Darstellung schemenhaft:

»Aber es wurde auch immer schwieriger und schwieriger, denn jeden Tag kamen neue Verordnungen raus, das durfte nicht mehr sein und jenes durfte nicht mehr sein ...«²⁰⁶

Als Gemeindeangestellter erlebte er die Auswirkungen der nationalsozialistischen Politik unmittelbar, da die Gemeinde auf jede neue gesetzliche Beschränkung als Institution reagieren mußte. Es wird deutlich, daß der Zeitzeuge die Bedrohung abwehren mußte, um sich zu schützen:

»Gott sei Dank, für mich war das [die Beschränkungen, S.B.] als junger Mann nicht so empfindlich, so daß es mich nicht überkommen konnte.«²⁰⁷

1936 war Joseph Carlebach zum Oberrabbiner des Synagogenverbandes berufen worden. Henry Harrison arbeitete bis zu seiner Auswanderung nebenberuflich als dessen Sekretär. Unter den sich ständig verschlechternden Bedingungen wurde es für fromme Juden ein immer größeres Problem, die religiösen Gebote einzuhalten. Besonders schwierig war neben der schon erwähnten Einhaltung der jüdischen Speisegebote die jüdischen Feste zu begehen. Joseph Carlebach erhielt zahlreiche Anfragen, wie man sich in religiösen Zweifelsfällen verhalten sollte. Ihm oblag es als einziger orthodoxer Autorität in Deutschland, den frommen Juden bindende Verhaltensregeln zu geben:

»Und die Leute mußten wissen, ob sie durften dies tun oder nicht tun. Und dann mußte er Antworten geben, wie es war.«²⁰⁸

205 Zur jüdischen Winterhilfe siehe Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime*, S. 161ff. und Vollnhals, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 399ff.

206 FZHWdE 426, Transkript Harrison, S. 27. Der Zeitzeuge beendet an dieser Stelle seine Ausführungen.

207 Transkript Harrison, S. 83.

208 Transkript Harrison, S. 29. Siehe dazu auch Gillis-Carlebach, *Jüdischer Alltag*, S. 41 sowie die dort abgedruckten Dokumente Nr. 2: Brief Joseph Carlebachs an seinen Neffen Salo Carlebach vom 31.3.1939, S. 49–51, hier S. 50, und Dokument Nr. 5: Rundschreiben Joseph Carlebachs an die Hamburger Gemeindemitglieder vom Anfang Juni 1939, S. 56–61, hier S. 61.

Erinnern kann sich der Zeitzeuge an viele Menschen, die bei dem Rabbiner um Almosen bettelten:

»Aber ich hatte ja viele, viele Leute gekannt durch meine Gemeindefarbeit und habe dadurch dem Rabbiner sagen können, den Leuten mußst du geben, den Leuten brauchst du nix zu geben, die gehen, wie man sagt, hier schnorren von einem zum anderen.«²⁰⁹

Mit Hochachtung berichtet Henry Harrison über die Person und das Engagement Joseph Carlebachs. Auf die Frage der Interviewerin, wie der Rabbiner die Situation seiner Gemeinde im Nationalsozialismus eingeschätzt habe, antwortet er:

»Er hat genau gesehen, was kommt. (...) Er hat versucht zu tun, was (er) kann. Er hat vielen, vielen Leuten geholfen und sich selbst in Gefahr begeben. Aber er hat gesagt, der Kapitän verläßt nicht das Schiff. Er wollte nicht auswandern. Die Frau [des Rabbiners Lotte Carlebach, S.B.] wollte gern raus und hätte wahrscheinlich irgendwie auch es arrangieren können, daß die Familie rauskommt. Aber er wollte nichts davon wissen.«²¹⁰

Henry Harrison betont die Nähe und Vertrautheit zu Joseph Carlebach:

»Und als ich ihm eines Tages, wie gesagt, nach Pessach sagte, ich hab' mich verlobt, hat er alle seine Kinder rausgeholt und die mußten um den ganzen Tisch tanzen (...) in dem Raum, das war ein kolossaler Raum, wo er gelehrt hat (...) Und da haben wir getanzt und dort hab' ich dann abends immer noch ein paar Stunden mit ihm verbracht. Carlebach war ein, großer, großer Redner, kolossaler Kopf, aber für Zeit und Geld kein Begriff. (...) Ich kam vom Büro, da habe ich erstmal eingeteilt, daß das Gehalt, was er bekommt, geteilt wird, was seine Frau braucht notwendig und was bezahlt werden muß für Lebensversicherung und alles, Miete, was da noch ist (...), daß er nicht darüber verfügen konnte, daß das Geld alle war. Bei ihm war das so gewesen, in keiner Zeit er konnte Geld ausgeben, (...) und leider war dann für die Familie (...) nichts [mehr übrig, S.B.].«²¹¹

Henry Harrison betont die Vertrauensstellung, die er genoß, indem er das Haushalts- und Wirtschaftsgeld für die Rabbinerfamilie einteilte. Seine enge Verbindung zum Oberhaupt der religiösen Juden gab ihm das Gefühl von

209 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 112.

210 Transkript Harrison, S. 113. Im Kern ist die Aussage des Zeitzeugen zutreffend. Joseph Carlebach hatte sich allerdings mit der Frage einer Auswanderung beschäftigt, wie aus einem Brief Carlebachs an Salomon Gabriel vom 19.5.1939 hervorgeht. Siehe Gillis-Carlebach, Jüdischer Alltag, S. 54–56 (Dokument Nr. 4).

211 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 28. Die Tochter des Rabbiners, Miriam Gillis-Carlebach, berichtet, daß der Wirtschaftsetat der Familie bescheiden war, zumal auch die Hälfte des Rabbinergehaltes von vornherein für die »Zedaka«, die pflichtmäßige Wohltätigkeit, bestimmt war. Vgl. Gillis-Carlebach, Jüdischer Alltag, S. 31.

Geborgenheit. Die Außenwelt, das reale Leben der jüdischen Gemeinschaft unter dem Nationalsozialismus, konnte er dadurch – so erscheint es in seinen Schilderungen – lange Zeit von sich fernhalten.

Im Dezember 1937 heiratete der Zeitzeuge. Seine Frau Julie stammte aus einer bekannten orthodoxen jüdischen Familie aus Hamburg. Franz Harrison und der Schwiegervater des Zeitzeugen kannten sich durch ihre gemeinsame Tätigkeit im Wohlfahrtswesen der Gemeinde. Henry Harrison hatte seine Frau während seiner Tätigkeit als Gemeindeangestellter näher kennengelernt. Auch sie arbeitete in der Wohlfahrtspflege. Bei seiner Heirat trat Henry Harrison aus der DJJ aus. Der streng konservativ-orthodoxe Schwiegervater hatte eine kritische Haltung zur DJJ, weshalb der Zeitzeuge seine Aktivitäten in dem Verband aufgab. Das Ehepaar zog in eine kleine Wohnung in der Hallerstraße. In der Freizeit machten sie Ausfahrten in einem Paddelboot auf der Alster:

»Aber war ganz schön, wir haben alles zusammen gemacht. Wir waren sehr, wie soll ich sagen, unschuldige Kinder.«²¹²

Der Zeitzeuge betont die enge Verbundenheit und Nähe zu seiner Frau. Die Heirat verstärkte noch einmal das Gefühl von Geborgensein. Die Charakterisierung, daß seine Frau und er sich wie »unschuldige Kinder« gefühlt hätten, läßt vermuten, wie stark der Wunsch ausgeprägt war, die bedrohliche Außenwelt nicht wahrnehmen zu müssen.

Der für Henry Harrison entscheidende lebensgeschichtliche Bruch erfolgte mit der Auflösung der Gemeinde als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Nachdem zum 1. Januar 1938 die Eingliederung der Gemeinden Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg in die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburgs durch einen Fusionsvertrag erfolgt war, wurde die neue Gesamtgemeinde auf Weisung des Reichsinnenministeriums gezwungen, ihren Namen in »Jüdischer Religionsverband Hamburg« zu ändern. Das entsprach der ausgrenzenden Zielsetzung, die Begriffe »deutsch«, »israelitisch« und »Gemeinde« zu entkoppeln.²¹³ Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 wurde dem Jüdischen Religionsverband zum 1. April 1938 der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts entzogen.²¹⁴ Die jüdische Gemeinde wurde damit zu einem Verein des bürgerlichen Rechts degradiert. Für den Zeitzeugen bedeutete der Erlaß dieses Gesetzes einen Wendepunkt:

»Anfang '38 kam das raus, daß die Gemeinde nicht mehr eine öffentlich-rechtliche Körperschaft war. Da hab' ich zu meiner Frau gesagt: ›Du, jetzt ist

212 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 93.

213 Siehe das Schreiben der Hamburger Kultur- und Schulbehörde an die Vorstände der jüdischen Gemeinden in Hamburg, Altona und Harburg-Wilhelmsburg vom 20.12.1937. StaHH, Staatsverwaltung-Allgemeine Abteilung, E IV B1.

214 Vgl. RGBl. I 1938, S. 338. Siehe dazu Lorenz, Gründung des »Jüdischen Religionsverbandes Hamburg«, S. 103ff. sowie S. 111f.

es vorbei mit unserer Sicherheit in der Gemeinde. Wir versuchen irgendwas zu bekommen.«²¹⁵

Erst als der bisherige rechtliche Status der Gemeinde aufgehoben wurde, nahm der Zeitzeuge die ernste Bedrohung wahr und bereitete sich auf eine Auswanderung vor. Durch diese Entscheidung geriet er in einen schwerwiegenden persönlichen Konflikt. Bei seiner Heirat hatte er seinem Schwiegervater versichern müssen, daß er keine Vorbereitungen zur Auswanderung getroffen hatte:

»Mein Schwiegervater (...) wollte (nicht), daß wir auswandern. Wir (...) haben doch ... wie man das so genannt hat, eine sichere Stellung gehabt. Jedenfalls (...) die Gemeinde mußte bleiben und die Wohlfahrt sicher, sicher. So haben wir gehofft, daß das alles noch vorbeigeht in einer Zeit, daß wir uns retten konnten und alles in Ordnung kommt.«²¹⁶

Durch entfernte Verwandte in New York erhielt das Ehepaar Harrison eine Bürgerschaftserklärung, das sog. Affidavit, das Voraussetzung dafür war, beim amerikanischen Konsulat eine Quotenummer für die Einwanderung zu erhalten.²¹⁷

Für Mitte Oktober 1938 war dem Ehepaar vom US-Konsulat die Bereitstellung der Ausreisevisen in Aussicht gestellt worden. Durch den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 wurden die Einwanderungsquoten beider Länder für die USA zusammengelegt²¹⁸, wodurch sich die Auswanderung der Harrisons verzögerte. Zum 31. Oktober 1938 hatten sie ihre Wohnung in der Hallerstraße gekündigt und waren zu den Schwiegereltern gezogen. Am 28. Oktober 1938 nahmen die deutschen Behörden die neuen polnischen Paßgesetze, nach denen die Pässe von länger als fünf Jahre im Ausland lebenden polnischen Staatsbürgern ohne einen entsprechenden Sichtvermerk ungültig wurden, zum Anlaß, die Juden polnischer Staatsangehörigkeit an die polnische Grenze nach Zbaszyn abzuschicken. Aus Hamburg wurden ca. 700 Menschen deportiert.²¹⁹ Die Ausweisung traf die Betroffenen vollkommen unvorbereitet.²²⁰ Ihnen wurde keinerlei Gelegenheit gegeben, ihre persönlichen Verhältnisse zu ordnen.

215 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 40.

216 Transkript Harrison, S. 42. Vgl. auch Transkript Harrison, S. 40.

217 Vgl. Wetzel, Auswanderung, S. 485 sowie dies., Fluchtpunkt New York, S. 177. Zu den Einwanderungsbestimmungen der Vereinigten Staaten von Amerika siehe auch die abgedruckten Dokumente in Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941, S. 187ff. sowie Graml, Auswanderung, S. 82f.

218 Vgl. Fischer-Defoy, USA, S. 179 und Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941, S. 188f.

219 Siehe Hönicke, Der Untergang der jüdischen Gemeinde in Altona, S. 593f. sowie Goldberg u.a., Die Verfolgung der Juden in Altona nach 1933, S. 583f. Siehe auch Wamser/Weinke, Der Judenpogrom vom November 1938, S. 201.

220 Siehe auch Maurer, Abschiebung und Attentat, S. 62.

Henry Harrison und seine Ehefrau erhielten daher von der Gemeinde den Auftrag, sich am Altonaer Bahnhof einzufinden, von dem die Züge nach Polen abgingen, um den Betroffenen beizustehen:

»Sie [gemeint ist die Interviewerin, S.B.] können sich vorstellen, was sich dort getan hat. Die Leute haben uns Schlüssel gegeben, Aufträge gegeben und was es war. Wir konnten nicht viel tun hinterher, because sie haben einfach verboten, diese Wohnungen zu betreten. Unter Lebensgefahr.«²²¹

Die Wohnungen der Deportierten wurden von der Polizei versiegelt, so daß der Gemeinde jegliche Handlungsmöglichkeiten genommen waren.²²²

Die organisierten Zerstörungen jüdischen Eigentums in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1938, die sog. Reichskristallnacht,²²³ erlebte der Zeitzeuge erstmalig als einen unmittelbaren und nicht mehr abzuwehrenden Angriff des NS-Regimes auf seine Person. Die Verwüstungen der Synagogen zerstörten seinen religiösen Schutzbereich. Zum ersten Mal äußert er in dem Interview unmittelbar mit dem Ereignis zusammenhängende schmerzhaft gefühlte: »Das war zu schrecklich.«²²⁴

Von der anschließenden Verhaftungswelle, bei der allein in Hamburg mindestens 900²²⁵ jüdische Männer aufgegriffen und ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt wurden, war auch Henry I Harrison betroffen. Er befand sich im Dienstgebäude der Gestapo an der Stadthausbrücke, um seinen Paß für die unmittelbar bevorstehende Auswanderung abzuholen. Dort verhaftete man ihn und brachte ihn zunächst ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, wo er seinen ebenfalls verhafteten Vater antraf.²²⁶ In der Nacht

221 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 14.

222 Einem Teil der ausgewiesenen Juden gelang es, bei Verwandten in Polen Aufnahme zu finden. Etliche hatten zwei jüdischen Altonaer Rechtsanwälten, Siegfried Urias und Hugo Möller, Vollmachten erteilt, die sich um die Entsiegelung der Wohnungen, Inventuraufnahmen und Sicherstellung von Wertgegenständen in einem gesonderten Safe der Dresdener Bank bemühten. Siehe das Schreiben von Siegfried Urias an die Devisenstelle des OFP vom 3.12.1938. StaHH, OFP, 9 UA 9 (enthält auch die Namenslisten von aus Hamburg Deportierten). Durch ein zwischen der deutschen und polnischen Regierung geschlossenes Abkommen wurde vereinbart, den Ausgewiesenen die zweiwöchige Erlaubnis zur Rückkehr zu erteilen, um ihre persönlichen und geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln. Siehe das Schreiben von Siegfried Urias an die Devisenstelle des OFP vom 16.2.1939. StaHH, OFP, 9 UA 9. Die Namen der beiden Rechtsanwälte sind nicht geändert. Die Erlaubnis wurde jedoch nur in Fällen erteilt, in denen die Ausgewiesenen sich verpflichteten, unmittelbar nach der Erledigung ihrer persönlichen Verhältnisse in ein Drittland auszuwandern. Siehe das Schreiben des Reichswirtschaftsministers an alle Oberfinanzpräsidenten vom 30.5.1939. StaHH, OFP, 9 UA 9.

223 Siehe Sielemann, Fragen und Antworten zur »Reichskristallnacht«. Der Beitrag von Jürgen Sielemann ist die bisher detaillierteste Darstellung der Pogromnacht in Hamburg.

224 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 13.

225 Siehe Fuhlsbüttel Häftlingslisten II. Liste vom November 1938. Archiv der FZH, Sign. 35363. In der Literatur werden unterschiedliche Zahlen genannt. Vgl. Sielemann, Fragen und Antworten zur »Reichskristallnacht«, S. 257f., der betont, daß die tatsächliche Gesamtzahl der verhafteten Hamburger Juden bislang nicht dokumentiert werden kann.

226 Zur Behandlung der Verhafteten in Fuhlsbüttel vgl. u.a. Garbe/Homann, Jüdische Gefangene in Hamburger Konzentrationslagern, S. 547. Generell zum Gefängnis Fuhlsbüttel siehe auch Sarodnick, »Dieses Haus muß ein Haus des Schreckens werden ...«.

vom 10. auf den 11. November wurden die jüdischen Männer mit einem Zug nach Sachsenhausen gebracht.

»B: Henry, was haben Sie gedacht, als man Sie auf dem Stadthaus einkassierte und dann nach Fuhlsbüttel brachte?

H: Ich habe immer Hoffnung ...

B: Was die vorhaben? Was haben Sie vermutet?

H: No, wir haben nie gedacht, daß wir (...) ins Konzentrationslager kommen. Da war kein Grund für uns, daß wir uns gedacht haben, daß wir in ein Konzentrationslager kommen. Aber wie die Dinge kommen, so kommen sie. Ich meine, (...) das ist ... das ist meine Art. Was kommt, kommt, und der liebe Gott wird schon sorgen, daß alles in Ordnung kommt. (...) Wir sind dann natürlich (...) geshowered worden, ganz klar [kahl, S.B.] rasiert. Die Rabbiner haben alle ihre Bärte abgenommen, also jeder glatt von oben bis unten. Und, dann, oh Gott sei Dank, am 14. November haben sie aufgerufen: »Henry Harrison, Sie werden entlassen!«²²⁷

Der Zeitzeuge bemerkt im Interview, daß es keinen Grund gegeben hätte, ihn in ein KZ zu verschleppen. So liegt es nahe, daß er die NS-Tätersicht zumindest partiell übernommen hatte, nach der es eine Vielzahl von Gründen gab, Menschen bei Verstößen gegen die NS-Ideologie mit einer KZ-Haft zu bestrafen. Gleichzeitig verweist der Zeitzeuge auf das schon oben benannte »Unschuldsgefühl«. Er selbst hatte weder subjektiv noch real gegen bestehende Gesetze verstoßen, die eine Verschleppung ins KZ zur Folge hätten haben können. Die religiöse Binnensicht des Zeitzeugen überrascht einerseits angesichts der Erfahrungen, die er als Jude im NS-Staat bereits gemacht hatte, andererseits erscheint sie folgerichtig, hatte sie doch die Funktion, sich mit dem Ausmaß der Bedrohung nicht auseinandersetzen zu müssen.

In der verzweifelten Lage im Konzentrationslager half der Umstand, daß Henry Harrison als Gemeindeangestellter fast alle mitinhaftierten Hamburger Juden kannte. Das gemeinsame Gebet hielt die religiösen Juden aufrecht und stützte sie gegenseitig:

»Aber wir wollten am Leben bleiben. Das ist die ganze Geschichte ... Es gab ein paar Leute, die hatten (...) ein Gebetbuch dabei. Und dann konnten die (...) vorbeten, wie gesagt, das gibt es ja bei uns, daß einer vorbetet und (...) die Gemeinde sagt »Amen« und das meint dann, wir haben dasselbe gesagt. So haben wir existiert.«²²⁸

Henry Harrison berichtet von den erfahrenen Erniedrigungen: dem stundenlangen Appellstehen in eisiger Kälte, der Zusammenpferchung in Baracken, der katastrophalen Ernährung, der schikanösen, sinnlosen Arbeit,

227 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 16f.

228 Transkript Harrison, S. 119.

der brutalen Behandlung durch Aufseher, die Häftlinge bei vermeintlichen Verstößen gegen die Lagerordnung an den Füßen aufhängten, und von den Gefangenen, die sich aus Verzweiflung in die elektrischen Stacheldrahtzäune stürzten.²²⁹ Sein Bericht ist bewegt und gerät mehrmals ins Stocken. In der Interviewsituation werden die mit den damaligen Erlebnissen verbundenen schmerzvollen Gefühle aktiviert. Die Konzentrationslagerhaft ist das schlimmste, was Henry Harrison persönlich je erlebt hat. Er resümiert:

»Gott sei Dank, für mich waren es nur fünf Tage, aber die ich auch in meinem ganzen Leben nie vergessen werde.«²³⁰

Die Schilderungen der erlebten Demütigungen dokumentieren aber gleichzeitig auch die Stärke seines Selbstbehauptungswillens. In einer Extremsituation wie der Konzentrationslagerhaft gelang es ihm, sich als Mensch nicht zerbrechen zu lassen. Dabei halfen ihm seine sichere Verankerung in der Religion und sein Glauben, die Situation mit der Hilfe Gottes überleben zu können.

Unter der Zusicherung, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen, wurden die jüdischen Häftlinge in den folgenden Monaten wieder auf freien Fuß gesetzt. Da Henry Harrison den Nachweis seiner bevorstehenden Auswanderung erbringen konnte, wurde er am 14. November 1938 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen.²³¹

Die Auswanderung der Harrisons verzögerte sich jedoch zum zweiten Mal, da die erforderlichen Unterlagen noch nicht vollständig eingereicht waren. Der Zeitzeuge erhielt von der Gemeinde den Auftrag, Aufräumarbeiten und eine Bestandsaufnahme der in der Pogromnacht angerichteten Zerstörungen vorzunehmen.²³² Seine Einschätzung der Pogromnacht wird von vielen jüdischen Zeitzeugen geteilt:

»I mean, in Hamburg, muß ich Ihnen [der Interviewerin, S.B.] sagen, war es doch wahrscheinlich noch viel besser wie in den kleinen Orten, denn in Hamburg hat es auch am zehnten November nicht gebrannt. Sie haben nur zerstört. In den anderen Orten waren die Synagogen verbrannt (...) und vielleicht auch noch andere Sachen verbrannt worden ... Gott sei Dank, das hat es in Hamburg zu der Zeit nicht gegeben. Sie müssen nicht vergessen, Hamburg, durch den Hafen, war sehr sozialdemokratisch. Wenn (...) der Gauleiter hat angerufen, es mußte das und das gemacht werden, dann die Leute, die Mitglieder der Nazis waren, die SA oder SS, was immer das war, mußten tun, was

229 Vgl. Transkript Harrison, S. 15–17 sowie S. 118–120. Siehe auch Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, in: Schafft/Zeidler, KZ-Mahn- und Gedenkstätten.

230 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 120.

231 Siehe die Häftlings-Entlassungsliste des KZ Sachsenhausen mit Datum 14.11.1938. Archiv der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, Sign. R 203 M 10, S. 122.

232 Vgl. FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 32–34 und S. 36–38.

ihnen gesagt wurde. Einige haben es natürlich sehr eifrig getan, aber es gab auch viele noch, die haben getan, weil sie es mußten.«²³³

Über das beträchtliche Ausmaß der staatlich initiierten Zerstörungen bestehen in der Forschung keinerlei Kontroversen. Im Vergleich zu anderen Städten allerdings war der Gesamtumfang des Vandalismus in Hamburg wohl tatsächlich geringer.²³⁴ Wenn jüdische Zeitzeugen immer wieder den Vergleich zu anderen Städten suchen, um zu betonen, daß »es in Hamburg nicht so schlimm gewesen sei ...«,²³⁵ so zeigt sich darin aber auch die hohe Identifikation mit ihrer Geburtsstadt. Es entspricht einem Wunsch der Zeitzeugen zu glauben, daß der Ort ihres persönlichen Ursprungs ihnen nicht so viel Schmerz zugefügt habe, wie er es real getan hat. Die psychische Funktion dieser Einschätzung besteht darin, die schmerzhaft erfahrene Ausgrenzung und Vertreibung im Rückblick abzuschwächen, um die ehemalige Heimatstadt und damit auch sich selbst zu schützen. Die verständnisvolle Haltung des Zeitzeugen ist ihm möglich, weil sie mit seiner eigenen Erfahrung korrespondiert, Handlungen vollziehen zu müssen, die von einer Autorität angeordnet werden. Er überträgt sein persönliches Erfahrungsmuster auf die Täter. So wie er sich den Anordnungen seines Vaters gefügt hatte, unterstellt er, daß bestimmte SA-Leute unfreiwillig zur Zerstörung gezwungen worden waren. Diese Einschätzung hat zur Folge, daß er den Tätern keine oder nur eine eingeschränkte Verantwortung zuschreibt und ihr Handeln damit entlastet. Dies entspricht im Grundmuster derselben Haltung, die von NS-Tätern zur Rechtfertigung ihrer Verbrechen eingenommen wurde.

Nach der Erinnerung des Zeitzeugen benötigten er und seine Helfer aus der Gemeinde fast zwei Monate, um die angerichteten Schäden aus der Pogromnacht aufzunehmen und – soweit dies überhaupt noch möglich war – zu beseitigen. In dieser Zeit wurde er unter die Aufsicht eines Gestapobeamten gestellt. Auf die Frage der Interviewerin, wie er dies erlebt hätte, antwortet er:

»Man hat sich dran gewöhnt. Ja, man hat sich dran gewöhnt, daß die Nazis haben die Übermacht, denn man kann nichts dazu tun.«²³⁶

233 Transkript Harrison, S. 31f. Daß die Synagogen in Hamburg zwar verwüstet, aber nicht angezündet wurden, darauf weisen auch Sielemann, Fragen und Antworten zur »Reichskristallnacht«, S. 248f. sowie Lorenz, Jüdische Gemeinde 1860–1943, S. 98 hin. Zur Rolle des Hamburger Gauleiters Karl Kaufmann speziell während des Pogroms siehe ebenfalls Sielemann, Fragen und Antworten zur »Reichskristallnacht«, S. 238ff.

234 Vgl. Sielemann, Fragen und Antworten zur »Reichskristallnacht«, S. 248f.

235 Eine so oder ähnlich wörtlich geäußerte Meinung findet sich vielfach in den Interviews mit jüdischen Zeitzeugen im Bestand der »Werkstatt der Erinnerung«.

236 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 38.

Als Dank für seine geleistete Arbeit erhielt der Zeitzeuge kurz vor seiner Auswanderung von der Gemeinde eine Torarolle geschenkt. Gegenstände, die bei der Auswanderung mitgenommen werden sollten, bedurften der Genehmigung der Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidenten bzw. der Zollfahndungsstelle.²³⁷ Da Henry Harrison zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen Unterlagen bereits eingereicht hatte, mußte er sich um eine Sondergenehmigung bemühen. Diese wurden nur in Ausnahmefällen erteilt.²³⁸ Henry Harrison bat den Gestapobeamten, der ihn fast zwei Monate bei den Aufräumarbeiten begleitet hatte, sich für ihn bei der Devisenstelle zu verwenden. Er erhielt die Genehmigung zur Mitnahme der Torarolle.

»B: Warum glauben Sie, hat der Gestapo-Beamte sich für Sie eingesetzt?

H: Na, ich hab' mit denen zusammengearbeitet (...), er hat noch ein bißchen Herz gehabt wahrscheinlich.«²³⁹

Da er ohnehin keine andere Wahl gehabt hätte, akzeptierte der Zeitzeuge die Kontrollfunktion des Gestapobeamten und kooperierte mit ihm.

Im Februar 1939 wanderten Julie und Henry Harrison in die USA aus. Mit der Unterstützung ihrer Verwandten, die ihnen das Affidavit gegeben hatten, fanden sie eine Unterkunft. Durch die Kontaktaufnahme zu einem aus Hamburg ausgewanderten Arzt gelang es schnell, eine jüdische Gemeinde zu finden, die den gleichen Ritus praktizierte, wie er in der Bornplatz-Synagoge üblich gewesen war. Der Arzt riet Henry Harrison:

»Du kommst morgen zu Young Israel of Flatbush (...), da hörst du alles genau so wie du es gewohnt bist. Und so sind wir nach Flatbush gekommen und in Flatbush geblieben. Wir haben immer (dort) gewohnt. Und noch heutzutage fragen mich die Leute, »wo habt Ihr in Washington Heights gewohnt?«, wo viele, viele Deutsche waren. Hab' ich gesagt: »Wir haben nie in Washington Heights gewohnt.« (...) Ich kann Ihnen [der Interviewerin, S.B.] sagen, ich kann meine Gebetbücher, die ich von Deutschland mitgebracht hab', genau in Young Israel of Flatbush gebrauchen, wo man genau so die Ordnung hat wie wir sie gewohnt waren.«²⁴⁰

Während viele deutsche Auswanderer den New Yorker Stadtteil Washington Heights als neue Bleibe bevorzugten, weil dort bereits viele Deutsche lebten und ihnen die Eingewöhnung dadurch erleichtert wurde, entschieden die Harrisons, sich in der unmittelbaren Nachbarschaft der Synagoge mit

237 Vgl. Zürn, *Forcierte Auswanderung*, S. 489 und Ferk, *Geschichte des Hamburger Oberfinanzpräsidenten*, S. 222ff.

238 Dies geht aus einer Reihe der von der Verfasserin gesichteten Akten zum Genehmigungsverfahren zur Auswanderung im StaHH, OFP, sog. F- und FVg-Akten, hervor.

239 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 35.

240 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 46.

dem vertrauten Ritus niederzulassen. Alle Probleme der Folgezeit, wie das Erlernen der englischen Sprache und die berufliche Etablierung, konnten vor allem durch die Einbindung in die Synagoge in Flatbush aufgefangen werden. Henry Harrison gelang es, seine zentrale biographische Kontinuitätslinie – trotz des Verlusts seiner Heimat – in den USA aufrechtzuerhalten.

Im Mai 1939 erhielten die Harrisons die Nachricht vom Tod des Schwiegervaters:

»Da kam die Nachricht, daß mein Schwiegervater gestorben war. (Mit Tränen in der Stimme.) Er ist gestorben am Herzbrennen, daß seine Tochter weggegangen ist. Er war weiter nicht krank, aber das hat ihm das Herz gebrochen.«²⁴¹

An dieser Stelle war der Zeitzeuge tief erschüttert. Es war das einzige Mal während des gesamten Interviews, daß ihm die Tränen kamen. Schon zu Beginn hatte er erzählt, daß seine Frau als einzige Tochter ihrer sehr früh verstorbenen Mutter ein sehr enges Verhältnis zu ihrem Vater gehabt hätte.²⁴² Henry Harrison wird an dieser Stelle schmerzhaft an seine Schuldgefühle erinnert. Der Zeitzeuge hatte sich den Wünschen seines Vaters und später seines Schwiegervaters immer untergeordnet und auch dem Schwiegervater das Versprechen bei der Heirat gegeben, nicht auszuwandern. Als die jüdische Gemeinde ihren Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft verlor, traf er zum ersten Mal eine Entscheidung, die nicht die Zustimmung des Schwiegervaters fand.²⁴³ Dieser Entschluß rettete ihm und seiner Frau jedoch das Leben. Der Schwiegervater erlitt durch die Auswanderung seiner Tochter einen Verlust, der ihn schwer belastete, ihm aber im medizinischen Sinne wohl nicht das Leben kostete. Die medizinische Todesursache nennt der Zeitzeuge nicht. Es entsteht der Eindruck, daß Henry Harrison sich durch seine Entscheidung, eigenständig zu handeln und auszuwandern, für den Tod seines Schwiegervaters verantwortlich fühlt.

Der Zeitzeuge und seine Frau hatten vergeblich versucht, dem Vater die Auswanderung zu ermöglichen.²⁴⁴ Franz Harrison wurde am 6. Dezember 1941 gemeinsam mit Joseph Carlebach, dessen Ehefrau sowie ihren vier jüngsten Kindern nach Riga deportiert und ermordet. Henry Harrison erfuhr erst nach dem Krieg von der Ermordung seines Vaters:

241 Transkript Harrison, S. 48.

242 Vgl. Transkript Harrison, S. 5.

243 Der Schwiegervater des Zeitzeugen versuchte nicht, die Auswanderung direkt zu verhindern, wie Henry Harrison berichtet. Vgl. Transkript Harrison, S. 82. Der Schwiegervater hatte offenbar »verstandesgemäß« reagiert, d.h. eine Einsicht in die Notwendigkeit gehabt und daher die Auswanderung geduldet; emotional hat er die Entscheidung seiner Tochter und seines Schwiegersohns wohl nicht akzeptiert.

244 Vgl. Transkript Harrison, S. 82.

»Er [der Vater, S.B.] ist mit (...) Carlebachs Familie zusammen nach Riga deportiert worden, wo sie dann (an) einem bestimmten Tag erschossen wurden ..., weil (...) der jüngste Sohn – damals hieß er Peter, heute heißt er Schlomo, Salomon Carlebach, er wohnt in Brooklyn, er war dabei, er war im Arbeitslager. Er weiß, daß der Lastwagen gekommen ist an dem Tag, alle die Juden, die drauf waren, wußte er, wer sie sind, und nach einer halben Stunde ist der ... oder nach einer bestimmten Zeit ist der Lastwagen zurückgekommen – leer. Das heißt, die Leute ... wurden erschossen.«²⁴⁵

Henry Harrisons Schilderung ist der Wunsch zu entnehmen, daß der Vater bis zuletzt mit dem Rabbiner zusammengewesen war und auch mit ihm gemeinsam den Tod fand:

»Also so können wir die Jahrzeit halten für meinen Vater, weil ich weiß das Datum von dem Schlomo Carlebach, dessen Eltern auch um die Zeit, um dieselbe Zeit ermordet wurden.«²⁴⁶

Joseph Carlebach und seine Familie wurden am 26. März 1942 bei Riga erschossen.²⁴⁷ Ob der Vater des Zeitzeugen zum selben Zeitpunkt ermordet wurde, ist nicht zu verifizieren.²⁴⁸ Bedeutsam ist jedoch das Bestreben des Zeitzeugen, in seinem Gedächtnis das Datum eines Sterbetags für seinen Vater zu haben, um dem religiösen Bedürfnis nachzukommen, an diesem Tag ein Gebet für den Vater zu sprechen. Daß der Leidensweg Franz Harrisons von dem Oberrabbiner Carlebach begleitet wurde, hat im Rückblick für den Zeitzeugen etwas Tröstliches.²⁴⁹ Durch den Kontakt zu Schlomo Carlebach,²⁵⁰ der als einziger der deportierten Carlebach-Familie überlebte, hat er die Gewißheit über die Todesumstände und kann über ihn eine innere Ver-

245 Transkript Harrison, S. 43. Siehe dazu Press, Judenmord, S. 116 und S. 121.

246 FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 43. Das Kaddisch, das Totengebet, wird von der Beerdigung an ein Jahr lang jeden Tag und danach das restliche Leben am Todestag des Vaters oder der Mutter (der sog. Jahrzeit) gesprochen. Für einen frommen Juden, der seine Eltern durch den Holocaust verloren hat, ist das Datum des Sterbetags vor diesem Hintergrund von nochmals besonderer Bedeutung.

247 Siehe Hamburger jüdische Opfer, S. 58 (Joseph, Lotte, Noemi, Ruth und Sara Carlebach). Die Familie Carlebach wurde in das KZ Jungfernhof (lettisch: Jumpravmuiza) bei Riga verschleppt. Vgl. Gillis-Carlebach, Jüdischer Alltag, S. 44. Zu den Tötungsaktionen siehe Press, Judenmord, S. 121. Siehe auch Vestermanis, Juden in Riga, S. 66.

248 Das Hamburger Gedenkbuch der jüdischen Opfer verzeichnet Franz Harrison – im Gegensatz zu der Familie Carlebach – lediglich mit der Angabe »06.12.41 deportiert nach Riga«, d.h. sein genaues Sterbedatum ist nicht zu ermitteln. Die Verfasserin verzichtet auf die Nennung einer Seitenangabe im Gedenkbuch, um die Anonymität des Vaters des Zeitzeugen zu gewährleisten.

249 Siehe auch das bei Gillis-Carlebach, Jüdischer Alltag, abgedruckte Dokument Nr. 25: Brief Joseph Carlebachs an Minna Carlebach vom 3.12.1941, S. 108f., in dem der Rabbiner drei Tage vor seiner Deportation schreibt: »Das Gute daran ist, daß viele, vielleicht alle Mitreisenden [alle zum selben Zeitpunkt Deportierten, S.B.] sich freuen, daß sie mit ihrem alten Herren sich auf die Bahn setzen. Ihre Stimmung ist dadurch ruhiger und hoffnungsfreudiger geworden.«

250 Zu Schlomo Carlebach siehe Gillis-Carlebach, Jüdischer Alltag, S. 76, Anm. 282.

bindung zum Geschehen selbst halten.²⁵¹ Die Erinnerung an die Ermordung seines Vaters ist gleichwohl so schmerzvoll, daß der Zeitzeuge im Interview keine weiteren Fragen zuläßt und sofort einen Themenwechsel vornimmt.

Ausführlich und sehr detailliert berichtet der Zeitzeuge von seinem beruflichen Werdegang in den USA.²⁵² Darin kommt das Bedürfnis zum Ausdruck, von der Interviewerin nicht nur als ein gedemütigtes Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft betrachtet, sondern auch als ein Überlebender gesehen zu werden, dem es gelungen ist, trotz der Verfolgung ein erfolgreicher Geschäftsmann zu werden, der mit Stolz auf sein Leben zurückblicken kann.

Zunächst allerdings hatte sich das Ehepaar mit Hilfsarbeiten über Wasser gehalten. 1943 wurde Henry Harrison in die US-Armee eingezogen. Da er als Dolmetscher nach Deutschland geschickt werden sollte, veranlaßte man ihn zu seinem eigenen Schutz den Namen zu ändern. Die Initialen seines Namens wollte er jedoch beibehalten. Aufgrund einer langwierigen Erkrankung wurde er ein Jahr später wieder aus der Armee entlassen. Er begann ein Fernstudium zum Steuerberater und erwarb darüber hinaus die Berechtigung, als Notar tätig zu sein. 1948 machte er sich selbständig und wurde beruflich sehr erfolgreich. Das kinderlose Ehepaar engagierte sich für wohltätige Zwecke und führte damit die traditionell aktive, ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Väter fort. Henry Harrison ist bis heute Vizepräsident der Young Israel of Flatbush. An den hohen jüdischen Feiertagen spricht er die Gebete in seiner Synagoge. Auch nach dem Tod seiner Ehefrau 1994 ist er durch seine vielfältigen Tätigkeiten sozial sehr eingebunden und integriert. Seine erzwungene Flucht aus Deutschland, der Verlust seiner Heimat und die Ermordung seines Vaters im Konzentrationslager konnte er durch das hohe Maß biographischer Kontinuität auffangen:

»Ich hab' mich immer getröstet mit meiner Religion. Was Gott will, macht er. Wir wissen nicht. Aber wir müssen uns damit begnügen, (daß) das, was er tut, richtig (ist). Und wenn wir es jetzt nicht sehen, vielleicht in späterer Zeit kann man einsehen, es war gut. Vielleicht. Aber das war immer (...) ein Trost für mich und, Gott sei Dank, auch für meine Frau, weil wir beide sehr religiös waren. Wir vertrauen auf Gott, und er tut, was er für richtig hält. Und damit sind wir durchgekommen, hoff' ich auch bis (zu) mein(em) Lebensende, was auch nicht mehr so weit sein kann.«²⁵³

251 Das Wissen um den Ort und den Zeitpunkt der Ermordung naher Angehöriger ermöglicht dem Überlebenden andere Formen des Umgangs mit seiner Trauer als den Zeitzeugen, deren Angehörige als »verschollen« gelten. Diese haben zum Beispiel keine Möglichkeit, den Todesort aufzusuchen.

252 Vgl. FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 44–67.

253 Transkript Harrison, S. 127.

3. »Ich war ein schrecklicher Dickkopf« – Eileen Blyton

Eileen Blyton wurde 1923 als jüngste Tochter des selbständigen Kaufmanns Werner Lissauer und seiner Ehefrau Agathe in Hamburg geboren.²⁵⁴ Der Vater betrieb gemeinsam mit einem holländischen, jüdischen Kompagnon eine 1914 gegründete Exportfirma für Fahrrad- und Motorradteile. Das mittelständische, florierende Unternehmen beschäftigte zeitweilig 30 Angestellte. Es war in der Erinnerung der Zeitzeugin die einzige Vertretung der auf diesem Gebiet führenden Firma Fichtel & Sachs in Deutschland und verfügte über weitreichende Handelsverbindungen in den Fernen Osten. Bis zum Dezember 1937 konnten Werner Lissauer und sein Geschäftspartner die Firma ohne größere Umsatzeinbußen weiterführen.

Die Zeitzeugin und ihre zehn Jahre ältere Schwester wuchsen in einem wohlhabenden, jüdischen Mittelschichtsmilieu auf:

»Mein Vater hatte ein gutes Geschäft. (...) Wir haben immer gesagt (...), wir sind nicht reich, aber es geht uns gut.«²⁵⁵

Die Familie lebte im Stadtteil Eppendorf. Als es den Juden nach dem Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935²⁵⁶ verboten wurde, weibliche Staatsangehörige »deutschen oder artverwandten Blutes« über 45 Jahren als Dienstmädchen zu beschäftigen, zog die Familie in eine kleinere Wohnung in den Stadtteil Harvestehude um.²⁵⁷ Die Zeitzeugin legt nahe, daß der Umzug der Familie in einem kausalen Zusammenhang mit den Nürnberger Gesetzen stand. Legt man allgemeine Plausibilitätskriterien zugrunde, ist es jedoch fraglich, ob der Grund für den Umzug tatsächlich in dem von der Zeitzeugin genannten Sachverhalt bestand. Die Familie befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in finanziell gesicherten Verhältnissen, die einen Umzug in eine kleinere Wohnung nicht erforderlich machten.²⁵⁸ Die erzwungene Kündigung von Dienstpersonal wird für die bürgerliche Kaufmannsfamilie kaum ein Grund zum Wohnungswechsel gewesen

254 Siehe FZH/WdE 85, Interview mit Eileen Blyton am 22.8.1992, geführt von Sybille Baumbach, Transkript, S. 1. Die Länge des Interviews beträgt 2 1/4 Stunden. Für die Auswertung wurde das Originaltranskript zugrundegelegt, das 33 Seiten umfaßt. Eileen Blyton befand sich auf Einladung des Hamburger Senats im Rahmen des Besucherprogramms für die ehemaligen jüdischen Bürger in Hamburg. Das Interview fand in der Empfangshalle des Hotels der Zeitzeugin statt. In aller Regel möchten die Zeitzeugen, daß das Interview in der ruhigen Atmosphäre ihres Hotelzimmers stattfindet. Eileen Blyton hingegen wünschte das Interview in der geschäftigen Empfangshalle zu führen. Die Interviewerin gewann den Eindruck, daß die Zeitzeugin sich durch die halböffentliche, rege Betriebsamkeit in der Hotellobby vor schmerzhaft aufkommenden Gefühlen von vornherein schützen und diese kontrollieren wollte.

255 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 13.

256 Siehe RGBL. I 1935, S. 1146f.

257 Vgl. FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 13.

258 Darüber hinaus kann ein Umzug von Eppendorf nach Harvestehude nicht als ein sozialer Abstieg interpretiert werden. Vgl. dazu das Interview mit Henry Harrison in diesem Beitrag.

sein. Die Erinnerungsrekonstruktion der Zeitzeugin verweist auf ein grundsätzliches methodisch-inhaltliches Problem der Interpretation von lebensgeschichtlichen Interviews: der Frage nämlich, wie der Historiker mit Zeitzeugenaussagen arbeitet, deren Plausibilität in Frage gestellt werden kann oder sogar in Frage gestellt werden muß. Da die Validität der Aussage in diesem Fall nicht zu überprüfen ist, verbleibt interpretatorisch die Möglichkeit, nach den subjektiven Gründen zu fragen, weshalb die Zeitzeugin die gedankliche Verknüpfung von Kündigung und Umzug vornimmt. Betrachtet man die Lebensgeschichte Eileen Blytons als ganzes, so fällt der Verlust einer großen Zahl ihr sehr nahestehender Menschen auf, deren Ursache in der Verfolgung der Juden begründet ist. Die Hausangestellte der Familie Lissauer war viele Jahre hindurch für die Familie tätig gewesen. Sie lebte mit der Familie zusammen und begleitete die Erziehung Eileen Blytons, wodurch eine enge persönliche Beziehung entstanden war.²⁵⁹ Die durch die NS-Gesetzgebung erzwungene Kündigung »ihres« Dienstmädchens bedeutete für die damals zwölfjährige Zeitzeugin die erste menschliche Trennung, die sie erlitt, und der viele weitere Verluste folgten. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Zeitzeugin aufgrund ihrer späteren Traumatisierung eine besonders hohe Sensibilität für Trennungen und Verluste ausgebildet hat und daher retrospektiv den gedanklichen Zusammenhang zwischen der Kündigung der Hausangestellten und dem Wohnungswechsel herstellt.

Wie die meisten gutsituierten jüdischen Familien in Hamburg gehörte Familie Lissauer dem religiös liberalen Tempelverband an:

»Wir (...) waren immer ganz bewußt jüdisch, aber nicht religiös. Wir haben Weihnachten gefeiert, (...) wir gehörten zum (...) Tempel (Oberstraße) ... Aber wir sind nur (...) an hohen Feiertagen in den Tempel gegangen, und haben gar nichts weiter gemacht, wir (...) haben nicht koscher gegessen und gar nichts. Wir haben Schinken und Schweinefleisch und alles gegessen. Das kannt' ich gar nicht, wußte gar nichts von dem [von den religiösen Speisegesetzen, S.B.].«²⁶⁰

Werner Lissauer war im Ersten Weltkrieg Frontsoldat gewesen und wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Die Zeitzeugin berichtet von den für die Mehrheit der deutschen Juden typischen Einschätzungen:

»Ich (...) erinner' mich, daß mein Vater immer gesagt hat: ... »Der Dank des Vaterlandes ist euch bewußt [im Sinne von »gewiß«, S.B.]« (...) und (...) »uns wird schon nichts passieren«, und (...) »der [Hitler, S.B.] ist doch 'n Verrückter« und »das wird bestimmt nicht dauern.«²⁶¹

259 Vgl. Transkript Blyton, S. 8.

260 Transkript Blyton, S. 5f. Zum Tempelverband siehe Lorenz, Juden, Bd. 1, S. XCIIff. und S. 650ff. sowie dies., Jüdische Gemeinde 1860–1943, S. 89f.

261 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 9f.

Ihre Kindheit beschreibt die Zeitzeugin als sehr behütet. Wie in bürgerlichen Familien durchaus üblich, wurden Probleme und Sorgen von den Kindern ferngehalten:

»Ich hab' ein ziemlich gehütetes Leben eigentlich gehabt. Aber die Nazis waren überall. Da war die SS mit ihren braunen Uniformen und den Hakenkreuzen und dem ›Heil Hitler!‹ und dem Marschieren und ...

B: Erinnern Sie sich noch daran, wie die Eltern darüber gesprochen haben?

Bly: Meine Eltern haben wenig vor uns drüber gesprochen. Wir wurden schrecklich beschützt als Kinder.«²⁶²

Die Zeitzeugin erlebte sich als wohlbehütet, und zugleich registrierte sie als Kind die marschierenden SA-Trupps.²⁶³ Ihre kindlichen Erinnerungen werden dabei von der späteren Beschäftigung der Erwachsenen mit der NS-Zeit überlagert. Sie berichtet nicht, was aus einem kindlichen Erleben naheliegender wäre, daß die marschierenden SA-Trupps Ängste ausgelöst hätten, sondern stellt die marschierenden Formationen in ihrer Erzählung mit ihrem Behütetsein in einen gedanklichen Zusammenhang. Dies verweist darauf, daß die Schilderung ihrer Verfolgung vor dem Hintergrund des späteren Geschehens und ihres Leids erinnert und darauf hin konzentriert wird.

Die früheste Kindheitserinnerung der Zeitzeugin besteht darin, ein »Dickkopf« gewesen zu sein. Sie illustriert dies anhand von einigen erzählerischen Episoden. So betrieb beispielsweise eine Tante ein Konfitürengeschäft in Eppendorf:

»Mutti sagte: ›Ich werde Tante Jenny (...) ›Guten Tag!‹ sagen, wenn wir da eben reingehen.‹ Und (ich): ›Nein, ich hab' keine Lust heute, Tante Jenny 'Guten Tag!' zu sagen.‹ — ›Und wenn du Tante Jenny nicht 'Guten Tag!' sagen willst, dann mußt du draußen warten.‹ Es war im Winter, ich war vielleicht drei, vier Jahre alt. Und mußte draußen bleiben. ›Okay, bleib' ich draußen.‹«²⁶⁴

Die Zeitzeugin berichtet nicht ohne Stolz, daß sie schon sehr früh eigenständig und widerstandsfähig gegenüber der elterlichen Autorität gewesen sei. Die Eltern räumten ihr, dem »Nesthäkchen« der Familie, Freiräume ein, die sie für sich zu nutzen wußte. Sie charakterisiert die Gegensätzlichkeit zu ihrer älteren Schwester:

262 Transkript Blyton, S. 9f. Bly=Zeitzeugin (Blyton), B=Interviewerin (Baumbach).

263 Da die Zeitzeugin keine Angaben über den Zeitpunkt der von ihr erlebten Aufmärsche macht, läßt sich ihre Aussage, daß es sich um SS-Truppen gehandelt hätte, nicht überprüfen. Wahrscheinlich waren es, da die Erinnerung aus der Zeit nach der Machtübernahme stammt, eher SA-Trupps. In der Erinnerung sind die Aufmärsche von Bedeutung, die die allgegenwärtige Präsenz der Nationalsozialisten für die Zeitzeugin versinnbildlichen. Die SA-Trupps trugen braune, die SS hingegen schwarze Uniformen. Siehe das Organisationsbuch der NSDAP, S. 376f.

264 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 8.

»Meine Schwester war (das) Gegenteil, (...) als Kleines hab' ich immer gesagt: »Ich bin der böse Friederich, Lea ist der sanfte Heinrich.« (Lacht leicht.)«²⁶⁵

Die Selbsteinschätzung der Zeitzeugin wird bestätigt durch ihre langjährige beste Freundin Lydia Zeller:

»Was die [Eileen Blyton, S.B.] durchgemacht hat, das hätte sie nie gemacht [im Sinne von »geschafft«, S.B.], wenn sie nicht so ein starker Charakter gewesen wäre. Wenn uns die Mutter gesagt hat, »zieh« du das an«, hat Eileen gesagt, »ich nicht.«²⁶⁶

1930 wurde Eileen Blyton in eine öffentliche Grundschule in Eppendorf eingeschult. Kinder, die wie die Zeitzeugin aus assimilierten und gutbürgerlichen Familien stammten, besuchten die öffentlichen und privaten, aber keine religiösen Schulen. Das hatte seinen Grund nicht nur in der ungebundeneren Haltung gegenüber der jüdischen Religion. In den staatlichen und privaten Schulen bestanden größere Chancen, im Anschluß an die Grundschule weiterführende Schulen oder Universitäten zu besuchen und damit die Möglichkeiten der Berufswahl zu erweitern.

Bereits am 25. April 1933 hatte das NS-Regime mit dem Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen²⁶⁷ und der Einführung eines Numerus Clausus für jüdische Schüler an staatlichen Schulen – mit Ausnahme der Pflichtschulen – einen Schritt zur Ausgrenzung jüdischer Schüler getan, dessen Auswirkungen zunächst jedoch gering waren.²⁶⁸ Bedeutsamer war die stetig zunehmende Diskriminierung, Absonderung und Isolierung jüdischer Schüler an den öffentlichen Schulen.²⁶⁹ Die Zeitzeugin erinnert sich an die Fahnenappelle auf dem Schulhof und den Hitlergruß, der nach der Machtübernahme in der öffentlichen Volksschule in Eppendorf zum Alltag der Schüler gehörte:

»Die Fahnen wurden ge(hißt), da mußten wir (...) Appell stehen, mit dem Arm hoch. (...) Und ich weiß noch, ich bin nach Hause gekommen und ich hab' gesagt: »Mein Arm ist so lahm ...«, (...) da mußten wir doch singen,

265 Transkript Blyton, S. 9.

266 FZH/WdE 447, Interview mit Lydia Zeller am 11.8.1996, geführt von Jens Michelsen, Transkript, S. 11.

267 Vgl. RGBL. I 1933, S. 255.

268 Vgl. Wetzel, Ausgrenzung, S. 98. Allerdings ist zu betonen, daß die Einführung des Numerus Clausus, der auf die höheren Schulen und Bildungseinrichtungen beschränkt blieb, auf die Ausschaltung der jüdischen Intelligenz abzielte. Vgl. ebd.

269 Seit dem 15.11.1938, also unmittelbar nach der Pogromnacht, wurde jüdischen Schülern der Besuch öffentlicher Schulen offiziell verboten. Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 256. Am 30.6.1942 waren durch einen Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung alle jüdischen Schulen in Deutschland geschlossen worden. Vgl. Walk, Sonderrecht, S. 379. Siehe auch Randt, Geschichte des jüdischen Schulwesens, S. 123.

ich weiß nicht was alles, ›Deutschland, Deutschland über alles‹ natürlich und (...) sonst noch Sachen.«²⁷⁰

Als Reaktion auf die staatlichen Schikanen und zum Schutz ihrer Kinder sahen sich auch weniger religiös gebundene Eltern gezwungen, ihre Kinder auf jüdische Schulen umzuschulen:

»Ich (...) hatte gute ... Noten und war eine gute Schülerin. Ich hab' immer gedacht, ich möchte zur Universität gehen. Aber wir haben uns das überlegt, im Lyceum wäre ich (...) von einer sehr kleinen minority (engl.) ... geduldeten Minderheit (gewesen). Und da haben wir (...) beschlossen, daß anstatt irgendwo zu gehen, wo man nur geduldet wird, geh' ich lieber, wo ich gewünscht werde, (...) und bin dann zur jüdischen Realschule gegangen, erst zur Johnsallee zwei Jahre und dann zur Carolinenstraße.«²⁷¹

Die erfahrenen Drangsalierungen in der öffentlichen Volksschule konnten nicht nur durch den Entschluß der Eltern, ihre Tochter auf eine jüdische Schule zu geben, sondern auch durch den Umstand, daß ihre besten Freundinnen ebenfalls von der Volksschule auf die private Loewenberg-Schule umgeschult wurden, zunächst aufgefangen werden. Freundschaften zu gleichaltrigen Mädchen spielten in der Erinnerung der Zeitzeugin schon früh eine große Rolle.²⁷² Lydia Zeller hatte eine besondere Bedeutung:

»Wir waren sehr gute Freunde. Lydia war 's Alter wie ich, wir sind zusammen zur Schule gegangen, wir haben immer zusammen gespielt und waren unzertrennlich.«²⁷³

Die private Mädchen-Realschule in der Johnsallee, nach ihrem Direktor Loewenberg-Schule genannt, besuchten vor allem Töchter aus bürgerlich-liberalen jüdischen Familien. 1931 mußte sie aufgrund finanzieller Schwierigkeiten schließen. Das Schulgebäude wurde von der Mädchenschule der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Carolinenstraße 35 übernommen, auf die nach der Schließung der Schule auch Schülerinnen der Loewenberg-Schule wechselten:

270 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 3. Vgl. u.a. Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 346ff. Siehe auch Angress, Generation, S. 16ff.

271 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 2.

272 Vgl. Transkript Blyton, S. 2 und S. 5. Zum Kreis ihrer Freundinnen gehörten auch Hanna Rönn und Rita Sassen. Die drei ehemaligen Schulfreundinnen trafen sich nach 54 Jahren das erste Mal in Hamburg im Rahmen der Senatsladung wieder. Vgl. auch FZH/WdE 141, Interview mit Hanna Rönn am 23.8.1992, geführt von Sybille Baumbach, und FZH/WdE 143, Interview mit Rita Sassen am 24.8.1992, geführt von Sybille Baumbach. Ein Vergleich ihrer Erinnerungen an die Schulzeit würde interessante Aufschlüsse über die individuelle Funktion von Gedächtnisrekonstruktionen ermöglichen. So wie Eileen Blyton beispielsweise von den Fahnenappellen an der Volksschule Breitenfelder Straße berichtet, erinnert Lydia Zeller: »Und habe schöne vier Jahre dort [an der Schule, S.B.] verbracht.« FZH/WdE 447, Transkript Zeller, S. 2.

273 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 2. Die befreundeten Familien Lissauer und Zeller lebten bis zu ihrer Auswanderung in dem Haus in der Benedictstraße und hatten auch schon zuvor in demselben Haus in Eppendorf gewohnt. Vgl. auch FZH/WdE 447, Transkript Zeller, S. 12f.

»Das war Carolinenstraße, ja. Und da mußte man nochmal wieder entscheiden, ob man dann zur Realschule geht oder Volksschule. (...) Und da kam die traurige Entscheidung, (...) ich (...) hatte bessere Noten, (war) klüger als meine Freundin Lydia. Und da mußte sie in die Volksschule gehen, und ich ging in die Realschule. Erste Scheidung, war furchtbar. (Lacht kurz.) Wir waren unzertrennlich.«²⁷⁴

Die enge Freundschaft – wie ihre Freundschaften überhaupt – bedeutete für die Zeitzeugin Stabilisierung und schützte sie vor dem Gefühl, als jüdisches Kind aus dem gesellschaftlichen Umfeld zunehmend ausgegrenzt und isoliert zu werden. Der Zusammenhalt der Freundinnen machte auch die Veränderung erträglich, die mit der Umschulung in die Mädchenschule in der Carolinenstraße verbunden war. Für Kinder aus dem bürgerlich-liberalen Milieu bedeutete der Besuch der jüdischen Gemeindeschule eine Umstellung, weil die Schule vornehmlich von Mädchen aus dem religiösen jüdischen Kleinbürgertum besucht wurde. Für Eileen Blyton bestand die größte Veränderung allerdings in der Trennung von ihrer besten Freundin. Im späteren Verlauf des Interviews ist es ihr wichtig, einen Nachtrag zu ihrer Schulzeit an der Carolinenstraße zu machen:

»Ich hab' noch was vergessen, möcht' noch von meiner Schule was sagen. (...) Meine Eltern, die waren doch (...) ja ganz Deutsche. Und haben immer auf die Ostjuden runtergeguckt. (...) Es durfte kein Jiddisch bei uns gesprochen werden. Ich meine, wir kannten kein, konnten (...) kein Jiddisch. (...) Aber wie ich dann in die jüdische Schule gekommen bin, da waren natürlich viele ostjüdische Kinder da, und da komm' ich nach Hause und sag' ›Oik oder ›Nebbich oder all solche Ausdrücke. Und meine Eltern wurden sehr böse: ›Das darfst du nicht. Du wirst (...) nicht so sprechen!«²⁷⁵

Die Zeitzeugin wurde in einem Umfeld sozialisiert, das durch seine Identifikation mit den sozialen und religiösen Verhältnissen des familiären Herkunftsmilieus gekennzeichnet war. Eileen Blyton erlebte sowohl den ökonomischen Wohlstand ihrer Familie wie auch die nicht religiöse, aber dennoch bewußt jüdische Haltung ihrer Eltern als selbstverständlich. Die Eltern fühlten sich als deutsche Staatsbürger und grenzten sich gegenüber den Ostjuden ab. Eileen Blyton wuchs in einer Familie auf, in der sie trotz der NS-Verfolgung Geborgenheit und Schutz erlebte. Der familiäre Rahmen förderte ihre Eigenständigkeit, ihre Entscheidungsfreudigkeit und ihr Selbstvertrauen. Die kindlichen Erinnerungen, die sie mit ihrer Verfolgung in einen unmittelbaren Zusammenhang stellt, sind von ihrer retrospektiven Erfahrung als verfolgte Jüdin überlagert.

274 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 5. Vgl. Randt, *Jüdische Schulen am Grindel*, S. 44f. und S. 52.

275 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 11. Zur Bedeutung dieser Erinnerung vgl. weiter unten. Zu osteuropäischen Mitschülern siehe auch FZH/WdE 426, Transkript Harrison, S. 98ff. Vgl. auch das im nächsten Abschnitt folgende Interview mit Günther Feiner.

Ein nicht genehmigtes Zahlungsgeschäft nahm die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten im Dezember 1937 zum Anlaß, gegen die Firma Lissauer & Co. ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.²⁷⁶ Für die Umsetzung der Devisengesetzgebung war in Hamburg das Landesfinanzamt Unterelbe (seit 1937: Oberfinanzdirektion Hamburg) zuständig, dem die Bezirksfinanzämter, die Zollämter und die Devisenstelle zugeordnet waren. Der Devisenstelle oblag die Überwachung von Ein- und Ausfuhrangelegenheiten, die Genehmigung von Devisenzuteilungen und des Kapitaltransfers ins Ausland.

Die Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung wurden in den 30er Jahren zunehmend restriktiver. Obwohl die Auswanderung der Juden im Interesse des NS-Staates gefördert werden sollte, waren gleichzeitig umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, die den Transfer von Vermögenswerten erheblich einschränkten. Die Devisengesetzgebung, insbesondere die sog. Reichsfluchtsteuer, wurde zu einem Instrument der systematischen staatlichen Beraubung der Auswanderer funktionalisiert.²⁷⁷

Nachdem das Ermittlungsverfahren gegen Werner Lissauer und seinen Geschäftspartner eingeleitet worden war, reiste der Vater der Zeitzeugin in die Niederlande, um Möglichkeiten einer Firmenverlegung und einer Auswanderung der Familie zu sondieren. Aus Sicherheitserwägungen kehrte er

276 Siehe den Bericht über die Devisenprüfung bei der Firma Lissauer & Co. vom 31.1.1938. StaHH, OFP, F 1375.

277 Vgl. Zürn, *Forcierte Auswanderung*, S. 489f.; Ferk, *Geschichte des Hamburger Oberfinanzpräsidenten*, S. 216ff. sowie Bajohr, »Arisierung«, S. 153ff. Die »Reichsfluchtsteuer« betrug 25% des Gesamtvermögens. Die Vermögensgrenze dieser Steuer war bereits 1934 von 200.000 RM auf 50.000 RM in der Absicht herabgesetzt worden, den Kreis der Reichsfluchtsteuerpflichtigen zu vergrößern. Gesetz über Änderung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer vom 18.5.1934. Vgl. RGBl. I 1934, S. 392f. Siehe auch Mußnug, *Reichsfluchtsteuer*, S. 30f. Am 26.4.1938 erging die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden, durch die das gesamte Vermögen der deutschen Juden staatlich erfaßt wurde. Die Anmeldepflicht entfiel für Vermögen unter 5000 RM. Vgl. RGBl. I 1938, S. 414f. Darüber hinaus waren die regionalen Devisenstellen bereits seit dem 1.12.1936 ermächtigt, sog. Sicherungsanordnungen zu erlassen, mit denen die Vermögen auf Sperrkonten »sichergestellt« wurden. RGBl. I 1936, S. 1000f. Den Eigentümern war damit die Verfügungsgewalt über ihre Vermögen entzogen. Der Zugriff auf Sperrkonten konnte nur mit der Genehmigung der Devisenstelle erfolgen. Die Mitnahme von Umzugsgut wurde reglementiert und der Kontrolle durch die Zollämter unterstellt. Die Auswanderer waren verpflichtet, akribische Aufstellungen über ihren Besitz vor dem 1.1.1933, den danach erworbenen und die speziell für die Auswanderung angeschafften Gegenstände anzufertigen. Die Genehmigung zur Mitnahme von Gegenständen, die nach 1933 angeschafft worden waren, erteilte die Devisenstelle nur dann, wenn der Antragsteller eine Abgabe von 100% des ursprünglichen Anschaffungspreises, die sog. Dego-Abgabe, die an die Deutsche Golddiskontbank abgeführt werden mußte, leistete. Die Ausfuhr von wertvollen Briefmarkensammlungen, Radios, Schreib- und Nähmaschinen unterlag einem prinzipiellen Verbot. Runderlasse des Reichswirtschaftsministeriums über die Mitnahme von Umzugsgut durch Auswanderer vom 13.5.1938 und 17.4.1939. Vgl. Walk, *Sonderrecht*, S. 225 und S. 291. Hinzu kamen Beschränkungen bei der Ausfuhr von Geld, Wertpapieren und Schmuck. Nach der Pogromnacht war die »Judenvermögensabgabe« als sog. Sühneleistung erhoben worden, nach der jeder Haushalt mit einem Vermögen von über 5.000 RM 20% seines Vermögens an den Staat zu entrichten hatte. Erste Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Sühneleistung der Juden vom 21.11.1938. RGBl. I 1938, S. 1638ff. Verstöße gegen die Bestimmungen wurden unnachgiebig geahndet. Bereits 1936 war mit dem Gesetz gegen Wirtschaftssabotage eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden, bei illegalem Vermögenstransfer ins Ausland die Todesstrafe zu verhängen und das gesamte Vermögen des Betroffenen einzuziehen. Vgl. RGBl. I 1936, S. 999.

nicht mehr nach Hamburg zurück. Die Devisenstelle stellte ihn daraufhin unter den Verdacht der Kapitalverschiebung und erließ im Januar 1938 eine Sicherungsanordnung.²⁷⁸ Danach waren Werner Lissauer und seinem holländischen Kompagnon nicht nur die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnisse für ihre Firma entzogen worden, sondern das in- und ausländische Vermögen der Firma wurde auf einem Sperrkonto blockiert. Die Sicherungsanordnung bedeutete faktisch eine Beschlagnahmung des Kapitals, da die beiden Geschäftsinhaber über ihr Vermögen nur noch mit der Genehmigung der Devisenstelle – und damit nicht mehr frei – verfügen konnten.²⁷⁹ Nach der Emigration der Geschäftsinhaber wurde die Firma entschädigungslos »arisiert«.²⁸⁰

Um sich einem möglichen Zugriff der Behörden zu entziehen, flüchteten Werner Lissauer und seine Ehefrau im Dezember 1937 in die Niederlande. Zuvor hatten sie offenbar keine konkreten Auswanderungsvorbereitungen getroffen.²⁸¹ Für die Zeitzeugin kam die plötzliche Auswanderung ihrer Eltern überraschend:

»Und da kamen Leute ins Geschäft, Vertreter und sagten: ›Ah, Lissauer, Sie sind noch hier. (...) Haben Sie gehört, soundso ist verhaftet worden. Und soundso ist verhaftet worden.‹ Und das ging meinem Vater 'n bißchen, wurde etwas nervös dann. (...) Jedenfalls hat er gesagt, er wird packen. Aber ich hab' das nicht gewußt als Kind. Ich (...) kam eines Tages nach Hause von der Schule, und meine Eltern haben gepackt. Und ich sag': ›Wo geht ...? Was (ist) denn los? Was macht Ihr denn?‹ — ›Ja, wir gehen nach Berlin.‹ — ›Okay.‹ — ›ein paar Tage.‹ — ›Okay.‹ Und meine Tante, die Tante Moo, die unverheiratet war, lebte (...), das war damals so Sitte, mit dem älteren Bruder, und hat bei uns schon jahrelang gelebt ... also nächsten Tag komm' ich nach Hause, und Moo sagt: ›Die Eltern sind gut angekommen.‹ Ich sag': ›Was meinst Du? Die sind doch nach Berlin gefahren.‹ — ›Nein, nein, die sind in Amsterdam, und in zwei Wochen wirst Du auch nach Holland fahren.‹«²⁸²

Um die Tochter nicht zu beunruhigen, hatten die Eltern ihr die Situation nicht erklärt. Auch wenn die Zeitzeugin im Interview nicht explizit darüber

278 Vgl. auch die Liste der Devisenstelle vom 21.1.1938. StaHH, OFP, 9 UA 5. Die Devisenstelle erstellte Listen von »unzuverlässigen Juden«, die keine Reisepässe erhalten sollten.

279 Die juristische Enteignung des jüdischen Vermögens erfolgte mit der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941. Vgl. RGBl. I 1941, S. 722ff.

280 Siehe die Liste der »arisierten« Firmen, erstellt nach Unterlagen der Industrie- und Handelskammer, o.D. StaHH, OFP, 20. In dieser Liste ist die Firma Lissauer & Co. aufgeführt.

281 Die 1913 geborene ältere Schwester der Zeitzeugin war nach ihrer Heirat 1934 nach Palästina ausgewandert und wurde dort von ihren Eltern 1935 besucht. Werner Lissauer eruierte bei dieser Gelegenheit die Möglichkeiten einer Auswanderung nach Palästina: »Aber dann kam er zu der Entscheidung, daß er nicht dort Geschäft machen könnte. Er könnte nicht mit der Mentalität der Leute umgehen ...« FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 12.

282 Ebd.

berichtet, wie sie die Mitteilung von ihrer unmittelbar bevorstehenden Auswanderung aufgenommen hat, so läßt sich dennoch vermuten, wie schwer es für das vierzehnjährige Mädchen gewesen sein muß, plötzlich und unvorhergesehen ihr vertrautes Umfeld zu verlieren und sich von den langjährigen Schulfreundinnen trennen zu müssen. Der mit der Abreise verbundene Verlust bedeutete einen lebensgeschichtlichen Bruch, der für die Zeitzeugin um so problematischer gewesen sein muß, weil sie darauf in keiner Weise vorbereitet worden war. Im Januar 1938 reiste die Zeitzeugin zu ihren Eltern nach Amsterdam. Die Schwester Werner Lissauers löste den Hamburger Haushalt auf, bevor sie ebenfalls nach Amsterdam übersiedelte. Die Gefahr, aufgrund des zwischenzeitlich gegen ihn eingeleiteten Devisenstrafverfahrens in Deutschland verhaftet zu werden, war zu groß, so daß er die Abwicklung des Auswanderungsverfahrens von den Niederlanden aus betrieb.²⁸³

Die Niederlande boten sich für viele deutsche Juden als Zielland an, weil die meisten von ihnen zunächst nur mit einem kurzfristigen Aufenthalt und einer schnellen Rückkehr nach Deutschland rechneten. Darüber hinaus konnten sprachliche Barrieren als relativ gering eingestuft werden, und auch die ökonomischen Lebensumstände waren den deutschen Verhältnissen vergleichbar.²⁸⁴ Von 1933 bis zum endgültigen Verbot der Auswanderung im Oktober 1941 wanderten ca. 25.000 bis 30.000 deutsche Flüchtlinge in die Niederlande aus, davon allein fast die Hälfte nach der Pogromnacht.²⁸⁵

283 Den Fragebogen für Auswanderer, der als Antrag zur Auswanderung beim Oberfinanzpräsidenten eingereicht werden mußte, füllte Werner Lissauer am 18.3.1938 in Amsterdam aus und sandte ihn dann der Devisenstelle in Hamburg zu. Siehe StaHH, OFP, F 1374. Offenbar war ihm an einer im Sinne der NS-Bestimmungen korrekten Abwicklung der Auswanderung gelegen, vermutlich in der Hoffnung, einen Teil seines Vermögens zu retten und in die Niederlande transferieren zu können. Die Hoffnung schlug fehl. Die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes wurde ihm im Mai 1939 erteilt. Sie bestätigte dem Auswanderer, daß er sämtliche Verbindlichkeiten, wie Steuer- und Abgabenschulden, reguliert hatte und das Deutsche Reich schuldenfrei verließ. Voraussetzung für die Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung war auch die nach der Dritten Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 21.2.1939 verfügte Ablieferung von Wertgegenständen aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen. Vgl. RGLB. I 1939, S. 282. In der Akte der Familie Lissauer befindet sich die Aufstellung des an die öffentliche Ankaufsstelle abgelieferten Silberbestecks. Siehe StaHH, OFP, F 1374. Nachdem die Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt worden war, erhielt die Familie die Genehmigung zur Ausfuhr ihres Hamburger Umzugsgutes nach Amsterdam. Die Versendung geschah im August 1939, nachdem eine eingehende Prüfung des zu diesem Zeitpunkt bereits bei einer Spedition eingelagerten Umzugsgutes durch einen Zollsekretär der Zollfahndungsstelle erfolgt war. Dieser kam in seinem Ermittlungsbericht vom 14.10.1938 zu dem Ergebnis: »Gegen Umfang und Zusammensetzung bestehen keine Bedenken. Die Behältnisse wurden von mir soweit wie möglich nach Schriftstücken und Wert(ge)gegenständen durchsucht. Die Durchsuchung war erfolglos. (...) Eine Abgabe an die Degro kommt nicht in Betracht.« StaHH, OFP, F 1374. Nachdem Werner Lissauer allen Zahlungs- und Abgabeverpflichtungen nachgekommen war, war er seines Vermögen beraubt worden: »Vermögen besitzt W. (Lissauer) nicht. (...) Reichsfluchtsteuer ist (...) nicht zu erheben.« Schreiben des Finanzamtes Hamburg-Altstadt/Reichsfluchtsteuerstelle an den Oberfinanzpräsidenten Hamburg, Devisenstelle vom 10.2.1938. StaHH, OFP, F 1375.

284 Siehe Michman, *Jüdische Emigration*, S. 74.

285 Vgl. Wetzels, *Auswanderung*, S. 481 sowie Moore, *Refugees*, S. 23.

Familie Lissauer quartierte sich zunächst in einer Pension in Amsterdam ein. Obgleich Werner Lissauer durch die Auswanderung fast sein gesamtes Vermögen verloren hatte, gelang es ihm und seinem niederländischen Geschäftspartner, eine neue Firma zu gründen, deren Grundstock die Außenstände ihrer alten Firma bildeten. Nachdem im August 1939 das Umzugsgut aus Hamburg eingetroffen war, zog die Familie in eine eigene Wohnung im traditionell jüdischen Viertel von Süd-Amsterdam, das durch viele jüdische Flüchtlinge und einen hohen Prozentsatz von Juden osteuropäischer Herkunft geprägt war.²⁸⁶

Die Zeitzeugin besuchte die Schule und erlernte problemlos die niederländische Sprache, auch fiel es ihr nicht schwer, neue Freunde zu finden. Sie plante nach dem Ende der Schule auf Hachschara zu gehen,²⁸⁷ d.h. den Vorbereitungsdienst für eine Einwanderung nach Palästina zu absolvieren, und schloß sich dem zionistischen Turn- und Sportverband Makkabi Hazair an.²⁸⁸ Nach den Erfahrungen unter der NS-Herrschaft konnte sie als jugendliche Jüdin für einen kurzen Zeitraum erleben, was es bedeutete, nicht ausgegrenzt und isoliert zu werden:

»Ich hab' gern in Amsterdam gelebt. Freunde gemacht da ... hauptsächlich auch jüdische Emigranten.²⁸⁹

Nach dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich nahm der Zustrom jüdischer Flüchtlinge in die Niederlande dramatisch zu, so daß die Paß- und Grenzkontrollen verschärft wurden.²⁹⁰ Die Masseneinwanderung verschärfte die Probleme im Land:

»Und wie wir dort waren, sind wir, die deutschen Juden, genauso behandelt worden wie wir, die deutschen Juden, die Ostjuden behandelt hatten. (...) Und da (...) ist es uns (...) bewußt geworden, meinen Eltern bewußt geworden, wie verkehrt es war, wie schlecht es war, was man gemacht hat (mit) den Ostjuden.«²⁹¹

Selbstkritisch reflektiert Eileen Blyton die Haltung der assimilierten Juden gegenüber den Ostjuden, wie sie sie in Hamburg erfahren hatte. Assimilierte

286 Die Ostjuden stellten einen Anteil von knapp einem Drittel (32%) aller in die Niederlande geflüchteten jüdischen Emigranten. Vgl. Moore, Refugees, S. 22.

287 Vgl. Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 379ff.

288 Zum Makkabi vgl. Bernett, Jüdische Turn- und Sportbewegung, S. 223; speziell zum Makkabi Hazair, der Jugendabteilung des Makkabi, siehe Mayer, Deutsche Juden und Sport, S. 293f.

289 FZHWdE 85, Transkript Blyton, S. 14.

290 Vgl. Moore, Refugees, S. 77ff. Die ersten Maßnahmen zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms hatte die niederländische Regierung bereits im Frühjahr 1934 beschlossen. Vgl. Michman, Jüdische Emigration, S. 75f. und S. 87ff.

291 FZHWdE 85, Transkript Blyton, S. 14.

Juden wie Familie Lissauer grenzten sich von den Juden osteuropäischer Herkunft ab; sie hatten mit ihnen nichts gemein. Die Ostjuden wurden als rückständig diskriminiert, auch lebten sie innerhalb der jüdischen Bevölkerung isoliert. Die hohe Zahl von Flüchtlingen im jüdischen Viertel von Amsterdam bewirkte auf der einen Seite ein Gefühl von Verbundenheit, weil die Flüchtlinge »alle in einem Boot saßen«, auf der anderen Seite aber entstand Konkurrenz unter ihnen bei der Suche nach Arbeit und Wohnraum. Traditionell bestehende Unterschiede und Gegensätze innerhalb der jüdischen Bevölkerung wurden dadurch nicht aufgehoben, sondern noch verstärkt. Hinzu kam, daß sich die allgemeinen Lebensbedingungen der Flüchtlinge verschlechterten: Als Reaktion auf den Flüchtlingszustrom verabschiedete die niederländische Regierung 1937 zum Schutz der inländischen Wirtschaft ein Gesetz, nach dem die Gründung von Firmen durch Ausländer eingeschränkt oder gar ganz verboten werden konnte. Das Gesetz wurde hauptsächlich für die Wirtschaftszweige angewandt, die traditionell von Juden bevorzugt wurden.²⁹²

Die Zeitzeugin erlebte, daß die jüdischen Flüchtlinge im Emigrationsland zwar zunächst noch vor staatlicher Verfolgung sicher sein konnten, dennoch aber in ihrem Status als Flüchtlinge diskriminiert wurden. Vor diesem persönlichen Erfahrungshintergrund bildete sie eine Sensibilisierung für die Diskriminierung der Ostjuden aus.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges brach das soeben wieder aufgebaute Exportgeschäft Werner Lissauers zusammen. Die Mutter und die Tante der Zeitzeugin begannen mit Näh- und Schneiderarbeiten für den Unterhalt der Familie zu sorgen:

»Dabei (...) waren sie sehr beschäftigt, ich hab' auch mitgeholfen, was ich konnte an Handarbeiten ... Und mein Vater hat es abgeliefert. (...) Es war psychologisch schrecklich schwer für meinen Vater, wie man sich vorstellen kann. (...) Ein Mann, der ein Geschäftsmann war, der 30 Leute Personal hatte, hier hat er, hat er Kleider abgeliefert.«²⁹³

Männer definierten sich traditionell sehr viel stärker über ihren gesellschaftlichen Status und ihren Erfolg im Beruf als Frauen. Wiederholt berichten Zeitzeugen, daß sich ihre Mütter in aller Regel auf die schwierige ökonomische Lage der Familien in dem Einwanderungsland besser einstellen konnten als die Väter. Eine höhere Flexibilität und Anpassungsbereitschaft führten zu pragmatischem Handeln. Während sich die Väter durch den Verlust ihres Status degradiert fühlten und depressiv verstimmt reagierten, übernahmen die Mütter die Sicherstellung des Familienunterhalts.²⁹⁴ Werner

292 Vgl. Michman, *Jüdische Emigration*, S. 75.

293 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 15.

294 Vgl. dazu auch das Interview mit Günther Feiner im folgenden Abschnitt. Siehe auch Quack, *Zuflucht Amerika*, S. 135ff.

Lissauer hatte seine Firma in Deutschland bis zu seiner Flucht weiterführen können. Ihm war es zunächst auch gelungen, sein Geschäft, wenn auch in bescheidenerem Umfang, in den Niederlanden wieder aufzunehmen. Nun mußte er erkennen, daß er lediglich den Status eines geduldeten Flüchtlings besaß.

Nach dem deutschen Überfall im Mai 1940 wurde die Niederlande unter Besatzungsrecht gestellt. Die eingesetzte Verwaltungsspitze unter dem Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart begann sehr bald, die deutsche Judengesetzgebung in den Niederlanden einzuführen: Alle jüdischen Institutionen wurden aus Erfassungs- und Kontrollgründen der Autorität des Judenrats²⁹⁵ unterstellt. Juden durften öffentliche Einrichtungen wie Parks, Schwimmbäder oder Cafés nicht mehr besuchen. Die Ausübung beruflicher Tätigkeiten wurde erheblich eingeschränkt, jüdische Schüler vom Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen. Jüdische Firmen wurden »arisiert« und jüdischer Besitz enteignet. Seit April 1942 mußten die Juden den Judenstern tragen.²⁹⁶

Im Februar 1941 kam es zu Zusammenstößen zwischen den niederländischen paramilitärischen Einheiten der Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) und Teilen der jüdischen Bevölkerung im jüdischen Viertel in Amsterdam. Der zuständige Generalkommissar für das Sicherheitswesen der deutschen Besatzungsmacht ordnete die Abriegelung des Viertels an und ließ nach einer Razzia über 400 zumeist junge Juden verhaften, die in das Konzentrationslager Mauthausen deportiert und dort ermordet wurden:²⁹⁷

»Wir sind (...) immer mit einer ganzen Gruppe so zusammengekommen, Freunde (...), so ein ganzer Kreis von jungen Leuten, die immer zusammen 'rumgeht und (...) miteinander (...) Sachen (macht), was (...) junge Leute tun. (...) Ja, (ich) weiß schon nicht mehr, was wir gemacht haben, aber (wir) waren immer so zusammen. Und eines Tages kriegte ich einen (Anruf), (...) ich hatte einen Freund, speziellen [speziellen, S.B.] Freund, Paul Lesser, der war, ging zur Maschinistenschule. (...) Und eines Tages riefen mich (...) die Eltern von dem Jungen an, (...) der Paul war während der Nacht abgeholt worden. Und dann (...) kriegte ich noch mehr Anrufe von anderen Freunden, soundso und soundso und soundso, die waren alle, alle die Jungs von unserer Gruppe waren abgeholt worden. (...) Alle weg! (scharf) Und dann nach ein (...) paar Wochen oder ein paar Monaten (...) kriegten die Eltern, (...) manche von den Eltern, Briefe ›Wir arbeiten.‹ ›Wir sind in Mauthausen.‹ Und dann (...) nach ein paar Monaten kamen Briefe ›Ihr Sohn ist gestorben.‹ ›Ihr Sohn ist gestorben.‹ ›Ihr

295 Zur Funktion und Bedeutung des Judenrats siehe Zeller/Griffioen, Judenverfolgung, Teil II, S. 41ff.

296 Vgl. de Mildt, Kollaboration, S. 224, Zeller/Griffioen, Judenverfolgung, Teil I, S. 43ff. sowie Presser, Ondergang. Zu den Lebensgeschichten deutscher Juden in den Niederlanden siehe Jakob/van der Voort, Anne Frank war nicht allein.

297 Vgl. de Mildt, Kollaboration, S. 230f.

Sohn ist gestorben.« (...) Und (ich) meine, 18jährige Jungs, die sterben nicht mal eben so.«²⁹⁸

Eileen Blyton hatte sich, wie viele Jugendliche aus liberalen, assimilierten jüdischen Elternhäusern, einem Kreis zionistisch ausgerichteter junger Leute angeschlossen, um der Diskriminierung und Ausgrenzung eine zukunftsorientierte Idee, den Aufbau Palästinas, entgegenzusetzen. Diese Gruppe bot ihr Halt und stärkte ihr jüdisches Selbstverständnis. Die Verhaftung und Ermordung ihrer Freunde, die sich gegen die Provokationen und Übergriffe der niederländischen Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt hatten, war die erste unmittelbar bedrohliche Gewalterfahrung durch die deutsche Besatzungsmacht. Durch sie verlor Eileen Blyton enge Freunde. Vor den Gefühlen, die die Verluste ausgelöst haben werden, schützt sie sich im Interview, indem sie den Hergang des Geschehens wie einen Sachbericht schildert. Lediglich die Eindringlichkeit ihrer Wiederholung der Sentenz »Ihr Sohn ist gestorben«, gibt einen Hinweis auf den Schmerz. Um die bei der Schilderung möglicherweise aufkommenden Gefühle zu unterbinden, rationalisiert sie ihr Erleben mit dem Hinweis darauf, daß »18jährige Jungen nicht einfach 'mal so eben sterben«.

Eileen Blyton erhielt eine Anstellung beim Judenrat. Ihre Aufgabe bestand darin, die Kleidersammlung für Hilfsbedürftige zu betreuen. Diese Tätigkeit schützte sie vorläufig vor einer Deportation, da die Mitglieder des Judenrats von der deutschen Besatzungsmacht zunächst als unabhkömmlich eingestuft worden waren. Die Eltern hatten Freunde beim Judenrat. Sie verabredeten mit ihnen, daß sie sich im Falle ihrer Verhaftung um Eileen Blyton kümmern würden:

»Und so eines Tages kam ich nach Hause (...) von der Arbeit, (...) und die Eltern waren weg. Abgeholt. Und Moo auch. Und wenn ich nun wieder in die Wohnung dort (...) gezogen wäre, und hätte da alleine gelebt, dann wären die Deutschen (...) gekommen und hätten mich auch (...) abgeholt, nur um die Wohnung zu kriegen. Und (...) die Möbel und alles, was da war. Also deshalb bin ich dann ausgezogen und (...) bin eingezogen mit den Freunden. Und dann kurz danach wurde die Wohnung natürlich leer gemacht, und die haben die Sachen alle abgeholt, ja, das war das Letzte davon.«²⁹⁹

Die Angst, die das plötzliche Verschwinden der Eltern und der Tante ausgelöst haben, werden von der Zeitzeugin nicht thematisiert. Sie schützt sich damit wiederum vor aufkommenden Gefühlen. Wie bei der weiteren Schilderung der Ereignisse deutlich wird, wählt sie die erzählerische Form des

298 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 17.

299 Transkript Blyton, S. 16.

Sachberichts. Die Verschleppung der Eltern und der Tante ist als lebensgeschichtlicher Bruch in der Biographie der Zeitzeugin zu deuten, weil der familiäre Zusammenhalt in der Emigrationssituation abrupt zerstört wurde.

Die Eltern und die Tante wurden zunächst nach Westerbork gebracht. Das Lager war 1939 ursprünglich von der niederländischen Regierung als zentrales Internierungslager für Flüchtlinge eingerichtet worden. Bevor die Deportationen im Juni 1942 begannen, war das Lager von der SS zu einem Durchgangslager und Sammelplatz für die zu Deportierenden umfunktioniert worden.³⁰⁰

Die Zeitzeugin hatte noch einmal die Gelegenheit, ihre Eltern zu sehen:

»Im April [1943, S.B.] sind (...) die Eltern nochmal nach Amsterdam gekommen und wurden dann nach Theresienstadt geschickt. (...) Ich hab' sie nochmal da gesehen (...) in Amsterdam im April. Und sie konnten, man wird sich fragen, wieso sind sie nicht untergetaucht? Oder weggelaufen oder sonstwas. Da muß(te) man die richtigen (...) Verbindungen haben. (...) Aber wir hatten keine Verbindungen, wo man untertauchen konnte. Wir konnten auch keine gefälschten Papiere kriegen. Meine Eltern sprachen auch kein Holländisch, also die könnten bestimmt nicht mit falschen Papieren gehen. Und die haben keine Verbindungen gehabt unterzutauchen.«³⁰¹

Die Zeitzeugin – so scheint es – hat bis heute das Gefühl, die Eltern nicht geschützt zu haben. Das Gefühl der »Überlebensschuld«³⁰², die Frage, warum gerade sie im Gegensatz zu ihren Eltern und ihrer Tante den Holocaust überlebt hat, drückt sich darin aus, daß sie im Rückblick rationale Gründe anführt, die ein Untertauchen für die Familie nicht möglich gemacht haben. Dahinter steht der verständliche Wunsch, das Ausmaß ihres Gefühls von »Schuld« zu reduzieren.

Einmal wöchentlich gingen die Transporte von Westerbork in den Osten, die meisten in die Vernichtungslager Auschwitz und Sobibor. Die Tante der Zeitzeugin wurde 1943 von Westerbork nach Auschwitz verschleppt und ermordet.³⁰³ Familien, deren Ehemänner und Väter Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg gewesen waren, wurden in das »Vorzugslager« nach Theresienstadt deportiert:

300 Vgl. Stuldreher, Konzentrationslager, S. 161ff., Moore, Refugees, S. 92f., Michman, Jüdische Emigration, S. 76 sowie Zeller/Griffioen, Judenverfolgung, Teil I, S. 47.

301 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 17.

302 Vgl. dazu oben das Interview mit Elke Petsch.

303 Vgl. FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 19. Die Tante ist im Gedenkbuch der Hamburger jüdischen Opfer verzeichnet. Die Verfasserin verzichtet auf die Nennung einer Seitenangabe im Gedenkbuch, um die Anonymität zu gewährleisten.

»Und mein Vater hat immer noch gesagt: ›Das wird schon, (...) uns wird's schon nicht so schlimm gehen. (...) Wir sind doch bevorzugt.« Noch immer. Und ja, er ist bevorzugt, da sind sie nach Theresienstadt (...) hingefahren, ins Vorzugslager.«³⁰⁴

Eine weitere Möglichkeit der Zeitzeugin, sich die damaligen Geschehnisse im Interview nicht zu stark zu vergegenwärtigen, besteht in der bitteren Kommentierung »und ja, er ist bevorzugt«³⁰⁵, die ihr die notwendige Distanz schafft.

Die Biographie der Zeitzeugin ist durch weitere lebensgeschichtliche Brüche gekennzeichnet. Anfang 1944 wurden die Kinder und Jugendlichen der bereits nach Theresienstadt deportierten Eltern ebenfalls nach Westerbork³⁰⁶ gebracht:

»Und wir hatten natürlich alle schon lange unser Päckchen mit Zahnbürste und changing clothes ... hat man schon jahrelang fertig gehabt. Und da konnte man nicht flüchten ... Sind wir da hingegangen, und da waren die Lastwagen, und sind auf die Lastwagen gegangen wie dummes Vieh, aber was konnte man machen?«³⁰⁷

Die demütigende Zusammentreibung der Opfer und die empfundene Ohnmacht wendet die Zeitzeugin in ihrer Schilderung gegen sich selbst, wenn sie bemerkt, daß sie sich wie »dummes Vieh« auf den Lastwagen habe treiben lassen. Die Verletzung ihres Stolzes und ihres Selbstverständnisses, eine handelnde und starke Persönlichkeit zu sein, kommt darin zum Ausdruck. Im Januar 1944 wurde Eileen Blyton nach Theresienstadt deportiert:

»Im Januar '44 gab es einen neuen Zug nach Theresienstadt, und da sind alle noch die (...) Vorzugsleute, die da noch waren, und die Kinder von den Theresien(städtern) (...), wir hießen die ›Kinder von Theresienstadt‹, sind dann nach Theresien(stadt) (...) geschickt worden. (...) Ich traf meine Eltern dort. (...) Meine Mutter, die da 57 war, sah aus wie 75. Ich hatte sie zwei Jahre nicht gesehen, und es war, als ob ich sie 20 Jahre nicht gesehen hätte. (...) Mein Vater war sehr krank (...), war sehr, sehr krank und ist im März [1944, S.B.] gestorben. (...) Und wenn man gearbeitet hat, da hat man meistens extra (...) Essenration gekriegt. (...) Da hab' ich natürlich der Mutter geholfen, hab' ihr, was ich gekriegt hab', mit der Mutter geteilt. (...) Aber da mein Vater gestorben war, da brauchte das Vaterland uns nicht mehr dankbar zu sein.«³⁰⁸

304 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 18.

305 Werner Lissauer starb qualvoll in Theresienstadt. Siehe weiter unten.

306 Die Zeitzeugin berichtet nicht über ihren Aufenthalt im Durchgangslager Westerbork. Siehe dazu Dwork, Kinder mit dem gelben Stern, S. 121ff.

307 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 18.

308 Transkript Blyton, S. 19. Zu Theresienstadt siehe Adler, Theresienstadt, sowie die Einleitung von Barbara Müller-Wesemann in Glass, »Jeder Tag in Theresin«, S. 28ff. Werner Lissauer ist im Gedenkbuch der Hamburger jüdischen Opfer verzeichnet. Die Verfasserin verzichtet auf die Nennung einer Seitenangabe im Gedenkbuch, um die Anonymität zu gewährleisten.

Erneut wird das Darstellungsmuster der Zeitzeugin deutlich: Sie berichtet nicht explizit über den Schock, den das Wiedersehen mit ihren Eltern, die sich in einem katastrophalen Ernährungs- und Gesundheitszustand befanden, ausgelöst hat. Auch thematisiert sie nicht ihre Gefühle nach dem Tod des Vaters. Ihrer Mutter hatte sie noch helfen können, indem sie ihre Essenrationen mit ihr teilte. Für den Vater aber war es zu spät. Dies wird bei der Zeitzeugin Schuldgefühle ausgelöst haben, die aber so bedrohlich wirken, daß sie sie mit der bitteren Wendung, daß das Vaterland der Familie »nicht mehr dankbar zu sein« brauchte, von sich fernhalten muß.

Im Oktober 1944 wurde Eileen Blyton gemeinsam mit ihrer Mutter von Theresienstadt weiter nach Auschwitz deportiert.³⁰⁹ Bei den Selektionen an der Rampe wurde sie von ihrer Mutter gewaltsam getrennt:

»Dann kamen wir an einem Bahnhof an und ›Raus! Raus! Raus!‹ Und sind wir dann auf dem Bahnsteig entlanggegangen, und da standen deutsche Offizier(e) da, und der (eine) nahm meine Mutter so bei ihrem, die hatte 'n Pelzkragen, (an) den kann ich (mich) wie heute noch dran erinnern ... Und er hat sie (...) bei dem Kragen genommen, und da hab' ich gedacht, er will den Mantel vielleicht haben oder Pelz oder was, nein, er sagt(e): ›Sie gehen da hin, und Sie gehen da hin!‹ Ich sag': ›Aber das (ist) meine Mutter, ich will mit ihr bleiben.‹ — ›Das ist schon okay. (...) Sie geht mit 'm Autobus, und Sie werden zu Fuß gehen.‹ ›Sie werden sie in zehn Minuten wiedersehen.‹ Das war das letzte Mal, daß ich die Mutter gesehen hab'.«³¹⁰

Der Bericht der Zeitzeugin über diese neue schmerzhafteste Trennung bleibt auf einer darstellenden, sachlichen Ebene. Es ist der Zeitzeugin lediglich möglich, sich an den Pelzkragen »wie heute noch« zu erinnern.

Eileen Blyton fährt im Interview fort, indem sie die menschenverachtenden entwürdigenden Prozeduren, wie die Entlausung und das Abrasieren der Körperhaare schildert. Einen kleinen, aber für die Zeitzeugin bedeutenden Lichtblick erfährt sie, als sie in der Baracke eine Verwandte trifft:

»In die Baracke kam eine Frau, die (...) geholfen hat Essen auszuteilen. Und das war die Frau von meinem Schwager. Hab' ich da gesehen. Also das war ganz toll, die da zu sehen.«³¹¹

Das Gefühl, in einer bedrohlichen und ängstigenden Umgebung, in der die Zeitzeugin noch nicht wußte, was dort geschah, auf sich allein gestellt zu sein, wurde nur kurzzeitig aufgehoben.

309 Vgl. Czech, Kalendarium, S. 891–920 (Ereignisse im Oktober 1944). Das Kalendarium verzeichnet mehrere Tage im Oktober 1944, an denen die Ankunft von Transporten aus Theresienstadt gemeldet wird.

310 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 19.

311 Ebd. Die Zeitzeugin meint die Ehefrau des Bruders ihres Schwagers.

Eileen Blyton war aufgrund ihres Alters noch nicht für die sofortige physische Vernichtung vorgesehen. Sie durchlitt mehrere qualvolle Tage und Nächte, in denen sie nicht wußte, welche Absichten die SS verfolgte:

»Die meisten Leute im KZ haben doch Nummern gekriegt. Wir haben keine Nummern gekriegt. Man wußte nicht warum, keiner wußte warum.«³¹²

Zur körperlichen Quälerei, der die Häftlinge durch das mehrere tage- und nächtelange ununterbrochene Stehen auf dem Appellplatz ausgesetzt wurden, kam die psychische Drangsalierung durch die Ungewißheit hinzu, was man mit ihnen vorhatte.

Eileen Blyton wurde eine Woche in Auschwitz festgehalten, in der sie noch erfuhr, daß ihre Mutter sofort nach der Selektion ermordet worden war:

»Es dauerte mehrere Tage bis ich erfahren hab', daß meine Mutter dahinten im Rauch aufgegangen war, im Krematorium. Ich hab' immer gefragt: ›Was ist die andere Seite?‹ Die Leute, die zur anderen Seite gegangen sind. Also (...) es dauerte, bis mir jemand das erzählt hat.«³¹³

So fürchterlich es für die Zeitzeugin gewesen sein muß, die Wahrheit zu erfahren – sie selbst spricht im Interview nicht darüber – sie hatte die Gewißheit vom Tod ihrer Mutter.³¹⁴

Nach einer Woche wurde ein Teil der als arbeitsfähig eingestuften weiblichen Häftlinge in das Frauenzwangsarbeitslager nach Kurzbach in Oberschlesien verschleppt. Das Lager in Kurzbach war ein Außenkommando des Konzentrations-Hauptlagers Groß-Rosen. Offiziell wurde es erst Ende November 1944 eröffnet.³¹⁵ Mit unzureichender Bekleidung, einer Schüssel und einem Löffel ausgestattet, wurden die Häftlinge erneut auf Transport geschickt:

»Und wieder auf (...) die Bahn und los. Und da kamen wir raus in Kurzbach, in Oberschlesien. (...) Das war (...) unsere neue Heimat.«³¹⁶

Die Zeitzeugin verschafft sich erneut eine Distanz zum Geschehen, indem sie die Situation ironisch schildert.

312 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 20.

313 Ebd.

314 Agathe Lissauer ist im Gedenkbuch der Hamburger jüdischen Opfer verzeichnet. Die Verfasserin verzichtet auf die Nennung einer Seitenangabe im Gedenkbuch, um die Anonymität zu gewährleisten.

315 Vgl. Das nationalsozialistische Lagersystem, S. 271 und Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, S. 198. Siehe auch Konieczny, Das Konzentrationslager Groß-Rosen, S. 22. Das Auschwitz-Kalendarium verzeichnet den Abgang von weiblichen Häftlingen in verschiedene Arbeitslager, ohne allerdings das Außenkommando Kurzbach explizit zu erwähnen. Vgl. Czech, Kalendarium, S. 871–920. Zum Konzentrationslager Groß-Rosen siehe auch Sprenger, Gross-Rosen und dies., »Der Judenblock bleibt stehen«.

316 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 20.

Die weiblichen Häftlinge hatten schwerste Waldarbeiten zu verrichten. Baumstämme mußten kilometerweit getragen und in Gräben zur Panzerabwehr aufgestellt werden. Die Schilderungen der Zeitzeugin sind detailgenau und werden in der präzisen Form eines Sachberichts vorgetragen. Es ist ihrer Erzählung anzumerken, daß sie ihre Lebensgeschichte schon häufiger dargestellt hat. Fragen der Interviewerin erlebte sie als Störung ihres Erzählflusses, sie ließ sich nicht darauf ein. Indem sie ihren Schilderungen über ihre Erfahrungen in den Konzentrationslagern eine in sich geschlossene Struktur gibt, schützt sich die Zeitzeugin davor, ihre tiefen Verletzungen erneut durchleben zu müssen.

Zwei wesentliche Merkmale kennzeichnen ihren Bericht: die Bedrohung durch Krankheiten und die Bedeutung von Freundinnen unter den Mithäftlingen.³¹⁷ Bei der Zeitzeugin hatten sich schwere Frostbeulen ausgebildet, die auf der Krankenstation des Lagers behandelt werden mußten:

»Und da hat ich an jeder Seite vom Fuß so 'ne, so 'ne Blase. Und da bin ich (...) ins Krankenzimmer gegangen. (...) Die sogenannten Ärztinnen dort, (...) haben keine Ahnung von Medizin gehabt, (...) haben gesagt, sie sind Ärztinnen. (...) Also was sie (mit) mir gemacht haben da, die haben das aufgeschnitten. Die Blasen aufgeschnitten. Und dann haben sie so'n gelbes Puder da draufgestellt, und dann haben sie mir (...) so'n kleines Stück Verbandzeug da gegeben und das da draufgehalten. Nun, das hält doch nicht da am Fuß. (...) Und da hab' ich 'n Stück von meinem Kleid abgerissen, und das da rumgebunden, so 'ne Streifen gemacht und das da rumgebunden. Und wieder zur Arbeit gegangen ...«³¹⁸

In dieser Notlage aktivierte die Zeitzeugin positive lebensgeschichtliche Komponenten aus der Zeit vor ihrer Verfolgung: Eigenständigkeit und das Vertrauen auf sich selbst konnte sie für sich hilfreich nutzen.

Im Januar 1945 rückte die Rote Armee weiter nach Westen vor. Das Lager in Kurzbach wurde evakuiert. Unter den Häftlingen hatte sich das Gerücht herumgesprochen, daß alle nicht Transportfähigen unter ihnen von dem deutschen Wachpersonal erschossen werden sollten. Eileen Blyton lag in der Krankenstation, weil sie durch eine Diarrhøe schwer geschwächt war und nicht mehr in der Lage gewesen wäre, einen langen Marschweg durchzustehen:

»Aber eines Tages kommt eine Freundin von mir (...) in die Krankenbaracke rein. Und sie sagt: (...) ›Du komm' (...), nimm' dich zusammen und (...) geh'

317 Vgl. auch Kliner-Fruck, »Es ging ja ums Überleben«, S. 102ff. kommt nach der Auswertung ihrer Interviews mit jüdischen Remigrantinnen, die in Konzentrationslager verschleppt wurden, zu dem Ergebnis, »... daß weibliche KZ-Häftlinge die Solidarität und Hilfe der Mitinhaftierten als bedeutende Faktoren für die Überlebenschance einschätzten.« Eileen Blyton legt diese Interpretation ebenfalls nahe, ohne dies jedoch explizit zu erwähnen.

318 FZH/WdE 85, Transkript Blyton, S. 22.

hier raus mit mir (...). Keine Fragen, einfach nur ›geh‘ raus, folge mir‘. Also, hab‘ ich getan. (...) ›Was ist los?‹ ›Das ganze Lager wird evakuiert, flieht nach dem Westen. Die Russen kommen.‹ Und sie hatte dem Wachtmeister oder dem Kommandanten erzählt, daß ich ihre Schwester bin oder Halbschwester bin ... Also hat sie dem gesagt, ich bin (...) Arbeitsverwundete und hat (es) arrangiert, daß ich (...) auf dem Gepäckwagen fahren könnte, wo die Wachleute (...) ihr Gepäck hatten. (...) Die Frauen sind, ich weiß es nicht, 50 Kilometer marschiert (...) in zwei Tagen. Und wir sind auf dem Wagen gewesen.«³¹⁹

Durch das tatkräftige Handeln der Freundin glückte es, daß Eileen Blyton mit evakuiert wurde. Offenbar war es der Zeitzeugin unter den Extrembedingungen im Lager möglich gewesen, auf erlernte positive Verhaltensmuster wie die Fähigkeit, Freundschaften einzugehen, zu rekurrieren: Sie hatte Kontakte hergestellt und aufrechterhalten, die nicht nur eine Vereinzelung verhinderten, sondern auch dazu führten, daß sie in einem entscheidenden Moment, in dem sie handlungsunfähig war, Hilfe und die Übernahme von Verantwortung für sich durch eine andere Person aktivieren konnte.

Im Januar 1945 erlebte Eileen Blyton ihre Befreiung durch die Rote Armee bei Wohlau in Oberschlesien. Sie selbst und andere Frauen waren körperlich zu geschwächt gewesen, um sich weiter fortzubewegen. Während der andere Teil der Gruppe von dort weiter nach Westen marschierte, verblieb die Zeitzeugin in Wohlau:

»Die Gruppe (...) ging noch bis nach Bergen-Belsen, wo die meisten an Typhus gestorben sind. Meine Freundin auch.«³²⁰

Die Freundin hatte Eileen Blyton eindringlich gebeten, mit der Gruppe von Wohlau aus, wo sie den Lastwagen verlassen mußten, weiter in Richtung Westen zu gehen. Eileen Blyton hatte ihre Kräfte richtig eingeschätzt und war am Ort geblieben, während die Freundin mit der Gruppe weitermarschiert war und dann – völlig ausgezehrt – an Typhus verstarb. Die Zeitzeugin erlitt wieder einen Verlust, der mit einem Schuldgefühl verbunden war: Die Freundin hatte ihr die Flucht ermöglicht, die sie – im Gegensatz zu ihrer Helferin – überlebte.

Gemeinsam mit einer anderen Freundin gelang es Eileen Blyton, in die Niederlande zurückzukehren. Sie hatte 1944 im Durchgangslager Westerbork einen Mann, Richard Löw, kennengelernt:

»Richard und ich waren sehr befreundet, (...) und hatten uns beschlossen, daß wir uns heiraten wollten. Aber auch haben wir beschlossen, daß es keinen

319 Transkript Blyton, S. 22f.

320 Transkript Blyton, S. 23.

Sinn hat, daß er freiwillig mit mir geht [nach Theresienstadt, S.B.]. Da haben wir gedacht, wenn alles gut ist, und (...) ich überlebe, und er überlebt, dann können wir uns heiraten nach dem Krieg.«³²¹

Die Kraft, sich zu behaupten, und ihr Wille, zu überleben, waren vielleicht auch mit der Hoffnung verbunden, nach dem Krieg ihren Verlobten wiederzusehen.

Über den Suchdienst des Roten Kreuzes traf sie Richard Löw in den Niederlanden wieder. Das Paar heiratete und ging nach Palästina:

»Und haben wir im Kibbuz gelebt, wo meine Schwester gelebt hat ... Und wir hatten einen Sohn. Und dann wie der Junge zwei Jahre war, da ist er krank geworden, hat Polio gehabt und ist gestorben an Polio. Und mein Mann war nicht so sehr glücklich im Kibbuz, und haben wir beschlossen, (...) vom Kibbuz wegzu(gehen) und sind zu einer anderen (...) Gemeinschaft gezogen. Und mein Mann war in der israelischen Armee (...) und ist krank geworden, und nach zwei Tagen war er tot. Ist an (...) Meningitis [Hirnhautentzündung, S.B.] (gestorben). Und dann hab' ich diese Gemeinschaft (...) verlassen und (...) bin erst nochmal wieder zu meiner Schwester (...) zurückgegangen in (den) Kibbuz ...«³²²

Die Hoffnung, nach dem erfahrenen Leid und den Verlusten in Palästina eine Zukunft aufbauen zu können, brach mit dem Tod ihres Kindes und ihres Ehemannes zusammen. Auch wenn die Zeitzeugin über die unvorstellbar schweren, erneuten Verluste sachlich berichtet, so läßt sich das Ausmaß ihrer Trauer erahnen.

Ihre alte Hamburger Schulfreundin Lydia Zeller, die mit ihrer Familie nach Panama ausgewandert war und zwischenzeitlich über das Schicksal Eileen Blytons unterrichtet war, lud sie zu einem Besuch ein. In ihrer leidvollen Lage erhielt sie Hilfe und Unterstützung von ihrer besten ehemaligen Schulfreundin, auf die sie sich verlassen konnte. Über den Schmerz ihrer neu erlittenen Verluste geht sie im Interview hinweg.

In Panama lernte sie ihren zweiten, in den USA geborenen jüdischen Ehemann kennen, dessen Eltern kurz nach der Jahrhundertwende aus Osteuropa in die USA eingewandert waren. Blytons siedelten später in die USA über, wo der Ehemann der Zeitzeugin eine Lehrtätigkeit an einer Universität erhielt. Das Ehepaar hat zwei Kinder.

In den USA engagierte sich Eileen Blyton politisch. Seit Mitte der achtziger Jahre begann sie mit einer umfangreichen Vortragstätigkeit in Schulen und Universitäten, wo sie über ihre Lebensgeschichte und vor allem über

321 Transkript Blyton, S. 25.

322 Transkript Blyton, S. 26.

ihre Erfahrungen als verfolgte Jüdin spricht. Ihr Engagement betrachtet sie als Aufklärungsarbeit:

»Wäre das schon sehr gut und sehr wichtig, daß Leute das wissen. Daß Kinder das wissen. (...) Und hab' seitdem schon viel davon gesprochen.«³²³

Es ist der Zeitzeugin bewußt, daß sie über ihre Vortragstätigkeit auch versucht, ihre eigene Geschichte zu vervollständigen: »Immer mehr und mehr Stücke kommen jetzt dazu. Und (...) ich fühl', daß es jetzt beinahe vollkommen ist, daß ich vielleicht drüberstehen kann.«³²⁴

Die Abwehr von Gefühlen, die mit der Trauer um die Verluste verbunden sind, ist eine überlebensnotwendige Strategie der Zeitzeugin. Sie kompensiert diese Gefühle, indem sie sich als Zeitzeugin für Vorträge zur Verfügung stellt. Es entsteht der Eindruck, daß sie durch ihr Engagement versucht, einen Teil einer von ihr empfundenen »Schuld« den ermordeten Angehörigen und Freunden gegenüber abzutragen. Ihre schon vor der Verfolgung ausgebildeten persönlichen Stärken wie ihre »Dickköpfigkeit«, ihr Selbstbehauptungswille und ihre Kontaktfähigkeit bilden eine wichtige Grundlage. Es sind wohl diese Stärken, die es ihr trotz des Erlebten möglich machten, eine Familie zu gründen. Ihre Familie und ihr gesellschaftliches Engagement wiederum haben ihr Kraft gegeben, einen Umgang mit dem erfahrenen Leid zu finden.³²⁵

4. »Man war niemals ein ganzer Mensch, dauernd hatte man Angst« – Günther Feiner

Günther Feiner wurde 1924 als Sohn von Hertha und Louis Feiner geboren.³²⁶ Beide Elternteile entstammten jüdischen Familien polnischer Herkunft, waren also sog. Ostjuden.³²⁷ Während die Großeltern väterlicherseits bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Hamburg lebten, zogen die Großeltern mütterlicherseits erst um die Jahrhundertwende zu. Der Großvater mütterlicherseits, Gerschon Chmielnicki, hatte als junger Mann

323 Transkript Blyton, S. 31.

324 Transkript Blyton, S. 33. Vgl. Gampel, Können diese Wunden heilen?, S. 120f.

325 Vgl. Quindeau, Trauma und Geschichte, S. 71ff.

326 Siehe FZH/WdE 444, Interview mit Günther Feiner am 20.7.1996, geführt von Sybille Baumbach, Transkript, S. 1. Die Länge des Interviews beträgt 2 1/2 Stunden. Für die Auswertung wurde die vom Zeitzeugen korrigierte und autorisierte Fassung des Originaltranskripts zugrundegelegt. Das autorisierte Interviewtranskript umfaßt 47 Seiten. Das Interview fand in einem Konferenzraum im Hotel des Zeitzeugen statt. Günther Feiner befand sich mit seiner Ehefrau im Rahmen einer privaten Reise in Hamburg, die den Zweck verfolgte, ihrer vierzehnjährigen Enkelin die Geburtsstädte der Großeltern zu zeigen.

327 Zum Begriff siehe Maurer, Ostjuden, S. 11f.

Polen verlassen, um im Ruhrgebiet Arbeit zu finden. Er war im Leder-großhandel tätig. Gerschon Chmielnicki war tief in der Kultur des Ostjudentums verankert und sprach zu Hause nur Jiddisch.

Pogrome und große soziale Not, vor allem Arbeitslosigkeit und damit verbundene Armut, zwangen viele osteuropäische Juden, aus ihren Heimatländern zu fliehen, um in den ökonomisch entwickelteren westeuropäischen Ländern Arbeit zu finden oder nach Übersee auszuwandern.³²⁸ Da Hamburg ein restriktiveres Niederlassungsrecht als das preußische Altona hatte, siedelten sich die aus Osteuropa stammenden Juden vornehmlich in Altona an, deren ostjüdische Gemeinde daher auch größer als die ostjüdische Hamburger Gemeinde war. In Hamburg lebten zumeist bereits langansässige Ostjuden, während sich in Altona vornehmlich Zuwanderer niedergelassen hatten, die erst nach dem Ersten Weltkrieg aus ihren ursprünglichen Heimatländern gekommen waren.³²⁹ Die Ostjuden unterschieden sich deutlich von der mehrheitlich assimilierten jüdischen Gesamtbevölkerung. Trude Maurer unterscheidet den »osteuropäischen« vom »westeuropäischen« Typ des Ostjuden. Während der »osteuropäische« Typ relativ gering assimiliert war, die jiddische Sprache und die religiöse Orthodoxie beibehielt und der unteren Mittel- oder der Unterschicht zuzuordnen war, war der »westeuropäische« Typ des Ostjuden durch Assimilationsbestrebungen, der Aufgabe des Jiddischen und der Orthodoxie sowie der Zugehörigkeit zur Mittelschicht gekennzeichnet. Folgt man der Typologisierung Trude Maurers, so entspricht der Großvater des Zeitzeugen, Gerschon Chmielnicki, dem »osteuropäischen« Typ, während der Vater des Zeitzeugen, Louis Feiner, dem »westeuropäischen« Typ des Ostjuden zuzurechnen wäre.³³⁰ Als Gesamtheit jedoch galten die Ostjuden als rückständig und vor allem assimilierte Juden machten sie für den erneut aufkommenden Antisemitismus zumindest mitverantwortlich. In der antisemitischen Agitation wurde das Stereotyp des Ostjuden zur vermeintlichen Charakterisierung »des Juden« schlechthin eingesetzt. Dieser Umstand trug noch einmal mehr dazu bei, daß sich die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung von den Juden osteuropäischer Herkunft abgrenzte. Die Ostjuden waren auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft als Außenseiter stigmatisiert.³³¹

Der Vater des Zeitzeugen war bereits in der vierten Generation der Familie Feiner in Hamburg ansässig. Er war sich seiner osteuropäischen Herkunft bewußt, hatte aber die spezifischen Sitten und Gebräuche der Ostjuden längst aufgegeben. Im Gegensatz zu seinem Schwiegervater war er

328 Vgl. Schulz, Hamburg und die jüdische Auswanderung.

329 Vgl. Maurer, Ostjuden, S. 295.

330 Vgl. Maurer, Ostjuden, S. 13f.

331 Vgl. Lorenz, Juden, Bd. 1, S. CXXXVIIIff. Siehe auch dies., Juden, Bd. 2, S. 942–981 (Kapitel 17: Ostjuden in Hamburg und Altona).

gesellschaftlich assimiliert und fühlte sich der deutschen Kultur verbunden. Dieser Umstand fand seinen Ausdruck darin, daß Louis Feiner stolz darauf war, Frontsoldat im Ersten Weltkrieg gewesen zu sein,

»aber er war nicht so ein Deutsch-Nationaler. Er war kein Mitglied (im Reichsbund jüdischer) Frontsoldaten. (...) Er wollte auch nicht übernational sein und sich so hervortun als ein großer Patriot.«³³²

Günther Feiner erinnert im Rückblick seinen Vater als einen deutschen Juden, der aber trotz aller familiären Akkulturations- und Assimilationsbestrebungen letztlich eine innere Distanz zur deutschen Kultur bewahrte.

Der soziale Aufstiegsprozeß, der für die jüdische Minderheit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kennzeichnend war,³³³ hatte in der Familie Feiner nicht stattgefunden. So wie der Großvater väterlicherseits zeitlebens in einer untergeordneten Stellung als Postbeamter tätig war, arbeitete auch der Vater des Zeitzeugen zunächst in einer kleinen Angestelltenposition als Buchhalter in einem kaufmännischen Verein. Die Familie war der gehobenen jüdischen Unterschicht zuzuordnen. In den ersten Lebensjahren des Zeitzeugen arbeitete die Mutter, um zum Familieneinkommen beizutragen. Zunächst lebte die Familie im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel, in dem weniger gutsituierte jüdische Familien wohnten.³³⁴ Kurzzeitig bezog sie Wohnungen in den Stadtteilen Harvestehude und Eppendorf, um dann bis zu ihrer Auswanderung erneut in Eimsbüttel zu leben. Mit der Absicht, durch eine berufliche Veränderung die soziale Lage der Familie zu verbessern, machte sich Louis Feiner Ende der zwanziger Jahre gemeinsam mit seinem Schwager selbständig. Die mit dem Wechsel zu einer selbständigen Tätigkeit verbundene Erwartung, sozial aufzusteigen,³³⁵ schlug jedoch fehl, weil Louis Feiner und sein Schwager ihr Geschäft für Friseurbedarfsartikel nur mit mäßigem Erfolg betrieben. Zu den ersten Kindheitserinnerungen von Günther Feiner gehört daher ein gesellschaftliches Phänomen, das für ihn mit dem sozialen Milieu, in das er hineingeboren wurde, verknüpft ist:

»Ich kann mich daran erinnern, wie wir am Eppendorfer Baum wohnten und ich ein ganz kleines Kind war. Da muß eine große Armut gewesen sein. Das eine, was ich immer noch erinnere, ist, daß arme Männer an die Tür kamen und bettelten. Da war ich sechs Jahre alt, das war 1930. Die kamen an die Tür und bettelten Essen. Es war fürchterlich.«³³⁶

332 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 38.

333 Siehe dazu Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXXIIIff.

334 Vgl. Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXVIff. sowie Baumbach u.a., »Wo Wurzeln waren ...«.

335 Die Chancen zu einem sozialen Aufstieg bestanden für Juden am ehesten in einer selbständigen Erwerbstätigkeit in den Wirtschaftsbereichen des Handels und des Verkehrs. Siehe Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXXf.

336 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 4.

Diese erste Erinnerung aus der Kindheit korrespondiert mit der eigenen sozialen Lage der Familie:

»Meine Eltern meiner Ansicht nach waren arme Leute im Vergleich zu der jüdischen Gemeinde insgesamt. (...) Meine Großeltern wohnten an der Rutschbahn. Und das ist eine arme Nachbarschaft gewesen. In der jüdischen Gegend. Aber alle Juden haben da ja nicht gewohnt, nur die, die kein Geld hatten. (...) Ich möchte sagen, nicht total verarmt, mein Vater hat immer gearbeitet, aber nie viel Geld gehabt.

B: Obgleich Sie ja doch in guten Wohngegenden gelebt haben.

F: Ja. Meine Eltern sagten, sie wollten nicht in der jüdischen Gegend wohnen, weil ihnen das nicht gut genug schien. Sie wollten etwas besser wohnen.«³³⁷

Die erste Kindheitserinnerung des Zeitzeugen ist mit Armut verbunden; die finanziell bedrängten Verhältnisse seiner Eltern erlebte er als problematisch. Das Bemühen um eine Verbesserung des sozialen Status wird über den Berufswechsel des Vaters hinaus in dem Versuch erkennbar, sich von der Schicht der kleinen handel- und gewerbetreibenden Juden abzugrenzen, die mehrheitlich bevorzugt in bestimmten Straßenzügen im Grindelgebiet lebten. Es entsprach offenbar dem Wunsch des Vaters, seine eigentliche soziale Zugehörigkeit zur minderbemittelten Schicht durch örtliche Distanz zu verbergen. Dies weist darauf hin, wie wenig er sich beruflich und sozial mit dem Erreichten zu identifizieren vermochte. Seine Unzufriedenheit wirkte sich nachhaltig negativ auf die familiäre Atmosphäre aus. Die Mißstimmungen des Vaters belasteten den Zeitzeugen schwer.

Die zweite, frühe Kindheitserinnerung verbindet der Zeitzeuge mit den Straßenschlachten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten:

»Eines Tages ging ich mit meiner Großmutter auf der Straße. Welche Straße das war, das weiß ich nicht mehr. Da marschierten – das war vor der Macht ergreifung – Nazis auf der Straße. Auf einmal schossen Kommunisten von oben, von den Dächern, auf die Nazis, die auf der Straße marschierten. Da rannten meine Großmutter und ich in ein Haus. (...) Da hatte ich aber Angst. Und dann waren immer, auch schon vor Hitler, diese antijüdischen Parolen. Man war niemals ein ganzer Mensch, dauernd hatte man Angst. Daran erinner' ich mich.

B: Das ist etwas sehr Frühes. Das setzte nicht erst mit Hitler ein, sondern war schon zuvor.

F: Jawohl.«³³⁸

337 Transkript Feiner, S. 6. F=Zeitzeuge (Feiner), B=Interviewerin (Baumbach). Die Rutschbahn gehörte zum Grindel, dem Zentrum des jüdischen Lebens in Hamburg in den 20er und 30er Jahren. Zur jüdischen Bevölkerung im Grindelgebiet siehe Lorenz, Juden, Bd. 1, S. LXVIIff. Vgl. auch den von Wamser/Weinke herausgegebenen Sammelband Ehemals in Hamburg zu Hause.

338 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 4.

Günther Feiner wuchs in einer Familie auf, in der er sich nicht – wie viele andere Zeitzeugen – geborgen und wohlbehütet fühlte. Bereits früh war er mit dem Gefühl von Angst vertraut. Er entwickelte schon als Kind eine Sensibilität für soziale Probleme und für die gefährdete Lage der Juden. Die mit Gewalt verbundenen politischen Auseinandersetzungen und den Antisemitismus nahm er in einem Alter wahr, in dem er noch keine rationalen Erklärungen für das politische Geschehen hatte, weshalb die Bedrohung besonders groß war. Die Eltern vermochten ihn nicht ausreichend zu schützen. Eine soziale Identifikation mit seinem Herkunftsmilieu konnte der Zeitzeuge ebensowenig wie seine Eltern ausbilden.

Familie Feiner war religiös konservativ gebunden:

»Nicht, daß wir orthodox waren. Aber wir gingen jeden Sonnabend in die große Synagoge am Bornplatz, jeden Sonnabend. Ich bin immer noch so. Wir essen nur kosher.«³³⁹

Der Zeitzeuge charakterisiert die religiöse Orientierung seiner Familie als nicht orthodox und grenzt sich damit gleichzeitig von den strenggläubigen Juden ab, zu denen sein Großvater mütterlicherseits gehörte. Er benennt damit den innerfamiliären Konflikt, der zwischen seinem Vater und seinem Großvater Gerschon Chmielnicki bestanden hat. Während sein Vater sich akkulturiert hatte, bewahrte der Großvater die Tradition seiner ostjüdischen Herkunft. Die Jugend des Zeitzeugen wurde von diesem innerfamiliären Konflikt geprägt, der gleichzeitig einen innerjüdischen Konflikt repräsentierte: der Frage der Zugehörigkeit und der Identität eines Juden. Louis Feiner haderte mit seiner ostjüdischen Herkunft und fühlte sich entwertet:

»Und das kam eben dadurch, weil mein Vater sich als ein Untermensch gefühlt hat. (...) Er war immer der Letzte. Und er fühlte sich fürchterlich, ich weiß das.«³⁴⁰

Die Selbstentwertung des Vaters verhinderte, daß Günther Feiner in einer Phase, in der Kinder und Jugendliche positive Vorbilder zur Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit benötigen, eine ungebrochene jüdische Identität ausbilden konnte. Jüdisch zu sein bedeutete für Günther Feiner als Kind eine Entwertung und Selbstverachtung, weil sein Vater ihm weder in sozialer noch in religiöser Hinsicht eine Identifikationsmöglichkeit bieten konnte. Er befand sich permanent in dem Spannungsfeld zwischen seiner Mutter und ihrer Herkunftsfamilie auf der einen Seite, und seinem Vater und dessen Eltern auf der anderen Seite. Es gelang ihm jedoch, den religiösen Aspekt

339 Transkript Feiner, S. 3.

340 Transkript Feiner, S. 25.

seiner jüdischen Identität als ein kontinuierstiftendes Moment seiner Biographie zu bewahren.

Die familiären Spannungen erlebte der Zeitzeuge insofern verstärkt, als der Kontakt zu den Großeltern mütterlicherseits besonders intensiv war, und er mit der Kultur des Ostjudentums, die sein Vater ablehnte, vertraut wurde:

»Ich erinner' mich auch daran, daß mein Großvater Gerschon Chmielnicki am Sonntag immer seine Freunde eingeladen hatte, die er Komoschkes nannte. Das ist ein polnisches Wort für Freunde. (...) Das waren dann alles polnische Juden. Man sah niemals einen Nichtjuden. (...) Die Freunde meiner Eltern, die Freunde meines Großvaters waren alles Juden.«³⁴¹

Günther Feiner wurde 1930 in die Volksschule in der Bismarckstraße im Stadtteil Eimsbüttel eingeschult, wohin die Familie zu diesem Zeitpunkt wieder gezogen war. Der Entschluß Louis Feiners, seinen Sohn nicht in der jüdischen Tradition erziehen zu lassen, zeigte sich in der Wahl einer nicht-jüdischen, öffentlichen Schule. Damit wollte er seinem Sohn die Chance eröffnen, die ostjüdische Herkunft der Familie, unter der er selbst litt, zu überwinden und sich in die deutsche Kultur und Gesellschaft vollständig zu integrieren. Die Schule besuchte der Zeitzeuge gern:

»Das war eine Volksschule, wurde ich normal behandelt. Meine Ansicht, (...) daß wenn dieser Hitler nicht gekommen wäre, dann hätte ich auch genau wie alle Kinder in die deutsche Volksschule gehen können, ohne da besonders belästigt zu werden.«³⁴²

In dieser Äußerung kommt noch rückblickend das bei Kindern und Jugendlichen vorhandene Bedürfnis zum Ausdruck, sich von Gleichaltrigen nicht unterscheiden zu wollen und im sozialen Umfeld akzeptiert zu werden – eine Erfahrung, die Günther Feiner als Schüler in der NS-Zeit verwehrt wurde.

Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Günther Feiner sofort in die Talmud Tora-Schule umgeschult:

»Meine Eltern wollten mich da [Volksschule Bismarckstraße, S.B.] raus haben. Damit ich nicht belastet wurde. (...) Ich kann es nicht beweisen, aber warum sonst? Ich war in der Talmud Tora-Schule, bis wir dann auswanderten.«³⁴³

Die Eltern des Zeitzeugen erkannten früh die politische Gefahr, die ihnen als Juden unter dem Nationalsozialismus drohte. Während sich die Mehrheit der Hamburger Juden entweder als politisch liberal bis konservativ,

341 Transkript Feiner, S. 5.

342 Transkript Feiner, S. 5. Siehe auch ein Zeugnis vom Schuljahr 1931/32, das ihm eine gute Lernfähigkeit bestätigt. FZH/WdE 444.

343 Transkript Feiner, S. 7.

tendenziell aber eher als unpolitisch begriff, waren Feiners Anhänger der SPD. Das ursprüngliche Interesse, seinen Sohn nicht auf eine jüdische Schule zu schicken, ordnete Louis Feiner der begründeten politischen Gefahreinschätzung unter. Unter dem NS-Regime schien eine jüdische Schule seinem Sohn Schutz vor antisemitischen Angriffen zu gewähren.

Die Talmud Tora-Schule wurde überwiegend von Schülern aus religiösen Elternhäusern besucht, die zunächst mehrheitlich aus dem Kleinbürgertum stammten. Für ökonomisch gutsituierte Familien besaß die Schule keine Attraktivität, zumal die Talmud Tora-Schule erst 1932 die Berechtigung zur Abnahme der Reifeprüfung erhielt. Die staatliche Anerkennung als Oberrealschule hatte allerdings dazu geführt, daß religiös gebundene Eltern der Mittelschicht ihre Kinder nunmehr verstärkt dorthin schickten. Dadurch wurde die verhältnismäßig homogene soziale Struktur in der Schule verändert, die sich mit der Aufnahme von Schülern aus weniger religiösen Kreisen der jüdischen Mittelschicht nochmals wandelte.³⁴⁴

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten entwickelten sich die jüdischen Schulen zu Refugien für jüdische Kinder und Jugendliche. Der Erziehungsausschuß der Reichsvertretung der deutschen Juden verfaßte Richtlinien, nach denen Lehrpläne aufgestellt werden sollten.³⁴⁵ Diese zielten als Reaktion auf die Machtübernahme in erster Linie auf die Stärkung der jüdischen Identität der Kinder und Jugendlichen ab. Die vom Erziehungsausschuß formulierten Standpunkte spiegelten sich in einem Schreiben des Direktors der Talmud Tora-Schule, Arthur Spier, an die Landesunterrichtsbehörde vom August 1934 wider. Darin hieß es: »Entfaltung aller im Kind und Jugendlichen schlummernden Kräfte zur Heranbildung des bewußten jüdischen Menschen, dessen Weltanschauung fest verwurzelt ist in der jüdischen Tradition und den jüdischen Kulturgütern, der aber zugleich durch Einfühlung und Erfassen aller Werte deutscher Kultur und ihrer Beziehungen zu dem europäischen und allgemeinen Bildungsgut die Harmonie der Gesamtpersönlichkeit erstrebt. (...) Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß unsere Jugend sich innerhalb unserer Schule völlig frei und unbedrückt fühlt, daß sie in einer Atmosphäre aufwächst, wie sie den Wünschen der Eltern durchaus entsprechend ist.«³⁴⁶ Mit diesem Schreiben formulierte der

344 Vgl. Randt, Zerschlagung, S. 121. Eine andere Einschätzung hat Lippmann, Geschichte, S. 50, als Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde, der davon ausgeht, daß bis 1939 die Talmud Tora-Schule nur von Schülern besucht wurde, »... die auch durch die Schule eine jüdische Erziehung haben sollten.« Die stetige Erhöhung der Schülerzahlen an der Talmud Tora-Schule bei gleichzeitiger Zunahme der Auswanderer spricht dafür, daß assimilierte Eltern aufgrund der politischen Entwicklung gezwungen waren, ihre Kinder auf die religiöse Talmud Tora-Schule zu schicken. Sie taten dies aber nicht aufgrund ihrer religiösen Haltung, sondern deshalb, weil sie ihren Kindern einen gewissen Schutzraum ermöglichen wollten.

345 Vgl. Vollnhals, Jüdische Selbsthilfe, S. 343ff.

346 Arthur Spier an die Landesunterrichtsbehörde vom 15.8.1934. StaHH, Staats- und Privatschulen (Talmud Tora-Schule), zit. nach Pritzlaff, Schülerschicksale, S. 529. Arthur Spier war von 1926 bis 1940 Direktor der Schule.

Schulleiter nicht nur den Bildungsauftrag der Schule im Nationalsozialismus, sondern wollte erkennbar die Schule in einem günstigen Licht erscheinen lassen. 1933 waren ihr die staatlichen Subventionen gestrichen worden, auf die sie dringend angewiesen war.³⁴⁷ 1935 erkannten die Verantwortlichen, daß eine staatliche Subventionierung der jüdischen Schule im nationalsozialistischen Interesse lag: »Die Aufrechterhaltung der Talmud Tora-Realschule ist im Interesse der Freihaltung der Staatsschule von nichtarischen Schülern erwünscht. Der Staat wird zudem durch die jüdischen Schüler finanziell entlastet. Die Talmud Tora-Schule hatte dargelegt, daß sie den Schulbetrieb schließen müsse, wenn sie nicht die staatliche Unterstützung in der beantragten Höhe erhalten würde; durch die Zusicherung der staatlichen Zuwendungen ist die Schließung der Schule abgewendet worden.«³⁴⁸

Die Erinnerung an seine Schulzeit in der Talmud Tora-Schule ist von zentraler Bedeutung und markiert den ersten lebensgeschichtlichen Bruch in der Biographie des Zeitzeugen. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten war er acht Jahre alt. Bis zur Auswanderung der Familie verbrachte er einen großen Teil seiner Zeit in der Schule, die nach seinen persönlichen Erfahrungen für ihn zu einem Ort der Demütigung wurde. Im Interview nimmt die Schilderung über seine Schulzeit daher auch einen viel breiteren Raum ein, als z.B. seine Erinnerung an den Erlaß der Nürnberger Gesetze oder die Pogromnacht. Seine Verfolgung als Jude wird ihm im Interview gegenwärtig, wenn er über seine Erlebnisse in der Talmud Tora-Schule spricht. Die Gefühle, die er als verfolgtes jüdisches Kind in Hamburg gehabt hat, spiegeln sich gleichzeitig in seinem Erleben von Diskriminierung, Ausgrenzung und Isolation an der Schule wider. Günther Feiner berichtet durchgängig negativ über seine Schulerfahrungen:

»Die Talmud Tora-Schule, daran erinnere ich mich sehr gut. (...) Fürchterlich. Fürchterlich. Da wurde man geschlagen, da wurde man angeschrien. Wir waren arme Leute, und im Vergleich zu vielen anderen, man wurde sarkastisch behandelt. (...) Insgesamt muß ich sagen, daß ich nicht nur froh war, aus Deutschland rauszukommen wegen der Nazis, sondern auch, um aus der Talmud Tora-Schule rauszukommen. Ich fand die Talmud Tora-Schule eine Tortur wüstester Art. Entsetzlich.«³⁴⁹

347 Die Talmud Tora-Schule erhielt seit 1921 staatliche Subventionen. Vgl. Lorenz, Juden, Bd. 1, S. 324.

348 Anlage zum Schreiben an den Reichsminister der Finanzen vom 24.7.1935. StaHH, Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit, I 22 Band II. Der Talmud Tora-Schule wurde im Staatshaushaltsplan von 1935 eine Unterstützung von RM 45.400 bewilligt. Siehe auch die Senatssitzungen vom 20.3.1935 und 21.8.1935. StaHH, Senatskanzlei-Protokolle und Drucksachen, A 2 a 1935 Bd. 1. Vgl. auch Randt, Zerschlagung, S. 121. Nach Lippmann, Geschichte, S. 50 erhöhte sich der Staatszuschuß für das Schuljahr 1937/1938 auf RM 60.000 und für das Schuljahr 1938/1939 auf RM 108.000. Ostern 1938 besuchten noch 729 Schüler die Schule. Vgl. Randt, Zerschlagung, S. 120. Siehe auch Lippmann, Geschichte, S. 50. Lippmann nennt für das Jahr 1938 769 Talmud Tora-Schüler.

349 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 7.

Die schulischen Leistungen Günther Feiners nahmen ab. Dem ein Jahr älteren Bruder des Zeitzeugen rieten die Lehrer an der Talmud Tora-Schule, sich zum Tischler ausbilden zu lassen:

»Mein Bruder Hermann, der ein Professor ist – er ist jetzt im Ruhestand – und der zwei Magister und einen Doktor hat, wurde zu einem Vollidioten erklärt, dem man sagte, der muß ein Tischler werden, denn er kann nichts. Oben hat er gar nichts, hat man gesagt. Er hat gar kein Gehirn, ein Idiot. (...) Der kann nichts. Feiners sind alle Idioten, können nix, wurde gesagt.«³⁵⁰

Ein soziales und religiöses Selbstwertgefühl hatte der Zeitzeuge in seiner Familie nicht ausbilden können. Durch den äußeren Druck der nationalsozialistischen Verfolgung wurde er in die Talmud Tora-Schule eingeschult, in der er nun verstärkt mit den familiären, sozialen und religiösen Konflikten konfrontiert wurde, die seine Eltern nicht regulieren konnten:

»Mein Vater ging auch in die Talmud Tora, und war ein schlechter Schüler und wurde auch so behandelt. Und er sagte zu mir, ja so ist es eben. Er hat auch selber da schlechte Noten gehabt. Fand es auch fürchterlich. Er ist aber mit 14 Jahren weg aus der Schule und ging an die Arbeit. (...) Während meine Mutter die beste Schülerin gewesen war, die es je an dieser Israelitischen Töchterschule gegeben hat ...

B: Wie hat Ihre Mutter denn darauf reagiert als sie mitbekam, daß Sie sich so fürchterlich unwohl fühlten in der Schule?

F: Meine Eltern sagten mir, so ist es eben, da kann man gar nichts dran machen. Und die Lehrer haben immer recht.«³⁵¹

Die Äußerungen Günther Feiners zeigen das Ausmaß der Ohnmacht, das er erlebte. Er konnte die Schule nicht als Zufluchtsstätte nutzen. Er empfand sich sowohl von seiner sozialen als auch von seiner religiösen Herkunft her wertlos. So mußte er sich als Kind mehrfach stigmatisiert fühlen: Das nationalsozialistische Regime diskriminierte die Juden und grenzte sie aus der Gesellschaft aus. Die jüdische Gemeinschaft distanzierte sich von den Juden osteuropäischer Herkunft, die sie als nicht dazugehörig betrachtete, und darüber hinaus erlebte der Zeitzeuge seine familiäre Herkunft als belastend. Dieses Konfliktpotential verstärkte sich durch die Veränderungen des sozialen und religiösen Gefüges an der Schule. Die Gegensätze, die innerhalb der jüdischen Bevölkerung bestanden, verdichteten sich in der Schule, dem für die Kinder und Jugendlichen wichtigsten Zufluchtsort, nachdem sie aus dem gesellschaftlichen und sozialen Gesamtumfeld zunehmend herausgedrängt wurden. Der Zeitzeuge war mit Mitschülern konfrontiert, die aus

350 Transkript Feiner, S. 9f.

351 Ebd.

Familien stammten, die ihnen eine soziale und/oder religiöse Identifikation ermöglichten. Beides stand Günther Feiner nicht zur Verfügung, so daß er seine Ausgrenzung und Isolation besonders schmerzhaft erleben mußte. Erst als Erwachsener hatte er die Möglichkeit, seine Erlebnisse in der Schule zu reflektieren:

»Wie ich nach Amerika kam und wurde dort wie ein Mensch behandelt, ich konnte es kaum glauben. Mit anderen Worten, vieles von dem, was ich in der Talmud Tora-Schule erlebte, hatte wahrscheinlich nichts mit der Talmud Tora an sich zu tun, sondern mit dem deutschen Schulwesen. Die Lehrer, die die Kinder geschlagen hatten, wo man sarkastisch behandelt wurde, ausgelacht öffentlich, beschämt. Alle diese Sachen gab es in deutschen Schulen ... Zweitens wurden natürlich die Lehrer, die unter den Nazis sehr gelitten haben, auch wahrscheinlich nicht ganz normal. Die mußten ja auch fürchterlich aufgeregt gewesen sein, und das hat sich dann auch reflektiert, wenn sie die Kinder so behandelten. Drittens waren wir unter den Armen. Und ich glaube bestimmt, daß die reichen Kinder so nicht behandelt wurden.«³⁵²

Die Verabschiedung der Nürnberger Gesetze war der entscheidende Anstoß für die Eltern des Zeitzeugen, auswandern zu wollen:

»Nach den Nürnberger Gesetzen wollten meine Eltern raus. Und wie hier die Synagogen brannten, '38, da hatten sie alles getan.«³⁵³

Im Gegensatz zu gutsituierten Familien, die oft über Auslandskontakte verfügten, war es für die mittellose Familie besonders schwer, sich Auswanderungsmöglichkeiten zu verschaffen. Viele Versuche, potentielle Aufnahmeländer zu finden, scheiterten an der finanziellen Lage der Familie.³⁵⁴ Die innerfamiliären Spannungen wuchsen angesichts der Ausweglosigkeit und bedrohten den Zeitzeugen, der die Hilflosigkeit seiner Eltern erlebte: »Wir waren also am Ende, wußten nicht, was wir machen sollten.«³⁵⁵

Durch Zufall nahmen die Eltern schließlich Kontakt zu weit entfernten Verwandten in den USA auf, die sich bereit erklärten, der Familie eine Bürgerschaft, das Affidavit, auszustellen.³⁵⁶ Die für die Auswanderung erforderlichen

352 Transkript Feiner, S. 7f.

353 Transkript Feiner, S. 26. Die Hamburger Synagogen wurden nicht in Brand gesteckt, sondern verwüstet. Siehe dazu oben das Interview mit Henry Harrison. Louis Feiner wurde in der Pogromnacht nicht verhaftet. Vgl. Transkript Feiner, S. 30f.: »Und mein Vater wurde nicht abgeholt, warum weiß ich nicht. Die haben ihn übersehen.«

354 Vgl. Transkript Feiner, S. 26.

355 Transkript Feiner, S. 28.

356 Vgl. ebd. Siehe dazu auch den Schriftwechsel, den Louis Feiner mit den Verwandten in den USA führte. FZHWdE 444. Aus ihm geht die große Anspannung der Familie hervor, ob die Verwandten, die vor der Ausstellung einer Bürgerschaft umfangreiche Informationen über die Feiners anforderten, sich tatsächlich bereit erklären würden, ein Affidavit auszustellen.

Vorbereitungen zogen sich noch über ein Jahr hin, bis die Familie am 23. September 1939, drei Wochen nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Deutschland fluchtartig verließ.³⁵⁷ Offenbar waren sich Feiners bis zuletzt nicht sicher, abreisen zu können, denn ihre Wohnung hatten sie nicht aufgelöst. Ihnen war aber bereits zum 30. September 1939 von dem nichtjüdischen Vermieter gekündigt worden.³⁵⁸

Der Abschied von Hamburg ist für Günther Feiner mit schmerzlichen Erinnerungen verbunden:

»Das war eine fürchterliche Sache, aus dem folgenden Grunde: Es war Jom Kippur am 23. September. Und mein Großvater war ein wütender Mensch, und mein Vater auch. Und man hat sich dauernd gezankt. Und mein Großvater hat fürchterlich geschrien, und mein Vater zurückgeschrien. Und vor zwei, drei Wochen, wie wir auswanderten, war ein fürchterlicher Streit zwischen meinen Eltern und meinen Großeltern Chmielnicki, und daraufhin wollte mein Großvater Chmielnicki uns nicht ›Auf Wiedersehen‹ sagen. So daß wir Hamburg verließen ohne ›Auf Wiedersehen‹ zu sagen. Können Sie [die Interviewerin, S.B.] sich so etwas vorstellen? Entsetzlich. Es war entsetzlich. (...) Aber sehen Sie, wie ich 1949 (...) meine Frau heiratete, da wollten meine Eltern das nicht. (...) Wie meine Eltern nun erfuhren, daß meine (künftige) Schwiegermutter aus Ungarn stammte, sagten sie, mit den Ostjuden darfst du nichts zu tun haben ... Da erzählten sie immer, wie meine Großeltern Feiner schimpften, daß mein Vater eine polnische Jüdin heiratet, die Chmielnicki hieß, das ist natürlich ein polnischer Name. Also jetzt sagten sie, du darfst doch keine(n) Ostjuden heiraten. (...) Tat ich aber doch, und daraufhin sprachen meine Eltern jahrelang nicht mit mir.«³⁵⁹

In der Erinnerung des Zeitzeugen spielte der Konflikt zwischen seinem Vater und seinem Großvater lebensgeschichtlich die zentrale Rolle. Die Verfolgung durch den Nationalsozialismus machte die familiäre Problematik virulent. Das Problem ihrer jüdischen Identität, der Frage nach der Zugehörigkeit zum Judentum, wurde durch die Verfolgung zusätzlich verstärkt und destabilisierte den Zeitzeugen. Wie stark Louis Feiner sich als Jude selbst verachtete, kommt in der Frage der Heirat deutlich zum Ausdruck: Er hatte gegen den Willen seiner Eltern eine Frau mit ostjüdischer Herkunft geheiratet und verweigerte nun seinerseits seinem Sohn die Zustimmung

357 1939 war das einzige Jahr, in dem die Einwanderungsquote für die USA mit insgesamt knapp 27.400 Einwanderern ausgeschöpft wurde. Vgl. Fischer-Defoy, USA, S. 179.

358 Siehe das Kündigungsschreiben des Vermieters an Louis Feiner vom 1.7.1939, das keine Begründung für die Kündigung enthält. FZH/WdE 444. Vgl. auch das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.39, das den gesetzlichen Mieterschutz für Juden praktisch aufhob. RGBL. I 1939, S. 864f.

359 Transkript Feiner, S. 27.

zur Heirat mit einer Frau, die bereits in Deutschland aufgewachsen, deren Vater deutscher Jude und deren Mutter ungarischer Herkunft war. Es wird offensichtlich, daß die Eltern- und die Kindergeneration eine familiäre Konstellation wiederholen, die bereits in der Generation der Großeltern auftrat.³⁶⁰

Die Auswanderung bedeutete für Günther Feiner einen erneuten lebensgeschichtlichen Bruch. Er erlitt nicht nur den Verlust seines vertrauten Umfeldes, sondern konnte sich nicht einmal mehr von seinen Großeltern verabschieden, die er nie wiedersah.³⁶¹

Der Neubeginn in den USA war für Familie Feiner außerordentlich schwer. Sie hatte außer einem Koffer mit Bekleidung keinerlei weiteren Besitz mitnehmen dürfen. Die Anfangsschwierigkeiten waren typisch für eingewanderte Flüchtlinge: Sprachbarrieren erschwerten die Suche nach Arbeit, finanzielle Mittellosigkeit brachte die Familie bei der Wohnungssuche in große Bedrängnis. Zunächst gelang es ihr, sich durch Aushilfstätigkeiten notdürftig über Wasser zu halten. Louis Feiner erhielt nach geraumer Zeit eine Arbeit als Warenlagerist und Buchhalter bei einer lokalen Zeitung. Seine Ehefrau trug durch Heimarbeit zum Familienunterhalt bei. Günther Feiner und seine beiden Brüder gingen zur Schule und verdienten mit Aushilfsjobs ebenfalls hinzu. Trotz der Widrigkeiten aber machte der Zeitzeuge erstmalig eine Erfahrung, die er als Kind im nationalsozialistischen Deutschland nie hätte machen können:

»Und dann, das Außergewöhnlichste, wie wir dann nach Amerika kamen, da sahen wir auf der Straße, da gab es Restaurants, wo auf Hebräisch draufstand ›Butcher kosher‹, das heißt koscheres Fleisch. Und alle die hebräischen Inschriften und Synagogen und das alles, man konnte es kaum glauben, daß sowas überhaupt möglich war. Daß man öffentlich jüdisch sein konnte. Das war für mich das Außergewöhnlichste.«³⁶²

Auch in der Schule bestätigten sich die neuen und positiven Eindrücke:

»Ich war der einzige Jude in der Klasse, und auch der einzige immigrant. Daraufhin wurde ich eingeladen, die Young Men's Christian Association, da Mitglied zu werden. Die anderen Kinder sagten, ›komm doch mit, wir gehen am Nachmittag dahin, du kannst da spielen.‹ Ich sagte, ›ich bin doch ein Jude, ich kann doch nicht hingehen.‹ Die wußten gar nicht, was ich da rede. Die verstanden das überhaupt gar nicht.«³⁶³

360 Vgl. zu sog. transgenerationalen Prozessen Kestenberg, *Kinder der Opfer, Kinder der Täter*.

361 Die Großeltern Chmielnicki wurden am 15.7.1942 nach Theresienstadt und von dort am 21.9.1942 nach Minsk deportiert und ermordet. Chmielnickis sind im Gedenkbuch der Hamburger jüdischen Opfer verzeichnet. Die Verfasserin verzichtet auf die Nennung einer Seitenangabe im Gedenkbuch, um die Anonymität der Großeltern des Zeitzeugen zu gewährleisten.

362 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 35f. Vgl. auch Quack, *Zuflucht Amerika*, S. 203f.

363 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 36.

Als jüdischer Schüler in Deutschland hatte Günther Feiner nur die Erfahrung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Isolation machen können. In den USA erlebte er, daß seine jüdische Herkunft keine Rolle spielte, »... daß es eben normal ist, ein Jude zu sein.«³⁶⁴

Nach Beendigung der Schule wurde Günther Feiner 1943 zur amerikanischen Armee eingezogen, in der er den Grundwehrdienst absolvierte. Nach seiner Entlassung³⁶⁵ erhielt er die Gelegenheit, im Rahmen eines von der US-Regierung initiierten Förderungsprogramms für ehemalige Soldaten der US-Armee eine kostenfreie Ausbildung nach eigener Wahl zu beginnen. Es war die Mutter des Zeitzeugen, die auf eine akademische Laufbahn ihres Sohnes drängte:

»Alles bezahlte die Regierung, die amerikanische Regierung. (...) Sag' ich zu meiner Mutter, ›der Teufel soll das holen, ich geh' in keine Schule‹. Die sagt zu mir, ›oh ja, du gehst, du mußt ein Professor werden‹. Ich sag, ›ich kann doch das nicht‹. ›Ja, ja‹, sagt meine Mutter, ›ich besteh' darauf. Ich wollte das nicht, aber die hat mich dazu gezwungen.«³⁶⁶

Während Louis Feiner seine Beschäftigung als Warenlagerist im Vergleich zu seiner selbständigen Tätigkeit in Deutschland als persönliche Degradierung erlebte³⁶⁷ und sich in den USA nie wirklich integrieren konnte, nutzte seine Ehefrau die bestehenden Möglichkeiten, um ihre Söhne aktiv zu unterstützen. Günther Feiner reflektiert die Gründe:

»Meine Mutter war eine sehr gute Schülerin und wollte hier in Hamburg Lehrerin werden. Aber ihr Vater, der Gerschon Chmielnicki, war total dagegen, daß ein Mädchen in eine Universität ging. Der sagte, ›das kommt gar nicht in Frage, das ist nur für Männer, das ist nicht für Frauen ...‹ Ihr ganzes Leben, bis sie eine alte Frau war, hat sie immer wiederholt, ›oh, ich wollte Lehrerin werden, ich wollte Lehrerin werden‹. Da mußte der Günther das ausführen, was sie wollte.«³⁶⁸

Erst als der äußere Druck der nationalsozialistischen Verfolgung nicht mehr bestand und Günther Feiner sich frei fühlte, konnte er seine Energien, die zuvor unter der Belastung der Verfolgung und seiner familiären Verhältnisse gebunden waren, für seine persönliche Entwicklung nutzen. Er ist sich sicher, daß er eine akademische Laufbahn in Deutschland nie hätte einschlagen

364 Transkript Feiner, S. 44.

365 Der Zeitzeuge blieb in den USA stationiert und kam im Krieg nicht mehr zum Einsatz. Transkript Feiner, S. 38.

366 Transkript Feiner, S. 16.

367 Vgl. Transkript Feiner, S. 11. Vgl. auch Quack, *Zufucht Amerika*, S. 138f.

368 FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 23.

können.³⁶⁹ Daß ihm dies gelungen ist, dient ihm auch zur Kompensation der erlebten Verletzungen. Der Zeitzeuge startete eine Karriere, die er im Interview sehr detailliert und ausführlich beschreibt.³⁷⁰ Er studierte Erziehungswissenschaften, promovierte und wechselte dann in die Fachrichtung Soziologie, wo er bis zu seiner Pensionierung einen Lehrstuhl innehatte. Die thematische Bandbreite seiner Publikationen ist groß.³⁷¹ Durch die Wahl seiner Forschungsgebiete hat er eine Möglichkeit gefunden, sich mit den Folgen seiner Verfolgung unter dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Fast alle Veröffentlichungen beschäftigen sich mit dem Thema der Ausgrenzung. Günther Feiner reflektiert die Auswirkungen der Verfolgung:

»Wir haben ja alle [die Juden, S.B.] psychologisch sehr gelitten von all' diesen Sachen. Wir hatten alle psychologische Schwierigkeiten unser ganzes Leben lang. (...) Trotzdem, zwischen 1932, ehe der Hitler kam, bis wir auswanderten, das sind so ungefähr sieben Jahre gewesen, da hat man was mitgekriegt, was man kaum überstehen kann. Das hat sich ausgewirkt.

B: In welcher Hinsicht besonders? Gesundheitlich?

F: Ja, psychologisch gesundheitlich. Ich glaube, daß wir alle verängstigte Menschen sind. Wir sind teilweise paranoid. Das heißt, daß wir Leuten Sachen zuschreiben, die sie gar nicht meinen und mit denen sie gar nichts zu tun haben. Indem wir gewöhnlichen täglichen Streitereien undsoweiter interpretieren, als wenn wir immer noch in der alten deutschen Naziherrschaft wohnten. Das heißt man sieht sich verfolgt, wenn es wirklich gar nicht so gemeint ist. Man sieht sich angegriffen, wenn es nur ein unwichtiges Wort gewesen sein kann. Man nimmt alles zu ernst.«³⁷²

III. Schlußbetrachtung

Die vier exemplarisch dargestellten Interviews mit jüdischen Emigranten aus dem Bestand der »Werkstatt der Erinnerung« weisen eine Reihe typischer wie auch individueller Merkmale auf.

Die Zeitzeugen repräsentieren zunächst unterschiedliche soziale Milieus innerhalb der jüdischen Gesamtbevölkerung Hamburgs. Während Elke Petsch

369 Vgl. Transkript Feiner, S. 44.

370 Vgl. Transkript Feiner, S. 16–24.

371 Der Zeitzeuge definiert sich als »Generalisten«. Zu seinen Veröffentlichungen siehe das Transkript Feiner, S. 45ff. Die Verfasserin verzichtet auf die Nennung von Titeln, um die Anonymität des Zeitzeugen zu wahren.

372 Transkript Feiner, S. 10. Günther Feiner setzt zeitlich den Beginn seiner Problematik schon vor 1933 an. Vgl. dazu Lempp, Wandlungen der Spätfolgen, S. 39 und S. 47. Reinhart Lempp geht als Kinder- und Jugendpsychiater davon aus, daß Menschen, die »... eine instabile, nur in ungenügender Weise Geborgenheit, Sicherheit und Zuwendung bietenden Primärbeziehung [gemeint sind die Eltern, S.B.] in ihrer frühen Kindheit ...« erlebt haben, noch einmal mehr zusätzlichen Belastungen nach der Verfolgung ausgesetzt waren. Lempp, Wandlungen der Spätfolgen, S. 47.

dem wohlhabenden Oberschichtsmilieu zuzuordnen war, entstammte Eileen Blyton der gehobenen und Henry Harrison der mittleren Mittelschicht, während Günther Feiner dem oberen Unterschichtsmilieu angehörte. Kriterium für diese Zuordnung sind die Berufe der Väter. Die Väter aller vier Zeitzeugen waren – der Mehrheit der Hamburger jüdischen Bevölkerung entsprechend – im Handel tätig, zwei als selbständige Kaufleute mit eigenen Firmen (Petsch, geb. Scherner und Blyton, geb. Lissauer) und zwei als Handelsvertreter (Harrison und Feiner). Die Wahl der Wohnviertel entsprach dabei – mit Ausnahme der Familie Feiner – dem sozialen Status. Der soziale Status und der Assimilationsgrad korrelieren: Die Familie Scherner war fast vollständig assimiliert und nicht religiös, Familie Lissauer war ihrem Selbstverständnis nach assimiliert und Mitglied im liberalen Tempelverband. Der Assimilationsgrad der Familien Harrison und Feiner war geringer. Harrisons waren streng religiös, Familie Feiner religiös. Beide Familien gehörten dem Synagogenverband an. Alle vier Väter waren Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg. Scherners fühlten sich als »Deutsche wie jeder andere«,³⁷³ auch Lissauers waren der deutschen Kultur stark verbunden, wenngleich sie immer auch bewußte Juden waren. Henry Harrisons Vater war als streng religiöser Jude Mitglied im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und dokumentierte damit seine deutsch-patriotische Gesinnung. Günther Feiner hingegen betont, daß sein Vater »nie so ein Deutsch-Nationaler, kein großer Patriot«³⁷⁴ gewesen sei. Eileen Blyton und Henry Harrison berichten, daß ihre Väter die Teilnahme am Ersten Weltkrieg zunächst als Sicherheit vor einer Verfolgung durch die Nationalsozialisten betrachteten.

Bedeutsam für die Frage, wie die Zeitzeugen die NS-Verfolgung erlebten, welche Wahrnehmungs- und Handlungsmuster sie ausbildeten, sind die individuellen, aber typischen Sozialisationsvoraussetzungen, die die Zeitzeugen vor der Zeit der NS-Herrschaft prägten. Dabei spielt zunächst ihre religiöse Einbindung in das Judentum eine Rolle.

Die Zeitzeugen Eileen Blyton und Henry Harrison wurden in einem familiären Milieu sozialisiert, das ihnen – wenn auch graduell verschieden – eine gesicherte jüdische Identität vermittelte. Bei der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konnten sie diese als äußeren Feind verorten. Die Identifizierung mit ihrer jüdischen Herkunft ermöglichte ihnen eine innere, persönliche Stabilität.

Elke Petsch und Günther Feiner bildeten durch ihre Familien – aus unterschiedlichen Gründen – keine stabile jüdische Identität aus. Die jüdische Herkunft hatte für Elke Petsch zuvor keine Bedeutung gehabt; die Zeitzeugin wurde erst durch die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten

373 Siehe oben. FZH/WdE 253, Transkript Petsch (Teil 1), S. 10f.

374 Siehe oben. FZH/WdE 444, Transkript Feiner, S. 38.

zur Jüdin gemacht. Gegen diese Zuschreibung konnte sie sich nur begrenzt zur Wehr setzen. Der daraus resultierende innere Konflikt führte dazu, daß sie ihre jüdische Herkunft, soweit es ging, nach außen verheimlichen wollte. Verstärkt wurde die Problematik dadurch, daß sie mit einem nichtjüdischen Ehemann verheiratet war.

Günther Feiner wurde in eine Familie hineingeboren, die von ihrem Selbstverständnis her ihre jüdische Abstammung mit ihrer osteuropäischen Herkunft gleichsetzte. Der Vater des Zeitzeugen empfand seine ursprünglich osteuropäische Herkunft als Stigma. Innerhalb der jüdischen, überwiegend assimilierten und religiös-liberalen Bevölkerung der Großstadt Hamburg wurden die aus Osteuropa stammenden Juden als rückständig diskriminiert. Obwohl die Vorfahren Louis Feiners bereits seit mehreren Generationen in Hamburg ansässig waren, konnte er sich von der Zuschreibung »Ostjude« nicht lösen. Für seinen Sohn Günther Feiner bedeutete dies, daß er zu seiner jüdischen Identität nur ein sehr gebrochenes Verhältnis entwickeln konnte. Seine Identitätsproblematik wurde daher durch die Machtübernahme noch verschärft.

Ebenso entscheidend wie der Grad der Zugehörigkeit zum Judentum waren die familiären und sozialen Vorerfahrungen der Verfolgung. Bis auf Günther Feiner beschreiben die anderen drei Zeitzeugen ihr persönliches Umfeld als stabil und fördernd. Ihre Kindheit erlebten sie als behütet; die Eltern vermittelten ihnen ein Gefühl von Geborgenheit. Elke Petsch und Eileen Blyton wußten um ihren Status als Töchter aus gutem Hause, die ökonomisch sichere Stellung ihrer Familien war für beide selbstverständlich. Geselligkeit und Freundschaften spielten für beide eine große Rolle. Eine qualifizierte Schulausbildung wurde für beide Zeitzeuginnen angestrebt. Elke Petsch setzte zunächst gegen den Willen ihres Vaters ein Hochschulstudium durch, und auch Eileen Blyton hatte früh die Absicht, zu studieren. Während die Familien der beiden Zeitzeuginnen ihren Töchtern Spielräume zur persönlichen Entwicklung eröffneten, orientierte sich Henry Harrison stark an den Interessen und Vorstellungen seines Vaters. Seinen Berufswunsch, Elektriker zu werden, gab er zugunsten der aufstiegsorientierten Haltung seines Vaters auf und begann mit einer kaufmännischen Lehre. Günther Feiner erlebte früh die persönliche und berufliche Unzufriedenheit seines Vaters, dessen Bemühungen um einen sozialen Aufstieg mißlungen waren.

Darüber hinaus war das Lebensalter für die Verarbeitung von Verfolgungserfahrungen von großer Bedeutung. Elke Petsch und Henry Harrison wurden 1933 24 bzw. 22 Jahre alt. Als Erwachsene hatten sie ihre Persönlichkeitsentwicklung im Grunde abgeschlossen und verfügten über die Möglichkeit, Ereignisse nach Rationalitätskriterien zu beurteilen. Als die Nationalsozialisten im Januar 1933 die Macht übernahmen, schützte sich Elke Petsch, wie die meisten deutschen Juden, mit der oft geäußerten Beurteilung, daß ein

Mann wie Hitler sich nicht lange an der Macht würde halten können. Dahinter verbarg sich der Wunsch und der damit gleichzeitig verbundene Abwehrmechanismus, durch eine rationale Einschätzung die reale Bedrohung auszublenden und die politische Entwicklung zunächst erst einmal abzuwarten. Dies entsprach einer für die Mentalität des Großbürgertums typischen Haltung. Die Gefahr, die für sie als Jüdin durch das NS-Regime ausging, erfuhr Elke Petsch unmittelbar durch das gegen ihren Ehemann angestrebte Ehrengerichtsverfahren 1935. Je näher die Bedrohung auf der persönlichen Ebene rückte, desto stärker mußte der Schutzmechanismus der Abwehr aktiviert werden. Den erzwungenen Abbruch ihrer medizinischen Ausbildung beantwortete Elke Petsch daher auch mit einem für das bürgerliche Milieu typischen Rückzug in das Privatleben. Die Identifikation mit ihrer großbürgerlichen Herkunft ermöglichte ihr eine soziale Abgrenzung gegenüber den als unkultiviert eingestuften Nationalsozialisten. Ihre frühe Vorerfahrung, beschützt zu werden, erlebte Elke Petsch trotz ihrer Stigmatisierung als Jüdin erneut durch ihre Heirat mit einem nichtjüdischen Mann, mit dem sie in einer sog. privilegierten Mischehe lebte. Hinzu kam die wichtige Erfahrung von Solidarität und Unterstützung durch das private, nichtjüdische bürgerliche Umfeld: Ihre Schwiegermutter und ihre Freunde hielten in der Zeit der Verfolgung uneingeschränkt zu ihr.

Henry Harrison war stark in das religiös-jüdische Milieu eingebunden. Die Konzentration auf die Ausübung seiner Religion wurde für ihn zum Schutzraum, der es ihm ermöglichte, die äußere Bedrohung soweit wie möglich auszublenden. Erst als er durch die NS-Maßnahme, der Auflösung der jüdischen Gemeinde als öffentlich-rechtlicher Körperschaft, unmittelbar betroffen wurde, entschied er sich zum Handeln und bereitete seine Auswanderung vor. In dem Interview ist dies die einzige von ihm berichtete Entscheidung, die er gegen den erklärten Wunsch einer männlichen Autoritätsperson traf und die daher bis heute Schuldgefühle auslöst. Die Verschleppung in das Konzentrationslager Sachsenhausen nach der Pogromnacht bewältigte er durch seinen festen Glauben, daß Gott ihm helfen würde. Kennzeichnend für Henry Harrison ist es, daß er die Verantwortung für menschliches Handeln einer göttlichen Autorität unterstellt. Dadurch gelang es ihm, seine Verfolgung als Schicksal zu betrachten.

Eileen Blyton und Günter Feiner wurden im Jahr der Machtübernahme zehn bzw. neun Jahre alt. Als Kinder hatten sie noch keine gefestigten Persönlichkeiten ausbilden können. Eileen Blyton wuchs in einem stabilen sozial-religiösen Umfeld auf, das sie als Kind bis zu einem gewissen Grade vor der nationalsozialistischen Verfolgung zu schützen vermochte. Die Eltern hatten ihr schon sehr früh Freiräume eröffnet, in denen sie einen starken eigenen Willen, Selbstvertrauen und Eigenständigkeit ausprägen konnte. Die nach der Machtübernahme erfolgte Umschulung auf die Israelitische Töchterschule bedeutete – trotz der für die Zeitzeugin fremden religiösen

Ausrichtung der Schule – Schutz, zumal durch die ebenfalls umgeschulten Freundinnen eine persönliche Kontinuität für die Zeitzeugin aufrechterhalten wurde. Die plötzliche Auswanderung der Familie war ein lebensgeschichtlicher Bruch, der mit Trennungen von Freundinnen und dem Verlust des vertrauten Umfeldes verbunden war. In den Niederlanden erschloß sich die Zeitzeugin neue Freundschaften und wandte sich dem Zionismus zu. Die Entwicklung einer zionistischen Zukunftsperspektive half ihr, sich in der Exilsituation zurechtzufinden.

Die Biographie dieser Zeitzeugin ist durch weitere lebensgeschichtliche Brüche gekennzeichnet: Nach der deutschen Besetzung der Niederlande wurden ihre Eltern und ihre Tante deportiert. Bei ihrer eigenen Deportation nach Theresienstadt erlebte sie den Tod ihres Vaters, wenig später in Auschwitz die Ermordung ihrer Mutter. Die Zeitzeugin wurde in ein Frauenarbeitslager in Oberschlesien verschleppt, in dem schwerste körperliche Arbeiten, lebensbedrohliche Krankheiten und Tod zum Lageralltag gehörten. Ihr starker Selbstbehauptungswille, ihre Eigenständigkeit und ihre Fähigkeit, Freundschaften aufzubauen, ermöglichten ihr das Überleben. Als Erwachsene konnte sie auf Verhaltensmuster rekurrieren, die sie bereits als Kind erlernt und ausgeprägt hatte. Eileen Blyton erlitt, auch nach ihrer Befreiung, schwere persönliche Verluste. Die Trauer um die verlorenen Menschen hat sie in sich verschließen müssen. Während des Interviews gelang es ihr, die sowohl mit der Trauer verbundenen Gefühle als auch die von ihr empfundene »Überlebensschuld« als Themen aus dem Gespräch herauszuhalten und sich damit vor aufkommenden quälenden Gefühlen zu schützen. Im Vergleich zu den anderen drei Zeitzeugen erfuhr Eileen Blyton die stärksten Traumatisierungen: Sie durchlitt nicht nur selbst die KZ-Haft, sondern erlebte auch die Ermordung ihrer Eltern im Konzentrationslager. Diese Erfahrung spiegelt sich auch in dem Interview mit ihr wider: Ihre Verfolgungserfahrungen formuliert sie als Sachbericht, in dem Gefühle ausgeklammert werden müssen. Es verweist dennoch auf ihre bereits vor 1933 ausgebildeten persönlichen Stärken, vor allem auf ihren Selbstbehauptungswillen, daß es ihr möglich war, trotz des erfahrenen Leids eine Familie zu gründen und damit erneut Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Günther Feiner wurde bei der Machtübernahme von seinen Eltern aus der von ihm zuvor besuchten öffentlichen Schule in die Talmud Tora-Schule umgeschult. Sie hatten damit die Erwartung verknüpft, daß ihr Sohn in einer jüdischen Schule vor der NS-Verfolgung besser geschützt wäre. Günther Feiner erlebte den Schulbesuch in der Talmud Tora-Schule jedoch als große Belastung. Er war weder in religiöser noch in sozialer Hinsicht in stabilen familiären Strukturen aufgewachsen. In der Talmud Tora-Schule wurde er sowohl mit Schülern aus ökonomisch gesicherten Familien konfrontiert als auch mit solchen, die eine gesicherte jüdische Identität besaßen. Günther Feiner fühlte sich als Kind osteuropäischer Eltern, aber auch als Kind einer

sozial schwächer gestellten Familie in der Schule nicht akzeptiert und als Außenseiter. Für Kinder ist das Gefühl der Zugehörigkeit und der Akzeptanz von Gleichaltrigen ganz besonders wichtig für eine persönliche Stabilität. Seine Eltern, mit eigenen Problemen stark belastet, konnten ihm keine Unterstützung geben. Die neuen und ermutigenden Erfahrungen im Einwanderungsland USA setzten Kräfte in dem Zeitzeugen frei, die ihn zu einer beruflichen Karriere im Hochschulbereich befähigten. Doch die erlittene Ausgrenzung unter der NS-Herrschaft, die für den Zeitzeugen unmittelbar mit seinen Erinnerungen an die Talmud-Tora-Schule verknüpft sind, haben tiefe Verletzungen hinterlassen.

Außer Günther Feiner hatten die anderen drei Zeitzeugen eine identitätsstiftende Einbindung in ein religiöses und/oder familiär-soziales Umfeld schon vor der Verfolgung erfahren. Bei der Frage des Umgangs mit der Verfolgung, insbesondere in persönlichen Extremsituationen, konnten die Zeitzeugen erlernte Verhaltensmuster aus der Zeit vor der Verfolgung aktivieren.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 bedeutete für alle jüdischen Zeitzeugen einen lebensgeschichtlichen Einschnitt, der tiefe Verunsicherungen und Zukunftsängste auslöste, in aller Regel jedoch biographische Kontinuitäten nicht grundsätzlich unterbrach; lebensgeschichtliche Brüche hingegen erfolgten jeweils nach unmittelbaren, individuellen Bedrohungen auf persönlicher Ebene, die qualitative Lebensveränderungen und damit biographische Diskontinuitäten verursachten.

Die sich permanent verschärfende Diskriminierung, Ausgrenzung und Isolation erforderte Reaktionen sowohl auf kollektiver Ebene, wie der 1933 gegründeten Reichsvertretung der Juden in Deutschland, als auch auf individueller Ebene. Lebensgeschichtliche Interviews bieten die Möglichkeit, subjektive Verarbeitungsmuster auf die Verfolgung und den späteren Umgang mit dem Erlebten herauszuarbeiten. In der Betrachtung subjektiv gewählter Handlungsweisen lassen sich überindividuelle, typische Formen erkennen. Die Wahrnehmung der Verfolgung und der spätere Umgang damit hingen entscheidend von den familiär-sozialen und religiösen Sozialisationsbedingungen sowie dem Alter ab, in dem die Zeitzeugen verfolgt wurden.

Kinder waren der Verfolgung weitgehend ohnmächtig ausgeliefert. Die ihnen unter der NS-Herrschaft verbliebenen Schutzräume wurden von den Handlungsmöglichkeiten ihrer Eltern bestimmt. Jüdische Kinder erlebten ihre gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolierung als besonders ängstigend, weil sie die Gründe rational nicht verstehen konnten und darüber hinaus kaum über alternative Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 verfügten. Ihre schulische Ausbildung wurde in der Regel durch die Auswanderung abgebrochen und konnte oft im Einwanderungsland nicht auf gleichem Niveau wieder aufgenommen werden.³⁷⁵ Im Gegensatz zu ihren Eltern fiel es ihnen

375 Eine Ausnahme ist Günther Feiner.

aber leichter, sich sprachlich und kulturell in die neue Heimat einzuleben und sich zu integrieren. Der Verlust der ursprünglichen Heimat und von Freundschaften blieb oft unbewältigt. Die als Kinder Verfolgten konnten erst nach ihrer Emigration Verhaltensmuster ausbilden. Bei den in diesem Beitrag ausgewerteten beiden lebensgeschichtlichen Interviews mit Eileen Blyton und Günther Feiner stehen den Zeitzeugen mit der öffentlichen Aufklärungsarbeit über den Holocaust und mit beruflichem Erfolg typische Kompensationsmöglichkeiten zur Verfügung.

Erwachsene konnten andere Reaktionsmuster auf die erfahrene Verfolgung ausbilden als verfolgte Kinder. In der Regel versuchten sie durch Abwehrmechanismen die reale Gefahr, soweit es ging, auszublenden. In persönlich bedrohlichen Situationen wie der unmittelbaren Konfrontation mit den Verfolgern, beispielsweise der Gestapo, rekurrten sie auf bereits verinnerlichte Verhaltensweisen. In den beiden Lebensgeschichten von Elke Petsch und Henry Harrison konnten nach der Emigration biographische Kontinuitätslinien im Einwanderungsland aufrechterhalten werden, die eine Kompensation der Verfolgungserfahrungen erleichterten: die Ausübung des ursprünglich angestrebten Berufes, die Einbindung in die Herkunftsfamilie und der – mit Einschränkungen – wiedererlangte soziale Status. Als ein typisches Muster ist die Hinwendung zum Judentum und die Annahme einer jüdischen Identität zu betrachten. Für die Lebensgeschichte Henry Harrisons ist die kontinuierlich stiftende Bedeutung der Religion charakteristisch.

Die vier in diesem Beitrag mit ihren Lebensgeschichten vorgestellten Zeitzeugen wurden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, weil sie Juden waren oder als solche eingestuft wurden. Der Grad der Intensität der Verfolgung war ebenso unterschiedlich wie die individuellen Auswirkungen für den einzelnen. Die Verfolgung unter dem Nationalsozialismus hat tiefe Verletzungen hinterlassen, die bis in die Gegenwart der Zeitzeugen hineinreichen. Dennoch konnten die Zeitzeugen Handlungspotentiale ausbilden, die ihnen halfen, Überlebensstrategien zu entwickeln. Hätten sie diese Fähigkeiten nicht besessen, wäre es ihnen nicht gelungen, nach ihren Verfolgungserfahrungen persönliche Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Beate Meyer

Grenzgänger zwischen »Normalität« und Verfolgung

Die Situation »jüdischer Mischlinge« in der NS-Zeit

I. Einleitung

»Mein Vater hat versucht, uns Kinder einerseits soweit wie möglich rauszuhalten, sozusagen normal aufwachsen zu lassen, was immer das in der Zeit heißen mochte. Und das war ja ein Konflikt für uns: Auf der einen Seite normal mit anderen zusammen aufzuwachsen in der Straße und Schule, auch in den Organisationen der Hitlerjugend. Ich war im Deutschen Jungvolk. Auf der anderen Seite zu wissen: »Eigentlich gehöre ich nicht dazu.« Und so langsam zu begreifen, wie Verfolgung funktioniert und Ausgrenzung. Das war für uns ein Problem.«¹

Hartmut Lutzes Eltern lebten in einer Mischehe.² Sein Vater, obwohl getauft, war nach nationalsozialistischer Definition Jude, seine Mutter »deutschblütig«. Der 1930 geborene Zeitzeuge umreißt mit diesen knappen Sätzen rückblickend die wesentlichsten Konstellationen in der Verfolgungsgeschichte derer, die während des Nationalsozialismus als »jüdische Mischlinge« aufwachsen: Eltern, die versuchten, ihre Kinder nicht mit ihren Verfolgungserfahrungen, Sorgen und Ängsten zu belasten, und Kinder, die sich im eigenen Interesse – und in dem der Eltern – bemühten, ihre Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft zu beweisen. Dazu konnte auch die Mitgliedschaft in der Staatsjugend gehören, wo ihnen nahegebracht wurde, daß ihre jüdischen Verwandten, Eltern und sie selbst einer angeblich minderwertigen

1 FZH/WdE 023, Interview Hartmut Lutze, geführt von Beate Meyer am 19.3.1992, Transkript Lutze, S. 2.

2 Die Nationalsozialisten bezeichneten eheliche Gemeinschaften als Mischehen, wenn ein Partner nach ihrer »rassischen« Definition Jude war. Damit gaben sie dem Begriff der Mischehe, der vor 1933 zur Bezeichnung interkonfessioneller Ehen gebräuchlich war, eine neue Definition, auf die in Runderlassen immer wieder hingewiesen wurde. (So beispielsweise im Ministerial-Blatt des Reichs- u. Preußischen Ministeriums des Innern, Ausgabe 25 v. 23.6.1937, S. 651, Runderlaß v. 18.6.1937 – 1B1 3/235.

Rasse angehörten. Heranwachsende »Mischlinge« waren nicht nur von den Maßnahmen gegen Mischehen mitbetroffen, sondern unterlagen selbst einer diskriminierenden Sondergesetzgebung, die sie sukzessive aus der Mehrheitsgesellschaft ausschloß und bei ihnen für die Zukunft schlimmste Befürchtungen weckte.

Hartmut Lutze war einer von 72.738 »Halbjuden«, die nach den Volkszählungsergebnissen von 1939 im Deutschen Reich lebten. Auf Hamburg entfielen dabei 4.428 »Mischlinge ersten Grades« und 3.359 »Mischlinge zweiten Grades«. Ihr Anteil an der Hamburger Gesamtbevölkerung betrug 0,5%, während er im Reichsdurchschnitt lediglich bei 0,14 % lag.³ »Die Juden haben sich danach in Hamburg weit stärker mit der übrigen Bevölkerung vermischt als in den übrigen Großstädten und Gebietsteilen des Reiches«,⁴ faßten die Statistiker die Befunde zusammen und beschrieben damit eine aus ihrer Sicht höchst bedenkliche Entwicklung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Ausgang genommen hatte.⁵ Tatsächlich war die Zahl der Hamburger Jüdinnen und Juden, die einen nicht-jüdischen Partner wählten, im Jahr 1933 bereits auf 57,6% gestiegen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme sank sie 1934 im Reichsdurchschnitt auf 15%⁶ in Hamburg aber – trotz restriktiver Maßnahmen der Standesämter, die teilweise Aufgebote zurückwiesen – nur auf 32%.⁷

Mischehen wurden eher von jüdischen Männern als von Frauen geschlossen, von lange in Hamburg ansässigen Juden häufiger als von jenen, die aus dem Osten zugewandert und oft religiös stärker gebunden waren. Den Eheschließungen war teilweise der Austritt aus der jüdischen Gemeinde vorangegangen, ein Teil der Heiratswilligen trat zu christlichen Religionsgemeinschaften über. Die Nürnberger Gesetze September 1935 zogen einen Schlußstrich unter eine gut 80 Jahre anhaltende Entwicklung, die sowohl von Assimilationsbestrebungen der Hamburger Juden wie auch von Entkonfessionalisierungstendenzen im großstädtischen Leben gefördert worden war.

3 Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, herausgegeben vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg, Sondernummer 5, Hamburg, d. 1.8.1941: Weitere Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung v. 17.5.1939 in der Hansestadt Hamburg, S. 17ff.

4 Aus Hamburgs Verwaltung ..., S. 20.

5 Nachdem im Februar 1849 den Hamburger Juden die gesetzliche Gleichstellung gewährt worden war, erlaubte die »Provisorische Verordnung, die Ehen zwischen Christen und Juden betreffend« v. 25.9./24.10. 1851 interkonfessionelle Zivileheschließungen. 1861 bzw. 1865 wurden dann die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, die uneingeschränkt derartige Zivilehen zuließen. In Preußen wurde eine entsprechende Regelung 1874 eingeführt. Vgl. Lorenz, Juden, S. LIII und Zimmermann, Hamburgischer Patriotismus, S. 154-239.

6 Vgl. Noakes, Development, S. 291.

7 Ophir, Geschichte, S. 89ff.

II. Die nationalsozialistische »Mischlingspolitik« im Spiegel der historischen Forschung

Für Nationalsozialisten war die durch Wechsel der Konfessionszugehörigkeit und Heirat mit Nichtjuden vollzogene Abkehr von der jüdischen Religion allenfalls Tarnung einer »rassisch« unerwünschten Abstammung. In Mischehen lebende Juden oder »Judenmischlinge« sollten ebensowenig wie andere Juden Teil der »Volksgemeinschaft« werden. So begannen sie nach der Machtübernahme, die große Gruppe der »Nichtarier« ungeachtet ihrer Konfessionszugehörigkeit, ihrer familiären Verhältnisse und ihres Selbstverständnisses aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.⁸ Differenzierungen erfolgten erst mit den Nürnberger Gesetzen und deren Ausführungsverordnungen. Nun wurde zwischen »Volljuden« und »jüdischen Mischlingen« unterschieden. Diese teilten sich in »Mischlinge ersten Grades« (»Halbjuden«) und solche »zweiten Grades« (»Vierteljuden«) auf. Gehörte aber ein »Halbjud« der jüdischen Religionsgemeinschaft an oder war der »arische« Elternteil zu dieser konvertiert, sollte er als »Geltungsjude« den »Volljuden« gleichgestellt sein. »Mischlinge ersten Grades« mußten eine Genehmigung beantragen, wenn sie »Deutschblütige« ehelichen wollten. Neben der Tätigkeit im öffentlichen Dienst war ihnen die Mitgliedschaft in etlichen Kammern, Berufsverbänden und der NSDAP verwehrt. Ihre wirtschaftliche Betätigung hingegen sollte nicht behindert werden.

Diesen Regelungen waren heftige Auseinandersetzungen um die Stellung der »Mischlinge ersten Grades« vorausgegangen: Während die Rasseideologen der NSDAP die »Halbjuden« den Juden zurechneten und ihnen keinen Sonderstatus zubilligen wollten, sahen die Vertreter des Reichsinnenministeriums nicht unerhebliche bürokratische Schwierigkeiten voraus und befürchteten zudem die Beunruhigung der »deutschblütigen« Verwandtschaft. Da die »jüdische Versippung« bis in militärische und künstlerische Eliten reichte, war dieser Faktor nicht zu unterschätzen. Solche Erwägungen gaben den Ausschlag, daß Hitler den in den Ausführungsverordnungen formulierten Kompromiß der Parteilinie vorzog und die »Halbjuden« nicht unter das Sonderrecht für Juden stellte.⁹ Die Verfechter eines harten Kurses gaben damit ihre Positionen aber nicht auf, sondern unternahmen in den nächsten zehn Jahren immer wieder neue Anstrengungen, die »Mischlinge« den Juden faktisch gleichzustellen, um sie in die Repressions- und Vernichtungsmaßnahmen einbeziehen zu können, wobei sie durchaus auch an die »Mischlinge zweiten Grades« dachten. Untersuchungen über die Politik des

8 Die einzelnen Maßnahmen werden in diesem Beitrag dort konkretisiert, wo sie die Lebensläufe der Interviewten betreffen.

9 Zu den Auseinandersetzungen um die Entstehung der Nürnberger Gesetze und der ersten Ausführungsverordnungen siehe Lösener, Rassereferent.

NS-Staates gegenüber »Halbjuden«, »jüdischen Mischlingen« oder »Judenabkömmlingen« nahmen in der bisherigen Forschung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung nur einen untergeordneten Stellenwert ein. Allenfalls die Auseinandersetzungen um ihre Einbeziehung in die Vernichtungspolitik fanden ein stärkeres Interesse.¹⁰

Die historische Forschung sparte die »Mischlinge« ansonsten weitgehend aus. Dies war vor allem darin begründet, daß die NS-Politik der Sondergesetzgebung »nur« deutsche Opfer betraf, denn in den besetzten Gebieten wurden »Mischlinge« den Juden gleichgestellt. Auch herrschte bei Historikern lange Zeit die weitverbreitete Meinung vor, diese Gruppe sei kaum von Verfolgungsmaßnahmen betroffen gewesen, da sie letztlich ja nicht in den Vernichtungsprozeß einbezogen worden war.¹¹

Wenn das Schicksal der »Mischlinge« in den Debatten um Judenpolitik und »Endlösung« Beachtung fand, ging es zumeist um das Verhältnis von Partei und Staat, die strukturellen Voraussetzungen des NS-Staates für die »Realisierung des Utopischen« (Hans Mommsen) und die Bedeutung Hitlers und seiner »Weltanschauung« im Prozeß der »Endlösung«. In seiner großen Darstellung über die Vernichtung der europäischen Juden behandelte beispielsweise Raul Hilberg die »Mischlingspolitik« als ein Randproblem, mit dem die »Bürokratie des NS-Staates« (Hilberg) aus unterschiedlichen Gründen nicht fertig geworden sei, obwohl der nationalsozialistische Staat – ebenso wie in der Judenpolitik – die »Endlösung« angestrebt habe.¹² Tatsächlich gingen jedoch die immer wiederkehrenden Bemühungen, den Judenbegriff auch auf die »Mischlinge« auszudehnen, in erster Linie von der NSDAP und ihren Gliederungen aus, nicht aber von den hochrangigen Beamten der Ministerialbürokratie. So wurde der massivste Vorstoß, den Judenbegriff zu erweitern, 1941 vom Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Walter Groß, eingeleitet. Er setzte mit einer programmatischen Rede den Leiter der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, so unter Druck, daß dieser sich bereit erklärte, Zwangssterilisationen zuzustimmen, um die Einbeziehung der »Mischlinge ersten Grades« in den Vernichtungsprozeß zu verhindern.¹³

Am 20. Januar 1942 wurde die »Lösung der Mischehen- und Mischlingsfragen« auf der Wannsee-Konferenz (erste »Endlösungskonferenz«) erörtert.¹⁴ Die weitgehenden Vorschläge Reinhard Heydrichs sahen vor, die »Mischlinge ersten Grades« künftig nur dann von der Gleichbehandlung

10 So bei Adam, Judenpolitik, und Noakes, Development.

11 Etwa Hilberg, Vernichtung, S. 294: »Die Diskriminierung der Mischlinge war vergleichsweise gering.«

12 Hilberg, Vernichtung, S. 300.

13 Vgl. Longerich, Hitlers Stellvertreter, S. 221ff.

14 Siehe zu den im folgenden referierten Diskussionen die bei Pätzold/Schwarz, Judenmord, S. 100–128 abgedruckten Dokumente.

mit Juden auszunehmen, wenn sie mit einem Nichtjuden verheiratet waren und Kinder hatten oder von Ausnahmebestimmungen geschützt waren. Selbst »Mischlinge zweiten Grades« sollten in bestimmten Fällen wie Juden behandelt werden können, wobei den Betroffenen lediglich die »Wahl« zwischen »Evakuierung« und Sterilisation zugestanden worden wäre. Das Innenministerium hingegen fürchtete den zu erwartenden Verwaltungsaufwand und tendierte zur »Lösung« des Problems durch Zwangssterilisation. Den Teilnehmern einer Folgekonferenz (zweite »Endlösungskonferenz« am 16. März 1942) leuchtete die »biologische Lösung« zwar ein, weil sie die zukünftige Fortpflanzung verhindert hätte. Die Regelung des gegenwärtigen Lebens der »Mischlinge« ließ diese Lösung dagegen offen, vor allem aber hätte sie die »Mischlinge« nicht von ihren »deutschblütigen« Verwandten getrennt. Statt dessen wurde eine »Evakuierung« in ein grenznahes Ghetto erwogen. Eine abschließende Einigung wurde jedoch nicht erzielt.

Nach der Konferenz wies der Vertreter des Innenministeriums darauf hin, daß mit den »Geltungsjuden« ein großer Teil der »Mischlinge« bereits ausgesiebt, der Rest in die »Volksgemeinschaft« integriert sei. Ein Teil diene sogar in der Wehrmacht. Auch hätte Hitler in 3000 Fällen Anträgen von »Geltungsjuden« auf Veränderung ihres Status in den eines »Mischling ersten Grades« stattgegeben. Schon deshalb sei eine Wende in der Politik gegenüber »Mischlingen ersten Grades« unlogisch und werfe zudem erhebliche bürokratische Probleme auf. Es empfehle sich abzuwarten, bis die betroffenen Personen gestorben seien.¹⁵ Das Justizministerium unterstützte diese Position.

Am 27. Oktober 1942 tagte die dritte »Endlösungskonferenz«, deren Teilnehmer sich darauf einigten, daß »Mischlinge ersten Grades« im Falle ihrer Sterilisation im Reichsgebiet verbleiben, während »Mischlinge zweiten Grades« wie Deutsche behandelt werden sollten. Der Konferenzbeschuß hinsichtlich der Sterilisation wurde jedoch nicht durchgeführt, weil angekündigte neue Verfahren zur Massensterilisation auf sich warten ließen. Das Konferenzergebnis aber gewährte den »Mischlinge ersten Grades« eine Schonfrist, die ihr Überleben ermöglichte.

Parallel zur Diskussion um die »Mischlinge« wurde um die Zukunft ihrer Eltern gestritten, die nun nach Theresienstadt deportiert werden sollten. Hier gab es vor allem Auseinandersetzungen um die Frage einer Zwangscheidung vom »deutschblütigen« Ehepartner, auf die sich die Teilnehmer aber ebenfalls nicht einigen konnten.¹⁶

15 Geheimschreiben Staatssekretär Wilhelm Stuckart an die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz v. 16.3.1942, abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, S. 121ff.

16 Vgl. Besprechungsprotokoll der Wannsee-Konferenz v. 20.1.1942, abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, S. 102–112, hier: S. 111f.

Hilberg bewertet die Rettung der »Mischlinge ersten Grades« nicht als Verdienst, sondern als »Versagen« der deutschen Bürokratie im nationalsozialistischen Sinne – eine These, der sich die jüngere Forschung nicht angeschlossen hat.¹⁷

Uwe Dietrich Adam betont die Anstrengungen des Reichssicherheitshauptamtes (in Absprache mit der NSDAP) ab Sommer 1941, die Ministerialbürokratie durch einen »neuen Judenbegriff« zu »überrumpeln«¹⁸ und geht insbesondere auch der Rolle Hitlers in der Diskussion um die »Mischlinge ersten Grades« nach. Er weist darauf hin, daß entsprechende »Endlösungsvorstellungen« eines vom Rassenpolitischen Amt getragenen Arbeitskreises von Hitler offensichtlich nicht gebilligt worden seien.¹⁹ Einen einheitlichen »Führerwillen« zur »Mischlingsfrage« hatte Hitler nie artikuliert. Statt dessen seien nur verstreute Bemerkungen des Diktators zu »Mischlingen« überliefert, die gleichwohl weitreichende Konsequenzen haben konnten. So hatte beispielsweise eine eher beiläufige Bemerkung Hitlers bei Tisch zu »Mischlingen ersten Grades« in der Wehrmacht eine Kettenreaktion zur Folge, in der die obersten Reichsbehörden darauf hingewiesen wurden, »Mischlinge« würden zu »weichherzig« behandelt. Die Bearbeitung von Ehegenehmigungsanträgen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Reichsbürgergesetz entfielen daraufhin, das Erziehungsministerium zog nach, verbot »Mischlingen ersten Grades« ab Juli 1942 den Besuch höherer Schulen, das OKW entließ sie aus der Wehrmacht. Adam führt Hitlers Unschlüssigkeit hinsichtlich einer definitiven Entscheidung darauf zurück, daß »er sicher sein konnte, daß im Gefolge der Ausrottung eine spezielle Vorschrift zur gesetzesförmigen Regelung dieses Fragenkomplexes über kurz oder lang überflüssig werden würde.«²⁰ Diese Untätigkeit – so Adam – habe sich dann ungewollt gegen seine Intention gekehrt, denn die Vorstellungen der Ministerialbürokratie gingen dahin, ein Mindestmaß an Rechtssicherheit als Handlungsgrundlage zu erhalten. Sie praktizierte keine radikaleren Auslegungen der

17 Für Hilberg scheinen Parteiapparat und Verwaltung keine getrennten Machtblöcke zu sein, deren interne Differenzen und deren Konkurrenz zueinander herausgearbeitet werden müssen. Deshalb kann er zwar Verzögerungen und Einwände der »Beamten« auflisten, trotzdem aber zu dem Schluß kommen, daß es ein gemeinsames Ziel beider gewesen sei, die »Mischlinge« in die Vernichtung einzubeziehen. In seiner neuesten Arbeit nimmt Hilberg das »Sonderproblem« nicht auf (vgl. Hilberg, Täter). Zur entgegengesetzten Bewertung kommt Olenhusen, der ebenfalls in den 60er Jahren die Auseinandersetzungen zwischen Reichserziehungsministerium und Parteigliederungen in der Politik gegenüber »nichtarischen« Studenten an Hochschulen untersuchte: Olenhusen ortet die Konflikte im Hochschulbereich, die mit »wachsender Schärfe und Erbitterung« geführt wurden, als einen der Schauplätze, »auf welchen unter der täuschenden Oberfläche des nach außen geschlossenen totalitären Staates mit wechselndem Nachdruck und unterschiedlichem Ausgang der Kampf um die Vorherrschaft in der zivilen Verwaltung ausgetragen wurde, welcher seit Beginn des ›Dritten Reiches‹ zwischen Partei und Bürokratie schwelte.« Olenhusen, Die »nichtarischen« Studenten, S. 199.

18 Adam, Judenpolitik, S. 319.

19 Adam, Judenpolitik, S. 320.

20 Adam, Judenpolitik, S. 330.

antijüdischen Gesetze und Verordnungen, sondern wartete ab. Die daraus resultierende Verzögerungshaltung bzw. der Rückfall in ein »traditionelles Schema« von Verwaltungshandeln beendete nach Adam die »unmittelbare Gefährdung« ab Herbst 1943²¹ und rettete schließlich den Betroffenen das Leben.

Jeremy Noakes hingegen, der 1988 eine Studie über die »Mischlingspolitik« vorlegte, stellt nicht nur die Verfolgungsetappen differenzierter dar, sondern kommt nach eingehender Untersuchung auch zu dem Ergebnis, daß zwar die entscheidende Rolle der Ministerialbürokratie im Prozeß der »kumulativen Radikalisierung«, durch die die »Endlösung« beschleunigt wurde, nicht geleugnet werden kann und sollte.²² Die »Mischlinge« aber hätten dem aktiven Handeln dieser Bürokratie ihr Überleben zu verdanken – was allerdings gleichzeitig bedeutete, daß die Ermordung der »Volljuden« um so reibungsloser vonstatten gehen konnte. Es hätte in der Absicht der Ministerialbeamten gelegen, die unkontrollierbare Ausdehnung des Judenbegriffs an dieser Stelle zu verhindern, und deshalb hätte sie sich zur Lobby der »Halbjuden« gemacht. Hitlers widersprüchliche und zögernde Haltung erklärt Noakes mit der Angst vor Unruhe oder Protesten.²³ Hitler – so Noakes – hätte das »Mischlingsproblem« ohne Zweifel nach dem Krieg im Sinne der »Endlösung« aus der Welt geschafft.

Die hier nur kurz skizzierte bisherige Forschung hat sich der »Mischlingsfrage« also überwiegend von der Täterseite her genähert. Es war die Absicht der Historiker, die strukturellen Voraussetzungen und Muster der nationalsozialistischen Judenpolitik herauszuarbeiten.²⁴ Unberücksichtigt blieben bei diesen Forschungsansätzen Fragen, die mit den unterschiedlichen regionalen Ausprägungen der Verfolgungsmaßnahmen zusammenhängen. Vor allem aber fehlen Untersuchungen, die sich mit der Betroffenenenseite befassen, nämlich der »Gruppe« der Mischlinge und ihrem Verfolgungsschicksal aus der individuellen oder kollektiven Binnenperspektive. Die Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews mit Betroffenen bietet die Möglichkeit eines solchen erfahrungsgeschichtlichen Zugangs. Deshalb soll im folgenden am Beispiel ausgewählter Passagen aus Zeitzeugenerzählungen die Situation der »Mischlinge« im Spannungsfeld der eigenen und der elterlichen Verfolgung dargestellt und analysiert werden. Dabei geraten nicht

21 Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 330.

22 Vgl. Noakes, Development, S. 352 ff.

23 Noakes führt zwei Beispiele an: den Widerspruch, den die Euthanasie-Aktion in der Bevölkerung hervorgerufen hatte, und die Proteste der Ehefrauen, als in Berlin Juden aus »privilegierten Mischehen« verhaftet wurden. Vgl. Noakes, Development, S. 354.

24 Eine Ausnahme stellen die 1974 von Hans Günther Adler unter dem Titel »Der verwaltete Mensch« veröffentlichten Studien dar, in denen sich zwei größere Kapitel über »Mischlinge« und Mischehen finden. Vgl. Adler, Der verwaltete Mensch, S. 278–322 und S. 697–703.

nur staatliche Maßnahmen und ihre konkreten Umsetzungen ins Blickfeld, sondern auch die Reaktionen der umgebenden Gesellschaft. Beides beeinflusste die Umgangs- und Bewältigungsstrategien der »Mischlinge« sowohl während der NS-Zeit als auch die bis heute anhaltenden Auswirkungen der Verfolgung.

III. Der Interviewbestand »Halbjuden«

Zeitzeugen, die während der NS-Zeit als »Mischlinge« verfolgt wurden, sind nicht leicht als Interviewpartner zu gewinnen. Nur wenige hatten zuvor außerhalb des Familienkreises von den Erlebnissen erzählt. Die Angst, zuviel von sich preiszugeben, hat sich in den Jahren zwischen 1933 und 1945 tief eingegraben und prägt das Verhalten bis heute. Auch die Furcht, nachgeborene Interviewer könnten die hinter dem Verfolgungsschicksal jüdischer Verwandter oder Elternteile verblässenden Erfahrungen »unangemessen« dramatisieren, führt oft zu Zurückhaltung. Andererseits haben aber auch diejenigen, die in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft Kinder oder Jugendliche waren, inzwischen das Rentenalter erreicht und in dieser Lebensphase ein Bedürfnis entwickelt, sich im Gespräch den lange beiseite geschobenen belastenden Erfahrungen zu nähern,²⁵ wenn die Vertrauenswürdigkeit gewährleistet ist. Aus diesem Grund kam der privaten Vermittlung durch bereits Befragte besondere Bedeutung zu. Die ersten Interviewpartner lernte ich im Rahmen der Stadtteilgeschichtsforschung kennen.²⁶ Viele von ihnen stellten im Laufe der nächsten Jahre Kontakte zu Bekannten oder Verwandten her. Später unterstützte auch die »Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen« freundlicherweise die Arbeit.

Das hier zur Auswertung herangezogene Sample enthält 61 lebensgeschichtliche Interviews.²⁷ 51 davon waren von den Nationalsozialisten als »Mischlinge ersten Grades«, sechs als »Geltungsjuden« und zwei als »Mischlinge zweiten Grades« eingestuft worden. Bei zweien handelte es sich um Ehepartner von »Mischlingen ersten Grades«. Je 30 bzw. 31 Zeitzeugen waren männlich bzw. weiblich.

Von den »Mischlingen ersten Grades« gehörten achtzehn Geburtsjahrgängen 1904 bis 1919 an. Sie erlebten die Ereignisse nach der Pogromnacht

25 Von diesem Bedürfnis zeugt auch die Vielzahl inzwischen veröffentlichter autobiographischer Berichte, auf die am Ende dieses Aufsatzes mit bibliographischen Angaben hingewiesen wird.

26 Ihre Lebensläufe sind zum Teil veröffentlicht in Meyer, Mischehen oder wurden in dem Videofilm »Ich war ›rassisch halb‹« dargestellt.

27 Vgl. zu diesem Bestand auch Meyer, Projekt »Hamburger Lebensläufe«. Inzwischen umfaßt der in der »Werkstatt« archivierte Bestand noch weitere Interviews mit dem Personenkreis, die in diese Auswertung nicht einbezogen wurden.

als junge Erwachsene. 33 wurden im Zeitraum 1921 bis 1933 geboren, waren also während der NS-Zeit Kinder oder Jugendliche; von dieser Personengruppe wurden 25 zwischen 1920 und 1929 und acht zwischen 1930 und 1938 geboren.

36 Interviewte hatten – entsprechend dem Heiratsverhalten der Juden, die Mischehen eingingen – Väter jüdischer Herkunft, 15 stammten von einer Mutter jüdischer Herkunft ab. Die meisten Elternteile jüdischer Herkunft waren evangelisch getauft, ein kleinerer Teil betrachtete sich als Dissidenten und gehörte keiner Kultusgemeinschaft an, wenige Väter waren Mitglieder der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburgs (DIGH) geblieben. Die nationalsozialistische Definition der »Volljuden« maß aber der Selbstdefinition keine Bedeutung bei. Die nichtjüdisch erzogenen Kinder aus Mischehen teilten nicht nur partiell das Schicksal ihrer Eltern, sondern sie avancierten später auch zu deren Schutzschild. Denn ab Winter 1938/1939 unterschieden die nationalsozialistischen Machthaber zwischen »privilegierten« und »nichtprivilegierten« Mischehen.²⁸ »Privilegiert« war eine Ehe, aus der nichtjüdisch erzogene Kinder hervorgegangen waren.

Die Familien gehörten überwiegend der mittleren und oberen Mittelschicht an: Vor 1933 arbeiteten 38 der Väter als Selbständige (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte, Makler) oder Akademiker im Staatsdienst (Richter, Lehrer), während lediglich sechs als mittlere oder kleine Angestellte, fünf als Arbeiter oder Handwerker und zwei als Künstler beschäftigt waren.²⁹ Die nichtjüdischen Mütter gingen zumeist erst nach 1933 einer Erwerbstätigkeit nach. Nur eine geschiedene Frau war als Verkäuferin erwerbstätig.

In den ersten sechs Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erwogen zwar insbesondere die Familien mit jüdischem Ernährer die Emigration, doch setzten nur zwei Familien diese Absicht in die Tat um. Die Väter zweier weiterer Interviewpartner emigrierten allein und ließen ihre Familienangehörigen in Deutschland zurück, die zumeist Hamburg als ihren Wohnsitz behielten, weil ihnen die Großstadt gegenüber ländlichen Gebieten Schutz durch die Anonymität bot. Hier fanden sich leichter Arbeitsplätze oder Wohnungen, konnte der einzelne in der Masse untertauchen. Dennoch verschlechterte sich die materielle Situation der meisten Familien zwischen 1933 und 1938 rapide. Die Väter jüdischer Herkunft verloren Arbeitsplätze,

28 Als »privilegierte« Mischehen galten solche, bei denen der Ehemann Jude war, aber nichtjüdisch erzogene Kinder existierten, oder kinderlose Ehen, bei denen die Frau jüdisch war. Waren ehemals christliche Partner – gleich ob Mann oder Frau – zum Judentum konvertiert, galten die/der Konvertierte und die Kinder als »Geltungsjuden«, die mit Juden gleichbehandelt wurden, diese Ehen waren immer nichtprivilegiert. BA, R 18, Reichsministerium des Innern, 5519, Bl. 343–345, Geheimer Schnellbrief des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, an den Reichsminister des Innern u.a. v. 28.12.1938.

29 Damit entspricht die Berufsverteilung in etwa der von Noakes aufgelisteten. Vgl. Noakes, Development, S. 293.

wurden pensioniert, invalidisiert, ihre selbständigen Unternehmen »arisiert«. Die Ehemänner von jüdischen Frauen wurden zwar nicht unbedingt entlassen, hatten aber doch mancherlei Repressionen wegen ihrer »jüdischen Versippung« zu gewärtigen. Zudem veränderte der äußere Druck in fast allen Familien mit jüdischem Vater die klassische innerfamiliäre Rollenverteilung. Hatten bis dahin die Männer die Familie ernährt und auch nach außen vertreten, so fiel nun den Frauen die Rolle zu, die materielle Reproduktion wie die psychische Stabilisierung der Ehemänner zu übernehmen. Die Interviews geben Auskunft über erfolgreiche und fehlgeschlagene Versuche der Frauen, die materielle Reproduktion der Familie zu übernehmen. Ebenso enthalten sie Passagen über Streit in den Familien, über Depressionen und Selbstmordversuche des jüdischen Elternteils.

Ein Großteil der jüdischen Väter wurde während der Pogromnacht im November 1938 verhaftet und verbrachte die nächsten Wochen oder Monate im Konzentrationslager Fuhlsbüttel bzw. wurde nach Sachsenhausen transportiert. Für die Mittelschichtsfamilien war diese Aktion ein schwerer Schock, stellte sie die Väter doch Kriminellen gleich. Nach der Pogromnacht mußten die jüdischen Elternteile Zwangsarbeit leisten. Dabei handelte es sich um niedrigste Arbeiten, die körperlich anstrengend und psychisch belastend waren. Als die Deportationen begannen, blieben die in Mischehen lebenden jüdischen Partner zunächst verschont. »Nichtprivilegierte« Mischehen waren zurück-, »privilegierte« freigestellt. Die Interviewpartner stammen – bis auf die erwähnten »Geltungsjuden« – alle aus »privilegierten« Familien. Dennoch lebten sie in ständiger Angst, in die »Evakuierungen«, wie die Deportationen zumeist genannt wurden, einbezogen zu werden. War der jüdische Elternteil wegen eines vermeintlichen oder tatsächlichen Vergehens verhaftet, so drohte die Einlieferung ins KZ, wie es in vier befragten Familien geschah.³⁰

Bestand die Familie vor 1933 durch den Tod des Vaters oder Scheidung nur noch aus Mutter und Kind(ern), war für die Einbeziehung der »Mischlinge« in die Verfolgungsmaßnahmen entscheidend, ob die Mutter jüdischer Herkunft war oder der nicht mehr (bei ihnen) lebende Vater. Hier differieren die Verfolgungsschicksale selbst gleicher Jahrgänge von »Mischlingen ersten Grades« erheblich. Während sich die einen im »deutschblütigen« Umfeld weitgehend »unsichtbar machen« konnten, waren die anderen erhöhter Aufmerksamkeit der Verfolgungsbehörden ausgesetzt. Verstrickten sich »Mischlinge« in Straftaten, wirkte ihr Status strafverschärfend. Zwei männliche Interviewpartner, denen wehrkraftzersetzende Äußerungen bzw. Widerstandstätigkeit vorgeworfen wurde, überlebten mehrjährige KZ-Haft.

30 FZH/WdE 052, 036, 008 und – den Ehemann betreffend – 013.

Ungefähr 10% aller in der Volkszählung von 1939 erfaßten »Halbjuden« wurden als »Geltungsjuden« eingestuft.³¹ Aufgrund der eigenen Zugehörigkeit oder der elterlichen Konversion zur jüdischen Gemeinde oder aufgrund eines Geburtsdatums, das nach dem 1. Juli 1936 lag, sollten sie mit Juden gleichbehandelt werden, obwohl auch sie aus Mischehen stammten. Sie unterlagen allen Bestimmungen, die gegen »Volljuden« erlassen wurden. Personen mit diesem Verfolgungsschicksal überlebten die NS-Zeit entweder als Emigranten, als KZ-Häftlinge oder verdeckt und getarnt in Deutschland. Konnte oder wollte die Familie nicht gemeinsam emigrieren, bemühten sich viele Eltern spätestens nach der Pogromnacht im November 1938, ihre minderjährigen Kinder als Teilnehmer eines »Kindertransports« in Sicherheit zu bringen. Oft bedeutete die Ausreise des Kindes den Abschied für immer, zumindest aber leitete sie jahrelange Trennungen und Entfremdungen ein. Im Projekt konnten fünf Interviewpartner aus diesem Personenkreis befragt werden. Die in diesem Beitrag aus Platzgründen nicht analysierten Interviews mit »Geltungsjuden« spiegeln die oben genannten Verfolgungsschicksale wider: Eine interviewte Teilnehmerin eines Kindertransports lebt heute in England, eine »Geltungsjüdin« überlebte als Erwachsene verdeckt in Hamburg, die Herkunft eines Kleinkindes konnte getarnt werden, zwei Zeitzeugen überlebten das KZ Theresienstadt.

IV. Verfolgungserfahrungen junger Erwachsener

Welches Verfolgungsschicksal Interviewte erlitten, hing einerseits vom »rassischen Status« ab, andererseits aber auch sehr stark von der Lebensphase, in der Personen ausgegrenzt oder diskriminiert wurden. Für Integration oder Ausschluß aus der Mehrheitsgesellschaft war bei den jüngeren »Mischlingen« nicht die Generationszugehörigkeit, sondern der Geburtsjahrgang entscheidend, als die Ausgrenzungsmaßnahmen ab 1942 an Intensität zunahmen. Auch die Umgangsstrategien mit diesen Erfahrungen variierten nicht nur nach sozialer Herkunft oder Geschlecht, sondern entwickelten sich vor allem im Rahmen der altersbedingten Möglichkeiten der Betroffenen. Auch die lebensgeschichtlichen Auswirkungen schließlich unterschieden sich nach der Lebensphase, in der die Verfolgung erlitten wurde, den individuellen Handlungsmöglichkeiten, die Betroffene ihr entgegenzusetzen konnten, und den Reaktionen der nichtbetroffenen Umgebung.

Angesichts der Bandbreite der Verfolgungsschicksale, die hier nur angedeutet werden kann,³² will ich im folgenden Einblicke in vier Lebensläufe

31 Vgl. Noakes, *Development*, S. 292.

32 Vgl. dazu die Dissertation der Verfasserin »Jüdischer Mischlinge«.

geben. Soweit dies möglich war, wurden außer der Forschungsliteratur, die Aufschluß über Verfolgungsmaßnahmen gibt, schriftliche Zeugnisse zur Rekonstruktion bzw. Dekonstruktion der Geschehnisse hinzugezogen. Sie kontrastieren oder ergänzen die Darstellung der Zeitzeugen, denn ebenso wie Autobiographien sind auch mündlich erzählte Lebensgeschichten Konstruktionen, deren »roter Faden« ebenso wie die Sinngebung stark von der Gegenwart der Interviewten beeinflusst sind.³³ Von Schlüsselstellen dieser Konstruktionen ausgehend, entwickle ich meine Interpretationen der Lebensgeschichten.³⁴ In einem zweiten Schritt vergleiche ich die so dargestellten und interpretierten Interviews altersgleicher Zeitzeugen auch unter geschlechtsspezifischen Aspekten, um schließlich in einem dritten Arbeitsgang durch Querverweise auf hier nicht analysierte Lebensläufe herauszuarbeiten, welche Erfahrungen und Umgangsstrategien mit Verfolgung und Ausgrenzung im Rahmen des Samples eher typisch oder welche eben doch sehr individuell waren. Ein Anspruch auf Repräsentativität wird damit nicht erhoben, dazu ist die Bandbreite der Erfahrungen zu groß, doch lassen sich zumindest Ähnlichkeiten und Tendenzen herausarbeiten wie ein gemeinsamer Erfahrungshorizont dieser Verfolgtengruppe rekonstruieren.

1. »Die Angst werde ich nie wieder los« – Nachkriegsemigrantin Erika Fülster

Erika Fülster wurde 1915 in Schlesien geboren. Ihre in Mischehe lebenden Eltern verstarben noch während ihrer Kindheit. Sie zog zur Großmutter und einer Tante nach Mecklenburg, die beide Jüdinnen waren. Die Frauen betrieben eine gutgehende Pension in Fürstenberg. Erika besuchte dort bis 1932 die örtliche Schule. Durch die »mosaischen« Verwandten wuchs sie in deren religiös geprägten Bezüge hinein. 1935 ging sie nach Berlin, um im jüdischen Krankenhaus eine Schwesternausbildung zu beginnen. Als sie keine Lehrstelle bekam, arbeitete sie statt dessen im jüdischen Altersheim. Wieder nach Fürstenberg zurückgekehrt, fand sie ein deutlich verändertes Klima in der Stadt vor. SA-Aufmärsche und antisemitische Pöbeleien der Nachbarn waren an der Tagesordnung. In der Nähe wurde der Bau des Konzentrationslagers Ravensbrück geplant.³⁵ Die drei Frauen beschlossen, nach Hamburg zu ziehen und verkauften das Anwesen – glücklicherweise

33 Vgl. dazu insbesondere Rosenthal, Lebensgeschichte, Kapitel 3 und 4.

34 Diese erheben keinen Anspruch auf »Richtigkeit«, die ausführliche Wiedergabe der Schlüsselstellen soll es den Leserinnen und Lesern sowohl ermöglichen, die Interpretationen nachzuvollziehen als auch eigene zu entwickeln.

35 Mit dem Bau der Anlage wurde 1938 begonnen, nachdem seit 1935 Grundstückskäufe von Staat, NSDAP und SS getätigt worden waren. Vgl. dazu Jacobeit, Ravensbrück, S. 146.

wenige Tage vor der Pogromnacht, so daß die Stadt Fürstenberg dem neuen Eigentümer die in der »Kristallnacht« angerichteten Schäden erstatten mußte.

Im Januar 1939 fanden die Frauen eine Wohnung im Hamburger Stadtteil Eppendorf, die sie gemeinsam bezogen. Hatten vorher Großmutter und Tante für Erika gesorgt, so waren diese als »Volljüdinnen« nun darauf angewiesen, daß Erika entsprechende Aufgaben übernahm. »Da ich Halbjüdin war, habe ich die Wohnung gemietet«, erinnert sich Erika Fülster.³⁶ Sie hatte das Glück, eine freundliche Vermieterin zu finden, in deren Haus auch andere jüdische Mieter wohnten. Die Atmosphäre im Wohnblock war allerdings nicht ausschließlich von Toleranz gekennzeichnet:

»Da war eine Verwalterin (...), die war sehr judenfreundlich, war keine Jüdin, aber sehr judenfreundlich. Wie gesagt, da haben noch zwei [jüdische, B.M.] Parteien außer uns gewohnt, über uns und noch im 3. Stock. Aber die sind alle weggekommen.

M: Wie war das Verhältnis zu den anderen Nachbarn?

F: Die Nachbarn haben wir nicht so gekannt, aber im Haus unten im Souterrain haben Leute gewohnt. Und wir hatten so 'nen hübschen Balkon, und da ist mal ein kleiner Blumentopf runtergefallen. Die sind dann aufgekommen, haben aufgeschrien: »Lassen Sie Ihren Judendreck oben!« (...) Dann im Parterre waren noch Leute, die waren antisemitisch. Furchtbar. Und haben einen oft angepöbelt.

M: Gab es da einen Blockwart in dem Haus?

F: Als der Krieg ausbrach. Im Parterre wohnten Juden auf der einen Seite, auf der einen waren Nichtjuden. Und da hat man gesagt, da könnten wir, wenn Alarm ist, reingehen. Da waren wir nur einmal drin. Also Juden durften nicht unten in den Keller! (...) Als der ganz große Angriff war, war ja meine Familie schon weg [deportiert, B.M.]. Da war natürlich alles durcheinander. Und da war keine Frage mehr, wer Jude ist und wer nicht Jude ist. Und da bin ich den einen Abend auch in den Keller reingegangen. Aber sonst bin ich gar nicht mehr runtergegangen.«³⁷

In dieser Passage stellt Erika Fülster dar, wie sie die Nachbarschaftsbeziehungen der nichtjüdischen zu den jüdischen Mietern empfunden hat: Die jüdischen Mieter waren bei Kriegsausbruch bereits streng von den anderen separiert. Das galt offensichtlich sowohl für die Neuankömmlinge wie auch für die jüdischen Altmietler. Jeder Nachbarschaftskonflikt drohte in eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Rechte jüdischer Mieter umzuschlagen. Ein versehentlicher Verstoß gegen die Hausordnung wurde als absichtliche Handlung gewertet. Auch mußten sich die jüdischen Mieter im

36 FZH/WdE 058, Interview mit Erika Fülster, geführt am 3.7.1991 von Beate Meyer, Transkript Fülster, S. 3.

37 Transkript Fülster, S. 3.

Hausflur anpöbeln lassen. Der Probealarm zog dann die Trennlinie noch einmal schärfer: Den (vermeintlich) schützenden Keller dürften nur »Arier« aufsuchen, Juden konnten allenfalls in der Parterrewohnung Sicherheit suchen. Als die Luftangriffe später zum Hamburger Alltag gehörten, waren die jüdischen Mieter, einschließlich Großmutter und Tante, bereits deportiert. Erika Fülster war so eingeschüchtert, daß sie es nur noch ein einziges Mal, bei den Großangriffen auf Hamburg im Juli 1943, wagte, sich zu den anderen Mietern zu setzen – obwohl sie als »Mischling ersten Grades« von der Bunkergemeinschaft nicht ausgeschlossen war.

Während Großmutter und Tante von den nicht unbeträchtlichen Ersparnissen und dem Verkaufserlös aus der Pension lebten, fand Erika schnell einen Arbeitsplatz als Helferin eines niedergelassenen Arztes in Altona:

»F: Er mochte mich. Er hatte so viele Bewerbungen. Und ich bin dahin zum Interview³⁸, und da hat er mich in zehn Minuten genommen. (...) Als er mich interviewt hat, hat er seine Frau gerufen, und die hat dann auch ... Ich war nachher auch noch mit ihnen befreundet, nachdem ich schon lange aus Deutschland weg war. Aber der war anständig. Das muß ich sagen. Ich war bei ihm, bis ich nach England ausgewandert bin.

M: Und haben da auch noch andere junge Frauen gearbeitet?

F: Nein.

M: Sie waren die einzige?

F: Ja. Wenn jemand kam, mußte ich »Heil Hitler« sagen, was ich versucht habe, nicht zu tun. Er war sehr beliebt als Arzt und hatte viele Patienten. Ich glaube, wenn er nicht in die Partei gegangen wäre, hätte er auch zu tun gehabt. Aber warum, das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Aber er hat mich nie ...

M: Hat er sich denn auch ein bißchen gekümmert oder war ein bißchen teilnahmsvoll, was bei Ihnen zu Hause passiert?

F: Er hat mich genommen, und vierzehn Tage später bin ich acht Stunden bei der Gestapo [gewesen, B.M.]. Ich meine, ein anderer ... Als ich dann abends nach Hause kam, da hat meine Familie gleich gesagt: »Na, Erika die Stellung bist du los.« Aber er war wirklich anständig. Er hätte mich ja sofort entlassen können. Er hat gesagt, die Gestapo hätte ein paarmal angerufen. Das kann ich nicht sagen, ob das stimmt. Das hat er mir erst gesagt, als der ganze Schlamassel vorbei war.«³⁹

Eingestellt hatte sie der Arzt, »weil er sie mochte«. Hier weist Erika Fülster auf einen Aspekt hin, der in den Überlebensstrategien der »Mischlinge« zentral war: Sie konnten nicht nur auf die Wirkung von guten Zeugnissen oder Berufserfahrung vertrauen, auch Empfehlungen galten in ihrer Lage oft

38 E. F. benutzt hier den englischen Ausdruck »Interview« für Vorstellungsgespräch.

39 FZH/WdE 058, Transkript Fülster, S. 8.

nichts, wenn der künftige Arbeitgeber überzeugter Antisemit war. Einzig die persönliche Ausstrahlung von Freundlichkeit, Rechtschaffenheit, Zuverlässigkeit, Bescheidenheit und Arbeitsbereitschaft konnten einen bis dahin Unbekannten dazu bewegen, die Aussicht auf tatkräftige und anpassungsbereite Angestellte höher zu bewerten als eventuell zu erwartende Unannehmlichkeiten. Insofern war die sympathiegewinnende Art der Kontaktaufnahme eine (nicht immer bewußte) Strategie, mit Arbeitgebern, Amtspersonen oder Parteigenossen umzugehen. Nachdem der Arzt sich bei seiner Frau rückversichert hatte, stellte er Erika ein. Daß sie Anpassungsleistungen wie den Hitler-Gruß erbringen mußte und keine irritierenden Fragen stellen durfte, war selbstverständlich.

Den eigentlichen Preis für den Arbeitsplatz erwähnt sie erst an anderer Stelle im Interview: Sie arbeitete von morgens um 8 Uhr bis abends um 22 Uhr. Sie erklärt den extrem langen Arbeitstag mit den Erfordernissen der Kriegswirtschaft und stellt selbst den Zusammenhang nicht her, daß die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft auch ein Grund für ihre Einstellung gewesen sein könnte. Anteilnahme konnte sie am Arbeitsplatz nicht erwarten, es war schon viel, »wenn er sie nie ..«, wobei offenbleibt, wozu er sie über den Hitler-Gruß hinaus hätte zwingen können. Der nicht zu Ende geführte Satz läßt ahnen, daß sie sich dem Arbeitgeber ausgeliefert fühlte, auch wenn er von seiner Machtposition ihr gegenüber weniger Gebrauch machte, als es in ihrer Phantasie hätte tun können.

Der Arbeitgeber gibt ihr bis heute Rätsel auf. Warum war er »Pg.« geworden? Hätte er anderenfalls weniger Patienten gehabt? War er wirklich von der Gestapo und – wie sie an anderer Stelle im Interview sagt⁴⁰ – von der Ärztekammer aufgefordert worden, sie zu entlassen? Oder hatte er dies nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes erfunden, um das eigene Verhalten der »Anständigkeit« herauszustreichen, das sie ihm im übrigen sofort nach Kriegsende mit einem »Persilschein« attestierte? Immerhin arbeitete sie bis 1947 in seiner Praxis. Nach ihrer Darstellung war sie diesem Mann nah und hat ihm viel zu verdanken. Sie charakterisiert das Verhältnis als Freundschaft. Doch wie auch andere Personen, von denen sie nichts zu befürchten hatte, blieb er ihr letztlich ein Rätsel. Die Beziehung war von Dankbarkeit ihrerseits und von Wertschätzung seinerseits gekennzeichnet. Doch es gab ebenso wenig Austausch über sein Selbstverständnis als Nationalsozialist, wie darüber, wie er Rassismus und Arbeitsalltag in Einklang brachte, und erst recht nicht darüber, welche Probleme ihr Status als »Mischling« für sie aufwarf. Ähnlich beschreibt sie auch das Verhältnis zu anderen Personen, die ihr nicht feindlich gegenüberstanden: Die Beziehungen verblieben auf einer äußerlichen Ebene. Wie sich Haltungen und Handlungsmotivationen von

40 Transkript Fülster, S.7.

Nachbarn oder Bekannten entwickelt hatten, blieb ihr unerklärlich. Als Fremde und mit dem Stigma »Mischling« versehen, erhielt sie keinen Einblick in das Innenleben ihrer »Freunde«.

Erika war zu dieser Zeit mit einem »Deutschblütigen« verlobt. In der entsprechenden Interviewpassage berichtet sie nichts über den Verlobten, nichts über gemeinsame Erlebnisse, sondern verknüpft die Erwähnung ihrer Verlobung mit einer Vorladung zur Gestapo, die sie kurz nach Arbeitsantritt bei dem Arzt erhielt. Acht Stunden wurde sie von der Gestapo verhört. Die Wirtin ihres Verlobten hatte das Paar wegen »Rassenschande« angezeigt. Nun galt zwar das Heiratsverbot, nicht aber ein gesetzliches Verbot sexueller Beziehungen zwischen »Mischlingen« und »Ariern«. ⁴¹

»Und dann mußte ich dahin, und da haben sie mich acht Stunden verhört über mein Verhältnis zu meinem späteren Mann. Aber sie haben mir nichts getan.

M: Was wollten die von Ihnen? Eine Bestätigung?

F: Die Wirtin hatte mich angezeigt. Und die Gestapo konnte nicht sagen »Rassenschande«, weil ich »Halbjüdin« war. Haben mich verhört und haben gesagt, es ist »Rassenunehre«. Ich war von 13.00 bis 21.00 Uhr auf der Gestapo. (...)

M: Und worauf sollte das hinauslaufen? Haben Sie was unterschreiben müssen?

F: Nein, das habe ich nicht. Sie konnten mich ja nicht festnageln mit »Rassenschande«, weil ich ja nicht »Volljüdin« war. Aber sie haben mich verwart und haben gesagt, es ist »Rassenunehre«.

M: Und was ist mit Ihrem Verlobten geschehen?

F: Der ist gefallen drei Wochen vor Ende des Krieges.

M: Der ist gar nicht vorgeladen worden?

F: Ja. Das ist alles schon so lange her. Als die Wirtin mich angezeigt hat, hat die Firma, wo er angestellt war, ihn vorgeladen, hat gesagt: »Entweder Sie kriegen ein Disziplinarverfahren, oder Sie melden sich freiwillig zur Wehrmacht.« Und da ist er zur Wehrmacht gegangen. Und da ist er auch Offizier geworden. Die konnten ihm ja weiter nichts mehr anhaben. Ich war ja nicht mit ihm verheiratet.

41

Nach der Ersten Verordnung zur Ausführung des Blutschutzgesetzes war »Mischlingen ersten Grades« die Heirat mit »Deutschblütigen« und »Mischlingen zweiten Grades« nur mit Ausnahme genehmigung erlaubt, untereinander konnten sie heiraten. Wählten sie einen jüdischen Ehepartner, wurden sie selbst zu »Geltungsjuden«. Ehen mit Ausländern wurden ihnen erlaubt (RGL. 1935, S. 1146 und RGL. 1935, S. 1334). Nach langwierigen Prüfverfahren auf regionaler Ebene wurden die Anträge dem 1936 gebildeten »Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes« zugeleitet. Dieser trat am 9.6.1936 erstmalig zusammen. 1940 wurde das Verfahren auf regionaler Ebene vereinfacht, die Aussichten auf Genehmigung blieben gleich null. Ab 1.3.1942 wurden Anträge für die Dauer des Krieges nicht mehr bearbeitet (vgl. Büttner, Not, S. 29ff., Meyer, »Besser ist doch, man taucht unter«, S. 131ff.). Die Antragsteller der in der Regel abgelehnten Ehegenehmigungsanträge wurden von der Gestapo überwacht (BA, R 58, Reichssicherheitshauptamt, 276, Gestapo an alle Staatspolizeileitstellen u.a. v. 6.1.1937). Waren »Mischlinge ersten Grades« eine außereheliche Beziehung zu »Deutschblütigen« eingegangen, sollte ihnen die Lösung dieses »unerwünschten« Verhältnisses aufgegeben werden (BA, R 56, Reichskulturkammer, 114, Informationsdienst Rassenpolitisches Amt der NSDAP, Reichsleitung v. 10.6.1938, Das Recht der jüdischen Mischlinge). Hatten männliche »Mischlinge« ein Verhältnis mit einer Soldatenfrau, sollten sie in Schutzhaft genommen und in ein KZ eingewiesen werden (vgl. Sauer, Dokumente, Band 2, S. 377).

M: Hat er was erzählt, ob er noch mal mit seiner Wirtin darüber gesprochen hat?
F: Nein. Aber ich bin nach dem Krieg – mein Schwiegervater lebte noch – und da bin ich hingefahren (...) und wollte die Frau zur Rechenschaft ziehen. Und die einzige Bombe, die dort gefallen ist, hat das Haus getroffen, wo Fräulein Nickelsen wohnte. Und ich bin hingefahren!«⁴²

War das Verhör selbst bereits ein Schock, so bedeutete die Denunziation in der Konsequenz die Trennung von ihrem Verlobten. Daß ein Ehegenehmigungsantrag mit einer langwierigen, entwürdigenden Prozedur verbunden war, ohne Aussicht auf Erfolg zu haben, sprach sich gerüchteweise herum: Nach Untersuchungen bei der Hamburger Gesundheitsverwaltung, Stellungnahmen von Partei und Gestapo reichte der Polizeisenator die Gesuche – fast immer mit Empfehlung zur Ablehnung – an das Reichsinnenministerium weiter.⁴³ Dort sollte sich der »Reichsausschuß zum Schutz des deutschen Blutes« mit den Anträgen befassen, der allerdings von tausenden Anträgen nur ein knappes Dutzend befürwortete.⁴⁴ Die Beantragung von Ehegenehmigungen hatte für die Paare meist das zur Folge, was Erika Fülster hier ohne Antrag widerfuhr: Gestapovorladungen. Von diesem Zeitpunkt an »stand sie auf der Liste«⁴⁵ und wurde zeitweise regelmäßig vorgeladen. Durch Einschüchterung und Überwachung sollte auch der »arische« Teil der Verlobten »überzeugt« werden, sich in »rassisch« erwünschter ehelicher Verbindung fortzupflanzen.⁴⁶ In Erikas Fall hatte der Verlobte die »Wahl« zwischen Disziplinarverfahren und »Heldentod«, bemerkenswerterweise als Offizier. Vielleicht hatte er erhofft, bei Auszeichnungen für Tapferkeit vor dem Feind doch die ersehnte Heiratserlaubnis – nun auf dem Weg über das Oberkommando der Wehrmacht – zu erhalten. Wie auch immer – Erika konnte ihn erst ehelichen, als er bereits tot war, und nicht einmal diese »Leichenrauung« stand ihr wie anderen Soldatenbräuten noch während der Kriegszeit zu.⁴⁷ Erst nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes konnte sie beantragen, ihre Verbindung zu legalisieren, als das Gesetz über die »Anerkennung freier Ehen rassisch und politisch Verfolgter« vom 23. Juni 1950 es

42 FZH/WdE 058, Transkript Fülster, S. 4.

43 StaHH, Staatsamt, 33. Von 94 Anträgen, die »Mischlinge ersten Grades« und ihre Partner gestellt hatten, wurden 88 mit Empfehlung zur Ablehnung versehen.

44 Bernhard Lösener, der die Zahl der insgesamt eingereichten Anträge nicht genau beziffern kann, spricht von kaum einem Dutzend Bewilligungen bei tausenden Gesuchen. Vgl. Lösener, Rassereferent, S. 284f. Die Protokolle des »Reichsausschusses zum Schutze des deutschen Blutes« verzeichnen für die Zeit zwischen Juni 1936 und Mai 1937 bei bis dahin 111 bearbeiteten Fällen 13 »Zweifelsfälle«, d.h. Anträge, die nicht einstimmig abgelehnt wurden. BA, 15.01, Reichsministerium des Innern, 25483, Bl. 180, Niederschrift 10. Sitzung v. 23.3.1937.

45 FZH/WdE 058, Transkript Fülster, S. 4.

46 BA, R 58, Reichssicherheitshauptamt, 276, Geheime Staatspolizei an alle Staatspolizeileitstellen u. a. v. 6.1.1937.

47 Vgl. zu den im Krieg geschaffenen Möglichkeiten der Eheschließung, von denen »Mischlinge« ausgeschlossen waren, Essner/Conte, »Fernehe«.

gestattete. Erika Fülsters Zorn über die durch die Denunziantin herbeigeführte Trennung kam auch darin zum Ausdruck, daß sie nach dem Krieg die Reise zum Wohnort dieser Frau unternahm. Doch sie wurde selbst um diese Aussprache betrogen, da die Frau vermutlich einem Luftangriff zum Opfer gefallen war. Ihr »und ich bin hingefahren« zeigt das Nachkriegsgefühl an, ins Leere zu laufen, wenn sie Verantwortliche suchte, selbst die namentlich bekannte Denunziantin war verschwunden.

Die Gestapovorladungen hatten noch einen weiteren Grund: Ihre jüdische Großmutter und Tante versuchten, als die Hamburger Juden die Deportationsbefehle erhielten, im Dezember 1941 in die Schweiz zu flüchten, wurden aber gefaßt und nach Hamburg zurückgebracht. Die Tante saß vor ihrer Deportation im Juli 1942 im Konzentrationslager Fuhlsbüttel ein.

»Meine Tante war in Schutzhaft gekommen, bevor sie nach Auschwitz kam. Und da bin ich mit meiner Großmutter sie besuchen gegangen einmal im Monat oder so. Ich brauchte ja keinen Stern zu tragen, aber meine Großmutter. Und als wir rausgingen aus Fuhlsbüttel – meine Tante war drei Tage, bevor sie nach Auschwitz kam, dort – und da war ja auch Gestapo, hat einer zu meiner Großmutter gesagt: ›Du, Sara, heb' das Papier dort auf.‹ Da habe ich mich gebückt, und da hat er mich mit seinen Stiefeln in die Nieren getreten. Und vor drei Jahren in Vancouver ist festgestellt worden, daß bei mir nur eine Niere arbeitet. Das konnte man nur nicht mehr ... Und den habe ich auf meiner Liste gehabt, Herrn Schilling. Ein Biest. Und der war an die Ostfront gekommen. (...). Außer daß mich der eine in die Nieren getreten hat, habe ich keine körperlichen Schäden gehabt.«⁴⁸

In der Erzählung des Vorfalles kurz vor der Deportation der Tante wird noch einmal deutlich, daß Erika sich entscheiden mußte: Wenn sie, die nicht »Sara« hieß und keinen Stern trug, der Großmutter die Demütigung abnahm, das Papier aufzuheben, und die Zugehörigkeit zu ihr demonstrierte, wurde sie dafür mit einem Fußtritt gewarnt, der bleibende Folgen hatte. Die Warnung erreichte ihr Ziel: Erika Fülster »entschied« sich für die nicht-jüdische Seite.

Auch in dieser Interviewpassage wird noch einmal deutlich, wie aussichtslos Erika Fülsters Nachkriegsbemühungen waren, einen Verantwortlichen dingfest zu machen. Wie die erwähnte Denunziantin war auch der Gestapobeamte ein Opfer des Krieges geworden, verschollen an der Ostfront. Jedenfalls gab Erika Fülster sich mit diesen Auskünften zufrieden. Daß die Zeitzeugin, die doch mehr als andere über den Verbleib ihrer Peiniger geforscht hatte, keine weiteren Erkundigungen einzog, deutet auf ihre Erleichterung

hin, daß »das Schicksal« ihr die Rache abgenommen hatte und sie diese nicht selbst vollziehen mußte.

Die Nierenverletzung wurde Erika Fülster kurz vor der endgültigen Trennung von ihren Verwandten beigebracht. Sie zu begleiten, habe sie nicht erwogen, antwortet sie auf eine Frage, die eigentlich nicht die Deportation, sondern das Fluchtziel Schweiz meinte. Doch das ihr im einzelnen unbekanntes Schicksal der beiden bereitet ihr bis heute Kopfzerbrechen. Immer wieder kommt sie im Interview auf eine fehlerhafte Eintragung im ersten Gedenkbuch für die jüdischen Opfer in Hamburg zurück, die ihre Tante als Selbstmörderin noch vor dem Fluchtversuch ausweist. Sie fragt die Interviewerin fassungslos, ob es denn keine Dokumente gäbe, die die Vorgänge belegten, und auch diese kann nur zusagen, auf den Fehler aufmerksam zu machen, nicht aber, ihn aufzuklären. Ausgehend von der falschen Eintragung, überlegt Erika Fülster, ob die Tante dann wohl in Auschwitz den Freitod gewählt habe.⁴⁹ Die Gedanken drehen sich im Kreis. Niemand kann Aufschluß geben, niemand schien vom Schicksal der Frauen Notiz genommen zu haben, die am 19. Juli 1942 den Deportationszug bestiegen. Das grauenhafte Geschehen war ausgelagert, fand fernab vom Hamburger Alltag in den besetzten Ostgebieten statt, ohne standesamtliche Registrierungen, Sterbeurkunden, Beisetzungen und Trauerrituale, die den Tod eines Menschen zu begreifen helfen.

Erika Fülster war ohne die jüdischen Mitbewohnerinnen weniger exponiert. Wohl vermißte sie den Verlobten, die Großmutter wie auch die nur wenig ältere Tante, mit der sie immer mal heimlich ins Kino oder zum Tanzen gegangen war. Dies hätte sie nun, ohne sich zu verstecken, tun können, wenn ihre Arbeitszeiten es zugelassen hätten. Sie hatte mit diesen drei Personen alle vertrauten Menschen verloren. Einzig eine Freundin, die sie bis heute regelmäßig besucht, war ihr geblieben.

Ende 1942 nahm sie ihren in Mischehe lebenden jüdischen Onkel und seine Frau in ihre Wohnung auf. Sofort verlangte die Gestapo die Kennzeichnung der Wohnungstür mit einem Judenstern.

»Geweigert habe ich mich, als die Gestapo verlangte, ich sollte einen Stern an der Außentür anmachen. Ich habe mich eigentlich nie ... Ich hab' immer schreckliche Angst gehabt, aber ich hab' mich nicht unterkriegen lassen. ›Aber einen Stern«, hab ich gesagt, ›einen Stern mach' ich nicht an die Tür.«⁵⁰

Nach der schmerzhaften Lehre, die ihr der Gestapobeamte mit dem Tritt in die Niere erteilt hatte, kämpfte sie erfolgreich – vielleicht mit dem Mut der Verzweiflung – für ihren nichtjüdischen Status, ohne allerdings

49 Transkript Fülster, S. 8f., S. 12, S. 16.

50 Transkript Fülster, S. 13.

dem jüdischen Onkel die Solidarität zu verweigern und ihn vor die Tür zu setzen. Dieser wurde im Frühjahr 1943 verhaftet, konnte aber fliehen und überlebte versteckt.

Im Sommer 1943 erhielt sie nach den Luftangriffen auf Hamburg Ausgebombte zur Einquartierung zugewiesen. Dank ihrer zurückhaltenden, bescheidenen Art kam sie mit ihnen ohne Konflikte aus, weil sie nicht auf ihre Vorrechte als Wohnungsmieterin pochte. Es blieb ihr auch nichts anderes übrig. Trotz der Angst bei Bombenalarm empfand sie die Angriffe als Hoffnungszeichen: »Die Luftangriffe waren ja für uns alle, die von den Nazis betroffen waren, für uns war das ja ein Glück. Das klingt komisch, aber ...«⁵¹ Bei Jahresbeginn 1945 wurde sie zur wöchentlichen Meldung bei der Gestapo verpflichtet. Doch das Vorrücken der britischen Truppen ermutigte sie, diesen Befehlen nicht mehr zu folgen. Als der Krieg endlich zu Ende war, so erzählt sie,

»da habe ich die letzte Flasche Sekt, die ich noch hatte, aufgemacht.

M: Für Sie ganz allein?

F: Ja, da war ich allein. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich war nie ... Angst, habe ich natürlich, haben wir alle furchtbar gehabt, daß die Gestapo ... Ich hab' heute noch, mit Klingeln und so, das werde ich nie wieder los. Ich weiß ja, das kann nicht die Gestapo sein, aber das ist ja ein Trauma, das man niemals los wird.«⁵²

Die nicht zu Ende gesprochenen Sätze deuten auch auf Gedanken und Befürchtungen, die sie nie zu Ende denken mochte. Die Jahrzehnte über das Kriegsende hinaus immer noch latent vorhandene Angst begleitet sie selbst im fernen Kanada, wohin sie emigriert ist. Fast als wollte sie ans Ende der Welt fliehen, um diesen Ängsten zu entkommen.

Nach der Kapitulation Deutschlands änderten Erika Fülsters Zeitgenossen unversehens ihr Verhalten. Zwar verwandelten sich Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit nicht in Anteilnahme oder Interesse, aber immerhin zeigten beispielsweise Nachbarn – mehr oder weniger berechnend – daß sie sehr wohl um das Unrecht wußten, das den jüdischen Verfolgten angetan worden war:

»Aber die andere [Nachbarin, B.M.], die auch ziemlich – ziemlich?! – sehr feindlich gesinnt war, die ist raufgekommen zu mir nach dem Krieg, und hat gesagt: ›Sie wissen doch, ich war ...‹ das Übliche.

M: Aber kein Wort der Entschuldigung, des Bedauerns?

F: Ooooh ...

M: Die hat aber keinen Persilschein verlangt?

51 Transkript Fülster, S. 13.

52 Transkript Fülster, S. 14.

F: Den hätte ich ihr auch nicht gegeben. Ich hab' nur den einen Brief an Dr. W., wie ich Ihnen schon sagte, der war anständig, so habe ich das gemacht ... Der hat aber auch nicht gelitten, sein Konto wurde wieder aufgemacht.«⁵³

Es ist Erika Fülster wichtig, darauf hinzuweisen, daß sie sorgfältig ausgewählt hat, wem sie einen der begehrten »Persilscheine« ausstellte. Ihrem Arbeitgeber wollte und konnte sie helfen. Sie ist stolz, daß der ehemalige »Pg.« nicht leiden mußte, ein Hinweis darauf, wie weit sie sich trotz der Ausgrenzung mit der Mehrheitsbevölkerung identifizierte.

Dennoch mochte sie nicht weiter zusammen mit diesen Menschen leben. Sie ging nach England, wo sie mehrere Jahre als Hausangestellte arbeitete, bis sie die britische Staatsbürgerschaft beantragen konnte. Von dort aus beauftragte sie einen deutschen Rechtsanwalt, die Witwenrente einzuklagen, die ihr aufgrund der nachträglichen Eheschließung zustand. Der deutsche Staat verweigerte ihr diese, weil sie keine Staatsbürgerin mehr sei. »Die hätten mir eine Million bieten können, ich wär' nie wieder Deutsche geworden«⁵⁴, weist sie auch heute die damals formulierte Zumutung zurück und verzichtete auf das Geld.

2. »Das Beste daraus gemacht« – Verbandsfunktionär Gert Wildenhahn

Noch der Danziger Urgroßvater Wildenhahn des Zeitzeugen hatte Pesach mit Vornamen geheißen, seine Brüder Pinkus und Zadek. Der Großvater hieß bereits Hermann, war aber aus Familientradition Mitglied der jüdischen Gemeinde in Danzig. Der Vater schließlich, 1881 geboren, »ist aus dem Judentum herausgewachsen oder herausgebrochen. Er gehörte zu den Menschen, die sehr stark das Bedürfnis nach Assimilation hatten«,⁵⁵ skizziert Gert Wildenhahn zu Beginn des Interviews das gewandelte Verhältnis seiner Vorväter zur Religion. Sehr zum Ärger der Familie heiratete dieser Vater eine nicht-jüdische Frau und ließ sich Anfang der zwanziger Jahre taufen. Die beiden Kinder des Paares wurden christlich erzogen. Von der jüdischen Herkunft erfuhr der Sohn Gert Ende der zwanziger Jahre eher zufällig: Die Großmutter hatte während eines Urlaubs das Haus gehütet und das jüdische Gemeindeblatt liegenlassen.

Der Vater, im Ersten Weltkrieg Frontkämpfer und politisch deutsch-national orientiert, hatte als leitender Angestellter der AEG eine wirtschaftliche

53 Transkript Fülster, S. 14.

54 Transkript Fülster, S. 15.

55 FZH/WdE 035, Interview mit Gert Wildenhahn, geführt am 1.6.1992 und 15.6.1992 von Beate Meyer, Transkript Wildenhahn, S. 1.

Position, die es ihm erlaubte, Mutter und Schwiegermutter zu unterstützen, bis er selbst im Zuge der Wirtschaftskrise seine Stellung verlor. Sein Sohn Gert, ein guter Schüler, besuchte ab 1927 das Gymnasium. Der nationalsozialistischen Machtübernahme stand der Fünfzehnjährige (Jg. 1918) ebenso wie seine Eltern zwiespältig gegenüber:

»Unheimlich war uns das. Aber mehr kann man nicht sagen. Wir haben auch mit gemischten Gefühlen die weitere Entwicklung [verfolgt, B.M.]. Wir vermochten uns nicht auszuschließen aus der Gemeinschaft des Volkes sozusagen. Und deswegen, wenn geflaggt wurde, flaggten wir auch mit einer schwarz-weiß-roten Fahne. Das war ja damals so üblich. Wir hatten große Manschetten vor der Hitlersituation. Man wußte nicht, wie es weiterging.«⁵⁶

Gert Wildenhahns Selbstverständnis – wie auch das seiner Eltern – war durch die subjektive Zugehörigkeit zum »Deutschtum« und zur deutschen Bevölkerung geprägt.

»Ich bin immer ein selbstverständlich sogar ziemlich nationaler Deutscher gewesen, nicht übertrieben, aber ich denke schon, nationaler Deutscher und was den Glauben anbelangt, ein mehr oder minder ein bißchen engagierter Christ. Und insofern stand ich immer in gewisser Weise auf einer Seite. Ich war natürlich nie ein Nazi, aber ich konnte mich nicht aus dieser Gemeinschaft der Deutschen ausschließen.«⁵⁷

Angesichts des väterlichen Arbeitsplatzverlustes, der allgemeinen Verelendung und der zunehmenden sozialen wie politischen Unruhen erschien dieser Familie der Machtantritt Hitlers zwar bedrohlich, mochte aber vielleicht doch die Chance enthalten, die Krise des wirtschaftlichen und politischen Systems der Weimarer Republik zu überwinden. Gert Wildenhahns Einstellung unterschied sich nicht sonderlich von der seiner Umgebung. Die »Gemeinschaft des Volkes«, zu der er sich rechnete, war bürgerlich-konservativ. So erinnert er auch die Atmosphäre an der Schule. Die meisten Schüler gehörten dem Großdeutschen Jugendbund an.⁵⁸ Gert hätte gern dazugehört, erfüllte aber aufgrund seiner Unsportlichkeit nicht die Aufnahmebedingungen. Statt dessen trat er dem Verein »Marinejugend Vaterland« bei, der nach 1934/35 in der Marine-HJ aufging. Beim Übertritt unterschrieb Gert auf Anraten der Vereinsfreunde, daß er »deutschblütig« sei. Doch schon bald fühlte er sich fremd in der vertrauten Umgebung:

56 Transkript Wildenhahn, S. 4.

57 Transkript Wildenhahn, S. 12.

58 Der Großdeutsche Jugendbund schloß sich 1933 mit dem Jungnationalen Bund unter Admiral von Trotha zur »Freischar junger Nation« zusammen, die enge Verbindungen zur Reichswehr pflegte. Trotz der konservativen Ausrichtung wurde der Großdeutsche Jugendbund zusammen mit den anderen Verbänden am 17.6.1933 aufgelöst. Vgl. Klönne, Jugend, S. 100f. und 21f.

»Ich merkte doch, daß meine Haltung ... Ich wußte auch nicht recht, was ich machen sollte. Da wurde ja keine Politik gemacht. Das war eine reine Jugendorganisation, 'ne ganz normale bündische Organisation. In diesen Einheiten, da waren wir dieselben Leute, die da immer gewesen waren. Dann merkte ich aber doch, ich konnte denen meine Haltung nicht plausibel machen. Und da bin ich auch da ausgetreten nach einem Dreivierteljahr oder Jahr.

M: Weil von den Kameraden ...

W: Weil ich den Eindruck hatte – die waren alle freundlich, da hatte ich gar keine Schwierigkeiten – aber ich unterhielt mich dann mit meinem Führer über dieses Thema. Der hat Verständnis gehabt. Und da ich sowieso unsicher war und mir sagte: »Wenn das nun auch noch kommt, daß ich denen, die es gut mit mir meinen – da war gar kein Zweifel – denen auch noch wieder klar-machen muß, warum ich es nötig habe, hier in diesem Verein zu sein«, da habe ich gedacht, es hat keinen Sinn, bin ich ausgetreten.«⁵⁹

Wohl waren die HJ-Angehörigen die alten Freunde, dennoch hatte sich etwas geändert. Vom integrierten Vereinsmitglied und Freund war Gert zu einem Außenseiter geworden, der seine Zugehörigkeit unaufgefordert rechtfertigen mußte. Er hatte die Jugendgruppe immer als politikfreien Raum begriffen und erfuhr nun, daß es einen solchen nicht mehr gab. Bereits 1934 hatte sich sein bürgerlich-konservatives Umfeld so weit den nationalsozialistischen Vorgaben angepaßt, daß »Mischlinge« nicht mehr wie selbstverständlich dazugehörten. Wenn auch niemand seinen Austritt verlangte, so wollte er doch diese Legitimationsleistung nicht länger erbringen. Daß er diesen Prozeß als seine veränderte »Haltung« bezeichnet, während sie doch eigentlich eine Reaktion auf die veränderte Haltung der Freunde war, verweist darauf, daß er die Zuschreibungen bereits ein Stück weit verinnerlicht hatte. Als bedrohlich erlebte er den Schritt zum Außenseitertum jedoch noch nicht. Auch sein Schuldirektor schien ihm ein »harmloser Nazi« zu sein, der zwar stets in SA-Uniform gekleidet war, aber nichts Furchterregendes ausstrahlte. In den Interviewpassagen wird deutlich, wie wichtig Gert Wildenhahn die Unterscheidung des nationalen, konservativen Milieus seiner Umgebung von den später durch den nationalsozialistischen Antisemitismus geprägten Verhältnissen ist. Antisemitismus glaubte er nur als »normal deutschen Vorbehalt« gegenüber Juden zu spüren.⁶⁰ Shulamit Volkov hat für dieses »vertraute Bündel von Auffassungen und Einstellungen«, das vom Kaiserreich in die Erste-Weltkriegs- und Nachkriegsgesellschaft hinein tradiert wurde, den Begriff des »Antisemitismus als kultureller Code« geprägt.⁶¹ Sie weist darauf hin, daß – während Millionen Deutsche

59 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 8f.

60 Transkript Wildenhahn, S. 4.

61 Vgl. Volkov, Antisemitismus, S. 36.

sich in der Sicherheit des vertrauten Codes wählten, der auf der Ebene der Vorbehalte verblieb – die Nationalsozialisten die Begriffe längst mit anderen Inhalten und Zielsetzungen gefüllt hatten, von denen das weitere Leben der Juden in Deutschland bestimmt wurde. Wenn Wildenhahn im Interview auf diesen Unterschied hinweist, pocht er auf Differenzierungen, die ihm trotz antisemitischer Erfahrungen eine nachträgliche Verortung in der deutschen Gesellschaft vor 1933 und im Übergang zur NS-Zeit ermöglichen.

1936 legte Gert Wildenhahn das Abitur ab. »Dann war es ja auch so, daß meine Berufswahl überschattet wurde dadurch, daß ich ja nur noch hätte das werden können, was ich dann wurde, nämlich Kaufmann.«⁶² Fast alle anderen Möglichkeiten waren versperrt.⁶³ Mit dieser Erklärung beschreibt Gert Wildenhahn nicht nur die »Wahl« seiner späteren Tätigkeit, sondern auch seine Umgangsstrategie mit versperrten Chancen: Er orientierte sich stets am Möglichen und verschwendete weder Zeit noch Energie auf den Versuch, über Ausnahmeregelungen oder auf Sonderwegen Wünsche zu verwirklichen. Er sondierte den besten der noch offenen Wege und eruierte, wie er diesen beschreiten konnte. Im Fall seiner Berufsausbildung wandte er sich an den alten Tanzstundenfreund seiner Mutter, den Kaufmann und späteren Nachkriegsbürgermeister Hamburgs, Rudolf Petersen, der selbst »Mischling ersten Grades«, ihn als Lehrling einzustellen bereit war. 1936 übersiedelte Gert Wildenhahn nach Hamburg.

Seinem Vater, der nach nationalsozialistischer Terminologie als »Volljude« galt, standen keine erfolgsversprechenden Wege zum Aufbau einer neuen beruflichen Existenz zur Verfügung. Die Eltern emigrierten 1937 nach England, die Schwester folgte ihnen 1939.

»Das war der schwerste Schicksalsschlag, der mich damals getroffen hat, die Trennung von meinen Eltern. Es war so eine heile Familie. Und die Trennung von meinen Eltern war ein schrecklicher Bruch.

62 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 5.

63 »Mischlinge zweiten Grades« konnten zwar unter bestimmten Bedingungen als Ärzte, Dentisten und Apotheker zugelassen werden, während »Mischlinge« generell für die Berufe Erzieher und Lehrer als ungeeignet betrachtet wurden (vgl. Longeric, Hitlers Stellvertreter, S. 67). Auch der Anwaltsberuf war »Mischlingen« beider Grade versperrt. Kein »Mischling« durfte Tierarzt, Steuerberater oder Schriftleiter sein. (BA, R 56, Reichskulturkammer, 114, Informationsdienst Rassenpolitisches Amt der NSDAP – Reichsleitung v. 10.6.1938, Das Recht der jüdischen Mischlinge). Die Ausübung etlicher Berufe war an Kammermitgliedschaften gebunden. Deren Aufnahmebedingungen waren unterschiedlich streng. »Mischlinge« beider Grade konnten nach dem Reichserbhofgesetz v. 29.9.1933 (RGBl. I 1933, S. 685) nicht Bauer werden. Am 28.10.1936 verlautbarte das Wirtschaftsministerium, daß es genüge, wenn Angestellte vorläufige Reichsbürger wären. »Mischlinge ersten Grades« konnten zunächst Mitglied der DAF sein. Arbeitsämter sollten zwar die jüdische Herkunft, nicht aber den »Mischlingsstatus« notieren (vgl. Noakes, Development, S. 328). Handwerksberufe konnten »Mischlinge« erlernen und ausüben (vgl. BA, R 56, Reichskulturkammer, 114, Informationsdienst Rassenpolitisches Amt der NSDAP – Reichsleitung v. 10.6.1938, Das Recht der jüdischen Mischlinge). Erst am 1.4.1944 wurden »Mischlinge ersten Grades« von der Mitgliedschaft bei der DAF ausgeschlossen (BA, R 22, Reichsjustizministerium, 1183, Amtliches Nachrichtenblatt der Deutschen Arbeitsfront 10. Jahrgang, Folge 1 v. 1.4.1944, DAF-Anordnung 2/44).

M: Warum haben Ihre Eltern Sie nicht mitgenommen?

W: Weil mein Vater die Vorstellung hatte, er könne da noch was machen, aber es wurde ja Deutschen nicht leicht gemacht, ins Ausland zu gehen. Und ich dachte: »Ach hier kann mir nicht so viel passieren.« Ich war auch ein bißchen schwerfällig, ein bißchen ängstlich vielleicht. Legal hätte ich das nicht gekonnt.«⁶⁴

Gert Wildenhahn hatte zwar mit 19 Jahren das Elternhaus bereits verlassen, empfand aber die Trennung trotzdem als sehr schmerzhaft. Dennoch kam es für ihn nicht in Frage, Wege außerhalb der Legalität zu suchen, um bei der Familie zu sein. Andererseits mochte die Auswanderung der Eltern uneingestanden auch eine Befreiung gewesen sein: Weder mußte er weiter um ihre Sicherheit fürchten, noch wurde er in seinem Umfeld fortwährend in Bezug zum jüdischen Vater gesetzt. Außerdem war es zu dieser Zeit noch möglich, die Eltern in London zu besuchen. Wenn ihn dort Engländer nach der Situation in Deutschland befragten, erklärte er:

»Das können Sie sich überhaupt nicht vorstellen. Es ist einerseits viel harmloser, als Sie sich das vorstellen und andererseits viel gefährlicher, denn da wird nicht um die Straßenecken geschossen. So dachten die. Da wird nicht um die Straßenecken geschossen. Das ist ganz ruhig, da fällt Ihnen gar nichts auf. Aber im Hintergrund ist es anders, unheimlich.«⁶⁵

Dennoch glaubte er sich als »Mischling ersten Grades« nach Erlaß der Nürnberger Gesetze geschützt, da nun aus seiner Sicht eine klare Scheidelinie zu den »Volljuden« gezogen war. So erlebte er auch die Pogromnacht am 9./10. November 1938 nicht als persönliche Bedrohung, sondern als Signal für die Juden:

»Ich habe versucht, das alles zu verdrängen. So kann ich am besten die Situation schildern. Es war so – man muß das menschlich verstehen, auch wenn man es vielleicht nicht gut findet – ich hatte begriffen, daß die Nürnberger Gesetze die rassistisch Verfolgten in zwei Gruppen einteilten, in eine Gruppe von hoffnungslosen Fällen und eine Gruppe von weniger hoffnungslosen Fällen. Ich gehörte zu den weniger hoffnungslosen Fällen. Ich habe mich nicht distanziert von den anderen, aber ich fühlte mich da nicht mehr ganz so bedroht. Vielleicht kann man das so formulieren. Insofern betraf es mich persönlich nicht so. Politisch fand ich das natürlich schrecklich. Aber man war ja schon einiges gewohnt.

M: Es war für Sie nicht ein Einschnitt der offenen Brutalisierung der Politik gegen Juden, die dann auch Sie und Ihre Gruppe erfassen würde?

64 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 5.

65 Transkript Wildenhahn, S. 12.

W: Nein, nicht so stark unmittelbar betroffen. Im übrigen gab es ja, also habe ich es doch mehr als eine Stufe der Eskalation verstanden, nicht als einen markanten Einschnitt, sondern mehr als eine Stufe.«⁶⁶

Während sich Gert Wildenhahn 1934/35 beim Austritt aus der Marine-HJ als Einzelner empfunden hatte, der – zum Außenseiter geworden – doch eigentlich dem Verein angehören sollte, definiert er sich in der Rückschau auf die Zeit drei Jahre danach als Mitglied einer Gruppe: der Gruppe der weniger hoffnungslosen Fälle »rassisch« Verfolgter, der »Mischlinge ersten Grades«. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft hatte Gert Wildenhahn mit Unbehagen realisiert, wie er, der sich selbst in der Mitte der Gesellschaft verortete, ohne Veränderungen seinerseits unmerklich zum Außenseiter wurde; in den Jahren des Erwachsenwerdens aber 1937/38 nahm er die Zwangsidentität an, die der NS-Staat ihm verordnete und versuchte, das Beste daraus zu machen. Im Interview schildert er die neu erfahrene Gruppenbindung:

»Und in der Tat hat die Verfolgung dann auch zweimal eine Rolle gespielt, einmal, als ich mich bedrängt fühlte durch die Ereignisse. Das muß gewesen sein '38, ich weiß aber nicht genau. Dann habe ich mir ein Taxi genommen, bin zu einem Vetter gefahren, ein sehr entfernter Vetter (...) Es hat sich dann ergeben, daß wir unsere Freundschaft verengt haben. Dann habe ich später auch (...) Kontakt gewonnen zu jemandem, der in der gleichen Situation war. Wir wurden ja etwas aufeinander .. Dann kam – wie hieß der denn – Werner, glaube ich (...) und sagte: »Mein Bruder studiert doch an der Universität (...). Und da ist so eine, die ist wie du. Und die ist so unglücklich. Um die müßtest du dich mal kümmern.« (...) Dadurch haben sich Kontakte ergeben, so daß ich also schon auf diese Weise viel Kontakte zu Menschen gewann, die sich in der gleichen Situation befanden und aufeinander angewiesen waren. Und schließlich habe ich ja dann auch diese Jugendgruppe übernommen, 1938 muß das gewesen sein, '37/'38.

M: Wie sind Sie dazu gekommen? Das muß man ja erstmal wissen, daß es sowas gibt.

W: Ich bin Konformist. Und ich tue, was man so tun muß. Und deswegen habe ich gesagt 1937 oder '36, irgendwann, schon relativ früh, da gibt es einen Verein, da müßte ich eigentlich auch reingehen. Der hieß damals noch Paulusbund, glaube ich (...) Ich war aber unsicher, auch vielleicht, weil ich nicht so viel Kontakt hatte, bin ich immer hingegangen zu denen, zu deren Geschäftsstelle am Neuen Wall, habe da mit der Geschäftsführerin (...) gesprochen. Bin denn da eingetreten. Und damals schon hat die zu mir gesagt: »Wir haben da so eine Jugendgruppe, die ist verwaist. Können Sie sich derer mal annehmen?« »Ja, warum denn nicht«, habe ich gesagt und habe die Jugendgruppe übernommen.«⁶⁷

66 Transkript Wildenhahn, S. 11.

67 Transkript Wildenhahn, S. 7.

Auf der Suche nach Kontakten wandte er sich in Hamburg an den Paulus-Bund, einem Zusammenschluß »nichtarischer Christen«, der am 20. Juli 1933 als »Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V.« gegründet worden war.⁶⁸ Der Verein wollte ein Interessenverband für Menschen sein, die jüdischer Herkunft waren, sich aber hatten taufen lassen oder die als »Halbjuden« nun zu den »Nichtariern« gezählt wurden. Dieser Gruppe fehlte im NS-Staat sowohl ein Sprachrohr wie auch eine Koordinationsstelle für Kontakte untereinander. Zudem wollten die überwiegend konservativen Vereinsgründer die Machthaber auch von ihrer politischen Loyalität überzeugen. Der Verband mußte sich im Laufe seiner kurzen Geschichte bis zur zwangsweisen Auflösung 1939 mehrmals umbenennen. 1937 war ihm aufgegeben worden, die »volljüdischen« Mitglieder zu entfernen, er bestand danach vorwiegend aus »Mischlingen«. Zu diesem Zeitpunkt nahm Gert Wildenhahn den Kontakt zur Geschäftsstelle auf. Die Jugendgruppe war verwaist, weil der vorherige Leiter nach einer Verhaftung Selbstmord begangen hatte. Damit entfiel für die jugendlichen »Mischlinge« eine der wenigen Möglichkeiten, mit Gleichaltrigen zusammenzukommen oder etwas zu unternehmen. Gert Wildenhahn sah die Möglichkeit, gleichzeitig selbst Kontakte zu knüpfen und auch ein offensichtliches Bedürfnis anderer zu erfüllen und sagte zu. Am sonstigen Vereinsleben nahm er kaum teil. Die in dieser Zeit heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden und Mitgliedern bezeichnet er als »Querelen«. Er brachte seine Kompetenz in der Jugendarbeit ein. Mit den Marinejugenderfahrungen im Hintergrund gestaltete er das Gruppenleben »ziemlich diktatorisch«. ⁶⁹ Immerhin trafen sich Mädchen und Jungen nun zu Heimabenden, gingen auf Fahrt oder paddelten auf der Alster.

»W: Ja, ich war etwas älter als die, die da drin waren. Die waren zwischen vierzehn und siebzehn. Die Mitgliedschaft schwankte sehr, sowohl was die Zahl, auch was die Zusammensetzung anbelangte. Es waren immer Jungen und Mädchen. Und wir haben ein so typisch bündisches Leben dort gemacht. Wir haben einmal in der Woche einen Heimabend gehabt, etwas notdürftig in der Geschäftsstelle am Neuen Wall und haben dann so alle vier Wochen eine Fahrt gemacht. Da hatten wir auch einen Führerausweis vom Deutschen Jugendherbergsverband zu kriegen. Und da waren wir in Jugendherbergen und haben auch öfter dort gezeltet. Und die Beteiligung schwankte zwischen zehn und zwanzig, auch mal weniger. (...) Das schwankte, weil mal wieder einer dazukam und einer emigrierte, oder er mochte nicht mehr, oder die Eltern sagten: »In den Verein gehst du nicht mehr.«

M: Das gab es auch?

W: Ja, es gab natürlich viele Leute, die zu dem Kreis gehörten, die sagten:

68 Vgl. zur Geschichte dieses Verbandes die Dissertation von Vuletic, Christen.

69 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 9.

›Muß man sich denn so exponieren? Muß man sich denn bei denen da auf eine Liste setzen lassen? Muß man es denen so leicht machen, einen zu erfassen?‹ Besser ist doch, man taucht unter.«⁷⁰

Untergetaucht wäre Gert Wildenhahn vielleicht selbst am liebsten. In der Lehrfirma beispielsweise unterhielt er sich mit den anderen Lehrlingen und Angestellten nicht über seine Situation, selbst wenn diese ebenfalls »Mischlinge ersten Grades« waren. Befreundet war er inzwischen selten mit »arischen« Mädchen, sondern mit meist solchen in ähnlicher Situation. »Wir haben das Beste daraus gemacht. Wir haben in den uns gezogenen Grenzen unsere Jugend gemacht«,⁷¹ blickt er nüchtern zurück, und für ihn stimmt das auch: Den Rest Handlungskompetenz, den jemand wie er besaß, hat er genutzt, um für sich und andere Freiräume zu schaffen. Nach dem Verbot des Paulus-Bundes brach der Kontakt ab, die Jugendlichen und ihr Leiter wagten nicht, ihn illegal fortzusetzen, dazu waren sie einerseits zu sehr auf legales Vorgehen fixiert, andererseits hatten sie das Beispiel des vorherigen Leiters drohend vor Augen.

Im Sommer 1939 schloß Gert Wildenhahn seine Lehre ab und wurde als Angestellter übernommen, bis er Ende desselben Jahres zur Wehrmacht eingezogen wurde.⁷² Der Einberufungsbefehl verband sich mit der Hoffnung, nun »wieder dazuzugehören«. Bereits als seine Eltern emigrierten, hatte er sich damit getröstet, daß es letztlich immer noch den Weg des Dienstes für das Vaterland für ihn gäbe:

›Ich habe damals sinngemäß gesagt: ›Entweder die Nazis gehen vorüber, dann ist es ja gut, oder es kommt ein Krieg. Dann werde ich Soldat, und dann wird sich das auch wieder beruhigen für mich persönlich.‹ So in etwa.

M: Womit Sie dann wieder Teil der ›Volksgemeinschaft‹ sind?

W: Sozusagen, ja.«⁷³

70 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 8.

71 Transkript Wildenhahn, S. 9.

72 Die Auseinandersetzungen um »Mischlinge« in der Wehrmacht hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits in einer Reihe von Verboten niedergeschlagen: Länger dienende Unteroffiziere und Mannschaften, also Berufssoldaten, die nicht unter Ausnahmeregelungen fielen, mußten gemäß Verfügung des OKH v. 8. 6. 1936 aus dem aktiven Wehrdienst entlassen werden, dienstpflichtige Soldaten betraf diese Anordnung nicht (vgl. Die Sondereinheiten der früheren deutschen Wehrmacht, S. 49). Die Verordnung v. 25. 7. 1935 bestimmte dann, daß »Halbjuden« nach Prüfung in die Wehrmacht aufgenommen, nicht aber Vorgesetzte werden konnten (vgl. Noakes, Development, S. 329). Mit Erlaß v. 20. 1. 1940 wurde bestimmt, daß mit Jüdinnen und »Mischlingen« verheiratete Soldaten in der Wehrmacht bleiben und bis zum Rang eines Feldwebels befördert werden durften (vgl. Die Sondereinheiten der früheren deutschen Wehrmacht, S. 49). »Mischlinge ersten Grades« wurden nach Kriegsbeginn einberufen (vgl. Noakes, Development, S. 330). Der Erlaß v. 8. 4. 1940 und Zusätze des OKH v. 17. 7. 1941 ordneten sie dann der »nicht zu verwendenden« Ersatzreserve zu. Ausnahmeanträge mußten von Hitler persönlich genehmigt werden. »Mischlinge zweiten Grades« im Mannschaftsrank oder mit ihnen Verheiratete verblieben in der Wehrmacht (vgl. Die Sondereinheiten der früheren deutschen Wehrmacht, S. 49). Am 12. 10. 1942 ordnete Hitler an, daß keine weiteren Ausnahmeanträge von »Mischlingen ersten Grades« bearbeitet werden sollten (vgl. Noakes, Development, S. 337).

73 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 12.

Der Traum, den schon sein Vater geträumt hatte, über den Wehrdienst Zugang zur deutschen Gesellschaft zu bekommen, zerschlug sich für Gert Wildenhahn innerhalb weniger Monate, weil er Asthma bekam. Eine psychosomatische Reaktion auf seine Situation? Er wäre ohnehin laut Erlaß des OKW vom 8. April 1940 wegen seiner Abstammung entlassen worden.

Ein neues Problem stellte die Stellensuche dar: Der kriegsbedingte Rückgang des Exportgeschäftes hatte auch die Firma Rudolf Petersen betroffen. Gert Wildenhahn mußte sich bei anderen Unternehmen bewerben. Die Drägerwerke in Lübeck lehnten ihn aufgrund seiner Abstammung ab. Die Firma Siemens in Berlin hingegen stellte ihn trotz Kenntnis seiner »Mischlingseigenschaft« nicht nur ein, sondern einer der Werksleiter sagte ihm bei Arbeitsantritt überraschend, daß Herr Siemens ihn persönlich decken werde, falls es Probleme gäbe. Diese stellten sich auch bald ein: Ab Juli 1943 war diskutiert worden, die als »wehrunwürdig« entlassenen »Mischlinge ersten Grades« in Arbeitsbataillonen der Organisation Todt zur Zwangsarbeit zusammenzufassen. Am 21. März 1944 wurde dies angeordnet,⁷⁴ im Herbst 1944 ergingen die »Dienstverpflichtungen«. Lediglich diejenigen, die im öffentlichen Dienst verblieben waren, wurden ausgenommen.⁷⁵ Als Gert Wildenhahn von der bevorstehenden Zwangsarbeit erfuhr, kam er auf Siemens' Angebot zurück. Auf dessen Vermittlung wurde er umgehend ins »Protektorat Böhmen und Mähren« versetzt.

Zuvor erreichte ihn aber noch eine Vorladung der Gestapo: Der Nachbar einer Hamburger Freundin hatte diese angezeigt, sie höre Feindsender und habe einen jüdischen Freund. Die junge Frau wurde kurzzeitig im Gefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert, er kam mit einem Verhör in der Berliner Gestapostelle davon, an dessen Ende er unterschreiben mußte, künftig keine intimen Beziehungen zu »arischen« Mädchen einzugehen – was er ohnehin nicht tat. Er befreundete sich in der Regel mit Frauen, die ebenfalls »Mischlinge« waren. Isolation, so seine retrospektive Einschätzung, habe er in dieser Zeit nicht empfunden, aber die seiner Gruppe zugeschriebene Minderwertigkeit machte ihm zu schaffen:

»Isolation – die war nicht so stark, aber die Angst und die Deklassierung, die Abstempelung als minderwertig, die ist an mir nicht spurlos vorübergegangen. Ich weiß noch, gelegentlich – das war so eine Reaktion – wenn ich so durch die Straßen ging irgendwo, und das Volk war ja z.T. schlichter als ich, sagte ich mir: ›Und die sind nun alle ›arisch‹.‹ Das war Ironie natürlich. Als ein

74 Vgl. Noakes, *Development*, S. 351, für Hamburg: Meyer, »Besser ist doch, man taucht unter«, S. 140ff.

75 Ihre Ausnahmeregelungen wurden dann im Winter 1944 vom RSHA in Frage gestellt (BA, R 43, Reichskanzlei, 4259, Reichskanzlei an die Reichsstatthalter u.a. v. 16.11.1944). Vgl. zur Diskussion um die Einberufung zur Zwangsarbeit Noakes, *Development*, S. 351f. und Maier, *Arbeitseinsatz*, S. 203–234.

Mensch minderen Ranges, minderer Würde, irgendwie allgemein angesehen zu werden, war schon nicht so einfach, aber diese Isolierung ... ja, wenn ich Ihnen die Geschichte erzählt habe von der Taxe, mit der ich zu einem Verwandten fuhr, der auch ›halbjüdisch‹ war, da spielte das vielleicht eine Rolle, daß ich irgendwie einen brauchte, der in meiner Situation war. Ich weiß es nicht genau. Ich hatte aber immer Freunde und immer Menschen, mit denen ich Kontakt hatte. (...) Bedrückt hat mich eben diese Diskriminierung, bedrückt hat mich das Schicksal meiner Eltern, bedrückt hat mich natürlich auch das Schicksal der übrigen Verwandten, denn ich habe erlebt, wie die deportiert wurden. Und das Schicksal meiner Großmutter, die noch im Altersheim gestorben ist 87jährig, jüdische Großmutter. Es gab genug Anlaß zum Depriertsein, aber ich habe immer versucht, das Beste daraus zu machen. Und ich war auch kein Held. Ich habe weder im geringsten daran gedacht, Widerstand zu leisten noch irgendwas dergleichen zu machen. Insofern haben die Nazis wieder Recht oder haben sie Recht behalten: Ich bin ›halb‹, ich bin Verfolger und Verfolgter. Ich kann als Deutscher mich nicht davon freimachen, zum Verfolger zu gehören.

M: Haben Sie dieses Gefühl gehabt, als Sie in diesem ›arisierten‹ Betrieb arbeiteten in der Tschechoslowakei?

W: Stärker war ein anderes Gefühl, das Unrecht, das den Tschechen da geschah im Betrieb, das ging mir gegen den Strich. Ich konnte wenig tun, sehr wenig. Nur einmal habe ich mich mit meinem damaligen Vorgesetzten angelegt, als er ein ›halbjüdisches‹ Mädchen schikanierte, da ging mir das über die Hut schnur, bin aber gut rausgekommen dabei. Aber sonst mich geduckt, auch mal verleugnet und mitgemacht beim Volkssturm noch am Schluß.«⁷⁶

Durch die Versetzung dem Zugriffsbereich der Berliner Gestapo entronnen, fand er sich als Buchhaltungsleiter in einem ›arisierten‹ Betrieb im »Protektoratsgebiet« wieder. Kaum ein Interviewpartner formuliert die zwiespältigen Gefühle eines »Halben«, der als Verfolger und Verfolgter agierte, so trefflich wie Gert Wildenhahn, der »Politisches« oder »Weltanschauliches« eigentlich gar nicht auf den Begriff bringen will. Sein Credo der Beschränkung auf das Faktische erlaubt die schnörkellose Beschreibung der Situation in ihrer Widersprüchlichkeit: Das Bedürfnis zu leben, Spaß zu haben, »das Beste draus zu machen«, erforderte durchaus Tatkräftigkeit und Handlungskompetenz. Die Gefahrenabwehr hingegen lag auch in der Vermeidung von Konflikten, in der vorausseilenden Selbstisolation und Selbstbeschränkung. Hinzu kam das Gefühl der Ohnmacht, als Deutscher – um sich selbst vor Zwangsmaßnahmen zu retten – am Unrecht gegen die Tschechen beteiligt zu sein. Seine Position auf Verfolgerseite wagte er nur einmal zu durchbrechen. Daß dies geschah, als ein »halbjüdisches Mädchen« besonders schikaniert wurde, ist

sicher kein Zufall. Kennzeichnend für das Ausmaß der verinnerlichten Angst ist auch, daß die Interviewerin über den Ausgang seines Streits mit dem Vorgesetzten wegen dieses Mädchens nichts erfährt – außer, daß ihm dadurch keine Schwierigkeiten entstanden sind!

Während er vorher als wehrunwürdig galt, so stellte sich 1944/45 die Frage gar nicht erst, ob er beim Volkssturm mitmachen durfte.

»Wir kriegten da so Uniformen verpaßt. Wir haben großes Glück gehabt, daß wir den Krieg überlebt haben. Ich sah immer den Nazi, den Tschechen und den Russen ankommen. Denn, wenn ich da nicht rausgekommen wäre (...), hätten entweder die Russen mich umgebracht, an der Panzersperre wahrscheinlich, oder die Tschechen – als Deutschen (...).

M: Was dachten Sie? Dachten Sie, Sie würden die Panzer aufhalten?

W: Ich hätte vermutlich das getan, was die anderen taten, ich hätte es probiert. Insofern war ich eben auf der anderen Seite. Die Bedrohung galt mir ja genau wie den anderen. Es hätte mir auch gar nichts genützt, ich wäre auch gar nicht auf den Gedanken gekommen, dem russischen Panzer mit erhobenen Händen entgegentzulaufen und zu rufen: »Ich bin selbst Verfolgter!«.

M: Das ist richtig, aber das Kriegsende selbst hat ja auch Ihre Befreiung bedeutet.

W: Ja, aber was für eine Konsequenz hätte ich daraus ziehen sollen?

M: Es gab ja viele in Ihrer Situation, die keine Konsequenz gezogen haben, sondern die immer sehr gespalten waren bei jeder Bombe, die auf Hamburg fiel.

W: Das war ich auch.

M: Die Angst hatten, sie werden selbst getroffen, andererseits aber wußten, das ist das Ende.

W: Das habe ich auch so gesehen.

M: Dieser Zwiespalt war auch da?

W: Ja. Das hängt mit den Punkten zusammen, was ich bei dem »halb« sagte. Die Nazis behaupten ja, das sind »Halbe«, das ist Quatsch, aber wir kamen in diese Situation dieser Halbierung, viele von uns.«⁷⁷

Gert Wildenhahn standen bei Kriegsende Nazis, die ihn als »Halbjuden« vielleicht noch würden töten wollen, Russen, die als Kriegsgegner beim Einmarsch Rache nahmen und Tschechen, die als besetztes, unterdrücktes Volk viel Unrecht erfahren hatten, gleichermaßen als Gefahr gegenüber. Er konnte sich keiner Seite zuwenden, um Sicherheit zu finden. Für die einen gehörte er zu den »Unter-«, für die anderen zu den »Herrenmenschen«. Andererseits tat er auch hier, was er tun mußte. Wie Ende der dreißiger Jahre hätte er auf illegalem Weg keine Situation, die ihm verbindlich vorgegeben war, widerrechtlich verlassen. Selbst innerlichen Abstand, beispielsweise

77 Transkript Wildenhahn, S. 16f.

Hoffnung auf die anrückenden Amerikaner oder die Kapitulation Deutschlands, kann er im Interview nicht als eigenes Gedankengut formulieren. Wenn er auch der Interviewerin zustimmt, als diese die Gefühle anderer Zeitzeugen beschreibt, die ebenfalls zwiespältig waren, so erlebte er doch die Zerrissenheit stärker aus der Sicht des besiegten Deutschen als aus der des befreiten Verfolgten. Wichtig ist ihm der Hinweis, daß diese Haltung der »Halbjuden« nicht genetisch bedingt, sondern Produkt der Zwangssituation während der NS-Zeit war.

Nach dem Krieg wandte Wildenhahn sich wieder an Rudolf Petersen, der am 14. Mai 1945 von der britischen Militärregierung zum Bürgermeister Hamburgs ernannt worden war. Petersen, parteiloser Exponent der Kaufmannschaft, stammte aus einer Familie, die bereits zwei Hamburger Bürgermeister gestellt hatte.⁷⁸ Er empfahl dem ehemaligen Angestellten, der beim »Wiederaufbau Deutschlands« helfen wollte, in der von Petersen gegründeten »Deutschen Hilfsgemeinschaft« mitzuarbeiten. Im Büro dieser Hilfsorganisation übernahm er Organisationsaufgaben, die ihn aber nicht befriedigten. Ende 1945 kam er in Kontakt mit der gerade gegründeten »Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen«, die sich um die »rassisch« Verfolgten kümmerte, die weder bei der Jüdischen Gemeinde noch bei den Organisationen der politisch Verfolgten betreut wurden, in der Mehrzahl getaufte Juden oder »Mischlinge«.⁷⁹ 1947/48 wechselte er in deren Büro. Wieder verlegte er sich auf die praktische Tätigkeit, die »Abteilung Weltanschauung« (Wildenhahn) überließ er anderen. Aus seiner Abgrenzung klingt gleichwohl keine Abwertung des »Politischen«, sondern nur die Feststellung, daß darin nicht seine Stärke lag. Denn er hatte die Macht des »Politischen« in den letzten zwölf Jahren dort verspürt, wo dies seiner Meinung nach nicht hingehörte: im Jugendverein, bei der Stellensuche oder im Bereich der Liebesbeziehungen. Er hatte erlebt, wie »das Politische« die gesellschaftliche Hierarchie aufhob, von der er geglaubt hatte, sie gründe sich auf Herkunft, Bildung und persönliche Verdienste.

Aus der Tätigkeit in der Notgemeinschaft erwuchs sein Interesse an juristischen Kenntnissen. 1948 nahm er das Jurastudium auf, ohne die Tätigkeit für die Selbsthilfeorganisation aufzugeben, für die er später hohe Auszeichnungen erhielt. Seine Eltern, die jahrelang in Großbritannien interniert waren, kehrten ebenso wie seine Schwester nach Deutschland zurück. Er selbst heiratete eine nichtjüdische Hamburgerin, trat später einer konservativen Partei bei, eine Reminiszenz an das »Politische«, ohne daß er in Parteiloyalitäten zu denken begann. Bis ins hohe Alter engagierte er sich für Verfolgte und übersprang dabei mancherlei unsichtbare, von Herkunft und

78 Vgl. dazu Johe, Bürgermeister Rudolf Petersen.

79 Vgl. Hoffmann, Notgemeinschaft.

früher Erziehung gezogene Grenzen, weil er die eigene Erfahrung ernst nahm und die anderer nachzuvollziehen versuchte. Selbst mit beiden Beinen im Leben stehend, weiß er auch, daß andere durch die zwölf Jahre NS-Herrschaft für immer aus der Bahn geworfen wurden. Damit meint er nicht nur die Verfolgten, für die er sich engagiert, sondern – ganz im Sinne seiner elterlichen Erziehung – auch die ehemaligen »Volksgenossen«, an die sich sein versöhnlicher Appell richtet:

»Mich hat es damals doch bedrückt, als Mensch zweiter Klasse zu gelten. Trotzdem glaube ich, daß sich das inzwischen gegeben hat. Ich könnte das nicht mit Sicherheit sagen. Aber jedenfalls habe ich großes Verständnis dafür, daß es andere Menschen gibt, die auch heute noch unter einem gewissen Verfolgungswahn leiden. Das gibt es ja. Es gibt ja eine ganze Anzahl von ehemals Verfolgten, die um sich herum heute Nazis sehen. ... Da sind wir alle ja auch in verschiedenen Lebenssituationen betroffen worden, aus denen wir uns mehr oder weniger wieder heraushelfen konnten. Wenn ich denke, es gibt sehr viele, die sind in die Emigration getrieben worden, ... sei es aus wirtschaftlichen Gründen, sei es, weil ihre Kinder da waren. Sie hatten keine Wahl, wären vielleicht gern wieder zurückgekehrt. Andere fühlten sich hier fremd. Und es hat ein Stück Abbruch in ihrem Leben gegeben, so meine ich es. Nur ich möchte auch versuchen, die anderen Menschen, die Umwelt zu sehen. Man muß natürlich sagen, daß es andere Gruppen der Bevölkerung gegeben hat, die in ganz anderer Weise von Zeitumständen betroffen waren, deren Rückgrat gebrochen wurde.«⁸⁰

3. Vergleich der beiden Interviews

Im Vergleich zu anderen Lebensläufen von »Mischlingen ersten Grades«, die vor 1918 geboren sind, weisen Erika Fülsters wie Gert Wildenhahns im Interview geschilderten Erfahrungen sowohl typische wie auch abweichende Momente auf:

Was Wildenhahn als Assimilationsprozeß seiner jüdischen Familie über drei Generationen kurz skizziert, haben auch viele andere Zeitzeugen erlebt: Ihre Vorfahren wechselten von traditionellen jüdischen Vornamen zu betont »deutschen«, ließen sich taufen und schlossen Ehen mit nichtjüdischen Frauen. Andere Familien beantragten, ihre Nachnamen zu ändern, wenn diese auf die jüdische Herkunft verwiesen.⁸¹ So wurde aus dem als

80 FZH/WdE 035, Transkript Wildenhahn, S. 29.

81 Von allen jüdischen Familiennamen war der Name »Cohn« in seinen diversen Spielarten derjenige, dessen Änderung am häufigsten beantragt wurde. Vgl. Bering, Name, »Markierungstabelle Familiennamen«, S. 212. Die Familie eines anderen Interviewpartners hatte den Namen »Israel« ändern lassen (vgl. FZH/WdE 010), dieser stand auf Platz zehn der Beringschen Liste der »Fluchtnamen«.

jüdisch bekannten »Kohn« ein »deutscher« Kohl.⁸² Erika Fülster hingegen trug vor ihrer Heirat einen Namen, der die antisemitisch sensibilisierte Umgebung deutlich auf die jüdische Herkunft hinwies. Ihre Ersatzfamilie vollzog die oben skizzierte Angleichung nicht.

Häufig versuchten die assimilierten jüdischen Männer, in der Armee oder im Staatsdienst aufzusteigen.⁸³ Dies war hier nicht der Fall, da der Vater als Angestellter eines Großkonzerns arbeitete. Seine Position verlor er nach 1933 nicht, weil er Jude war, wie es vielen anderen Vätern erging, sondern bereits in der Weltwirtschaftskrise zuvor. Daß die Eltern – wie ein kleinerer Teil der Mischehen – emigrierten, entlastete Wildenhahns Leben in Deutschland, wenngleich die Trennung schwer zu verkraften war. Dies ging auch anderen so, die dann während des Krieges »nur« noch der Stigmatisierung als »Mischlinge« ausgesetzt waren, nicht aber zusätzlich um Vermögen, Gesundheit und Leben des jüdischen Elternteils fürchten mußten.⁸⁴

Typisch ist Wildenhahns und Fülsters Herkunft aus der bürgerlichen Mittelschicht. Während Erika Fülster über die politische Einstellung ihrer Verwandten kein Wort verlor, wies Gert Wildenhahn sofort auf die deutsch-nationale Orientierung der Eltern hin, die er selbst übernommen hatte. Diese Identifikation mit dem »Vaterland« bewirkte eine Trennung des »Politischen« vom Lebensalltag: Als Deutscher sorgte er sich um die künftige Entwicklung des krisengeschüttelten Landes gegen Ende der Weimarer Republik, als »Halbjud« bemerkte er die Politisierung von sehr privaten Lebensbereichen, die ihn tendenziell aus der »Volksgemeinschaft« ausschloß. Andererseits war die Familiengeschichte vom Aufstiegswillen und der Tatkraft der Vätergenerationen geprägt. Davon hatte auch Gert profitiert, was sich bereits in seiner Jugendzeit als Handlungswille und -kompetenz äußerte. Barrieren, so vermutlich seine Schlußfolgerung aus der Familiengeschichte, mußten und konnten überwunden werden. Dabei hatte es sich »lediglich« um Vorurteile oder Vorbehalte gegenüber Juden gehandelt. Die nationalsozialistische Judenpolitik war ungleich bedrohlicher, ließ aber den Jahrgängen, denen Wildenhahn angehörte, noch einige Spielräume. So konnte er das Abitur ablegen, während ihm das Studium verwehrt war. Deshalb wählte er wie die meisten seiner Altersgenossen eine berufliche

82 Vgl. FZH/WdE 024.

83 So hatten die Väter gleich dreier Zeitzeugen beispielsweise ein Richteramt inne: FZH/WdE 010, 041 oder 002.

84 Als ähnlich entlastend empfanden auch andere Zeitzeugen die Emigration der Eltern, zumal wenn diese zuvor vertraglich für finanzielle Absicherungen gesorgt hatten. Auffällig – aber sicher nicht zufällig – ist, daß emigrierte Eltern der Interviewten nur Söhne in Deutschland zurückließen. Vgl. FZH/WdE 027 und 244.

Tätigkeit in der Privatwirtschaft.⁸⁵ Dabei konnte er auf alte Beziehungen seiner Familie zurückgreifen. Später Geborene hatten sehr viel größere Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden. Erika Fülster, aufgrund der engen Familienbindungen auf jüdische Institutionen orientiert, scheiterte dagegen bei der Erfüllung ihres Berufswunsches. Offen blieb im Interview, ob das jüdische Krankenhaus nicht alle Bewerberinnen einstellen konnte, ob geeignete junge Frauen ausgesucht wurden, oder ob ihre Abweisung auf ihren Status als »Mischling ersten Grades« zurückzuführen war, weil viele jüdische Arbeitgeber bewußt jüdische Jugendliche bevorzugten, die es ungleich schwerer hatten, Lehrstellen zu finden.

Allen »Mischlingen« gemeinsam ist das Bemühen, sich im Arbeitsalltag durch unauffälliges, korrektes Verhalten auszuzeichnen, weder den Neid noch den Unmut der Kollegen auf sich zu ziehen, noch den Vorwurf, sich vorzudrängen. So waren sie in der Regel gutangesehene Angestellte und Kollegen, die gewissenhaft Kalkulationen aufstellten, die Buchhaltung führten oder den Wareneinkauf beaufsichtigten. Die Firmen ließen solche arbeitswilligen und anpassungsbereiten Angestellten – auch angesichts des Arbeitskräftemangels während des Krieges – nur ungern ziehen. Wenn nicht die Gestapo auf die Entlassung des »Mischlings« drängte, versuchten die Unternehmen, sie so lange wie möglich zu halten. Für den Altonaer Arzt war Erika Fülster als Arzthelferin ein wahrer Glücksfall, war sie doch bereit, nicht nur ihren Tag, sondern auch den Abend am Arbeitsplatz zu verbringen. Als die Einberufung der männlichen »Mischlinge« zur Zwangsarbeit 1943/1944 anstand, reklamierten etliche Personalleiter »Mischlinge« als unabhkömmlich: »Außer einer großen Anzahl (...) zurückgestellter jüdischer Mischlinge I. Grades und jüdisch Versippter sind noch viele von diesen in geschützten Betrieben in verantwortungsvoller Stellung beschäftigt. Dieser Zustand ist aus Sicherheits- und abwehrpolizeilichen Gründen nicht länger tragbar«, beschied der Chef der Sicherheitspolizei und des SD schließlich.⁸⁶ Gert Wildenhahns abweichende Erfahrungen hängen mit seiner Einberufung, die ihn ohnehin aus der Firma riß, und dem Rückgang des Exportgeschäftes bei Kriegsbeginn zusammen. Die Firma Siemens hingegen, die auch von der Eroberung der besetzten östlichen Gebiete profitierte, benötigte Arbeitskräfte. Daß Werksleiter und Firmenchef – ohne offensichtlich einen besonderen Grund dafür zu haben – Protektion versicherten, wies darüber hinaus auf eine grundsätzliche Mißbilligung der unkontrollierten

85 Kaufmännische Angestellte wurden überwiegend die männlichen Interviewpartner (vgl. FZH/WdE 007, 010, 005, 072); für die weiblichen war dies bereits einer der qualifizierteren Berufe, in die nur wenige vordrangen (wie FZH/WdE 021), andere wurden Verkäuferinnen (wie FZH/WdE 003/004 und 296), Büroangestellte (vgl. FZH/WdE 026) oder gingen in gewerbliche Berufe wie Blumenbinderin (FZH/WdE 229) oder Hutmacherin (FZH/WdE 326).

86 Archiv der Handelskammer Hamburg, 100.A.2.4., Fernschreiben Kaltenbrunner an alle Stapoleitstellen v. 6.10.1944.

Ausdehnung des Judenbegriffes hin. Auch der Arzt, der Erika Fülster beschäftigte, begriff sich offensichtlich weniger als Parteigenosse denn als Arbeitgeber. Gerade im medizinischen Bereich wollten die Nationalsozialisten eigentlich keine »Juden« – und hier war der Begriff sehr weit gefaßt – mehr sehen. Dennoch hielt er an seiner Arzthelferin fest, er muß ihre Unabkömmlichkeit auch dem Arbeitsamt mitgeteilt haben, als dieses versuchte, die weiblichen »Mischlinge« in die Rüstungsindustrie zu verpflichten. Die gute Erfahrung der Arbeitgeber mit ihren »halbjüdischen« Arbeitskräften war für diese Haltung von zentraler Bedeutung.

Stabilisierten sich Wildenhahn und Fülster über die berufliche Integration, so erinnerten Gestapovorladungen sie an die Vorläufigkeit und Fragilität dieses Zustandes. Während Erika Fülster nicht nur wegen ihrer Beziehung zu einem »Arier« auf der Liste der Gestapo stand, konnte Wildenhahn es bis auf eine Vorladung vermeiden, mit der gefürchteten Institution in Kontakt zu kommen. Daß beide wegen des Verhältnisses zu einem »arischen« Partner vorgeladen wurden, war keine Ausnahme.⁸⁷ Wie erwähnt, bestand zwar ein gesetzliches Heirats-, nicht aber ein Beziehungsverbot für »Mischlinge ersten Grades«. Diese »Gesetzeslücke« wurde auch später nicht geschlossen, obwohl bereits entsprechende Entwürfe vorlagen.⁸⁸ Wer Ehegenehmigungen beantragte⁸⁹ und auf wohlwollende Prüfung vertraute, wurde statt dessen der Gestapo gemeldet,⁹⁰ überwacht, vorgeladen, und wer nicht schriftlich versicherte, das Verhältnis zu beenden, mit KZ-Einweisung bedroht. Die Gestapo konnte diesen »Auftrag« so umfassend ausführen, weil neben Parteigenossen und Amtsinhabern vor allem Zuträger aus der Bevölkerung auf diese Beziehungen hinwiesen.⁹¹

Liebesgefühle folgen selten Verböten oder rationalen Kriterien. So konnten die nationalsozialistischen Machthaber kaum verhindern, daß überall dort, wo »Mischlinge« auf andere Menschen trafen, auch gefühlsmäßige und sexuelle Bindungen entstanden. Selbst wenn es vernünftiger war, solche nur mit einer Partnerin oder einem Partner einzugehen, die oder der ebenfalls als »Mischling ersten Grades« eingestuft worden war,⁹² handelten

87 Vgl. FZH/WdE 006, 003/004, 244 und 427.

88 Vgl. BA, R 18, Reichsministerium des Innern, 5519, RMdI an StdF u.a. v. 7.5.1941.

89 Angaben über Umfang, Ablauf und Genehmigungspraxis in Hamburg vgl. Meyer, »Besser ist doch, man taucht unter«, S. 131ff.

90 Vgl. BA, 15.01, Reichsministerium des Innern, 25478, RMdI, Stuckart, an Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei v. 5.8.1935.

91 Vgl. Gellately, Gestapo, S. 182–210.

92 Diese erlaubte Beziehungskonstellation wählten nur sehr wenige Betroffene, von den Interviewten außer Wildenhahn noch ein Zeitzeuge, vgl. FZH/WdE 050, dessen Ehe nach dem Krieg geschieden wurde. Daß »Mischlinge« selten eine solche Ehe eingingen, mag zum einen daran liegen, daß sie in der Regel kaum Kontakte zu Leidensgenossen hatten und zum anderen daran, daß sie vor einer Lebensgemeinschaft mit einem Partner in gleicher Situation zurückschreckten, weil sie fürchteten, dadurch erst recht Aufmerksamkeit zu erregen und sich gegenseitig nicht schützen zu können. Der Interviewte, der dennoch diese Ehe einging, begründete den Entschluß mit seiner Vereinsamung, die er auf diesem Wege aufheben wollte.

die meisten Interviewpartner anders, zumal für Jugendliche und junge Erwachsene unter ihnen Liebesbeziehungen oft die einzige Möglichkeit waren, den bedrückenden Verhältnissen wenigstens gedanklich zu entfliehen. Allerdings litten insbesondere die jungen Frauen unter dem Heiratsverbot. Sie waren nicht mit der Wunschvorstellung der freien Liebe aufgewachsen, sondern sehnten sich nach der Sicherheit einer legalisierten Verbindung. Die Ablehnung eines Ehegenehmigungsantrages oder die Vorladung zur Gestapo hatten oft zur Folge, daß sie sich um die letzte Möglichkeit, glücklich zu werden, betrogen sahen.⁹³ Wenn auch die Mehrzahl der Männer ähnlich empfand, so begriffen doch einige von ihnen das Heiratsverbot als Entlastung von eventuellen Verpflichtungen.⁹⁴

Der Abiturient Wildenhahn verstand sich als Individuum, das – geprägt von Familiengeschichte und Aufstiegswillen – seinen Platz in der deutschen Gesellschaft suchen und finden würde. Die Zuschreibung als »Mischling ersten Grades« war ihm zunächst einfach nur fremd. Als er merkte, wie weit ihn die Herkunft – die keine positive Identifikationsmöglichkeit anbot – von den gesellschaftlichen Gruppen ausschloß, denen er sich eigentlich zugehörig fühlte, nahm er sukzessive die Identität an, die ihm zwangsweise verordnet wurde, weil er sah, daß allein sie ihm legale Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten bieten konnte. Erika Fülster wäre umgekehrt sicherlich in die jüdische Gemeinschaft hineingewachsen, der Großmutter und Tante angehörten, und hätte ihre Identität aus dieser Zugehörigkeit bezogen. Die Bedrohung durch die Judenverfolgung aber ließ ihr nur dann eine Überlebenschance, wenn sie sich von dieser abwandte. Sie mußte ähnliche Fähigkeiten und Verhaltensweisen wie Wildenhahn entwickeln, die ihr in der Mehrheitsgesellschaft zugute kommen konnten, zusätzlich aber auch Konfliktbewältigungsstrategien erlernen, da sie – solange jüdische Verwandtschaft bei ihr lebte – nicht alle Auseinandersetzungen mit Nachbarn oder Gestapo umgehen konnte. Als sie dann allein für sich verantwortlich war, umging sie sich abzeichnende Konflikte. So war beispielsweise das reibungslose Zusammenleben mit den Einquartierten darauf zurückzuführen, daß sie nicht auf ihre Vorrechte als Wohnungsmieterin pochte. Im Interview mit Erika Fülster kommt aber auch für diese Zeitspanne zwischen 1943 und 1945 ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, sich nicht (wieder) zur jüdischen

93 Vgl. das Beispiel Lotte Vogels, in: Meyer, *Mischehen*, S. 201 f.

94 So glaubte ein Zeitzeuge, damit einen Freibrief für unkomplizierte Verhältnisse zu haben. Daß diese Einstellung naiv war, erfuhr er, als ein Bekannter, der Zugang zu Gestapoakten hatte, seinen Bruder warnte: Das Liebesleben war genau dokumentiert worden (FZH/WdE 244). In einem anderen Fall weigerte sich der Vater des unehelichen Kindes einer Frau, die als »Mischling ersten Grades« eingestuft war, sie zu heiraten. Dies wäre ihm als dänischen Staatsbürger aber sehr wohl möglich gewesen. Er zog sich auf das Verbot zurück, um keine Vaterpflichten übernehmen zu müssen (Privatbesitz, Interview mit M.R., geführt von Beate Meyer am 10.7.1996). Die Frauen, ob »Mischling« oder nicht, mußten die Folgen des Heiratsverbotes, wenn Kinder aus der Beziehung hervorgingen, meist allein tragen.

Seite schieben zu lassen. Unter geschlechtsspezifischen Aspekten handelte sie hier zwar typisch für alleinstehende erwachsene Frauen mit jüdischer Verwandtschaft, nicht aber für die Gruppe der betroffenen Frauen, die als »Mischlinge ersten Grades« eingestuft waren. Diese neigte eher dazu, in der Privatheit unterzutauchen, wenn das von der Familienkonstellation her möglich war. So wohnte eine Frau beispielsweise nicht nur bei ihren Eltern, sondern arbeitete auch in der Anwaltspraxis ihres nichtjüdischen Vaters, der dadurch gleichzeitig ihr Vorgesetzter war.⁹⁵ Damit minimierte sie die Anzahl von konfliktträchtigen Situationen.

Wildenhahn wie Fülster verinnerlichten Verhaltensweisen, die unter den Bedingungen nationalsozialistischer Herrschaft unauffälliges Überleben ermöglichten: Sie verlegten sich auf die Suche nach vorhandenen Spielräumen, das Erahnen und die vorausschauende Vermeidung von Konflikten, die äußere Anpassung an die Erfordernisse der Arbeitswelt, Zurückhaltung und Bescheidenheit. Besonders Wildenhahn war wie viele »Mischlinge« durch Herkunft und Erziehung den traditionellen bürgerlichen Moral- und Legalitätsprinzipien verpflichtet, die er auch dann nicht durchbrach, als die nationalsozialistischen Machthaber sich längst von ihnen verabschiedet hatten.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen, waren sowohl bei Fülster als auch bei Wildenhahn grundlegende Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und der Identitätsbildung weitgehend abgeschlossen. Der mehrdeutige Begriff der Identität, definiert als »etwas im Kern des Individuums Angelegtem und einem wesentlichen Aspekt des inneren Zusammenhalts der Gruppe«,⁹⁶ kennzeichnet den wechselseitigen Interaktionsprozeß zwischen der Einzelperson und dem über die Familie hinausgehenden Umfeld. Dieser Prozeß hatte das Selbstbild der jungen Erwachsenen bereits vor der NS-Zeit geprägt. Die vom nationalsozialistischen Staat verordnete Zwangsidentität, die als »Mischlingseigenschaft« überall angegeben werden mußte, traf sie in einer Lebensphase, in der aus psychoanalytischer Sicht neue Anforderungen zur Bewältigung anstanden: Das Eingehen körperlicher Intimität mit einem Menschen, mit dem eine dauerhafte Bindung angestrebt wird, die endgültige Berufswahl, das Durchsetzenkönnen und Sich-Behaupten im Berufsleben und eine psychosoziale Selbstdefinition.⁹⁷ Die Erfüllung dieser Anforderungen war für »Mischlinge ersten Grades« kaum möglich und mußte auf die Nachkriegszeit verschoben werden. Ihr Selbstwertgefühl erlitt durch die Verfolgung erheblichen Schaden, führte bei einigen zum Gefühl des völligen Ausgeliefertseins oder auch zum psychischen Zusammenbruch.⁹⁸ In fast allen Fällen aber mußte von Plänen und

95 Vgl. FZH/WdE 026.

96 Erikson, Identität, S. 124.

97 Vgl. Mertens, Psychosexualität, S. 179ff.

98 Vgl. Lebenslauf Werner Steinberg, in: Meyer, Mischehen, S.171–178.

Lebensentwürfen Abschied genommen werden, deren Verwirklichung sich unter den Bedingungen der Verfolgung als unmöglich herausstellte.⁹⁹

Hatten die »Mischlinge« in ihrer Kindheit und Jugendzeit eine gefestigte Identität entwickelt, zeigten die Umgangsstrategien mit der Verfolgung aktivere, selbsterhaltende Tendenzen. Indem Wildenhahn beispielsweise anderen jungen »Mischlingen« Kontakte und Freizeitmöglichkeiten verschaffte, organisierte er diese auch für sich selbst. Wenn er sich für die »halbjüdische« Angestellte einsetzte, tat er etwas für die eigene Würde. Dieses Prinzip, durch Hilfe für andere die eigene Person zu stabilisieren, setzte er nach dem Krieg in der »Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen« fort. Als Verbandsfunktionär konnte und kann er etwas für Individuen bewirken und als Politiker auch Verhältnisse – im begrenzten Rahmen – so verändern, daß sie für Ausgegrenzte, Stigmatisierte und beschädigte Menschen erträglich werden. Darin unterscheidet er sich deutlich von anderen ehemals als »Mischlingen« Verfolgten, die diese Handlungsräume entweder nicht erkannten oder nicht ausfüllen konnten. Es ist aber immerhin erstaunlich, daß er etliche seiner ehemaligen Jugendgruppenmitglieder dazu gebracht hat, nach dem Tod der Gründungsväter des Verbandes nun in den 1990er Jahren Verantwortung für denselben zu übernehmen.

Erika Fülster zog genau die gegenteilige Konsequenz aus ihren Erfahrungen im nationalsozialistischen Deutschland: Sie wollte nichts verändern, gestalten oder nachholen, sondern emigrierte, sobald dies möglich war, und löste auch die letzten Bindungen zu der Umgebung, in der sie als einzige ihrer engeren Familie überlebt hatte.

Gert Wildenhahns kurzes Wehrmachtsintermezzo, das er mit großen Hoffnungen auf eine vollständige Integration verbunden hatte, endete mit desillusionierendem Ergebnis. Andere »Mischlinge« wurden laut OKW.-Befehl entlassen, sofern sie nicht Ausnahmeanträge stellten und sich durch besondere Tapferkeit auszeichneten. Dann konnten sie hoffen, vielleicht mit »Deutschblütigen« gleichgestellt zu werden. Je nach politischer Einstellung und Herkunft empfanden die »Mischlinge« die Entlassung als ehrabschneidend oder befreiend, junge Männer aus Offiziersfamilien bewerteten diesen Akt eindeutig negativer als Söhne sozialdemokratischer Familien.¹⁰⁰ Auf jeden Fall aber war der Ausschluß aus der Wehrmacht geeignet, Zweifel an der eigenen Männlichkeit aufkommen zu lassen, war diese doch stark mit Soldatischem, Kampf, Heldentum und ähnlichen Vorstellungen verknüpft, die nach dem Ersten Weltkrieg das Weltbild vieler Jugendlicher bestimmt hatten. Erst später entwickelte sich ein Bewußtsein dafür, wenigstens hier zeitweise geschützt gewesen zu sein, denn während die ehemaligen Schulkameraden und

99 Zu den Auswirkungen der rassistischen Verfolgung auf die verschiedenen Altersgruppen »christlicher Nichtarier« vgl. auch Oberlaender, »Wir aber sind ...«, S. 313–350.

Kollegen an der Front fielen, konnten sie ihrer Arbeit in Hamburg nachgehen.

Die Einberufungen zur Zwangsarbeit bei der Organisation Todt, als Dienstverpflichtung deklariert, sollten die Arbeitskraft der von der Wehrmacht Entlassenen dann wieder dem Deutschen Reich zuführen. Im Unterschied zu anderen Regionen Deutschlands wurden die Hamburger zum Arbeitseinsatz nicht in auswärtige Lager transportiert, obwohl zunächst Weimar als Einsatzort für sie vorgesehen war. Die Gauleitung teilte mit: »Nach Rücksprache mit dem Gauleiter erfolgt die Zurverfügungstellung für die O.T.-Einsatztruppe Weimar nicht, sondern der Einsatz erfolgt als geschlossene Gruppe durch die Bauverwaltung Hamburg für Aufräumungs- und andere Arbeiten. Die Mischlinge werden in einem Lager zusammengezogen, damit über den Wohnraum ebenfalls verfügt werden kann.«¹⁰¹ In Hamburg wurden »Mischlinge« trotz gegenteiliger Pläne nicht kaserniert, da vorgesehene Schulen oder Barackenlager durch Luftangriffe immer wieder vor der Belegung zerstört wurden oder von ausgebombten KZ-Lagern genutzt wurden.¹⁰² Da Gert Wildenhahn in Berlin arbeitete, mußte er begründete Angst haben, in eine der Arbeitskolonnen nach Frankreich oder in andere Regionen verbracht zu werden und künftig als Lagerinsasse Zwangsarbeit zu leisten.

Die weiblichen Hamburger »Mischlinge« – ebenfalls registriert – wurden in die Rüstungsindustrie verpflichtet, es sei denn, sie arbeiteten ohnehin in kriegswichtigen Betrieben. Ihre Dienstverpflichtung ließ für sie dieselben Ausnahmen zu wie für andere deutsche Frauen. Sie arbeiteten mit den Kolleginnen zusammen, streng getrennt von KZ-Häftlingen oder »Ostarbeitern«.¹⁰³

Die Hamburger Betroffenen befürchteten bis zum Kriegsende ihre Kasernierung, konnten aber bis auf wenige Ausnahmen bei ihren Familien wohnen. Bei dieser Zwangsarbeit lernten sie, die zuvor meist vereinzelt und isoliert waren, zahlreiche andere Schicksalsgenossen kennen.¹⁰⁴ Nach der Auflösung des Paulus-Bundes hatte es keinen organisatorischen Zusammenschluß mehr gegeben, und diesem hatte ja auch nur ein kleiner Teil der jetzt Dienstverpflichteten angehört. Nun konnten sie Diskussionen führen, Informationen über das Vorrücken der Alliierten austauschen und Pläne für

100 Siehe beispielsweise die Bewertungen des aus sozialdemokratischer Familie stammenden R.B. in FZH/WdE 001 und des aus einer Familie, deren Söhne traditionell Offiziere wurden, stammenden G.C. in FZH/WdE 005.

101 Archiv der Handelskammer Hamburg, 100.A.2.4., NSDAP-Gauleitung, Gaupersonalamtsleiter Fromm, an den Präsidenten der Gauwirtschaftskammer, de la Camp, v. 12.10.1944.

102 Vgl. Meyer, »Besser ist doch, man taucht unter«, S. 140ff., Büttner, Not, S. 65ff.

103 So beispielsweise FZH/WdE 019.

104 Vgl. dazu auch Meyer, Bewältigungsmuster, S. 79.

die Zeit nach dem Krieg schmieden, aus denen dann die Notgemeinschaft entstand. In Ansätzen entwickelten sie aus den gemeinsamen Erfahrungen ein Gruppenbewußtsein.

Diese Möglichkeit hatte Gert Wildenhahn als Vereinzelter im Protektoratsgebiet nicht. Er mußte im Gegenteil befürchten, gerade in den letzten Kriegstagen zwischen allen Fronten sein Leben zu verlieren, bis er sich nach Hamburg durchgeschlagen hatte.

Die alten Hamburger Kontakte nutzend, konnte er sich nach Kriegsende in die neu aufgebauten Zusammenhänge einfügen, diese zunehmend mitbestimmen und sie schließlich lenken. Das Kriegsende bedeutete für ihn wie für die ehemaligen Leidensgenossen durchaus eine Aufbruchphase, in der Lebensplanung möglich war. Daß Eltern und Schwester zurückkehrten, was bei nur einem kleineren Teil der Emigranten so war, ermöglichte ihm sicher auch die dauerhafte Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft. Er war jung genug, nun eine Berufsausbildung nach eigener Wahl zu beginnen, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Auch andere Interviewpartner heirateten und absolvierten eine zweite Berufsausbildung, versuchten jedoch die vergangenen zwölf Jahre so schnell wie möglich zu vergessen oder ihnen – wie Erika Fülster – zu entfliehen. Älteren Verfolgten dieser Gruppe gelang dies nicht immer problemlos, viele hatten ihre körperliche Gesundheit bei der Zwangsarbeit, andere die psychische Gesundheit eingebüßt. Die Ermordung ihrer Verwandten und die jahrelange eigene Diskriminierung hatten zu psychosomatischen Schäden geführt.¹⁰⁵ Wildenhahn konnte die Zwangsidentität positiv wenden und in sein Nachkriegsleben integrieren, indem er die eigenen Erfahrungen nicht leugnete – auch wenn er immer wieder den Begriff der Verdrängung benutzt – sondern sie zum Inhalt seines beruflichen und politischen Engagements machte. Darin stellte er eine Ausnahme dar.

V. Verfolgungserfahrungen von Kindern und Jugendlichen

Waren Gert Wildenhahn und Erika Fülster an der Schwelle zum Erwachsenenleben mit der »rassischen« Verfolgung konfrontiert, so wuchsen jüngere »Mischlinge« mit dieser auf. Ihr Familienleben veränderte sich unter dem äußeren Druck, ihre Eltern konnten ihnen immer weniger Schutz bieten. In ihren außerfamiliären kindlichen und jugendlichen Lebensbereichen, sei es auf dem Spielplatz, in der Schule oder auf der Straße, erfuhren sie

105 Diese Jahrgänge konnten durchweg nicht befragt werden, sie lebten während des Aufbaus der »Werkstatt« nicht mehr. Vgl. dazu Teil III der Dissertation der Verfasserin, das auf der Quellengrundlage von Akten des Amtes für Wiedergutmachung entstand.

Ausgrenzungen und Diskriminierungen, auf die sie reagieren mußten.¹⁰⁶ Die lebensgeschichtlichen Erinnerungen Dennis Berends und Lydia Schieles sollen exemplarische Einblicke in den Verfolgungsprozeß und in die kindlichen und jugendlichen Umgangsstrategien mit demselben ermöglichen.

1. Kein »Blutsbruder« – Dennis Berend

Der amerikanische Staatsbürger hatte 1993 eine Reise nach Auschwitz und Hamburg unternommen, um Aufklärung über das Schicksal seines Vater zu suchen. Gerade in den beruflichen Ruhestand gewechselt, hatte er begonnen, die Verfolgungsgeschichte seiner Familie niederzuschreiben, deren sichtbarster Ausdruck die Ermordung seines Vaters im KZ Auschwitz war. Der Vater wurde 1943 von der Gestapo zusammen mit anderen Hamburger Juden, die ebenfalls in »privilegierten« Mischehen lebten, mehrere Monate im Hamburger Polizeigefängnis Fuhlsbüttel inhaftiert und schließlich in das Vernichtungslager transportiert. Bis auf zwei Häftlinge wurden diese Männer ermordet.¹⁰⁷ Berend suchte nun in den Archiven Aufklärung über das damalige Geschehen. Durch Zufall wurde er kurz vor Ende seines bis dahin nicht sehr erfolgreichen Aufenthaltes an die Interviewerin vermittelt, die die Akten eben jener Verhaftungsaktion eingesehen, Verwandte anderer Betroffener interviewt hatte und sich auch mit der Person des verantwortlichen Nationalsozialisten befaßte, der den Vater auf die Deportationsliste gesetzt hatte. So traf er in der Interviewerin unvermutet auf eine Person, die mit den Vorkommnissen vertraut war und nutzte das Interview als Möglichkeit, vor dem Hintergrund der fünfzig Jahre zurückliegenden Ereignisse nun Erinnerungen, Gefühle und Erlebnisse in der Rekonstruktion von Kindheit und Jugendzeit zusammenzuführen.

Zentrale Bezugsperson seiner Biographie ist der jüdische Vater, den der Zeitzeuge mit sechzehn Jahren verlor. Dieser bestimmte das Schicksal der Familie, ihm wollte der Junge nahe sein, gegen seine Autorität opponierte er gerade, als der Vater gewaltsam aus der Familie gerissen wurde. Ihn wollte er bei Kriegsende rächen. Kein Wunder also, daß er das Interview, in dem er die Fäden seiner Geschichte zusammenfügte, so empfand, als hätte ihn der »Vater bei der Hand genommen und Dich dahin geführt, wo die richtigen Menschen schon lange auf Dich warteten.«¹⁰⁸

106 Oberlaender, der in seiner Untersuchung zwischen den vor 1920, den bis Ende der 30er Jahre und den danach bis 1944 Geborenen differenziert, weist zu Recht darauf hin, daß die Verarbeitungs- und Bewältigungsmuster nicht eindeutig nach der Lebensphase, in der die Verfolgung erfahren wurde, voneinander abzugrenzen sind. Vielmehr finden sich Verhaltensmuster von Jungerwachsenen oftmals auch bei Jugendlichen und umgekehrt. Vgl. Oberlaender, »Wir aber sind ...«, S. 332.

107 Vgl. Meyer, »Besser ist doch, man taucht unter«, S. 137f.

108 FZH/WdE 052, Dennis Berend an Beate Meyer v. 7.6.1993.

Dennis Berend wurde 1927 geboren, war bei der nationalsozialistischen Machtübernahme also fünf Jahre alt. Er erinnert sich, daß sein Vater »jüdisch aussah«, so daß es in der Nachbarschaft oft zu antisemitischen Diskriminierungen kam, denen dann regelmäßig ein Umzug folgte. Die Familie zog von Altona nach Horn, von dort nach Hamm und wechselte auch mehrmals innerhalb des Stadtteils die Unterkunft:

»Wir hatten da eine Wohnung im Parterre. Und gegenüber war ein Bäcker, eine kleine Bäckerei. Und das ausgerechnet war der Blockleiter der SA. Und haben die uns das Leben schwergemacht. Das dauerte dann so 'ne Woche oder zwei, bis man rausfindet, da wohnt ja ein Jude.

M: Woran war das rauszufinden?

B: Mein Vater sah stark jüdisch aus, z.B. zu der Zeit war es noch nicht Gesetz, daß man die Fahne raushängen mußte usw. Und natürlich waren wir nie dabei, wenn die Nazis sammelten oder auf der Straße schrien »Heil Hitler!« und alles. Und wir waren nie dabei. Wir waren zu Hause. So langsam fällt das auf. Obwohl mein Vater ganz vorsichtig war, sich überhaupt politisch nicht zu äußern, nicht zu beteiligen usw. Er wollte das solange vermeiden, wie es möglich ist. Trotzdem es hat nie lange gedauert, bis man rausgefunden hat, wer wir waren. Und dann ging natürlich der Krach wieder los.«¹⁰⁹

Die einzelnen Ortswechsel vermischen sich in der Erinnerung. Sie fanden erst ein Ende, als ein italienischer Vermieter gefunden war. Wenn Dennis Berend die Staatszugehörigkeit des Vermieters hervorhebt und betont, daß erst ein Ausländer ungefährdetes Wohnen ermöglichte, weist dies auch darauf hin, wie allumfassend und gesellschaftsdurchdringend ihm das nationalsozialistische System erschienen sein muß.

Zur Wohnungsproblematik gesellte sich zunehmend die Schwierigkeit, den Unterhalt der Familie zu sichern. Der Vater arbeitete, solange dies möglich war, für eine Hamburger Firma, die ein Branchenbuch herausgab:

»Diese Firma Sachse hat das irgendwie geschafft – sie durften ihn doch schließlich gar nicht mehr anstellen – dann haben sie es so eingerichtet, daß er selbständig wurde. Und natürlich der Firma Sachse die Annoncen zuschob. Und an sich hat sich überhaupt nichts geändert. Das hat alles auf Papier stattgefunden. Und als er auch das dann nicht mehr durfte, dann hat er den Ausweg gefunden, seine eigene, sollen wir sagen Firma, es war ja keine Firma, es war ein selbständiges Geschäft, einfach meiner Mutter zu übertragen, weil sie ja nicht Jüdin war. Das ging auch. (...) Irgendwie hat jemand ein Auge zugemacht. Und das ging so weiter. Und mein Vater wurde dann der Angestellte meiner Mutter. Auch alles nur auf Papier, außer daß mein Vater keine

Kunden mehr besuchen durfte. Telefonisch ja. (...) Ein Fachmann muß doch hingehen und das besprechen. Das durfte er dann nicht mehr. Das mußte meine Mutter machen. Und die verstand nur was vom Kochen. Aber wir wußten z.B., daß mein Vater beobachtet wurde. Ob das jetzt schon was mit Schallert¹¹⁰ zu tun hat, das weiß ich nicht. Jedenfalls man achtete darauf. Dann ging mein Vater aus dem Haus, und wo geht er hin? Und wann geht meine Mutter aus dem Haus? Und wo geht sie hin? Ich weiß nicht, die waren ganz schlau dabei die beiden. Meine Mutter ist dann zur Firma soundso gegangen und in die Tür rein, zehn Minuten da geblieben und aus der Tür wieder rausgekommen. Und dann hat man natürlich gedacht, sie hat da das Geschäft gemacht, und alles ist in Ordnung. Das ist eine ganze Zeit gut gegangen. Vielleicht ein Jahr.«¹¹¹

Die elterliche Rollenverteilung veränderte sich also: Die eigentliche Arbeit der Anzeigenaquisition, das heißt die Kontaktaufnahme mit Kunden und die Gestaltung der Annoncen, wurde weiterhin vom Vater geleistet. Die Mutter übernahm die Rolle der Unternehmerin nur zum Schein. Auf Dauer erforderte dieser Ausweg ein ausgeklügeltes Tarn- und Täuschsystem, dessen Aufrechterhaltung von der stetigen Angst, entdeckt zu werden, begleitet wurde. Mit dem Verweis auf den gefürchteten »Judenkommissar« Willibald Schallert, der den Zwangsarbeitseinsatz für Juden in Hamburg leitete,¹¹² verleiht er der Bedrohung einen Namen. Schallert war aber im gemeinten Zeitraum (1938/39/40) nicht in Hamburg, sondern übernahm – nach einer Versetzung ins besetzte Polen – die entsprechende Dienststelle des Arbeitsamtes am 1. Januar 1941 wieder.¹¹³ Erst danach avancierte er zum personifizierten Schrecken nicht nur für die von der Zwangsarbeit betroffenen Juden, sondern auch für ihre Familien. Auffällig ist, daß sich – wie schon bezogen auf die Wohnungswechsel – in der Erinnerung Berends hier frühe und spätere Bedrohung mischen.

Die illegale Erwerbstätigkeit des Vaters wurde der Mutter schließlich von unerwarteter Seite zum Verhängnis: Da der Vater offiziell arbeitslos war, galt der älteste Sohn als Ernährer der Familie. Während seiner Einberufung zur Wehrmacht bezogen seine Angehörigen – ebenso wie die von anderen Soldaten, die Familien zu versorgen hatten – den Familienunterhalt. Als offenkundig wurde, daß Berends sowohl den Verdienst aus der »mütterlichen« Firma wie auch die staatlichen Leistungen bezogen, wurde die Mutter als die Erwerbstätige zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. Diese Vorstrafe ließ sie im übrigen nach dem Krieg nicht tilgen, sondern wies

110 Gemeint ist der Leiter des Arbeitseinsatzes für Juden, Willibald Schallert.

111 FZH/WdE 052, Transkript Berend, S. 3.

112 Vgl. dazu das Porträt des Willibald Schallert in der Dissertation der Verfasserin.

113 Archiv Landgericht Hamburg (ALHH), (50) 35/50, 14 Ks 56/50, Urteil v. 23.11.1950, S. 2.

einen entsprechenden Vorschlag ihres Anwalts zurück: »Nein, ich bleibe vorbestraft, bis ich sterbe. Das ist eine Ehre gewesen.«¹¹⁴

Trotz der elterlichen Versuche, den Unterhalt der Familie zu sichern und dem Verfolgungsdruck standzuhalten, wirkten sich staatliche Repressionen und soziale Ächtung auch innerfamiliär aus. Vor 1933 hatte die Unternehmertätigkeit des Vaters zu einem gewissen Wohlstand geführt, der ein gutbürgerliches Leben und die Unterstützung der mütterlichen Verwandten ermöglichte. Angesichts des sozialen Abstiegs verkehrten sich seine kleinen Erfolge in Mißstimmung und Streit, wie Dennis Berend als Kind registrierte:

»Die Moral der Familie brach so langsam zusammen. (...) Und meine Mutter verstand sowieso von solchen Sachen nichts. Sie stand natürlich auf der Seite meines Vaters. Gar keine Frage. Und doch, der Druck von außen, die – jetzt fehlt mir wieder das Wort – der Druck, der über den Menschen lag, die unter diesen Umständen leben mußten, machte auch selbst das Familienleben schwer. Ein falsches Wort irgendwo kann zu Krach führen. Ich habe das auch damals schon bemerkt. Ich war ja, sagen wir, schon ein junger Mann. Und es ging zwischen den Eltern nicht mehr so friedlich, wie man es gewöhnt war. Geld wurde knapp. Schließlich wurden Lebensmittel knapp. Und noch knapper, als der Vater keine vollen Rationen mehr bekam. Und mein Vater hat z.B. – das ist ein gutes Beispiel – er war, da er so beschäftigt war, kannte er natürlich alle Händler in Hamburg. Zumindest hat er mit ihnen gesprochen, auch, wenn er nicht Annoncen verkauft hat. Er hat sie wenigstens angesprochen. Und alle kannten sie ihn. Und so hat er auch noch lange Zeit doch mal das Extraviertelpfund Butter gekriegt, ja, auch mal eine Gans oder ein Hühnchen von Heimerdinger (...), großes Delikatessengeschäft hier. Oder eine Dose von diesem oder jenem, was überhaupt nicht mehr erhaltbar war. Und dann kam er nach Hause und war stolz auf seinen Einkauf, und meine Mutter hat sich gefreut, und jetzt gab es was Schönes zu essen. Und beim Frühstück gab es noch die Brötchen, Kaiserbrötchen. Dann hat er eins aufgeschnitten und dann so dick die Butter draufgelegt. Butter bekamen wir ein achtel Pfund die Woche oder. Das hatte er auf ein Brötchen gemacht! Und meiner Mutter kam so'n kleines Klicken (Schmalzen) von der Zunge. Schon war es aus. ›Du gönnt mir jetzt nicht das bißchen Extrabutter ...‹ (...), ›weil ich ein bißchen zuviel Butter draufschmiere.‹ Nur war es nicht ein bißchen zuviel, es war viel zuviel. **M:** Ja. Seine Freude war weg?

B: Ja. Und meine Mutter andererseits sagte dann: ›Ja, ich bin aber verantwortlich. Wenn du übermorgen keine Butter aufs Brötchen machst, dann fragst du mich: Wo ist die Butter?‹

Und so bricht es langsam zusammen. Obwohl es natürlich ... so schlimm war es ja gar nicht. Sie kamen immer miteinander aus. Wenn sie sich stritten, dann

haben sie sich auch wieder vertragen. Aber da war viel Unruhe, die eigentlich mit der Familie gar nichts zu tun hatte. Die kam eben durch den Druck von außen.«¹¹⁵

Der Vater, ein »autoritärer Mann«, war es gewohnt, daß sein erfolgreicher Einsatz auch Genuß nach sich zog, der zunächst einmal ihm, im weiteren der Familie zugute kam. Mit der Rationierung der Lebensmittel im Krieg und der Einschränkung der Zuteilungen für Juden wirkte ein solcher Genuß egoistisch und verantwortungslos. Hier übernahm die Mutter eine reglementierende Funktion, die nicht nur das väterliche Erfolg-Genuß-Schema in Frage stellte, sondern auch die väterliche Autorität vor den Kindern.

Verstärkt wurde der äußere Druck auch dadurch, daß die »arische« Großmutter bekennende Nationalsozialistin war, die ihrer Gesinnung mit einem überdimensionalen Führerbild im Wohnzimmer und einem stolz zur Schau getragenen Mutterkreuz Ausdruck gab. Der jüdische Schwiegersohn, der sie vordem materiell unterstützt hatte, brach den Kontakt ab. Verbrachte der Enkel ab und zu ein Wochenende bei der Großmutter, mußte er mit der Mißbilligung des Vaters rechnen. Dies wog um so schwerer, als der Aufenthalt dort ihm im Gegensatz zur oft angespannten Situation zu Hause unbeschwerte Stunden ermöglichte, zumal die Familie kaum noch Kontakte zu Nichtfamilienmitgliedern hatte. Der Vater traf seine Freunde ausschließlich im jüdischen Gemeindehaus, und von der nichtjüdischen Umgebung war die Elterngeneration isoliert, was für die Mutter den Verlust aller nicht-familiären sozialen Beziehungen bedeutete. Wenn Berend die Metapher wählt, die Familie »wurde eine Insel«,¹¹⁶ so meint er damit keine Rettungsinsel, sondern einen winzigen Flecken Land in einem weiten Ozean der Feindseligkeit. Versuchte er aber, die Diskriminierung durch die Umgebung solidarisch mit dem Vater zu teilen, indem er in dessen Gegenwart den Hitlergruß verweigerte, verwies dieser ihn auf Höflichkeit und Anstandsregeln zurück:

»Mein Vater hat – der war ein autoritärer Mann – der hat selten mich ausgeschimpft, auch als Junge. Ein Blick war wirklich genug. Ich habe doch einmal aber so ein – geschlagen hat er nie, das gab es nie – aber habe die Schnauze vollgekriegt. Da kam ich mit ihm die Treppe hoch im Treppenhaus (...). Und eine Dame von oben kam runter (...), ist an uns so vorbei, ohne überhaupt zu bemerken, daß wir da sind, wollte meinem Vater nicht ›Guten Tag‹ sagen. Wenn sie begrüßt hätte, dann hätte ich ›Heil Hitler‹ sagen müssen. Und das ist mir ein bißchen komisch gewesen und unbequem. Und als sie vorbei war, und wir in unserer Wohnung waren, da hat mein Vater mich zur Seite genommen

115 Transkript Berend, S. 7f.

116 Transkript Berend, S. 5.

und hat mich angeschnauzt: »Was immer auch die Politik ist ... Du bist nur eine Rotznase! Und du hast die Damen in diesem Hause zu grüßen!«¹¹⁷

Als Kind konnte er nicht erkennen, daß für seinen Vater das Pochen auf Konventionen ein Stück Festhalten an einer verlorenen Lebenswelt war. Er mußte den Anraunzer als Zurückweisung erleben, als Ausschluß aus der Gemeinschaft mit den Eltern. Als einen solchen begriff er auch deren Verhalten, ihm ihre Überlegungen, Sorgen oder bedrückende Neuigkeiten zu verschweigen. Die Eltern wollten ihn vermutlich einerseits nicht belasten, andererseits nicht Gefahr laufen, daß er in der Schule oder auf der Straße unbedacht wiedergab, was zu Hause Thema gewesen war. So handelten die Erwachsenen nach der Devise, daß nicht die Wände, sondern »der Junge Ohren hatte.«¹¹⁸ Nun spürte Dennis – wie die meisten Kinder – sehr wohl, welche Gefühle die Eltern bewegten, wenn ihm auch der konkrete Inhalt unbekannt blieb. Gleichzeitig kränkte es ihn, daß er ausgeschlossen und offensichtlich als Unsicherheitsfaktor eingeschätzt wurde.

Dennis Berend wuchs in dieser sich verändernden Familiensituation auf, die mit Diskriminierung und gesellschaftlichem Abstieg einherging. Vom fünften bis zum fünfzehnten Lebensjahr war seine Kindheit bzw. Jugendzeit davon geprägt, daß der jüdische Vater sukzessive an Ansehen und Autorität verlor, ein Prozeß, der nicht nur außerhalb der Familie stattfand, sondern die Konstellationen innerhalb der Gemeinschaft nachhaltig und einschneidend bestimmte. Die Orientierung an mütterlicher und väterlicher Autorität fiel unter diesen Umständen schwer. Konnte dieser Vater noch ein Vorbild sein, der die Butter allein aß und die Mutter dazu trieb, aus Ärger über dieses Verhalten Streit zu initiieren? Konnte ein als Jude verfemter Vater den Jungen außerhalb der Familie schützen? Was galt seine Autorität noch, als er Auswanderungspläne gegen die Mutter, die ihre Wohnungseinrichtung nicht verlassen mochte, nicht durchsetzen konnte? Durfte dieser Vater wegen seines Verhaltens angegriffen werden, oder war er wegen der Last seiner gesellschaftlichen Diskriminierung sakrosankt?

Waren bereits die innerfamiliären Prozesse belastend, so kamen die eigenen sozialen Erfahrungen hinzu, die der Junge verarbeiten mußte. 1934 eingeschult, genoß er auf der Volksschule noch einen Schonraum. Der Wechsel zur höheren Schule konfrontierte ihn hingegen massiv mit der nationalsozialistischen Rassentheorie:

»Also die Juden sind schlimm, und die Schwarzen sind schlimm, aber das Schlimmste sind die Mestizen, die Mischlinge. Eine reine Rasse ist eine reine Rasse, ob sie schwarz ist oder jüdisch, aber sie sind wenigstens rein. Aber die

117 Transkript Berend, S. 7.

118 Transkript Berend, S. 14.

Mischung, das ist, wo die Idioten herkommen. Das haben wir gelernt in der Schule. Und ich sitz' da mit'm weißen Gesicht, und hinter mir und um mich rum sitzen meine Freunde, die alle wissen, wer ich bin, wer mein Vater ist und kichern. Auch ein ›schönes‹ Gefühl. Das fing schon damals an, als ich zehn war. (...) Also ich war immer das Zentrum der Diskussion. Bei jeder Geschichtsstunde und Geographiestunde usw. kam irgendwie das Thema Juden. Und wir hatten sogar einen Lehrer – ob der das jetzt wußte oder nicht, kann ich nicht sagen – aber der hatte diese Fixation auf Mischlinge. Es scheint mir jetzt, als wenn er wochenlang von Mischlingen geredet hat. Leider muß ich zugeben, ich war entsetzlicher Schüler, (...) Ich habe auch dazu [beij]getragen, weil ich nicht lernen wollte, faul war, mein homework, meine Hausaufgaben nicht gemacht habe. Ich war unlustig.

M: Wie sind Sie damit umgegangen? Gab es jemanden, zu dem Sie gehen konnten und sagen konnten: ›Der hat das und das erzählt ... Wie ist das? Stimmt das?‹

B: Gute Frage. Außer dem Lehrer gab es noch einen Lehrer, der zu meinem Vater gegangen ist. Und meinem Vater gesagt hat: ›Der Wolfgang ...‹ – das war damals mein Name¹¹⁹ – ›ist ein intelligenter Junge. Daß er nicht lernen will usw., das hat nur damit zu tun, daß er im gewissen Sinne verfolgt wird, daß er unglücklich ist hier. Einfach wegen der Sachen, die er hier hört.‹ Obwohl ich persönlich nie angegriffen worden bin. Keiner hat auf mich gezeigt. Das wurde gelehrt, ob ich jetzt da war oder nicht. Also es war nicht auf mich gerichtet, das wollte ich damit sagen. (...)

M: Haben Sie sich für sich selber damit auseinandergesetzt, was es heißt, ›Mischling‹ zu sein?

B: Ja, aber sehr begrenzt. Das Verständnis fehlte. (...) Trotzdem war ich ja erst zehn Jahre alt, verstand von Politik nichts und hatte auch kein genaues Gefühl dafür: Was ist eigentlich ein Jude? Ich wußte, daß mein Vater im Gesicht jedenfalls etwas anders aussah als die meisten anderen Leute. Und daß diese besondere Menschengruppe verfolgt wurde, daß man sie nicht mag. Aber genau aus welchem Grunde, habe ich nicht verstanden. Habe auch nicht verstanden, daß da vielleicht ein Unterschied wäre, wenn meine Mutter auch jüdisch wäre. Oder wenn mein Vater z.B. ›Arier‹ wäre oder meine Mutter jüdisch. ›Mischling‹, selbst der Ausdruck hat zu der Zeit noch nicht viel bedeutet. Vielleicht wäre es sogar leichter gewesen, wenn er was bedeutet hätte, wenn ich es alles verstanden hätte. So wurde man dauernd verwirrt. Wissen Sie? Man konnte einfach nicht verstehen, warum zeigen die auf mich? Ich sehe genauso aus wie ihr, habe keine schwarzen Haare. Das war schwer zu verstehen. Und man fühlte sich, ich habe das gerade beschrieben, man fühlte sich irgendwie kleiner und vielleicht sogar häßlicher als die anderen. Im Vergleich zu den anderen bin ich nicht ganz so gut. Zuletzt natürlich war ich dann ein

119 D.B. änderte in den USA seinen Vornamen.

›Schwein‹, und der andere war ein ›Riese‹. So am Ende hat man gesagt: ›Du Judenschwein!‹ Aber zu der Zeit noch nicht. Und ich bin damit auch nie richtig fertig geworden zu der Zeit. Ich habe das nie richtig entwickeln können. Der Zustand muß zwei, drei Jahre gedauert haben. Dann wurde ich natürlich älter, und dann habe ich es verstanden, richtig verstanden.«¹²⁰

Erneut fällt auf, daß die Erinnerung an den besonders belastenden Teil des Unterrichts, die Rassenlehre, sich über alle anderen Schulerfahrungen legt, die keinen gleichen Stellenwert erlangen konnten. Dennis wurde einerseits mit dem »Rassenmodell« und seinen Wertungen, andererseits aber auch in besonders drastischer Weise mit dem eigenen Stellenwert konfrontiert, der in der Auslegung dieses Lehrers noch weit unter dem des Juden rangierte. Zwar verdankte Dennis es innenpolitischen Rücksichten, daß er überhaupt noch in einer »deutschen« Schulklasse saß. Doch im rassekundlichen Unterricht galten taktische Bedenken nicht, die das Handeln im politischen Raum bestimmten.¹²¹ Hier ging es darum, den Schülern möglichst eindrucksvoll und nachhaltig die Vererbungslehre einschließlich der »Mischlingsforschung«, die Prinzipien der Erb- und Rassenpflege in der Bevölkerungspolitik und die »Gefahren der Rassenmischung« nahezubringen.¹²² In der Unterrichtsstunde des Hamburger Gymnasiums wurde der »Mischling« zum »erbkranken Idioten«, zum »Rasseunreinen«, der noch unter den »Untermenschen« stand. Einer derart übermächtigen »Lehre« konnte Dennis nichts entgegensetzen. Kognitiv war das Problem nicht zu bewältigen: Er wußte kaum etwas über Juden und ihre vorgeblichen Schandtaten und erst recht nichts über »Mischlinge«. Der jüdische Traditionsstrang war während des Assimiliationsprozesses abgerissen. Es lebten auch keine väterlichen Verwandten mehr, die ihn hätten repräsentieren können. Dennis' einziger Anhaltspunkt blieb das andersartige Aussehen seines Vaters. Aber er selbst unterschied sich mit seinen blauen Augen und blonden Haaren äußerlich nicht von den Mitschülern. So war er verwirrt. Ohne Orientierung vom Elternhaus »bewältigte« er die Problematik emotional, indem er die Zuschreibung der Minderwertigkeit verinnerlichte. Er reagierte – eher untypisch für »Mischlinge« dieser Jahrgänge, die sehr auf Unauffälligkeit bedacht waren – mit Leistungsverweigerung. Dadurch zog er Aufmerksamkeit auf sich. Der indirekte Hilfeschrei hatte Erfolg, denn er mobilisierte das pädagogische Gewissen eines anderen Lehrers, der den Vater über Hintergründe von Dennis' Verhalten in Kenntnis setzte und ihn damit wenigstens vor häuslichen Sanktionen rettete. Älterwerden hieß danach, sich an die rassische Diskriminierung bis hin zu

120 FZH/WdE 052, Transkript Berend, S. 4f.

121 Vgl. die in Kapitel II dieses Beitrages kurz skizzierten Auseinandersetzungen um die Ausdehnung des Judenbegriffs.

122 StaHH, Oberschulbehörde, Lag. 635, Der Reichs- u. Preuß. Minister f. Wissenschaft, Kultur und Volksbildung, Ausführungen zur Vererbungslehre und Rassenkunde im Unterricht v. 15.1.1935.

offenen Beschimpfungen »zu gewöhnen«. Als Dennis 1942 die Schule nicht weiter besuchen durfte, überraschte ihn die Relegation kaum noch.

Die vom Lehrerpult ausgehende Stigmatisierung hatte jedoch nicht zur Folge, daß Dennis im Kreise seiner Schulfreunde völlig isoliert wurde. Ihr Kichern drückte zwar kindliche Schadenfreude darüber aus, daß er im Mittelpunkt der Lehrerbemühungen um die Rassenkunde stand, doch außerhalb der Schule spielten die Jungen noch jahrelang zusammen. Die Jungvolkzugehörigkeit der Mitschüler schien dabei keine Rolle zu spielen. Sie nahmen die Lehre von der Reinheit des Blutes als etwas Gegebenes, ja offensichtlich wissenschaftlich Bewiesenes hin, ohne den »Mischling« auszugrenzen. Nur als es darum ging, Blutsbrüderschaft zu schließen, erhielt die angebliche Tatsache seiner »Blutmischung« Relevanz: Dennis wurde ausgeschlossen.

»Wir waren Freunde und dabei blieb es. Aber auch das ist langsam zusammengebrochen. Da muß ich Ihnen von einer Episode erzählen. Ich weiß nicht, ob Sie die Karl-May-Bücher kennen? Die sind ja nicht für Mädchen. Ich glaube, die Jungs lesen die heute noch. Da gab es die Karl-May-Bücher über die Indianer, Winnetou, Old Shatterhand und so. Und ganz oft in diesen Büchern kam die Blutsbrüderschaft vor. Und die Indianer haben das so gemacht, dem Buche nach. Das stimmt aber allerdings gar nicht. Hier mit den Fingern ein bißchen Blut und mit dem anderen zusammen, und dann ist man Blutsbruder. Wir haben Indianer gespielt genau wie all die anderen. Und wir waren zwölf, dreizehn Jahre alt und haben auch das gespielt. Da durfte ich nicht dabei sein. Da haben meine Freunde ... Die haben das geglaubt diese Blutsbrüderschaft, daß das Blut sich tatsächlich mischt. Da haben sie gesagt: ›Das geht nicht.‹ Da haben sie mich ausgeschlossen. Ist das interessant?

M: Ja.

B: Das ist das einzige Mal, das ich erinnere, wo ich nicht dabei war. Und sie haben mir das erklärt und sich ein bißchen dabei geschämt. Aber blieben dabei. Soviel hatten sie schon gelernt bzw. nicht gelernt.

M: Waren Sie da traurig oder wütend?

B: Ja.

M: Traurig?

B: Ja. Das war wie eine Ohrfeige. Ich wußte es auch nicht besser, daß das eigentlich überhaupt nichts ist. Das Blut mischt sich nicht. So geht das nicht. Ich habe genauso gedacht wie die. Dann ist man eben Blutsbruder. Und ›Mein Blut ist nicht so gut wie deines.‹ Aber das hatten die schon gelernt ›Dein Blut ist nicht so gut wie unseres.«¹²³

Der amerikanische Staatsbürger Berend kennt inzwischen die Gebräuche der Indianer besser als die Hammer Schuljungen Ende der dreißiger Jahre.

Doch dieses Wissen lindert die schmerzliche Ausgrenzungserfahrung nicht. Wenn er betont, daß das Blut sich nicht wirklich mische, schwingt unausgesprochen mit, daß er in diesem Fall doch – für die anderen gefahrlos – hätte dabeisein können. Vor allem weist aber dieser Satz versteckt darauf hin, wie weit Dennis Berend in seiner Identitätsbildung die negative Zuschreibung der nationalsozialistischen Machthaber verinnerlicht hat. Er betont zwar als Erwachsener, daß sein Blut so gut wie das der anderen gewesen sei, und die Freunde gegenteilig indoktriniert gewesen wären, die Beweisführung der Nichtvermischung belegt hingegen die anhaltende verborgene Anerkennung des ihm zugeschriebenen Status.

Doch trotz Kicherns und verweigerter Blutsbruderschaft war Dennis im Gegensatz zu seinen Eltern nicht völlig aus der nichtjüdischen Umgebung ausgegrenzt. Er spielte sogar regelmäßig mit seinen Freunden zusammen Tennis in einem Verein, eine Betätigung, die ihm in der Pubertät, als er sich langsam für Mädchen zu interessieren begann, auch aus anderen Gründen wichtig war und ihn wenigstens dort seine jüdische Herkunft vergessen ließ. Um so härter traf ihn der mit der Abschulung¹²⁴ einhergehende Vereinsausschluß 1942:

»Das war schön. Dann waren auch die Mädchen dabei. Man war ja nun schon vierzehn, fünfzehn und lernte Mädchen kennen. Und die waren hübsch. Und die kurzen Röckchen. Das war alles wunderbar. Und wir natürlich in schneeweiß und so. Und plötzlich wurde mir im Verein gesagt – ich weiß noch wer es war – »Es tut uns ja furchtbar leid. Wir können dich nicht mehr im Verein behalten, mein Junge.« »Mein Junge«, also es war nett. Und plötzlich gehörte ich nicht mehr dazu. Das war schwer, das war schwer. Denn das hatte auch natürlich sofort die Folge, daß das bekannt wurde und unter unseren Nachbarn und Bekanntenkreisen, die ja immer weiterbestehen und es also jetzt offensichtlich war, daß mit Berend, ob das jetzt der Mann oder der Junge ist oder sogar die Frau, vielleicht müßte man sich etwas weiter zurückziehen, es wird ja offenbar gefährlich. Also noch mehr isoliert wurde man dadurch. Das war

124 Die 1942 reichseinheitlich erfolgte Abschulung der »Mischlinge ersten Grades« von weiterführenden Schulen hatte eine Vorgeschichte: Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen v. 25.4.1933 (RGBl. I 1933, S. 225) bestimmte, daß der Anteil »nichtarischer« (hier wurde noch nicht differenziert) Schüler und Studenten nicht höher als deren Bevölkerungsanteil liegen durfte. Diese Beschränkungen wurden mit dem Erlaß über die Auswirkung des Reichsbürgergesetzes auf das Schulwesen v. 2. 7.1937 hinfällig. Auch wurde den »Mischlingen« die Teilnahme an allen Schulveranstaltungen, einschließlich besonderer Gemeinschaftsveranstaltungen, gestattet (BA, R 22, Reichsjustizministerium, 1183, Erlaß des RMfWEV v. 2.7.1937, hier: Punkt I/4 und II/1). Der Erlaß v. 2.7.1942 schloß »Mischlinge ersten Grades« vom Besuch der Haupt- und weiterführenden Schulen aus, am 21.11.1942 wurde ihnen Privatunterricht verboten (StaHH, Oberschulbehörde, Lag. 634, Erlaß des RMfWEV v. 2.7.1942). Am 21.4.1943 entfielen die Möglichkeiten, Abendkurse zu besuchen und ab 11.10.1943 durften sie nicht mehr am Unterricht von Berufsfach- und technischen Schulen teilnehmen (StaHH, Oberschulbehörde, Lag. 645, Rundschreiben RMfWEV v. 5.4.1944). Mischlinge zweiten Grades« durften Schulen besuchen, wenn Platz vorhanden war (vgl. Noakes, Development, S. 349).

nicht nur die Sache, daß ich jetzt nicht mehr Tennis spielen konnte. Und natürlich tat es weh.«¹²⁵

1942 fanden – wie eingangs erwähnt – die Konferenzen statt, in denen um die Einbeziehung der »Mischlinge« in die Vernichtungspolitik gerungen wurde. Eine Auswirkung waren neue Anordnungen, die »Mischlinge« aus zahlreichen Lebensbereichen ausgrenzten. Andere »Halbjuden« hatten die bittere Erfahrung des Ausschlusses aus Sportvereinen bereits sehr viel früher als Berend machen müssen. Doch 1942 schien es offensichtlich auch den nicht ganz so rigiden Funktionären seines Vereins angebracht, die Trennungslinie zwischen »Ariern« und »Juden« stellvertretend zu ziehen. So entfiel für Dennis Berend nicht nur die Freizeitbetätigung, sondern auch eine der wenigen unauffälligen Möglichkeiten, noch in aller Unschuld (»schneeweiß«) Freundschaftsbeziehungen zum anderen Geschlecht anzuknüpfen. Darüber hinaus empfand er diesen Hinauswurf als Signal für seine Umgebung, sich von ihm und der Familie zurückzuziehen wegen der erhöhten Gefahr, die auch solche, die zu ihnen in Kontakt standen, betreffen konnte. Zu dieser Zeit waren die jüdischen Freunde des Vaters bereits deportiert.

Daß die Gefahr für die in »privilegierten« Mischehen lebenden Juden tatsächlich gestiegen war, machte die Verhaftung des Vaters Ende Februar 1943 deutlich.¹²⁶ Als Dennis Berend an jenem Tag nach Hause kam, lag dort nur ein Zettel der Mutter auf dem Küchentisch, dessen Text er so erinnert: »Vati ist abgeholt worden. Ich bin hinterhergefahren. Ich komme wieder, sobald ich kann.«¹²⁷ Der erwähnte Leiter des Arbeitseinsatzes für Juden, Willibald Schallert, hatte Anweisung bekommen, eine Verhaftungsliste zusammenzustellen und den Vater darauf plaziert.¹²⁸ Während die Mutter den väterlichen Aufenthaltsort ausmachte und ihn zu sprechen versuchte, stand Dennis allein in der Wohnung. »Ich war doch nur eine halbe Stunde, höchstens eine Dreiviertelstunde weg«, klagt er noch heute, und es hört sich an, als hätte er, der Sechzehnjährige, die Verhaftung verhindern können. Hinzu kam, daß das elterliche Prinzip, ihm die Fakten nicht mitzuteilen, auch in dieser Situation aufrechterhalten wurde:

»Aber genau wann und was da vorgegangen ist, das weiß ich nicht. Hat sie mir auch nicht gesagt. Ich war immer noch ein Außenseiter.

125 FZH/WdE 052, Transkript Berend, S. 11.

126 Archiv FZH, 35363, Zugangsliste des KL Fuhlsbüttel v. 1.3.43.

127 FZH/WdE 052, Transkript Berend, S. 16.

128 Diese Gestapoaktion stand im Zusammenhang mit der aufgrund des erfolgreichen Protestes der Ehefrauen bekannt gewordenen Verhaftung von Berliner Juden, die in Mischehen lebten. Vgl. Stoltzfus, *Resistance*, Jochheim, *Frauenprotest*; Gruner, *Arbeitseinsatz*, S. 319f. Zur neueren Kontroverse über die Bewertung dieses Protestes vgl. Stoltzfus, *Widerstand*, und Dipper, *Schwierigkeiten*.

M: Immer noch das Kind.

B: Immer noch das Kind.«¹²⁹

Während er einerseits weiterhin wie ein Kind geschont wurde oder – wie er es empfand – ausgeschlossen blieb, zog die Mutter ihn andererseits gleichwohl zu ihrer Entlastung heran, indem sie ihm die wöchentlichen Botengänge ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel übertrug, um dem Vater saubere Wäsche zukommen zu lassen:

»Das erste Mal ist meine Mutter hingegangen mit einem Koffer mit Wäsche. (...) Meine Mutter hat dabei so viel Angst gekriegt, daß sie es einfach nicht konnte. Sie war ja schon in Fuhlsbüttel [in Haft, B.M.] gewesen. Man hat sie dort auch beschimpft usw., als sie das erstmal da war. Und sie hat mich gehen lassen. Ich war jung und frech. Und ich habe es dann gemacht. Es war, ich weiß nicht mehr, welcher Tag, sagen wir, mittwochs. Und Gott, hat man mich da mißhandelt! Das war ein kleiner Raum direkt am Gittereingang. (...) In der Bude, da standen diese riesigen SS-Männer in ihrer schwarzen Uniform mit den großen Stiefeln usw. Also man hat mich nicht angefaßt, aber ich mußte ... ›Ach, hier kommt wieder so'n Judenlummel.‹ und ›Steh‹ mal stramm. Melde dich mal richtig. Murmel nicht so.‹ Und alles, was man machte, war falsch. Dann mußte man es noch mal machen und noch mal machen. Inzwischen macht man sich in die Hose. Man ist doch kein Held. Und diese Hünen stehen da und machten sich offensichtlich über dich lustig! Dann der Austausch der Wäsche (...). Und beim Abschied sozusagen dann strammstehen, ›Heil Hitler‹ sagen, der Arm ist nicht gerade genug, nicht hoch genug, zu hoch. Die Schikanen und die Freude, die diese Männer offensichtlich daran hatten, so einen wie mich so richtig mal durch die Mühle zu drehen! Und zuerst hat man die schreckliche Angst, und dann denkt man nur an Rache. Ich möchte mal, daß es umgekehrt wäre, daß ich euch mal ... Trotzdem bin ich jede Woche hin, und jede Woche gab's dasselbe. Es waren immer neue [SS-Männer, B.M.]. Es waren niemals dieselben, soweit ich weiß. Und auf eine Art oder die andere haben sie alle dasselbe gemacht. Und dann eines Tages (...) wurde mir ganz kurz gesagt: ›Der Jude ist nicht mehr hier.‹ Und damit war es zu Ende.«¹³⁰

Im Rückblick auf die Botengänge wird die zwiespältige Situation Berends sehr deutlich: Noch war er Kind genug, um die SS-Leute – die ja tatsächlich eine bestimmte Körpergröße aufweisen mußten – als »riesig« zu empfinden, das heißt sich selbst als sehr klein. Entsprechend entwickelte er Rachephantasien, die sich auf eine Zukunft bezogen, in der es »umgekehrt« wäre, er riesig und sie klein. Dabei wurde er von den SS-Leuten behandelt – was er nicht wußte und was ihm in der Situation auch nicht geholfen hätte – wie

129 FZH/WdE 052, Transkript Berend, S. 17.

130 Transkript Berend, S. 19f.

erwachsene Juden auch. Seine eigene unkontrollierbare Reaktion der Inkontinenz war für ihn ein öffentlicher, demütigender Beweis seiner Infantilität, er galt nicht nur als »Rotznase«, sondern auch als »Hosenscheißer«. Alt genug, seiner Mutter die Gänge abnehmen, die ihn jede Woche wieder zum Kleinkind werden ließen, erfuhr er doch nichts über die Hintergründe, in die sein älterer Bruder sehr wohl eingeweiht wurde. Die Nachricht vom Abtransport des Vaters kann ihm – so schrecklich sie in der Konsequenz war – insgeheim auch entlastend erschienen sein, befreite sie ihn doch von der wiederkehrenden Demütigung durch SS-Männer, die in seiner Erinnerung zu einem einzigen Riesen zusammenflossen. Der Vater wurde am 22. April 1943 nach Auschwitz deportiert,¹³¹ laut Todesurkunde dort am 15. Mai 1943 ermordet.¹³²

Dennis Berends weite Reise 1993 nach Hamburg entsprang dem Bedürfnis, nun – als 66jähriger – aus den Akten Aufklärung über das damalige Geschehen zu erfahren. Denn »das Kind« erfuhr auch nach dem Krieg nie, was 1943 verschwiegen wurde. Weder im Gespräch mit der Mutter noch mit dem Bruder wurde diese Thematik berührt. Daß in den umfangreichen staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Schallert und dessen Vernehmungen ein Grund für die Verhaftung des Vaters nicht herausgefunden wurde, mit dem die Restfamilie sich hätte auseinandersetzen können, verfestigte das Schweigen.¹³³

Dennis und sein Bruder, der inzwischen aus der Wehrmacht entlassen worden war, wurden in einem Rüstungsbetrieb dienstverpflichtet. Den Übergang zwischen »normaler« Dienstverpflichtung und Beginn der Zwangsarbeit bemerkten sie im Gegensatz zu anderen Betroffenen, die aus ihren bisher ausgeübten Berufen herausgerissen wurden, gar nicht. Erst Gerüchte über bevorstehende Lagereinweisungen schreckten sie auf:

»Kurz vor Kriegsende kam hier ein Gerücht: Jetzt sind wir dran. (...) Dann war plötzlich die Rede davon: Jetzt kommen wir ins Lager. Wir müssen jetzt zu den Italienern und Franzosen, mit denen wir arbeiten, jetzt kommen wir ins Lager. Innerhalb von zwei Tagen werden wir das im Radio hören. Wir sind geflüchtet. Die Engländer waren wenige Kilometer südlich von Hamburg. Auf dem Fahrrad bin ich nach Bendestorf [in der Nordheide, B.M.] gefahren. Und

131 Archiv FZH, 35363, Abgangsliste Kolafu v. 22.4.1943.

132 So angegeben im Prozeß, der gegen Willibald Schallert nach Kriegsende geführt wurde. ALHH, (50) 35/50, 14 Ks 56/50, Vermerk des Oberstaatsanwalts v. 16.12.49, S. 2.

133 Der Staatsanwalt konnte Schallert im Falle Berend nicht nachweisen, daß er seine Position ausgenutzt hatte, um Lebensmittelkarten zu erpressen und ihn – als Berend dies verweigerte – aus Rache auf die Deportationsliste setzte. Deshalb wurde dieser Anklagepunkt – wie einige andere auch – aus Mangel an Beweisen fallengelassen. Dennoch wurde Schallert wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre verurteilt. Ebd., Verfügung des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Hamburg v. 14.12.1949, S. 2f. und Urteil, S. 1.

als ich in Bendestorf ankam, ich kam den Berg runter, und gegenüber im Tal kamen die englischen Panzer. Ich bin umgekehrt, nach Hamburg zurück, zu meinem Bruder gesagt: »Horst, die Engländer kommen. Die sind schon da. Wir gehen nach Bendestorf. Morgen sind sie schon zehn Kilometer weiter. Und wir lassen uns einfach überlaufen. Dann sind wir sicher. Wir gehen nicht ins Lager. Wir gehen nicht auf die Barrikaden, falls sie hier Barrikaden bauen. Wir wollen hier nicht in den letzten Tagen des Krieges noch für die Nazis sterben. Das fehlt uns noch.« Und wir haben das gemacht. Allerdings haben die Engländer uns nicht überlaufen. Wir konnten sie sehen, und sie sind stillgestanden. (...) Und mein Bruder und ich haben gedacht, wenn die Engländer nicht zu uns kommen, dann gehen wir eben zu ihnen. Dann sind wir durch den Wald marschiert. Es handelte sich ja höchstens um einen halben Kilometer. Wir gingen über eine Lichtung im Wald. Ist das richtig, Lichtung?

M: Ja.

B: Und hinter den Bäumen auf der anderen Seite der Lichtung stehen zwei SS-Männer. Mensch, so eine Angst, das kann man sich gar nicht vorstellen. »Papiere«. Die suchten natürlich nach ...

M: Deserteuren.

B: Fahnenflüchtigen. Den ganzen Krieg habe ich versucht, das Ding zu verstecken, wo »N.z.V.« draufstand, »nicht zur Verwendung«. Naja, wir mußten die Papiere zeigen, und die beiden mit gezogenen Pistolen hinter uns, die Pistolen an den Kopf. (...) Wir waren so gut wie tot. Junge, Junge. Das war wohl die größte Angst, die ich je gehabt habe. Und dann plötzlich gab es furchtbares Brausen in der Luft. Die Engländer hatten uns anscheinend gesehen, als wir die Lichtung durchliefen, und haben geschossen mit diesen Mörsern. Die sind klein, aber häßlich. (...) Natürlich haben wir alle vier, die beiden SS-Leute und wir, uns auf den Boden geworfen. Und mein Bruder hat die Geistesgegenwärtigkeit gehabt, er sagte nur ein Wort: »Los!« Aufgesprungen und durch das Feuer durch, und ich hinter ihm her. Und die beiden anderen lagen noch auf dem Boden, haben was gerufen, ich weiß nicht, was. Es war so ein Lärm von den Mörsern. Und wir sind durch das Feuer durchgelaufen. Nichts hat uns getroffen. Und wir waren weg.«¹³⁴

Nach der Ermordung des Vaters trieb die drohende »Kasernierung« die Brüder zu rettenden Schritten. Sie waren bereit, das Risiko der »Feindberührung« einzugehen, um endlich in Sicherheit zu sein.¹³⁵ Statt dessen trafen sie in den SS-Leuten auf die treuesten Anhänger des NS-Staates, die für Dennis nach seinen traumatischen Erlebnissen am Tor des KZ Fuhlsbüttel ohnehin gleichbedeutend für eigene Demütigung und den Tod des Vaters waren. Auch hier verkörperten sie Todesgefahr, die die Brüder aktiv dadurch überwandten, indem sie »durch das Feuer liefen«. Es half ihnen, daß sie

134 FZH/WdE 052, Transkript Berend, S. 18.

135 Vgl. zu den Ereignissen kurz vor dem Waffenstillstand Bajohr, Hamburg.

jung, sportlich und aufeinander eingespielt waren. Andernfalls hätten vielleicht ein paar Tote mehr in diesem Wald gelegen. Nach Hause zurückgekehrt, erlebten sie das Kriegsende – ohne überzulaufen – ganz unspektakulär in Hamburg.

Doch zur Tagesordnung übergehen wollten sie nicht, zu frisch waren Demütigungen, Ausschlüsse, Entlassungen und Verhaftungen: Die Mutter hatte wegen zuviel gezahlten Familienunterhalts eine halbjährige Gefängnisstrafe erhalten, der Bruder kurzzeitig eingesperrt, weil er ein Swing-Lied gesungen hatte, und schließlich war der Vater ermordet worden. Dennis und sein Bruder wollten wenigstens einen Verantwortlichen symbolisch bestrafen. Ihre Rachedgedanken richteten sich nicht auf die »riesigen« SS-Männer, die Gestapo-Leute oder den für die Deportation des Vaters Verantwortlichen, sondern auf den Blockwart ihres Mietshauses. Auf ihn, den im Vergleich weniger Gefährlichen, konzentrierten sie stellvertretend alle Wut-, Haß- und Rachegefühle:

»Diese Gefühle, so nach Jahren, die Gefühle, die man so aufspeichert, die sind schrecklich. Ich denke noch heute oft so im Halbschlaf an Rache. Das darf man nicht, man sollte es nicht. Und trotzdem, es ist schwer, dem zu entkommen. Dieser Blockwart (...) war SA-Mann. Was der uns zugesetzt hat in den Jahren, wie der uns traktiert hat, schikaniert hat, ist kaum zu glauben. Und nach dem Krieg, wenige Tage nach dem Krieg, ich muß das auch zugeben, sind mein Bruder und ich ... Wir wußten, wo er arbeitet, beim Gericht (...) war er beschäftigt. Ich weiß nicht, was er machte. Er war kein Richter, er war Angestellter oder so. Da saß er an seinem Schreibtisch. Leider waren jetzt in dem selben Raum fünf oder sechs andere Männer am Schreibtisch. Also wir konnten nichts machen, als ihn zu beschimpfen. Und mein Bruder wurde laut: »Die Nazis sitzen hier also noch.«

Wir wußten aber dann, wo er wohnt. Und er wohnte auf seinem Schrebergarten außerhalb Hamburgs Richtung Bergedorf. Wir haben uns einen Strick genommen, einen schönen dicken Strick und verschiedene kleinere. Und wir sind hingegangen, um ihn abzuwarten und ihn aufzuhängen. Das war wenige Tage nach dem Krieg. Man fand die Toten auf der Straße. Für eine Zigarette wurdest du umgebracht. Da hätte sich keiner drum gekümmert. Den hätten sie erst sechs Wochen später gefunden. Haben wir uns genau überlegt. Wir sind hingegangen und haben ihn beobachtet, ein paar Tage lang. Abends um diese Zeit kommt er nach Hause mit seinem Fahrrad zum Schrebergarten. Und jetzt wußten wir, wann er ankommt, wo er ankommt. Und da haben wir gedacht, so wie er drin ist, gehen wir rein, und dann ist es soweit. Den hätten wir aufgehängt. An dem Abend, wo es losging, da kam er nicht. Da hat er Glück gehabt. Man war soweit getrieben, daß man sagte: »Ich ermorde den.« Der hat ja jahrelang meinen Vater, Gott oh Gott, beschimpft.«¹³⁶

Der Wunsch, die eigenen Verletzungen und den ermordeten Vater zu rächen, mag auch davon bestimmt gewesen sein, sich selbst von Schuldgefühlen zu befreien und die Schuld wieder jenen zuzuschieben, die das nationalsozialistische Regime den Verfolgten gegenüber tagtäglich repräsentiert hatten. Die Brüder waren zu jung und während der NS-Zeit zu isoliert von Leidensgenossen, um ihre Rachewünsche in die Mitarbeit in einer Organisation umzulenken, die ehemalige Nationalsozialisten dingfest machte, oder um eine Klage bei Gericht einzureichen – wobei es eine Ironie des Schicksals zu sein scheint, daß ihr Racheobjekt gerade dort arbeitete. Doch wie die spektakulären Fluchtpläne bei Kriegsende, so scheiterten auch die Rachepläne an banalen Widrigkeiten wie den Arbeitskollegen oder einer Verspätung und lösten sich ins Nichts auf. Während die Mutter als Zeugin im Prozeß gegen Willibald Schallert aussagte, emigrierten die Brüder in die USA, um sich ein Leben ohne »rassische« Diskriminierung, staatlichen Terror und flugs zu Demokraten gewendeten Nationalsozialisten aufzubauen. Daß Dennis nicht wie sein Vater Kaufmann wurde, sondern Mitarbeiter bei einem der mächtigsten Geheimdienste der Welt, dem CIA, weist lebensgeschichtlich auf das tiefsitzende Bedürfnis hin, Geheimnisse zu erfahren, zu analysieren und einschätzen zu lernen. Daß er bei diesem Geheimdienst in die Öffentlichkeitsarbeit gegangen ist, könnte darüber hinaus zeigen, daß es ihm auch darauf ankommt, den Wissensvorsprung – in wohldosierter Form – an die Öffentlichkeit weiterzugeben (womit keine generelle Aussage über die CIA-Öffentlichkeitsarbeit getroffen werden soll, die sicher anderen Zielsetzungen folgt), Aufklärung zu leisten und vielleicht Menschen aufzurütteln. Auf jeden Fall aber sicherte und schützte ihn die berufliche Orientierung: Er gehörte nun zu einem Machtapparat, der sich weltweit als handlungsfähig und schlagkräftig präsentiert hatte und vor dem Umsturz ungeliebter Regimes nicht scheute. Als er die Organisation verlassen hatte, drängte es ihn, die verschwiegenen Vorgänge von 1943 aufzuklären, die abgerissenen Fäden seiner Vergangenheit aufzunehmen und sich vielleicht so von seinen Rachegefühlen im Halbschlaf zu befreien.

2. »Positiv Denken« – Lydia Schiele

Lydia Schieles Kindheit fiel wie die Dennis Berends in die ersten Jahre der NS-Herrschaft. Auch ihr »rassischer Status« lautete: »Mischling ersten Grades«. Allerdings unterschied sich die Ausgangssituation der beiden in wesentlichen Aspekten: Lydia war vier Jahre jünger, sie war ein Mädchen und hatte eine Mutter, die aus einer jüdischen Familie stammte.¹³⁷ Diese Faktoren führten zu einem anderen Ablauf des Verfolgungsprozesses,

137 FZHWdE 022, Interview mit Lydia Schiele, geführt von Beate Meyer am 30.1.1992.

beeinflußten die Umgangsstrategien mit ihm und zeitigten unterschiedliche langfristige Auswirkungen.

Lydia wurde 1931 geboren. Sie hat – wie ihre 1929 geborene Schwester – keine bewußten Erinnerungen an die Zeit der Weimarer Republik und damit keine Erinnerung an ein von »rassischer« Diskriminierung unbelastetes Familienleben. Sie erinnert sich, daß die Eltern nicht religiös waren. Schon der Großvater gehörte der jüdischen Gemeinde nicht mehr an. Als die Mutter sich 1935 taufen ließ, geschah dies allerdings weniger als Bekenntnis zum Christentum, sondern in der (irrtümlichen) Hoffnung, damit angesichts der Nürnberger Gesetze die Diskriminierung der Familie abschwächen zu können.

Wie bei Berend war auch Lydia Schieles Kindheit von zahlreichen Umzügen beeinträchtigt, die das Kind immer wieder aus seiner Umgebung rissen. Die Familie wohnte zunächst bei den Großeltern, die nach Definition der Nationalsozialisten »Volljuden« waren. Als deren Eigenheim verkauft werden mußte, zog Familie Schiele in ein Barmbeker Mietshaus. Hier lebte sie fünf Jahre im guten Einvernehmen mit dem Vermieter und den Nachbarn. 1942 wechselte sie nach Eppendorf, wo sie im Sommer 1943 ausgebombt wurde. Das nächste halbe Jahr verbrachten Mutter und Töchter in Weimar. Sie hofften, dort von Verwandten aufgenommen zu werden, die sie aber abwiesen. So gingen sie nach Bamberg, bis sie 1944 nach Hamburg zurückkehrten, wo sie zunächst in Othmarschen Unterkunft fanden. In familiäre Konflikte hineingezogen, denunzierte der Hauptmieter sie beim Hausbesitzer als Juden, was die sofortige Kündigung zur Folge hatte. Kurzzeitig fanden die Ausquartierten in Quickborn Unterkunft und bezogen dann in Altona ein möbliertes Zimmer. Als hier die Abstammung der Mutter bekannt wurde, kündigte auch dieser Vermieter. Vermutlich vermittelte dann die inoffiziell weiterbestehende Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) eine neue Wohnmöglichkeit bei einer Mischehe in Eimsbüttel, wo die Familie wiederum einige Monate bleiben konnte, bis die Reichsvereinigung sie in ein »Judenhaus« für Mischehen in der Dillstraße 16 einwies.¹³⁸ In den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft wohnte Lydia also in zehn verschiedenen Wohnungen. Stabile Freundschaften zu anderen Kindern oder Schulkameradinnen konnte sie aufgrund der häufigen Wechsel kaum aufbauen. So verwundert es nicht, daß sie als Kind und Jugendliche eine sehr enge Beziehung zu ihrer Schwester entwickelte und auf den Familienverband orientiert war. Sprachlicher Ausdruck dieser emotionalen Fixierung im Interview ist eine äußerst spärliche Verwendung des

138 StaHH, Jüdische Gemeinden, Abl. 1993, Ordner 36, Überlegungen zur Umquartierung der »Mischehenfamilien«, darunter die Familie Schiele. Die zahlreichen Umzüge der Familie sind auch dokumentiert auf der Karteikarte, die die RVJD für die Gestapo führen mußte, ebd., Ordner 41.

Wortes »ich« zugunsten eines »wir«, das manchmal die Schwestern, weit-
aus häufiger aber Mutter, (Vater) und Kinder meint.¹³⁹

Der als Lehrer verbeamtete Vater verlor seine Arbeitsstelle nach dem Ge-
setz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums als »jüdisch Versippter«
1937¹⁴⁰ und fand kurz darauf einen neuen Arbeitsplatz als kaufmännischer
Angestellter. Die Mutter war nicht erwerbstätig. Der soziale Abstieg mach-
te sich offensichtlich nicht so stark wie bei anderen Familien bemerkbar,
zumal das Ruhegehalt des Vaters bzw. später der Wehrsold das Einkommen
der Familie aufbesserten. Auch die soziale Isolierung spürte die Familie we-
niger als andere, denn das gemeinsame Interesse an Musik führte die Eltern
weiter mit alten Freunden zusammen:

»Meine Mutter hat kein Instrument gespielt. Mein Vater spielte Geige, meine
Schwester Cello. Aber zu der Zeit natürlich noch nicht, da waren wir zu klein.
Mein Vater hatte immer Kammermusikvereinigungen, Quartett oder Quint-
tett. Damit sind wir aufgewachsen, was sehr schön war, und was vor allen
Dingen sehr schön war, daß das immer aufrechterhalten werden konnte. Also
die sind alle weiterhin gekommen, da hat es niemals Probleme gegeben.«¹⁴¹

Die Musiknachmittage oder -abende hatten intensive Beziehungen entste-
hen lassen, die der äußeren Isolation der Familie – zumindest in Vorkriegs-
jahren – vorbeugte. Zudem schufen sie innerfamiliär enge Bindungen, in die
die Töchter hineinwachsen konnten. So wurde für die Mutter das Verbot,
kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, partiell unwirksam, fanden diese
doch in ihrem Wohnzimmer statt. Daß die Barmbeker Nachbarn die Zu-
sammenkünfte nicht denunzierten, erzeugt bis heute bei der Interviewten
Dankbarkeit, denn Erinnerungen an andere Versuche, als Familie gemein-
sam etwas zu unternehmen, sind Erinnerungen an Anspannung, Angst und
Streß:

139 Dieses »wir« spiegelt sich auch in dieser Darstellung und Interpretation des Lebensweges, weil das individuelle Erleben in vielen Interviewpassagen kaum zu extrahieren ist.

140 »Nichtarier« wurden nach dem § 3 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums v. 7. 4. 1933 (RGBl. 1933 I, S. 175) in den Ruhestand versetzt. Bei Inkrafttreten des Deutschen Beamten-
gesetzes v. 26.1.1937 (RGBl. I 1937, S. 41) und dessen Durchführungsverordnung v. 29.6.1937
(RGBl. I 1937, S. 669) war ein Großteil dieser »Nichtarier« bereits pensioniert oder als Beamte auf
Widerruf entlassen. Andere verblieben im Rahmen von Ausnahmeregelungen noch im öffentlichen
Dienst. Das Beamtengesetz bekräftigte, daß Juden, »Mischlinge ersten Grades« (oder mit
ihnen Verheiratete) nun in den Ruhestand versetzt werden und nur ausnahmsweise Beamte blei-
ben sollten, etwa wenn sie besondere Verdienste um die Partei erworben oder sich im Krieg aus-
gezeichnet hätten. »Mischlinge zweiten Grades« sollten im Dienst belassen werden, sofern nichts
gegen sie sprach (BA, R 43, Reichskanzlei, 423, Bl. 37–39, Reichskanzlei an die Obersten Reichs-
behörden u.a. v. 7.8.1937 und an Chef der Reichskanzlei v. 16.8.1937). Im Jahre 1942 wurden die
ohnehin restriktiv gehandhabten Ausnahmeregelungen für »Mischlinge zweiten Grades« noch
einmal verschärft (vgl. Longerich, Hitlers Stellvertreter, S. 67). Paul Schiele wurde am 1.11.1937
als Dreiunddreißigjähriger in den Ruhestand versetzt und erhielt bis zu seinem Wiedereintritt
in den Schuldienst am 1.10.1945 Rentenbezüge, StaHH, Oberschulbehörde VI, Lag.-Nr. 66.

141 FZH/WdE 022, Transkript Schiele, S. 2.

»Meine Eltern haben immer versucht, uns zu schonen, obwohl meine Mutter natürlich in mancher Beziehung sehr aufgeregt war – auch zum Beispiel besinne ich mich drauf, daß wir sie mal überredet haben, ins Kino zu gehen, wir alle zusammen; das haben wir einmal gemacht und nie wieder, denn sie konnte kaum wieder rauskommen vor Angst. Das war nicht so, daß wir uns davon so haben kaputt machen lassen. Das war nicht der Fall.

M: Was gefiel Ihnen ...

S: Zum Beispiel die Musik bei meinen Eltern. Meine Mutter war sehr interessiert, aber spielte selbst kein Instrument, aber das war bei uns eine ganz außerordentlich wichtige Sache, die Musik. Mein Vater hatte einmal in der Woche Quartett-Abend, und das war etwas Wunderbares (...), in unserem Fall besonders, weil man da so verschiedenes vergaß.«¹⁴²

Die Hausmusik bot die Möglichkeit, selbst einen Ausgleich für Verbote zu schaffen und einen inneren Abstand zu der bedrückenden äußeren Wirklichkeit einzuhalten. Lydia weist in dieser Interviewpassage außerdem darauf hin, daß die Eltern ihre Töchter »schonen« wollten. In dieser Absicht gingen sie so weit, sie nicht wissen zu lassen, in welcher Beziehung sie zu der in der politischen Propaganda des NS-Regimes verleumdeten »jüdischen Rasse« standen. Die Mädchen erfuhren dies auf der Straße:

»Wir haben niemals etwas davon erfahren, bis zu einem Tage, und das werde ich nie vergessen, meine Schwester auch nicht ... Meine Großeltern wohnten auch in Barmbek (...). Sie sind übrigens '39 ausgewandert. Dies muß gewesen sein so, '38, glaube ich: Meine Schwester und ich haben sie oft besucht, und wir haben hin und wieder unten gespielt. Ich weiß, daß wir da eines Tages mit anderen Kindern spielten, dann wohl ins Haus gehen wollten, und da sagten die: »Da oben wohnen Juden!« Davon hatten wir noch nie etwas gehört. Und dann haben wir wohl gefragt: »Ja, wer denn da? Wo denn?« – »Ja, T. heißen die.« Das waren unsere Großeltern. Ich weiß wie heute, daß wir raufgingen und sagten: »Die Kinder da unten haben gesagt, ihr seid Juden!« Ich weiß, daß meine Großmutter nur ein Wort sagen konnte und das war: »Nebbich.«¹⁴³ Das werde ich nie vergessen.

M: (Lachen) Kannten Sie das Wort?

S: Wir standen in der Tür. Ja, das kannten wir. Das kannten wir, meine Mutter benutzte das Wort auch ziemlich häufig. Das war eine ganz merkwürdige Erinnerung. Nur dieses eine Wort. Ich besinne mich nicht darauf, ob sie dann gesagt hatte: Ja, das stimmt, oder: Nein, das stimmt nicht. Das wissen wir beide nicht mehr. Meine Schwester und ich.

142 Transkript Schiele, S. 14.

143 Jiddischer Begriff, der je nach Kontext die Bedeutung von »leider«, »was macht das schon« bis hin zu »Unsinn« annehmen kann.

M: Haben Sie dann Ihre Mutter zu Hause gefragt?

S: Auch das weiß ich nicht.«¹⁴⁴

Die Eltern wollten die Töchter nicht mit dem Wissen um die Abstammung belasten. So erfuhren diese, sieben und neun Jahre alt, die bedeutsame Tatsache, die Ursache für Umzüge und die Entlassung des Vaters als Lehrer war, auf der Straße. Als Anekdote nicht ohne Witz, weist die kurze Antwort mit einem jiddischen Wort, das in die Familientradition eingegangen war, tatsächlich auf die Abstammung ausgerechnet in dem Moment hin, in dem diese geleugnet wurde. Lydia Schiele hat den Moment der Aufklärung auf diese Weise erzählbar gemacht – und ihn von anderen Gefühlen gereinigt, die sie auf der Barmbeker Straße noch beherrscht haben mochten. Die Erinnerung existiert als Anekdote, um diese herum herrscht ein doppelt abgesicherter Erinnerungsverlust. Die Mädchen sollten nicht um die Abstammung wissen, also haben sie alle unerwünschten Emotionen, Phantasien, Gespräche untereinander und mit den Erwachsenen verdrängt. In dieser Episode kommt die Umgangsstrategie der Familie Schiele mit der Verfolgung sehr deutlich zum Ausdruck: Der Anschein von Normalität wurde in einem Alltag aufrechterhalten, der alles andere als normal war. Die Töchter sollten nichts von den Bedrückungen wissen, um nicht belastet zu sein. Hatten sie doch etwas erfahren, wurde es von den Erwachsenen in seiner Bedeutung heruntergespielt. Mit dieser Haltung aufgewachsen, reproduzierten die Töchter dieselbe: Sie versuchten, nicht an Belastendes zu denken, Diskriminierungen, Angst und Unsicherheit zu verniedlichen, zu vergessen und zu verdrängen. Lydia Schiele faßt ihre Haltung in einem der wenigen Ich-Sätze zusammen: »Ich war immer irgendwie positiv denkend.«¹⁴⁵ Dazu gehörte auch, gute Erfahrungen in den Vordergrund zu rücken, sie stärker als die negativen zu betonen und vor allem die Ausgrenzungserfahrungen anderer Personen eher zu erinnern als die eigenen. In den Negativerfahrungen der anderen leben die eigenen weiter, erscheinen aber weniger bedrohlich. Die familieninterne Verständigung lautete folgerichtig: »Wir haben wieder unser berühmtes Glück gehabt.«¹⁴⁶

Dennoch schützte diese Strategie die Töchter nicht vor Ausgrenzung und Diskriminierung, so wie Lydias ältere Schwester sie beispielsweise im BDM¹⁴⁷ erfuhr:

»Wir haben eine merkwürdige Erfahrung gemacht: Meine Schwester ist anderthalb Jahre älter als ich und war im BDM, was übrigens viele ›Halbjuden‹ waren. Das habe ich später von verschiedenen gehört, und zwar gerne! Wir

144 FZH/WdE 022, Transkript Schiele, S. 3.

145 Transkript Schiele, S. 13.

146 Transkript Schiele, S. 3.

wollten irgendwie nicht anders sein als andere. Ich weiß auch gar nicht, ob meine Mutter es gesagt hat, sicher nicht. Ich besinne mich nur auf einen Tag, da kam eben diese entsprechende BDM-Führerin, die sehr nett war, zu meiner Mutter. Meine Schwester und ich waren bei diesem Gespräch dabei. Das muß wohl '41/'42 gewesen sein. Sie sagte, es täte ihr unendlich leid, und sie möge meine Schwester schrecklich gerne, und es wäre immer eine Bereicherung gewesen, aber sie dürfte nun nicht mehr kommen.

M: Ihre Schwester hatte das [die Abstammung, B.M.] angegeben?

S: Das weiß ich nicht. Das glaube ich nicht. Aber vielleicht war es eben bekannt geworden. Vielleicht hatte es ja auch irgendeiner bekannt gemacht, von dem wir es nicht wissen? (...) Sie ging gerne hin, weil wahrscheinlich eben diese sogenannte BDM-Führerin sicherlich die Sache sehr nett aufgezogen hatte. Denn dieses Gespräch, das erinnere ich sehr genau – ich weiß genau wie sie aussah – war außerordentlich sympathisch eigentlich.

M: Wie hat Ihre Schwester darauf reagiert?

S: Ich glaube, sie fand es sehr schade. Aber es wird sie nicht umgeworfen haben, aber das war zum ersten Mal vielleicht dieses Ausgeschlossensein von irgendetwas.

M: Bei Ihren Eltern hatten Sie nicht gemerkt, daß die ein bißchen skeptisch waren gegenüber dieser Mitgliedschaft?

S: Nein. Ich nehme an, daß meine Eltern wohl alles versucht haben, um uns so wenig wie möglich ausgeschlossen zu sehen.«¹⁴⁸

Die »sympathische« BDM-Führerin verkörperte die (Volks)-Gemeinschaft, aus der die Mädchen ausgeschlossen wurden. Auch ohne Angabe über die »rassische Abstammung« endete der Traum der älteren Schwester von der Integration in die Gleichaltrigengruppe, den die Eltern nicht in Frage gestellt hatten. Daß der Rausschmiß so moderat verlief, war wieder ein »Glücksfall«: Er tat allen »unendlich leid«, war aber doch »nicht so dramatisch« und hat sie »nicht umgeworfen«.

147 Für die NSDAP und ihre Gliederungen mußte der Ariernachweis rückwirkend bis zum 1.1.1800 erbracht werden. »Mischlinge« konnten keine Mitglieder im NS-Rechtswahrbund, dem NS-Ärztbund, dem NS-Lehrerbund, dem Reichsbund der deutschen Beamten, der NS-Kriegsopferversorgung, dem NS-Bund deutscher Techniker sein. Es war ihnen erlaubt, der DAF und der NSV beizutreten, allerdings durften sie hier keine Funktionen übernehmen. Hatten »Mischlinge«, die bereits Parteimitglieder waren, erst später von ihrer Herkunft erfahren, sollte ihre Aufnahme vom Parteigericht für nichtig erklärt werden (BA, R 56, Reichskulturkammer, 114, Informationsdienst Rassenpolitisches Amt der NSDAP, Reichsleitung v. 10.6.1938, Das Recht der jüdischen Mischlinge). Auf dem »Gnadenwege« ermöglichte Hitler allerdings einigen Parteigenossen den Verbleib in der NSDAP. »Mischlinge« beider Grade waren bis 1940 jugenddienstpflichtig und wurden in die Allgemeine HJ aufgenommen (BA, R 43, Reichskanzlei, 512, Der Jugendführer des Deutschen Reiches an den Chef der Reichskanzlei v. 26.3.1940). Am 18.10.1941 wurden die Bestimmungen differenziert: »Mischlinge zweiten Grades« sollten ab dem 10. Lebensjahr erfaßt und zum Dienst herangezogen werden, wobei »Deutschblütigen« allerdings der Vorzug gegeben werden sollte. »Mischlinge ersten Grades« sollten »bereitgestellt«, aber nicht zugewiesen werden. Alle, die bereits HJ-Mitglieder waren, sollten entlassen werden (BA, R 43, Reichskanzlei, 512, Vertrauliche Anweisung des Jugendführers des Deutschen Reiches betr. Jugenddienstpflicht jüdischer Mischlinge v. 18.10.1941).

148 FZH/WdE 022, Transkript Schiele, S. 4f.

Kurz darauf hatte Lydia die Aufnahmeprüfung für die höhere Schule bestanden. Doch sie konnte den Schulwechsel nicht vollziehen, weil der Erlaß, der »Mischlinge« von deren Besuch ausschloß, bereits in Kraft getreten war. Ihre Schwester mußte das Gymnasium verlassen. Um eine Rückkehr in die alten Schulen zu vermeiden, meldeten die Eltern beide zusammen in einer neuen Schule an: »Auch da war es ganz toll.«¹⁴⁹ Diese Aussage steht allerdings im Gegensatz zu der an anderer Stelle im Interview, daß beide »nicht ganz glücklich in der Schule« waren.¹⁵⁰ Diese Bewertung spricht die Interviewte aus, um herauszustreichen, daß die Trauer um den zerstörten Berufswunsch, Pharmazie zu studieren,¹⁵¹ sich in Grenzen hielt, weil die belastenden Schulerfahrungen so nicht länger andauerten. Eine doppelte Absicherung gegen das Gefühl, um Lebenschancen betrogen worden zu sein, kam auch in der späteren Überlegung zum Ausdruck, daß sie den Beruf der Apothekerin in der Nachkriegszeit ohnehin hätte aufgeben müssen, um ihre kranke Mutter zu pflegen.

Ein Jahr konnte Lydia die neue Schule besuchen, dann legten die alliierten Luftangriffe das schulische Leben in der Hansestadt lahm. Andere Schüler fuhren in die KLV, »Mischlinge« waren davon ausgeschlossen. Kurzzeitig besuchte Lydia private Unterrichtsstunden. Dann entfiel auch diese Möglichkeit. Erst zwei Jahre später konnte sie nach dem Krieg in einem Sonderförderkursus an den Unterrichtsstoff vom Sommer 1943 anknüpfen.

Obleich die den Alltag begleitende Angst in der Familie nicht thematisiert wurde, bestimmte sie doch alle Wege der Familienmitglieder, die aus

149 Transkript Schiele, S. 1.

150 Transkript Schiele, S. 6.

151 Obwohl »Mischlinge ersten Grades« nach dem Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen studieren durften, waren sie von etlichen Fächern ausgeschlossen: So auch aus dem Erziehungsbereich, vom Pharmaziestudium und nach einem Erlaß v. 20.10.1937 von medizinischen Fächern (vgl. Noakes, Development, S. 326f.). Nach einer Anordnung des Erziehungsministeriums v. 15.4.1937 war ihnen die Promotion erlaubt (Akten der Partei-Kanzlei, Verf.-Nr. 018003, RuPrMfWEuV an die nachgeordneten Dienststellen der Preußischen Hochschulverwaltung v. 15.4.1937). Aus der Deutschen Studentenschaft wurden sie 1937 zunächst ausgeschlossen, dann aber wieder aufgenommen (vgl. Noakes, Development, S. 327). Ab Trimesterbeginn 1940 war die Erlaubnis zum Universitätsbesuch für »Mischlinge« beider Grade von der Zustimmung des Reichserziehungsministeriums abhängig (BA, R 22, Reichsjustizministerium, 1183, RMfWEV v. 25.10.1940 an die Herren Rektoren der wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich u.a.). »Mischlinge« konnten auch aufgrund besonderer militärischer Verdienste eine Ausnahmeerlaubnis beantragen (Akten der Partei-Kanzlei, Verf.-Nr. 005995, StfF an RMfWEV v. 16.12.1940). Mit Erlaß v. 22.6.1942 übertrug der Reichserziehungsminister den Universitätsrektoren die Befugnis, über Aufnahmeanträge von »Mischlingen zweiten Grades« zu entscheiden (BA, R 22, Reichsjustizministerium, 1183, Erlaß RMfWEV v. 22.6.1942). Ab 13. 5. 1944 durften nur noch solche »Mischlinge« studieren, die vor 1939 in der nationalsozialistischen Bewegung aktiv waren (Akten der Partei-Kanzlei, Verf.-Nr. 005980, RMfWEV an die Unterrichtsverwaltungen der Länder u.a. v. 13.5.1944). Am 2.12.1942 verfügte ein Erlaß der Partei-Kanzlei, daß die Genehmigungen von der Zustimmung der Gauleitungen abhängig waren, die in der Regel nicht erteilt wurden (vgl. Longerich, Hitlers Stellvertreter, S. 87). Die wenigen »Mischlinge ersten Grades«, die mit Ausnahmegenehmigungen studierten, hatten sich als Soldaten ausgezeichnet. Frauen, die keinen Wehrdienst leisteten, die in der NSDAP nur in extrem geringer Zahl »Verdienste um die Bewegung erworben hatten« und außerdem aufgrund ihres Geschlechtes ohnehin von den Universitäten ferngehalten werden sollten, hatten kaum eine Chance auf Ausnahmegenehmigungen.

der sicheren Wohnung hinausführten. Die Mutter, voll Sorge um das eigene und das Schicksal ihrer Kinder, schränkte den Aktionsradius der Töchter extrem ein. Selbst der Gang zum nahegelegenen Spielplatz schien ein Ausflug ins Ungewisse:

»Wir hatten in der Nähe einen Spielplatz, und da gingen wir schrecklich gerne hin, was nicht erlaubt war. Ich glaube, es war für Juden und »Halbjuden« verboten. Bestimmt für Juden, aber ich meine, wohl auch für »Halbjuden«. Jedenfalls war es dann immer so, daß wir eine Zeit mitbekamen – nicht immer, aber sehr häufig so – und damals hatte kein Mensch eine Armbanduhr, wir schon gar nicht, und dann kam es vor, daß wir zu spät kamen, so statt um sechs um zehn nach oder Viertel nach sechs. Wir wußten das eigentlich ziemlich genau, deswegen war es immer sehr unangenehm für uns, daß meine Mutter dann die Tür aufmachte und neben der Tür einen Ausklopfer hatte, und damit wurden wir verhauen. Wir haben das irgendwie nie verstanden eigentlich; waren auch sehr böse darüber. Aber später ist uns das klar geworden – sie hat das auch dann geäußert: Das war so ein Abreagieren, daß wir nun Gott sei Dank wiedergekommen waren. Das wirkte sich dann so aus.«¹⁵²

Daß »Halbjuden« der Besuch von Spielplätzen verboten war, ist ein Irrtum, wahrscheinlich aber eine Projektion, die den mütterlichen Strafen eine plausible Begründung verleiht. Allerdings waren die Kinder natürlich nicht davor gefeit, von Nachbarn oder Vorbeikommenden davongejagt zu werden. Doch ging es weniger um die Diskriminierung, als um die angstausslösende Trennung von Mutter und Kindern. Offensichtlich erzeugte diese bei der Mutter eine kaum auszuhaltende Spannung, die sie aggressiv abreagierte, was die Töchter zwar als Erwachsene, nicht aber als Kinder zu erkennen vermochten. Als solche mußten sie aus diesem Verhalten lernen, daß sie sich besser im Hause in der Nähe der Mutter hielten, sei es zu deren oder ihrem Besten. Wer dabei wen schützen sollte, bleibt in der Erzählung entsprechender Interviewpassagen unklar und wird noch unklarer, wenn angstausslösende Situationen wie Besuche bei dem bereits erwähnten Willibald Schallert geschildert werden:

»Sie mußte sich ja von Zeit zu Zeit bei der Gestapo vorstellen. Das war ein Herr Schallert, der relativ nett war. Vielleicht mochte er sie leiden, ich weiß es nicht. Wir waren immer mit. Meine Schwester und ich waren bei den Besuchen immer dabei. Sie hat niemals darauf verzichtet, uns mitzunehmen, oder sie hat eben großen Wert darauf gelegt, daß wir mitgehen. Es war immer eine freundliche Atmosphäre, was übrigens viele bestätigt haben. Aber wir haben niemals eine schlimme Situation erlebt.

M: Sind Sie mit drinnen gewesen im Zimmer?

S: Wir sind immer dabei gewesen. Immer. Ich weiß das ganz genau, daß wir immer dabei waren.

M: Haben Sie da nicht Angst gehabt? Ich meine, Gestapo, das war ja nun das schrecklichste, was es gab in der Zeit.

S: Meine Mutter hat bestimmt fürchterliche Ängste ausgestanden. Meine Schwester und ich ... Ich weiß es nicht; ich nicht so. Ich war immer irgendwie positiv denkend. (...)

M: Können Sie mir einen oder mehrere von diesen Gestapo-Besuchen schildern? Wie ging das ab? Sie saßen wahrscheinlich erst im Vorzimmer ...

S: Ja, das nehme ich an. Ich glaube nicht, daß meine Mutter lange drin war, oder wir zusammen lange drinnen waren, ich besinne mich eigentlich nur auf das Gespräch, als er ihr dann sagte, sie sei jetzt zwangsverpflichtet, und er könnte ihr zwei Dinge anbieten, entweder in der Fischfabrik oder in der Küche im Jüdischen Krankenhaus zu arbeiten. Ich weiß, daß sie sofort sagte: »Nein, dann gehe ich natürlich in das Krankenhaus.« Das ging alles immer vollkommen harmlos ab. Sehr merkwürdig. Aber das haben mehrere gesagt: Er konnte freundlich sein, ganz human ohne irgendeine Problematik. Es war ganz merkwürdig.«¹⁵³

Die Zuordnung Schallerts zur Gestapo ist faktisch zwar falsch, überrascht aber nicht, da die Gestapo die gefürchtetste Verfolgungsinstitution und Schallert der am meisten berüchtigte Amtsinhaber war. Es verwundert die Tatsache, daß die Mutter die Töchter zu diesen Besuchen mitnahm. Da Schallert dafür bekannt war, Frauen sexuell zu bedrängen, gewinnt die Information eine andere Qualität. Schallert suchte zu den ihm unterstellten jüdischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern stets engen Kontakt, um sie in der »freundlichen Atmosphäre« zu erpressen.¹⁵⁴ Die Mutter schützte sich offensichtlich durch die Anwesenheit der Kinder, wobei im Interview offen bleibt, ob diese tatsächlich bei den Besprechungen – wie einmal dezidiert behauptet – anwesend waren oder ob »Mutter drin war«, wie Lydia Schiele später ausführte. Zumindest hoffte die Mutter offensichtlich, angesichts der im Vorzimmer wartenden Mädchen unbelästigt zu bleiben. Über die Gestapo-Assoziation hinaus deutet sowohl die von Lydia wahrgenommene Angst der Mutter auf die Bedrohlichkeit der Situation hin. In einer »freundlichen« und »harmlosen« Atmosphäre hätte diese nicht aufkommen müssen. Auch ihr Gedächtnisverlust bezogen auf die tatsächlichen Besuchsabläufe weist eher auf eine unausgesprochene Gefahr hin, die über diesen Besuchen lag. Die Tatsache der Begleitung war einerseits »merkwürdig«, andererseits so angstbesetzt, daß sie über die Fakten hinaus alles »vergessen« hat.

153 Transkript Schiele, S. 13.

154 Davon zeugt eine Vielzahl von Aussagen während des Ermittlungsverfahren. Vgl. ALHH, (50) 35/50, 14 Ks 56/50, Staatsanwaltliche Ermittlungen.

Mit dreizehn bzw. fünfzehn Jahren suchten die Schwestern nach Orientierung und Vorbildern außerhalb des Elternhauses. Doch ihre Auswahlmöglichkeiten waren begrenzt. Lydias Schwester fand schließlich Zugang zum Katholizismus:

»Meine Schwester ist ein ganz anderer Typ als ich. Erstens ist sie mit vierzehn Jahren katholisch geworden. Das kam dadurch, daß wir damals in einer Gegend wohnten, wo eine katholische Kirche nebenan war. Das war noch im Krieg. Das war 1944, und der Pastor kam dann zu meinen Eltern und sagte, es würde ihr doch in dieser Situation, in der wir seien, sehr helfen. Dann ist sie eben konvertiert. Es ist nicht so, daß sie nun zum Judentum überhaupt kein Verhältnis hat, aber in einer anderen Form als ich. Vielleicht mehr von außen, aber nicht so von innen, würde ich sagen.«¹⁵⁵

Lydia selbst suchte die emotionale und inhaltliche Annäherung an die jüdischen Menschen in ihrer Umgebung, was ihr um so leichter fiel, als die Mutter in der Küche des Jüdischen Krankenhauses arbeitete. Die Töchter fanden sich dort jeden Nachmittag ein. Während der Vater zur Wehrmacht eingezogen war, wohnten Mutter und Töchter im »Judenhaus« Dillstraße 16 und hatten dort ebenfalls in Mischehe lebende jüdische Nachbarn. Vor allem suchte Lydia bei den in der Nähe amtierenden Vertretern der RVJD Kontakt:

»**M:** Was hat Sie fasziniert?

S: Weiß ich bis heute nicht. Das ist intuitiv. Ich weiß, daß mein Onkel, der Bruder meiner Mutter (...) das auch nie fassen konnte, weil ich auch später immer einen sehr engen Kontakt zu allem Jüdischen hatte. Auch heute mehr denn je. Ich weiß, daß er einmal zu mir sagte: »Ja, das finde ich einfach toll! Wenigstens haben wir doch einen Renommier-Juden in der Familie.« Die waren alle jüdisch, aber ohne diesen engen Bezug.

M: Sie haben sich dann mit einzelnen unterhalten?

S: Ja. Ich weiß, daß ich eben häufig (...) aufkreuzte, und die sich auch furchtbar nett mit mir unterhalten haben. Herr Elias zum Beispiel hatte es mir angetan. Ich weiß nicht, dann haben sie mir mal ein Bonbon gegeben oder so, und dann zog ich wieder nach Hause. Diesen engen Kontakt hatte ich unheimlich lang.

M: Haben Sie ein bißchen etwas mitbekommen von dem, was die da arbeiteten?

S: Nein. Davon habe ich nichts mitbekommen. Sie sind sicher alle vorsichtig gewesen. Nein, davon weiß ich nichts.«¹⁵⁶

Die Tochter einer assimilierten Jüdin entwickelte unter der Verfolgung – und die dadurch bedingte räumliche Nähe zu jüdischen Lebenszusammenhängen – eine ebenso enge Bindung zur Religion ihrer Vorfäter wie ihre

155 FZH/WdE 022, Transkript Schiele, S. 7.

156 Transkript Schiele, S. 18.

Schwester zum in Hamburg nicht gerade weitverbreiteten Katholizismus. In beiden Fällen öffneten Personen den Zugang, die väterliche Verhaltensweisen zeigten: Der sorgende und im Elternhaus klärend wirkende Pfarrer ebenso wie die bonbonverteilenden Repräsentanten der Reichsvereinigung. Lydia und ihre Schwester fanden über diese Mittler in den Religionen einen Orientierungsrahmen, der lebensprägend wurde. Vielleicht schienen den Mädchen die Männer in ihrer Identität gefestigt, sie lebten offensichtlich in Übereinstimmung von Glauben und Taten, halfen anderen und fanden in schweren Zeiten Trost in ihren Gemeinschaften. All dies vermißten die beiden jungen Mädchen im eigenen Leben, zumal ihr Vater in dieser Zeit mehr ab- als anwesend war: Als Soldat kämpfte er an der Front, bis er 1943 um Entlassung ersuchte. Nach einer kurzen Beschäftigung in Hamburg erreichte ihn im Oktober 1944 die Einberufung zur Zwangsarbeit. Im Gegensatz zu den meisten Hamburger Zwangsarbeitern in der »Sonderaktion J« wurde er in ein Lager auf dem Ohlsdorfer Friedhof einquartiert.¹⁵⁷ Das Lager bestand von Oktober 1944 bis April 1945.¹⁵⁸ Hier mußten 67 »jüdisch versippte« und »halbjüdische« Männer in Baracken wohnen.¹⁵⁹ Auf die Ehemänner jüdischer Frauen wurde massiver Druck ausgeübt, sich scheiden zu lassen und in diesem Fall die Freilassung in Aussicht gestellt.

»S: Das ist die Sache auf dem Ohlsdorfer Friedhof, was dann war ab November '44 bis zum Schluß. Da waren alle jüdisch verheirateten Männer und alle Halbjuden zwangsverpflichtet. Die hatten verschiedene Tätigkeiten zu machen. Mein Vater war damals in Ohlsdorf bei der Kapelle 13. Das war eine schreckliche Tätigkeit, denn da mußten sie umgebrachte Polen vergraben. Das hat ihn sehr beeindruckt, muß ich sagen.

M: Mußte Ihr Vater in dem Lager dort auf dem Friedhof leben?

S: Nein, er kam nach Hause.«¹⁶⁰

Trotz – oder wegen – dieser einschneidenden, bedrohlichen Veränderung hat Lydia Schiele keinerlei Erinnerung an die »Kasernierung« des Vaters, sie weiß lediglich noch um dessen Tätigkeit als Leichenbestatter. Sie hat die Tatsache »behalten«, daß die anderen, die Polen, ermordet worden waren, und gleichzeitig »vergessen«, daß ihr kasernierter Vater in der täglichen

157 Besitz der VVN/BdA, Namentliches Verzeichnis der Insassen des Lagers Ohlsdorf.

158 StaHH, Friedhofsverwaltung, 175, Berichtsanforderung des Aufräumungsamtes an Friedhofsverwaltung für April 1945.

159 Vgl. zum Lager Ohlsdorf auch Diercks, Friedhof Ohlsdorf, S. 80–85, und Meyer, »Besser ist doch, man taucht unter«, S. 143.

160 FZH/WdE 022, Transkript Schiele, S. 8.

Erwartung lebte, deportiert zu werden.¹⁶¹ Auf diese Weise schützte sie sich als Jugendliche vor dem Gefühl, daß ihrem Vater Todesgefahr drohte und bewahrte doch die Erinnerung daran in verwandelter Form.

Die Familie überlebte den Krieg, ohne zu zerbrechen. Sie bezog noch im Sommer 1945 eine neue Wohnung, der Vater kehrte in den Schuldienst zurück. Die Töchter schlossen ihre Wissenslücken in Sonderförderkursen, bevor sie wieder in ihre alten Schulklassen gingen. Erstmals trafen sie hier mit anderen Jugendlichen zusammen, die vergleichbare Verfolgungsschicksale erlitten hatten.

»Der Kursus hat uns doch sehr geholfen, muß ich sagen. Was geholfen hat, war überhaupt dieser Kontakt zu Gleichaltrigen und Gleichgesinnten. Denn das war dann in der Schule zu Beginn sehr problematisch, das muß ich sagen. Man hatte doch sehr stark den Eindruck, daß die alle doch noch antisemitisch waren. Sie äußerten sich nicht antisemitisch, aber sie waren eben doch noch in dem anderen Dreh drin.

M: Ja, das kam aus der KLV.

S: Auch die Lehrerinnen, das war häufig sehr schwierig, und wir fühlten uns zuerst nicht sehr glücklich, bis meine Mutter sagte, sie bittet darum, daß die Kinder informiert werden darüber. So war es dann auch, aber die Lehrerin selbst war auch nicht frei von überflüssigen Äußerungen.«¹⁶²

Die antisemitischen Einstellungen der Mitschüler und Lehrer hatten sich nicht über Nacht verflüchtigt, sondern beherrschten das Verhalten gegenüber der Mitschülerin Lydia nach wie vor. Lydia holte keine akademische Berufsausbildung nach, sie wurde Töpferin. 1949 entschlossen die Eltern sich zur Auswanderung, nach Lydia Schieles Einschätzung weniger wegen der hinter ihnen liegenden Erfahrungen, sondern um mit den emigrierten Verwandten zusammenzuleben. Der Schritt scheiterte, weil der Vater 1945 Mitglied der VVN geworden war und als solches nicht in die USA einreisen durfte. Als die Familie diese Nachricht erhielt, hatte sie bereits die Wohnung aufgegeben und lebte im DP-Camp. Resigniert wurden die Koffer wieder ausgepackt. Der Versuch des Neubeginns war gescheitert. Der Vater ging ein drittes Mal in den Schuldienst zurück. Lydia heiratete früh.

161 Diese Angst wurde von etlichen Interviewpartnern, die selbst – zwischen 17 und 65 Jahre alt – Zwangsarbeit geleistet hatten, immer wieder formuliert, zumal der Ort, an dem sie sich einzufinden hatten, das Dessauer Ufer war, den Einberufenen als Außenstelle des Konzentrationslagers Neuengamme sehr wohl bekannt. Auch wurden die Zwangsarbeiter zum Ausbau von Lagern herangezogen, die für ihre »Kasernierung« gedacht waren, dann aber – mit Ausnahme des Ohlsdorfer Lagers – zur Unterbringung von KZ-Häftlingen oder italienischen Militärinterne genutzt wurden. So sollten ursprünglich belegt werden: Das Lager Moorkamp mit 50 Männern, das Lager Stadtpark Hindenburgstraße mit 50 Männern und das Lager Horner Rennbahn mit 150 Männern. Die restlichen Zwangsarbeiter sollten im Lager Gasweg in Wandsbek interniert werden. Vgl. StaHH, Friedhofsverwaltung, 175, Bauverwaltung, Oberbaurat Brands, an Aufräumungsamt, Röwer, v. 30.10.1944.

162 FZH/WdE 022, Transkript Schiele, S. 24.

Beide Elternteile erkrankten nach dem Krieg psychisch und psychosomatisch und waren pflegebedürftig:

»**M:** Wie ging das mit Ihrem Vater weiter? Sie sagten, er ist später psychisch krank geworden.

S: Ja.

M: Ist das schon in diesen ersten Nachkriegsjahren gewesen?

S: Das kann ich nicht genau sagen, aber es war wohl doch ziemlich bald. Doch, das glaube ich. Er war dann stationär zwei, drei Monate in einer Privatklinik in psychiatrischer Behandlung. (...) Das war wirklich problematisch, das muß ich sagen. Er hatte dann später eigentlich über viele Jahre eine Psychotherapeutin. (...) Im nachhinein denke ich, hatte es vielleicht auch wirklich damit zu tun, daß er wenig darüber sprach, daß er immer versuchte, das alles zu verbergen oder nicht so tragisch zu nehmen.«¹⁶³

»Sie (die Mutter, B.M.) war immer nervlich sehr belastet. Sie war eigentlich immer schon (...) sehr nervös und unruhig, und das hatte sich natürlich dann sehr gesteigert bis hin zu fürchterlichen Anfällen eigentlich nach '45. Mit großen Ängsten auch immer: Wenn mein Vater dann zehn Minuten später aus der Schule kam, dann war sie vollkommen fassungslos und dachte, es müßte etwas passiert sein. Wissen Sie, so eine allgemeine Lebensangst. Es war immer dasselbe, was sicherlich immer vorhanden war, diese Ängste, die sich aber dann natürlich nachher sehr gesteigert haben. Sie war dann eigentlich nicht mehr sehr gesund, das kann man nicht sagen. Es wurde dann immer schlimmer.«¹⁶⁴

Die Eltern hatten die Töchter und einander während der Verfolgungszeit schonen wollen, indem sie möglichst wenig von ihrer Furcht vor weiteren Repressionen, von ihrer Scham aufgrund der Diskriminierungen, vom Ohnmachtsgefühl gegenüber Amtsinhabern und schließlich auch der Todesangst angesichts der »Kasernierung« des Vaters und der Deportationen im Januar und Februar 1945 sprachen. Doch die Ängste verflüchtigten sich nach Kriegsende nicht, sondern fanden Eingang in den Nachkriegsalltag. Hatte die Mutter während der NS-Zeit die Töchter immer nah bei sich haben wollen, so bangte sie jetzt um den Vater, wenn dieser sich verspätete. Das familiäre Schweigen erwies sich langfristig als tückische »Lösung«: Beide Eltern verloren ihr psychisches Gleichgewicht, mußten betreut und gepflegt werden. Diese Aufgabe übernahm Lydia, solange kein Heimaufenthalt notwendig war. Obwohl sie selbst inzwischen eine Familie gegründet hatte, blieb sie so an ihre Eltern gebunden. Ihre Faszination für die jüdische Religion hielt ebenfalls lebenslang an. Sie selbst glaubt, die Jahre als »Mischling« im

163 Transkript Schiele, S. 25.

164 Transkript Schiele, S. 27.

Gegensatz zu ihrer »sehr labilen« Schwester durch ihr »positives Denken« und die Fokussierung der Erinnerung auf die erfahrene Unterstützung recht gut verkraftet zu haben:

»Ich habe eigentlich immer das Gefühl gehabt, du mußt dich überall bedanken, daß die Leute so zu einem gestanden haben. Da gab es ja auch ganz, ganz andere Fälle.«¹⁶⁵

3. Vergleich der beiden Lebensläufe

Die Familien Berend und Schiele mußten beide einen sozialen Abstieg hinnehmen, wobei dieser bei Familie Schiele weniger drastisch ausfiel, weil der relativ junge Vater – selbst nicht »rassisch« belastet – auf andere Erwerbstätigkeiten ausweichen konnte. Der jüdische Vater Dennis Berends hingegen konnte die Deklassierung nur vorübergehend aufhalten. Als er im Rahmen einer Gestapo-Aktion verhaftet wurde, war er vollends rechtlos.

Beide Interviewpartner erlebten als Kinder immer wieder Wohnungskündigungen aufgrund der antisemitischen Einstellung der Vermieter, oft verbunden mit Denunziationen. Beide wurden wegen ihrer Abstammung von der Schule verwiesen. Mitgliedschaften in Gruppen oder Vereinen war ihnen nicht lange möglich. Die Verwandtschaft beider Familien zeigte sich gespalten: Ein Teil sympathisierte mit den Nationalsozialisten (Berends Großmutter), ein anderer entzog aus anderen Gründen die Unterstützung wie Schieles Verwandte, die die ausgebombte Familie nicht aufnahmen. Die Eltern beider Interviewpartner waren in höchst bedrohliche Verfolgungsmaßnahmen einbezogen, die die Kinder aus nächster Nähe erlebten. Der Gang zum KZ Fuhlsbüttel (Berend) wie das Warten im Vorzimmer Schallerts (Schiele) brachte sie in direkten Kontakt zu den Verfolgern. Während Berends Vater – ohne seine Familie einzubeziehen – die enge Verbindung zur jüdischen Gemeinschaft suchte, wurde Familie Schiele durch die Probleme, eine Wohnmöglichkeit zu finden, vollständig in diese integriert: Schieles wohnten im »Judenhaus«, die Mutter arbeitete im Jüdischen Krankenhaus und die Tochter verbrachte einen Teil ihrer Freizeit im Büro der Reichsvereinigung.

Beide Familien wollten ihre Kinder vor Diskriminierungserfahrungen möglichst abschirmen. Dazu gehörte, viele belastende Momente durch (Ver)Schweigen von ihnen fernzuhalten. Sie weihten ihre Kinder weder ein, wenn sie nach Wegen suchten, bedrohliche Maßnahmen zu umgehen, noch erklärten sie ihnen die Bedrohlichkeit von Situationen, in denen sie sich selbst befanden. Unbewußt hingegen nahmen aber sowohl Berend wie auch

Schiele die Angst der Eltern wahr. Es ist sicher kein Zufall, daß beide den Namen »Schallert« als Synonym für Bedrohung erinnern.

Der äußere Druck zeitigte sehr unterschiedliche innerfamiliären Veränderungen in den beiden Familien. Die weitaus stärkere Repression auf die Familie Berends bewirkte – in Dennis Berends Worten – einen »Verfall der Moral«, der sich in Streit unter den Eltern und Zurechtweisungen des Sohnes ausdrückte. Der Familie Schiele hingegen mag äußerlich kaum etwas anzu merken gewesen sein. Die Gemeinschaft wurde geradezu beschworen und auf den Musikabenden zelebriert. Innerlich aber fand ein Prozeß der Ver einzelung statt, in dem Mutter, Vater und die Kinder ihre Belastungen allein trugen. Einzig die Töchter konnten sich zusammenschließen.

Während Berends Mutter dessen Aktionsradius in Krisenzeiten durch Übertragung von Aufgaben ausdehnte – und den Jugendlichen dabei tendenziell überforderte, indem sie den bisher Geschonten existentiellen Verfolgungserfahrungen aussetzte – handelte Lydia Schieles Mutter genau umgekehrt. Sie schränkte diesen auf ein Minimum ein und sanktionierte Übertretungen mit Schlägen. Hier kamen traditionelle geschlechtsspezifische Momente der Mädchenerziehung¹⁶⁶ in einer sehr besonderen äußeren Situation zum Tragen: Zogen bereits der rassistische Staat und eine ebensolche Gesellschaft enge Grenzen für die Freiräume jugendlicher »Mischlinge«, so beschnitt die Mutter diese zusätzlich. Die Individuation der Töchter als notwendiger Schritt zur Entwicklung einer eigenen Identität wurde damit tendenziell verhindert.

Unter diesen außer- und innerfamiliären Bedingungen fand die Persönlichkeitsentwicklung der Interviewten statt. Weder jüdische noch nichtjüdische Elternteile konnten ihnen in der Kindheit Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung bieten. Auch als Identifikationsfiguren waren sie kaum geeignet. Macht und Stärke verkörperten demgegenüber die »riesigen« SS-Männer und der über Leben und Tod gebietende Amtsinhaber Schallert, die den NS-Staat repräsentierten. Eine Identifizierung mit ihnen hätte bedeutet, sich gegen die Eltern zu richten.¹⁶⁷

166 Ursula Scheu weist darauf hin, daß – unabhängig vom Gesellschaftssystem – der weibliche Handlungs- und Bewegungsraum oft bereits in der frühen Kindheit massiv eingeschränkt und die Töchter räumlich auf ihre Mütter hin orientiert werden. Frühe Sprecherziehung kompensiert dann in der Folgezeit mangelnde Bewegungsräume (vgl. Scheu, Mädchen, S. 67ff.). Wenn aber Sprache Handlung ersetzt, dann kommt dem, was nicht ausgesprochen werden darf, eine besondere Bedeutung zu.

167 Die Psychoanalytikerin Judith Kestenberg beschreibt den notwendigen Entwicklungsschritt der Identifizierung und die psychischen Auswirkungen eines durch Verfolgung gestörten Prozesses so: »Für Jugendliche sind die Gewinnung einer eigenen Identität und das Verlangen, sich von den Eltern zu lösen, von herausragender Bedeutung. Entwertung und Vernichtung der eigenen Mutter oder des Vaters durch Außenstehende fördern die Identifizierung mit dem Angreifer. Die normale Regression der Adoleszenz kann sich während der Verfolgung mit Verdrängungsprozessen verbinden, so daß ihre jeweiligen Einflüsse verwischt werden und der Prozeß der adoleszenten Reorganisation des Ichs und Über-Ichs beeinträchtigt wird.« Kestenberg, Überlebende Eltern, S. 113.

Auf der Straße und in der Schule wurden sowohl Berend wie auch die Schiele-Töchter zu Außenseitern. Die Unwissenheit über die Ursachen ihres Ausschlusses nährte Selbstzweifel und förderte die Verinnerlichung von Minderwertigkeitsgefühlen: Es mußte an ihnen liegen, wenn die anderen, die in der HJ, im BDM oder in anderen Gruppen waren, dies genießen konnten und sie ausgeschlossen wurden. Die Ausgrenzung führte dazu, nicht nur gefährlichen, sondern auch vielen alltäglichen Situationen auszuweichen. Dieses Vermeidungsverhalten schützte sie selbst und indirekt die Eltern. Lydia orientierte sich zeitweise an »vertrauenswürdigen« Erwachsenen, die sich im Musikkreis ihrer Eltern oder später im jüdischen Umfeld der Mutter aufhielten. Wegen der häufigen Ortswechsel und dieser Orientierung auf von den Eltern »geprüfte« Erwachsene hatte sie kaum Kontakt zu Gleichaltrigen. Bei Dennis Berend war dies umgekehrt.

Bereits frühzeitig wurde von Dennis Berend und Lydia Schiele Verschwiegenheit und vorsichtiges, erwachsenes Handeln gefordert. Kindliches Verhalten wie vertrauensselige Wiedergabe häuslicher Gespräche gegenüber Lehrern oder Nachbarn konnte zur tödlichen Gefahr für die Familie werden. Die Strategie der Eltern, durch Verschweigen keinen Anlaß für Erzählungen zu bieten, erlebten die Kinder als Zurückweisung.

Als Dennis Berends Vater verhaftet wurde, befand sich Dennis gerade in einer heftigen pubertären Auseinandersetzung mit ihm, die nie zu einem Abschluß kam. Die Suche nach dem verlorenen Vater, die Aggressivität ihm gegenüber und die Liebe zu ihm, der Haß auf die Täter und Rachegefühle blieben. Um ein eigenes Leben aufzubauen, legte er den weiten Weg in die USA zurück, wo er sich durch Eintritt in die Dienste des CIA zusätzlich »rückversicherte«, daß ihm ähnliche Erfahrungen nie mehr widerfahren würden. Lydia, etwas jünger als Berend, zeigte diese heftigen Gefühlswallungen nicht. In einer Familie, in der drei Menschen sichtbare psychische Schäden erlitten hatten, mußte sie die »Stabile« bleiben, die sich um die anderen kümmerte. Die räumliche Entfernung, die dem Sohn gestattet wurde, stand für die Tochter nie zur Debatte.

VI. Zusammenfassung

Verglichen mit den Lebensläufen anderer Interviewter, stellen sich Berends und Schieles Erlebnisse nicht als außergewöhnlich dar: Viele »privilegierte« Mischehen wurden durch Gestapo-Aktionen des fragwürdigen Schutzes beraubt, der jüdische (meist der männliche) Partner deportiert und ermordet.¹⁶⁸ Die »privilegierten« Mischehen mit jüdischen Ehefrauen konnten zwar

168 1940 lebten in Hamburg 972 Mischehen (vgl. Lippmann, Geschichte, S. 41), bei denen in 623 Fällen der Ehemann und in 349 die Ehefrau jüdischer Herkunft war. Für November 1941 gab

in der Regel der Zuordnung zum jüdischen Umfeld entgehen, die Wohnproblematik insbesondere nach den Luftangriffen auf Hamburg im Sommer 1943 ließ vielen aber gar keine andere Möglichkeit, als in »Judenhäuser« für »privilegierte« Mischehen zu ziehen.

Die Kinder erlebten die Abkehr der nichtjüdischen Verwandtschaft als besonders belastend, verloren sie damit doch Großeltern, Onkel oder Tanten, die sie liebten. Manche Verwandte pflegten weiter Verbindungen, schickten beispielsweise ohne Wissen ihres Ehepartners mal ein Paket.¹⁶⁹ Ein Teil brach »nur« den Kontakt zum jüdischen Elternteil ab, einige wandten sich ganz ab. Wieder andere kümmerten sich wenigstens um das Enkelkind in prekären Situationen wie beispielsweise während der alliierten Luftangriffe.¹⁷⁰ Dieser Riß wurde nur in einem Teil der Familien nach dem Krieg gekittet,¹⁷¹ bei anderen wirkt er bis in die Gegenwart fort.¹⁷²

Daß die Eltern nicht nur Kindern oder Jugendlichen gegenüber Belastungen möglichst verschwiegen, war ebenfalls nicht ungewöhnlich. Die meisten jüngeren »Mischlinge« erfuhren von ihrer jüdischen Herkunft erst dann, wenn entsprechende Angaben in der Schule verlangt wurden oder fremde Personen sie darauf ansprachen. Diese Eröffnung war meist ein Schock und verunsicherte die Betroffenen nachhaltig. Ob die Schule als Residuum oder als Ort der Demütigung empfunden wurde, hing vom Verhalten der Lehrer ab. Die Interviews zeigen hier die gesamte Bandbreite der Erfahrungen von der öffentlichen Denunziation wie bei Berend bis hin zum demonstrativen Schutz bei anderen.¹⁷³ Das häusliche Schweigen ging in einigen Familien so

Lippmann 1.036 Mischehen und 198 Juden aus aufgelösten Mischehen mit Kindern an (Lippmann, Geschichte, S. 74). Am Stichtag 31.11.1941 waren es 1.290 Personen, 699 Männer und 591 Frauen, die in Hamburg in Mischehen lebten oder gelebt hatten (vgl. Lippmann, Geschichte, S. 76). Ende 1942 war bereits ein Teil der Jüdinnen und Juden aus aufgelösten Mischehen deportiert worden, die Zahl der in Hamburg verbliebenen wurde mit 1.262 angegeben, davon 1.032 in »privilegierten« und 230 in »nichtprivilegierten« Mischehen. Die Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die diese »Zahl der Juden am 31. Dezember 1942« ermittelte, wies darauf hin, daß »ständig neue Personen als Juden erfaßt« würden, während eine kleinere Zahl als Nichtjuden aus der Kartei der Reichsvereinigung ausschied (vgl. Lippmann, Geschichte, S. 119). Ein erster Nachkriegsbericht vermerkte, daß ca. 650 Juden, »die alle jüdische Teile von Mischehen waren«, noch in Hamburg lebten (Archiv FZH, 6262, Bericht über die Jüdische Gemeinde in Hamburg, undatiert (Sommer 1945), S. 1 und S. 3).

169 So FZH/WdE 015.

170 Vgl. FZH/WdE 014. Dieser Schutz wurde abrupt entzogen, als das Wohngebiet der Großeltern ebenfalls bombardiert wurde. Hätte sich nicht eine Angestellte um das Kind gekümmert, wäre es sich selbst überlassen geblieben.

171 Vgl. FZH/WdE 007. So trafen sich beispielsweise die Mitglieder dieser Familie an einem neutralen Ort, um über die zurückliegenden Ereignisse und Verletzungen zu sprechen und die Beziehungen wieder aufzunehmen.

172 So FZH/WdE 015/034.

173 FZH/WdE 019, 014. Beide empfanden die Schule als einen der wenigen Orte, an dem sie aktiv geschützt wurden. Beider Lehrerinnen wirkten auf die Klassen ein, die Mitschülerin nicht zu diskriminieren.

weit, selbst eine vollzogene Scheidung der Eltern nicht mitzuteilen¹⁷⁴ oder die Verhaftung des Vaters nicht zu erwähnen.¹⁷⁵

Ähnlich wie die Mutter Lydias beschnitten auch andere Mütter jüdischer Herkunft den Aktionsradius ihrer Töchter, und ähnlich wie Lydia nach dem Krieg die Krankenpflege übernahm, handelten auch diese.¹⁷⁶ Ihr weiteres Leben blieb damit eng an die Herkunftsfamilie gebunden.

Die Persönlichkeitsentwicklung, insbesondere der Prozeß der Identitätsbildung fast aller Interviewten, die die eigene und elterliche Verfolgung erlebten, ist von dieser nachhaltig beeinflußt worden. In welchem Umfang dies geschah, war auch davon abhängig, welche Gegengewichte gebildet werden konnten, ob es kontinuierliche Zuwendung gab, Vertrauen aufgebaut werden konnte, ob die oder der Betroffene Schutzräume fand. Einige »Mischlinge« fanden in Familienmitgliedern, der Schule oder am Arbeitsplatz einen solchen Schutzraum, einige andere im »Paulus-Bund«, manche in der Jerusalem-Gemeinde, wenige in der katholischen Kirche oder in einer Sekte.¹⁷⁷

Erika Fülster lebte als Waise bei den jüdischen Verwandten, was ihren Lebensweg stark prägte. Ähnlich erging es »Mischlingen«, die aus geschiedenen oder durch Tod beendeten Mischehen stammten. Ihr Verfolgungsschicksal hing sehr von dem Elternteil ab, bei dem sie lebten, also in der Regel von der Mutter. Am wenigsten von antijüdischen Maßnahmen, Verarmung und Ausgrenzung betroffen waren diejenigen mit »deutschblütiger« Mutter. Die Mütter unterlagen weder der Zwangsarbeit noch mußten sie ihr Wohngebiet verlassen oder verloren ihren Arbeitsplatz. Vor Diskriminierungen in der Schule oder der Einberufung zur Zwangsarbeit für männliche »Mischlinge« über 17 Jahre konnten sie ihre Kinder allerdings nicht schützen. War die Mutter jüdischer Herkunft, wurden die Kinder in Ausgrenzung und Verfolgungsmaßnahmen einbezogen. So erlebte ein Junge, wie sein »deutschblütiger« geschiedener Vater der Mutter und ihm den »arischen« Namen verweigerte und ihn vor Bekannten verleugnete. Als er das 17. Lebensjahr vollendet hatte, erhielt die Mutter den Deportationsbefehl nach Theresienstadt. Schulentlassen, ohne Bleibe und mit dem Einberufungsbefehl zur Zwangsarbeit in der Tasche mußte er sein Leben allein meistern.¹⁷⁸

Der eingangs zitierte Hartmut Lutze hatte in seiner Zusammenfassung »Normalität« und »Verfolgung« als die zwei Lebenswelten der jugendlichen »Mischlinge« nebeneinandergestellt. Mehr noch als die bereits erwachsenen Personen wurden Kinder und Jugendliche zu Grenzgängern zwischen diesen Welten. Sie waren die Verbindung ihrer jüdischen Elternteile zur

174 So FZH/WdE 025/030.

175 FZH/WdE 172.

176 Privatbesitz, Gedächtnisprotokoll von Interview mit A.W. (o.D.) und FZH/WdE 089.

177 In der Jerusalem-Gemeinde fühlten sich mehrere Interviewpartner aufgehoben, vgl. FZH/WdE 040, 018, 024 und 016; die Geschwister Czerny fanden bei den Baptisten Aufnahme, vgl. FZH/WdE 033.

178 FZH/WdE 038.

Mehrheitsbevölkerung. Auf ihnen lastete ein Teil der Verantwortung für die Familie, während gleichzeitig das für sie geltende Sonderrecht die eigenen Lebensentwürfe zerstörte. Die bereits erwachsenen Betroffenen erlitten berufliche Nachteile und konnten oftmals private Lebensplanungen wie die Familiengründung nicht verwirklichen. Etliche gerieten in Identitätskrisen, einige brachen psychisch zusammen. Kindern und Jugendlichen wurde der Prozeß des Hineinwachsens in die Gesellschaft als Teil ihrer Persönlichkeitsentwicklung verwehrt. Allen gemeinsam ist, daß ein Stück Vertrauen in »die« Welt verlorengegangen war oder gar nicht erst aufgebaut werden konnte.

Nur jüngere »Mischlinge« konnten oder wollten in der Nachkriegszeit Abschlüsse und Ausbildungen nachholen, die die Lebenschancen verbesserten. Sonderförderkurse und externe Abiturprüfungen sollten ihnen weitergehende Berufschancen eröffnen, doch konnten die meisten den sozialen Status ihrer Väter nicht wieder erreichen. Vergleicht man die beruflichen Positionen von Vätern, die vor 1933 als Selbständige oder Akademiker im Staatsdienst tätig gewesen waren, mit denen ihrer Söhne, zeigt sich dieser Abstieg deutlich bei elf von fünfzehn Söhnen. Die Söhne behielten überwiegend den Beruf des kaufmännischen Angestellten bei, den sie während der NS-Zeit notgedrungen ergriffen hatten. Oft gründete sich diese soziale Stagnation in eher aufstiegsorientierten Schichten nicht nur auf verbaute schulische und berufliche Chancen, sondern auch im Verlust des väterlichen Erbes. Lediglich ein Sohn behielt den gleichen Status wie sein Vater, drei stiegen deutlich auf.¹⁷⁹

Nur ein kleiner Teil meist »jüdisch versippter« Väter und »Mischlinge«, die sich zum Teil vom »Paulus-Bund« kannten, dann bei der Zwangsarbeit wieder getroffen hatten, gründeten nach dem Krieg die »Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen«. Sie kümmerten sich zunächst um die Lebensmittelversorgung wie Wohnraumzuteilung, um berufliche Zulassungen wie um Wiedergutmachung. Auf die Gesetzgebung wirkten sie unauffällig, aber erfolgreich ein, bis die Zwangsarbeit als haftgleich anerkannt und mit den üblichen DM 5,- Haftentschädigung pro Tag anerkannt wurde.¹⁸⁰ Neben dieser Entschädigung konnten die abgeschulten »Mischlinge« oder aus »rassischen Gründen« entlassenen Lehrlinge einen »Ausbildungsschaden« von DM 5.000,- beantragen. Aus dem öffentlichen Dienst Entlassene oder nicht Beförderte wurden ebenfalls entschädigt.¹⁸¹ Paare, denen

179 Die beruflichen Positionen der Töchter sollen hier nicht herangezogen werden, da in die Entscheidungen über die berufliche Ausbildung der Frauen andere Komponenten eingeflossen sind wie beispielsweise die Einstellung der Eltern zur weiblichen Berufstätigkeit generell und ihre Entscheidungen in Krisenzeiten im besonderen. Hinzu kommt, daß etliche Zeitzeuginnen als Hausfrauen und Mütter aus Studium und Beruf ganz oder phasenweise ausgestiegen waren.

180 Vgl. Hoffmann, Notgemeinschaft, S. 43. Zur Entschädigung der Zwangsarbeit als »haftgleich« siehe StaHH, Senatskanzlei – Verwaltungsbeschwerden, 237. Dort wurden, nachdem die Finanzbehörde mehrfach Einspruch gegen Haftentschädigung für von der »Sonderaktion J« Betroffene erhoben hatte, anläßlich des Falles Gottberg die Umstände der Zwangsarbeit rekonstruiert und geprüft.

181 Zur Entwicklung der Wiedergutmachungsgesetzgebung vgl. Goschler, Wiedergutmachung, und – bezogen auf Hamburg – Asmussen, Traum.

die Ehegenehmigung versagt worden war, konnten nach dem Gesetz zur nachträglichen Anerkennung der Ehen politisch und rassisch Verfolgter¹⁸² rückdatiert heiraten.

Die Mehrheit der Betroffenen – wie auch der Interviewpartner – integrierte sich als unauffällige Bürger in die Nachkriegsgesellschaft.¹⁸³ Sie verspürten keinen Wunsch nach Abrechnung, wie er bei Berend zum Ausdruck gekommen war. Sie wollten endlich in Ruhe leben, ihre Familien gründen, arbeiten und sehnten sich nach einer »Normalität«, die sie in den vorangegangenen Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nie erlebt hatten. Hier trafen sich ihre Interessen mit denen der Mehrheitsbevölkerung, die nach Ausbombung, Flucht und Vertreibung ebenfalls nach »Ruhe« strebte. Vielleicht hat dieses gleichgerichtete Bedürfnis auch die »geräuschlose« Re-Integration der »Mischlinge« erleichtert. Hinzu kam, daß die »Mischlinge« trotz Zwangsidentität nicht zu einer Gruppe geworden waren. Als sie nicht mehr gezwungenermaßen miteinander zu tun hatten, hielten die meisten keine Kontakte, sondern zerstreuten sich wieder.

Eine öffentliche Diskussion um das Verfolgungsschicksal dieser »Gruppe« fand nicht statt. Sie selbst werteten ihre Verfolgungserfahrungen im Vergleich zu denen der Juden als minder bedeutsam. Diese Einschätzung wurde von der Nachkriegsgesellschaft geteilt. Dementsprechend setzte auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Problematik der »Halbjuden« spät ein, und die Betroffenen selbst brauchten Jahrzehnte, bis etliche von ihnen Lebenszeugnisse veröffentlichten, die inzwischen in größerer Anzahl vorliegen und subjektive Einblicke in die Bandbreite und Auswirkungen der Verfolgungsmaßnahmen geben.¹⁸⁴

182 BGBl. 1950, S. 226, »Gesetz über die Anerkennung freier Ehen rassisch und politisch Verfolgter« v. 23.6.1950.

183 Die Schicksale derjenigen, die ihre Verfolgungserfahrungen nicht in ein Nachkriegsleben integrieren konnten, sondern entwurzelt oder psychisch krank zu Heiminsassen und Pflegefällen wurden, müssen aus anderen Quellen als Interviews rekonstruiert werden.

184 Die folgenden Literaturhinweise beziehen sich auf Hamburger Betroffene, wobei nicht danach unterschieden wird, welchen Raum der »rassischen Verfolgung« in diesen teils autobiographischen, teils literarischen Aufzeichnungen gegeben wird. Vollständigkeit beansprucht diese Auflistung nicht. Arnulf H. Baumann (Hrsg.), *Ausgegrenzt. Schicksalswege »nichtarischer« Christen in der Hitlerzeit*, Hannover 1992; Freimut Duve, *Vom Krieg in der Seele*, Frankfurt 1994; Irene Eckler, *Die Vormundschaftsakte*, Schwetzingen 1996; Hubert Fichte, *Das Waisenhaus*, Frankfurt 1988; Ralph Giordano, *Die Bertinis*, Frankfurt 1982; Rocco Giordano, *Giachettis Waschsalon*, Hamburg 1994; Helga Hagen, *Dead End of the Street*, London 1993; Ingeborg Hecht, *Als unsichtbare Mauern wuchsen*, Hamburg 1987; dies., *Von der Heilsamkeit des Erinnerns: Opfer der Nürnberger Gesetze begegnen sich*, Hamburg 1991; Helmut Krüger, *Der halbe Stern: Leben als deutsch-jüdischer »Mischling« im Dritten Reich*, Berlin 1993; Robert Müller, *Die Welt in jenem Sommer*, Bern/Stuttgart 1960; Helmut Schmidt, *Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend*, in: ders., *Kindheit und Jugend unter Hitler*, S.188–254, Berlin 1992.

Uwe Kaminsky

Verfolgung im Arbeitermilieu Hamburgs aus erfahrungsgeschichtlicher Sicht

Sozialdemokraten und Kommunisten zwischen Widerstand und Anpassung

I. Einleitung

Politische Verfolgung und die Teilnahme an politischem Widerstand charakterisierten nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft das »andere Deutschland«, dessen politische Visionen einen nationalen Neuanfang möglich machen sollten. Die herrschaftslegitimierende Kraft vorheriger politischer Verfolgung war in beiden Teilen Deutschlands in der Zeit unmittelbar nach der Befreiung gegenüber den Besatzungsmächten wie der Bevölkerung spürbar. In den Westzonen und der Bundesrepublik waren es Einzelne in den politischen Parteien, die sich auf ihre Verfolgung in der NS-Zeit beriefen, um als Bannerträger eines anderen Deutschlands innen- wie außenpolitisch Renommee zu erhalten. In der SBZ und späteren DDR war die Ideologie des Antifaschismus gar Staatsdoktrin.¹

Widerstandskämpfer aus der Arbeiterschaft erfuhren auch in Westdeutschland vielfach eine Würdigung. Es mangelt jedoch an einer differenzierten Wahrnehmung von Verfolgungserfahrungen. Dies gilt nicht nur für die nicht völlig aus der »Volksgemeinschaft« ausgegrenzten Arbeiter, deren Opposition nicht mit Verhaftung bestraft, oder die wegen vermeintlicher Geringfügigkeit des illegalen Handelns nicht für Jahre in Konzentrationslager verbracht wurden. Es gilt ebenso für die nach der Haft unter dem Vorbehalt vorheriger politischer Gegnerschaft gesellschaftlich wiedereingegliederten Verfolgten. Eine Annäherung an Erfahrungen der politischen Verfolgung darf nicht von einem Verfolgungsbegriff ausgehen, der nur organisierten politischen Widerstand als qualifizierendes Merkmal gelten läßt. Entsprechend werden im folgenden Beitrag auch Formen indirekter Betroffenheit durch

1 Siehe zu Westdeutschland Steinbach, Widerstandsforschung, bes. S. 598f.; zu Ostdeutschland Bramke, Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse; anregend Diner, Zur Ideologie des Antifaschismus.

die Verfolgung von Familienmitgliedern oder individuelle Abweichungen von der normierten »Volksgemeinschaft« zur Betrachtung herangezogen. Die von der NS-Herrschaft erzeugte Atmosphäre der Drohung und der Angst ließ auch viele nicht von der Gestapo und Polizei verhaftete und mißhandelte Mitglieder der Arbeiterorganisationen Verfolgungsangst spüren.²

Insbesondere die allein auf den Zusammenhang von »Widerstand und Verfolgung« gerichtete ältere Forschung reduzierte die Verfolgung auf eine Resultante des Widerstandes und sparte somit die nicht aus politischen, sondern aus rassistischen Gründen Verfolgten aus.³ Zugleich geriet auf diese Weise auch die Verfolgung nichtorganisierter Arbeiter aus dem Blickfeld. Die eher mit den Begriffen Nonkonformität, Widerständigkeit und Resistenz arbeitenden Forschungen der letzten fünfzehn Jahre näherten sich nicht nur Verfolgtengruppen jenseits des organisierten politischen Widerstands (z.B. Edelweißpiraten, Jugendcliquen etc.), sondern unterstrichen auch das Einverständnis mit dem Regime in manchen Bereichen.⁴ Verweigerung und Protest, Widerstand und Resistenz waren wie die nationalsozialistische Herrschaft nie total. Verfolgte waren weder nur aktive Helden noch passive Opfer.

Im Rahmen des Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung« sind im Bereich politischer Verfolgung aus dem Umfeld der Arbeiterparteien SPD und KPD 80 Tondokumente und biographische Materialien gesammelt und verzeichnet worden. In 75 Fällen liegen Tondokumente vor, davon 50 lebensgeschichtliche Interviews (zum Teil sind ergänzend zu lebensgeschichtlichen Interviews auch Vorträge oder Vorinterviews aus anderen Projektzusammenhängen aufgenommen) und in 25 Fällen thematische Befragungen oder Vorträge. Die Auswertung stützt sich schwerpunktmäßig auf die 50 lebensgeschichtlichen Interviews. Es wurden auch andere Quellen – nicht nur andere lebensgeschichtliche Interviews, sondern auch Archivalien aus dem Bundesarchiv, Anklageschriften und Prozeßdokumente – in die Auswertung einbezogen.

Von den Interviewten wurden dem Umfeld der SPD 53 und der KPD 27 zugeordnet. Die Gesamtzahl der 80 Dokumente verteilt sich auf 47 Männer

-
- 2 Im vorliegenden Biographienbestand (insgesamt 80) lassen sich dem Merkmal indirekte Verfolgung (kein direkter Kontakt mit der Gestapo, aber Verfolgung von Familienangehörigen etc.) 29, dem Merkmal direkte Verfolgung (Haussuchung, Gestapoverhör, Verhaftung etc.) 39 und 12 ohne genaue Angaben zuordnen. Die indirekt Verfolgten waren überproportional weiblich (19 von 29) und relativ jung (nach 1914 geboren: 17 von 29), wohingegen die direkt Verfolgten überproportional männlich und relativ älter (vor 1914 geboren: 30 von 39) waren. Eine Signifikanz hinsichtlich der politischen Zugehörigkeit bestand nicht.
- 3 Vgl. Zimmermann, »Widerstand und Verfolgung«, bes. S. 106 und Garbe, Ausgrenzung und Verfolgung, S. 186–217. Siehe auch die Beiträge über die Verfolgung von Juden, »Halbjuden« und die sogenannten »vergessenen Opfer« in diesem Band.
- 4 Ein Überblick über die Widerstandsforschung in dem Sammelband von Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus; über die Begrifflichkeit Opposition, Resistenz, weltanschauliche Dissidenz, loyale Widerständigkeit siehe Mallmann/Paul, Resistenz oder loyale Widerständigkeit?

und 33 Frauen. Männer gerieten im Rahmen des politischen Widerstands häufiger ins Visier der Verfolgungsbehörden als Frauen.⁵ Unter den Interviewten dominieren bei beiden Geschlechtern die als »vaterlose Kriegsjugend« ansprechbaren Geburtsjahrgänge 1900 bis 1914. Allein 42 der 80 Interviewten gehören zu diesen Jahrgängen. Die Jahrgänge bis 1900 fehlen aufgrund des späten Beginns des Interviewprojektes im Jahre 1990 fast vollständig (nur 5 Vertreter), und spätere Jahrgänge (ab 1922) gerieten während der Zeit des Nationalsozialismus nur noch selten in politische Opposition. Aus den Jahrgängen 1915 bis 1922 (14) stammten insofern die letzten für einen eventuellen politischen Widerstand zu mobilisierenden Arbeiter.

Die nachfolgenden Interpretationen orientieren sich an Lutz Niethammers methodischen Erwägungen zur Oral History. Dabei werden exemplarische Geschichten zusammen mit Interpretationen präsentiert. Die ausführlichen Zitate aus den lebensgeschichtlichen Interviews besitzen einen Eigensinn, der sich eindeutigen Sinnzuschreibungen entzieht und nicht in den verallgemeinernden, vertiefenden Deutungsvorschlägen aufgeht.⁶ Der dadurch entstehende Spannungsbogen ist gewollt und kann auch nicht aufgelöst werden. Es geht um die »symptomatische Lektüre« der Lebensgeschichten mit Blick auf den gesellschaftlichen Erfahrungshorizont, um die Annäherung an Lebenswelt und Erfahrungen von Opfern des NS-Regimes, was den Einbezug der gesamten Lebensgeschichte notwendig macht, jedoch keine auf diese Lebensgeschichte beschränkte oder diese in allen ihren Aspekten umfassende Analyse darstellt. Die Präsentation von Fallgeschichten, die scheinbar diesem Ziel entgegensteht, soll ein Verstehen am Einzelfall ermöglichen.⁷ Die einzelnen Interviews werden unter thematischen Gesichtspunkten vorgestellt, wobei das Problem einer thematischen Präsentation ohne Verlust der für die Interpretation des Gesamtzusammenhangs wichtigen gesamten Lebensgeschichte durch einen Kompromiß gelöst wird. Ein einleitender und allgemein historisch einbettender Teil geht einer für den jeweiligen Kontext ausgewählten Lebensgeschichte zur Erklärung voran.

Die Ausführungen folgen der Chronologie der Lebensgeschichten. Dabei wird zwischen den Erfahrungen vor der Verfolgung und der in den beiden Zeitbereichen 1933 bis 1939 und 1939 bis 1945 stattfindenden Verfolgung

5 Die in bisherigen statistischen Annäherungsversuchen an Widerstandsgruppen ermittelten geringen Frauenanteile (Sozialistische Front in Hannover 10,5 %, im Gebiet des heutigen NRW 4 %, in Mannheim 2,7 %) verweisen eher auf die Wahrnehmungsverzerrung der Verfolgungsbehörden. Vgl. Schmid, Zur Sozialstruktur des organisierten Widerstands der Arbeiterschaft in Hannover, S. 129f.

6 Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen, bes. S. 408ff., bes. S. 419; ders., Oral History, bes. S. 196ff. Auf eine umfangreiche methodische Diskussion der Oral History wird nachfolgend bewusst verzichtet. Siehe demnächst Jureit, Überlebensdiskurse.

7 Siehe in einem ähnlichen Sinne eine Auswertung von Kriegerlebensgeschichten bei Niethammer, Heimat und Front, S. 166f.

differenziert. Dem Umgang mit den Verfolgungserfahrungen in der Zeit nach dem Mai 1945 ist ein abschließendes Kapitel gewidmet. Innerhalb der acht Fallgeschichten wird zunächst die Sozialisation der Betroffenen nach Milieu, Generation und Geschlecht beschrieben. Die Darstellung der erlittenen Verfolgung und der Reaktionen der Interviewten darauf schließt sich an. Von den acht Fallgeschichten beschreiben drei Beispiele Widerstand und Verfolgung, ein Beispiel Anpassung und Politikabstinenz, ein Beispiel die Emigration und drei Beispiele die Verfolgung während der Kriegszeit. Bei den letzten drei Beispielen geht es einmal um die Verfolgung eines »Heimtücke«-Deliktes, dann um die Einberufung eines politisch Vorbestraften in ein »Bewährungsbataillon« und schließlich um die Verfolgung des Wiederaufbaus einer kommunistischen Widerstandsorganisation und das Überleben des Betroffenen in der Illegalität. Mit den für die lebensgeschichtlichen Konstruktionen zum Teil konstitutiven Bereichen der Kompensationen und Entschädigungen für die erlittene Verfolgung in der Nachkriegszeit schließt der Beitrag. Während im ersten Teil des Beitrages ausgewählte Lebensgeschichten in ihrem Verlauf bis zum Kriegsende präsentiert werden, handelt der letzte Teil des Beitrages zusammenfassend über die Nachkriegszeit und die Entschädigung für die Verfolgung.

Bei allen vorgestellten Lebensgeschichten stehen neben der Herkunft und politischen Bindung der Interviewpartner (sozialdemokratisch oder kommunistisch) verschiedene Leitfragen im Hintergrund: Wie kam es zur politischen Verfolgung und in welcher Form wurde sie erlitten? Gab es traumatisierende Erlebnisse? Wie reagierte das soziale Umfeld auf die Verfolgung, wie reagierten die Verfolgten selbst? Wie gingen sie in der NS-Zeit und danach mit der Verfolgungserfahrung um? Wie bewältigten die Betroffenen die traumatisierenden Erlebnisse? Wann und wie stark sind die Verfolgungserfahrungen von späteren Erlebnissen (z.B. während der Kriegszeit oder Nachkriegszeit) neutralisiert oder überlagert worden? Gab es Wiedergutmachung, und wenn ja, welche, in der Nachkriegszeit?

II. Verfolgungserfahrungen

1. Vorerfahrungen der Verfolgung – Milieu, Generation, Geschlecht

Verfolgung als lebensbestimmender Faktor läßt sich nur vor dem Hintergrund der zuvor erfolgten Sozialisation und Prägung hinreichend einordnen.⁸ Die Vorerfahrungen werden dabei wesentlich durch Milieu, Generationenzugehörigkeit und Geschlecht bestimmt gesehen.

Die Interviewten stammen aus dem sozialistischen oder proletarischen Arbeitermilieu. Der Begriff des sozialmoralischen Milieus bezeichnet soziale Einheiten, »die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtenspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen« gekennzeichnet sind.⁹ Er verbindet parteipolitische Organisation mit Vereinskultur und läßt sich auch auf Arbeiter anwenden. Der Milieubegriff läßt konkurrierende Bindungen und Loyalitäten zu und leidet nicht wie der Klassenbegriff unter der Verengung auf das gemeinsame Merkmal Lohnarbeit. Die abstrakte Interessenidentität von Arbeitern führte nicht automatisch zum Klassenbewußtsein, das wiederum als Akt gruppengebundener Selbstinterpretation zu verstehen wäre, keineswegs als Resultat objektiver Strukturen und Prozesse. Auch der Begriff der »Arbeiterkultur« unterliegt in seinem Singular dieser Befangenheit.¹⁰

In der Weimarer Republik wuchs besonders das sozialdemokratische Vereinswesen (Frauen-, Kinder-, Jugendorganisationen, Sportvereine, Bildungseinrichtungen) stark an, bekam aber im alltäglichen Funktionieren neben seinem politischen Auftrag zunehmend einen »unpolitischen Dienstleistungscharakter«, was eine Verdichtung der Subkultur zu »sozialer Autarkie« bedeutete.¹¹ So bleibt der Eindruck einer organisierten sozialen Identität zurück, wobei gleichzeitig die sozialistische Utopie bei der Mehrzahl der Anhänger der Arbeiterparteien schwand.

Innerhalb des sozialistischen Milieus konkurrierten die Arbeiterparteien KPD und SPD mit einer teils gemeinsamen, teils unterschiedlichen Organisationskultur. Nachbarschaft und sozialer Kontakt waren trotz aller politischen Polarisierung auf der Ebene zumindest eines Minimalkonsenses etabliert,

8 Ein frühes Beispiel einer »Befragungsreihe« zum Thema Verfolgung und Widerstand bei Mann, Validitätsprobleme.

9 Vgl. zum Begriff des Milieus Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, hier S. 38 sowie mit Blick auf eine regionale Analyse Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik, bes. S. 11–25. Lepsius unterscheidet das agrarisch-konservative Milieu, das katholische Milieu, das liberale Milieu, das Milieu der nationalen Minderheiten und das sozialistische Milieu für das Kaiserreich.

10 Zur inneren Zerklüftung der »Arbeiterkultur« in Hamburg siehe Grüttner, Arbeiterkultur versus Arbeiterbewegungskultur, S. 244–282.

11 Vgl. Mooser, Arbeiterleben, S. 194f.

wenngleich man um das Trennende wußte. An der politischen Basis existierte oftmals eine »informelle Toleranz«¹² zwischen SPD und KPD, die jenseits der großen Politik und der Abgrenzung der zentralen Parteileitungen auch in der späteren Illegalität eine Zusammenarbeit einzelner Mitglieder aus gemeinsamen Erfahrungen in der Arbeiterjugendbewegung ermöglichte.

Für die Masse der Arbeiter organisierte sich die interne Unterscheidbarkeit jedoch keineswegs allein nach Parteizugehörigkeit, sondern ebenso nach anderen Kriterien, von denen Alter und Geschlecht hervortreten. Das Alter und damit die Generationszugehörigkeit hat einen milieuübergreifenden Einfluß auf den möglichen lebensgeschichtlichen Erfahrungsrahmen der Interviewten.¹³ Die Berücksichtigung von Prägungen im Jugendalter läßt zusammen mit einer milieugebundenen Betrachtung ein vertieftes Verständnis einer historischen Epoche erwarten.

Die meisten Interviewten aus dem proletarischen Milieu gehören den Jahrgängen 1901 bis 1914 an. Die Arbeitergeneration dieser Jahrgänge war direkt vom Krieg betroffen. Die Väter waren oftmals abwesend und die Mütter wurden ähnlich wie die älteren Jugendlichen in die Rüstungswirtschaft eingespannt. Bei vielen führte dies zu einer schnelleren Übernahme familiärer Verantwortung und zu früherer Selbständigkeit. Stetige Krisen und gewaltsame Konfliktlösungen in Krieg, Revolution und Inflation bestimmten ihr Weltbild, das durch die Erfahrung der Deklassierung auf dem überfüllten Arbeitsmarkt der Weimarer Republik bestärkt wurde. Die Doppelung von demographischem Überhang und sozioökonomischer Krise beförderte die Zufluchtnahme zu militarisierten Männerbünden der generationell älteren ehemaligen Frontsoldaten wie dem kommunistischen Roten Frontkämpferbund und dem Reichsbanner. Diese kompensierten das Dilemma, erwachsen und dennoch nicht unabhängig zu sein.¹⁴ Die gemeinsame

12 Vgl. Sywottek, *Einheit der Arbeiterklasse*, S. 148.

13 Wenn nachfolgend vom Begriff der Generation die Rede ist, so ist damit die Verkoppelung von gesellschaftsbestimmenden Großereignissen mit dem Geburtsjahrgang der davon Betroffenen gemeint. Ausgehend von Karl Mannheim kann dabei von einer Generationslagerung einer Altersgruppe über einen sozialen oder geistigen Generationszusammenhang von Individuen bis zu einer in spezifischer Weise Erfahrungen verarbeitenden Generationseinheit eine immer engere generationelle Verknüpfung konstruiert werden. Vgl. Mannheim, *Das Problem der Generationen*, bes. 543f.; siehe auch Hans Jaeger, *Generationen in der Geschichte*.

14 Vgl. Peukert, *Jugend zwischen Krieg und Krise*, bes. S. 29–56. Zur Unterscheidung von Generationen existieren verschiedene Ansätze. Rosenthal spricht etwas abweichend von der hier getroffenen Einteilung mit Blick auf die Verarbeitung von Kriegserfahrungen von der »Weimarer Jugendgeneration« (Jahrgänge von ca. 1906–1920), die ihre Kindheit im Ersten Weltkrieg und ihre Jugend in der Weimarer Republik verlebte. Die frühen Lebensjahre waren oft von Hungererfahrungen geprägt. Die Sozialisation fand in der demokratischen Weimarer Republik statt, was zu politischer Identität vor der Gleichschaltung durch den NS führte. Prägend war jedoch für den männlichen Teil dieser Generation das Leben in militärischen Institutionen bis ins mittlere Erwachsenenalter (1936 bis 1946). Siehe Rosenthal, *Biographische Verarbeitung von Kriegserfahrungen*. Anlehnend hieran auch Fischer-Rosenthal, *Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben*. Biographische Arbeit mit deutschen Vergangenheiten, bes. S. 70f. Noch anders unterscheidet Bude (*Bilanz der Nachfolge*, S. 80–91) die um 1900 Geborenen, die in der Weimarer Republik mit einer blassen Demokratieerfahrung aufwuchsen, von den Jahrgängen 1910–1925, die den Nationalsozialismus als Jugendgeneration erlebten und die Kriegsgeneration stellten.

Grunderfahrung von zwei Alterskohorten, der Frontsoldaten wie der zwischen 1901 und 1914 geborenen Arbeiter, war die Krise. Selbst die kurze Stabilisierungsphase zwischen 1924 und 1929, die auf einem niedrigeren Reallohniveau als in der Vorkriegszeit und auf einem Sockel hoher Arbeitslosigkeit basierte, wog diese lebensgeschichtliche Erfahrung nicht auf. Die Konsolidierung der eigenen Existenz blieb eine Illusion, die vielen letztlich in der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise abhanden kam.

Eine in dieser Hinsicht abgeschwächte Erfahrung machten die Übergangsjahrgänge der nach 1914 bis 1922 geborenen Arbeiter. Sie standen meist noch nicht im Arbeitsprozeß und waren von der Krise nicht direkt betroffen, merkten aber zumindest an ihrer sozialen und familialen Umwelt die Auswirkungen von Armut und Elend. Abgebrochene oder abgekürzte Lehren, die in die Arbeitslosigkeit führten, waren nicht selten. Innerhalb der politischen Jugendorganisationen standen sie nicht in arrivierten Führungspositionen und waren häufig von der ersten nationalsozialistischen Verfolgungswelle noch nicht betroffen. Insbesondere bei jüngeren, in Jugendorganisationen wie der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) oder dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) aktiven Arbeitern scheint sich mit Blick auf den Generationsbruch innerhalb der Arbeiterparteien eine überparteiliche Orientierung entwickelt zu haben. Dies konnte nach 1933 zu gemeinsamen politischen Widerstandsaktivitäten führen, die oftmals in nur losem Kontakt zu zentralen Anleitungen der Parteispitzen standen.

Für die Sozialisation ist das Geschlecht nicht als biologische Kategorie, sondern als Erfahrung und soziale Beziehung eine wichtige Komponente. In den Feldern Arbeit, Familie, Öffentlichkeit und Macht wurden geschlechtsbezogene, aber auch keine geschlechtsexklusiven Erfahrungen gemacht. Männer und Frauen waren nicht nur hierarchisch aufeinander bezogen, sondern ebenso alltäglich aufeinander angewiesen.¹⁵

Arbeiterfrauen erlebten oftmals Zurücksetzung. Dies betraf vor allem Fragen der Ausbildung, wenn z.B. einer Schwester gegenüber einem Bruder von den Eltern geringere Ausbildungsansprüche zugebilligt wurden und sie die Schule mit 14 Jahren verlassen mußte, wohingegen die Hoffnungen und finanziellen Mittel der Eltern sich auf die gute Ausbildung des Sohnes konzentrierten. Die Festlegung der Frauen auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter wurde jedoch durch die Grunderfahrung der proletarischen Familienwirtschaft konterkariert, nämlich die Knappheit aufgrund unregelmäßiger Beschäftigung und wechselnder Lohneinkommen des Familienvaters. Der in Arbeiterfamilien übliche Beitrag der Frau zum Familieneinkommen war in der Weimarer Republik mehr ein ökonomischer Zwang denn eine von den Frauen selbstgewählte Alternative zur Selbstverwirklichung, wie

15 Siehe Wierling, Alltagsgeschichte und Geschichte der Geschlechterbeziehungen.

dies für Frauen aus höheren Sozialschichten der Fall war. Berufstätigkeit ermöglichte gleichwohl Emanzipationserfahrungen auch in der Arbeiterschaft. Die Hausarbeit von Arbeiterfrauen, die sich der Kategorie der Lohnarbeit entzog, war oftmals gekoppelt mit dem Budgetrecht und der Verantwortung für das Auskommen der Familie.¹⁶ Diese Situation der Arbeiterfrauen läßt sich daher nicht auf eine Leidensperspektive reduzieren, denn sie schuf auch Gestaltungsspielräume.

Die interviewten Frauen fanden sich eingebunden in stabile Milieustrukturen und formale Organisationszugehörigkeiten, die den in der Weimarer Republik langsam wachsenden Freizeitbereich durchdrangen. Dennoch wurden sie von ihren männlichen Genossen eher als das fünfte Rad am Wagen betrachtet und nicht anerkannt. Frauen in Parteiorganisationen waren deutlich unterrepräsentiert. In der KPD Hamburgs betrug ihr Anteil zwar 1928 überdurchschnittlich 22,9 %, doch glich er sich nachfolgend dem reichsweiten Trend von 15 % wieder an.¹⁷ In der SPD lag der Frauenanteil 1926 bei 22,2% und stieg bis 1933 auf 26,4% (rund 4 Prozent höher als im Reichsmaßstab), wobei der innerparteiliche Aufgabenbereich von Sozialdemokratinnen stark auf Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege beschränkt blieb.¹⁸

Innerhalb des sozialistischen Milieus existierten Heiratskreise, bahnten sich Beziehungen unter Gleichgesinnten an. Insbesondere die Arbeiterjugendbewegung ist nicht nur als »Kaderschmiede« der Arbeiterbewegung, sondern auch als »Eheschmiede« der organisierten Arbeiter aufzufassen.¹⁹ Hier entsprangen mehrgenerationelle Großfamilien (besonders im kommunistischen Lager) mit vielfachen auch verwandtschaftlichen Querverbindungen.²⁰ Sie bildeten Rückzugsräume in einer familialen Wagenburg und waren letztlich die Stützen einer gegen die nationalsozialistischen Verlockungen existierenden Gegenwelt. Frauen waren wesentliche Teile einer Gegenkultur, in der ihnen Funktionen im illegalen Widerstandskampf unter der Herrschaft des Nationalsozialismus zuwuchsen. Darüber hinaus beteiligten sich einzelne Frauen auch selbst an Widerstandshandlungen wie dem Verteilen illegaler Schriften.

16 Siehe Karen Hagemann, »Wir hatten mehr Notjahre als reichliche Jahre ...«, hier S. 236ff.; dies., *Frauenalltag und Männerpolitik*; Wierling, *Mädchen für alles*, S. 257ff.

17 Vgl. Hagemann, »Wir Frauen der Arbeit marschieren mit!«, S. 203–231 und Müller, »Rotes Arbeiter-Hamburg«, S. 233–269.

18 Siehe Hagemann u. Söllner, »Denn der Mann hat gesagt«, S. 246; zu den Zahlen Statistik zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der Hamburger SPD 1914–1932, in: Witt, *Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik*, S. 53.

19 Vgl. Hagemann, *Frauenalltag und Männerpolitik*, hier S. 166ff.

20 Siehe aus dem Interviewsample beispielsweise die Cousins FZH/WdE 247 und 268, deren Tante bzw. Mutter eine bekannte Kommunistin war oder die Schwester von FZH/WdE 248, die einer Widerstandsgruppe angehörte, zu der auch FZH/WdE 251 gehörte.

2. Verfolgungserfahrungen in der Vorkriegszeit

a) Verfolgung und Widerstand

Die Suche nach Interviewpartnern geschah zum Teil über heute bestehende Gruppen ehemaliger Verfolgter (z.B. der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten) oder aber durch informelle Bekanntschaften. Im Interviewbestand finden sich politisch aktive Mitglieder der Arbeiterbewegung, die, überwiegend den Jahrgängen bis 1922 entstammend, in der Zeit nach 1933 illegale Tätigkeiten im parteilichen Rahmen ausgeübt haben. In ihren Erfahrungsbilanzen bildet Verfolgung ein Ergebnis des eigenen Widerstands, wenngleich es ebenso gerade im Frühjahr/Sommer 1933 auch zu Verfolgungen ohne jeglichen vorherigen Widerstand kam. Das mit den Begriffen Opposition, Resistenz, Verweigerung, Dissidenz, Nonkonformität, Dissens oder abweichendes Verhalten beschriebene Handeln der Menschen wird bei der einseitigen Konzentration auf Widerstand nicht beleuchtet. Eine erfahrungsgeschichtliche Beschreibung der Verfolgung kann darauf jedoch nicht verzichten, weil die Definition von Verfolgung, wie sie den Entschädigungsregelungen beider deutscher Staaten nach 1945 zugrunde lag, historisch-politisch definiert und an Nachweise von erlittener Haft, beruflichen, finanziellen oder gesundheitlichen Benachteiligungen gekoppelt war.²¹

Die erfahrungsgeschichtliche Sicht betont dagegen die weniger harte Grenze zwischen milieugebundenen Ausdrucksformen der Opposition und bewußtem politischen Widerstand sowie die Zufälligkeit der Betroffenheit durch den Zugriff der Verfolgungsorgane. Sie ermöglicht darüber hinaus auch eine größere Annäherung an die mit den Begriffen wirtschaftliche und soziale Besserung, Orientierung am Leistungsprinzip und Einbindung in die rassistisch bestimmte »Volksgemeinschaft« beschreibbare »Dissoziierung des Bewußtseins« (Mason), die verfolgte Arbeiter nicht aussparte.²² Zunächst soll es jedoch um klassische Fälle von Widerstand und Verfolgung gehen, die sich je nach politischem Hintergrund (SPD, KPD, ISK) differenzieren lassen. Dabei wird im Rahmen der exemplarischen Vorstellung von Lebensgeschichten der jeweilige historische Kontext, in den diese eingebettet sind, erläutert.

21 Siehe zur Wiedergutmachung in Westdeutschland Goschler, Wiedergutmachung; Herbst/Goschler (Hg.), Wiedergutmachung, darin besonders Schwarz, Wiedergutmachung – Ein Überblick; für Ostdeutschland Kessler/Peter, Wiedergutmachung im Osten Deutschlands.

22 Vgl. zusammenfassend Herbert, Arbeiterschaft, bes. S. 82–102.

**Widerstand der SPD in Hamburg –
»Aber wir wollten nur beweisen, wir sind noch da«**

Wilfried Klatt ist ein routinierter Erzähler seines Schicksals. Er ist heute nicht nur in der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten aktiv, sondern spricht auch in Schulen und leitet Führungen im Konzentrationslager Fuhlsbüttel.²³ Sein Lebensbericht ist ein Beispiel für die Zukunftsorientiertheit eines politisch Verfolgten. Sein Engagement in der sozialdemokratischen Verfolgtenorganisation ist mit dem pädagogischen Interesse verknüpft, ein jüngeres Publikum aufzuklären und eine Wiederholung des nationalsozialistischen Terrors zu verhindern. Seine Biographie ist im Kern eine politische, wenngleich er im Interview Fragen nach dem Persönlichen und Unpolitischen nicht ausweicht.

In der Eingangserzählung berichtet Wilfried Klatt seinen Lebenslauf in Kurzform. Er wurde 1916 geboren und wuchs im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel auf. Er hatte drei Geschwister. Sein Vater war Handelsvertreter – ein, wie Wilfried Klatt es ausdrückt, »unpolitischer Indifferenter« –, der im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband organisiert war, und mit dem er »Schwierigkeiten« hatte, als er sich im Alter von 13 Jahren, vermittelt über einen Jugendfreund, der SAJ anschloß.²⁴ Unterstützung erhielt er von seiner Mutter, die selbst aus einem Arbeiterhaushalt stammte und sich offenbar gegen den oft abwesenden Vater in der Erziehung durchsetzen konnte. Sein acht Jahre älterer Bruder und seine fünf Jahre ältere Schwester traten zusammen mit der Mutter 1931 in die SPD ein, der vier Jahre jüngere Bruder ging zu den »Falken«, der sozialdemokratischen Kinderorganisation der Weimarer Republik.²⁵

Mit dieser detaillierten Beschreibung des Zugangs zur SAJ betont Wilfried Klatt die Tatsache, daß er nicht aus einem »sozialdemokratisch vorgeprägten Elternhaus« kommt, er sich den Zugang zur SAJ also erst im Rahmen eines Adoleszenzkonfliktes erkämpfen mußte. Nach seiner Schulentlassung 1930 machte Wilfried Klatt eine Lehre als Kupferschmied, die er im Frühjahr 1935 beendete. Vierzehn Tage nach seiner Gesellenprüfung wurde er wegen der Teilnahme an der illegalen Arbeit seiner SAJ-Gruppe

23 Neben dem Interview mit Wilfried Klatt am 20.9.1994, geführt von Ulrike Jureit, liegt auch ein Vortrag vor, der von ihm in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Fuhlsbüttel im Jahre 1993 gehalten wurde (FZH/WdE 272).

24 Der Mitgliederbestand der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) in Hamburg war seit den 1920er Jahren rückläufig und betrug Ende 1930 noch 1700 (siehe Schildt, Als Arbeiterpartei im Senat, S. 188). Vgl. allgemein zur Arbeiterjugendbewegung in Hamburg Bruhns, »Bauvolk der kommenden Welt«, bes. S. 175–179 (zur SAJ).

25 Innerhalb der sogenannten »Kinderfreundebewegung« existierten seit 1928 die altersmäßigen Einteilungen »Nestfalken« (8–10 Jahre), »Jungfalken« (10–12 Jahre), »Rote Falken« (10–14 Jahre). Erkennungszeichen war die blaue »Kluft« mit dem roten Falkenabzeichen (vgl. Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik, bes. 318–324).

verhaftet. Für ihn fiel der Abschluß seiner Ausbildung mit dem Beginn der Hafterfahrung zusammen.

Wilfried Klatt leitet im Interview aus seinen Erfahrungen in der Arbeiterjugend, die ihn zu einem politisch denkenden Menschen gemacht haben, eine Kurzfassung der Geschichte des Versagens der SPD bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme ab. Die Polarisierung zwischen den Arbeiterparteien SPD und KPD am Ende der Weimarer Zeit spricht er an und berichtet von seinem Wechsel aus einer SAJ-Gruppe in eine andere.

»K: Ja, und denn entwickelte sich das. War für uns – oder für mich –, das war das Jahr 1932, das ja ein ganz entscheidendes, bedeutungsvolles politisches Jahr war. In dem Jahr wurde die Regierung Brüning abgelöst durch Papen, [später folgte] Schleicher. In dem Jahr war die Reichspräsidentenwahl. Die Arbeitslosigkeit vor allen Dingen, die stieg an. Die Nazis nahmen zu, auch die Kommunisten, aber vor allen die Nazis nahmen noch zu Anfang zu. Was gravierend war – oder für uns, wo ein etwas anderer Denkprozeß war, das war die Ablösung der preußischen Staatsregierung unter von Papen. Mit der Verhaftung von Severing durch Reichswehrleute. Da war vor allen Dingen bei uns Jungen, aber auch bei vielen anderen, hatten wir denn gedacht, daß die Gewerkschaft oder Parteiführung zum Widerstand aufrufen würde, um dort der Reaktion, die ja nach meiner Auffassung [das] als Versuchsballon hat starten lassen, wie weit können sie gegenüber der Arbeiterklasse vorgehen. Als das denn verpuffte und man nur hörte, vertraut auf eure Führer, war auch innerhalb unserer Bewegung schon 'ne gewisse Spaltung da. Ein Teil neigte mehr zum radikaleren Teil, suchte auch – was damals im Beginn war – die Einheitsfrontbewegung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, was ja von der Parteiführung, unserer Führung, strikt abgelehnt worden war. Aber auf der unteren Basis war die Empfänglichkeit für diese Entwicklung da. Denn kam nachher die Wahl im Herbst 1932, da verloren die Nazis von 37 Prozent auf 31 [33]. Unsere Partei, die SPD, verlor auch. Zuwachs war bei den Kommunisten. Das heißt es war für gewisse Kreise die Gefahr da, daß die Gefahr des Kommunismus dagewesen ist. Es war ja damals noch ... bildete dieser Herrenclub, diese Verbindung zwischen den Nazis und der Großindustrie, die sich dann in einer Allianz fanden. Und so ist es denn 1933 zur Machtergreifung gekommen, die ja insofern auf legalem Wege vor sich ging, weil der Hindenburg Hitler zum Kanzler ernannt hat. Es war ja kein Putsch.«²⁶

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten betrachtet er rückblickend als Prozeß, der mit dem Jahr 1932 einsetzte, als im Frühjahr die Reichspräsidentenwahl stattfand und die von Reichskanzler Brüning geführte

Regierung zunächst Ende Mai durch Reichskanzler Franz von Papen und schließlich durch Reichskanzler General von Schleicher abgelöst wurde. Noch vor der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 setzte Papen im sogenannten »Preußenschlag« die SPD-geführte Regierung in Preußen unter einer Scheinbegründung ab und ersetzte sie durch einen Staatskommissar. In der Erinnerung von Wilfried Klatt war der ausbleibende Widerstand der Parteiführung und der Gewerkschaften gegen diese Entmachtung die zentrale Enttäuschung. Die Arbeiterjugend spaltete sich beinahe über die offizielle SPD-Linie.

In der Wahrnehmung von Wilfried Klatt war die Basis für die »Einheitsfrontbewegung« empfänglich, die Führer der Partei waren ablehnend. Annäherungen an den kommunistischen Jugendverband fanden statt. Die nationalsozialistische Machtübernahme sieht er als Resultat einer Allianz zwischen »den Nazis und der Großindustrie« und meint mit dem Verweis auf den »Herrenclub« wohl die Rede Hitlers vom 26. Januar 1932 vor dem Industrie-Club in Düsseldorf, die bereits zeitgenössisch und auch lange Jahre in der Geschichtsschreibung als Beleg für die Finanzierung Hitlers durch die Großindustrie gegolten hat.²⁷ Der Hinweis am Ende der zitierten Passage auf die Legalität der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Hindenburg illustriert noch einmal abschließend den von Wilfried Klatt erinnerten fließenden Übergang von der Weimarer Demokratie zur nationalsozialistischen Diktatur.

Seine Schilderung lehnt sich an ein Deutungsmuster vieler Zeitgenossen an, wonach der gemeinsame Widerstand der Arbeiterbewegung, den Machtantritt der NSDAP hätte verhindern können. Die widerstandsbereite Basis sei von ihrer Führung im Stich gelassen worden, was nicht nur zeitgenössisch Ohnmacht und Enttäuschung produzierte, sondern auch im Nachhinein dem eigenen Widerstand als Motivationsgrundlage gedient habe.²⁸

Die hier aus der subjektiven Sicht eines alten Sozialdemokraten geschilderte Situation stellt sich vor dem Hintergrund der historischen Forschung widerspruchsvoller dar. Die SPD befand sich nach der Machtübergabe an die NSDAP mit Hitler als Reichskanzler am 30. Januar 1933 trotz aller kämpferischen Phrasen in einem Dilemma. Sich abgrenzend von der einen Generalstreik ausrufenden KPD, wollte die SPD die Reichstagswahlen am 5. März 1933 abwarten. Die dem Reichstagsbrand am 27. Februar nachfolgende Notverordnung »zum Schutz von Volk und Staat« setzte jedoch die Grundrechte außer Kraft und drängte die SPD noch mehr in die

27 Siehe die Rede mit ausführlicher Kommentierung durch Christian Hartmann, in: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. IV, Teil 3, S. 74–110.

28 Siehe zur Beschreibung dieses Musters in den Darstellungen von Zeitgenossen mit Blick auf das Reichsbanner Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, S. 426–437. Ihm folgend mit Blick auf die SPD in Hamburg Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie, S. 139–158, bes. 151ff.

Defensive. SPD-Politiker in Hamburg räumten unter dem Druck des Reichsinnenministers Frick die wichtigsten Machtpositionen noch vor den Reichstagswahlen. Der Zerfall der sozialdemokratischen Organisationen in Hamburg war nicht aufzuhalten.²⁹ Angesichts der Praxis nationalsozialistischer »Machtergreifung« in Hamburg, die von Korruptionsvorwürfen gegenüber Mitgliedern der Bürgerschaft, Verhaftungen von SPD- und KPD-Mitgliedern bis zum Verbot der SPD im Juni 1933 führte, bereiteten sich Gruppierungen in der SPD auf die Illegalität vor.

In der folgenden, recht erprobt klingenden Erzählung von Wilfried Klatt wird die nationalsozialistische Machtergreifung als ein Ereignis dargestellt, das man innerhalb der SAJ-Gruppe schon lange erwartete, dem man gleichwohl mit Ohnmacht gegenüberstand. Gegen die »Macht der Straße« und die »Vollmacht« der Hitlerjungen, andere zu verhaften, habe man keine Gegenmittel gehabt. Als Beleg dient Wilfried Klatt die Erzählung von den seit der Machtergreifung der SAJ vorenthaltenen Versammlungsräumen in Schulen. Man traf sich dann Ostern 1933 auf dem Sunderhof in Hittfeld. Plötzlich tauchte HJ auf und verhaftete die Anwesenden. Wilfried Klatt durfte bald wieder nach Hause gehen, weil der Führer der HJ ein ehemaliger Schulkamerad war. Die erste Verhaftung endete also glimpflich für ihn, da die Bekanntschaft aus der Schule noch über der politischen Gegnerschaft rangierte.

Erste Ansätze zur Gründung einer illegalen Organisation von Sozialdemokraten kamen zum einen aus dem Reichsbanner, der von SPD-Mitgliedern dominierten Kampforganisation zur Verteidigung der Weimarer Republik,³⁰ und zum zweiten von den jüngeren Distrikts- und Bezirksführern der SPD, die nach dem Abtreten vieler alter Funktionäre um die Jahreswende 1932/33, aber noch vor dem Verbot der Partei in ihre Funktionen gekommen waren. Führend dabei war Walter Schmedemann (1901–1976), seit 1915 Mitglied der SAJ und seit 1918 der SPD, der im Herbst 1933 um sich einen Kreis zur Führung der illegalen SPD sammelte. Es bildeten sich in der Folge verschiedene Stadtteilgruppen in Hamburg, deren Haupttätigkeit es war, illegale Schriften zu verteilen und Mitgliedsbeiträge zu kassieren. Insbesondere die SAJ-Gruppen machten in der ersten Zeit noch gemeinsame Ausflüge und Wanderungen. Nach überlieferten Prozeßunterlagen nahmen wenigstens 500 Personen aktiv an der illegalen SPD-Parteiarbeit teil, rund ein Prozent der 57.000 Mitglieder bei der Jahreswende 1932/33. Am Himmelfahrtstag 1934 versammelten sich 3.000 bis 4.000 Personen

29 Vgl. Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 52–58.

30 Siehe allgemein zum Reichsbanner Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, bes. S. S. 265–278 (zur Bildung der Schutzformationen, genannt Schufos 1931); zu Hamburg Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, S. 95ff.; Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 23/24 u. 74; eine Materialsammlung im Archiv der Fst, Sign. 411 sowie die Erinnerungen weiterer ehemaliger Reichsbannerleute Fst/WdE 087, 308, 311.

zum ersten Jahrestag der Beerdigung des Hamburger Reichstagsabgeordneten Adolph Biedermann auf dem Friedhof in Hamburg-Ohlsdorf. Dies entsprach wohl dem Personenkreis, der von der illegalen SPD zumindest zu besonderen Gelegenheiten mobilisiert werden konnte.³¹

Die Verschränkung von drei unterschiedlichen Formen illegaler Widerstandsarbeit erleichterte eine Teilnahme am politischen Widerstand der illegalen SPD. Zu unterscheiden sind dabei erstens die Bewahrung der Tradition, der Gesinnung und des Zusammenhalts (informelle Gesprächskreise, getarnte Vereine), zweitens der Entwurf von Plänen für eine nachfaschistische Demokratie und drittens die Bildung von Untergrundorganisationen zur Vorbereitung eines Umsturzes oder zur Beeinträchtigung des Funktionierens des Systems (Streik, Sabotage).³² In den Handlungen der Widerstandsgruppe, der Wilfried Klatt angehörte, herrschten die ersten beiden Aktivitäten vor. Aus der Wahrung des Zusammenhalts in Form gemeinsamer Fahrten ins Umland entstand eine politische Schulungsarbeit sowie die Verteilung und Verbreitung illegaler Schriften, die zum Teil aus dem Ausland kamen oder sogar in Hamburg illegal hergestellt wurden. Der sich Ende Mai 1933 zunächst in Prag konstituierende Exilvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) versuchte über Schriften, die illegal nach Deutschland geschafft wurden, die SPD im Untergrund neu zu organisieren. Dabei stand zunächst die Aufklärung über die Menschenrechtsverletzungen, die Verhaftungen und Mißhandlungen im Zentrum sozialdemokratischer Untergrundpropaganda.

Widerstand in Deutschland verschränkte sich am Beispiel der illegalen Sozialdemokraten mit Widerstand von außen, der Sopade aus dem Exil. Von Kopenhagen kamen die Zeitung »Sozialistische Aktion« der Sopade und die Deutschland-Berichte, welche über Kuriere an die Stadtteilgruppen verteilt wurden. Zudem druckte die illegale Leitung in Hamburg auf einem eigenen Abziehapparat Schriften nach und stellte selbständig eine eigene Zeitung, die »Roten Blätter«, her, die ausländische Zeitungsartikel wiedergab und eigene Artikel zur Lage im Reich enthielt.

Wilfried Klatt beschreibt den Beginn der illegalen Arbeit der SAJ, die sich vorausschauend im Mai 1933 selbst aufgelöst hatte und in illegalen Freizeitzusammenhängen reduziert weiterexistierte, zusammen mit der Arbeit verschiedener SPD-Gruppen als im Vergleich zu den kommunistischen Gruppen mehr nach innen, auf den inneren Zusammenhalt und weniger auf die Massenagitation gerichtet. Nur 1934, im Zusammenhang mit der

31 Vgl. unter Bezug auf die Erinnerungen von Albert Blankenfeld Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 77/78 und 84. Allgemein zum Widerstand der SPD siehe ebd., S. 70–94; ders., Organisierter Widerstand der Sozialdemokraten, bes. S. 91–99; Eiber, Arbeiterwiderstand, bes. S. 285–291; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 43–51; 108–133.

32 Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand, S. 160.

Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, verteilte man Flugblätter in Telefonzellen und wirkte nach außen.

»K: Wir hatten im Gegensatz ja die Kommunisten, die ja mehr an die Öffentlichkeit gingen. Wir waren mehr ausgerichtet auf unseren Parteiapparat und auf unsere Jugendorganisation. Wir haben denn '34 – da war die Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund –, da sind wir zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gegangen. Wir haben Flugblätter verteilt. Vor allen Dingen in den Telefonzellen. Wir hatten (...) Klebezettel. Mußten dann aber einsehen, daß das für uns verkehrt war. Wir hatten ja auch keine Ahnung. Denn wir lockten ja mit dem sichtbaren roten Nein, was wir geklebt hatten ... zeigten wir an, daß in dem Bezirk Leute waren, [die Gegner des Regimes waren]. Und da nicht in allen Stadtteilen aktive Leute waren von der Arbeiterjugend, konzentrierte sich das ja nun auch auf Eimsbüttel. Man konnte feststellen: Aha, da muß irgendwie 'ne aktive Gruppe sein. Das war insofern etwas unklug gewesen. Ob es 'ne Wirkung gezeigt hat, weiß ich nicht. Aber wir wollten nur beweisen, wir sind noch da. Das war ja immer noch, das wir durch unsere Arbeit auch den Genossen Rückgrat geben.«³³

Die letzte große Aktion der illegalen SPD in Hamburg war die Nein-Propaganda angesichts der Volksabstimmung im August 1934, die über die Zusammenlegung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten entscheiden sollte. Wilfried Klatt beschreibt seine Widerstandsaktivitäten reflektiert und routiniert. Er bewertet die Flugblattverteilung, mit der der Existenzbeweis einer illegalen Gruppe in Hamburg-Eimsbüttel geführt wurde, in der Rückschau ambivalent. Einerseits stärkte dies andere Sozialdemokraten in ihrer Oppositionshaltung, andererseits machte dies die Verfolgungsbehörden auf die illegale Gruppe aufmerksam. Bis zum »Röhm-Putsch« 1934 hatten nach eigenem Bekunden Wilfried Klatt und andere Gesinnungsfreunde noch das Gefühl, die Nazis hätten bald abgewirtschaftet, was sie zur Fortsetzung der illegalen Aktivitäten ermunterte.³⁴

Bereits im Oktober 1934 setzte ausgehend von Festnahmen in Hammerbrook eine Verhaftungswelle ein, die viele Distriktsorganisationen der illegalen SPD betraf. Einzelne Mitglieder der ersten illegalen Leitung der

33 FZH/WdE 272, Transkript Klatt, S. 6.

34 Ditt meint, zwei Einschätzungen über die Herrschaftsdauer des Nationalsozialismus innerhalb der SPD-Mitglieder identifizieren zu können. Ein Teil lebte in der Hoffnung auf ein Scheitern der NSDAP, das recht bald bzw. spätestens mit Blick auf eine für das Jahr 1937 noch für möglich gehaltene neue Reichstagswahl zu Tage träte und eine andere, die genau diese Illusion nicht teilte und ganz im Gegensatz nicht auf eine Aufrechterhaltung alter Organisationsstrukturen im Untergrund setzte, sondern nach den Regeln der Konspiration neue, dem sich ausweitenden Repressionsapparat von Polizei und Gestapo angepaßtere Strukturen schaffen wollte. Gemeinsamen Hintergrund stellte die Wahrung der Gesinnungsgemeinschaft des sozialdemokratischen Milieus dar (Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 70/71). Wilfried Klatt ist ein Beispiel für die Verbindung dieser beiden Haltungen.

Hamburger SPD konnten nach Dänemark fliehen. Die sich bildende zweite illegale Leitung wurde ebenfalls schnell von der Gestapo aufgedeckt. Bereits im Januar 1935 waren in Langenhorn, im Februar in Fuhlsbüttel/Alsterdorf, im April in Harburg-Wilhelmsburg, im April/Mai in Eimsbüttel, im Mai in Farmsen sowie in Bergedorf und schließlich im September/Oktober die illegalen Organisationen der SPD in Berne und Eilbeck aufgedeckt worden. Mitte 1935 wurde das erste Mitglied der zweiten illegalen Leitung verhaftet, im August und September 1935 der Rest bis herauf zum Kontaktmann zur Emigration in Flensburg. Eine dritte illegale Leitung wurde nicht mehr aufgebaut, nur in Billstedt agierte noch eine Gruppe bis zu ihrer Aufdeckung im Juni 1936.³⁵

Aus dem sozialdemokratischen Bereich hielten sich diejenigen Gruppen länger, die sich die Erhaltung der Gesinnungsgemeinschaft und innere Schulung gegen die nationalsozialistische Durchdringung des Alltags zum Ziel setzten. Dies waren im wesentlichen Gruppen des Reichsbanners und der SAJ, die keine Verbindung zur illegalen Leitung der SPD in Hamburg hatten. Es existierten einige wenige Verbindungen von Sozialdemokraten zum Grenzsekretariat in Kopenhagen auch nach dem Jahr 1937, doch von einer Zerschlagung des organisierten Widerstandes kann seit dem Ende des Jahres 1935 ausgegangen werden.

Die Angehörigen der ehemaligen SAJ trafen sich auch nach dem Verbot 1933 zu gemeinsamen Fahrten. Die letzte größere Feier, an die Wilfried Klatt sich erinnern kann, war die Sonnwendfeier 1934 mit ca. 40 Personen auf dem Sunderhof bei Hittfeld.³⁶ Danach bekam die liberale Besitzerin, die den Hof zur Verfügung stellte, immer öfter Besuch vom örtlichen Polizisten, und weitere Treffen fanden nicht mehr statt. Im November 1934 fand noch einmal ein Treffen zum Revolutionsgedenktag statt, bei dem die Schrift »Vorwärts und nicht vergessen«³⁷ über die Ziele der SAJ zusammengestellt wurde. Im Jahr 1935 wurde das erste Gruppenmitglied verhaftet, weil es als Kurier auch Verbindung zu einem SPD-Mitglied hatte, der wiederum mit der illegalen KPD in Verbindung stand. Die kommunistische Gruppe »ging hoch« und anschließend die SAJ-Gruppe. Hier hatte der Materialaustausch zwischen kommunistischen und SAJ-Gruppen, die sich in der Illegalität annäherten, zur Aufdeckung der illegalen Tätigkeiten geführt. Neben der gezielten Verhaftung und dem Erpressen weiterer Namen

35 Vgl. Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, bes. S. 87–94, bes. 88; und die im Archiv der FZH 11/B23 gesammelten Materialien zum sozialdemokratischen Widerstand.

36 Nach den Erinnerungen von F.B., dem letzten SAJ-Distriktsleiter in Eimsbüttel, hatte er im Spätsommer 1934 noch mit rund 150 der zu Jahresbeginn 400 existierenden Mitglieder der SAJ Kontakt. (Siehe Erinnerungsbericht F.B. vom 6.3.1988, S. 10, in: Archiv der FZH Sign. 11/O2).

37 Siehe die Zusammenstellung der in der Anklageschrift erwähnten Passagen bei Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 510–512.

kam der Gestapo eine anonyme, briefliche Denunziation aus dem sozialdemokratischen Milieu zugute, worin Namen von SAJ-Angehörigen und Interna der Organisation genannt wurden.³⁸ Im Mai 1935 wurde dann auch Wilfried Klatt nach einer langen Zeit des ängstlichen Abwartens verhaftet.

»K: In der Zeit hatte ich auch ein Magengeschwür. Das war die ganze Anspannung. Es war so, wenn ich abends im Bett lag, das war denn nach dieser Verhaftung. Ich wohnte im vierten Stock, und da ist Dreiminutenlicht gegangen. Dann hab ich jeden Schritt verfolgt, wo, und dann war ich erleichtert, wenn das bei der zweiten oder dritten Schlinge [Etagel] [endete]. Wenn die dann noch zur dritten Etagel. Es war immer das Gefühl, jetzt kommen sie. Und auch auf der Arbeit. Man fühlte sich ständig irgendwie. Es ging nicht nur mir so, es ist den andern genauso gegangen. (...) Ja, und denn kam der 5. Mai. 4. Mai, da hatten wir noch ein Seminar gehabt, da traf ich noch den O.. Und kam dann so gegen elf nach Hause, und bin an sich nicht so unruhig gewesen. Morgens um vier, oder um halb vier, hat's geklingelt. Und da stand die Gestapo da. Nun muß ich vorweg sagen, wir hatten uns auch immer verabredet, was wir, wenn wir verhaftet wurden, wie weit wir gehen konnten mit der Zusage, was wir gemacht hatten. Und ich hatte mit dem D. abgemacht, wir hätten zweimal bei mir oder dreimal bei mir vervielfältigt und einmal bei ihm in der Wohnung. Und als ich an die Tür kam, wurde ich gleich gefragt, Du bist W.? Und denn hab ich das bestätigt, und denn sagt der gleich: Zweimal bei dir oder dreimal bei dir und einmal bei Helmut? Da wußte ich, daß sie Helmut hatten. Das nützte nichts. Bin dann gleich ... Ich sollte mich sofort anziehen. War aber nicht, daß sie mich geschlagen hatten. Ich bin denn in der Küche gewesen, hab mich sofort angezogen. Ich hatte nur Angst, daß mein Vater aufwacht. Denn hab ich noch Brot abgeschnitten. Er sagte noch, ich sollte Brot mitnehmen, ich kriegte nichts zu essen. War ja auch sehr anständig. 'ne Schnitte Feinbrot. Da sagt er, werd ich nicht von satt. Da hab ich noch gesagt, ich müßte Diät leben mit 'm Magengeschwür. Und da hat er noch gesagt, ich sollte den Krankenschein mitnehmen. Das war im Gegensatz zu andern Leuten ... Und dann bin ich zu meiner Mutter gegangen, hab noch gesagt, wer als Anwalt in Frage kommt. Das war damals noch Dr. D. oder Paul N.. Und dann bin ich abgeholt. Und als ich unten am Wagen kam, unten im Auto, da stand an der Ecke Lutterothsweg, da saß dann schon einer drinne, den ich vom Reichsbanner kannte. Dann sind wir nach'm Stadthaus gefahren. Ja, ich wurde nicht vernommen. Ich mußte mich an die Wand stellen. Mit dem Gesicht an die Wand, und die Hände an die Hosen, so ungefähr. Und haben dann da warten müssen. Kein Protokoll aufgenommen. Nach circa zwei Stunden hörte ich dann Schritte, kamen wieder welche. Und dann hatte ich mich umgedreht, dann war das der O. wieder gewesen, und der P., Walter P.. Das war der, der hatte für unsere Gedenkschrift – Kunstmaler –, der hatte das

Titelblatt gemacht. Nun, da drehte ich mich um, und da hab ich zum ersten Mal Behandlung gekriegt, Kopf gegen die Wand. Aber damit war dann auch Schluß. Ich wurde denn nachher in die Zelle gebracht. Die Gestapo hatte ja Zellen da, und nachmittags ging das dann, spätnachmittags, nach Fuhlsbüttel. Fuhlsbüttel, war ein wunderschöner Maitag, da stand dann draußen 'ne ganze Kette von Frauen und Kinder, die dann Wäsche brachten.

I: Für die Männer?

K: Aber da hab ich mich zusammengerissen. Hab gesagt, nun gehst Du nicht irgendwie gebrochen, sondern gehst bewußt durch. Aber als ich denn durch das Tor ging, wo heute die Gedenkstätte ist, da ist es dann doch so über einen gekommen. So, jetzt schließt du ab mit der Außenwelt. Da war plötzlich, als wenn das 'ne andere Welt war. Und denn kamen wir dann – wir waren dann so ungefähr 10, 12 Mann. Aber nicht irgendwelche aus unserem Prozeß. Und denn kamen wir denn durch das zweite Tor, denn gingen wir denn auf das – das war ja früher das Frauengefängnis – zu, da standen sie ja nun schon alle am Eingang. Heulten und sonstwas. Mit Brüllen und sonstwas. Welche wurden getreten, ich aber nicht. Ja, und denn mußten wir wieder an der Wand stehen. Stundenlang. Das ist ja auch so. Hände an die Hosen dann, und denn hat man dann gehofft, daß man dann den Daumen abspreizt. Und denn gingen sie vorbei, Schlüssel, schlugen auf 'n Daumen oder hauten den Kopf. Wenn sie vorbeingingen, dann ...

I: Schikane.

K: Bei andern war, daß sie zusammengeprügelt wurden. Bin dann in den C-Keller, in der Zelle 1. Das war gleich unten. Mir gegenüber waren das Heim für Strichjungen und kleine ... Dann, nach zwei Tagen, bin ich erst wieder ins Stadthaus gefahren worden. Und da wurde ich vernommen. Da kam das Verhör. Nun hatte ich das Glück, wie man so sagt, war es für mich leichter. Ich war eines der letzten Glieder in der Kette. Das heißt was sie wissen wollten, hatten sie im Groben schon erfahren. Von mir wollte man nichts Neues wissen, sondern ...

I: ... bestätigen.

K: Ja. Nach ihrer Auffassung hatten sie schon ein Bild von dem, was sie überhaupt erreichen wollten. Ich hab bestätigt, was ich gemacht hab. Zwei- oder dreimal. Und daß ich auch Geld gegeben hatte. Alles das, was ich hatte. Man hat dann im Unterbewußtsein ... Wie ein Tier. Dann entwickelt man einen Instinkt für Dinge. An der Stimmlage erkennt man raus, was die von einem wollen. Ist es bedrohlich, ist es nicht und so. Und dann wurde ich entlassen. War ich da unten in dem C-Keller. (...) Ende Mai kam die Gestapo ins Lager, und da wurde ich auch wieder rausgeholt und wurde vernommen. Und da fragte man mich zum ersten Mal nach einem Gustav G., ob ich den kennen würde. War ja der Freund gewesen, durch den ich in die Arbeiterjugend gekommen war. Dem hatte ich zu Anfang noch Flugblätter gegeben. Ach so, das muß ich voraussetzen, der wohnte im Nebenhaus bei uns im Heußweg, war dann aber ... Die Eltern hatten gebaut und wohnten in Poppenbüttel. Und

der hat Anfang '33, als wir illegal arbeiteten – nicht Anfang, Mitte '33, war ja erst Sommer '33, wo wir illegal Material hatten –, dem hatte ich dann was gegeben, und der hatte mir auch drei-, viermal 'ne Mark gegeben für unsere.

I: Zum Sammeln.

K: Zum Sammeln. Dann war aber die Verbindung abgebrochen, zu mir wenigstens. Weil er in Poppenbüttel wohnte, kam er ja wenig. Und denn kam er, glaube ich, '34 noch zum Arbeitsdienst. War er auch denn weg gewesen. Ja, hab ich dann bestätigt, daß ich ihn kenn. Und die haben auch dann nicht irgendwie gefragt ... Ob ich ihn kenne. Na, das hab ich dann bestätigt. Denn, zwei Tage da drauf, das war so Ende Mai, abends, wir mußten unsere Sachen rausbringen, dann kam der Wachtmeister, und denn waren plötzlich zwei weitere Wachtmeister da. Dann mußte ich mich ins Bett legen und dann wurde ich festgehalten. Wurde denn da an Handschellen und dann ans Bett gemacht. Morgens machte der Wachtmeister sie wieder los. Und am nächsten Tag vollzog sich das wieder. Jede Nacht vollzog sich das dann auch wieder. Und denn war Schluß. Denn war Anfang Juni. Kam dann plötzlich wieder der Bulle da, holte mich raus, sagt er, Sie müssen mit mir zur Vernehmung in den Haftflügel. Und als ich in den Haftflügel kam – das war so in U-Form –, der Zellengang, der war längs, und in diesem Querverbindungsgang, da führt er mich hin, und da traf ich den Genossen D. denn wieder. Und der sagte mir dann ganz leise, die wissen alles. Ich wußte aber nicht, was war da los gewesen. Und denn ging er, der Gestapobulle da hin, in den Gang, und denn kam er wieder zurück, und denn sagt er, mitkommen, und denn sahen wir denn den Gustav G. stehen. Er hatte Trainingshosen. Die Hände waren auf dem Rücken gefesselt, und es war sichtbar, daß er geschlagen war. Und denn fragte der, ob wir ihn kennen. Wir haben das bestätigt. Wir mußten zu ihm hinkommen, und denn fragte er ihn, ob er uns kennt. Denn hat er das abgelehnt. Nun wußten wir ja ... Was sollten wir jetzt machen. Denn hat er uns 'n Moment, das fand ich an und für sich noch anständig, denn ist er von uns weggegangen, und denn haben wir mit ihm gesprochen und gesagt, wie aussichtslos die Sache wär, er sollte das doch wenigstens ... Wir hatten ja gemerkt, wie sie ihn zugerichtet hatten. Und er war so'n Mensch, der so eisern war. Den hätten sie halb totschiessen können. Auch gewisse Starrköpfigkeit auch. Na ja, und das war dann die letzte Vernehmung gewesen. Und denn sind wir dann im September ins Untersuchungsgefängnis. Und im November haben wir den Prozeß gehabt.«³⁹

Wilfried Klatt hatte ständig Angst vor der Verhaftung, fühlte sich beobachtet und verfolgt, und er litt an einem Magengeschwür.⁴⁰ Die Verhaftung löste seine Anspannung. Angst hatte er offenbar nicht nur vor der Gestapo, sondern ebenso vor dem Aufwachen des Vaters. Die für den Fall der Verhaftung vorbereitete Strategie des begrenzten Zugabens konnte für Wilfried Klatt nachfolgend keine Verhaltenssicherheit mehr geben, denn der Gestapobeamte wußte offenbar Bescheid. Zugleich wird der Gestapobeamte als korrekt beschrieben, der Wilfried Klatt sogar riet, etwas Brot und den Krankenschein mitzunehmen. Wilfried Klatt mußte sich in der Situation des Häftlings neu orientieren. Ein erster Akt des Ungehorsams – er drehte sich um, als ein Bekannter hereingeführt wurde – führte im Städt haus, dem Gestapohauptquartier in Hamburg, zu einer schweren Mißhandlung. Er wollte »nicht irgendwie gebrochen« durch das Tor zum Konzentrationslager Fuhlsbüttel gehen, sondern aufrecht. Doch als er es passierte, »da ist es dann doch so über einen gekommen«. Wilfried Klatt wechselt in der Sprache ins Passiv und macht damit die psychische Verletzung deutlich, die er dort erlitten hat und die er nur umschreiben kann. Die Willkür der Mißhandlungen an anderen, bedeuteten eine permanente Drohung. Wilfried Klatt beschreibt seine Strategie zuzugeben, was die Gestapo ohnehin bereits wußte, um den Verhördruck zu mindern. Er entwickelte einen »Instinkt für Dinge« »wie ein Tier«. Dies deutet er als eine ihm das Überleben sichernde Reaktionsweise. Er wurde sensibilisiert, Bedrohungen zu erkennen. Dies schloß Wiedererkennen und Aussagebereitschaft ein. Der übermenschliche Versuch, sich jeder Aussage zu enthalten, wird von Wilfried Klatt am Beispiel der Geschichte über seinen Freund Gustav G. als »eisern« und als »Starrköpfigkeit« qualifiziert.

Der Prozeß fand im November 1935 statt und endete mit der Verurteilung der insgesamt zwölf Angeklagten der SAJ-Eimsbüttel zu Haftstrafen zwischen fünf und eineinviertel Jahren. Der Umfang der Widerstandsarbeit, die Wilfried Klatt im Interview schildert und der im Prozeß festgestellten Aktivitäten differiert etwas. Dies hängt mit dem Bestreben der Beschuldigten zusammen, möglichst wenig zuzugeben und ihren Beitrag zu verharmlosen. Wilfried Klatt erhielt laut Urteilsbegründung im Laufe des Jahres 1934 fünfmal den »Neuen Vorwärts«, die »Roten Blätter« und die »Sozialistische Aktion«. Ferner wurden auf einem Abziehapparat der ehemaligen SAJ, der auf dem Speicher der elterlichen Wohnung von Wilfried Klatt aufgestellt wurde, im Sommer 1934 25 Flugschriften »Das Prager Programm« hergestellt (nach Angaben von Wilfried Klatt waren es wohl 100 bis 150 Exemplare des »Prager Manifestes« der Sopade). Aus der Angst vor Entdeckung durch seinen Vater hat Wilfried Klatt den Apparat dann zu einem

40 Von einer ähnlichen psychosomatischen Beeinträchtigung (»eine sehr schwere Magengeschichte«) berichtet auch FZH/WdE 087.

anderen Mitglied der Gruppe gebracht, bei dem noch zwei weitere Flugschriften hergestellt worden sind. Wilfried Klatt hatte auch Geld für die Angehörigen von Inhaftierten und Emigranten gesammelt.⁴¹

Wilfried Klatt erhielt zwei Jahre Haft im Jugendgefängnis Hahnöfersand. Noch während er in Untersuchungshaft saß, starb seine Schwester an einer Tuberkulose, ohne daß er dies vor seinem Prozeß erfuhr. Die Haftzeit in Hahnöfersand erinnert er als vergleichsweise gute Zeit. Die Freilassung 1937 bedeutete für Wilfried Klatt die Entlassung in eine fremde Umwelt, in der er nach eigener Aussage bereits zuvor illegal als »Sektierer« gelebt hatte. Zum Beleg führt Wilfried Klatt den Verlobten seiner Schwester an, einen ehemaligen Reichsbannermann, der das illegale Engagement von Wilfried Klatt als »dummen Jungenskram« empfand, worüber Wilfried Klatt sehr enttäuscht war. Dies verweist zum einen auf das Bemühen um Anerkennung, das der jugendliche Widerständler im eigenen sozialen Umfeld suchte, und zum anderen auf die Isolation selbst innerhalb des eigenen Bekanntenkreises, in der er sich bereits vor seiner Verhaftung befunden hatte.

Wilfried Klatt schloß sich nach der Haftentlassung zunächst dem Deutschen Singkreis an, um unter »Gleichgesinnte, aber auf keinen Fall Nazis«⁴² zu kommen, wie er meint. Der Anschluß an die Turnerschaft »Arnim« wurde ihm von anderen ehemaligen SPD-Mitgliedern, die dort bereits Mitglied waren, mit der Begründung verwehrt, daß die Mitgliedschaft zu vieler »Politischer« dem Nazileiter sonst auffallen würde. Darüber war Wilfried Klatt damals sehr enttäuscht. Er blieb bis zum Spätherbst zunächst »ohne Verbindung« zu anderen politisch Vorbestraften und schloß sich dann, vermittelt über einen Haftgenossen, 1938 dem Ring der Einzelpaddler an. Er erinnert sich für diese Zeit an eine »Maskerade«, einen Maskenball, der von ehemaligen Reichsbannermitgliedern veranstaltet wurde.

»K: Da machte das Reichsbanner 1938 unter anderem Namen, aber es waren überwiegend Leute aus unserem Kreis, Veranstaltungen im Theater des Westens im Schulterblatt. Machten die eine Maskerade noch. Da waren einige Hundert gekommen. Alles Leute, die doch Sympathisanten waren. Ich traf so viele bekannte Gesichter. So war das noch zu der Zeit gewesen. Ja, und dann fing ich bei den Howaldtwerken an, '37, als ... Und da traf ich auch dann wieder politisch Vorbestrafte, die da untergebracht waren. Und da war es

41 Siehe hierzu die Anklageschrift und das Urteil gegen Hencke u.a. wg. Vorbereitung zum Hochverrat v. 5.11.1935 (Hanseatisches OLG O Js 267/35), in: FZH/WdE 273 sowie im Archiv der FZH 11/O2. Vgl. ferner die darauf beruhenden Beschreibungen der Widerstandshandlungen bei Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 45–49. In der Akte im Archiv der FZH Sign. 11/O2 befinden sich auch weitere Materialien zum ersten SAJ-Prozeß in Hamburg wie zeitgenössische Zeitungsberichte (in Kopie), Erinnerungsberichte der dort Angeklagten F.B. und S.O. sowie der Bericht »Arbeiterjugend kämpft in Eimsbüttel« aus »Der Sozialist« 1/1949, S. 8. Siehe auch die Interviews mit ebenfalls im Umkreis der SAJ tätigen politisch Verfolgten FZH/WdE 273, 145 und 74.

42 FZH/WdE 272, Transkript Klatt, S. 17

noch so, (...) daß man gewarnt wurde. Der ist Nazi und der ist Nazi. Das heißt es waren Leute, die gefühlsmäßig noch zu einem Beziehungen hatten, zur Gewerkschaft, oder zur Partei, oder sonstwas. Die wären nie aktiv geworden, aber sie standen so auf der Scheide zwischen Nazi tolerieren und zwischen der Vergangenheit. So traditionsmäßiges Denken, gewerkschaftliches oder parteiliches Denken war noch vorhanden gewesen. Und denn setzte ja [Propaganda ein], das machten die Nazis ja sehr geschickt, sie boten etwas den Leuten. Ich weiß noch bei Howaldt, es wurden die ganzen sanitären Einrichtungen gebaut. Was früher primitive Waschräume, Toiletten waren, alles wurde umgebaut. Es wurden Betriebsfeste organisiert. Der Betrieb machte 'ne Betriebsfeier, wo alle dran waren. Sehr viel Alkohol und sowas. Und so lockerte man immer mehr auf. Und die Leute hatten wieder Arbeit.«⁴³

Die »Maskerade« kann als verdichteter Ausdruck der Schwierigkeiten des sozialdemokratischen Milieus gedeutet werden, das zwischen sozialistischer Tradition und dem Arrangement mit dem Nationalsozialismus stand. Die Tatsache des Treffens so vieler »Sympathisanten« ist bemerkenswert. Die eigene, traditionelle Gesinnung wurde dabei hinter Masken der Anpassung versteckt, die unter dem NS-Terror notwendig geworden waren. Dies verweist nicht nur auf weiterexistierende Opposition. Wilfried Klatt hatte nach eigener Aussage Verständnis für diejenigen, die nicht aktiv wurden. Er verweist im Interview auf die Belastungen für die Familien und für die Kinder der Verhafteten. Die Stigmatisierung als ehemaliger Häftling wirkte auch in das spätere private Leben hinein. So lernte er zusammen mit seinem Haftgenossen seine spätere Frau kennen und erfuhr, daß sein Freund seine Haftzeit schamhaft verschwieg und stattdessen erzählte, er sei beim Arbeitsdienst gewesen.

Wilfried Klatt kam nach einer kurzen Zeit der Arbeitslosigkeit bei den Howaldtwerken unter, wechselte den Betrieb jedoch, weil im Betrieb zum Teil mit offenen Feuern gearbeitet wurde und er anfällig für Lungenerkrankungen war. Die höhere Entlohnung, die er dabei erhielt, erwähnt er nicht im Interview und bejaht sie erst bei einem Nachgespräch. Er arbeitete dann in einem Heizungsbauunternehmen, ein »Naziunternehmen«, wie er bald feststellte, in dem alle führenden Positionen von SA-Leuten besetzt waren. Er war viel auf Montage, was bedeutete, daß er relativ eigenständig und unkontrolliert arbeiten konnte. 1939 wurde er von seinem Betrieb, der fortan als Rüstungsbetrieb galt, als untragbar entlassen. Er sollte sich bei der Gestapo melden.

»Gehst du hin, gehst du nicht hin. Wo sollte ich hin? Ich hatte keine Verbindungen mehr. Und denn, schweren Herzens, hab ich mich denn aufgemacht und bin denn zur Gestapo gegangen.«⁴⁴

Er erhielt jedoch nur die Auflage, sich regelmäßig zu melden, und durfte bald wieder an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. In der Geschichte, die von Wilfried Klatt kurz vor dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und dem Kriegsbeginn datiert ist, wird die Alternativlosigkeit eines politisch Verfolgten deutlich, der mittlerweile ohne Verbindungen war und sich selbst auf die Gefahr hin, wieder eingesperrt zu werden, »schweren Herzens« bei der Gestapo meldete.

Wilfried Klatt hatte zunächst Glück, er wurde nicht eingezogen. Seine »Wehrunwürdigkeit«,⁴⁵ die im Rahmen seiner politischen Vorstrafe 1936 ausgesprochen worden war, wurde bis zum Februar 1943 nicht aufgehoben. Er versuchte auch seinerseits nicht, sich freiwillig zur Wehrmacht zu melden. Er heiratete 1941, »um in Hamburg zu bleiben«.⁴⁶

Auf die Frage, wie der Kriegsbeginn erlebt wurde, beschreibt Wilfried Klatt in verschiedenen Geschichten die zunehmende Begeisterung auch bei einem politisch Verfolgten, der mit ihm zusammen verurteilt worden war. Er erinnert sich an »gute Gewerkschafter«, die aus der Zeitung eine Karte mit dem Frontverlauf in den Betrieb mitbrachten oder an seinen Nachbarn, einen ehemaligen Reichsbannermann, dessen Äußerung Wilfried Klatt mißbilligend wiedergibt: »... jetzt gehts nur noch gegen die fetten Juden, und dann haben wir den Krieg zu Ende«⁴⁷. Nur einige trotzige Kommunisten lehnten nach seiner Erinnerung den Krieg kategorisch ab und haben sich in den Kriegsjahren »noch fester zusammengeschlossen«.⁴⁸

Im Februar 1943 wurde Wilfried Klatt eingezogen, die näheren Umstände bleiben unklar. Vorher war er auf einer weiterqualifizierenden Abend- schule für Techniker und Werkmeister gewesen, die er wegen seiner politischen Vorstrafe verlassen mußte. Er kam zunächst nach Dänemark und wurde infolge seines steifen Sprunggelenks zum Ersatztruppenteil ausgemustert. Später versetzte man ihn an die Front zu den Panzerjägern. Eine militärische Ausbildung erhielt er nicht. Am Kriegsende befand er sich im

44 Transkript Klatt, S. 19.

45 Nach § 13 des Wehrgesetzes vom 21.5.1935 erfolgte aufgrund der »gerichtlichen Bestrafung wegen staatsfeindlicher Betätigung« die Erklärung der »Wehrunwürdigkeit«. Vgl. Klausch, »Erziehungsmänner« und »Wehrunwürdige«, S. 67f.; ders., »Wehrunwürdige«, die Bewährungsbataillone 999 und das Problem der Desertion, S. 159ff.

46 FZH/WdE 272, Transkript Klatt, S. 20.

47 Transkript Klatt, S. 21.

48 Transkript Klatt, S. 22. Unklar bleibt bei dieser Aussage von Wilfried Klatt, ob er dies auf die Jahre 1939 bis 1941, als Deutschland mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt hatte, oder auf die Zeit nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 bezieht.

Baltikum, wo seine Kompanie in Kriegsgefangenschaft geriet. Nun erlebte er, wie die Offiziere sich freiwillig die »Buletten« abrissen – gemeint sind hier die Rangzeichen –, und ins zweite Glied zurücktraten. Die Soldaten besaßen nach seiner Ansicht kein Schuldbewußtsein angesichts des von Deutschland begonnenen Krieges und machten die russischen Sieger für ihre schlechte Situation verantwortlich. Bald fingen einige ehemalige Offiziere mit »Schulungen« im Lager an. Als schließlich ein alter Oberzahlmeister der Reichswehr anfang, über Gewerkschaftsfragen vorzutragen, meldete sich Wilfried Klatt freiwillig zur politischen Arbeit im Lager. Er stieg zum Leiter eines antifaschistischen Archivs auf, gründete Arbeitszirkel und wurde selbst von der Arbeit freigestellt.⁴⁹ Wilfried Klatt meint, hier ehrlich und aufrichtig gewirkt zu haben, doch nach seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft warfen ihm SPD-Genossen dies als Propaganda für die Sowjetunion vor.

Die Erfahrungen von Wilfried Klatt angesichts der eigenen politischen Verfolgung waren ambivalent. Die nach seiner Ansicht unzureichende Entschädigung und Anerkennung in der Nachkriegszeit bestimmen seine Biographiekonstruktion. Das damalige Gefühl, in seiner sozialen Umgebung nicht ernst genommen zu werden und isoliert zu sein, aber auch die von ihm gemachten Erfahrungen des Mangels an Widerstand in der Bevölkerung erklären sein pädagogisches Aufklärungsbedürfnis, das er bereits in der Kriegsgefangenschaft in Form von Antifa-Schulungen befriedigte. Das Arrangement eines politisch Verfolgten in der NS-Zeit in Form des Rückzuges auf Gesinnungsgemeinschaften wird an seiner Lebensbeschreibung deutlich. Trotz aller äußeren »Normalität« stand sein Leben unter der Gefahr der erneuten Verfolgung.

Widerstand der KPD in Hamburg –

»... so weitergemacht wie vorher, nur (...) ein bißchen heimlicher«

Mit dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 begann der Terror der Nationalsozialisten gegen die KPD. Die Notverordnung »zum Schutz von Volk und Staat« setzte wesentliche Grundrechte außer Kraft und legalisierte den nationalsozialistischen Terror. Innerhalb des Referates der

49 Siehe allgemein »Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs«, die sich auf deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion beziehenden Bände II bis VIII der von 1958 bis 1972 tätigen »Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte« (München 1965 bis 1974). Aus lebensgeschichtlicher Perspektive Lehmann, Gefangenschaft und Heimkehr. Zur Geschichte der Antifa in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion siehe Robel, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion; Als autobiographischen Bericht siehe Otto Engelbert, Die Antifa-Schule Talizy, S. 65–83 sowie den Lebensbericht in FZH/WdE 87 (Transkript, S. 115ff.). Der Interviewte war zunächst in einem Kriegsgefangenenlager im Kaukasus und besuchte dann die Antifa-Schule Talizy.

Staatspolizeileitstelle Hamburg der Gestapo entstand ein »Kommando z.b.V.« [zur besonderen Verwendung], das sich aus SS- und SA-Mitgliedern rekrutierte und mit besonderer Brutalität Mißhandlungen und Aussage-erpressungen bei den verfolgten Kommunisten vornahm.⁵⁰ Noch im März 1933 wurden in Hamburg 552 Kommunisten verhaftet, bis zum 28. Oktober sollen es nach einer Statistik der Gestapo 5207 gewesen sein.⁵¹ Die Härte des Terrors der Gestapo zerschlug die Organisation der KPD im Frühjahr/Sommer 1933. Dieser Verhaftungswelle fielen fast alle prominenten Funktionäre zum Opfer. Sie kamen in die schnell errichteten Konzentrationslager in Wittmoor oder in Fuhlsbüttel, wo viele den Tod fanden.⁵²

Diejenigen KPD-Funktionäre, denen es in der Anfangszeit gelang, ins Ausland zu fliehen, bildeten dort mit Unterstützung des Zentralkomitees der KPD sogenannte »Abschnittsleitungen«. Seit dem Sommer 1933 bestand Kontakt zwischen den illegalen Reorganisationsversuchen der Bezirksleitung Wasserkante und der Abschnittsleitung Nord in Kopenhagen, über die illegale Schriften und Flugblätter nach Hamburg kamen. Die Gestapo schleuste jedoch über undichte Stellen umgedrehte KPD-Angehörige, die durch Mißhandlung, Drohung und Versprechungen gefügig gemacht worden waren, als Spitzel in die KPD-Bezirksleitung Wasserkante ein.⁵³

Die Gestapo ging anfänglich nach schon in der Weimarer Zeit von der Politischen Polizei angefertigten »Blutlisten« mit den Namen prominenter Kommunisten vor, doch konnte sie auch zunehmend auf die Zubringerdienste von Denunzianten und Spitzeln aus dem kommunistischen Milieu hoffen. Im Juli 1933 wurde die erst seit acht Wochen aktive illegale KPD-Bezirksleitung »Wasserkante« unter Walter Duddins verhaftet, wobei der Gestapo ein Organisationsplan in die Hände fiel.⁵⁴

Die Reorganisationsversuche der KPD in Hamburg orientierten sich, wie Gestapochef Bruno Streckenbach in seinem Lagebericht im Februar 1934 schrieb, am legalen Aufbau der KPD, was es der Gestapo ermöglichte, diese konspirativ wenig tauglichen Versuche immer wieder »aufzurollen«.⁵⁵ In

50 Siehe zur Gestapo in Hamburg Meyer, *Nacht über Hamburg*; Eiber, *Unter Führung des NSDAP-Gauleiters*; ders., *Aspekte des Verfolgungsapparates in Hamburg 1933/34*; Wildt, *Der Hamburger Gestapochef Bruno Streckenbach*.

51 Buck, *Der kommunistische Widerstand*, S. 16–17.

52 Zu den ersten Konzentrationslagern in Hamburg siehe Timpke, *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg*, S. 227ff.; ders., *Das KL Fuhlsbüttel*, S. 11–28; Johe, *Neuengamme*, bes. 8–12; Meyer, *Nacht über Hamburg*, S. 173–200; Sarodnick, »Dieses Haus muß ein Haus des Schreckens werden ...«, bes. S. 353ff.; Kaienburg, *Das Konzentrationslager Neuengamme*, S. 41–53.

53 Siehe hierzu mit Blick auf Schleswig-Holstein und das seit 1937 zu Hamburg gehörige Altona Paul, *Staatlicher Terror*, S. 136–140.

54 Vgl. Buck, *Der kommunistische Widerstand*, S. 45.

55 Die Gestapo schätzte, daß die im Rahmen der illegalen Reorganisationsversuche in die Führungspositionen gelangenden Leiter nur einen unzureichenden Ersatz der zerschlagenen ersten Garnitur darstellten und ihren Vorgängern in »geistiger Beziehung als auch in Bezug auf ihre fanatische Entschlossenheit weit unterlegen« seien. Buck, *Der kommunistische Widerstand*, S. 50. Vgl. allgemein auch Eiber, *Arbeiterwiderstand*, bes. S. 293–302; Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 33–43; 157–186.

einem resümierenden Bericht über die Verhaftungen in der Hamburger KPD von Februar 1936 wurde parteiintern über das »Hochgehen« von bis dahin fünf Bezirksleitungen berichtet.⁵⁶ Dies leitete sich demnach nicht nur aus dem besonders anfänglich zu »provokatorischen« Auftreten von Teilen der KPD her – insbesondere der 1932 in allen größeren Industriebetrieben gegründete »Proletarische Selbstschutz« wurde dafür verantwortlich gemacht – sondern auch aus Fehlern in der Konspiration und dem Einschleusen von Spitzeln, wozu der »ausgesprochene Freundschafts- und Cliquencharakter« der Hamburger KPD wesentlich beitrug. Bis zur Jahreswende 1935/36 war die KPD in Hamburg zerschlagen, wenngleich sich einzelne Freundschaftsgruppen länger hielten,⁵⁷ oder sich, wie in Harburg, bis 1939 reorganisierten.⁵⁸

Ähnlich erging es bis zum Februar 1935 dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD), der in seinen Aktivitäten bis dahin die Mutterpartei sogar noch übertraf. Besonders junge, aus dem KJVD stammende Mitglieder rückten in Funktionen der illegalen Organisation der KPD auf. Der KJVD betrieb zudem eine auf Abgrenzung zu anderen sozialistischen Gruppen zielende Propaganda, die zur Isolation führte. Die auch vom KJVD in völliger Realitätsverkennung geforderte »Massenoffensive« gegen die NS-Diktatur blieb Phrase und schwülstiges Revolutionspathos.⁵⁹

Der KJVD wurde in der Illegalität seit Herbst 1933 von Verhaftungen betroffen. Zunächst war im Herbst versucht worden, durch neue Instrukteure von Berlin aus den KJVD in Hamburg zu reorganisieren. Bis zum Herbst 1933 hatte der Hamburger KJVD nach internen Schätzungen erneut rund 100 KJVD-Mitglieder erfaßt. Doch Verhaftungen auf der Reichsebene des KJVD, erpreßte Aussagen und Spitzeldienste einzelner Kommunisten für die Gestapo führten bis zum Februar 1935 zur Zerschlagung einer identifizierbaren Organisation. Die nach außen gerichtete Arbeit mit Flugblättern erlahmte zwischen dem Herbst 1933 und dem Sommer 1934 fast vollständig. Die Perspektive der Reichsleitung des KJVD auf einen revolutionären Sturz des NS-Regimes veränderte sich nicht, doch innerhalb der Ortsgruppen scheint sich eine wesentliche Zurückhaltung und ein Rückzug auf Freundesgruppen bemerkbar gemacht zu haben. Nur die innerparteilich

56 Vgl. SAPMO RY 1 I/2/3/102, Bl. 3–10. Dagegen gibt Bredel für Hamburg eine noch höhere Fluktuation an und meint, nach anderthalb Jahren illegaler Arbeit besaß die KPD in Hamburg bereits die elfte Leitung (Bredel, *Unter Türmen und Masten*, S. 316).

57 In einem Instrukteursbericht vom November 1937 hieß es: »Der Zusammenhalt beruht auf frueherer Tätigkeit, sei es in alter Wohnorganisation, gemeinsamen Prozessgeschichten oder aber auch gemeinsame vergangene Fraktions- und Gruppenzugehörigkeit.« (SAPMO RY 1 I/2/3/102, Bl. 186–187).

58 Vgl. Brüggemann u.a., *Die Anderen*, bes. S. 122–130.

59 Siehe zum Hamburger KJVD Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 33–43; Bajohr, *In doppelter Isolation*, S. 22–25; Klaus, *Gewalt und Widerstand in Hamburg-Nord*, S. 63/64; Gussek, *Kommunistische Jugendliche in Hamburg*.

verfemte Gruppe der »Versöhnler«, die entgegen der Parteilinie für ein stärkeres Zusammengehen der KPD mit der SPD eintrat,⁶⁰ war sehr aktiv und konnte sich bis zum März 1935 vor einer Zerschlagung schützen. Dies geschah kurz nachdem im Herbst 1934 auch die Parteilinie auf die Einheitsfronttaktik eingeschwenkt war.⁶¹ Identifizierbare Organisationszusammenhänge mit der SPD oder der KPD blieben nicht bestehen. Eine sich selbst »Revolutionäre Jugend« nennende »Intellektuellen«-Gruppe in Tradition der »Versöhnler« existierte auch später, beschränkte sich jedoch auf Lesezirkel und illegale Zusammenkünfte zur Erhaltung ihrer dissidenten Einstellung und ihres Zusammenhalts. Hier arbeiteten ehemalige sozialdemokratische und kommunistische Jugendliche zusammen. Von Februar bis Herbst 1936 wurden jedoch die Mitglieder großenteils verhaftet.⁶²

Bei den Interviewpartnern ist der Teil der KPD- und KJVD-Mitglieder stark repräsentiert, der sich zu den innerparteilich verfemten »Versöhnlern« rechnete, die die Sozialfaschismusthese ablehnten und eine stärkere Zusammenarbeit mit der SPD anstrebten.⁶³ Hierzu gehört auch die nachfolgende Interviewpartnerin.

Hella Rütters gewährte als 77jährige ein fast vierstündiges Interview. Sie berichtet sehr distanziert über ihre Verfolgungserfahrungen. Sie reflektiert mit wachsendem Abstand zur Zäsur des Jahres 1989 kritisch über ihre eigene Widerstandsgeschichte. Nach 1989 kam sie in eine Identitätskrise, die sie mit psychotherapeutischer Hilfe überstand. Sie selbst ist bereits im Rahmen einer Examensarbeit über den KJVD im Jahre 1990 zu ihren Widerstandsaktivitäten befragt worden.⁶⁴

Hella Rütters wurde 1917 in Hamburg als jüngstes von drei Kindern (eine Schwester Jg. 1908, ein Bruder Jg. 1911) geboren. Sie beginnt die Beschreibung ihrer familiären Situation mit der Bemerkung, daß sie als letztes

60 Siehe allgemein zu den »Versöhnlern« innerhalb der KPD Weber, Zur Politik der KPD 1924–1933, S. 190–191; zu Hamburg Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise, S. 436–441; dies., Politik und Entwicklung der KPD in Hamburg 1924–1933, S. 96–97. Unter dem Einfluß des 1932 in der KPD wegen »Unterschätzung des Faschismus« aus Politbüro wie ZK ausgeschlossen Heinz Neumann waren auch KJVD Funktionäre dazu übergegangen, mit sozialdemokratischen und christlichen Jugendgruppen zusammenzuarbeiten. Inwieweit sich dann viele Jungkommunisten 1933 von der Partei enttäuscht abwandten, läßt sich nicht beantworten. Zumindest die Verbindung der Partei zu den unteren KJVD-Gruppen war noch Ende 1933 nicht wiederhergestellt (Vgl. Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, S. 134–136).

61 Siehe zur Wende der kommunistischen Politik durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Juli/August 1935 in Moskau) und ihrer Vorgeschichte mit Blick auf die KPD Sywottek, Volksdemokratie, bes. S. 26ff.; für Hamburg siehe den Bericht »Trotz verschärften Terrors bessere Ergebnisse bei den Vertrauensratswahlen« (29.6.1935), in: SAPMO Ry 1/1 3/16/67, Bl. 74–76.

62 Siehe Gussek, Kommunistische Jugendliche in Hamburg, S. 89–99.

63 Vgl. FZH/WdE 99, 102, 184, 247, 250, 251, 260, 268.

64 Siehe Protokoll dieser von Rainer Gussek durchgeführten Befragung in FZH/WdE 250. Vgl. ansonsten Gussek, Kommunistische Jugendliche in Hamburg.

Geschwister »so ‘n Anhängsel dann noch«⁶⁵ gewesen sei. Dieser Hinweis auf die familiäre Randständigkeit durchzieht als Grundmotiv ihren Lebensbericht. Ihr älterer Bruder, der politisch stärker links eingestellt war als die sozialdemokratischen Eltern, war ihr Vorbild, weshalb sie am Ende ihrer Zeit bei den »Kinderfreunden« nicht in die SAJ wechseln wollte. Sie besuchte die Versammlungen des KJVD, was sie ihren Eltern verheimlichte. Hella Rühthers nahm vor der Machtübernahme durch die NSDAP einmal an einer Aktion des Kommunistischen Jugendverbandes teil, von der ihre Mutter sie abholte. Die Vorstellung feindlicher Lager zwischen SPD und KPD war bei den Eltern so stark, daß das illoyale, zu den Kommunisten tendierende Kind von den Eltern sogar geschlagen wurde, was sonst nach der Erinnerung von Hella Rühthers als Erziehungsmittel in der Familie nicht üblich war.

Ihr eigenes Engagement grenzt Hella Rühthers von demjenigen ihrer fast zehn Jahre älteren Schwester, die im »Wandervogel« war, scharf ab, machte sich sogar mit ihren Freunden darüber lustig. Die ältere Schwester wurde von der heranwachsenden Hella Rühthers eher auf der Seite der Eltern empfunden. Hella Rühthers war »mehr gefühlsmäßig« auf der Seite der Kommunisten. Sie folgte dem Leiter ihrer Kinderfreundegruppe schließlich in den KJVD.

Sie erinnert das brutale Vorgehen der SA gegen Andersdenkende, die bei einem Aufmarsch nicht begrüßt hatten. Sie berichtet von Hausdurchsuchungen seit 1933, von einer ersten Verhaftung des Bruders und der Wahrnehmung von Mißhandlungszeichen an ihm. Der Bruder wurde schließlich im Dezember 1933 trotz der Hilfe der Familie, die in der Weitergabe von Nahrungsmitteln und dem Versenden der Post von anderen Orten bestand, verhaftet und zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

In der Familie waren die Mißhandlungen des Bruders nicht zu thematisieren. Auf Nachfragen leugnete er, daß er bei der Gestapo gefoltert worden war. Hella Rühthers ordnet ihre eigene Geschichte um das Schicksal des von ihr verehrten Bruders herum an. Dieser wurde 1939 aus dem Gefängnis in Fuhlsbüttel direkt ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Mit ihrem Bruder im KZ Sachsenhausen hielt sie brieflich Kontakt. In den überlieferten Briefen wird der Familienzusammenhalt ebenso deutlich wie die Positionsverteilung: »die Alten« sind die Eltern, »das Mädels« ist Hella Rühthers als kleine Schwester, die von ihrem Bruder »als Kamerad und Gefährte« mit »Handschlag« begrüßt wird. Er machte ihr viel Mut, als sie selbst verhaftet war. Sie hatte große Sorge um ihn.⁶⁶ Er überlebte die KZ-Haft in Sachsenhausen und engagierte sich 1945 direkt wieder in der KPD.

65 FZH/WdE 250, Interview mit Hella Rühthers am 6.6.1994, geführt von Alfons Kenkmann, Transkript (Original), S. 1.

66 Siehe die Briefe des Bruders aus dem KZ Sachsenhausen an Hella Rühthers (Kopie) von August 1940 bis Februar 1945, in: FZH/WdE 250.

Nach der Machtübertragung an Hitler hatten alle innerhalb des KJVD nach ihrer Erinnerung »... so weitergemacht wie vorher, nur (...) ein bißchen heimlicher«.67 Die Grundmotivation kam am Anfang aus dem Glauben, daß die Nationalsozialisten sich nicht länger als vier Monate halten würden, man also eine bessere politische Zukunft erwartete. Hella Rühers verteilte illegale Flugblätter, mit Linolschnitten hergestellte Motive, malte Parolen und versuchte weitere Gruppen aufzubauen. Innerhalb der Gruppe lernte sie auch ihren späteren Mann kennen. Das Vorhandensein von »Verrätern« in den Gruppen erklärt Hella Rühers mit der wegen der Erwerbslosigkeit wenig gefestigten Struktur des kommunistischen Widerstandes. Sie selbst wurde als eine der jüngsten der KJVD-Gruppe im Juni 1934 im Alter von 16 Jahren verhaftet.

»I: ... aber Sie war'n also in Schutzhaft erstmal?

R: Ja, Schutzhaft war da aber erstmal nur der Keller, und dann obere Etage war dann nachher Untersuchungshaft. Die Gefängnisse war'n ja proppenvoll. Wir war'n dann auch immer zu dritt in einer Zelle und dann natürlich mit Kriminellen zusammen.

I: War das 'n Problem für Sie?

R: Also das war sicher 'n Problem, nehm' ich mal an, für eine 16jährige, da geh'n also so einige Illusionen baden, nich'.

I: Wieso, ja, welche Illusionen denn? Das interessiert mich jetzt.

R: Naja, also das is' ja so, in dem Alter hat man ja auch Vorstellungen, also vom Menschen, von gut und böse, also ganz doch irgendwie, also feste Vorstellungen, nich'. Und daß man überhaupt also auch sich für Unterdrückte einsetzen will. Das is' also ja schon eine Vorstellung, sagen wir mal, denn zum Guten hin. Und wenn sie dann so mit Prostituierten und Dieben zusammen sind, is' das nich' ganz einfach. Und vor allen Dingen, also dem gewachsen zu sein, is' ja auch nich' ganz einfach. Als 16jährige, also das is' nich' ganz einfach.

I: Ja, wie war das denn? Wurden Sie da gefoppt oder wie kann man sich das vorstellen?

R: Ja, jaja, das wurde versucht. Ich weiß es aber ... Also ich muß [mich] aber irgendwie doch eh, sehr gewehrt haben, also wahrscheinlich dann irgendwie, obgleich das also von Natur aus gar nich' war, aber dann irgendwie also doch so 'n bißchen frech gezeigt haben. Denn die eine hatte mich dann manchmal immer »rotzig« genannt, nich' (lacht kurz). Also muß ich doch ganz entsprechend irgendwie versucht haben, also da nun gegenzuhalten.

I: Hatten Sie 'n schlechtes Bild von diesen Prostituierten? Oder war'n die auch durchaus solidarisch?

R: Nein, da gab 's auch welche darunter, die jetzt nicht solidarisch [waren], also in dem Sinne, aber die durchaus also, die ich menschlich ganz in Ordnung

fand. Also wo ich schon gemerkt hab', daß die auf eine Weise da hingekommen sind, die also auch hätte anders sein können. So in jedem Fall, sicher so'n bißchen. Da haben wir viereinhalb Monate gegessen, und dann wurden wir entlassen bis zum Termin, bis zum Prozeß. Und der fand dann im Januar '35 statt.«⁶⁸

Die erste Hafterfahrung war für die junge Kommunistin Hella Rühthers ernüchternd, und zugleich machte diese sie reifer. Das Zusammensperren mit Prostituierten unterminierte ihr zweifellos sehr starkes Bedürfnis nach Respektierung ihrer Person. Nach der Erwähnung des Mangels an Solidarität betont sie zum Ausgleich der erfahrenen Kränkung, daß sie andere »menschlich ganz in Ordnung« fand. Der Kontakt erweiterte ihre Wahrnehmung, und sie lernte, sich in der Haft zu behaupten. Sie nahm sich erfolgreich vor, keine Gefühle zu zeigen, insbesondere nicht vor den Gestapo-Beamten. Hella Rühthers wurde im Oktober 1934 entlassen und im Januar 1935 zu neun Monaten Haft verurteilt, die jedoch auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Ihr geringes Alter wirkte offenbar strafmildernd. Sie erhielt durch Vermittlung ihres Vaters, der einen Meister in einer Druckerei kannte, die Möglichkeit, ihre bereits 1932 begonnene kaufmännische Lehre in einem anderen Betrieb zu beenden.

Die erste Verhaftung und auch die Erfahrungen ihres Bruders hielten sie nicht von weiterer Betätigung im Widerstand ab. Der relativ glimpfliche Ausgang der ersten Verhaftung und die Bewährungsstrafe hatten dem Anschein nach eine eher bestärkende Wirkung auf sie. Sie schloß sich bald erneut einer illegalen Gruppe der kommunistischen »Versöhnler« an, in der ihr späterer Mann federführend tätig war. Angesichts der Repression gegen die KJVD-Organisation in Hamburg war diese Gruppe, in der sich nicht nur kommunistische Jugendliche, sondern auch ehemalige Angehörige eines jüdischen Wanderbundes zusammenfanden, stärker auf die Wahrung einer Gesinnungsgemeinschaft orientiert. Hier traf man sich, um verbotene Schriften zu lesen und ein selbstbestimmtes Fahrtenleben zu pflegen. Hella Rühthers ließ sich angesichts ihrer Verfolgungserfahrungen erst nach anfänglicher Skepsis von ihrem späteren Mann anwerben, doch diese Gruppe wurde ebenfalls von der Gestapo aufgedeckt.

»I: Welchen Zweck verfolgten Sie?

R: Also es war ja doch davon ausgegangen, eine illegale Organisation aufzubauen. Das war schon der Sinn. Und, naja, ich weiß auch, daß ich zuerst gar nich', gar nich' bereit war. Also das lag ja nun so kurze Zeit erst hinter uns, und es war natürlich 'n ganz schöner Schock, und ich hab' ja sowieso auch durch meinen Bruder da einiges erlebt und vor allen Dingen auch mitgekriegt, wie

Verrat dabei war. Und hab' dann erst gesagt: ›Nee, also da müßt ihr aber dann garantier'n, daß es wirklich zuverlässige, gute Menschen sind.‹ Es wurde mir natürlich garantiert [lacht leicht]. Naja, klar, da haben sie ja auch dran geglaubt und – aber es sind dann doch immer welche dazwischen.«⁶⁹

Obwohl Hella Rüthers bei ihrem zweiten illegalen Organisationsversuch auf die Zuverlässigkeit der Mitglieder der Gruppe großen Wert legte, konnte sie ihre erneute Verhaftung nicht verhindern. Ihr Glaube an »zuverlässige, gute Menschen« wurde enttäuscht. Zwischen Februar und Oktober 1936 verhaftete die Gestapo alle Mitglieder der Gruppe, Hella Rüthers am 7. Mai 1936. Nach Abschluß der Ermittlungen kam sie im Juli 1936, wie die anderen Verhafteten auch, von der Gestapohaft, in der sie isoliert war und nichts zu lesen hatte, in die Untersuchungshaft, in der sie u.a. Handarbeiten machen und die Bibliothek benutzen durfte. In ihrer Gestapo-Haft ist sie härter als danach behandelt, doch nicht geschlagen worden. Alle Verhafteten machten angesichts des Verhördrucks der Gestapo Aussagen, wengleich sie versuchten, ihre Taten zu verharmlosen. Um bei der Frage nach der Weitergabe eines Buches von Bucharin keine weitere Person zu beschuldigen, behauptete Hella Rüthers, sie habe das Buch an ein Mitglied ihrer Gruppe (einen jüdischen Kommunisten) zurückgegeben, was nicht stimmte und den ohnehin schon durch einen Bücherfund verdächtigen Angeklagten weiter belastete.⁷⁰ Im Nachhinein tut ihr diese Falschaussage zwar leid, da sie wußte, daß der Mitangeklagte wegen seiner jüdischen Herkunft von der Gestapo härter angefaßt wurde, doch sie verteidigt dies auch als eine bewußte Entscheidung für das kleinere Übel, um nicht noch eine weitere Person in die Ermittlungen hineinzuziehen. Sie erlag nicht dem selbstverleugnenden Heldendruck im kommunistischen Milieu. Ihr Verhalten läßt sich als Beispiel für die Schwierigkeit eines »richtigen« Verhaltens in Verhörsituationen deuten.

Im Mai 1937 wurde sie zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Die in der Urteilsbegründung getroffenen Feststellungen entsprechen ihren im Interview gemachten Angaben, wonach sie sich gegen anfänglichen Widerstand von ihrem späteren Ehemann in die illegale Arbeit der Gruppe einbinden ließ. Ihre Beteiligung an Schulungsabenden und an der Weitergabe von Schriften (z.B. das »A.B.C. des Kommunismus«) wurde als nicht erheblich eingestuft. Das Gericht hielt ihr strafmildernd das geringe Alter und ihre Orientierung am älteren Bruder zugute, durch dessen Verfolgung sie in »eine

69 Transkript Rüthers, S. 29.

70 Vgl. Anklageschrift Nr. 3 aus der Sache Beil u.A. O Js 313/36 und Urteil des Hanseatischen OLG vom 4.5.1937 in: BA NJ 1644, Bl. 1–50. Hella Rüthers und ihr späterer Mann galten aufgrund der Tatsache, daß sie vor der Gestapo Aussagen gemacht hatten, gemäß einer parteiinternen Liste über Mitglieder im KPD-Bezirk Wasserkante als »Verräter« (SAPMO RY 1 I/2/3/101, Bl. 1–17).

Oppositionsstellung zum heutigen Staat«⁷¹ gekommen sei. Das Schicksal ihres Bruders hat sie offenbar mehr bewegt als ihr eigenes. Ihre Hauptmotivation für die eigene illegale Widerstandsarbeit bestand nach ihren damals wie heute gemachten Angaben in dem Gefühl, damit ihrem verhafteten Bruder indirekt zu helfen. Bei ihr stand nach eigener Aussage »nicht das Theoretische im Vordergrund«.⁷²

Sie überstand lange Zeiten der Einzelhaft, indem sie sich in ein anderes Leben hineinräumte.⁷³ In der Haft in Fuhlsbüttel war sie erneut mit Prostituierten und Kindesmörderinnen zusammen, Mädchen vom Lande, die ihre Neugeborenen getötet hatten. Sie wurde als diejenige mit Hafterfahrung von den anderen anerkannt und fand Fürsprecher in einer Aufseherin, einer alten Sozialdemokratin, und im Leiter des Gefängnisses. Ihre Fähigkeit, Sympathie zu erzeugen, für sich einzunehmen, aber auch sich an jeweilige Situationen anzupassen, kam ihr zugute. Einmal erhielt sie eine Vorladung zur Aufseherin, weil ihr die Förderung eines »Hordengeistes« vorgeworfen wurde. In der Haft hielten kleine Akte des Widerstandes, »um sich selbst auch nochmal zu spüren«,⁷⁴ das eigene Selbstbewußtsein aufrecht. So verweigerte sie das Schreiben eines Besinnungsaufsatzes über ihre Pläne für das Jahr 1938, da sie meinte, sich für dieses Jahr in Haft nichts vornehmen zu können. Im Gefängnis dominierte nach ihrer Erzählung die Öde. Hella Rüthers konnte sich mit Nähen beschäftigen. Es gab im Gefängnis lesbische Beziehungen, wenngleich nur geheim (ein Mädchen hatte sich in sie verliebt, was ihr unangenehm war). Nach ihrer Haftentlassung 1939 kehrte sie in eine nazifizierte Umwelt zurück.

»R: Auf jeden Fall hatte ich zunächst mal das Gefühl, total isoliert zu sein. Das war mir unheimlich fremd. Und ich hatte direkt das Gefühl, ich komm' aus einem Gefängnis in ein anderes Gefängnis. Nicht, das war mein Gefühl da. Und es war auch so – also, na gut, es war'n, von den früheren Freunden war'n sie zum Teil noch in Haft oder sie war'n inzwischen emigriert. Also von den Juden war'n ja, Gottseidank noch – also die war'n ja alle eher rausgekommen als ich und konnten gerade noch emigrieren.«⁷⁵

Der Abbruch der Kontakte zu früheren Freunden hatte bereits in der Haftzeit eingesetzt. Die jüdischen Mitglieder der Gruppe hatten mit Erfolg ihre Emigration betrieben und waren dem nationalsozialistischen

71 Urteil des Hanseatischen OLG vom 4.5.1937 in: BA NJ 1644, Bl. 47R.

72 FZH/WdE 250, Transkript Rüthers, S. 35.

73 Transkript Rüthers, S. 32.

74 Transkript Rüthers, S. 44.

75 Transkript Rüthers, S. 45.

Terror entronnen.⁷⁶ Die später freigelassenen Mitglieder der illegalen Gruppe hatten Angst vor zu engen Kontakten untereinander. Noch vor der Entlassung wurden erste Schritte für eine soziale Wiedereingliederung für Hella Rùthers von der Gefängnisfürsorgerin vorbereitet, die mit dem alten Arbeitgeber sprach und eine Wiedereinstellung erreichte. Hella Rùthers bedrückte jedoch bei der Arbeit das Gefühl, beobachtet zu werden, weswegen sie sich nach einem halben Jahr freiwillig zum weiblichen Arbeitsdienst verpflichtete. Anschließend wollte sie ihren Bruder in Sachsenhausen besuchen. Sie ging ins Gestapo-Hauptquartier in Berlin, wurde dort jedoch nur von Zimmer zu Zimmer verwiesen und letztlich nicht zu ihrem Bruder vorgelassen. Im September 1940 kehrte sie nach Hamburg zurück, wo sie eine Beschäftigung in einer Buchhandlung fand. Bereits der Kriegsbeginn mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt im Hintergrund war bei Hella Rùthers auf Unverständnis gestoßen, und die Ausweitung des Krieges gegen die Sowjetunion steigerte ihre Furcht vor einer Verschlimmerung der Lage.

Versuchen von Bekannten ihres Bruders, sie zur Mitarbeit in einer kommunistischen Widerstandsgruppe zu bewegen, erteilte Hella Rùthers eine Absage. Sie akzeptiert dafür das vom Interviewer angebotene Wort »Selbstschutz«,⁷⁷ weil sie erinnert, daß ein Arbeitskollege, den sie für einen Gestapospitzel hielt, versuchte, zu ihr Kontakt aufzunehmen. Ihren Rückzug begründet sie mit der Verfolgungserfahrung und rechtfertigt diesen retrospektiv auch mit ihrer Einschätzung, daß man auf kommunistischer Seite »Leute eigentlich zu leichtfertig eingesetzt«⁷⁸ habe. Hella Rùthers heiratete 1941 und bekam 1943 ein Kind, das jedoch wenig später starb. Sie sieht die Schuld für den Tod des Kindes in dem fehlenden Interesse eines SS-Arztbesuches, der sich nicht ausreichend um das Kind gekümmert habe. Zukunftspläne hegte sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Ihre Erwartung des Kriegsendes war ambivalent, steigerte sich damit doch die Gefahr sowohl für den im KZ sitzenden Bruder wie für die Zivilbevölkerung und die deutschen Soldaten insgesamt. Neben den psychischen Belastungen, denen sie unterlag, machte ihr auch das Schicksal ihres Mannes die Unwägbarkeiten gegen Kriegsende bewußt. Er wurde noch 1944 zum Bewährungs bataillon 999 nach Baumholder eingezogen, dann jedoch im Zuge der Auflösung der Ersatzbrigade 999 im September 1944 ins KZ Buchenwald überstellt, von wo er schließlich kurze Zeit später nach Hause entlassen wurde.⁷⁹ Die Entscheidungen über sein Schicksal blieben ihr

76 Ein Beispiel für eine erfolgreiche Emigration in diesem Zusammenhang ist FZH/WdE 251. Siehe zu ihm und weiteren jüdischen Mitgliedern der Gruppe Wamser u. Weinke, Menschen jüdischer Herkunft im Widerstand, S. 174–180.

77 FZH/WdE 250, Transkript Rùthers, S. 60.

78 Ebd.

79 Zur Auflösung der Ersatzbrigade 999 aufgrund eines Befehles von Himmler siehe Klausch, Die Geschichte der Bewährungs bataillone 999, S. 692–704.

undurchsichtig. Sein Schicksal nimmt sie als Zufall und Glück, als noch in der Retrospektive »kaum glaubhaft« wahr. Durch die von ihm erfahrenen Greuel (»Berge von Leichen«) an den Häftlingen im KZ Buchenwald wurde diese Perzeption noch verstärkt.⁸⁰ Das Überleben wurde angesichts der existentiellen Bedrohungen, der Enttäuschungen und eigenen Ohnmacht zum Glücksfall.⁸¹

Widerstand des ISK in Hamburg – »Ich bin jedenfalls durchgekommen«

Anders als die SPD hatte sich der 1925 gegründete ISK bereits vor 1933 auf die Illegalität während der NS-Zeit eingestellt.⁸² Diese kleine Kaderorganisation, deren Ziel noch am Ende der Weimarer Republik die Einheitsfront zwischen SPD und KPD gewesen war, bildete ihre Mitglieder als künftige Elite für eine nachfaschistische Zeit aus. Neben der Verteilung der illegalen Schriften unter den Mitgliedern wurden auch Flugblätter gedruckt und verteilt sowie Parolen gemalt. Die hohen Anforderungen der »Gesinnungs- und Erziehungsgemeinschaft«⁸³ an die Einzelnen umfaßten den Verzicht auf Alkohol, Tabak und Fleisch, den Kirchenaustritt, körperliche Ertüchtigung und regelmäßige Schulung in den Gedanken des Gründers, des Göttinger Philosophieprofessors Leonard Nelson. Der ISK löste sich Ostern 1933 selbst auf und ging in die Illegalität. In Paris errichtete der Leiter des ISK, Willi Eichler, eine Auslandszentrale. Im Inland hatte Hellmut von Rauschenplat (alias Fritz Eberhard) die Leitung. Er bereiste die sechs gebildeten Bezirke und verteilte die Schriften der Auslandszentrale, die sogenannten »Reinhart-Briefe« und die »Sozialistische Warte«. In Hamburg wurde die mit zwanzig bis dreißig Mitgliedern recht starke Gruppe des ISK von der Lehrerin Klara Deppe und dem Lehrer Hans Kose geleitet. Deppe emigrierte 1933 in die USA, und Kose zog sich 1934 von der illegalen Arbeit zurück. In Hamburg setzten danach Hans Kakies und Erna Mros die illegale Arbeit in einer Gruppe fort, die aus jungen Angestellten des früheren Zentralverbandes der Angestellten bestand. Der aus dem Schuldienst entlassene Lehrer Curt Bär gründete eine Seifenhandlung, Kakies und Mros

80 FZH/WdE 250, Transkript Rüthers, S. 56.

81 Siehe zur Interpretation des »Glücks« des Überlebens als »Element der wachsenden Bedenken gegenüber »großen« weltanschaulichen oder religiösen Entwürfen« eine Lebensgeschichte bei Plato, Der Verlierer, S. 39–46, hier S. 46.

82 Allgemein zum ISK Link, Die Geschichte des IJB und des ISK, bes. S. 172–231; Foitzik, Zwischen den Fronten, S. 85–88; Lemke-Müller, Ethik des Widerstandes; Miller, »Ich wollte ein anständiger Mensch bleiben«.

83 Miller, »Ich wollte ein anständiger Mensch bleiben«, S. 107.

eröffneten eine vegetarische Gaststätte, in der fünf bis sechs ISK-Mitglieder beschäftigt waren.

Die Konspiration und Geschlossenheit der Gruppe verhinderte lange einen Zugriff der Gestapo, doch hatte sie auch einen selbstgewählten Ausschluß von der Umgebung zur Folge. Dieses selbstgewählte innergesellschaftliche Exil galt in einem allgemeineren Sinn für alle an illegalen Aktionen beteiligten Menschen, doch angesichts des Sektencharakters des ISK fand es hier seine besondere Ausprägung. Privat und beruflich gingen Freundschaften auseinander, die Teilnahme am kulturellen Leben war beschränkt, die selbstgewählte Einsamkeit für viele erdrückend.⁸⁴

Im Jahre 1936 deckte die Gestapo die Arbeit des ISK in Hamburg wie überall in Deutschland auf. Das Mitglied Hans Prawitt wurde im März 1936 durch Zufall verhaftet und Curt Bär aufgrund seiner Verbindung zu einer trotzkistischen Gruppe im Juni 1936 entdeckt. Als Prawitt die ihm bekannten Verbindungen des ISK in Hamburg wie im Reich preisgab, griff die Gestapo im Spätsommer 1937 zu. Zwar waren seit der Verhaftung Bärs einige Mitglieder des ISK (u.a. auch Kakies und Mrs) geflohen, doch wurden noch etwa dreißig Personen verhaftet und vom Oberlandesgericht Hamburg zu durchschnittlich zwei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Auch der ISK war damit Anfang 1938, als auch die Nachfolger in der Leitung der Vegetarischen Gaststätte (Karl Schneider und Anna Kothe) verhaftet wurden, in Hamburg wie im Reich zerschlagen.

Im Interviewbestand befinden sich verschiedene Aussagen von Zeitzeugen, die im ISK aktiv waren. Von diesen beendeten manche ihr Engagement bereits kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und entgingen damit der Verfolgung.⁸⁵ Andere blieben dagegen der Gruppe verpflichtet und arbeiteten illegal, was in fast allen Fällen zu mehrjährigen Haftzeiten führte.⁸⁶ Die nachfolgend vorgestellte Interviewpartnerin hatte mehrere Monate Haft zu erdulden, wurde jedoch von den Verfolgungsbehörden als »kleines Licht« eingestuft. Ihre Erfahrung beleuchtet die geschlossene Gruppenstruktur ebenso wie deren Auflösung nach der Verbüßung der Strafen.

Mit der 1911 geborenen Leonore Goldschmitt kamen in den Jahren 1990 und 1995 zwei Interviews zustande. Sie war über die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) 1995 erneut an das Projekt verwiesen worden, weil sie über die sie belastenden Erfahrungen aus der Zeit

84 Mit Bezug auf die mitgeteilten Erfahrungen von Martha Damkowski siehe Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 97, allgemein S. 94–99. Zu Hamburg siehe Hochmuth/Meyer, Streiflicher, S. 144–152; Curt Bär, Das versengte Maul; Kalbitzer, Widerstehen oder Mitmachen, bes. S. 26–95; siehe auch die über den ISK zusammengetragenen Unterlagen im Archiv der FZH 841.

85 Vgl. FZH/WdE 110 (Die Interviewte lernte beim ISK ihren späteren Mann kennen und entgegen der Gruppenregeln lieben, heiratete 1935 und betont die Gruppenzwänge und den Sektencharakter) und FZH/WdE 126 (Der Interviewte heiratete im Oktober 1933 und löste sich damit vom ISK).

86 Vgl. FZH/WdE 158, 206, 328.

der Verfolgung erzählen wollte. Das Gespräch entlastete sie zwar, doch die Hoffnung des Interviewers, etwas über das bereits im Interview 1990 Gesagte hinaus zu erfahren, erfüllte sich nicht. Das Erzählte blieb trotz intensiven Nachfragens weitgehend standardisiert.⁸⁷

In der Eingangserzählung berichtet sie über ihre Eltern und Großeltern, betont deren Herkunft aus Hamburg und ihre eigene Fähigkeit, »Menschen zu beruhigen«.⁸⁸ Sie wollte Krankenschwester werden und eine entsprechende Schule besuchen, was nicht gelang, da sie zugunsten ihrer etwas jüngeren Brüder auf eine entsprechende Ausbildung, für die ihre Eltern die Kosten hätten tragen müssen, verzichtete. Sie wurde anschließend Kindermädchen, bildete sich zur Näherin aus und arbeitete seit 1934 im von ISK-Mitgliedern betriebenen vegetarischen Restaurant Börsenbrücke. Die Betonung der quasi übernatürlichen Fähigkeit, durch Handauflegen »Menschen zu beruhigen«, dient ihr offensichtlich als Ersatz der entgangenen Krankenschwesterausbildung. Gedanken der Askese waren auch der politischen Philosophie des ISK eigen, dem sie sich ca. 1926/27 anschloß. Hierfür war die sozialdemokratische Ausrichtung ihrer Familie – ein Bruder war in der SAJ – wohl weniger entscheidend als vielmehr das Vorbild des Lehrers Hans Kose. Unter seiner Anleitung fand sich eine Gruppe zusammen, die gemeinsam Wanderungen unternahm und Sport trieb.

Die gruppenstärkenden Rituale und Regeln des ISK bestimmten nach ihrer Erinnerung den intensiven politischen Zusammenhalt. In Leonore Goldschmitts Beschreibung des Lebens innerhalb des ISK tauchen auch Erfahrungen von selbstbestimmtem Leben, Solidarität und politischer Orientierung auf. Sie zog mit Zustimmung ihrer Eltern in eine Wohngemeinschaft des ISK.

»G: Das war eine Clique mit mehreren jungen Leuten, die politisch aktiv waren. Wir waren sehr intensiv politisch, schon durch unsere Lebensweise: daß wir kein Fleisch aßen usw. Dann war das auch so: Wir durften nicht lügen und unsere Pünktlichkeit wurde so geschult, daß es schon manchmal schwierig war. Zuverlässig mußten wir sein. Also wenn das hieß: Der Brief muß dann und dann abgeschickt sein, dann sind wir nachts manchmal noch los gegangen. Welcher Briefkasten nimmt noch aus? Das weiß ich, daß da noch welche waren. (...)

Wir haben dann viele Kurse gehabt. Erhard Konopka hat uns in der Gewerkschaft viel ausgebildet. Wir mußten alle Gewerkschaftler sein, dann mußten wir aus der Kirche ausgetreten sein, Vegetarier und Anti-Alkoholiker. Damals war es noch nicht so, daß viel Alkohol getrunken wurde, es war gar

87 FZH/WdE 062, Interview mit Leonore Goldschmitt am 27.11.1990, geführt von Beate Meyer und Interview am 05.04.1995, geführt von Jens Michelsen. Nachfolgend wird, wenn nicht anders angegeben, auf das Interview aus dem Jahr 1990 Bezug genommen.

88 Transkript Goldschmitt, S. 1.

nicht so, fiel gar nicht ins Gewicht. Obwohl, wenn mal Feste in der Familie waren, hat man es auch abgelehnt. Das schlimmste, das unangenehmste war für die Familie, daß man kein Fleisch aß. Wir wurden darin noch bestärkt, als wir einen Besuch gemacht hatten am Schlachthof und uns das Schlachten angeguckt hatten, wie die Tiere dort behandelt wurden. Also daß man schon von sich aus schon Abstand hatte vom Fleisch-essen. Es ist mir eigentlich gar nicht schwer gefallen. (...)

Man mußte viel politisch arbeiten, man mußte eine gewisse Basis haben, und die hatte ich. Aber ich wollte nur sagen, ich war keine »große Leuchte«, daß ich sagen konnte, ich hätte eine Gruppe führen können oder so Gruppen leiten können. Ich habe jede Arbeit mitgemacht, ich war zuverlässig; das war ich wohl sehr. Das war natürlich die Voraussetzung, wenn man da Mitglied werden wollte. (...) Wir waren irgendwie ausgesucht. Da konnte nicht jeder Mitglied werden, und nicht jeder war mit diesem vertraut, und nicht jeder hätte diese ganzen strengen Sachen auf sich genommen. Aus der Kirche raus, Vegetarier und Anti-Alkoholiker«⁸⁹

Das Pflichtprogramm des Antialkoholismus, Vegetarismus, Atheismus, Sozialismus war umfangreich, die Kollision mit Festbräuchen in der Familie von Leonore Goldschmitt nicht unbekannt. Der Sektencharakter des ISK und ihr Elitenbewußtsein werden in ihren Beschreibungen anschaulich. Die bereits vor der NS-Zeit und der erzwungenen Illegalität getroffene Auswahl der Mitglieder führte zu einer Abgeschlossenheit, die es auch den Verfolgungsorganen später schwer machte, die Gruppe aufzurollen. Leonore Goldschmitt beschreibt ihre Position im Rahmen der Gruppe als »keine große Leuchte«, eine Einschätzung, die sie damals auch der Gestapo erfolgreich vermitteln konnte.

Die Vorbereitungen auf die Illegalität, auf eventuelle Verhaftungen, die strenge Konspirativität, all dies beschreibt Leonore Goldschmitt sehr eingehend. So wurden beispielsweise die auf Dünndruckpapier hergestellten und von der Gruppe verteilten »Reinhart-Briefe« (von Leonore Goldschmitt in einem auf den quasireligiösen und asketischen Charakter der Gruppe hindeutenden Versprecher »Reinheits-Briefe«⁹⁰ genannt) zu verschlucken geübt, um im Falle der Verhaftung kein Material in die Hände der Verfolger kommen zu lassen. Leonore Goldschmitt wohnte später mit ihrem Freund zusammen, der ebenfalls aus dem ISK stammte, und verkaufte zwischen 1933 und ihrer Verhaftung 1936 Zeitschriften und verteilte Flugblätter. Sie wurde 1936 zusammen mit einer Freundin, die ebenfalls Mitglied im ISK war, verhaftet und für vier Wochen in Fuhlsbüttel festgehalten. An die Befragungen kann sie sich nicht mehr genau erinnern, nur daran, daß sie

89 Transkript Goldschmitt, S. 4–5.

90 Transkript Goldschmitt, S. 7.

keine Aussagen gemacht hat. Sie wurde in der Haft zu Kalfaktorendiensten eingesetzt und war nach eigener Einschätzung »da gut angesehen«. Es gelang Leonore Goldschmitt, in der Haft ihrer Freundin unbemerkt einen Kassiber mit ihrer Aussage zukommen zu lassen. Beide wurden entlassen und mußten unterschreiben, daß sie nichts aus ihrer Haftzeit erzählen würden. Ihre Freundin, die jüdischer Herkunft war, ging bald ins Ausland,⁹¹ und Leonore Goldschmitt nahm ihre Arbeit im vegetarischen Restaurant Börsenbrücke wieder auf. Hier offenbarte sie den Genossen, daß sie entlassen worden sei, um sie zu bespitzeln. Sie mußte sich des öfteren mit einem Gestapobeamteten zu Berichten treffen.

»G: Ich bin gleich in die Börsenbrücke gegangen. Da hat man mich gefeiert: »Du wirst entlassen und dann aber nur unter der Bedingung, daß du uns sagst, was da alles los ist. Und jetzt gucke mal, passe genau auf, wir wollen uns immer treffen.« Dann mußte ich mich mit Wäke⁹² treffen. Ich muß sagen, das hat Nervenkraft gekostet. Denn ich war in der Börsenbrücke und sah, wer von den Genossen kam und ging, wo sie hingingen. Wenn sie sich getroffen hatten, habe ich gesagt: »Bitte laßt das, ich möchte nichts merken!«

I: Sie haben denen gesagt, daß sie diese Auflage hatten?

G: Natürlich! Ich habe es sofort zu Karl Schneider gesagt: »Karl, ich soll euch bespitzeln!« Dadurch bin ich entlassen worden. Ich weiß, das hat viel Nervenkraft gekostet, daß ich einmal schlapp gemacht habe. Plötzlich saß ich da und konnte nicht mehr. Damals fing das mit meinem Herzen an. Ich kriegte Angina pectoris. Das habe ich die ganzen Jahre gehabt und auch hier noch, als ich hier wohnte. Ich kriegte zuerst eine Rente, aber dann ist das nachher geprüft worden – Sie wissen, man wird auf Herz und Nieren geprüft, und dann ist das »altersbedingt« und andere haben es auch, »das braucht nicht von der Haft zu kommen«. Ich habe immer die wenigste Rente gehabt. Zuerst war ich erwerbsunfähig und habe darauf eine gute Rente gehabt. Dann habe ich gesagt: »Also, ich möchte wieder gesund werden«, und habe alles versucht, danach zu leben, habe mich verschicken lassen und habe auch von Freunden Geld gekriegt, daß ich mir Medikamente selber kaufen konnte vom Reformhaus und auch die Ärzte selber bezahlen konnte, daß das Leben für mich wieder lebenswert wurde. Schließlich wurde die Rente gestrichen. Also ich »war wieder gesund«, und wenn ich zwischendurch dann nicht konnte, das konnte man natürlich nicht feststellen. Außerdem mußte ich mich mit Wäke und noch einem immer treffen. Das war schon sehr schwer. Dann habe ich in der Börsenbrücke gearbeitet; war sehr angespannt. Wir hatten viele Fremde dabei, die wußten das aber nicht. Eines Tages kam dieser Wäke und setzte

91 Siehe zu ihrer Biographie Wamser u. Weinke, Menschen jüdischer Herkunft im Widerstand, S. 180–185.

92 Kriminalbeamter bei der Hamburger Gestapo; zur Charakterisierung siehe auch Bär, Das verengte Maul, S. 66ff.

sich als Gast hin. Offiziell hätte ich das gar keinem erzählen dürfen, aber Karl Schneider und Emmi Kalbitzer habe ich gesagt: ›Das ist derjenige, welcher...‹ Die haben geguckt, waren aber so klug, daß sie wußten, wer das war, aber er das nicht wußte. Obwohl wir nachher alle verhaftet wurden. Dann habe ich mich mit denen getroffen und dann haben sie mich verhört. Das war schwer. Arbeiten Sie mal den ganzen Tag, Sie wissen, wer da ein- und ausgeht. Ich wurde natürlich nicht offiziell eingeweiht, aber ich sah doch wer kam, denn die Börsenbrücke war ein Treffpunkt. Die anderen arbeiteten auch illegal. Die wußten, wann ich mich mit ihnen treffen mußte. Ich weiß, einmal kriegte ich von Erna Mros den Schlüssel von ihrer Wohnung – die wohnte dicht bei, und sie sagte: ›Hier hast du einen Wecker, gehe erst mal hin und schlafe dich aus. Leg dich in mein Bett und ruh dich aus, denn du bist so fertig jetzt. Daß du keinen Fehler machst!‹ Ich glaube nicht, daß ich schlafen konnte, aber jedenfalls habe ich mich ausgeruht, daß ich Abstand kriegte. Manchmal war es auch so, daß Wäke gar nicht selber kam. Ich mußte dann zum Rödingsmarkt. Wenn ich heute da vorbeikomme, dann weiß ich immer noch, da mußte ich mich immer mit denen treffen. Einmal war ein Fremder da! Der sprach mich an: ›Sind Sie Leonore Z.?‹ – ›Ja.‹ – ›Herr Wäke schickt mich und wir sollen uns beide unterhalten.‹ Dann war das jemand Fremdes, der mich anhand einer Fotografie erkannte. Ich war bekannt wie ein bunter Hund und die wußten, wer ich war. So konnte man die Leute bespitzeln. Die wußten auch, wo ich wohnte. (...) Wir waren mal bei Café Giese und haben Kaffee getrunken und es war Eis und Schnee draußen, und sie wollten mir Alkohol geben. Ich sage: ›Kann ich gar nicht ab.‹ Ich sage: ›Mit meinem Magen ist es sowieso nicht in Ordnung.‹ ›Ach, Sie können doch ein Glas Schnaps trinken.‹ Wir tranken grundsätzlich nichts. Ich weiß noch, als ich rauskam aus dem Lokal, war ich so aufgeregt und angespannt, daß ich in diesen Schneehaufen reingespuckt habe, daß der ganze Kaffee und Kuchen, was die mir da spendiert hatten, alles wieder rauskam. Das hätte auch noch gefehlt, daß ich Alkohol getrunken hätte, und der mir die Zunge gelockert hätte. Die hätten was darum gegeben, wenn ich etwas gesprochen, etwas erzählt hätte. Jedenfalls habe ich nichts erzählt, aber es war schwer.«⁹³

Der Umgang mit der Gestapo verstärkte die bereits in den Lebensregeln des ISK angelegten selbstdisziplinierenden Verhaltensweisen. Die gesundheitlichen Folgen der Verfolgung spürt Leonore Goldschmitt bis heute. Eine finanzielle Entschädigung erhielt und erhält sie in nach ihrer Einschätzung angemessener Höhe nicht. Nach einem Jahr in Freiheit, in dem sie offenbar nicht in die illegalen Treffen einbezogen wurde, verhaftete die Gestapo sie erneut. Ihre Haft, erst in Hamburg, dann in Berlin, dauerte elf Monate. Sie stritt gegenüber der Gestapo jede weitere Mitarbeit im ISK ab. In einem

93 FZH/WdE 062, Transkript Goldschmitt, S. 12–14.

Strafprozeß mußte sie sich der eigenen Erinnerung nach nicht verantworten.⁹⁴ Über ihre schwere Haftzeit berichtet sie ausführlich. Sie brach in einem Kreuzverhör zusammen und hatte anschließend Nervenkrämpfe. Danach kam sie in Gemeinschaftshaft und durfte in der Nähstube arbeiten, was ihr eine etwas verbesserte Ernährung einbrachte. Die ohnehin knappe Ernährung ließ sie auch Fisch und Fleisch in bestimmten Kombinationen mit anderen Nahrungsmitteln essen. Nach der Haft war sie wieder Vegetarierin. Der Kontakt nach draußen beschränkte sich auf ein Paket, das Leonore Goldschmitt von ihren Eltern erhielt. Sie erinnert sich an die Zellengenossinnen und deren Solidarität und Hilfsbereitschaft, die auch nach der Haftentlassung anhielt.

Solidarität erfuhr sie ebenso in der Familie, doch bemerkte sie auch unter Genossen das zunehmend unsolidarischer werdende Umfeld. Zur Aufnahme des kranken Kindes einer Genossin, die in Haft kam, erklärte sich niemand bereit. So nahmen ihre Eltern das Kind als Pflegekind auf. Den Eltern war wegen der Verhaftung der Tochter von ihrem Vermieter die Wohnung gekündigt worden, und sie hatten nachfragenden Nachbarn erzählt, daß sie in Berlin arbeiten würde.

Leonore Goldschmitt heiratete noch 1939 und bekam 1940 einen Sohn. Ihr Mann war ebenfalls politisch Verfolgter und ursprünglich der Freund einer anderen Genossin. Er wurde 1939 eingezogen und galt seit 1943 als vermißt. Leonore Goldschmitt lebte erst von der Familienunterstützung und später von der Fürsorge, was sie als sehr diskriminierend empfand.

An Diskriminierungen durch Fürsorgerinnen während der Kriegszeit kann sich Leonore Goldschmitt nicht erinnern, nur an die Meldepflicht des Ehemannes in der Zeit vor der Heirat. Die schlechten Wohnverhältnisse während der Kriegszeit sind in ihrer Erinnerung viel dominanter als politisch bedingte Benachteiligungen. Sie berichtet, daß sie in der Evakuierung viel Geld für Unterkunft und Logis bezahlen mußte, im Gegensatz zu einer Freundin, die einen NS-Anhänger als Mann hatte und sehr wenig zu bezahlen hatte. Ihr Zusammenhalt mit einigen ehemaligen ISKlern bestand zwar weiter, doch nur informell und privat. So war sie mit Emmi Kalbitzer befreundet, die fast zur gleichen Zeit wie sie ein Kind bekommen hatte. Politische Aktionen gingen von den früheren Mitgliedern nach ihrer Erinnerung nicht mehr aus. In die konspirativen Treffen des ISK während des Krieges, die beim Bruder von Emmi Kalbitzer in Bochum unter Beteiligung auch von Hellmut Kalbitzer stattfanden, war sie nicht einbezogen.⁹⁵

94 In der Literatur findet sich allerdings der Hinweis, daß sie in einem der zahlreichen Prozesse gegen weniger exponierte ISK-Mitglieder in München freigesprochen worden sei (Link, Die Geschichte, S. 228).

95 Vgl. hierzu Kalbitzer, Widerstehen oder Mitmachen, S. 66–95, bes. 85; Link Die Geschichte, S. 307–322.

Am Beispiel der Lebensgeschichte von Leonore Goldschmitt wird die gruppeninterne Norm deutlich, die zu Widerstandshandlungen führte. Nach Verfolgung und Zerfall der Gruppe war die Basis der Widerstandstätigkeit zerstört, ein privater Zusammenhalt blieb allerdings erhalten. Die Heirat mit einem ebenfalls politisch Vorbestraften hatte die Abkehr von weiterer politischer Aktivität als auch die Rettung einer antinationalsozialistischen Weltsicht in die Privatsphäre zur Folge. Leonore Goldschmitt gibt in ihrer lebensgeschichtlichen Beschreibung keiner Tendenz zur Überbetonung des politischen Charakters der eigenen Lebensgeschichte nach. Ihr Mitwirken im Rahmen der illegalen Tätigkeit des ISK gegen den Nationalsozialismus beruhte von Beginn an stärker auf der Gruppenstruktur als auf von ihr inhaltlich begründeten Positionen. Der ISK politisierte das Private, und am hier vorgestellten Beispiel wird deutlich, daß sich die soziale Struktur von politischem Widerstand in der NS-Zeit in Einzelfällen auf Verdichtungen der Milieukontexte im sozialen Nahbereich gründen konnte.

b) Anpassung und Politikabstinenz als Überlebensstrategie – »... auf sie eingestellt«

Die bei den Arbeitern am meisten verbreitete Reaktion auf die nationalsozialistische Machtübernahme und den Terror bestanden in Politikabstinenz und Anpassung. Die Atomisierungsstrategie des Regimes zielte auf die Zerschlagung der Milieus. Doch auch den sozialpolitischen Angeboten des Regimes kam eine Integrationskraft zu, die von Auflehnung zu Anpassung führte. Die nationalsozialistische Herrschaft ließ Nischen des Arrangements, die ein »Überwintern« mit abweichenden Meinungen ermöglichten. Die aktive Anpassung oder gar die erpreßte Spitzelei für die Gestapo (besonders innerhalb der KPD) blieben wohl Ausnahmen, doch von Überläufern zu den Nationalsozialisten wurde von verschiedenen Interviewpartnern aus dem eigenen Bekanntenkreis berichtet.⁹⁶ Diese Überläufergeschichten haben in den Interviews die Funktion, als Gegenbeispiele die Aufrechterhaltung der eigenen oppositionellen Haltung zu betonen.

Die häufigen Akte der Identitätsvergewisserung als Sozialdemokrat oder als Kommunist (z.B. Gruß mit der Faust, Gruß »Freundschaft«) waren kein geplanter Widerstand. Oft handelte es sich um spontane Handlungen, die situativen Kontexten und Traditionen des sozialistischen Milieus entsprangen, aber ebenso eines Zuschauers, Zuhörers oder Partners bedurften, um Resonanz zu finden. Herrschten bei Kommunisten häufiger öffentliche, kollektive Formen des Ausdrucks des eigenen Selbstverständnisses vor, so

96 Vgl. FZH/WdE 196, 197, 248 oder 272.

waren diese bei Sozialdemokraten selten. Hier wird von Interviewpartnern eher berichtet, daß sie aus Angst vor Verfolgung ihre Mitgliedsbücher verbrannten oder verbotene Schriften vergruben,⁹⁷ also versuchten, sich nach außen hin und für den Fall einer Haussuchung unkenntlich zu machen. Insbesondere auch die indirekt verfolgten Familienangehörigen wie Eltern, Ehepartner oder Kinder waren vorsichtig in ihren Äußerungen und zunehmend defensiv eingestellt. Ihr Verhalten stärkte andererseits die familialen Bindungen als Schutz gegen den Nationalsozialismus.

Die hier deutlich werdende Bewahrung von Organisationen und informellen Zusammenhängen von Arbeitern hatte eine Tradition seit der Kaiserzeit.⁹⁸ Aufbauend auf den alten Milieuorganisationen versuchten insbesondere viele innerhalb der Sozialdemokratie in Form von Gesangsvereinen, Arbeitersportvereinen oder Wandervereinen Rückzugsräume, die auch politischem Austausch dienen konnten, zu bewahren. Politisch verbarg sich dahinter die Hoffnung vieler Arbeiter, daß die NSDAP bald abdanken würde, und sie dann bereit stünden.

Eine verbreitete Form der Politikabstinenz und der Eingliederung ergab sich durch die rüstungskonjunkturelle Besserung der wirtschaftlichen und schließlich auch der sozialen Lage vieler Arbeiter. Die Aufstiegschancen und Gestaltungsspielräume, die sich Einzelnen in ihren Betrieben boten, hingen davon ab, ob sie Arbeit in rüstungswichtigen Betrieben hatten.⁹⁹ Dies war wichtiger für eine Einbindung als die sozialegalitäre Phraseologie und die eher als »fürsorgliches Gehabe« (Mason) zu charakterisierenden Betreuungsmaßnahmen der NSV oder des DAF-Amtes »Schönheit der Arbeit«.¹⁰⁰

97 So berichtet im Fall von FZH/WdE 234 und 110.

98 Siehe die reichhaltigen Beschreibungen der Milieuorganisationen der Hamburger Arbeiterschaft im Kaiserreich und Ersten Weltkrieg bei Kutz-Bauer, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat, bes. S. 176–244; Schult, Geschichte der Hamburger Arbeiter; Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung; und in der Weimarer Republik in den Beiträgen des Ausstellungsbandes Vorwärts – und nicht vergessen; Berlin, Staatshüter und Revolutionsverfechter, bes. S. 116ff.; Büttner, Die Hamburger freien Gewerkschaften in der Zeit der Weimarer Republik, S. 131–168; Schildt, Als Arbeiterpartei im Senat, S. 169–202; Müller, Rotes Arbeiter-Hamburg, S. 233–270.

99 Kennzeichnend für die Zeit seit 1935 ist die Reallohnsteigerung, die vor dem Hintergrund der Rationalisierung und der Durchsetzung des Leistungsprinzips durch Akkordlöhne und Abzüge bei Minderleistung besonders aufgrund der verlängerten Arbeitszeiten zustande kam. Zudem wurde die Entwicklung durch den Ausbau betrieblicher Sozialleistungen flankiert, die einen Leistungsanreiz darstellten. Siehe Hachtmann, Lebenshaltungskosten und Reallohne; ders., Arbeitsmarkt, bes. S. 220f.; Yano, Hüttenarbeiter, S. 96–115; Mason, Sozialpolitik, S. 147ff., 165ff., 228ff.; Zollitsch, Arbeiter, S. 102–155.

100 Auch die Wirkung der Einführung eines Mindesturlaubs und der Aufbau der Massentourismus-Organisation »Kraft durch Freude« dürfen in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Vgl. Mason, Sozialpolitik, S. 183ff.; Zollitsch, Arbeiter, S. 130–136; Spode, Arbeiterurlaub im Dritten Reich; ders., Der deutsche Arbeiter reist. Kritisch zu der hier gefolgten Ansicht der Einbindung der Arbeiter in den Nationalsozialismus neuerdings am Hamburger Beispiel Ludwig Eiber, der Begriffe wie »Integration oder Loyalität der Arbeiter« ablehnt und »bestenfalls« von einer »Neutralisierung der Arbeiter durch den Terror und die Kontrolle des NS-Regimes« spricht (Eiber, Arbeiteropposition auf Hamburger Werften, S. 439).

In Hamburg, das verzögert (seit ca. 1938) von der wirtschaftlichen Besserung profitierte, prägte zudem der Gauleiter Karl Kaufmann eine Arbeiterpolitik, die sich sozialpopulistisch auf einzelne soziale Initiativen wie eine »Hilfsstelle Hafen«, den Siedlungswohnungsbau für Hafenarbeiter und günstigere Verkehrstarife gründete und unter dem Schlagwort des »Sozialismus der Tat« in die verklärenden Erinnerungen vieler Zeitgenossen eingegangen ist.¹⁰¹

Die Bereitschaft zu politischem Engagement für den Nationalsozialismus blieb gleichwohl unter den Arbeitern insgesamt gering. Die Distanz und Ablehnung angesichts der Verfolgung und des Terrors stand neben der Zustimmung zum nationalsozialistischen »Wirtschaftswunder« und den außenpolitischen Erfolgen des Regimes, die einen auch in Arbeiterkreisen ansprechbaren Patriotismus weckten.

Für die verfolgten, politisch aktiven Mitglieder der Arbeiterbewegung war der Einstellungswandel innerhalb der deutschen Bevölkerung in den dreißiger Jahren eine negative Erfahrung. Vertraute Milieuzusammenhänge zerbrachen, und die erhoffte politische Solidarität und Unterstützung blieb zunehmend aus. Viele partizipierten am wirtschaftlichen Aufschwung. Selbst für weniger prominente Verfolgte läßt sich nach der Verfolgung und Abbüßung von Haftstrafen eine gesellschaftliche Wiedereingliederung mit den Bezugspunkten Arbeitsplatz, Familie und politische Abstinenz feststellen, die allerdings unter der Drohung der nationalsozialistischen Willkür stand. Die Einschüchterung und Stigmatisierung durch nationalsozialistischen Terror, aber auch die Skepsis gegenüber den totalitären Ansprüchen des Regimes blieben wach und führten zu Zurückhaltung.

Mit dem 1908 geborenen Fridolin Herking¹⁰² kamen an zwei Terminen mehrstündige Interviews zustande. Er engagierte sich in der Nachkriegszeit in einer Ortsgruppe der VVN, seit 1948 der AvS, und kümmerte sich nicht nur um seine eigene, sondern auch um die Entschädigung anderer politisch Verfolgter.¹⁰³ Eine Anfrage der Otto Wels-Gesellschaft im Jahre 1963 nach einem Gespräch und eventuell bei ihm vorhandenen Dokumenten über den »Widerstand des demokratischen Sozialismus« beantwortete Fridolin Herking unter Verweis auf den Bericht Walter Schmedemanns aus der direkten Nachkriegszeit über den sozialdemokratischen Widerstand,¹⁰⁴ da nach seiner

101 Siehe Bajohr, Hamburger Arbeiterschaft im Nationalsozialismus, in: Lohalm (Hg.), Arbeiterparei und Großstadtpolitik, S. 29–39; ders., Hamburgs »Führer«, bes. S. 75–77.

102 FZH/WdE 269, Interview mit Fridolin Herking am 3.12.1993 und 10.2.1994 geführt von Alfons Kenkmann.

103 Siehe Archiv der FZH 11/H6.

104 Der Bericht Schmedemanns » Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Widerstandsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933« ist erstmalig 1948 veröffentlicht worden; er findet sich im Archiv der FZH 8332 (auch abgedruckt bei Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 151–156).

Ansicht »die Erlebnisse des Einzelnen immer im Gesamterleben der Gesamthamburger-Illegalen-Gruppen wiederkehren«,¹⁰⁵ Dieser Hinweis auf die vermeintliche Charakteristik seines Erlebens markiert nicht nur seine Bescheidenheit und seine Zurückhaltung als politisch Verfolgter in der Bundesrepublik der 1960er Jahre, sondern auch sein Selbstverständnis und die versuchte Anlehnung an eine vorhandene kollektive Widerstandsgeschichte.

Fridolin Herking wuchs als ein Einzelkind und seit seinem zehnten Lebensjahr als Halbwaise auf. Sein Vater, ein »Molkerist« (er fuhr mit einer Kutsche Milch aus), starb im Ersten Weltkrieg. Fridolin Herking bezeichnet ihn als Sozialdemokraten. Die Mutter arbeitete in schlechtbezahlten und schlechtangesehenen Hilfstätigkeiten, u.a. als Toilettenfrau. Sie lebte mit einem festen Freund, der ebenfalls Kinder hatte, unverheiratet zusammen. Fridolin Herking besuchte die Volksschule in Eilbek (ca. 1913–1921) und absolvierte von 1921–1923 eine Lehre bei einem Elektroingenieur. Seine folgende berufliche Karriere mit kurzzeitigen Beschäftigungen und langen Phasen der Arbeitslosigkeit ist ein Beispiel für die Mißerfolgserfahrungen auf dem überfüllten und durch Krisen geschüttelten Arbeitsmarkt, denen besonders die jüngeren Arbeiter der 20er Jahre unterlagen. Seit Ende 1930 war Fridolin Herking arbeitslos. Zwei Jahre ging er »auf Tippelei«, wobei er bis nach Jugoslawien und Albanien wanderte. Seine individuelle Lösung des Massenproblems Arbeitslosigkeit¹⁰⁶ in der Krise verweist auf einen selbstgewählten Umgang mit der unfreiwillig »freien« Zeit, der sich stärker an jugendbewegten Formen und handwerklichen Traditionen orientierte, als an politischer Organisation.

Durch den Lebensgefährten seiner Mutter, der der SPD nahestand, kam er zum Reichsbanner, der Kampforganisation der die Weimarer Republik tragenden Parteien, die auch in Hamburg stark von der SPD dominiert war. Hier erhielt er eine militärische Ausbildung und eine Uniform. Die politische Frontstellung des Reichsbanners gegenüber der SA führte zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, in die auch Fridolin Herking verwickelt war. Er besaß eine Pistole, mit der er schießen üben mußte. Doch im entscheidenden Moment, beim Verbot des Reichsbanners, kam kein Befehl zum Aufstand, nur ein symbolisch widerständiges Blasen der Trompete, um »die Ortschaften wild zu machen«. »Aber es erfolgte nichts als nur das Zuhören. Denn man hielt die Nazis für kräftiger auch ...«. ¹⁰⁷ Das Gefühl

105 Siehe Otto Wels-Gesellschaft an Fridolin Herking 19.11.1963 u. Antwortschreiben (Kopie), in: FZH/WdE 269.

106 Auf Wanderschaft zu gehen war ein verbreitetes Phänomen unter männlichen Arbeitern am Ende der Weimarer Republik (vgl. Peukert, Jugend zwischen Krieg und Krise, S. 178f.), was sich auch im Interviewbestand abbildet. Vgl. FZH/WdE 184, 195, 196, 242, 210.

107 FZH/WdE 269, Transkript Herking, S. 23.

von Unterlegenheit und Niederlage stellte sich bei ihm ein.¹⁰⁸ Nach dem Verbot Mitte 1933 hatte die Parteiarbeit geheim zu geschehen. Fridolin Herking – im eigenen Selbstverständnis ganz ein »Parteisoldat« – schloß sich der Gruppe um den SPD-Distriktsführer Walter Schmedemann in Eilbek an. Er beteiligte sich an der illegalen Tätigkeit der SPD durch das Kasieren von Mitgliedsbeiträgen, die graphische Gestaltung und die Verteilung der »Roten Blätter« in Hamburg-Eilbek.¹⁰⁹

Im Oktober 1935, als er sich wegen der angelaufenen Verhaftungswelle gegen die illegale SPD nach Dänemark absetzen wollte, wurde er verhaftet. In den Verhören und in der Haft wurde er starkem Druck ausgesetzt, weitere Namen von Beteiligten zu nennen. Im »Kolafu« (KZ Fuhlsbüttel) erlebte Fridolin Herking Mißhandlungen und Verrat, aber auch die Solidarität von Mithäftlingen, die ihm Namen auf Zetteln zusteckten, die er im Verhör problemlos angeben könne, da die Betroffenen bereits verhaftet waren und gestanden hatten. Als er auf den Namen des angeblichen Verräters, dessen Aussagen für die Verhaftungswelle ausschlaggebend waren, kommt, berichtet er: »Aber das geht ja nicht ums Verraten, das geht manchmal nur ums Reden und Verreden«.¹¹⁰ Er hat Verständnis, er selbst hatte schließlich auch Namen genannt und dadurch versucht, den Verhördruck zu mindern, wenn er auch hoffte, damit keinem zu schaden.

Im Februar 1936 wurde er zu drei Jahren Zuchthaus¹¹¹ verurteilt, die er in einem Lager an der holländischen Grenze (»Aschendorfer Moor«) verbrachte. Hier war Torf zu stechen, eine schwere körperliche Arbeit. Im Lager erlebte er Mißhandlungen und Morde des Wachpersonals an Mitgefangenen. Hunger war allgemein verbreitet. Es gelang ihm jedoch, sich erfolgreich innerhalb der Häftlingsgemeinschaft zu orientieren. Er hatte gute Kontakte zu Mitgefangenen, überwiegend Politische aus Hamburg, und erhielt einen »Extraposten« in einer Gärtnerkolonne. Fridolin Herking konnte sich anpassen und sein Überleben sichern. Alle Gnadengesuche, die seine Frau zwischenzeitlich für ihn einreichte, wurden abschlägig beschieden. Zu seiner Entlassung im Oktober 1938 ließ ihn die Gestapo vorführen, wobei es möglicherweise um seine Überstellung in ein KZ ging. Doch er hatte sich nach eigenem Bekunden »auf sie eingestellt« und täuschte einen Sinneswandel vor.

108 An späterer Stelle des Interviews meint er: »Der ganze Krieg hätte nicht nötig getan, wenn das Reichsbanner Schwarz Rot Gold in Hamburg sich empört hätte und abgeriegelt hätte, ganz Schleswig-Holstein. Das wär möglich gewesen. Und deshalb weiß ich nicht recht, wie ich mich zu der Führung vom Reichsbanner verhalten soll. Die haben nämlich einen großen Fehler gemacht meiner Ansicht nach« (Transkript Herking, S. 44).

109 Angesichts der Konzentration auf seinen politischen Werdegang erwähnt er nicht seine Heirat 1934 und die Geburt eines Sohnes Anfang 1935.

110 Transkript Herking, S. 29.

111 Siehe auch Kopie des Urteils des Hanseatischen Oberlandesgerichtes gegen Hausen u.A. (O Js 324/35 IV) vom 27.2.1936 im Archiv der FZH SPD 8338.

»H: Bei mir war das schwierig. Ich wurde zwar nach Hamburg befördert und kam dann zur Gestapo, und denn versuchte man nun, meine Geisteshaltung rauszukriegen. Und da hab ich mich nun ganz auf sie eingestellt. Da hab ich gesagt: Entschuldigen Sie mal. Mein Vater ist als Offizier entlassen [worden] und hat den Chinakrieg mitgemacht. Wußte ich alles. Und hab ihnen denn nun sowas erzählt, daß sie den Hut abnehmen mußten vor mir. Daß ich praktisch kein Proletarier bin, so ungefähr. So ungefähr hab ich ihnen das dann beigebracht. Daß ich ja schließlich auch für Krieg und Soldaten bin.

I: Sie haben sich getarnt, strategisch sich auf sie eingestellt?

H: Ja.

I: Hatten Sie denn eine Meldepflicht, daß man in regelmäßigen Abständen dahin mußte?

H: Ja. Alle vier Wochen mußte ich nachher zur Polizei. Da bin ich dreimal gewesen. Nein, aber das ist nämlich so. Ich wurde entlassen und kam zur Werft als Elektriker.

I: Auf welche Werft? Blohm & Voss, Deutsche Werft?

H: Nee. Deutsche Werft hieß die nicht. Oh, das kann ich jetzt aus dem Kopf nicht sagen. Müssen wir irgendwo nachsehen. Na schön. Und da wurden U-Boote geröntgt. Und zwar alle, die sie röntgten – die mußten die Schweißnähte ja so röntgen, daß kein Wasser eindringen kann. Und die haben wohl schlecht gearbeitet. Da wurde ich gefragt: »Was haben Sie denn als Elektriker gemacht«. Und da hab ich denn gesagt: »Ja, Kabelschuhe ...« – »Kabelschuhe geröntgt?« – »Ja.« – »Können Sie denn auch Schweißnähte röntgen?« – »Kann ich, warum soll ich nicht.« – »So, dann passen Sie mal auf. Sie kommen zu der und der Werft und denn ...« Mensch, wie hieß sie noch? Ich vergeß alle Namen. Und denn hab ich Kabelschuhe geröntgt. Die haben immer die Verbindungen mit Zink-Kabelschuhen gemacht. Das macht man ja nicht. Die hatten wohl kein anderes Metall. Und nun mußte ich das Zinkschweißen erst lernen. Konnte ich gar nicht. Aber ich lernte ja alles. Und das wurde mit unterstellt. Ich hab die ganzen Anschlüsse geändert auf Elektro-Kabelschuhe. Ja, und denn hab ich mich ja soweit wohlgeföhlt. Ich war ja zu Haus.

I: Gab es denn Probleme, als Sie zurückkamen zu Ihrer Frau? Hatte man sich entfremdet?

H: Nein, meine Frau ist mir treu geblieben bis zuletzt. Obwohl ich ihr freigegeben hatte. Nee, nee, die war mir immer treu. Das tollste Ding war nun, das dauerte gar nicht lange, da wurde der Ingenieur danach gefragt, wie ich arbeite. Und denn plötzlich mußte ich zum Militär, zur Musterung.

I: Hatten Sie nicht einen Antrag auf Wehrwürdigkeit wieder gestellt?

H: Nein, noch nicht. Ich war ja wehrunwürdig. Hatte Bescheinigung. Und nun wurde der gefragt wie ich mich machte bei der Röntgerei. Die spielte ja auch 'ne Rolle beim Schweißen. Er war begeistert, mich konnte er gebrauchen. Nun mußte ich dahin. Und die konnten mich ja nun nicht einstellen, weil ich den Zettel hatte, »wehrunwürdig«. Ja, denn schickten sie mich wieder zu Haus. Und paar Wochen später mußte ich wieder hin. Und nu ging das los. Paß mal

auf. Wie ich geistig eingestellt bin, ob ich Adolf Hitler noch umbringen wollte. Ich sag, den wollte ich nie umbringen, kenne ich gar nicht. So, auf die Art.

I: Haben Sie das wirklich gesagt in der Situation?

H: Ja. Weshalb ich denn überhaupt die drei Jahre hatte? Ja, sag ich, das weiß ich auch nicht. Ich hab meine Zeitung vergeben, und das paßte ihnen nicht. ›Ja also, wir haben das Zeugnis von dem Ingenieur, und wir würden gerne mit Ihnen zusammenarbeiten.‹ Ich sag: ›Ja wieso, ich arbeite doch schon.‹ – ›Ja, hier geht es um die Front.‹ Ich sag: ›Ja, ich kann ja nicht, ich bin ja nicht wehrwürdig.‹ – ›Das heben wir auf, Sie müssen nur erklären, daß Sie Deutscher sind und Deutscher bleiben wollen. Kein Problem, das machen wir.‹ – ›Ja, denn man zu.‹ Mußte ich denn unterschreiben. Bin ja ein netter Mensch. Ich mußte nochmal von meinem Vater erzählen, was der alles war. Der war nämlich damals im Chinakrieg, hatte er sich gemeldet und war denn nachher Unteroffizier geworden und denn im Ersten Krieg mit gewesen. Und da ist er gefallen. Ja, also dann wär ich der richtige Mann. Dann müßte ich dann ja 'n Sanitätskursus machen. Ich sag: ›Wieso das denn?‹ – ›Ja, es kommt darauf an, daß Sie mit Elektrosachen umgehen können.‹ Ja, ich bin ja auf der Schule gewesen, Fachschule einmal die Woche. Mein Meister hat mir nicht viel beigebracht. Aber das geht die ja nichts an. Ich wurde eingezogen. Mußte ich wieder weg von meiner Frau. Aber sag ich nein, dann wär ich in die Strafkompagnie gekommen.

I: Hätte allein ausgereicht, um in diese Strafkompagnie zu kommen?

H: Ja, Jonny Schacht ist in die Strafkompagnie gekommen. Der wurde auch kurz vor mir entlassen. Den treffe ich auf der Straße. Ich sag: ›Jonny, hast Du gehört, ich hab 'ne Aufforderung.‹ – ›Ja, ich auch,‹ sagt er, ›und was hast Du gesagt?‹ – Ich sag: ›Bis jetzt noch nichts, ich hab bloß erklärt, wer ich bin und was ich will.‹ – ›Mensch,‹ sagt er, ›nimm das an, geh.‹ Da haben wir uns geeinigt, wir beiden. Jonny ist zur Strafkompagnie gekommen. Hab ich nachher erst ... Und dann ist er in Gefangenschaft gekommen bei Korsika, nach Rußland gekommen, wiedergekommen, und ist hier Bürgermeister von Rahlstedt geworden.«¹¹²

Die erfolgreiche Verstellung bewahrte Fridolin Herking vor dem KZ. Er wurde am Ende seiner Haftstrafe entlassen und kehrte zu seiner Frau und seinem Sohn zurück. Eine Entfremdung zwischen ihnen hatte während der dreijährigen Haftzeit aus seiner Sicht nicht stattgefunden. Er hatte sich auf diese Zeit der Trennung dadurch »eingestellt«, daß er seiner Frau »freigegeben« hatte, was wohl als Versuch, die absehbare Ausnahmesituation in ihren emotionalen und praktischen Folgen für die persönlichen Beziehungen zu begrenzen, gedeutet werden kann. Im Oktober 1938 fand er Arbeit in seinem erlernten Beruf als Elektriker auf der Howaldtswerft. Hier hat er sich »soweit wohlgeföhlt«, er »war ja zu Haus«. Er erlernte das Zinkschweißen und erlebte

112 FZH/WdE 269, Transkript Herking, S. 38–40.

beruflichen Aufstieg («das wurde mir unterstellt»). Politisch betätigte er sich nicht mehr. Er versuchte, nicht mehr aufzufallen. Er arbeitete gut und fühlte sich wohl in seinem Beruf und in seiner Familie.

Die Sicherheit eines Arbeitsplatzes wurde nach 1935 angesichts der vorherigen Arbeitslosigkeit und Ungewißheit eine nicht zu unterschätzende positive Grunderfahrung unter Arbeitern.¹¹³ In den Erinnerungen von Arbeitern hat sich für die zweite Hälfte der dreißiger Jahre die Verlagerung des Mittelpunkts des Lebens von der Straße in den Betrieb und vom Milieu in die Familie abgebildet.¹¹⁴ Auch die Lebensgeschichte von Fridolin Herking deutet trotz der Verfolgung in diese Richtung.

Fridolin Herking, der durch eine politische Vorstrafe mit Ehrverlust und Polizeiaufsicht stigmatisiert war, leistete gute Arbeit. Nach seiner Darstellung wurde ihm Anfang 1940 aufgrund des guten Zeugnisses seines Vorgesetzten, eines Ingenieurs, vorgeschlagen, die Aufhebung der »Wehrunwürdigkeit« zu beantragen.¹¹⁵ Er ließ sich zur Wehrmacht einziehen, um noch schlimmere Folgen abzuwenden, nämlich die Einweisung in eine Strafkompagnie oder ein Bewährungsbataillon, deren reale Drohung er im Nachhinein mit dem Schicksal eines Genossen zu belegen versucht. Die Erwähnung des Straf- oder Bewährungsbataillons dient hier recht eindeutig legitimatorischen Gründen, denn die Einberufung bislang »Wehrunwürdiger« fand erst seit dem April 1942 in größerer Zahl statt, und die Einheiten der Bewährungstruppe 999 wurden erst im Herbst 1942 aufgestellt.¹¹⁶

Schnell erhielt er innerhalb des Militärs einen privilegierten Status als Fachkraft beim Röntgen in einer Sanitätsabteilung an der Ostfront. Er wurde zum Unteroffizier befördert und hatte nach eigenen Angaben ein eigenes Auto mit Chauffeur. Nur einmal erhielt er Urlaub. Einem Soldaten der Strafkompagnie, den er röntgen sollte, gab er einmal eine Schachtel Zigaretten, ein kleiner Akt der Solidarität inmitten des unauffälligen Soldatenalltags. Mit einem Russen, mit dem er eine Maschine in Gang setzen sollte, baute er eine private freundschaftliche Beziehung auf. Wegen des Verstoßes gegen das Umgangsverbot sollte er nach seiner Erzählung sogar verhaftet werden, doch er verwies mit seiner Fachautorität auf die Notwendigkeit der Mitarbeit des Russen. Gleichwohl funktionierte er.

Auf die Frage nach seinen Erinnerungen an »Säuberungsaktionen« und Greueltaten der Deutschen assoziiert er das Zurücklassen des Russen, mit

113 Vgl. allgemein Mooser, *Arbeiterleben*, 194–204; Herbert, *Arbeiterschaft im Dritten Reich*, S. 85f.; Mit Blick auf Frauen aus einer Bergarbeiterkolonie des Ruhrgebiets Einfeldt, *Auskommen*, S. 267–296.

114 Vgl. Herbert, *Die guten und die schlechten Zeiten*; ders., *Arbeiterschaft im Dritten Reich*, S. 97f. sowie Niethammer, »Normalisierung« im Westen, S. 153–184.

115 Sein Gesuch zur Wiederverleihung der Wehrwürdigkeit datiert vom 27. Februar 1940. Siehe Generalstaatsanwalt an F.H. 1.7.1940 (Kopie), in: FZH/WdE 269.

116 Siehe Klausch, »Erziehungsmänner« und »Wehrunwürdige«, S. 76f.

dem er sich angefreundet hatte, vor der vorrückenden Roten Armee. Er wollte den Betreffenden vor einer Bestrafung als Kollaborateur schützen und in seinem Auto mitnehmen. »Das hat man mir verweigert.«¹¹⁷ In dieser Geschichte verweist er die Greuel zunächst auf die sowjetische Seite, die Kollaborateure umgebracht hat. Ohne eine Erzählung wird dem Interviewer zugleich ein Foto von einem erhängten Partisanen gezeigt. In den Erinnerungen von Fridolin Herking fällt dieser Partisan nicht in die Kategorie der Greuel an der Front. Das Foto – es stammt wohl von einem der Offiziere der Sanitätskompanie, die ihre Bilder in der Röntgenabteilung entwickeln ließen – bildet für Fridolin Herking niemanden ab, mit dem er eine persönliche Beziehung hatte. Unrecht wird von ihm damit nicht assoziiert. Auch für Fridolin Herking gilt das Enthüllungsverbot¹¹⁸ für erlebte NS-Verbrechen (die sogenannte Partisanenbekämpfung gehört dazu¹¹⁹). Er spricht nicht über die Gewalt an der Front.

Die Erfahrungen nach der Haftentlassung und in der Kriegszeit waren für Fridolin Herking von der eigenen beruflichen Konsolidierung wie dem militärischen Aufstieg bestimmt. Im Hintergrund sah er immer wieder die Stigmatisierung und Verfolgung als politischer Gegner lauern. Seine Anpassung in Form des Hinübergleitens in einen unpolitischen Alltag und der Verleugnung seiner politischen Herkunft ermöglichten ihm Erfahrungen der Unentbehrlichkeit, der Wichtigkeit. Die Zerstörung der Milieus durch Verfolgungsdruck, soziale Angebote (die Frau war mit dem Kind als Leiterin eines Lagers in der von ihr als positiv erlebten Kinderlandverschickung), Aufstiegserfahrungen und die Kriegsauswirkungen hatte eine zunehmende Konzentration auf das persönliche Durchkommen zur Folge und verwies auf die individuelle Arbeitsleistung.

c) Emigration, Spanischer Bürgerkrieg und Rückkehr – »Mensch, wo bist du hier bloß gelandet«

Die Emigration insbesondere nach Dänemark schuf für viele einer Verhaftung entgangenen Mitglieder der Arbeiterbewegung in Hamburg die Möglichkeit, den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime aus

117 FZH/WdE 269, Transkript Herking, S. 46.

118 Siehe allgemein zur geringen Erwähnung von Grausamkeiten in Interviews mit ehemaligen Kriegsteilnehmern, die entweder auf Mangel an Bereitschaft, der Verdrängung des Unangenehmen oder auch dem Mangel an konkreter Erfahrung beruht, Schröder, Die gestohlenen Jahre, S. 671ff.; zum Enthüllungsverbot Rosenthal, Das Enthüllungsverbot für erlebte NS-Verbrechen, S. 216–222 (dies., Vom Krieg erzählen, von den Verbrechen schweigen), die in Anlehnung an Beschreibungen des israelischen Psychologen Dan Bar-On von einer »doppelten Wand« spricht, durch welche die Wahrnehmung von Hinweisen des Interviewten und ein Verstehensprozeß von der Seite der Interviewenden zusätzlich blockiert sind.

119 Siehe Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges.

der Ferne weiterzuführen. Doch war die Erfahrung des Exils nicht nur von Widerstand, sondern viel eher von Depression, Sehnsucht und Desillusionierung geprägt. Dies galt sowohl für das sozialdemokratische wie das kommunistische Exil. Die KPD war von zahlreichen innerparteilichen Ausgrenzungsprozessen geprägt. Verdächtigungen und Parteiausschlüsse beherrschten das innerparteiliche Leben. Insbesondere die Verunsicherung nach dem Hitler-Stalin-Pakt und Aktionen der dänischen Polizei und der Gestapo nach der Besetzung Dänemarks im April 1940 führten bis zum Ende des Jahres 1941 zu einer Auflösung der seit 1933 in Kopenhagen arbeitenden Abschnittsleitung.¹²⁰

Nachfolgend soll nicht versucht werden, eine Geschichte des politischen Exils von Hamburgern zu schreiben – dies ist nach wie vor ein Forschungsdesiderat¹²¹ –, nur eine Emigrantenbiographie soll dargestellt werden, nämlich die eines Kommunisten, der sich zu den innerparteilich verfeimten »Ver söhnlern« zählte, zumindest gute Verbindungen zu diesen besaß. Drei von sechs Interviewten mit Emigrationserfahrung¹²² gingen aus dem dänischen Exil in den Spanischen Bürgerkrieg und erlebten seit 1939 die mehrjährige Internierung in den französischen Lagern St. Cyprien, Gurs und Le Vernet. Hier teilten sich die Lebenswege und führten einen zunächst in ein algerisches Lager, wo er von den Alliierten befreit wurde, 1944 von der Kommunistischen Partei in die Sowjetunion gerufen wurde und später wegen angeblicher Verstöße gegen die Parteidisziplin lange Jahre in einem Straflager in der Sowjetunion verbrachte.¹²³ Der zweite, hier nicht ausgeführte Werdegang erstreckte sich von der Befreiung aus einem Gefangenentransport in Frankreich bis zum Kampf in der französischen Widerstandsbewegung und

120 Siehe zum dänischen Exil von Kommunisten die Hinweise bei Bästlein, »Hitlers Niederlage ...«, S. 46–50 (mit weiterer Literatur im Anhang); aus kommunistischer Sicht Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 175–186, 468–490 sowie die nach dem Krieg über die Verhältnisse in der dänischen Emigration parteiintern gegebenen Berichte in SAPMO DY 30 IV 2/4/116. Mit Blick auf die Unterwanderung durch V-Leute siehe Paul, Staatlicher Terror, S. 136–140.

121 Siehe zum Exil anhand des ehemaligen Oberbürgermeisters von Altona und ersten frei gewählten Bürgermeisters von Hamburg Fladhammer/Wildt (Hg.), Max Brauer im Exil; mit Blick auf das räumlich nächste Emigrationsland siehe Einzelbiographien in: Dähnhardt/Nielsen (Hg.), Exil in Dänemark. Das sozialdemokratische Exil in Dänemark ist im Interviewbestand nicht repräsentiert. Siehe ansonsten zum sozialdemokratischen Exil in Dänemark Deppe, Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark – ein Überblick, S. 200–206; ders., Sozialdemokratisches Exil in Dänemark, S. 207–214; mit Blick auf die mangelnde Konspiration und Unterwanderung durch Spitzel siehe Paul, Staatlicher Terror, S. 140–148.

122 Die anderen Biographien mit Emigrationserfahrungen sind sehr verschiedenartig: FZH/WdE 206 (Jg. 1908) war Mitglied des ISK und emigrierte 1936 über Dänemark, Holland nach Frankreich, wo er mit Kriegsbeginn interniert wurde, fliehen konnte und bis Kriegsende illegal lebte; FZH/WdE 247 (Jg. 1914) war Instrukteurin im KJVD, emigrierte 1934 nach Prag, anschließend nach Moskau, kehrte mit ihrem Ehemann 1936 nach Wien zurück, arbeitete illegal, wurde 1942 verhaftet, 1945 verurteilt und in Potsdam von der Roten Armee befreit; FZH/WdE 313 (Jg. 1913) engagierte sich in der illegalen Arbeit der KPO, emigrierte 1939 nach Schweden und kehrte 1946 nach Deutschland zurück.

123 FZH/WdE 268.

mündete in einer staatsloyalen Existenz in der DDR.¹²⁴ Der dritte, ausführlich beschriebene Lebensweg führte aus den französischen Lagern im Sommer 1941 zurück nach Deutschland, zur Verurteilung wegen seiner illegalen Aktivität 1933/34 und zur Einberufung in ein Bewährungsbatallion gegen Kriegsende.¹²⁵ Alle drei Interviewten kehrten nach dem Krieg zumindest zeitweilig nach Hamburg zurück.

Nach dem Beginn des Spanischen Bürgerkrieges¹²⁶ war die freiwillige Meldung für einige der Emigranten ein willkommener Anlaß, den sie nicht selten deprimierenden Verhältnissen und der erzwungenen Untätigkeit zu entkommen.¹²⁷ Der seit August 1936 in Spanien geführte »Stellvertreterkrieg« gegen den Nationalsozialismus bedeutete für die KPD-Emigranten nicht nur das Ende der Lethargie. Die Organisierung in den Einheiten der Internationalen Brigaden verstärkte auch den Druck auf die Einzelnen zur Wahrung der innerparteilichen Disziplin. Zahlreiche überlieferte Akte der Gehorsamsverweigerung und der Desertion von den Internationalen Brigaden liefern Beispiele für die Desillusionierung angesichts der Schrecken des Krieges.¹²⁸

Die materielle Unterlegenheit der Internationalen Brigaden war langfristig nicht durch revolutionären Enthusiasmus auszugleichen. Die Anzahl der Gefallenen war hoch,¹²⁹ der Krieg für die Interbrigadisten im Februar 1939 endgültig verloren. Für viele schloß sich die mehrjährige Internierung in südfranzösischen Lagern¹³⁰ an. Hier kam es schon bald zum offenen Ausbruch der unter den Kriegsbedingungen in Spanien überdeckten Meinungsverschiedenheiten über das Geschehen und den erlebten Terror der kommunistischen Geheimpolizei. Die in Spanien gefeierte Einheitsfront der Interbrigadisten zerfiel. In Gurs separierten sich 1939 mehr als 100

124 FZH/WdE 247. Siehe auch Priess, Spaniens Himmel und keine Sterne.

125 FZH/WdE 242.

126 Siehe allgemein zum Spanischen Bürgerkrieg Thomas, *The Spanish Civil War*; mit Blick auf die deutsche Linke Patrick von zur Mühlen, *Spanien war ihre Hoffnung*.

127 Nach Angaben bei Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 187–203, hier S. 194, nahmen 123 Hamburger am Spanischen Bürgerkrieg teil. Nach kommunistischer Selbstdarstellung waren insgesamt rund 5000 Deutsche in Spanien, wohingegen laut einer Statistik der »Kommission der ausländischen Kader beim ZK der KP Spaniens« von 2318 deutschen Freiwilligen gesprochen wird (davon 1440 Kommunisten, 116 Sozialdemokraten, 606 Parteilose, 156 aus sonstigen politischen Gruppen). Siehe SAPMO RY 1 I/2/3/85, Bl. 8 und zusammenfassend Paul/Mallmann, *Milieus und Widerstand*, S. 443.

128 Vgl. zum »Stellvertreterkrieg« am Beispiel von kommunistischen Emigranten aus dem Saarland Paul/Mallmann, *Milieus und Widerstand*, S. 442–452.

129 Hochmuth/Meyer, *Streiflichter*, S. 200–202 geben die Namen von 30 in Spanien gefallenen Hamburgern sowie 11 in Frankreich oder nach Auslieferung in Deutschland bzw. anderweitig getöteten Spanienkämpfern an.

130 Vgl. zu den Verhältnissen in verschiedenen französischen Internierungslagern die Beiträge in Grandjonc u. Grundtner (Hg.), *Zone der Ungewißheit*, bes. Vormeier, *Die Lage der deutschen Flüchtlinge in Frankreich. September 1939 bis Juli 1942*, in: ebd., S. 210–235; Gilzmer, *Fraueninternierungslager in Südfrankreich*; Schramm/Vormeier, *Vivre à Gurs*; Mittag, »Es gibt Verdammte nur in Gurs«.

Abweichler – rund die Hälfte davon KPD-Mitglieder – von den parteitreuen Kommunisten und bildeten eine »9. Kompanie«. ¹³¹ Die nach Meinung der linientreuen Kommunisten »faschistisch-trotzkistischen Agenten« wurden innerhalb des Lagers ausgegrenzt. ¹³² Die politischen Gegensätze unter den Spanienkämpfern vertieften sich angesichts des Hitler-Stalin-Paktes. Nicht nur die sogenannte Kundt-Kommission bereiste nach dem deutschen Sieg über Frankreich unter Teilnahme von drei Beamten des Reichssicherheitshauptamtes die Internierungslager in Südfrankreich und erstellte Listen der gemäß Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages an Deutschland auszuliefernden. Auch viele durch die Wendungen der Parteipolitik verwirrte Kommunisten zogen freiwillig eine Rückkehr nach Deutschland einem Verbleiben in den französischen Internierungslagern vor, in denen schlechte materielle Bedingungen herrschten. ¹³³ Parteioffiziell wurde dieser Drang nach Heimkehr sogar durch Direktiven unterstützt, die bei zu erwartenden geringen Strafen eine Repatriierung empfahlen. ¹³⁴ Der nachfolgend vorgestellte Interviewpartner gehört zu der Gruppe, die dieses »Angebot« der deutschen Stellen auf Rückkehr nach Deutschland wahrnahm.

Mit dem zum Zeitpunkt des Interviews 81jährigen ehemaligen Kommunisten Klaas Kreutzer kam ein insgesamt dreieinhalbstündiges Interview an zwei Terminen zustande. ¹³⁵ Er wurde 1950 nach kritischen Äußerungen zur damaligen DDR aus der Partei ausgeschlossen. Das nachträgliche Gefühl, der Befehlsstruktur in der kommunistischen Organisation ausgeliefert gewesen zu sein, bestimmt zum Teil seine Erinnerungen.

Auf die Eingangsfrage, ob Klaas Kreutzer ein »gebürtiger Hamburger« sei, antwortet er mit der Einschränkung, er sei »eigentlich Altonaer«, wobei er betont, daß Altona erst 1937 mit Hamburg vereinigt wurde. ¹³⁶ »In dieser Genossenschaft bin ich geboren, der Spar- und Bauverein«. ¹³⁷ In seiner Formulierung klingt die Bedeutung von Nachbarschaft und engen Kontakten in der Genossenschaft für sein späteres Leben an.

131 Vgl. Nelles, Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie, S. 56–85.

132 Siehe Anlagen zum Bericht der deutschen Gruppe. Material über die 9. Kompagnie, Ende Juli 1939 Gurs, »Unser Kampf gegen die faschistisch-trotzkistischen Agenten. Die IX. Kompagnie«, in: SAPMO RY 1 I/2/3/85, Bl. 101–159.

133 Die Internierungslager waren seit dem Juli 1940 das Ziel mehrerer Kommissionen, nicht nur der Kundt-Kommission (27.7. bis 3.9.1940). Siehe Hinweise bei Eggers, Die Reise der Kundt-Kommission, S. 238 u. 246.

134 Vgl. beispielhaft für die saarländischen Kommunisten beschrieben bei Mallmann, »Kreuzritter des antifaschistischen Mysteriums«, S. 32–55. sowie Paul/Mallmann, Milieus und Widerstand, S. 481ff.; Siehe allgemein Eggers, Die Reise der Kundt-Kommission, S. 235–247.

135 Siehe FZH/WdE 242, Interview mit Klaas Kreutzer am 3.5. und 5.5.1994 geführt von Alfons Kenkmann.

136 Als grundlegenden Überblick auch über die Veränderung des hamburgischen Gebietes in der NS-Zeit siehe Lohalm, Hamburgs Verwaltung und öffentlicher Dienst im Dritten Reich, bes. S. 177–190.

137 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 1.

Klaas Kreutzer wurde 1913 in Altona als jüngster von drei Brüdern geboren. Die Mutter Hanna war als Arbeiterin im Ersten Weltkrieg in einer Munitionsfabrik beschäftigt und nach seiner Ansicht später als Kommunistin politisch noch stärker engagiert als der Vater, der als Schlosser auf verschiedenen Werften arbeitete. Beide Eltern und der älteste Bruder waren Mitglieder der KPD. Klaas Kreutzer selbst gehörte zunächst der kommunistischen Kindergruppe an, später für kurze Zeit dem Jung Spartakus Bund, der 1924 gegründeten Organisation für Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren. Während des Hamburger Aufstandes der KPD 1923 fand bei der Familie eine Hausdurchsuchung statt, die bei Klaas Kreutzer eine prägende Erinnerung hinterließ. Er besuchte bis 1927 die Volksschule und absolvierte anschließend eine vierjährige Maurerlehre. Im gleichen Jahr trat er in den Deutschen Baugewerkschaftsbund ein. Er beendete die Lehre 1931 und wurde arbeitslos. Von März 1932 an war er mit seinem Vater auf Wanderschaft. Politisch war er gegen die Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und ordnete sich den »Versöhnlern« zu. In der Gewerkschaftsjugend lernte er nach eigenem Bekunden einen partnerschaftlichen Umgang der Jugendlichen kennen. Er ersehnte die Einheit der Arbeiterbewegung, die die Machtergreifung der Nazis seiner Meinung nach hätte verhindern können. »Da war keine Reiberei, so wie das in den Köpfen der Parteien war. Furchtbar. Die Arbeiter-Führer haben sich da mehr bekämpft, als ihre eigenen Gegner. Und das ist doch das Tragische überhaupt, daß die Nazis mit an die Macht gekommen sind.«¹³⁸

Klaas Kreutzer wurde zunächst nicht Mitglied der KPD. Aus dem Jung Spartakus Bund trat er nach eigener Darstellung aus, nachdem er im Alter von 11 Jahren zusammen mit den anderen Kindern auf Geheiß der Leiterin rote Hemden zur Reichstagswahl anziehen sollte. In der Gewerkschaftsjugend fand er eher eine Heimat. Seine Mutter machte die Abgrenzung zur SPD nicht mit und arbeitete im sozialdemokratisch dominierten Elternbeirat der Schule mit. Klaas Kreutzer fühlte sich nach eigenen Angaben von den gewalttätigen Demonstrationen und Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten abgestoßen. Die beiderseitige Uniformierung machte ihn »sauer« und stand für ihn im Widerspruch zur Not der Zeit. Er grenzte sich nach beiden Seiten, zur SPD wie zur KPD, ab. Im Oktober 1932 folgte er einem Freundeskreis in Altona, der sich von der SAJ löste, und trat in den KJVD ein, »das kleinere Übel«¹³⁹ in seinen Augen.

Anfang 1933 beteiligte sich Klaas Kreutzer am Freiwilligen Arbeitsdienst, zu dieser Zeit nach seiner Erinnerung noch eine »sozialdemokratische« Einrichtung. In Hamburg trat auch der SPD-geführte Senat für diese

138 Transkript Kreutzer, S. 3.

139 Transkript Kreutzer, S. 9.

Form der Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher ein. Im April 1933 wurde der Arbeitsdienst »gleichgeschaltet« und paramilitärisch umstrukturiert.¹⁴⁰ Im Juni 1933 schied Klaas Kreutzer aus dem freiwilligen Arbeitsdienst aus und arbeitete in der freiwilligen Landhilfe bei einem Bauern, von dem er sich jedoch stark ausgenutzt fühlte. Einen Monat später erlangte er über Beziehungen der Genossenschaft seine Einstellung als Maurer. Es ging ihm wirtschaftlich seit 1933 besser als zuvor.

Die Freundesgruppe, die aus Jugendlichen des KJVD wie der SAJ bestand, sammelte für gemeinsame Unternehmungen Geld, führte gemeinsame Fahrten durch und besuchte Volkstanzveranstaltungen. Klaas Kreutzer galt den Verfolgungsbehörden als Kassierer des KJVD in Altona. Im August 1934 entging er durch Vorwarnung der Verhaftung und floh über verschiedene Stationen in Verstecken im September 1934 nach Dänemark. Aufgenommen wurde er dort von einer Gruppe emigrierter »Versöhnler«. Finanzielle Unterstützung erhielt er von der Roten Hilfe, im Gegenzug beteiligte er sich an der Verbreitung einer kommunistischen Zeitschrift. Versammlungen, bei denen Parteaufträge verteilt wurden, empfand er als Zwang. Wegen seiner Kontakte zu den »Versöhnlern« hatte ihm die Rote Hilfe kurzfristig sogar ihre Bürgschaft, die zur Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung in Dänemark notwendig war, entzogen. In dieser Situation bürgte eine Dänin für ihn. In der dänischen Emigration machte er Erfahrungen von Solidarität und Toleranz jenseits der politischen Bekenntnisse oder sozialen Klassen. Mit einer dänischen Familie kommt er bis zum heutigen Tage regelmäßig zusammen. Gleichwohl blieb er in Dänemark nur geduldeter Ausländer. Zwar wurde seine Aufenthaltsgenehmigung immer wieder verlängert, doch eine Arbeitsgenehmigung erhielt er nicht. So arbeitete er im wesentlichen »schwarz« als Maurer. Auch in Dänemark war er Mitglied einer Gemeinschaft von Jungkommunisten, die er bereits aus Altona kannte. Seine Meldung zur Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg im Dezember 1936 erklärt er mit dem Gruppendruck. Er wollte nicht allein zurückbleiben.

»K: Ehrlich gesagt, ich bin kein Militarist. Und als ich nach Spanien gegangen bin, ja ach Gott, ich weiß es auch nicht. Weil meine Kollegen alle mitgingen, vielleicht war ich zu feige, ihnen »nein« zu sagen. Man weiß es nicht. Ich war eben kein Militarist. Ich habe noch nie 'ne Waffe in der Hand gehabt. Ich war – brauchte in Spanien nicht. Man hat uns da ja auch verschaukelt. Guck' mal, am 12. Dezember '36 sind wir da von Esbjerg weggefahren. Am 28. war ich schon verwundet.

I: Von Dänemark weg?

140 Siehe zum Freiwilligen Arbeitsdienst und der Beteiligung der SPD Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 719ff.; zu Hamburg mit Blick auf den KJVD Gussek, Kommunistische Jugendliche in Hamburg, S. 116–131.

K: Dänemark. Mit 'm Dampfer bis Antwerpen, und Antwerpen, Dünkirchen, denn Paris. Dann war man am 17., glaube ich, in Albacete. Und am 28. war ich schon verwundet. Da ist doch kein – da war doch kein Dings drin, keine Ausbildung, kein nichts. Ich habe noch nie irgendwie – man hat uns da einfach hin, und fertig. Da habe ich auch gedacht, Mensch, wo bist du hier bloß gelandet.«¹⁴¹

Klaas Kreutzer gehörte noch zur zahlenmäßigen Hauptrekrutierungswelle vom Herbst 1936, die auf die Bildung der Internationalen Brigaden im Oktober 1936 zurückging.¹⁴² Er kämpfte zunächst mit anderen Hamburger Emigranten zusammen in Albacete und verbrachte nach seiner Verwundung 14 Wochen im Lazarett. Nach der Beurteilung des letzten KPD-Vertreters in Spanien, Gustav Szinda, hieß es in seiner Kaderakte: »Kam im Dezember 1936 zur 14. Brigade, später zur Artillerie Batterie Thälmann. War ein durchschnittlicher Soldat, politisch sehr schwach und war leicht von schlechten Elementen zu beeinflussen. In die KP Spaniens wurde er nicht überführt.«¹⁴³

In dieser kritischen, aber nicht aus der kommunistischen Gemeinschaft ausgrenzenden Charakterisierung spiegelt sich die Orientierung Klaas Kreutzers an anderen, ebenfalls nicht linientreuen Mitkämpfern. Er selbst erinnert sich an interne Kämpfe in Spanien zwischen Anarchisten und den moskauhörigen Kommunisten nicht. Er persönlich habe keine Auseinandersetzungen gehabt und verstand sich mit allen immer sehr gut. Auf die Frage, ob er nicht einmal versucht habe, wegzukommen, antwortet Klaas Kreutzer, daß dies in Spanien unmöglich war.

Zu Kampfeinsätzen ist Klaas Kreutzer bis zum Ende des Spanienkrieges nicht mehr gekommen. Ende Januar 1939 wurde er mit seiner Einheit per Schiff nach Barcelona gebracht. »Da wollte [man] uns nochmal richtig verheizen, schätze ich«.¹⁴⁴ Doch am 9. Februar 1939 war der Kampf engültig beendet. Nach dem Grenzübertritt nach Frankreich im Februar 1939 wurde er interniert, zunächst im Lager St. Cyprien, dann seit April 1939 in Gurs. In den Lagern bildete sich eine interne Struktur heraus. Klaas Kreutzer wohnte in einer Baracke zusammen mit noch 30 Mann, von denen fünf seiner Erinnerung nach aus Hamburg stammten.

»**K:** Ja. Es gab 'ne 9. Kompanie. Das waren die Sozialisten und die Abtrünnigen, wie sie hier bei uns erzählten.

I: Wer sie?

141 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 6–7.

142 Siehe zu Aufbau und Zusammensetzung der Internationalen Brigaden von zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung, S. 178–199.

143 SAPMO RY 1/112/3/88, Bl. 22.

144 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 25.

K: Na, die 150-Prozentigen haben wir immer zu den Kommunisten gesagt, also die genau das machten, was Moskau wollte.

(...)

Wir, Hans R. und ich, wir sind in die 9. Kompanie, weil man uns praktisch isoliert hat, weil wir ja noch mit denen sprachen, und das hat man uns übergenommen.

I: Weil Sie mit diesen Leuten von der 9. Kompanie sprachen?

K: Nein, weil wir mit den Leuten, das waren meine Kumpels, mit denen ich immer direkt zusammen war, mit Hans B. usw. in Dänemark und in Spanien. Man hat natürlich mit denen gesprochen, und das hat man uns übergenommen.

I: Was heißt übel?

K: Also, was soll ich sagen, überhaupt nicht mehr mit uns gesprochen, als wenn wir gar nichts waren, so ungefähr. Und das haben wir natürlich gemerkt. Und da haben wir gesagt, dann laß' uns mal da drüben rübergehen.

I: Waren Sie nicht sehr enttäuscht von dem Verhalten dieser Leute?

K: Ja, klar waren wir enttäuscht. Das ist ja eben leider so, was ich immer gefühlt hatte, daß man sich immer hat von Moskau einschüchtern lassen. Denn was Moskau wollte, hat man gemacht. Keine eigene Politik. Sämtliche Dinge ausgenutzt meines Erachtens nach.

I: Sagen Sie das jetzt im nachhinein, oder haben Sie das damals schon gefühlt?

K: Das habe ich schon in der Emigration gefühlt.

I: Daß Sie so benutzt werden?

K: Ja, und auch, daß man uns nach Spanien geschickt hat. Wir haben praktisch keine Unterstützung von der Roten Hilfe ... aber plötzlich hatten sie denn 78 Kronen für die Fahrt nach Frankreich. Das kommt einem doch manchmal ... Wie kommen die plötzlich zu dem Geld, daß die uns dahin schicken können.

I: Sie waren dann bei dieser 9. Kompanie?

K: Ja. Wir sind da nur hin, um aus diesem Milieu, wo man uns nicht mehr anerkannte, rauszukommen. Und dann haben wir uns zu 'ner Arbeitskompanie gemeldet von den Franzosen. Und da sind wir denn im März '40 an die französisch-schweizerische Grenze und haben da Straßenbau gemacht.«¹⁴⁵

Klaas Kreutzer erlebte erneut, wie die Partei im Lager seine persönlichen Kontakte regulieren wollte. Doch in Gurs gab es eine Gegenkraft in Form der von der KPD verfeimten »9. Kompanie«. Seine bisher aufgebaute Treue zur kommunistischen Partei wurde auf eine schwere Probe gestellt. Die Geschichte von Klaas Kreutzer ist die eines Abschiedes von der KPD auf Raten. Die parteiliche Gängelung in der Emigration in Dänemark, das Gefühl »verheizt« zu werden in Spanien und schließlich die Kehrtwende

Moskaus mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt im August 1939 ließen Klaas Kreutzer Abstand gewinnen. Wichtig waren für ihn seine »Kumpels«, also die Sozialbeziehungen und Freundschaften, nicht die politische Leitlinie.¹⁴⁶

Auf sozialistischer Seite wurde die Meldung zur Rückkehr nach Deutschland oder sogar die Werbung für die französische Fremdenlegion unterstützt, eine zweifelhafte Alternative, wie Klaas Kreutzer am Schicksal einiger Freunde belegt, »die darauf reingefallen« seien. Er selbst versuchte, aus der sozialen Ächtung herauszukommen, die den Mitgliedern der »9. Kompanie« entgegenschlug, und meldete sich zu einer französischen Arbeitskompanie. Hier arbeitete er von März 1940 bis März 1941 als Maurer außerhalb des Lagers an der deutsch-schweizerischen Grenze. Beim deutschen Überfall auf Frankreich wollte er sich nach England absetzen, kam allerdings nur bis Toulouse. Mit einem Freund schlug er sich im unbesetzten Frankreich durch, landete am Ende in einer Kaserne in Marseille und wurde anschließend im berüchtigten Straflager Le Vernet interniert. Dort traf er seine kommunistischen Freunde wieder, die ihn aufnahmen, »als wenn gar nichts war von der Partei«.¹⁴⁷ Klaas Kreutzer selbst wollte ebenso wenig den mittlerweile abgeflauten politischen Gegensatz wieder wecken und schwieg mit dem Kalkül: »Wenn man nämlich für sich alleine ist, kommt man nicht zurecht.« Er wurde offenbar wieder aufgenommen.¹⁴⁸ Im Mai 1941 schlug die KPD dann den jüngeren unter den Kommunisten, die nur eine geringe Strafe zu erwarten hatten, vor, sich freiwillig zurück nach Deutschland zu begeben, was Klaas Kreutzer nutzte, um erneut aus dem Lager wegzukommen.

»K: Alle jüngeren ›Ihr könnt euch freiwillig zu Hause melden. Euch geschieht nichts, Spanien ist amnestiert‹ und was weiß ich. Und faktisch war auch kein Krieg zwischen Rußland und [Deutschland].

146 Dieser Vorgang findet auch Bestätigung in der Aussage von Klaas Kreutzer, die in einer Anklageschrift 1942 verarbeitet wurde. »Der Zeuge K. lag von April 1939 bis Ende Dezember 1939 im Lager Gurs mit P. in der gleichen Baracke. Auch er berichtet von der Spaltung der Jugendvereinigung, die im wesentlichen dadurch herbeigeführt wurde, daß die eine Gruppe, der K. angehörte, durch die Erfahrungen in Rot-Spanien vollkommen enttäuscht worden war und sich vom Kommunismus abwandte. Die andere Gruppe sympathisierte weiter mit dem Kommunismus. Dieser kommunistischen Gruppe gehörte auch P. an. Zusammen mit anderen Gesinnungsgenossen versuchte der Beschuldigte alle Lagerinsassen im kommunistischen Sinne zu beeinflussen.« (BA NJ 11960).

147 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 31.

148 Dieser Eindruck wird auch von einer Charakterisierung von Klaas Kreutzer gestützt, die sich in einem undatierten »Verzeichnis der Mitglieder der K.P. Deutschlands, die sich in den Konzentrationslagern in Frankreich befinden«, niedergeschlagen hat: »tapfer, zuverlässiger Soldat, pol. aktiv, parteitreu« (SAPMO RY 11/12/3/85, Bl. 27–59, hier 40). Zudem erhielt er 1956 auch die Hans-Beimler-Medaille durch den Ministerrat der DDR (Pasaremos, S. 315) als Anerkennung für seinen Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg, wohingegen ein anderer Spanienkämpfer (FZH/WdE 268), der in der Nachkriegszeit als Verräter galt und in Workuta im Lager war, auf dieser Liste fehlt.

I: Und das hat man Ihnen freigestellt, ganz offen?

K: Na, direkt hat man 's auch wieder so 'n bißchen ...

I: Aber ich denke, man hatte doch schon versucht, daß Sie nicht nach Deutschland zurückgehen?

K: Das war ja eben das. Ich habe gedacht, ach Schiet, ob du hier verreckst, oder du verreckst in Deutschland. Denn da war das Essen wirklich mies. Da hat man nur Runkelrüben zu fressen gekriegt. Ich hab 114 Pfund gewogen, können Sie sich ja vorstellen.

I: Aber Ihr Entscheidungsprozeß, jetzt zurückzukehren nach Deutschland, wie wurde das denn von den Kameraden aufgenommen?

K: Na, ach Gott, wenn Ihr meint, dann gehen wir. Sie selber, natürlich die das gesagt haben, sind nicht zurückgegangen. Die obere Funktionäre waren, die konnten das nicht machen. Gut, S. ist zurückgekommen, H. P. ist zurück, und J. ist zurückgekommen.

I: Ich frage noch mal nach, die Partei hat Sie frei entscheiden lassen?

K: Naja, frei, mmhh ...

I: Was heißt das?

K: So 'n bißchen: ›Na, geh' man! Dir passiert schon nichts.‹ Die waren wohl immer froh, wenn sie die Leute los waren. Denn aus Vernet rauszukommen, war ja faktisch [unmöglich]. Die hatten uns da ja auch mit Stacheldraht eingesperrt. Viele sind schon im Juni [weggekommen] – am 22. begann der Krieg in Rußland – und ich mußte dann am 25. [weg]. Dann sind wir von der Gendarmerie abgeholt [worden], an der Grenze, Demarkationslinie sind wir denn ... dem SD ausgeliefert [worden].«¹⁴⁹

Die Empfehlung zur Rückkehr fand bei Klaas Kreutzer Resonanz. Er begründet seine Rückkehrbereitschaft mit den schlechten Ernährungsverhältnissen und der Alternativlosigkeit in Le Vernet. Im Rückblick vermutet er auch ein Interesse der kommunistischen Lagerleitung, die sozialen Druck zur Rückkehr gemacht hatte. Für Klaas Kreutzer ging die Rückkehr nach Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Rückkehrern, die nachfolgend in Konzentrationslagern oder Bewährungsbataillonen starben¹⁵⁰, besser aus. In Hamburg verhörte ihn die Gestapo 18 Tage lang, ihm wurden Bilder anderer Bekannter gezeigt. Er wurde nach eigener Aussage in der Untersuchungshaft nicht mißhandelt. Er machte Aussagen, die von der Staatsanwaltschaft für die Anklageschriften anderer Rückkehrer verwendet wurden.¹⁵¹ Nach zehnmonatiger Untersuchungshaft wurde er in einem Prozeß zu eineinhalb Jahren Gefängnis wegen der illegalen Tätigkeiten vor und während der

149 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 32.

150 Siehe die Erwähnung ausgewiesener Opferschicksale von Hamburgern bei Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 200–202.

151 Siehe BA NJ 11960.

Emigration in Dänemark verurteilt. Wegen der Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg wurde er nicht vor Gericht angeklagt.¹⁵²

Seine Strafe verbüßte er im Untersuchungsgefängnis in Hamburg. Hier wie auch schon in Dänemark oder in Frankreich kam ihm seine Ausbildung als Maurer zugute. Er führte kleinere handwerkliche Arbeiten an den Häusern der Wärter aus und wurde in Ruhe gelassen. Nach seiner Entlassung 1943 entging er als »wehrunwürdig« zunächst dem Militärdienst und arbeitete erneut bei seinem alten Arbeitgeber aus der Vorkriegszeit.

Klaas Kreutzer suchte zu Widerstandsgruppen keinen Kontakt und beschloß zu »überwintern«. Im Ruderclub Helias fand er nach eigener Angabe eine Gruppe von ca. 40 ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten, in der er sich sozial geborgen fühlte. Zudem ging er in einen Mauergesangsverein in Blankenese, »daß man aus der Lethargie rauskam«.¹⁵³ Im Rückblick resümiert Klaas Kreutzer, daß »alles gut gegangen« sei, eine Beteiligung an Widerstandshandlungen blieb für ihn jedoch ausgeschlossen. Trotzdem holte ihn die Abstempelung als politischer Gegner ein. Er wurde aufgefordert, sich freiwillig zum Militär zu melden, doch er hat, wie er sagt, »standgehalten«.¹⁵⁴ Im Juni 1944 mußte er schließlich zum Bewährungsbataillon 999 und kam zur Ausbildung nach Baumholder (zwischen Trier und Kaiserslautern). Er erhielt keine Waffe mehr in die Hand, nur Besen und Schaufel, was er rückblickend als kleinen Sieg seiner Verweigerung ansieht, wenngleich dies eher als eine Folge der sicherheitspolizeilichen Skepsis gegenüber den Mitgliedern der Bewährungsbataillone nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gesehen werden kann.¹⁵⁵

Am 2. Mai 1945 geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde nach kurzer Zeit freigelassen, konnte im Oktober 1945 nach Hamburg zurückkehren und fing erneut bei seinem alten Lehrmeister an. Nach Zwistigkeiten mit diesem begann er 1946 bei den Hamburger Gaswerken zu arbeiten, wo er dreißig Jahre bis zu seiner Pensionierung blieb. Im Jahre 1946 heiratete er. Seine Frau hatte er während des Krieges kennengelernt. Sein Leben seit 1950 schätzt Klaas Kreutzer als »einigermaßen wieder normal« ein.¹⁵⁶ In diesem Jahr wurde er wegen kritischer Äußerungen zur DDR aus der KPD ausgeschlossen. Klaas Kreutzer war später politisch in der Gewerkschaft ÖTV tätig. Bis zum Engagement in der SPD, die er nach eigenem

152 Urteil des Hanseatischen OLG Js 17/42 vom 7.8.1942, in: BA NJ 10684.

153 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 37.

154 Transkript Kreutzer, S. 38.

155 Vgl. Klausch, Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999; ders., »Erziehungsmänner« und »Wehrunwürdige«, bes. S. 76ff.; ders., »Wehrunwürdige«, die Bewährungsbataillone 999 und das Problem der Desertion, bes. S. 159ff.; weitere Hinweise bei der Darstellung der Lebensgeschichte von Hector Sellin.

156 FZH/WdE 242, Transkript Kreutzer, S. 42.

Bekunden gewählt hat, ist er nicht gekommen, da seine Weimarer Erfahrungen mit der SPD für seinen Parteibeitritt ein Hemmnis darstellten.

Seine sozialen Bindungen und seine Verfolgungserfahrungen wegen seines kommunistischen Engagements standen im Mittelpunkt seines Lebens. Angesichts der stetigen Erfahrungen von Ausgrenzung und innerparteilicher Disziplinierung löste er sich immer wieder von der Partei (so in Dänemark, in Frankreich, zuletzt in Deutschland). Er war ein sozialer Gefolgsmann der KPD, kein ideologischer. Veränderte sich sein soziales Umfeld, wich er ab. In seiner Milieuverhaftetheit ist er nicht nur ein Beispiel für die Zugehörigkeit, sondern auch für die Abweichung von der Parteilinie. Gewerkschaftliche Mitarbeit bildete für ihn die Möglichkeit, in der Nachkriegszeit soziales und politisches Engagement jenseits von Parteipolitik miteinander zu verbinden.

3. Verfolgungserfahrungen in der Kriegszeit

a) Individualismus und Zwangsvergesellschaftung in der »Heimatfront« – »Ich konnt' mir gar nicht denken, daß es solche Menschen gibt«

Bereits in den bisher geschilderten Lebensdarstellungen ist zum Ausdruck gekommen, daß die Kriegserfahrung mit ihren existentiellen Bedrohungen viele vorausgegangene Erfahrungen überspielte. Vor allem in den Jahren der Bombenangriffe – bis zum Großangriff im Sommer 1943, bei dem rund 34.000 Menschen starben, waren bereits seit Mai 1940 bei 137 Angriffen 1431 Menschen ums Leben gekommen¹⁵⁷ – konnte die Solidarität, aber auch der Zwang kleiner Überlebensgemeinschaften erfahren werden. Auch die Formierung der »Heimatfront« ließ kaum Lücken zu. Die Rationierung der Lebensmittel und Verbrauchsgüter, der Luftschutz, die Kinderlandverschickungen und Evakuierungen erfüllten nicht nur die Aufgaben der Versorgung und des Schutzes der Bevölkerung, sondern bedeuteten auch die Herabwürdigung von Menschen zu Zahlen. Die Belastungen des Bombenkrieges – in Hamburg insbesondere seit 1943 – führten zu alltäglicher Unzufriedenheit mit dem Regime und mit dessen Vorsorge für die Bevölkerung. Immer häufiger kam es in der Bevölkerung zu Unmutsäußerungen, die als »Heimtücke« verfolgt wurden, gleichwohl nicht als politische

157 Siehe Büttner, »Gomorrha«; S. 19. Allgemein zum Luftkrieg und seinen Auswirkungen in Hamburg Brunswig, Feuersturm über Hamburg; Die Hamburger Katastrophe; Szodrzynski, Das Ende der »Volksgemeinschaft«; unter Auswertung von Interviews Bake, Rita (Hg.), »aber wir müssen zusammenbleiben«; Böge u. Deide, Bunkerleben und Kinderlandverschickung; ferner die Beiträge in Jureit u. Meyer (Hg.), Verletzungen.

Opposition gedeutet werden können.¹⁵⁸ Zudem nahm das verbotene und nicht selten bestrafte Hören von »Feindsendern« sehr zu. Angesichts der Wandlung der Stimmung zur Resignation und des verstärkten Rückzugs auf Arbeit und Familie fand eine schleichende Erosion der »Volksgemeinschaft« statt, und einzelne fanden den Weg zur Überschreitung herrschender Kommunikationstabus.

Insbesondere Frauen zeigten in der zweiten Kriegshälfte zunehmend disidentes Verhalten. Sie litten ebenso unter den erschwerten Bedingungen der Lebensführung wie unter den erhöhten Anforderungen im Arbeitsleben, die auch nicht durch die sozialpolitischen Integrationsbemühungen des Regimes (Familienunterstützung für Soldatenfrauen und deren Nicht-Anrechnung auf den Lohn, DAF-Betreuung, Haushaltstage, Teilzeitarbeit) aufgefangen werden konnten.¹⁵⁹ Die Unzufriedenheit mit einzelnen konkreten Zumutungen des Regimes brach sich in »Meckern« Bahn und konnte von der Gestapo nur mit Hilfe vieler Denunzianten verfolgt werden. Selbst in Familien kam es zu Anzeigen.¹⁶⁰

Mit Franziska Haenel, geboren 1898 in Hamburg, kam ein mehr als fünfstündiges Interview zustande. Sie lebte zurückgezogen und vereinsamt und nahm das Interview zum Anlaß, eine Lebensbilanz zu ziehen. Weil sie als Folge der Lärmbelastung während der Arbeit als Strafgefangene hörgeschädigt war, mußten ihr manche Fragen auf geschriebenen Zetteln vorgelegt werden. Nach dem Krieg hat sie nicht nur Tagebuch geschrieben, sondern 1969 auch einen Bericht über ihre Haftzeit verfaßt. Zudem hat sie der Forschungsstelle viele Briefe, die sie aus der Haft mit ihrem Mann austauschte, zur Verfügung gestellt.¹⁶¹

Zu Beginn des Interviews erwähnt Franziska Haenel ihre Herkunft. Mit ihren Eltern und ihrem sechs Jahre jüngeren Bruder habe sie »glücklich« zusammengelebt, weswegen es »sehr schlimm« war, als der Bruder »nachher nich' wiederkam«.¹⁶² Der Hinweis auf den Tod ihres geliebten Bruders im Zweiten Weltkrieg und die Idealisierung der Familie markieren die wichtigen Bezugspunkte ihrer nachfolgenden Lebensgeschichte. Sie besuchte die

158 Zur Denunziation und Heimtücke siehe Broszat, Politische Denunziationen; Diewald-Kerkmann, Politische Denunziation; dies., Denunziantentum; zu Bayern Hüttenberger, Heimtückefälle, S. 425–536; zu Düsseldorf Mann, Protest und Kontrolle, S. 287–305; zu Schleswig-Holstein Paul, Staatlicher Terror, S. 122–133; zu Hamburg Schmitz, Wider die »Miesmacher«, »Nörgler« und »Kritikaster«; Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Von Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen ...«, S. 342–354.

159 Siehe Wickert, Frauenwiderstand und Dissens im Kriegsalltag, bes. 421ff.; Kundrus, Kriegerfrauen, bes. S. 245ff.;

160 Siehe zum Beispiel FZH/WdE 237 (Anzeige vom Ehemann gegen die Mutter der Interviewpartnerin). Vgl. allgemein Mallmann, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe, S. 90ff.

161 Siehe die Dokumente sowie das Interview mit Franziska Haenel am 22.2.1994, 10.3.1994, 29.3.1994 geführt von Alfons Kenkmann in: FZH/WdE 234.

162 Transkript Haenel, S. 1.

Volksschule am Holstenwall, die sie als »fortschrittlich« kennzeichnet, da sie zur ersten Mädchenklasse gehörte, die Schwimmunterricht hatte. Eine Oberschule besuchte sie nicht, da ihre Eltern den Bruder mit dem Berufsziel Lehrer studieren lassen wollten. Ihr Vater war »vom Soldaten zum Polizist gekommen und dann nachher zum Zollbeamten«, später hat er als Arbeiter gearbeitet.¹⁶³ Hier will Franziska Haenel keine genaueren Auskünfte machen, eine Scheu, die auf einen sozialen Abstieg des Vaters hindeuten könnte. Aus dem Ersten Weltkrieg erinnert sie zwar noch, daß Hunger geherrscht habe, doch sie selbst »brauchte wohl nicht soviel« und kann nicht sagen, daß sie »direkt gehungert« habe.¹⁶⁴ Franziska Haenel besuchte eine Haushaltungsschule, war danach »in Stellung« im Hause eines Rechtsanwalts, wo sie sich mehrmals mit der »Madame« überwarf. Ihre Arbeitserlebnisse (z.B. wiederholtes Putzen der Toilette, weil die Hausfrau auf dem Spülkasten noch Schmutz entdeckte) spiegeln eine demütigende Grunderfahrung.¹⁶⁵ Sie verließ die Stelle und besuchte schließlich die Handelsschule. Dort war sie von 1917 bis 1920 als Lehrerin für Stenographie, Debattenschrift und Maschinenschreiben beschäftigt. Hier lernte sie ihren späteren Mann, ebenfalls einen Lehrer, kennen. Als Mitglieder in einer Baugenossenschaft erhielten sie bald nach der Hochzeit 1920 eine Wohnung.

Ihr politisches Engagement – sie trat zusammen mit ihrem Mann 1927 in die SPD und die Friedensgesellschaft¹⁶⁶ ein – sieht sie in frühen Erzählungen ihrer Mutter über die Bedrückung der Bauern durch die Großgrundbesitzer in der schlesischen Heimat der Eltern sowie durch ihren Mann begründet. »Ich bin erst durch meinen Mann zur Politik gekommen.«,¹⁶⁷ bekennt Franziska Haenel. Die zumindest formale Mitgliedschaft Franziska Haenels in der Friedensgesellschaft entstammte ihrer Angst, ihr Vater müßte in einen Krieg ziehen und die Familie allein lassen. Diese Angst der Jugendlichen vor dem Verlust des Vaters wirkte sich in verschiedenen Lebensentscheidungen aus. So wird die Kinderlosigkeit der eigenen Ehe mit der Einstellung begründet, kein »Kanonenfutter« großziehen zu wollen. Franziska Haenel und ihr Mann waren Mitglieder der SPD. Er ging zu Versammlungen

163 Transkript Haenel, S. 3.

164 Transkript Haenel, S. 10.

165 Siehe allgemein zu Erfahrungen von Dienstmädchen Wierling, Mädchen für alles, bes. S. 127–139 (zur Beziehung von Hausfrau und Dienstmädchen).

166 Zur Organisationsgeschichte der Deutschen Friedensgesellschaft in der Weimarer Republik siehe Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft, bes. S. 420–447. Scheer schätzt, daß Mitte der zwanziger Jahre rund fünfzig Prozent der Mitglieder der Friedensgesellschaft auch Mitglieder der SPD waren (ebd., S. 433). Im September 1931 kam es zu einem Unvereinbarkeitsbeschuß der SPD gegen die Deutsche Friedensgesellschaft, deren führende Mitglieder mit einer eigenen pazifistischen Partei liebäugelten und sich vorübergehend in der von der SPD abgespalteten SAP wiederfanden (ebd., S. 542–559). Vgl. auch Riesenberger, Geschichte der Friedensbewegung, S. 143ff., bes. S. 225–229.

167 FZH/WdE 234, Transkript Haenel, S. 17.

und engagierte sich in der 1931 gebildeten »Eisernen Front«¹⁶⁸, zog sich jedoch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten von jedem politischen Engagement zurück. So verbrannte ihr Mann die SPD-Mitgliedskarten und seine Mitgliedskarte der Friedensgesellschaft¹⁶⁹. Nachfolgend bezeichnet Franziska Haenel die Entscheidung zu »überwintern« als bewußte Wahl. Den Alltag unter der nationalsozialistischen Herrschaft beleuchtet sie im Interview anhand von zwei Geschichten, die beide eine gewisse Bedrohlichkeit symbolisieren.

Sie hatte erst 1938 ein Radio angeschafft, einen »Volksempfänger«, genannt »Goebbelsschnauze«. Mit diesem hörte sie einmal eine Rede von Göring, in der dieser davon sprach, man müsse mit einer »Hundepeitsche dazwischen« gehen. Die Gewalttätigkeit in dieser Rede hat sie so aufgeregt, daß sie ihre Handarbeiten, die sie in diesem Moment ausführte, nach eigener Aussage viel zu fest gehäkelt hatte. Die zweite Geschichte bezieht sich darauf, daß eine Verwandte ihres Schwagers wegen ihrer jüdischen Herkunft nach Theresienstadt verschleppt wurde. Die Geschichten belegen ihre Wahrnehmung des Terrors.

Über ihr weiteres Leben in diesen Jahren erzählt sie ansonsten wenig und kommt schnell auf die »Operation Gomorrha«, den großen Bombenangriff auf Hamburg 1943, zu sprechen. Sie berichtet, wie sie sich als Luftschutzwartin in ihrem Haus für den Bau eines richtigen Luftschutzkellers einsetzte. Hierfür sammelte sie trotz der Angst verschiedener Mitbewohner Unterschriften und reichte die Liste schließlich mit Erfolg beim Bausenator ein. Diese Geschichte ihrer eigenen Aktivität in dieser Zeit endet mit der Feststellung: »Jedenfalls als Luftschutzwart war ich beliebt«.¹⁷⁰

Ihre Verweigerung gegenüber dem NS-Regime sieht sie darin, daß sie es durchgehalten hat, nie den Hitler-Gruß zu leisten, trotz zahlreicher peinlicher Situationen u.a. bei Betriebsfesten in der Brauerei, in der sie arbeitete. Franziska Haenel erinnert sich auf Nachfrage daran, daß in dem Betrieb auch »Feindsender« u.a. der BBC mit Ansprachen von Thomas Mann gehört worden sind. Ihre Verweigerung bei gleichzeitiger äußerer Anpassung war immer ein Balanceakt, der angesichts der verbreiteten Denunziationen leicht in der Gefahr stand, zu mißglücken. Im Juli 1944 wurde sie wegen »Heimtücke« verhaftet.

168 Siehe zur »Eisernen Front«, dem aktionistischen Abwehrbündnis der republiktragenden Kräfte Reichsbanner, SPD, freie Gewerkschaften und Arbeitersportvereine in Hamburg Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, S. 126–139.

169 Nach den Wahlen am 5. März 1933 wurden das Büro der Friedensgesellschaft geschlossen und die Akten beschlagnahmt. Führende Mitglieder kamen in Schutzhaft oder flohen. Formal wurde die Gesellschaft erst am 6.9.1935 aufgelöst (Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft, S. 591–598; Riesenberger, Geschichte der Friedensbewegung, S. 248–252).

170 FZH/WdE 234, Transkript Haenel, S. 24.

»H: Das kam eben 1944. Da war Pfingsten so furchtbar viel Alarm. Wir kamen überhaupt nicht mehr zur Ruhe. Wir konnten kaum Mittag essen, war schon wieder Alarm. Und immer in den Keller. Wir waren so nervös. Und dann kamen eben auch die Nachbarn, die keinen Keller hatten, zu S. in den Keller. Meine Mutter – und ich war mit meinen Eltern dann da im Keller. Und dann hatte der eine Nachbar – das war so 'n ganz furchtbarer Nazi, K. hieß er, der war Maler – und da sagte der, wenn er einem abgeschossenen Flieger begegneten würde, dem würde er sofort den Hals durchschneiden. Da konnte meine Mutter sich nicht mehr halten, und da fängt sie an und sagte: »Ja, aber die müssen die, die sind doch auch dazu verpflichtet. Und unsere dürfen doch auch so was machen, uns're Soldaten«. Und ein Wort gab das andere, und so kam das Gespräch, und wir haben alle eben was dazu gesagt. Und ich habe eben auch einige Äußerungen gemacht gegen die Regierung ...«.»¹⁷¹

In der Anklageschrift heißt es, Franziska Haenel habe sich gegen die Bezeichnung »Mordflieger« für die alliierten Flieger verwahrt. »Wieso denn, unsere sind kein bißchen besser. Nur unsere bezeichnet man als Ritterkreuzträger, und die anderen nennt man Gangster«. Im weiteren Gespräch äußerte sie laut Anklageschrift ihren Groll gegen den Krieg und gegen Hitler allgemein, indem sie sagte: »Sie wollen doch nicht bestreiten, daß wir den Krieg angefangen haben« und »Es ist überhaupt unerhört, kommt da so ein Mann und will einfach die ganze Welt erobern«.»¹⁷² Drei Nachbarinnen im Bunker zeigten Franziska Haenel an. Am 17. Juli 1944 wurde sie zur Polizei bestellt, gab den Großteil der gemachten Äußerungen zu und kam in Untersuchungshaft. Am 22. Dezember wurde sie wegen Heimtücke vom Sondergericht zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Aufgrund der Feststellung des Gerichts, daß sie »an sich ein ordentlicher, besonders hilfsbereiter Mensch« sei und in einem Erregungszustand gesteigert durch eine Abneigung gegen Frau M. gehandelt habe, entging sie einer Verurteilung als »Volksschädling«.»¹⁷³ Die Denunziation kam aus der eigenen Nachbarschaft, dem engeren Bekanntenkreis, was daran deutlich wird, daß die Denunziantin der Mutter von Franziska Haenel am Tage der Verhaftung der Tochter noch zum Geburtstag gratuliert hat. Die Enttäuschung

171 Transkript Haenel, S. 45.

172 Siehe die Anklageschrift II Js. P.Sond.287/44 vom 4.12.1944 und das Urteil vom 22.12.1944, in: FZH/WdE 234.

173 Nach einer Auswertung von Urteilen des Sondergerichts Bielefeld verschärfte sich das Strafmaß bei Heimtückedelikten mit dem Kriegsbeginn erheblich und flaute nach einem Gipfelpunkt 1942/43 wieder auf das Vorkriegsniveau ab, was wohl damit zusammenhing, daß viele Heimtückedelikte auf Drängen des Reichsjustizministeriums nach anderen Strafnormen, insbesondere der Kriegssonderstrafrechtsverordnung, abgeurteilt wurden (siehe Diewald-Kerkmann u.a., Von braunen Richtern).

über diesen Verrat in der Nachbarschaft kleidet Franziska Haenel in den Satz: »Ich konnt' mir gar nicht denken, daß es solche Menschen gibt«. ¹⁷⁴

Die Abgabe ihrer Kleidung, die schroffe Behandlung durch die Aufseherinnen und die Unsauberkeit in der Zelle erinnert sie als Degradierung. Der Kontakt mit Prostituierten, den sie in der Untersuchungshaft bekam, führte ihr nicht nur ihre soziale Ausgrenzung vor Augen, sondern hatte auch etwas Faszinierendes und den eigenen Horizont Erweiterndes. Sie kam sich »wie so'n Säugling vor zwischen denen«. ¹⁷⁵ Das Verbot des Hitler-Grußes im Untersuchungsgefängnis nahm sie wegen ihrer vorherigen Weigerung eher positiv wahr. Im Arbeitsaal, in dem beim Nähen oder Tütenkleben eine große Hetze herrschte, fand sie Achtung bei den anderen, meist jüngeren Frauen und erhielt ihren bis heute gültigen Rufnamen »Tante Franziska«. In der Haft zog sie sich ein Magenleiden zu, das sie auch noch lange begleitete. Bald nach der Urteilsverkündung wurde sie ins Gefängnis nach Bützow verlegt. Ihr Mann versuchte noch vor dem Abtransport von Hamburg ins Gefängnis nach Bützow auf dem Bahnsteig Kontakt mit ihr aufzunehmen und ihr Brot zuzustecken. Später hielt er einen intensiven brieflichen Kontakt mit ihr. Auf dem Transport erfuhr sie von einer anderen Gefangenen, wie aussichtslos es war, auf eine Entlassung nach der regulären Haft zu hoffen. Die Gefangene wurde nach der Erinnerung von Franziska Haenel der Gestapo überstellt. »Ich glaube nicht, daß sie überlebt hat.« ¹⁷⁶

Im Gefängnis in Bützow war es nach ihrer Erinnerung noch schlimmer als in der Untersuchungshaft in Hamburg. Statt Sanitäreinrichtungen gab es »Kübelwirtschaft«, die Verpflegung war schlechter, und Flohbefall machte sich bei den Gefangenen bemerkbar. Franziska Haenel mußte mit sechs anderen Frauen in einer Zelle Knoten von Bindfäden aufbinden. Die im Brillenfutteral von Franziska Haenel versteckte Stopfnadel leistete gute Dienste beim Ausbessern der Lumpen, die an den Füßen getragen wurden, damit die Holzschuhe nicht so scheuerten. Der Hofgang (»Idiotengang« ¹⁷⁷) mußte unter Aufsicht einer Beamtin im Marschschritt erfolgen. Zur Überwindung der Öde der Haft und der eigenen Apathie zählte sie ihre Schritte in der Sonne und im Schatten. Mit anderen Gefangenen entwickelte sie eine Beziehung zu einer »Emma« genannten Möwe, die wie ein Haustier gefüttert wurde. Wenn nachts Alarm war und die Frauen in einen ebenerdigen Raum heruntergeführt wurden, kamen sie auch mit Frauen aus anderen Zellen des Gefängnisses zusammen. Hauptthema zwischen den Frauen waren die Haftgründe, über die Franziska Haenel viel erzählt. Kleine Akte der Abweichung

174 FZH/WdE 234, Transkript Haenel, S. 48.

175 Transkript Haenel, S. 49.

176 Transkript Haenel, S. 54.

177 Transkript Haenel, S. 57.

und Verweigerung betonten die Eigenständigkeit der Gefangenen: eine Prostituierte aus der »Herbertstraße« legte sich beim Hofgang der Männer nackt ins Zellenfenster und eine Frau, die wegen Beleidigung von Soldaten im Gefängnis einsaß, störte bewußt den Marschritt während des Hofganges. Franziska Haenel fiel nach eigenem Bekunden auf, weil sie das Kopftuch anders als die restlichen Häftlinge gebunden hatte, nämlich wie eine »Schwesternhaube«.

In Bützow mußten die Häftlinge auch außerhalb des Gefängnisses schwere Arbeit leisten. Franziska Haenel arbeitete in einer metallverarbeitenden Fabrik, in der sie Bleche aneinandernieten mußte, wodurch sie zeitweilig das Gehör ganz verlor und eine Schädigung zurückbehielt. Einmal auf dem Rückweg von der Arbeit erwog Franziska Haenel zu fliehen, doch der Gedanke an den Hund der Aufseherin ließ sie schnell davon Abstand nehmen. Die Außenwahrnehmung ihres Häftlingsdaseins wurde Franziska Haenel am Beispiel einer beim Rückweg von der Arbeit am Straßenrand stehenden Frau deutlich, die zu ihrem Jungen sagte: »Geh' nich' so dicht ran, die stinken«. ¹⁷⁸ Sie selbst hält diese herabwürdigende Äußerung im nachhinein für passend, denn die Häftlinge waren »dreckig«, weil es nur einmal in der Woche die Möglichkeit gab, sich mit heißem Wasser zu waschen. Das nannten die Häftlinge wegen des sich schnell dunkel färbenden Wassers ironisch »Moorbad«.

Mit einer Zellengenossin verband Franziska Haenel bald eine enge Freundschaft, die sich auch in den Nachkriegsjahren bewährte. Nach der Befreiung wohnte die Freundin zunächst noch bei Franziska Haenel und ihrer Familie in Hamburg, und nach ihrer Rückkehr auf einen Bauernhof sandte sie Lebensmittelpakete.

Franziska Haenel wurde im Verlauf ihrer Haftzeit mit den Beamtinnen vertrauter und durfte bei einer Aufseherin sogar Gartenarbeiten durchführen. Ihre Zellengenossinnen mußten Putzarbeiten bei anderen Beamtinnen verrichteten. ¹⁷⁹ Am 2. Mai 1945 wurden sie angesichts der vorrückenden sowjetischen Truppen entlassen. Bereits im Vorfeld deutete sich für sie die Umkehr der Machtverhältnisse an. Als Beleg galt ihr der Versuch der Aufseherinnen, sich bei den Häftlingen »lieb Kind« zu machen.

»H: Und dann kriegten wir aber Bescheid, daß wir entlassen werden sollten. Wir merkten aber schon was, das da was nicht mehr stimmte. Beim Staubwischen, wir machten immer so, allmählich macht man alles mechanisch. Da ist mit einmal das Hitlerbild weg! Bei Frau, in Fräulein S. Zimmer. Und Marianne erzählt, die Hitlerbilder im Büro steh'n mit dem Gesicht gegen die Wand

178 Transkript Haenel, S. 72.

179 Als parallele Überlieferung ihrer Hafterfahrungen siehe ihr 1969 niedergeschriebenes »Tagebuch vom 17.7.1944 bis 22.12.1944«, das auch Nachträge aus späterer Zeit enthält (FZH/WdE 234).

unten auf'm Fußboden. Na, dann kriegten wir ja Bescheid, wir würden auch entlassen. Und da meinte Fräulein D. zu Marianne und mir, ob wir nicht da bleiben wollten bei ihr. Sie würde für uns Kleidung – würde uns ihre Privatkleidung geben, und wir sollten es bei ihr gut haben. Ich sag': »Nein, wir möchten entlassen werden«. Wahrscheinlich hat sie, haben die Beamten wohl gedacht, wir sind 'n bißchen Schütze für sie – jedenfalls wir würden sie schützen. Aber wir wollten unsere Sachen haben. Dann sind wir nach 'm Boden, hat sie unsere Papiere gegeben. Und wir, (...) nach unseren Nummern, wo unsere Kleidung, haben wir unsere Privatkleidung bekommen, und wir haben uns oben auf 'm Boden umgezogen und sind aus – ha – aus den Gefängnis-sachen rausgestiegen und haben sie da liegenlassen ...«¹⁸⁰

Der Wechsel der Kleidung beendete die Haftzeit.

»H: Aber als wir aus dem Gefängnis, aus dem Zuchtaustor rausgingen, hing da eine weiße Fahne, und wir waren frei. Wir fühlten uns frei. (Lacht)«¹⁸¹

Die weiße Fahne interpretierten die Frauen offenbar als ein Symbol der Kapitulation des terroristischen Systems, das sie verfolgt hatte. Franziska Haenel und Ihre Freundin wollten zusammen nach Hamburg gehen, da sie ansonsten fürchteten, den Russen in die Hände zu fallen. In Bad Kleinen wurden sie von sowjetischen Militäreinheiten überholt, und sie gingen zurück nach Jesendorf, wo sie bei Bauern unterkamen. Hier erlebten sie die ersten Russen, die sie allerdings nicht als »rächender Feind«, sondern als bäuerliche Gemütsmenschen wahrnahmen. Franziska Haenel hatte nach ihren Erzählungen anfangs wenig Furcht vor den ihren Sieg feiernden Soldaten, was sich jedoch änderte, als ein russischer Offizier Franziska Haenel die Pistole auf die Brust setzte.

»Und hält mir die Pistole, aber genau hier auf 's Herz. Ich wurde ganz kalt. Ah – da war ich, ich weiß nicht, ich hab' ihn angelächelt, er soll sie mal wieder einstecken.«¹⁸²

Franziska Haenel war »ganz kalt«, was als Folge ihrer Verfolgungserfahrung gedeutet werden kann. Die Szene ging gut aus. Nach vielen Mühen und Gefahren und mit mehreren Zwischentappen gelangten sie schließlich nach Hamburg. Dabei kamen ihnen die englischen Sprachkenntnisse Franziska Haenels sehr gelegen.¹⁸³ Am 1. Juni 1945 war Franziska Haenel wieder mit ihrem Mann zusammen.

180 FZH/WdE 234, Transkript Haenel, S. 80–81.

181 Transkript Haenel, S. 82.

182 Transkript Haenel, S. 85.

183 Über die Zeit ihrer Rückwanderung im Mai 1945 hat F.H. ebenfalls ein Tagebuch verfaßt (FZH/WdE 234).

Ihr Schicksal beleuchtet die Auseinandersetzung des Regimes mit der zunächst punktuellen und schließlich häufigen »Heimtückerede« als verbalisierte Gegenöffentlichkeit im Deutschland der Kriegszeit. Bis zur Denunziation konnte Franziska Haenel ihre abweichende Meinung erfolgreich verbergen. Die Denunziation aus dem privaten Umfeld machte sie zu einer Verfolgten, deren Herkunft aus der SPD und der Friedensgesellschaft im Prozeß nicht zur Sprache kam und für sie selbst wohl auch keine Rolle mehr spielte. Ihr Unmut über den Krieg und ihre defätistische Äußerung wurden mit einer Haftstrafe bis zum Kriegsende bestraft. Ihr Mann, über den sie im Interview wenig gesprochen hat, war eine der festen Bezugsgrößen, an denen sie sich in der entindividualisierenden Haftsituation orientieren konnte. Die zahlreichen gegenseitigen Briefe des Ehepaars zeugen davon.¹⁸⁴

**b) Von der Wehrunwürdigkeit zum Bewährungsbataillon –
Fronterfahrungen –
»Ist doch bald zu Ende.«**

Politisch Vorbestrafte wurden nach dem § 13 des Wehrgesetzes vom 21.5.1935 aufgrund der »gerichtlichen Bestrafung wegen staatsfeindlicher Betätigung«, der Verhängung von Zuchthausstrafen oder aber auch der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, für »wehrunwürdig« erklärt. Dies bewahrte besonders in den ersten Jahren des Krieges viele Verfolgte davor, zum Militärdienst herangezogen und aus ihrem vertrauten sozialen und familiären Umfeld herausgerissen zu werden. In manchen der vorliegenden Interviews scheint die anfängliche Nichteinbeziehung in die soldatische Gemeinschaft als kleiner Triumph gegenüber dem NS-System von den Betroffenen wahrgenommen worden zu sein. Dennoch bleibt zu klären, ob dies nicht auch mit nachträglichen Bewertungen des Krieges zusammenhängt, die sich zum Teil bereits während des zunehmend negativen Kriegsverlaufs nach 1941 und der Kriegsniederlage nach 1945 eingestellt haben. Verschiedentlich berichten Verfolgte von eigenen Anträgen zur Wiederverleihung der »Wehrwürdigkeit«. Fast immer begründen die Betroffenen ihren Antrag rückblickend damit, sie wären andernfalls den Bewährungseinheiten zugeteilt worden.¹⁸⁵ Diese Wahl des geringeren Übels bei Aufforderungen seitens Dienststellen der Wehrmacht, der NSDAP oder der Polizei konnte bei Kommunisten auch mit dem Ziel verbunden sein, innerhalb der

184 Siehe die Korrespondenz zwischen F.H. und Hugo H., in: FZH/WdE 234. Die weitgehende Ausblendung des Ehemannes im Interview könnte mit seinem frühen Tod 1961 zusammenhängen, der sie vereinsamen ließ.

185 So bei dem zuvor beschriebenen Fridolin Herking (FZH/WdE 269).

Wehrmacht Widerstand zu leisten oder sich innerhalb der Armee einfach besser geschützt zu sehen.¹⁸⁶

NSDAP-Dienststellen reagierten auf das vermeintlich ruhige Leben der »Wehrunwürdigen« zunehmend mißbilligend. Nach den großen Verlusten der Wehrmacht im Winter 1941/42 kam das Interesse der Wehrmacht an einer verstärkten Ausschöpfung des Rekrutierungspotentials hinzu. Das führte seit dem April 1942 zur Einberufung bislang »Wehrunwürdiger« und seit dem Oktober 1942 angesichts der sicherheitspolitischen Bedenken besonders der Gestapo zur Aufstellung eigenständiger sogenannter Bewährungsbataillone 999. Bis zum September 1944 wurden rund 28.000 »Wehrunwürdige«, die sich zu ca. 30 Prozent aus politisch Vorbestraften und zu ca. 70 Prozent aus kriminell Vorbestraften zusammensetzten, in die Bewährungseinheiten eingezogen.¹⁸⁷ Die Ausbildung war hart und schikanös.¹⁸⁸ Die herangebildeten Soldaten kamen seit dem März 1943 zum »Kampfeinsatz in vorderster Linie«, zunächst in Afrika und später hauptsächlich in Griechenland und auf dem Balkan. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 beschloß der zum Befehlshaber des Ersatzheeres avancierte Heinrich Himmler, daß keine weiteren 999er-Bewährungsbataillone mehr aufgestellt werden sollten. Wehrmachtstrafgefangene, also von der Wehrmachtsjustiz verurteilte Soldaten, wurden bereits seit dem August 1944 in die SS-Sonderformation Dirlwanger eingezogen, eine seit 1940 bestehende Bewährungseinheit, hervorgegangen aus einem 1940 gegründeten »Wilddieb-Kommando Oranienburg«, in dem als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« bezeichnete KZ-Häftlinge dienten.¹⁸⁹ Auch die »Wehrunwürdigen« sollten seit Ende 1944 in die SS-Division Dirlwanger eingegliedert werden. Politisch vorbestrafte Soldaten dieser Einheiten desertierten Ende 1944 in Ungarn.¹⁹⁰ Die wechselseitige Kooperation zwischen Wehrmacht und SS wich gegen Kriegsende einer offenen Konkurrenz um das Rekrutierungspotential. Dies unterstreicht den Doppelcharakter der Bewährungsformationen, der sowohl in ihrer instrumentellen Bedeutung als Militäreinheit gegen einen »äußeren«

186 Siehe zur Praxis der Wiederherstellung der »Wehrwürdigkeit« bis zur Jahreswende 1941/1942 Klausch, *Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999*, S. 28–62, bes. 51.

187 Vgl. Klausch, »Wehrunwürdige«, die Bewährungsbataillone 999 und das Problem der Desertion, bes. S. 159ff.; ders., »Erziehungsmänner« und »Wehrunwürdige«, bes. S. 76ff.

188 Die Gleichsetzung mit dem Leben im Konzentrationslager reicht allerdings in den Bereich kommunistischer Legendenbildung. So gehörte zwar die Vollstreckung von Todesurteilen vor der versammelten Truppe aus »Abschreckungs- und Erziehungsgründen« zur gängigen Praxis, doch nicht »zum Tagesablauf«. Vgl. z.B. Meyer, *Nacht über Hamburg*, S. 204 und dagegen abwägend Klausch, *Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999*, S. 167ff. sowie die Listen von 65 zwischen Dezember 1942 und Oktober 1944 auf den Truppenübungsplätzen Heuberg und Baumholder erschossenen Angehörigen von Bewährungsbataillonen (ebd., S. 223 u. 223/224).

189 Vgl. Klausch, *Antifaschisten in SS-Uniform*.

190 Zu einer systematischen Zusammenfassung von Überläufern siehe Paul, »Die verschwanden einfach nachts«.

Feind als auch in der Funktion einer »Kontroll- und Erziehungsinstanz« gegenüber mißliebigen Abwechtlern nach innen bestand. Der nachfolgend vorgestellte Interviewpartner gehört zu der Gruppe der politisch Vorbestraften, der 1943 zum Bewährungsbataillon 999 eingezogen wurde.

Mit dem zum Interviewtermin 80jährigen Heinz Schneider kamen 1991 und 1992 zwei auf Video aufgezeichnete Interviews zustande, in denen er einmal bis zum Kriegsende und das andere Mal über die Nachkriegszeit erzählte. Heinz Schneider gehört zu denjenigen Zeitzeugen, die bei verschiedenen Gelegenheiten bereits ihre Widerstandserfahrungen vorgetragen haben.¹⁹¹ Seine Lebenserzählung ist im Kern eine politische und mit dem politisch-pädagogischen Anspruch der Vermittlung seiner Erfahrungen an andere verbunden.

Heinz Schneider wurde 1911 als eines von insgesamt fünf Kindern in Wilhelmsburg geboren. Sein Vater war Schiffszimmerer, Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Seine Mutter führte nicht nur den Haushalt, sondern ergänzte durch Putzarbeiten im Freihafen und Näharbeiten zu Hause das Familieneinkommen. Heinz Schneider wuchs in beengten räumlichen und schwierigen materiellen Verhältnissen auf. Nach seiner Ansicht hat er sich »großgehungert«.¹⁹² Nach dem Schulabschluß – er ging seit 1923 auf eine neugegründete freie Schule in Wilhelmsburg – und der Jugendweihe 1925 begann Heinz Schneider mit 14 Jahren eine Motorschlosserlehre auf der Werft, auf der auch sein Vater arbeitete. Sein Wunsch, auf eine höhere Schule zu gehen, wurde nach seiner Ansicht von einem Lehrer vereitelt, der ihm aus Animosität auf dem für einen Freiplatz entscheidenden Halbjahreszeugnis schlechte Noten gab. Sein Lohn war gering, und er gab diesen fast vollständig zu Hause ab. Abends verdiente er sich zusätzlich Geld durch Arbeit auf einer Kegelbahn. Dadurch ist er nach eigener Aussage »so 'n bißchen vom Weg abgekommen«.¹⁹³ Er versank in der Kneipenkultur. Seinen Eintritt in die SAJ im Alter von 16 Jahren beschreibt er als eine Art Gegenstrategie gegen dieses Abgleiten. In der SAJ fühlte er sich durch das Fahrten- und Versammlungsleben beschäftigt und diszipliniert (kein Alkohol und keine Zigaretten); mit 18 trat er in die SPD ein. Während der Weltwirtschaftskrise wurde er arbeitslos. Seine Entlassung sieht er politisch begründet, weil er die Lehrjungen gewerkschaftlich organisiert habe und für sich einen Urlaub durchgesetzt hatte, um 1929 zu einem internationalen

191 Siehe FZH/WdE 145, Interview mit Heinz Schneider am 3.4.1991 und 19.2.1992 geführt von Beate Meyer sowie die hier verzeichneten sonstigen Materialien und Vorträge im Rahmen der »Sonntagsgespräche« in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den Jahren 1987 und 1991. Seine Lebensgeschichte findet sich unter einem anderen Schwerpunkt ausgewertet bei Meyer, Bewältigungsmuster, S. 65–70 sowie dies., Mit der Erinnerung leben.

192 FZH/WdE 145, Transkript Schneider (3.4.1991), S. 4.

193 Transkript Schneider (3.4.1991), S. 7.

Jugendtag nach Wien zu fahren. Danach engagierte er sich stark in der überparteilichen »Erwerbslosenselbsthilfe«. ¹⁹⁴

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme begann Heinz Schneider von sich aus mit illegaler politischer Aktivität in seinem vertrauten Umfeld. Zusammen mit einem Freund vervielfältigte er mit der Schreibmaschine und dem Vervielfältigungsapparat der Erwerbslosenselbsthilfe Nachrichten aus ausländischen Zeitungen. Diese »Roten Blätter« wurden kurze Zeit in der ehemaligen SAJ-Gruppe verteilt. Im März 1933 fand die erste Haus-suchung bei ihm und seinen Eltern statt. Daraufhin verbrannte er zusammen mit seinem Vater verschiedene Schriften. Er organisierte einen neuen Verteilerring, in dem die Gruppenmitglieder einander unbekannt blieben. Nun erhielten sie die in Prag erstellte »Sozialistische Aktion«. Die Widerstandsarbeit schief nach gut einem Jahr ein. Heinz Schneider verdingte sich als Brotausfahrer für einen Bäcker. Ab Oktober 1934 rollte die Gestapo die sozialdemokratischen Gruppen in Hamburg auf. Relativ spät, am 17.4.1935, verhaftete sie auch Heinz Schneider. Er wurde als Leiter einer Widerstandsgruppe der SPD in Wilhelmsburg angeklagt. ¹⁹⁵ Er erlitt schwere Mißhandlungen in der Haft, was sich noch im Abstand von fast sechzig Jahren in den entsprechenden Interviewpassagen in zitternder Stimme und Mimik äußerte. Die traumatisierende Zeit im Konzentrationslager Fuhlsbüttel stand er durch, wobei ihn die solidarischen Gesten von Mitgefangenen immer wieder aufrichteten.

Im November 1935 wurde er in einem Hochverratsprozeß zu einer zwei-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Zur Strafverbüßung kam er ins Gefängnis nach Wolfenbüttel und wurde dort in einer Formschlosserei eingesetzt. Die Zeit im Gefängnis erinnert er im Vergleich zur vorangegangenen KZ-Haft als »'ne tolle Sache«. Hier kam er auch wieder mit anderen politischen Häftlingen zusammen. Innerhalb der Werkstatt hatte er schnell eine akzeptierte Position und konnte seine Lage mit dem dort verdienten Geld, wenn-gleich nur Pfennige, und den eingetauschten Naturalien erträglich gestalten.

Nach Verbüßung der Zuchthausstrafe kam Heinz Schneider im Frühjahr 1937 frei, erhielt aber zunächst keine langfristige Arbeit, weil er als politisch Vorbestrafter nicht in Rüstungsbetrieben arbeiten durfte. Im Dezember 1937 kam er schließlich zur New York-Hamburger Gummiwaarencom-pagnie. Hier schrieb er seine politische Vorstrafe gleich in die Bewerbung hinein, wendete also seine Stigmatisierung offensiv nach außen und hatte Erfolg. Der von ihm beim Vorstellungsgespräch entbotene Gruß »Heil

194 Hinweise auf den 1932 gegründeten Verein »Erwerbslosenselbsthilfe Groß-Hamburg e.V.« finden sich bei Bruhns, »Opfer von Zuständen, die sie nicht verschuldet haben ...«, S. 56.

195 Siehe Brüggemann u.a., Die Anderen, S. 77ff. und Kopie der Anklageschrift in der Sache Mehnke und Gen. 6 Js 23/35, in: FZH/WdE 145.

Hitler« wurde mit »Guten Tag« beantwortet. Der das Parteiabzeichen der NSDAP am Revers tragende Ingenieur und auch die ersten Beschäftigten, die er traf, teilten, für ihn überraschend, seine abweichende Gesinnung.

»S: Das war der Anfang 1937 als Formschlosser bei New York-Hamburger Gummiwarencompagnie. Ich meine, wir wollen nichts beschönigen. Über einige habe ich mich nachher auch noch gewundert. Als z. B. Adolf Hitler die große Rede hielt gegen England, mußten wir ja alle rüber zum Frühstückssaal und zuhören. Dann kommen wir wieder in die Werkstatt, und dann sagt da ein alter Genosse: ›Siehst du, dat war 'ne staatsmännische Rede.‹ Ich sächt: ›Willi, wat is denn mit die los?‹ Sächt hey: ›Joh, de Engländer, de mut dat mal häm.‹ Das war ein Mann, der deklamierte den Faust von vorne bis hinten. Der hörte sich nur gute Musik an. Das Beste, was er mal so, war das Forellensquintett. Mit dem konntest du über alles reden, über Marxismus und was weiß ich alles. Und der hat da auf einmal sowas von sich gegeben. Da war ich erschüttert. Sowas gab es also auch. Aber sonst war ich da gut aufgehoben bei den Leuten da.«¹⁹⁶

Sein Gefühl, in einem Betrieb bei politisch Andersdenkenden »gut aufgehoben« gewesen zu sein, wurde also später durch die Kriegsbegeisterung und den Chauvinismus einiger alter Genossen getrübt. Überlegungen zum »Weitermachen«, also der Fortsetzung des Widerstandes nach der Strafverbüßung, hat es bei ihm nicht gegeben. Noch kurz vor seiner Einberufung ins Bewährungsbataillon lehnte er das Angebot eines Genossen ab, sich illegal zu organisieren.

»Da habe ich gesagt: »Max, jetzt doch nicht mehr. Was soll das? Ist doch bald zu Ende.«¹⁹⁷

Die Hoffnungen von Heinz Schneider waren auf das Kriegsende gerichtet. Nach fünf Jahren unauffälliger Arbeit in der Firma wurde er Ende 1943 gemustert und 1944 zum Bewährungsbataillon 999 eingezogen, obwohl nach seiner Erinnerung alle anderen Beschäftigten im Betrieb »unabkömmlich« (u.k.) gestellt waren.

»S: Bei New York-Hamburger Gummiwarencompagnie, das fing, wie gesagt, im Dezember [1937; U.K.] an und etwa – wie gesagt, ich war ja auch wehrunwürdig usw. – und etwa im Oktober 1943, da treffe ich den Vertrauensobmann, der sonst kein Wort mit mir gewechselt hat und [mich] auch gar nicht beachtet hat. Den treffe ich, als ich zum Mittagessen gehen wollte da in der Werkskantine, und er kam raus. Und da blieb er stehen und drohte so mit dem Finger und sagte: ›Un dat will ick die seggen, du kommst jetzt an die Front, und da sollst du di' bewähr'n.‹ Da war ich natürlich gerührt. Ich denke:

196 FZHA/WdE 145, Transkript Schneider (3.4.1991), S. 33–34.

197 Transkript Schneider (3.4.1991), S. 33.

»Was heißt das denn?« Die anderen, die in meinem Alter da, waren ja auch alle uk-gestellt. Und da ist keiner eingezogen worden als normaler Soldat. Die waren bis Kriegsende freigestellt, wäre ich auch gewesen aufgrund meiner Tätigkeit da. Das dauerte gar nicht lange, mußte ich nochmal zur Musterung, und dann kriegte ich einen Einberufungsbefehl zu dem dritten Schützenaus-bildungsbataillon 999 nach Baumholder. Und da sind wir dann fünf Monate lang ausgebildet worden. Und die Zusammensetzung war – das war die letzte Einheit, die zusammengestellt worden ist von den 999ern – und da waren sehr viele, erstens mal Kriminelle, Fahrraddiebe und so'n Zeugs, und einer war sogar wegen Raubes zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, und ein paar Politische waren auch noch dabei. Aber so richtig – wollen mal sagen – Politischer wie ich war da nur noch ein Kommunist aus Aurich. Die anderen, die hatten mal den Engländer gehört und darüber gesprochen ohne sonst groß politisch interessiert zu sein. Na, und dann ist das verpetzt worden, und schon hatten sie ihre fünf Jahre, oder was weiß ich, weg. Und die mußten nun ... erstmal kamen die zu den 999ern und [bekamen] mit auf den Weg, daß sie die Strafe nachher absitzen müssen, wenn der Krieg vorbei ist. Das haben sie auch noch frecherweise gesagt. Und in dieser Einheit bin ich da ausgebildet worden bis Juni '44. Und dann, kurz bevor die Engländer landeten ...

I: In was ausgebildet worden?

S: Als Infanterist, Schütze. Etwas werden konnten wir da nicht. Wir waren eben nur einfache Soldaten, und die Ausbilder vom Gefreiten an waren reguläre Soldaten, die aus irgendwelchen Gründen da abgestellt worden sind und die zum Teil sehr böse waren, daß sie nun mit uns da exerzieren mußten usw. Und einige waren auch gehässig von den Leuten, sehr gehässig. Aber im Großen und Ganzen gilt auch da der Vers: Wie man sich bettet, so schläft man. Wie die alten Deutschen immer gesagt haben, das heißt, wenn du nicht groß auffällst, dann kommst du zurecht. Und ich habe z.B. nie mitmachen müssen, was sehr oft vorkam – ich will nicht sagen, jeden Tag, aber zwei, dreimal die Woche schon – daß morgens um fünf Fahnenflüchtige usw. erschossen wurden mit einer besonderen MG. Und da suchten die Unteroffiziere bei uns Leute raus zum Zusehen. Die mußten denn da mit hin, nicht schießen, aber sich das ansehen. Und die kamen jedesmal erschüttert wieder. Aber ich hatte das Prä, daß ich nie von meinem Unteroffizier oder Feldwebel dafür ausgesucht wurde.«¹⁹⁸

In seinen Erinnerungen ist der Strafcharakter der Einberufung zum Bewährungs-bataillon manifest. Der nationalsozialistische Betriebsobmann kündigte ihm die Einberufung an, wenig später kam es trotz seiner »Wehrun-würdigkeit« zur Musterung und Einberufung. Hier kam er ähnlich wie in seiner Haft mehr mit »Kriminellen« als mit »Politischen« – auch die wegen

Rundfunkvergehen (Abhören des englischen Senders) Verurteilten zählt er nicht als Politische – zusammen. Die Ausbilder werden von ihm als »gehässig« beschrieben. Ein Aufstieg innerhalb der militärischen Rangordnung, die einen kleinen Ausgleich für die Unterordnung und einen geringen Gewinn an Selbstbestimmtheit hätte bedeuten können, blieb ihm verwehrt. Er verhielt sich in der Folge gemäß seiner bisherigen Überwinterungstaktik (»wenn du nicht groß auffällst, dann kommst du zurecht«). Sein »Glück«, nie als Zuschauer zu Erschießungen von Fahnenflüchtigen¹⁹⁹ abkommandiert worden zu sein, führt er darauf zurück.

Zum Kriegseinsatz kam Heinz Schneider dann im Juni 1944 auf der griechischen Insel Lesbos und auf dem Balkan. Er beschreibt in seinen Kriegsgeschichten die nur äußerliche Kameradschaft im Bewährungsbataillon. Er belegt deren Fragilität durch die Drohung eines Fahrraddiebes, ihn noch »umzulegen«. Zugleich war sich Heinz Schneider nach eigenem Bekunden seiner wichtigen Funktion für die gesamte Gruppe als MG-Schütze Eins bewußt und währte diese Gefahr dadurch gebannt. Zu seinem Feldweibel hatte er einen guten Kontakt, und bei einem gemeinsamen Spähtrupp gestand ihm der Unteroffizier der Nachbargruppe, ehemals im Arbeitersport in Halle aktiv gewesen zu sein.

Heinz Schneider wurde am 9. Januar 1945 bei Sarajewo verwundet. Ob die MG-Granate, die ihn traf, von Feind oder Freund kam, weiß er heute noch nicht und verweist damit auf denjenigen, der ihm angekündigt hatte, ihn »umzulegen«. Die Verfolgungsangst spiegelt sich in seiner Erinnerung wider. Die Verletzung zertrümmerte sein Handgelenk und hatte seine Rückführung nach Hamburg zur Folge: »Das reicht für nach Hause«, meinte sein Unteroffizier, der bedauerte, selbst nicht ebenso schwer verletzt worden zu sein. Die weiteren Etappen bis nach Hamburg werden von Heinz Schneider schnell erzählt: auf dem Transport ins Lazarett nach Sarajewo von Partisanen eingeschlossen und in letzter Minute von deutschen Fallschirmjägern befreit, im Lazarett auf einen Hamburger Arzt getroffen, der ihn zu einer Ambulanten-Kompanie nach Wandsbek überwies. Hier stellte er sich einmal vor, wurde nach Hause geschickt und meldete sich angesichts des nahen Kriegsendes nicht wieder. Resümierend meint er, »glimpflich davongekommen« zu sein. Zum Thema Desertion, das er in diesem Zusammenhang erwähnt, meint er:

»S: Sonst war ich immer – in Bezug auf Türmen war meine Devise, wir müßten so dicht wie möglich an Österreich ran. Nicht da unten irgendwo im Balkan.

199 Auf dem Truppenübungsplatz Baumholder fanden von Februar 1944 bis Oktober 1944 die Erschießungen von 28 Angehörigen des Bewährungsbataillons 999 meist wegen »Fahnenflucht« statt, bis Ende Juni 1944 waren es 18 (vgl. die Liste bei Klausch, Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999, S. 222/223).

Da wußte man nie, was kommt dabei raus? Da haben sie sicher manchen umgelegt, der auch nur getürmt ist.«²⁰⁰

In der Erzählung von Heinz Schneider zeigt sich die Angst vor der Unberechenbarkeit der Situation im Falle einer Desertion. Am Kriegsende war die Situation berechenbar, er ging einfach nicht wieder zur Ambulanten-Kompanie. In Wilhelmsburg wartete er die englische Besetzung ab.

An der Lebensgeschichte von Heinz Schneider wird deutlich, wie er als politisch Verfolgter sich auch nach der Verbüßung seiner Haftstrafe weiterhin diskriminiert sah. Die schwierige Arbeitssuche ging glücklich aus. Angebote, erneut illegal politisch tätig zu werden, lehnte er ab. Seine Einberufung zum Bewährungs bataillon bedeutete eine erneute Diskriminierung für ihn und stärkte die politische Wahrnehmung seiner Erlebnisse. Erneut kam er mit Kriminellen zusammen. Er fühlte sein Leben bedroht und blieb mißtrauisch, gerade auch hinsichtlich einer Desertion. Das Wechseln der Fronten stand nicht nur unter der Drohung der Denunziation durch Kameraden und des Erschießens auf der Flucht, sondern auch unter der Ungewißheit, auf der anderen Seite gut aufgenommen zu werden.²⁰¹ Besonders die Orientierung an Werten wie Kameradschaft und die Vermeidung der Verräterrolle beließ viele politisch Vorbestrafte als zäh kämpfende Soldaten in ihrer Position.²⁰² Insbesondere im letzten Kriegsjahr erhöhte der etappenweise Rückzug im Balkan für viele die Chance, in die ersehnte Heimat zurückzukehren. Der zuvor beschriebene Doppelcharakter, als Soldat gebraucht zu werden, aber zugleich unter starker Aufsicht zu stehen und harten Strafen unterworfen zu sein, führte zur Ausbildung von Überlebensgemeinschaften in den Schützengräben, die Abgrenzungsbemühungen der Politischen von den »Kriminellen« im Einsatz überspielten. Den Ausweg aus der lebensbedrohlichen Situation sowohl innerhalb seiner Einheit wie innerhalb des Kampfeinsatzes in der Fremde stellte für ihn die eigene schwere Verwundung dar, die »für nach Hause« reichte. Sein Überleben interpretiert er rückblickend als »Glück«.²⁰³

200 FZH/WdE 145, Transkript Schneider (3.4.1991), S. 38.

201 Siehe als Beispiel für einen enttäuschten politischen Deserteur FZH/WdE 113, der 1945 zur russischen Seite überlief, dort jedoch als Kriegsgefangener schlecht behandelt wurde und erneut flüchtete.

202 Auch FZH/WdE 210 berichtet von seiner Eingliederung in die soldatische Schicksalsgemeinschaft, die Desertion ausschloß. Ähnlich die ablehnenden Haltungen von FZH/WdE 235 und 269.

203 Siehe zum verbreiteten Topos »Glück gehabt«, der in der rückblickenden Bewertung des Krieges das Entkommen aus tödlicher Gefahr bezeichnet Schröder, *Die verlorenen Jahre*, S. 882–896; Plato, *Der Verlierer geht nicht leer aus*, S. 39–46. Bei den Formen des Erzählens über die »verlorenen Jahre« (Lehmann) oder »gestohlenen Jahre« (Schröder) lassen sich Alltag und Kampf unterscheiden, wobei zum Alltag die Bereiche der militärischen Hierarchie und der Kameradschaft, des Kontaktes zur Bevölkerung in den besetzten Ländern, speziell zu Frauen, die Strapazen des Transportes, von Hunger, Kälte, Ungezieferbefall, des »Organisierens« von Bedarfs-gütern und des »Durchlavierens« gehören, wohingegen die sich davon abhebenden

**c) Untergetaucht und illegal – Überleben und Widerstand im Krieg –
»Niemals eingebrochen«**

Verfolgungserfahrungen konnten politisch widerständige Arbeiter nicht nur in der Vorkriegszeit machen. Beim Arbeiterwiderstand während der Kriegszeit dominierten die Kommunisten. Nach der fast vollständigen Zerschlagung der KPD in Hamburg bis zum Jahre 1935 leistete die Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen weiter Widerstand. Von hier konnten verschiedene kleinere Widerstandszirkel, die es in Harburg und Altona noch gab, zeitweilig mit Flugblättern versorgt werden. Die Mitglieder pflegten ihre abweichende politische Gesinnung, doch waren sie nach den Terrorerfahrungen der Anfangsjahre der nationalsozialistischen Herrschaft nicht zu größeren Aktionen bereit.²⁰⁴ Im Jahre 1941 bildete sich jedoch erneut eine kommunistisch dominierte Widerstandsgruppe in Hamburg. An ihren Aktivitäten beteiligte sich auch der Interviewpartner Otmar Gall.

Otmar Gall ist ein, trotz seines Lebensalters von 92 Jahren beim Interview, sehr vitaler Mann. Mit ihm kamen drei jeweils drei Stunden dauernde Interviews zustande.²⁰⁵ Bei der Anrede des Interviewers wechselte er sehr schnell zum vertraulichen »Du«. Er erzählt in ironischer Selbstdistanz und viel in einer dramatisierten Form in wörtlicher Rede. Er, der viele Jahre seines Lebens als Maler und Bühnenbildner an Theatern zugebracht hat, inszeniert seine Lebensgeschichte. Häufiger spricht er von Szenen, Bildern und dem »Theater«, das er in verschiedenen Situationen gemacht hat. Wenn gleich die lebensgeschichtliche Erzählung lebhaft und spontan erscheint, so wird doch an verschiedenen Punkten deutlich, daß er bereits mehrfach vor Schulklassen Rede und Antwort stand, also bei seinen Erzählungen von einer gewissen Routine ausgegangen werden kann.

Otmar Gall wurde 1902 in Billwerder (heute Billbrook) geboren. Er war der Sohn eines Sattlermeisters, der aus Sachsen nach Billwerder zuwanderte, und einer Haushaltshilfe, die bei einem Pfarrer in Stellung war. Er hatte

Kampferlebnisse als tödliche Bedrohung, Heldentum oder Rückzug beschrieben werden. Angst spielt dabei immer eine Rolle und Grausamkeiten (Mordtaten oder Mißhandlungen von Gefangenen) werden selten thematisiert und gehören eher zu den Bereichen des systematisch Ausgelassenen. Siehe Lehmann, Erzählstruktur und Lebenslauf, S. 120–146.

204 Vgl. zu Beispielen kommunistischen Widerstands nach 1936 Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 189–192 (Klebezettel und Nachrichtensammlung gegen die Funktion des Hamburger Hafens als Umschlagstelle für Waffenlieferungen an Franco-Spanien); Brüggemann u.a., die anderen, S. 122–130 (Harburg); Eine Einschätzung aus einem KPD-Bericht über Jugendliche 1938: »Bei sehr vielen Freunden, besonders bei denen die aus dem Gefängnis gekommen sind, herrscht eine sehr deprimierte Stimmung. Sie wissen nicht was sie tun sollen. Sie suchen nach Freunden, mit denen sie sich aussprechen können und gehen überhaupt davon aus, dass der einzelne nichts machen kann, solange er nicht einer Organisation oder Gruppe angeschlossen ist. Diese Haltlosigkeit hat sich besonders ausgewirkt, daß die Freunde ein allzu starkes Gewicht auf ihr Privatleben legen.« (SAPMO RY 1 I/41/149, Bl. 385).

205 FZH/WdE 248, Interview mit Otmar Gall am 22.3., 21.4. und 31.5.1994, geführt von Alfons Kenkmann.

noch zwei ältere Schwestern. Der Vater war Mitglied der SPD und wird von Otmar Gall dem linken Flügel der Partei zugerechnet. Otmar Gall erlebte die Einrichtung von Fabriken in der anfänglich ländlichen Umgebung. Seine ersten Erinnerungen umkreisen die Winterzeit an der zugefrorenen Bille, auf der er mit Freunden spielte. Die Kapitäne der sich nähernden Eisbrecher, die eine Fahrrinne für die Schiffe brachen, wurden von den Kindern, die auf dem Eis blieben, gereizt. Otmar Gall betont, »eigentlich nie eingebrochen«²⁰⁶ zu sein, was für sein späteres Leben wie eine Leitlinie des Erzählens wirkt. Es ist eine gewisse Lust an der Provokation, die ihn in seinem Leben immer wieder in Gefahr brachte.

Otmar Gall besuchte die Volksschule in Billwerder. Er wollte Kunstmaler werden, doch nach Einwänden seiner Familie begann er eine durch seinen Vater vermittelte Lehre als Theatermaler am Hamburger Schauspielhaus (1917–1921). Später arbeitete er mit vielen durch Arbeitslosigkeit erzwungenen Unterbrechungen im Thalia-Theater. In seine Lehrzeit fällt die Novemberrevolution 1918 mit Kämpfen zwischen Roter Marine und Freikorps. Die jugendbewegten Schwestern engagierten sich in der USPD, und Otmar Gall arbeitete in der »Freien Proletarischen Jugend«²⁰⁷ in Hammerbrook mit. Er beteiligte sich an Wanderungen, besuchte Bildungsveranstaltungen mit Vorträgen über politische und kulturelle Themen und fertigte Zeichnungen für die Zeitschrift der Gruppe an.

Nachdem sich die »Freie Proletarische Jugend« aufgelöst hatte, schloß sich Otmar Gall mit anderen Freunden 1922 der KPD an, bei der sie zunächst Ordnerdienst leisteten. Sein politisches Engagement radikalisierte sich im Hamburger Aufstand der KPD 1923. Nach dessen Scheitern tauchte er angesichts der Gefahr der Verhaftung unter und lebte, vermittelt über die Rote Hilfe, ca. ein halbes Jahr bei einer kommunistischen Familie in Berlin. Danach kehrte er nach Hamburg zurück und lebte illegal. Er besuchte häufiger seine Eltern, wurde jedoch denunziert (wahrscheinlich von einem der Familie bekannten Eisenwarenhändler), angeklagt und im Juni 1925 zu 19 Monaten Festungshaft verurteilt. Daraufhin erkrankte er an einem Drüsenleiden und kam vor Antritt der Strafe ins Krankenhaus. Nach dem Tod des ersten Reichspräsidenten Ebert Ende Februar erließ der Nachfolger Hindenburg am 21. August 1925 eine Amnestie für Strafen bis zu 2 Jahren Gefängnis. Otmar Gall mußte seine Strafe nicht verbüßen.²⁰⁸ Er erlebte große Erwerbslosendemonstrationen und gewaltsame Zusammenstöße mit

206 Transkript Gall, S. 1.

207 Der organisatorische Ausdruck der Arbeiterjugendbewegung in Hamburg war der 1905 entstandene »Jugendbund«. In der Revolutionszeit spaltete sich die »Freie Jugendorganisation« (später »Freie Proletarische Jugend«) ab. Siehe Schult, *Hamburger Arbeiterbewegung*, S. 49f. u. 66f. und Holtz, *Zwischen Marx und Wandervogel*, bes. S. 117f.

208 Siehe Lebenslauf in: BA NJ 8396, Bl. 7.

anderen Gruppen. Er wurde Mitglied im Roten Frontkämpferbund. Nach wiederholter Arbeitslosigkeit konnte er Atelierleiter des Altonaer Stadttheaters werden. Mitte der Zwanziger Jahre engagierte er sich als Mitgründer der Assoziation der revolutionären Bildenden Künstler (Asso) und der Agitproptruppe »Die Nieter«.²⁰⁹

Das Verhältnis zur SPD und die weder 1933 noch nach 1945 zustandgekommene Einheitsfront der Arbeiterparteien ist in seinen Erinnerungen ein wichtiges Thema. So sieht er den Grund für das Scheitern seiner beiden Jugendlieben in der SPD-Zugehörigkeit ihrer Eltern, die ihn als Kommunisten abgelehnt hätten. Otmar Gall betont ansonsten immer wieder sein gutes Auskommen mit denjenigen Sozialdemokraten, die »menschlich« und »politisch« in Ordnung waren. Er befürwortete ein langfristiges Zusammengehen der Arbeiterparteien. Für Sozialdemokraten sah er dabei eine Entwicklungsmöglichkeit zum Kommunismus, was er anhand eines ehemaligen Reichsbannermanns zu belegen sucht, der über den Spanienkrieg zur KPD gekommen war.

Otmar Gall deutet sein privates wie berufliches Leben politisch. Er wurde vom Theater Ende der Zwanziger Jahre entlassen, nachdem er einmal verspätet zur Arbeit erschienen war. Darin sieht er einen Ausgrenzungsakt der sozialdemokratisch ausgerichteten Theaterleitung. Auf eine kurze Zeit der Arbeitslosigkeit folgte eine Beschäftigung als Theatermaler in Oldenburg, wodurch er nach eigener Einschätzung in seiner beruflichen Stellung »wieder gerutscht«²¹⁰ war. Hier lernte er einen Kreis von Intellektuellen schätzen, der Kunstausstellungen und Diskussionen durchführte. In den Jahren 1930 bis 1933 ging er im Gefolge seines Intendanten (»ein Schwarz-weiß-roter«) als Theatermaler von Oldenburg nach Magdeburg. Im Februar 1933 kehrte Otmar Gall ins vertraute Hamburg zurück, wo er mit einem ehemaligen Kollegen und seiner alten Freundin zusammenzog. Er war arbeitslos, nahm Kontakt mit ehemaligen KPD-Genossen auf und beteiligte sich an der illegalen Aktivität (Flugblatt- und Zeitschriftenverteilung) der KPD.

Ende 1933 wurde seine Freundin verhaftet, und Otmar Gall ließ sich ebenfalls verhaften, um sie, wie er sagt, herauszuholen. Seine rationale Abwägung, mit wenig Haftzeit wegzukommen, erwies sich als Fehleinschätzung. Im Prozeß im Februar 1934 wurde er zu 19 Monaten Haft verurteilt, die er in Wolfenbüttel absaß. In seiner Haft erfuhr Otmar Gall die Solidarität von Mithäftlingen und persönlichen Bekannten. Er erhielt Verhaltens-tips und ordnete sich in die Häftlingsgemeinschaft ein. Nach eigenen Aussagen wurde er nicht mißhandelt. Im Wolfenbütteler Gefängnis arbeitete er

209 Vgl. zu »Die Nieter« Diers, »Die Bühne betritt der Prolet«, S. 234–239, zur »Asso« Schneede, »Wir durften nicht abseits stehen«, S. 261f.

210 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 60.

in der Buchbinderei und genoß wegen seiner handwerklichen Fähigkeiten Ansehen. Als er im Herbst 1935 entlassen wurde, tauchte kurz die Gefahr der Überstellung in ein KZ auf; sein Zellengenosse wurde nach Buchenwald überführt. Die Entlassung hat er nach eigener Einschätzung dem Freund einer Bekannten zu danken. Dieser hatte bereits bei der Verhaftung anderthalb Jahre zuvor auf seine milde Behandlung hingewirkt.

Als er im Herbst 1935 aus dem Gefängnis entlassen wurde, verlobte er sich mit seiner Freundin, die er 1939 heiratete. Otmar Gall holte das nach, woran er durch Verfolgung und Haft gehindert war. Er gründete eine Familie. Weil er während der Haft keine Verlobte benennen konnte, durfte er keinen Besuch von seiner Freundin erhalten. Dies wollte er nicht noch einmal erleben. Nach kurzer Arbeitslosigkeit fand er Arbeit als Maler auf einer Werft. Obwohl politisch vorbestraft, wurde er 1939 durch seinen Gesellen aus der Lehrzeit in eine bessere Arbeitsstelle als zweiter Bühnenbildner am Thalia-Theater vermittelt. In den hier nur skizzierten Stationen des Lebensweges verdeutlicht sich, daß Otmar Galls politische Diskriminierung durch eine im Milieu und Freundschaftskreis vorhandene Solidarität aufgewogen wurde.

Nach der Haftentlassung verhielt sich Otmar Gall politisch abstinenter. Für ihn hieß die Frage: »Wie kommst du jetzt materiell durch, nicht wahr. Und das war entscheidender.«²¹¹ Die für Otmar Gall enttäuschende politische Situation ertrug er nur in revolutionärer Endzeithoffnung, die er retrospektiv auch als richtig bezeichnet. »... wenn die Krieg machen, dann geh'n sie hops. Das war der Gedanke. Das wird der Schluß sein. Der Krieg wird der Schluß sein. Und so is' das ja auch gekommen.«²¹²

Der Hitler-Stalin-Pakt irritierte Otmar Gall. Das war nach eigener Bekundung ein Schock, der von ihm erst nach verschiedenen Unterredungen mit Gesinnungsgenossen überwunden werden konnte. Zum Beleg führt er ein Gespräch mit einem sich der KPO zurechnenden Architekten an, der ihm auch gesagt habe, daß die Russen den erwarteten Konflikt mit dem nationalsozialistischen Deutschland aufschieben müßten. Wie viele andere Kommunisten übernahm er diese »machiavellistische Interpretation« (Peukert) und akzeptierte den Pakt »auf der Basis stalinistischer Realpolitik.«²¹³

Trotz der politisch verunsichernden Faktoren näherte sich Otmar Gall über eine »unpolitische« Freundschaftsgruppe der Volkshochschule einem Kreis junger Intellektueller. Ein erster Kontakt war über die Familie seines

211 Transkript Gall, S. 82.

212 Ebd.

213 Vgl. zu Reaktionen von Kommunisten auf den Hitler-Stalin-Pakt Peukert, Die KPD im Widerstand, S. 329f.; für Hamburg beschrieb Helmuth Warnke rückblickend die allgemeine Verstörung angesichts des Bündnisses zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion unter Hamburger Illegalen: »Das ist der größte Schlag, der der kommunistischen Bewegung versetzt werden konnte. Das ist das Ende der Kommunistischen Internationale« (Warnke, »Bloß keine Fahnen«, S. 51).

Zellengenossen, der er Grüße überbracht hatte, direkt nach seiner Haftentlassung zustande gekommen. Hier sammelten sich ehemalige SAJler, Kommunisten, Troztkisten und Anthroposophen. Sie machten im Rahmen einer Foto-AG der Volkshochschule gemeinsame Wanderungen ins Umland und tauschten sich über die politische Lage aus.

In den Jahren 1939/40 wurden mehrmals Kommunisten aus dem KZ Sachsenhausen bei Oranienburg nach Hamburg entlassen, darunter im September 1940 Franz Jacob, der ehemalige KPD-Bezirksleiter für Agitation und Propaganda. Otmar Gall nahm mit ihm privaten Kontakt auf, besorgte Theaterkarten und traf sich mit ihm in Cafés. Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Oskar Reincke bildeten im Jahre 1941 einen »Dreierkopf« der sich in Hamburg neu formenden Widerstandsgruppe. Sie scharten weitere ältere Kommunisten um sich, die bereits seit 1933 von der Gestapo verfolgt worden waren. Milicubekanntschaften aus der Weimarer Zeit und gemeinsame Mitgliedschaften in Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung oder der KPD entfalteten ihre Langzeitwirkung.

Von Franz Jakob wurde Otmar Gall schließlich im Frühjahr 1941²¹⁴ zur Mitarbeit in der Bästlein-Gruppe angeworben. Otmar Gall wollte keine »wilde Aktion« machen, er wollte nur mitarbeiten und vielfältigste Flugblätter. An der inhaltlichen Arbeit beteiligte er sich nicht. Er bemerkte, daß auch sein Freund Robert Abshagen sich beteiligte, kannte aber nicht dessen Funktion. Anfänglich ging es der Gruppe nur um den Aufbau einer Kaderorganisation für die Zeit nach dem Ende der NS-Herrschaft. Zudem betrieben manche kleinere Untergruppen in Betrieben wie Blohm & Voss Sabotage und nahmen Kontakt zu Kriegsgefangenen auf. Sie entfalteten eine rege Mundpropaganda. Mitte 1942 ließ Franz Jacob in einer größeren Flugblattaktion ein »Merkblatt für Bauarbeiter« vielfältigen und an Dienstverpflichtete der Organisation Todt verteilen.²¹⁵ Otmar Gall beauftragte er, die Flugblätter der Gruppe zu archivieren, »für die Zukunft«, »für die Geschichte«.²¹⁶ Otmar Gall legte das Archiv auf seiner Arbeitsstelle an und ließ es kurz vor seiner Verhaftung im Oktober 1942 von einem Mitarbeiter im Atelier verbrennen.

214 Otmar Gall begann mit seiner Mitarbeit nach seiner Erinnerung vor dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, also recht früh. Die erste größere Versammlung der Widerstandsgruppe ist jedoch erst für den November 1941 in den Ermittlungsakten der Verfolgungsbehörden belegt. Vgl. Bästlein, »Hitlers Niederlage ...«, S. 61. In einem Bericht, den er am 25. Juli 1945 der Partei erstattete, schreibt er, daß er »im Winter 1941/42 aktiv die illegale Parteiarbeit wieder aufgenommen habe« (siehe SAPMO RY 1 1/2/3/142, Bl. 260–262).

215 Abdruck dieses und weiterer Flugblätter bei Meyer, Streiflichter, S. 537–550.

216 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 102.

Die Gestapo deckte die Widerstandsgruppe im Herbst 1942 auf.²¹⁷ Im Mai 1942 waren vier kommunistische Emigranten aus einem sowjetischen Flugzeug über Ostpreußen abgesprungen. Sie wollten die in Berlin agierende Schulze-Boysen/Harnack-Organisation (von der Gestapo ermittlungstechnisch als »Rote Kapelle« bezeichnet) mit mitgeführten Funkgeräten logistisch unterstützen, fanden jedoch keinen Kontakt zu ihr. Zwei der Agenten wandten sich daraufhin nach Hamburg, wo einer Kontakt mit seiner Mutter aufnahm. Die Hamburger Widerstandsgruppe, die sie unterstützte, sah die Falschirmagenten nach der Erinnerung von Otmar Gall als »Belastung für uns« und wollte sie nach Dänemark ausschleusen.²¹⁸ Mitte Oktober 1942 verhaftete die Gestapo nach einer Denunziation des NSDAP-Blockwartes zunächst die Fallschirmspringer und ihre Helfer und dann weitere Mitglieder der Widerstandsgruppe. Gegen über 100 Personen wurde ermittelt, mindestens 80 kamen in Schutzhaft, und bis März 1943 blieben 61 Haftbefehle übrig.

Auch Robert Abshagen und Otmar Gall kamen in Haft, weil sie sich trotz Warnungen nicht schnell genug verstecken konnten. Der von Otmar Gall gewarnte Franz Jacob tauchte hingegen erfolgreich unter. Am 20. Oktober 1942 verhaftete die Gestapo Otmar Gall und versuchte erfolglos, ihn zum Sprechen zu bringen. Ein Mitglied des »Dreierkopfes« wurde mit Folter zu Aussagen erpreßt.

»G: ... die standen nu' hinter mir, also diese Brocken und dann 'n Kleenerer, standen hinter mir. Er sagte: »Na, was hast du denn für Franz gemacht?« Ich ...

I: Der fragte ganz gezielt nach Jacob?

G: Jaja. Ganz gezielt, das war also klar. Wußte genau, was ich gemacht habe. Das war klar. Und da denke [ich]: Was machst du? Ich sag': »Natü...« – da hab' ich ein Schaustück vorgeführt. Du machst dir keine Vorstellung. Ich hab' ein Theater da aufgezogen. Mein Lieber, ich denk', das geht um dein Leben jetzt.

I: Na, erzähl doch mal. Wie es ...

G: Also, ich hab' gesagt: »Natürlich, ich streite nicht ab, daß ich in der Kommunistischen Partei war. Ich streite nicht ab, daß ich Franz Jacob kenne.« Aus dem und dem Grunde. Ich als Maler und Franz in der Agitation und so weiter und so weiter. Und dann haben wir beide kulturelle Interessen, ins Theater und so weiter. Also, aber ein Schauspiel. Und der, schließlich sagt er: »Also, nu', nu' hör'n Sie mal auf. Nu' halt mal auf, Mensch. Jetzt erzählst du mir ganz konkret, was du für ihn gemacht hast.« Ich sag': »Ich weiß nicht. Was

217 Siehe zur kommunistischen Hamburger Widerstandsbewegung in der Kriegszeit Bästlein, »Hitlers Niederlage ...« und die älteren einer kommunistischen Sicht verpflichteten Darstellungen von Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 341–386 u. Hochmuth, »Hitlers Niederlage ...«. Siehe ferner die autobiographischen Ausführungen von Bär, Das versengte Maul, bes. S. 97–110; Zu Harburg-Wilhelmsburg Brüggmann u.a., Die Anderen, S. 175–193.

218 FZHWdE 248, Transkript Gall, S. 103.

soll ich denn für ihn gemacht ham? Ich kann nicht mehr sagen, als daß ich mit ihm zusammengekommen bin, immer, und so weiter. Da gibt der 'n Zeichen, und da ging das los. Mann, haben die mich fertig gemacht. Die Hose war zerrissen. Die Finger bluteten dir. (...)

... und da ich nu' immer noch nichts sagte, ich hab' nichts gesagt, dann hat er Schluß gemacht. Und da sagt er: ›Also, jetzt raus, also nach nebenan. Und morgen kommst du ja wieder, da erzählst du mir, was du für Franz gemacht hast.‹ Ich nach nebenan, und da war'n so zwei Schränke, und zwischen die beiden Schränke muß' ich mich hinstellen. Da waren, wie so 'n Büro, so 'n Schreibtisch, ein männlicher und eine weibliche Gestapobeamte. Und die amüsierten sich, daß meine Hose kaputt war und hier alles zerrissen war. Und dann mit einmal merk' ich, hab' ich gebeten, ob ich 'n Schluck Wasser kriegen kann. Das haben sie gemacht, haben mir 'n Schluck Wasser gegeben. Und dann war 's so um Mittagszeit rum. (...) und ich sitz' so da. Und da is' der (...) Addi Wendt sitzt in, war 'n großer Raum, sitzt in der Ferne an einem Schreibtisch und arbeitet, muß da irgendwas schreiben, arbeitet da. Nu' war Mittagszeit, und das Essen kam. Und da kam [er] nach vorne und sprach zu dem Haedge, hieß der, Haedge, der Große, der mich geschlagen hat. Da sagt er: ›Darf ich mein' Kameraden was zu essen geben?‹ – ›Jaja, mach' nur, mach' mal.‹ Und da gab 's Grünkohl, mein Leibgericht, was es immer gibt, so schönes ei, ah. Und der gibt mir den Schlag Grünkohl, und ich esse auch da. Und mit einmal rchrrt! Da kotz' ich alles wieder raus, nicht. Und da weiß ich nichts mehr. Da weiß ich überhaupt nichts mehr. Ich weiß nur, daß ich in diesem Raum weiter weg lag und wach auf. Es war schon dunkel. Also, wie lange ich da gelegen hab', weiß ich nicht. Und da war ich ohnmächtig geworden, und die haben mich wahrscheinlich da hingeschleift und da liegengelassen. Und ich wache auf und neben mir – die ganzen Gestapoleute herum und kümmern sich gar nicht. Bis sie dann wohl gesagt ham: ›Steh' mal auf!, nicht. Naja, und dann bin ich also hoch, ich wußte gar nicht, was los war. Dann bin ich wieder in ein andern Raum, und dann muß' ich warten wegen, das war schon spät geworden, da sitz' ich da, vor mir 'n Tisch, links 'n Beamter, der für mich da war, und mir gegenüber Robert Abshagen, auch mit ei'm Beamten. Ein Stück weiter der Fallschirmspringer, sitzt da.

I: Wie sah'n die denn aus? War'n die alle sehr zerschunden?

G: Nee, das konnt'st du gar nicht seh'n.

I: Ach so.

G: So weit.

I: Auf jeden Fall hatt'st du das Gefühl, die haben euch alle.

G: Die haben uns alle. Und, und Robert erzählt alles, du. Ich denke ...

I: Wie hast du's gehört?

G: Es sitzt da, [zeigt] hier is' 'n Tisch. Na, sagen wir vom Fenster bis hier, so 'n langer Tisch, also ... Und er sitzt da, und ich sitz' hier. Und er hat 'n Beamten, und ich hab 'n Beamten. Und der steht immer ab und [zu auf]. Der war in feldgrauer Uniform. Und die andern war'n in Zivil oder schwarz. Und Robert

erzählt, ich, ich: Is' der denn wahnsinnig? Was der alles – die Details.

I: Hat der dich geseh'n auch?

G: Natürlich. Wir haben uns, wir kenn' uns ja. Und der, der in Feldgrau, der Beamte, der ging ab und zu mal zu dem Spanienkämpfer da, dem Fallschirmspringer, der war ja Panzerfahrer in Spanien gewesen ... und der war bei den Roten, und der andere war bei den, bei den Francoleuten. Und da haben sie erzählt von ihren Kämpfen. Also ich, ich wär' ja beinah ... Das is' alles unwahrscheinlich für mich. Das weißt du, ich hab' da bloß immer. Das kann ja wohl nicht angeh'n. Das is' ja bald wie 'n Märchen hier. Oder was is' hier los? Dann ... kam denn Transport.«²¹⁹

In der verworrenen und teilweise schwer verständlichen Geschichte der eigenen Verhaftung, der Mißhandlung und der Ohnmacht wird noch nachträglich das schwere Trauma deutlich, das Otmar Gall erlitt. Es waren wohl weniger die Schläge als vielmehr der von Otmar Gall empfundene Verrat, insbesondere durch Oskar Reincke und durch Robert Abshagen, die ihn schwer trafen. Die Erwähnung von Abshagen als jemand, der Aussagen gemacht hat, steht im Widerspruch zu Aussagen anderer an den Vorgängen Beteiligten und ist möglicherweise eine Verwechslung.²²⁰ Er habe alles nur noch wie im »Märchen« wahrgenommen, die Redseligkeit von Robert Abshagen wie die sich über gemeinsame Spanienkampferlebnisse – nur auf verschiedenen Frontseiten – unterhaltenden Fallschirmspringer und den »feldgrauen« Beamten. Dieses Verhalten widersprach dem Ideal des unbeugsamen Kämpfers und dem Schweigegebot des illegalen Kampfes, auf das er sich verpflichtet hatte.

»**G:** Ach so, ich muß ja noch erzähl'n aus der Zeit, wo wir da eingeweiht wurden im Atelier. Und da hab' ich gesagt: ›Weißt du, es is' ja beinah wie bei den, wie bei den Freikorpsleuten ...‹, oder wie hießen die Schwarzen, 1918, die Schwarzen Husar'n. ›Wir schwör'n, wir schwör'n beide, daß wir nichts sagen. Daß wir bis zum Tode ...‹ [G. lacht; U.K.]. So ungefähr, nicht wörtlich. Naja, und da sag' ich zu Addi: ›Sag mal, wenn wir beide ...‹ Ach so, daß wir uns nicht verraten, daß wir nichts sagen, so war das. Ich sag': ›Mensch, Addi, wenn wir uns nicht verraten ham, wer hat das alles denn. Wenn nun – der Franz is' nicht da – wer hat uns denn eigentlich verpfiffen?‹ — ›Ja, der da in der Ecke, Reincke, der hat uns alle hochgeh'n lassen.«²²¹

Die Brandmarkung von Reincke als Verräter, der ansonsten dauernd als »Reinicke« erinnert und so mit der verschlagenen Fuchsgestalt aus der Fabel

219 Transkript Gall, S. 105–110.

220 In einem Bericht vom 25. Juli 1945 (SAPMO RY 1 I 2/3/142, Bl.262) meint Gall, daß bei seinem Ohnmachtsanfall Bästlein anwesend war.

221 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 110.

assoziiert wird, entspricht der kommunistischen Widerstandslegende, die ihre Helden ehrt, jedoch ihre unter dem Verhördruck zusammengebrochenen Mitstreiter mit Verachtung straft. Oskar Reincke wurde in den frühen kommunistischen Darstellungen der Hamburger Widerstandsbewegung systematisch totgeschwiegen, obgleich er zuvor den Aufbau der Organisation wesentlich geleitet hatte und im »Dreierkopf« gewesen war.²²²

Die Aussagebereitschaft der anderen stand im Gegensatz zu Otmar Galls eigenem Verhalten, seiner Verpflichtung auf Konspirativität, seiner Einschätzung der Situation. Indem er deren Verrat herausstreicht, betont er die eigene Standhaftigkeit. Er sagt im Interview, daß er nur das Nichtbestreitbare zugegeben habe, nämlich daß er als alter Kommunist Franz Jacob und verschiedene andere kannte, aber selbst immer nur kulturell gearbeitet hätte. Für ihn war klar: »Du mußt irgendwie durch.«²²³ Otmar Gall lag anschließend transportunfähig in einer Zelle und wurde erst nach rund einer Woche zur Unterzeichnung eines Abschlußprotokolls wieder von der Gestapo geholt. Anschließend kam er in Untersuchungshaft. Hier erlebte er keine Mißhandlungen und keine Ketten mehr. Noch in der Untersuchungshaftanstalt durchlebte er die schweren Angriffe auf Hamburg im Juli/August 1943. In der ersten Nacht fiel die Wasserversorgung aus, in der zweiten Nacht ließ ein älterer Wachmann zu, daß die Gefangenen angezogen auf den Betten sitzen durften. Bald wurden auch die oberen Etagen des Gefängnisses geräumt. Zuerst entließ man die Kriminellen, dann auch die wegen politischer Vergehen einsitzenden Frauen. Die starke Wirkung der Bombenangriffe erzeugte Verwirrung und Kopflosigkeit in der Justizverwaltung. Die Angehörigen machten Druck auf die Justizverwaltung und belagerten die Staatsanwälte, so daß der Hamburger Generalstaatsanwalt Drescher Anfang August 1943 rund 750 Straf- und 550 Untersuchungsgefangenen einen zweimonatigen Hafturlaub gewährte.²²⁴ Zu den Entlassenen zählten auch rund fünfzig Personen, die zur Hamburger Widerstandsgruppe

222 Siehe hierzu Bästlein, »Hitlers Niederlage ...«, S. 75; als Paradebeispiel der kommunistischen Rezeption siehe die Anspielung bei Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, S. 11: »Es gelang der Gestapo aber nicht durch Drohungen, Irreführungen und Mißhandlungen den Mut und die Ehre der Widerstandskämpfer zu brechen. Bis auf einen, der versagte, [...]«.

223 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 116. Auch in der vom Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof u.a. auch gegen G. verfaßten Anklageschrift vom 26.2.1944 wird die Aussage von Reincke und das Bestreiten von G. festgehalten: »Er muß selbst zugeben, bei Gesprächen mit Jakob gelegentlich den Standpunkt vertreten zu haben, daß sie als Kommunisten ehemals zuviel mit Phrasen gearbeitet hätten, anstatt mit klaren Worten zu sprechen. Nach Angaben des Zeugen Reincke war der Angeschuldigte, der eine aktive Tätigkeit im illegalen Apparat zwar bestritten hat, dann auch der Mitarbeiter des Jakob in der Agitpropaganda der neuen Organisation.« (BA NJ 8396, Bl. 21–22).

224 Siehe Sarodnick, »Dieses Haus muß ein Haus des Schreckens werden ...«, S. 375. Drescher wurde daraufhin amtsenthoben und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

gerechnet wurden. Otmar Gall verließ am 4. August das Gefängnis.²²⁵ Die Spitze der Widerstandsgruppe (Bästlein, Reincke, Abshagen) wurde jedoch nach Berlin überstellt. Otmar Gall traf bei einer befreundeten Familie seine Frau, meldete sich ordnungsgemäß und erhielt sogar Lebensmittelkarten. Er ging zu seiner Arbeitsstelle am Theater. Otmar Gall erinnert sich, daß nach den verheerenden Bombenangriffen alle auf das Kriegsende hofften. Bald wurde jedoch Otmar Gall klar, daß die Katastrophe regional begrenzt war, und die Nazis nicht an Macht verloren hatten.

»G: Und dann kamen schon die Gerüchte, dann kam irgendwie die [Frau] von Abshagen, ... Manja, die sagte: ›Du, die holen sie schon wieder. Die sind alle wieder da. Und die sind dabei und suchen euch‹, und so weiter, und: ›Willst du nicht lieber abhau'n.‹ Und da haben wir überlegt. Nu' wußte ja keiner, bis auf diese ... Polizei, wo man sich gemeldet hat, wo wir stecken, nicht wahr. (...) Und dann bin ich mal kurz nach Hause zu meinem Vater, meine Mutter lebte ja nicht mehr. Und zu meiner Schwester, aber dann immer wieder rein, hab' vielleicht auch da mal 'ne Nacht geschlafen, das weiß ich jetzt nicht. Und da hab' ich mir überlegt: Was machen? Abhauen! Abhauen! Nicht wieder da rein. Und dann hab' ich gesagt: So, wie machen, was machst du nun? Und da war so der Gedanke auch: Mh, Selbstmord.

I: Hast, also ... (...)

G: Ja, ja. Man saß zusammen, weil man nu' nicht wußte, sollst – bist ja nun alleine, du wußtest, jetzt kommt die ganze Scheiße wieder zurück. Und nu' geht das Krabsen wieder los. Das heißt also, die Gefahr is' wieder da. Und (...) du kommst ja auch nicht weg. Du kannst ja nicht, wo solltest du hin? Und da war der Gedanke, nicht wahr, was tun? Du saßest zusammen und so weiter. Aber alle haben sie gesagt: ›Komm, Mensch, irgendwie müssen wir da durch‹, und so. Diese Gespräche waren, mit denen du zusammen warst. War'n diese Gespräche. Und ich selber hab' mir gesagt: ›Nee, das, die Sache sieht bei mir so aus, du kannst (...) hops geh'n. Das kann aber auch eventuell glatt geh'n. Aber sicher is', du gehst in die Illegalität.‹ Da bin ich noch einmal um's Untersuchungsgefängnis gegangen, hab' mir von außen die Zellen angeguckt, und mir gesagt: ›Wenn du da jetzt freiwillig oder durch neue Verhaftung da reinkommst, dann kannst du über dein Schicksal nicht mehr entscheiden.‹ ›Also versuchst du, illegal zu leben.‹ Der Gedanke war natürlich auch dabei, das kann nicht mehr lange geh'n. Der Krieg wird ja vielleicht in ein, zwei Jahren zu Ende sein. Der Gedanke war ja auch da, von den Menschen, die also nu' Hamburg erlebt haben, nicht.«²²⁶

225 Nach einer handschriftlichen Aufstellung aus den Bästlein-Akten (O Js 1016/43g) kamen bis 4.8.1943 55 politische Häftlinge zur Entlassung, von denen bis 6.11.1943 nach einer Notiz der Gestapo noch 13 flüchtig waren (siehe Kopie in Archiv der FZH 812-7).

226 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S.121–122.

Der Entschluß zum Leben in der Illegalität fiel Otmar Gall schwer. Erst als er erneut von der Frau von Robert Abshagen vor einer Verhaftung gewarnt wurde, tauchte er ab. Er spielte mit dem Gedanken an Selbstmord, was die Ausweglosigkeit, in der er sich befand, unterstreicht. Eine Besichtigung des Untersuchungsgefängnisses von außen und die Perspektive, in Untätigkeit über sein Schicksal befinden lassen zu müssen, führten zur Entscheidung für ein Leben im Untergrund.

Er traf einen vom Militär beurlaubten Genossen, der nicht mehr zurück an die Front wollte. Zusammen wollten sie ursprünglich illegal mit einem Schiff als blinde Passagiere nach Schweden übersetzen, was aber nicht funktionierte. So gingen sie nach Berlin, wo Otmar Gall ein befreundetes Ehepaar aus der Zeit der »Freien Proletarischen Jugend« kannte. Das Angebot des Ehepaares, ihn bei einem befreundeten SS-Mann unterzubringen, der »im Herzen kein SS-Mann«²²⁷ sei, war Otmar Gall jedoch nicht geheuer. Er hatte den Plan, über München in die Schweiz zu kommen. Diesen Plan wollte er mit Hilfe von befreundeten Buchhändlern wahr machen, die er in Hamburg kennengelernt hatte und die ihm seinerzeit von ihren Wanderungen durch die Schweiz erzählt hatten. Ausgerüstet mit seiner Lebensmittelkarte und einem Bombengeschädigtenausweis, machte er sich auf den Weg nach München, wo er zunächst seine Bekannten wiederfinden mußte. Unterwegs profitierte er von dem Mitleid, das die meisten Beamten mit den ausgebombten Hamburgern hatten, von denen viele nach Bayern evakuiert worden waren. Er kannte die Adresse der Buchhandlung in München nicht und nur den Spitznamen seines Freundes. Nach einer anfänglichen Verwechslung – er landete bei einem Buchhändler, der ebenfalls diesen Spitznamen hatte – fand er schließlich den Freund. Von diesem wurde er mit dem anderen Jugendfreund, der seiner Erinnerung nach einen »kleinen kriminellen Einschlag« hatte und illegal mit Keramik handelte, am Tegernsee zusammengebracht. Von seinen Bekannten wurde Otmar Gall zu Künstlerkneipen in München mitgenommen.

»G: Ja, jedenfalls da verkehrten wir auch. Und dann war das immer so. Und dann sprachen sie französisch. Und da war'n doch immer irgendwelche Nazi zu der [Zeit]. Da is' ja egal, welches Lokal du nimmst, da saßen immer welche, irgendwo. Auch als Gäste, nicht als Spitzel, sondern als Gäste. Und im »Simpel« wahrscheinlich sogar ganz bewußte... Und ich hatte schon immer Angst, hatte immer Angst. Dann sind wir mal in eine italienische Makkaroni-Kneipe und so weiter, nicht wahr. Also, das war alles mir zu unsicher. Und die ganzen Leute: »Jaha ...« Und ich sag': »Mann, oh Mann, diese öffentliche Geschichte, das gefällt mir gar nicht. Ihr dürft nicht vergessen, ich werde gesucht, und so.« »Ja, hier in München –, und so. Ich sag': »Ja, na schön.« Und dann ... haben sie

wirklich versucht, da hatten sie am Bodensee irgendein Lokal, wo sie auch 'ne Wirtin kannten, und wo sie glaubten, die, eventuell, könnten die uns so helfen mit 'n, husch – rüber in die Schweiz. Aber das haben sie auch wirklich versucht. Es ging nicht.«²²⁸

Otmar Gall hatte schon die Lebensverhältnisse seiner Quartiergeber in Berlin als bürgerlich charakterisiert und sich nicht wohl gefühlt. In München erlebte er erneut Gesellschaftskreise, in denen er sich nicht sicher fühlte. Die Wohnungseinrichtung mit einem Billardtisch und den Besuch von Künstlerkneipen, all dies findet Otmar Gall erwähnenswert, weil es ihm als etwas Besonderes, aber auch als fremd und angesichts seines illegalen Status als gefährlich erschien. Er fühlte sich nach eigenen Aussagen unwohl, was er nur in der Hoffnung ertrug, eine Möglichkeit zum illegalen Grenzübertritt in die Schweiz zu finden. Das Bedrohungsgefühl, die Gefahr aufzufallen, in eine Kontrolle zu kommen, bei der ihm die Beamten nicht mehr glauben würden, das er ein Ausgebombter ohne richtigen Personalausweis wäre, wurde für ihn nach eigener Aussage zu groß. Die Vorschläge seiner Freunde, ihn in die Berge zu bringen oder ihn als angeblich Taubstumm mit beurlaubten Franzosen nach Frankreich zu schicken, muteten ihm zu naiv, zu phantastisch an. Als er durch einen ehemaligen Londoner Botschaftsangestellten, den seine Münchner Freunde kannten, mit falschen Papieren ausgerüstet werden sollte, sagte dieser jedoch, daß der Krieg ohnehin bald vorbei wäre und verweigerte den Paß.

Im Dezember 1943 entschloß sich Otmar Gall, nach Hamburg zurückzukehren. Hier kannte er sich aus, sprach den Dialekt und wußte immer, wo er mal eine Nacht bleiben konnte. Er schlug sich streckenweise zu Fuß oder in Güterzügen bis Hamburg durch. Immer wieder erzählt er von Beinaheentdeckungen und von seinem Glück. Bereits vorher ist verschiedentlich die Metapher seines »Schutzengels« aufgetaucht, den er in seinem Leben gehabt habe. Er fand immer wieder hilfsbereite Freunde und Genossen, die ihn unterbrachten, lebte aber in der dauernden Gefahr entdeckt zu werden. Die häufige Isolation ertrug er nur schwer.²²⁹ Doch andererseits war die Organisation des physischen Überlebens in der Illegalität nach seiner Erinnerung kein Problem, erhielt er doch immer etwas Nahrung und Kleidung zugesteckt und fand regelmäßig Unterkunft bei einer Rahlstedter Familie. Otmar Gall fühlte sich zunehmend sicher in Hamburg, das zum Überlebensort für ihn wurde. Er durchbrach die Isolation der Illegalität immer öfter

228 Transkript Gall, S.128.

229 Zur psychischen Problematik und den erlebnisdynamischen Faktoren der Illegalität (permanente Angst, ständiges Gefühl des Gehetztseins, tatenloses Ausgeliefertsein im Versteck bzw. häufiger Aufenthaltswechsel) siehe Venzlaff, *Erlebnishintergrund*, S. 95–109, bes. S. 101f.; Baeyer/Häfner/Kisker, *Psychiatrie der Verfolgten*, S. 19.

und traf sich nicht nur mit seiner Frau, sondern auch mit anderen Illegalen, die sich gegen Kriegsende immer größere Pistolen besorgten, um sich im Notfall verteidigen zu können.

»G: Und eines Tags hieß es: ›du, der George, das [ist] einer von der Jugend. (...) ›Der will mit dir zusammenkommen.« – ›Ja, is' in Ordnung.«

I: Bist du in der Zeit auch manchmal mit Selma [seiner Frau; U.K.] zusammengetroffen, habt ihr überhaupt noch 'n intimes Verhältnis [gehabt] ...?

G: Kaum. Nein, nein, gar nicht. Gar nicht.

I: Gar nicht.

G: Nein, nein, nein. Ich hab' immer gesagt: ›Ich will nicht, laß das nach. Du kannst beobachtet werden.« Aber dann kam mal ihre Schwester, kam da mal, und da haben wir irgendwo in so 'nem Park da – und da konnten wir's – in Rahlstedt, gesessen und gequatscht. Und der George, der kam denn, und dann haben wir uns auch außerhalb Rahlstedts, so 'n bißchen ... in der Landschaft da getroffen. Und immer mal wieder und [er] sagt: ›Dann treffen wir uns wieder, und so, und ich hab' mich immer gewundert, alle haben immer gesagt: ›Brauchst du Geld?, nicht wahr. Und ich sag': ›Nee, brauch' ich nicht. Was soll ich? Ich weiß gar nicht, was ich mit soll.« Und eh, also früher, noch Münchener Zeit, da hab' ich 's mal brauchen können, weil [es] immer noch mal Kneipen gab, wo du ohne Marken was zu fressen bekamst, nicht. Also da, das braucht' ich nu' hier alles nicht mehr. Auf jeden Fall hab' ich dann also George getroffen, und ich hab' mich gewundert, daß der weiter nichts sagt. Und da sagt er: ›Also, ich kenn' ja dein' Standpunkt, der is' ja auch richtig. Keine große Gefahr mehr für dich. Willst auch mit keinen zusammenkommen, die eventuell auch noch tätig sind.« Gab's ja auch noch zu der Zeit. Ich sag': ›Nee, George, komm, laß, du. Ich fühl' mich jetzt allmählich so sicher durch diese Rahlstedter Familie. Und den Kontakt mit den SPD-Leuten, da mit den Z. und so weiter, nicht, mit diesen Theaterleuten.« Und da sagt er: ›Ja, versteh' ich ja.« Und dann eines Tages sagt er: ›Weißt du, wenn ich dir den Namen wenigstens sagen darf. Und dann kannst du ja immer noch nein sagen.« Ich sag': ›Gut, sag' mal.« – ›Atsche.« – [G. ruft laut aus] ›Was?« (...) Ich sag': ›Ja!« – ›Naja, also wir können jetzt 'n – ich hab' 'n Treff, könnt' ich dir jetzt organisier'n. Im Stadtpark. Bei der U-Bahnhaltestelle Stadtpark, oder irgend, wie das Ding da damals hieß. Naja, ich also mit hin. Ach so, ich muß dazu sagen, zu der Zeit hatten wir alle Räder, ob geklaut oder nicht geklaute Fahrräder, und so is' man immer schnell unterwegs. Also wir treffen [uns], und naja, das war natürlich ein Empfang mit Atsche, Mensch. Und dann das erste war immer gleich, was er sagte: ›Hast du 'ne Waffe?« Ich sag': ›Ja, ich hab' eine.« – ›Ja, zeig' mal.« Hab' ich da ein kleines Ding gehabt. ›Also damit kann man sich doch nicht verteidigen. Das [ist] nichts. Hast du Geld?« Ich sag': ›Ja, Geld hab' ich.« – ›Beim nächsten Treffen besorg' ich (...) dir 'n stärkeres Ding.«²³⁰

Otmar Gall wollte nicht mit anderen Illegalen zusammenkommen, was er als große Gefahr für sich ansah, nicht ohne Grund, wie man mit Blick auf die Schicksale vieler anderer Untergetauchter sagen kann. Rund die Hälfte der im Juli/August 1943 entlassenen politischen Häftlinge war untergetaucht und setzte im Solidarnetz von Gesinnungsgenossen ihre Widerstandsarbeit fort. Von der Gestapo angesetzte Spitzel deckten jedoch immer mehr Illegale auf. Bei Verhaftungen um die Jahreswende 1943/44 kam es sogar zu Schießereien mit der Gestapo.

Der Kontakt zu seinem alten Freund Georg Kranich und dem ebenfalls illegal lebenden Arthur Matschke²³¹ war also für Otmar Gall nicht ungefährlich. Gegen Kriegsende nahm er erneut an illegalen Aktivitäten teil und stellte mit seinen beiden Freunden Flugblätter her, in denen zur kampflosen Kapitulation aufgerufen wurde.²³²

Ein Fazit des illegalen Lebens ist für Otmar Gall schwer zu ziehen. Es waren keineswegs nur alte Parteigenossen, sondern ebenso Sozialdemokraten aus dem Theater und die alten Bindungen aus der Jugendzeit, die Otmar Gall im Überlebenskampf halfen. Der Gefahr der Denunziation durch Spitzel ist er entronnen. Von seiner Frau hingegen entfremdete er sich. Die Angst, daß sie von der Gestapo überwacht werden könnte, war so groß, daß er kaum mehr mit ihr zusammenkam. Der Zusammenschluß auch mit Nichtkommunisten in der gemeinsamen Verfolgungssituation ist Otmar Gall im Gedächtnis geblieben. In der im wesentlichen von Kommunisten getragenen Widerstandsgruppe arbeiteten zumindest am Rande und vermittelt über persönliche Bekanntschaften auch ehemalige Sozialdemokraten mit.²³³ Bei einer solchen, sich antifaschistisch verstehenden Familie in Rahlstedt erlebte Otmar Gall das Kriegsende.

4. Verfolgung und Entschädigung – die Nachkriegszeit

In den bisher beschriebenen Lebensgeschichten sind unterschiedliche Grade und Wege der Verfolgung sowie der Reaktionen der Einzelnen darauf deutlich geworden. Welche Auswirkungen hatte die Verfolgung für das Weiterleben zuvor Verfolgter nach dem Ende der NS-Herrschaft? Mit der Befreiung ergab sich für die Überlebenden die Perspektive, die bisherige Ohnmacht in Macht, die politische »Überwinterung« in einen politischen »Frühling«, das Aufbegehren in politische Gestaltung zu verwandeln und

231 Zu Georg Kranich siehe Hinweise bei Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 74, 380f., zu Arthur Matschke ebd., S. 190, 357ff, 372–381.

232 Vgl. zu der hier beschriebenen Flugblattaktion Ende April 1945 die Passagen bei Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, S. 138–139; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 380–381.

233 Vgl. Erwähnungen bei Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, S. 122–123, und Meyer, Streiflichter, S. 359–361.

die erlittenen individuellen Beschädigungen durch finanzielle »Wiedergutmachung« zu mindern. Doch viele Schäden waren so groß, daß sie nicht »wiedergutmacht« werden konnten. Das Weiterleben der Verfolgten in den Gesellschaften beider deutscher Staaten soll nachfolgend anhand der entsprechenden Teile der bisher dargebotenen Lebensgeschichten beleuchtet werden. Aus den bis in die Gegenwart präsenten Erfahrungen aus der Zeit der Verfolgung und unmittelbar danach erschließen sich zum Teil die gesamten Lebensgeschichten.

Nach der Befreiung stellten sich den Alliierten und den deutschen Verwaltungsstellen schwerwiegende Probleme der Versorgung und Unterkunft der aus KZ-Haft oder aus Gefängnissen zurückkehrenden Menschen. In Hamburg fanden bereits im Mai 1945 erste Verhandlungen zwischen britischen Militärbehörden und zurückgekehrten Widerstandskämpfern sowie eine erste Besprechung bei der Sozialbehörde über Probleme der zurückkehrenden KZ-Häftlinge statt. Schon hier wurde deutlich, daß es nicht nur begrenzte materielle Mittel, sondern auch ungebrochene Denk- und Handlungsmuster sowie Vorurteile in der Bevölkerung gab. Die Verfolgten selbst differenzierten ebenso und schloßen Häftlinge mit »grünem Winkel« (Kriminelle) oder ehemalige Kapos, die sich in den Konzentrationslagern zu Mittätern des Wachpersonals hatten machen lassen, von ihren Organisationen aus.

Im Sommer (formell erst im September 1945) bildete sich das »Komitee ehemaliger politischer Gefangener«, das aus einem Erkennungsdienst bei der Kriminalpolizei hervorging. Hier wurde an »Überzeugungstäter, die aktiv in Wort und Tat im Kampf gegen den Nationalsozialismus standen«, der »politische Paß« ausgegeben.²³⁴ Bereits bei dieser von den Verfolgten selbst geleiteten Einrichtung wurde eine bevorzugte Unterstützung für nachweislich aus politischen, rassischen und religiösen Gründen Verfolgte festgelegt. Unter diesen erhielten politische Verfolgte eine Vorzugsstellung, andere Verfolgte wie »Asoziale«, Homosexuelle oder Zwangssterilisierte wurden nicht für betroffen gehalten. Die Verfolgung war durch erlittene Haft oder die Tätigkeit gegen das NS-Regime in der Emigration nachzuweisen. Der »politische Paß« ermöglichte lebensnotwendige Soforthilfe (Kleidung, Hausrat, Möbel, Wohnung) für die Verfolgten. Das Ende 1946 in der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) aufgehende Komitee vermittelte darüber hinaus gemäß dem Bedürftigkeitsprinzip Krankenhausbetreuung, bot Kuren und Erholungsaufenthalte für Kinder an, betrieb einen Suchdienst, gab Hilfen für die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben und wirkte bei der Aufdeckung und Verfolgung von NS-Verbrechen mit. In seinen Stadtteilorganisationen

234 Siehe Grundsätzliche Richtlinien für die Ausgabe eines politischen Passes (4.9.1945), abgedruckt bei Romey, *Zu Recht verfolgt?*, S. 223.

wirkten bald 250 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter.²³⁵ Die bereits früh getroffenen Regelungen nahmen Bestimmungen des späteren Bundesentschädigungsgesetzes vorweg.²³⁶ Als Ausschließungsgründe wurden ehemalige Mitgliedschaft in der NSDAP, Inhaftierung wegen Straftaten, die auch nach dem geltendem Recht nach dem Ende des Nationalsozialismus unter Strafe von mindestens fünf Jahren standen, Mittäterschaft bei Verfolgung anderer und »Unwürdigkeit« (»wer als eine Person schlechten Charakters allgemein bekannt ist«²³⁷) genannt. In der deutschen Öffentlichkeit der Nachkriegszeit war die, wenn auch nur geringe, Bevorzugung Verfolgter angesichts der allgemeinen Not besonders in den Jahren 1945 bis 1948 sehr umstritten und weckte Neid.²³⁸

Die gesetzlichen Bestimmungen²³⁹ regelten Wiedergutmachung als eine materielle Entschädigung im Rahmen des Wiederaufbaus. Das Komitee bzw. die daraus hervorgehende VVN erhielt zunehmend die »Rolle eines sozialfürsorgerischen Verbandes«.²⁴⁰ Die zunächst überparteiliche Organisation fiel schließlich der Zwangsvereinigungspolitik der KPD und der Abgrenzungspolitik der SPD zum Opfer. Zwar ignorierte die Hamburger SPD

-
- 235 Die erste Wiedergutmachungsregelung seitens der britischen Militärregierung (Zonenpolitische Anweisung Nr. 20 vom 4. Dezember 1945) lehnte sich eng an die Anerkennungsrichtlinien für den politischen Paß (rassische Gründe oder Verstoß gegen NS-Gesetze, religiöse Überzeugung, Zugehörigkeit zu einer Partei, die in aktiver Opposition zum NS-Regime stand, Weigerung des NSDAP-Beitritts) an. Über die Ausstellung eines Ausweises über die »Sonderhilfsberechtigung« entschied ein dreiköpfiger Ausschuß, besetzt mit »einem Juristen, einer Person der allgemeinen Öffentlichkeit und einem früheren KZ-Häftling«. Vgl. eine Zusammenfassung der Hamburg betreffenden Wiedergutmachungsregelungen in der vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegebenen Broschüre Die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in Hamburg, o.O., o.J. (1959); ferner für die Phase bis 1951 Asmussen, Der kurze Traum von der Gerechtigkeit; Romey, Zu Recht verfolgt?, S. 226ff.; mit Blick auf die US-Zone und die frühe Bundesrepublik Goschler, Wiedergutmachung.
- 236 Überhaupt hatte die Aktivität des Komitees ehemaliger politischer Gefangener eine gewisse Initialfunktion für die Schaffung zonenübergreifender Wiedergutmachungsregelungen. Hinzuweisen ist hier auf den am 21. März 1946 vom Odf-Ausschuß der britischen Zone beschlossenen Entwurf eines Wiedergutmachungsgesetzes, der ein Maximalprogramm enthielt, und auch in der SBZ Auswirkungen zeitigte (Kessler u. Peter, Wiedergutmachung im Osten Deutschlands, S. 149ff., bes. S. 152).
- 237 Zitat nach den im Februar 1946 in der Presse bekanntgemachten Bestimmungen der Zonenpolitischen Anweisung Nr. 20 bei Asmussen, Der Traum von der Gerechtigkeit, S. 28.
- 238 Die Bevorzugungen bestanden in der Zuteilung von Lebensmittelkarten für »Mittelschwerarbeiter«, dem Vorrang bei der Wohnungsvergabe, dem Vorzug bei der Vermittlung durch das Arbeitsamt sowie der Hilfe bei Bedürftigkeit (50% mehr als der Satz der Allgemeinen Fürsorge). Siehe zum Klima beispielhaft den Artikel »Wie lebt der ehemalige politische Häftling heute?« aus der Hamburger Freien Presse v. 18.1.1947, S. 3 (abgedruckt bei Asmussen, Der kurze Traum von der Gerechtigkeit, S. 128) sowie die Aussprache zur Wiedergutmachung für Naziopfer und deren Hinterbliebene am 23.4.1947 in der Hamburger Bürgerschaft, in der von einem »öffentlichen Skandal« die Rede war (Schildt/Sywottek, Die Bürgerschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 114).
- 239 Noch in der Besatzungszeit sind für Hamburg die Gesetze über Sonderhilfsrenten vom 24.5.1948 und über Haftentschädigung vom 16.8.1949 und später dann das Hamburger Allgemeine Wiedergutmachungsgesetz vom 8.4.1953 sowie die Bundesentschädigungsgesetze vom 18.9.1953 und 29.6.1956 zu nennen. Vgl. Die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in Hamburg.
- 240 Romey, Zu Recht verfolgt?, S. 228.

eine erste Empfehlung des SPD-Parteivorstands in Hannover vom Herbst 1946, in der VVN nicht mehr mitzuarbeiten, doch die Auseinanderentwicklung der Arbeiterparteien verstärkte auch den Prozeß der Entsolidarisierung der Verfolgten.

Am Beispiel von Fridolin Herkings Biographie²⁴¹ läßt sich diese Entwicklung nachzeichnen. Er kam am Kriegsende mit dem Lazarett, in dem er arbeitete, zunächst nach Dänemark und von dort zurück nach Hamburg. Hier fand er erneut Anstellung auf der Werft, in der er bis zu seiner erzwungenen Einberufung gearbeitet hatte. Er engagierte sich 1945 im Komitee ehemaliger politischer Gefangener – er leitete das Unterkomitee Rahlstedt – und in der SPD. Im April 1946 verwehrte er sich zusammen mit anderen SPD-Mitgliedern gegen den Versuch der VVN, »die Einigung der Arbeiterparteien mit allem Nachdruck zu fordern und zu propagieren«. In der Folge setzte er sich weiter für die organisierten politisch Verfolgten seines Bezirkes ein. Vor dem Hintergrund der Berlin-Blockade kam es schließlich im Juli 1948 auch in Hamburg zum Beschluß der Trennung der SPD-Mitglieder von der kommunistisch dominierten VVN. So trat auch Friedolin Herking am 30. Juli 1948 als einer der im Jugendheim Hamburg-Berne versammelten ehemaligen politischen Häftlinge der SPD aus der VVN aus, da sie nach dem Rücktritt des Sozialdemokraten Walter Schmedemann vom Posten des zweiten Vorsitzenden der VVN Hamburg keinen Grund mehr sahen, »sich weiterhin dem Verlangen ihrer Partei entgegenzustellen«. Ende 1948 erfolgte die Gründung der »Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten« (AvS).²⁴² Die VVN war durch das Ausscheiden der Sozialdemokraten in das

241 Siehe FZH/WdE 269 und zum Wirken im Komitee, der VVN und der AvS die Materialien im Archiv der FZH, Sign. 11 H6.

242 Vgl. Schmidt, »Wir sind die Verfolgten geblieben«. Bis Ende 1947 hatte die VVN 7324 A-Ausweise für »politische Überzeugungstäter«, 3920 B-Ausweise für sonstige wegen NS-Gegnerschaft eingekerkerte Gefangene und 915 Hinterbliebenenausweise ausgestellt (ebd., S. 334). Siehe ferner Tormin, Die Geschichte der SPD, S. 137–139, 241–245. Bis zum Ende des Jahres 1949 erhielten von den rund 1500 karteimäßig bei der AvS erfaßten Verfolgten 1009 den Verfolgtenausweis der AvS, der Unterstützung insbesondere hinsichtlich der damals gewährten Haftentschädigung bedeutete.

»Kommunismus-Ghetto« verwiesen und die Einheit der politisch Verfolgten aus dem Umfeld von SPD und KPD endgültig zerbrochen.²⁴³

Die Verfolgten konnten als Minderheiten in einer Gesellschaft der Mitläufer nicht nur aus machstrukturellen Gründen dem Vergessen in der Nachkriegszeit und der Zeit der frühen Bundesrepublik nicht entgegensteuern. Sie besaßen auch legitime Eigeninteressen, die sie den Kurs innerer Befriedung schweigend bis zustimmend verfolgen ließen. Das kurzatmige Rachebedürfnis vieler Verfolgter gegenüber den Tätern oder das Streben nach Genugtuung für die erlittenen Qualen taugte angesichts der allgemeinen Not nicht für einen gesellschaftlichen Neuanfang. Die nur vorübergehende Ausgrenzung von NS-Verbrechern durch Gerichtsprozesse und die Entnazifizierung – so umstritten sie auch gewesen sein mag – befriedigte symbolisch einen Anspruch auf Gerechtigkeit, wie nachfolgend gezeigt wird. Die spätere Wiedereingliederung der ausgegrenzten NSDAP-Anhänger durch die Straffreiheitsgesetze 1949 und 1954, das 131er-Gesetz 1951, die Liquidation der Entnazifizierung in deutscher Verantwortung sowie die Amnestie der Kriegsverbrecher bedeuteten für viele Verfolgte keine Bedrohung ihres Status quo. Der Preis für die Verfolgten war jedoch die »politische Entaktualisierung des Gedenkens«.²⁴⁴

Die Tagebuchaufzeichnungen von Franziska Haenel unterstreichen die wechselnden Gefühle, die sie angesichts ihres Status als Verfolgte in der unmittelbaren Nachkriegszeit erlebte. Mit der Erzählung der Rückkehr nach Hamburg am 2. Juni 1945 brach das Interview mit Franziska Haenel ab. Im Nachgespräch meinte sie, daß es jetzt genug sei, und sie das Gespräch bislang sehr belastet habe. Ihre Nachkriegsgeschichte ist durch verschiedene autobiographische Quellen überliefert. So schrieb sie in den Jahren 1946

243 Schmidt, »Wir sind die Verfolgten geblieben«, S 348. Mitgliedschaft und Betätigung in der VVN galten in der frühen Bundesrepublik als Stigma, das Ausgrenzung zur Folge hatte. Nach einem Beschluß der Bundesregierung vom 19.9.1950 durften VVN-Mitglieder keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden. Ab Oktober 1951 gab es schließlich nur noch eine »Freie Beratungsstelle für die Opfer des Faschismus«, die sozialfürsorgerische Aufgaben der zuvor in Hamburg verbotenen VVN wahrnahm. In Hamburg blieb die VVN von 1951 bis 1961 verboten, die Verbotspraxis im Verwaltungswege war jedoch uneinheitlich und die VVN konnte in anderen Ländern ihre Tätigkeit trotz Behinderungen fortsetzen (vgl. Brünneck, Politische Justiz, S. 111f.). Der juristische Kampf gegen das VVN-Verbot endete mit einem weitgehendem Erfolg der 1958 gegründeten »Vereinigten Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten« (VAN), 1979 wurde der alte Name VVN wieder angenommen (Schmidt, »Wir sind die Verfolgten geblieben«, S 351). Kommunisten, die sich weiter als solche betätigten, wurden in der Geschichte der Bundesrepublik zu »disqualifizierten Opfern«. Ihre Ausgrenzung aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten nach dem Bundesergänzungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz von 1953 wurde im wesentlichen damit begründet, daß sie die »freiheitliche demokratische Grundordnung« bekämpften. Die sich darauf gründende Verweigerung von Entschädigung für aktive Kommunisten bedeutete nach dem KPD-Verbot im Jahre 1956, daß Entschädigungszahlungen fortan eine politische Wohlverhaltensprämie für passive Kommunisten bedeuten konnten. Eine Lockerung der Ausschlußklausel im Bundesentschädigungsschlußgesetz 1965 fand erst im Zusammenhang mit einer entsprechenden Besserstellung, die für NS-belastete Verfolgte angestrebt wurde, statt (vgl. Jasper, Die disqualifizierten Opfer).

244 Siehe ausführlich hierzu Frei, Vergangenheitspolitik, bes. S. 401.

bis 1949 (mit Nachträgen bis in die Gegenwart) ein an ihren vermißten Bruder Paul gerichtetes Tagebuch, in dem sie ihr weiteres Leben festhielt.²⁴⁵ In ihren ersten Eintragungen im März 1946 erzählt sie ihr Schicksal seit der Rückkehr nach Hamburg. Franziska Haenel meldete sich im Juli 1945 beim Komitee für ehemalige politische Häftlinge und erhielt zusätzliche Nahrungsmittel, was sie als »eine große Hilfe wahrnahm«. Über die Reaktionen ihrer Umgebung berichtet sie:

»Natürlich habe ich nun viele Neider, aber ich denke mir, wie Jochen Spatz: »Nehmt alles was ihr kriegen könnt, am Besten schmeckt es ungegönnt!« Damals hätten die lieben Nächsten ja auch nicht danach gefragt, wenn ich verhungert wäre, sie fanden es ja ganz in der Ordnung, daß man mir alles entzog. Die zehn Monate im Gefängnis haben mich doch etwas verändert. Ich bin bestimmt etwas egoistischer in Bezug auf unsere Familie geworden.«²⁴⁶

Franziska Haenel sah sich nun moralisch auf der Siegerseite, wenngleich sie die Nachkriegsnöte und Versorgungsschwierigkeiten mit allen anderen teilen mußte. Ihre Rückkehr in den Nachbarschaftszusammenhang, aus dem sie durch Denunziation herausgerissen worden war, verdeutlicht die Alternativlosigkeit Verfolgter bei Kriegsende. Das Weiterleben zwang zum Arrangement. Franziska Haenel lebte mit ihrem Mann bei ihren Eltern. Die Frau des Vermieters war eine Zeugin im Prozeß gegen sie 1944 gewesen. Franziska Haenels Ehemann arbeitete als Dolmetscher für die englische Militärverwaltung, sie half ihm beim Abtippen von Übersetzungen. Er übersetzte auch die Eingaben von Bekannten aus seiner Umgebung. Beide waren Mittlerpersonen zwischen der deutschen Bevölkerung und der englischen Besatzungsmacht. Franziska Haenel nahm auch Kinder von Freunden und Bekannten zu einer Weihnachtsfeier der britischen Militärs mit, bei der die Kinder Geschenke erhielten. Sie stand in vielen von der deutschen Öffentlichkeit kritisierten Entscheidungen der britischen Besatzungsmacht auf deren Seite. Weil die Verlegung des Hauptquartiers der britischen Kontrollkommission für Deutschland nach Hamburg geplant war, protestierten im Sommer 1946 viele Hamburger gegen die vorgesehenen Umquartierungen und Räumungen von Wohnungen. »Die sind nun alle ganz furchtbar empört. Aber früher haben sie ja alles andere auch schön und gut gefunden. Jetzt sind sie mal dran.«²⁴⁷

245 Siehe Tagebuch 1946–1949 »Für Paul« (Kopie), in: FZH/WdE 234. Mit der Todesbenachrichtigung im Oktober 1949 brechen die Aufzeichnungen ab und sind noch 1951 (Hochzeitstag der Eltern), 1961 (Tod des Ehemannes), 1988 (Erinnerung an den Bruder durch eine Fernsehsendung über Stalingrad) und 1991 (Reflexion über den Vater) mit kurzen Einträgen ergänzt.

246 Eintrag 7.3.1946, ebd., S. 4.

247 Eintrag 30.6.1946, ebd., S. 33/34. Siehe zur Planung der britischen Regierung, Hamburg zur »Hauptstadt« ihrer Besatzungszone zu machen und zu den geplanten Räumungen Schildt, Die Grindelhochhäuser, S. 11ff, bes. 33–40; Szodrzynski, Hamburgs Arbeiterbewegung, S. 52ff.

Ihre Kritik an der unvollkommenen Entnazifizierung,²⁴⁸ an der beruflichen Wiedereingliederung ehemaliger Nazis, aber auch an der Verschonung ihrer Denunzianten, die sie mehrmals auf der Straße und auf Ämtern traf, ist in ihren Tagebuchnotizen deutlich. »Meine ›lieben Freunde‹, die mich angezeigt haben, laufen auch noch immer ungeschoren herum. Ich hoffe ja, daß sie ihre Strafe auch noch kriegen werden. Es ist so übel, ihnen auf der Straße zu begegnen. Die M. stiert mich dann so herausfordernd an. S. und K. sehen wenigstens weg. Sie sind für mich Luft. Ich habe die drei angeben müssen, als ich das Formular für die Zusatzkarten ausfüllen mußte. Ich bin gespannt, ob noch was danach kommt.«²⁴⁹ Im Herbst 1946 betrieb sie auch deren Streichung aus der Wählerliste, allerdings erfolglos. Im April 1948 kam es zu einem Prozeß gegen zwei Denunzianten. Franziska Haenel und ihr Mann waren als Zeugen geladen, hielten sich jedoch sehr zurück. Der Staatsanwalt beantragte Freispruch mit dem Argument, daß keinem der Angeklagten die Denunziation direkt nachzuweisen sei. Franziska Haenel war empört: »Höre und staune! Von selbst bin ich ja nicht zur Gestapo gegangen!!!« In einer Verhandlungspause erklärte sie dem Anwalt der Angeklagten, daß sie »ja nur gerechtfertigt werden will und daß mit einem Freispruch ja meine Schuld sozusagen bestätigt würde.« Franziska Haenel ging es um eine symbolische Feststellung des Unrechts, das ihr widerfahren war. Sie war sogar kompromißbereit und nahm das Angebot eines Angeklagten an, ihr die Anwaltskosten zu erstatten. Dieser Angeklagte wurde vom Richter freigesprochen, die zweite Angeklagte zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. Für Franziska Haenel hieß dies: »Nun ist dies Kapitel endlich zu Ende! Und wir haben Ruhe davor.«²⁵⁰ An dieser Tagebuchnotiz wird ihre Erleichterung deutlich, die sie empfand, als die juristische Sühne ihrer Verfolgung abgeschlossen war.

Nicht nur für die Täter bedeuteten Entnazifizierung und Gerichtsverfahren eine Last. Viele Verfolgte schwiegen aus der Furcht davor, als Rachsüchtige oder Querulanten wahrgenommen zu werden. Franziska Haenel gab die Namen ihrer Denunzianten nicht gern an, kam sie sich doch selbst als eine solche vor. Im Rahmen der späteren Entschädigungsgesetzgebung erhielt sie im Jahre 1950 für ihre zehnmonatige Haftzeit eine Entschädigung von

248 Siehe zur Entnazifizierung, zur Internierung und frühen Prozessen gegen KZ-Personal mit Blick auf Hamburg Tormin, *Der schwere Weg zur Demokratie*, S. 61–72.

249 Eintrag 14.3.1946, in: *Tagebuch 1946–1949 »Für Paul«* (Kopie), in: FZH/WdE 234, S. 16. Ähnlich auch der Eintrag vom 14.6.1946, ebd., S. 37 (Genugtuung über politische Säuberung, doch die Denunziantinnen »hüpften« immer noch frei herum); im August 1946 versuchte sie deren Streichung von der Wählerliste erreichen (Eintrag 18.8.1946, S. 38), was allerdings nicht gelang (Eintrag 8.9.1946, S. 40).

250 Eintrag 4.5.1948, ebd.

1500 DM.²⁵¹ Weitere Wiedergutmachungsansprüche angesichts ihrer Gesundheitsschädigung (Schwerhörigkeit) wurden ihr vom Wiedergutmachungsamt mit Blick auf den erforderlichen »Leidensweg« der Vorstellung bei verschiedenen Vertrauensärzten in der Nachkriegszeit ausgedreht.²⁵² Erst 1992 erhielt sie aus dem mittlerweile geschaffenen Härtefonds ihre damaligen Anwaltskosten ersetzt und eine einmalige Zahlung von 5.000,- DM.²⁵³ Das Schicksal von Franziska Haenel ist ein Beispiel für die Eingliederung einer Verfolgten durch justizielle Sühne und finanzielle Wiedergutmachungszahlungen in die existierende Mehrheitsgesellschaft von Tätern wie Mitläufern.

Doch insbesondere die Verfolgten mit hohen politischen Idealen gaben sich nicht mit einer sozialen Rehabilitierung zufrieden, sondern strebten auch eine politische Kompensation an.

Nicht nur die Versuche der Politisierung der Arbeit des Komitees für ehemalige politische Gefangene scheiterten im Sommer 1945 an den Vorgaben der britischen Besatzungsmacht, die zunächst keine politische Betätigung zuließ. Auch lokale Antifa-Ausschüsse in Langenhorn und Harburg-Wilhelmsburg sowie die im Mai 1945 gebildete »Sozialistische Freie Gewerkschaft« (SFG) wurden aufgelöst. Im Herbst 1945 konstituierten sich wieder die Parteien, allen voran die Arbeiterparteien SPD und KPD. Die Vereinigungsversuche des Sommers 1945, die unter dem Eindruck gemeinsam erlittenen Unrechts während der NS-Zeit gestanden hatten, wurden schnell ad acta gelegt und der in der Einleitung eines Aktionsprogrammes zur Vereinigung vom Juli 1945 als »Bruderkampf« bezeichnete Konflikt entbrannte von neuem.²⁵⁴

Für die SPD gibt das Interview mit Heinz Schneider nicht nur einen Beleg für die Schwierigkeit eines Neuaufbaus der SPD, sondern ebenso für Restbindungen an Milieustrukturen in Wilhelmsburg. Diese bestanden auch in anderen Hamburger Stadtteilen, obwohl sie auf informelle Freundeskreise geschrumpft waren.²⁵⁵ Heinz Schneider erlebte das Kriegsende als verwundeter Soldat einer Bewährungseinheit in Wilhelmsburg und versuchte alte Genossen für die SPD zu rekrutieren. Er begegnete jedoch nur geringem Interesse, denn alle waren durch die Luftangriffe zermürbt und dachten nicht über das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft hinaus. Heinz Schneider dagegen berichtet über sein Bewußtsein der Umkehrung der

251 Bescheid der Sozialbehörde – Amt für Wiedergutmachung 4.7.1950, in: FZH/WdE 234.

252 Vgl. FZH/WdE 234, Transkript, S. 70. Vgl. insbesondere zur »Gutachtermühle«, der sich Verfolgte bei der Geltendmachung von Ansprüchen ausgesetzt sahen Pross, Wiedergutmachung, bes. S. 185ff., Hamburger Beispiele S. 206–226, 245–263, 266–274.

253 Siehe Nachtrag von 1992 im »Tagebuch vom 17.7.1944 bis 22.12.1944«, in: FZH/WdE 234.

254 Siehe Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus, S. 79–105; Szodrzyński, »Bruderkampf ...«; Tormin, SPD und KPD von 1945 bis 1949; ders., Der Traum von der Einheit; Siegfried, Zwischen Einheitspartei und »Bruderkampf«, bes. S. 49–79 (zum KPD-Bezirk Wasserkante).

255 Siehe auch Tormin, Die Geschichte der SPD, S. 27ff.

Machtverhältnisse am Kriegsende. Seine erste Aktion war es, einen »alten Kämpfer« der NSDAP, der sich in der Hafendarbeitersiedlung zum besoldeten Vorsitzenden hatte wählen lassen, eigenmächtig abzusetzen. Das funktionierte angesichts des Schuldbewußtseins, das der Betreffende zeigte, hatte er doch »schon das Bild von Hermann Göring da von der Wand genommen«. ²⁵⁶ Später nahm Heinz Schneider wesentlich am Aufbau der SPD in Wilhelmsburg teil, wurde schließlich seit 1968 ihr Kreisvorsitzender und Kreisgeschäftsführer.

In seinem alten Betrieb war am Kriegsende alles zerstört, und er wollte dort nicht mehr arbeiten, weil er dachte: »Du warst nich' dafür verantwortlich«. ²⁵⁷ Er suchte eine andere Arbeit in Hamburg und traf einen alten Genossen aus der SAJ und ehemaligen Mithäftling aus dem Gefängnis in Wolfenbüttel. Der riet ihm, zur Polizei zu gehen, die Mitarbeiter suchte, die nicht in der NSDAP gewesen waren. Hier arbeitete er zunächst als Tagebuchführer, später in einem Sonderdezernat, in dem er u.a. gegen ehemalige Nationalsozialisten ermittelte. Er hatte nach eigener Auskunft keine persönlichen Rached Gedanken, doch war er für die Festnahme des ehemaligen HJ-Bannführers verantwortlich, dessen Aufenthaltsort er kannte.

In Harburg-Wilhelmsburg fühlte er sich sozial eingebunden. Die Arbeiterbevölkerung hatte die politischen Gegensätze, sei es zwischen SPD und KPD oder auch zur NSDAP, während der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus nach seiner Erinnerung abgefedert, weswegen diese Zeit für ihn rückblickend nicht so »gefährlich« war. Er selbst hat alles nach eigener Aussage ziemlich schnell »abgeschüttelt«. ²⁵⁸ Die in diesen Interviewpassagen feststellbare Relativierung der Auswirkungen der eigenen Verfolgung kann als Ergebnis seiner Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft interpretiert werden, in der er über sein berufliches und politisches Engagement auch Gestaltungsspielräume erhielt. Im Jahre 1958 wechselte er zum Staatsschutz und hatte die Aufgabe, Bewerber für den Polizeidienst danach zu untersuchen, ob sie mit gefälschtem Lebenslauf »von drüben« kamen. Seine Berufskarriere als Polizist in der Bundesrepublik bedeutete den Wechsel aus der Position des Verfolgten zum Schützer von Sicherheit und Ordnung. ²⁵⁹

Die Nachkriegszeit mit ihren Nöten des materiellen Auskommens bezeichnet er als »Krampf«. Eine finanzielle Entschädigung für seine Verfolgung hat er Anfang der 1950er Jahre beantragt und mit dem zugewiesenen

256 FZH/WdE 145, Transkript Schneider (3.4.1991), S. 39.

257 Transkript Schneider (19.2.1992), S. 7–8.

258 FZH/WdE 145, Transkript Schneider (19.2.1992), S.10.

259 Ähnlich geschah dies auch bei den Verfolgten FZH/WdE 184, der von 1945 bis 1948 als Kriminalbeamter arbeitete und bei FZH/WdE 42, die die weibliche Schutzpolizei in Hamburg aufbaute.

Geld (für 40 Monate jeweils 150 DM pro Monat Haftentschädigung) einen Geschenkartikelladen seiner Frau finanziert, die er Ende 1945 geheiratet hatte. Erst seit ca. 1960 sieht er sich der Existenzsorgen enthoben.

Heinz Schneider hat sich in die Nachkriegsgesellschaft eingegliedert, indem er einerseits an alte Milieubindungen anknüpfte und andererseits – vermittelt über seine alten SAJ- und SPD-Freunde – in eine Position hineingelange, die ihm Macht statt Ohnmacht versprach. Hier fand er Raum für ein »normales« Leben. Die Teilnahme am politischen Leben, die Mitgliedschaft in einem Entnazifizierungsausschuß oder einer Spruchkammer konnte zudem gerade für ehemals verfolgte Sozialdemokraten eine symbolische Entschädigung vorheriger Ohnmacht bedeuten.

Leonore Goldschmitt trat im Oktober 1945 in die SPD ein. Sie hatte in bescheidenem Umfang durch ihre Freunde Kontakt zu anderen politisch Verfolgten. Sie erhielt von emigrierten Freunden, die ebenfalls dem ISK angehört hatten, Nahrungsmittelpakete. Im Jahre 1949 war sie Mitglied einer Spruchkammer in Bergedorf.²⁶⁰ Über ihre Haftzeit berichtete sie:

»G: Ich hatte aus Brot Männekens gemacht, so Köpfe. Aus gekautem Brot hatte ich sehr schöne Plastiken gemacht. Eine Beamtin sah einmal, daß ich immer mit dem Rücken zum Spion gesessen hatte und gefummelt habe. Nur mit einer Haarklammer hatte ich wirklich sehr schöne Köpfe gemacht; ausdrucksvolle Köpfe. Sie schloß schnell auf und sagte: ›Was haben Sie da versteckt?‹ Da mußte ich ihr meinen Kopf zeigen, und sie war davon ganz begeistert. Sie sagte: ›Haben Sie das schon mal gemacht, draußen?‹ ›Nein.‹ Sie hat mir einen Kalender gebracht, wo Plastiken drin waren. Die hat nachher Selbstmord gemacht. Ich hätte ihr gerne gesagt, daß sie sehr anständig war zu mir, und da hat man mir gesagt, es hat keinen Zweck, daß ich für sie aussage. Ich war nachher auch bei der Spruchkammer in Bergedorf. ›Es hat keinen Zweck, daß du das sagst, denn wenn andere sie belasten, daß sie Beamtin war, kannst du das nicht als einzige sagen, du bist gut behandelt worden.‹ Ob das richtig war, weiß ich nicht.«²⁶¹

Der Selbstmord der Gefängnisaufseherin, die sie gut behandelt hat, lag Leonore Goldschmitt auf der Seele. Sie ließ sich von einer Aussage abraten, die ihrem Gefühl in der Haftsituation entsprochen hatte. Für Differenzierungen innerhalb der Gruppe der Helfer des NS-Regimes schien in dieser Situation offenbar kein Platz zu sein, und Leonore Goldschmitt unterließ es, ihre moralische Autorität als ehemalige Verfolgte und Spruchkammermitglied dagegen

260 Siehe Ladung als Schöffin für das Spruchgericht Bergedorf für den 6.7.1949 (Kopie), in: FZH/WdE 062.

261 FZH/WdE 062, Transkript Goldschmitt, S. 11–12.

zu wenden, ein Versäumnis, das sie bis heute an der Richtigkeit ihres Verhaltens zweifeln läßt.

Sie wohnte zunächst bei ihren Eltern und erhielt 1952, vermittelt durch »eine Organisation der politisch Verfolgten«, eine eigene Wohnung. Leonore Goldschmitt ließ ihren Mann lange Zeit nicht für tot erklären und hoffte auf seine Rückkehr. Ihre Orientierung auf ein privates Glück nach der Verfolgung dominierte auch ihr späteres Leben.

Die bisher vorgestellten Interviewpartner erlebten das Kriegsende in Hamburg. Dies war nicht der Normalfall. Von den 1,7 Millionen Einwohnern vor Kriegsbeginn lebten am Kriegsende nur noch rund 1,1 Millionen in Hamburg. Über 100.000 Hamburger waren ums Leben gekommen, allein rund 50.000 durch die Bombardierung der Stadt. Die Namen von 1774 in Gefängnissen, Lagern, im Exil oder in Bewährungseinheiten ums Leben gekommenen Verfolgten konnten 1968 in einer Totenliste zusammengestellt werden.²⁶² Die Überlebenden waren am Kriegsende durch die Evakuierungen verstreut oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft und kehrten zum Teil erst in den folgenden Jahren nach Hamburg zurück.

Wilfried Klatt kam 1948 aus der Gefangenschaft wieder, mit 15 Kilo Untergewicht und einer Lungenentzündung, wie er betont. Als er heimkam, fand er seine Frau und seine mittlerweile geborene Tochter in schlechten materiellen Verhältnissen vor. Im Jahre 1949 starb seine Tochter. Von einem alten Genossen war ihm ins Lager geschrieben worden, daß bei seiner Rückkehr eine Wohnung für ihn bereit stehe. Dies war jedoch nicht der Fall, und er wohnte zunächst in einer »Notwohnung« in St. Pauli. Über den Mangel an Solidarität seiner Parteifreunde war er sehr enttäuscht. Im Jahre 1953 erhielt er schließlich eine neue Wohnung. Der Vermieter war ein ehemaliger SS-Mann, der in Wilfried Klatt einen »betrogenen Soldaten« sah und ihn deswegen als Mieter nahm. Das Schwinden der Solidarbeziehungen während der Kriegszeit und ihre teilweise Ersetzung durch die Schicksalsgemeinschaft der Kriegsteilnehmer wird im Lebensbericht von Wilfried Klatt deutlich. Die Schicksals- und Überlebensgemeinschaft schuf Zusammenhänge quer zu bisherigen sozialen und politischen Bindungen. Die Krankheit seiner Tochter ließ ihn in Richtung einer individuellen Lebensbewältigung umdenken. »Wir waren ja ausbebommt, wir hatten ja nichts. Jetzt mußte ich ja nun erstmal sehen, daß ich für die Familie sorg', daß wir wieder weiterkommen. Meine Tochter war auch krank gewesen. Das war das Primäre.«²⁶³ Nach seiner Meinung hat es keinen kontinuierlichen Weg aus

262 Zahlen nach Szodrzynski, Hamburgs Arbeiterbewegung, S. 12 und Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer, bes. S. 3. Bei 663 Personen war die Mitgliedschaft in einer Arbeiterpartei nachzuweisen (KPD: 517; SPD: 140; SAPD: 2; ISK: 4).

263 FZH/WdE 272, Transkript Klatt, S. 27.

dem Antifaschismus in die Demokratie hinein gegeben: »Man hat abgebrochen«. ²⁶⁴ Zur SPD, in der er sich kurz engagierte, bewahrte er ein distanzierendes Verhältnis. Hier fühlte er sich wegen seiner politischen Arbeit in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft als »rote Socke« abgestempelt. Mit der innergewerkschaftlichen Ausgrenzung der Kommunisten war er nicht einverstanden. Wilfried Klatt arbeitete 41 Jahre in dem Betrieb, in dem er 1938 angefangen hatte und war dort auch lange Jahre als Betriebsrat gewerkschaftlich tätig. Er bewahrte sich Unabhängigkeit, ging nach seiner Einschätzung immer seinen Weg.

Für die in Hamburg verbleibenden Kommunisten läßt sich ein sehr wechselvolles Schicksal rekonstruieren. Sofern sie nicht als Ergebnis von innerparteilichen Säuberungen oder westdeutschem Ausgrenzungsdruck bis Mitte der 1950er Jahre in die DDR gingen, ²⁶⁵ verblaßten bei vielen die Wunschbilder ihrer kommunistischen Utopie.

Einen Hinweis hierauf gibt das Interview mit Hella Rütters. Nach ihrer zweiten Verhaftung und Verbüßung einer Haftstrafe politisch zurückhaltend, blieb sie über ihren kommunistisch engagierten und politisch verfolgten Ehemann mit der Partei verbunden. Ihr Mann wurde 1944 noch zum Bewährungsbataillon 999 eingezogen. Er überlebte, arbeitete nach Kriegsende für die KPD und wurde 1951 Redakteur bei der kommunistischen Hamburger Volkszeitung. Hella Rütters nahm die innerparteilichen Säuberungen in der KPD, die bei ihr Zweifel an der Richtigkeit der Parteilinie nährten, ebenso wahr wie die antikommunistische Stimmung in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Im Jahre 1948 wurde ihr zweites Kind geboren. Sie folgte Anfang 1951 ihrem Mann, der in der Parteizentrale der KPD in Düsseldorf arbeitete. Hier fühlte sie sich in einem Wohnhaus mit ausschließlicher Belegung durch Parteifamilien ghettoisiert und setzte nach kurzer Zeit ihre Rückkehr nach Hamburg durch. Nach dem Verbot der KPD 1956 verlor ihr Mann seine Arbeit und fand später erneut eine Anstellung bei einem Ableger der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat. Für Hella Rütters blieb das Gefühl aus den 1950er Jahren zurück, immer »Außen-seiter« ²⁶⁶ gewesen zu sein.

»R: Ich hab' da, und mein Mann natürlich auch, aber bei mir war das wahrscheinlich früher noch. Ich hab' ... oft das Gefühl gehabt, da is' ja also, im Gegensatz zu früher, da is' ja überhaupt keine Begeisterung mehr bei dir. Was is' das bloß? Und da hab' ich gedacht, ah – es fehlt wohl am Theoretischen, mußst wohl mal zur Schule geh'n und wahrscheinlich liegt 's daran. Und dann

264 Transkript Klatt, S. 31.

265 Vgl. zu Hamburg Klußmann u. Wildt, »Schließt fester die Reihen!«, bes. S. 117ff. Ebenso die Biographie von Heinz Priess, Spaniens Himmel und keine Sterne, bes. S. 259f.

266 FZH/WdE 250, Transkript Rütters, S. 69.

bin ich auch zur Schule gegangen, und das war dann so, also da lief das dann ja alles in Reinkultur ab. Da spürte ich denn erst recht die Bestätigung dessen, also was ich vorher immer irgendwie so gefühlt hab', nicht. Und da war also viel mehr in Zweifel gekommen dann. Und das ging also von '51 also immer so weiter dann auch, nicht. Also daß das, was wir für Demokratie gehalten, daß da überhaupt nichts von Demokratie da war, nicht, daß also keine freie Diskussion möglich war. Überhaupt keine Problematik diskutiert wurde, es gab immer nur feste Wahrheiten, nicht. Das haben wir da natürlich alles längst gespürt. Und als dann (...) nachher also Prag war – aber auch vorher schon, nach dem 20. Parteitag – diese ganze Literatur haben wir uns angeschafft ...«²⁶⁷

Ihre Verweise auf den 20. Parteitag der KPdSU 1956, der die Entstalinisierung einleitete, auf den Einmarsch der Staaten des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei 1968 sind Belege für ihre zunehmende Enttäuschung. Hella Rütters erhielt Ende der 1950er Jahre eine Nachzahlung zu ihrer Wiedergutmachung und eine Rente, die es der Familie (sie bekam 1955 und 1957 zwei weitere Kinder) ermöglichten, eine Eigentumswohnung anzuzahlen, in der Hella Rütters noch heute lebt.

Trotz aller Zweifel und Relativierungen blieb der Kommunismus eine wichtige Orientierung im Leben von Hella Rütters. Ihre politische Ausrichtung und ihr Widerstand waren durch die Idealisierung ihres älteren Bruders wesentlich initiiert und durch die Partnerwahl verfestigt. Beginnend in der Jugendgruppe der Weimarer Zeit, fortgesetzt in der Verfolgung und Verhaftung der NS-Zeit und in der politischen Außenseiterstellung der Nachkriegszeit blieb die Milieubezogenheit ein wichtiger Bestimmungsgrund für ihre Lebensgeschichte.

Die Gründung der DDR als Staat des »politischen Antifaschismus« bedeutete für manche politisch Verfolgte, die sich als Kommunisten oder Sozialisten verstanden, eine Gegenwelt zur kritisierten Bundesrepublik. Die hier in politische Funktionen einrückenden ehemaligen Verfolgten konnten Ohnmacht in Macht umwandeln. Nicht nur parteiliches Engagement nach der Befreiung, sondern auch die Folgsamkeit vieler westdeutscher Kommunisten gegenüber den Anordnungen der Partei zur Übersiedlung in die DDR spiegeln dies.²⁶⁸

Ein besonderes Beispiel stellt Otmar Gall dar, der das Kriegsende in Rahlstedt erlebte. Die einrückenden Engländer machten ihn vom Illegalen zum Hilfspolizisten, der sich unbeschränkt bewegen durfte. Für ihn hatte dieses Amt nach eigenen Angaben keine Bedeutung. Man könnte die Übernahme

267 Transkript Rütters, S. 68.

268 Vgl. für parteiliches Engagement in der DDR, die in Potsdam befreite Zeitzeugin FZH/WdE 249; zu Lebensgeschichten von Rückkehrern FZH/WdE 102, 184, 246, 247.

dieser Polizeifunktion jedoch als zumindest symbolischen Akt der Umkehrung bisheriger Gewaltverhältnisse interpretieren. Otmar Gall ging schnell nach Hamburg und engagierte sich im »Komitee ehemaliger politischer Gefangener«. ²⁶⁹ Für die politischen Häftlinge wurde eine Villa konfisziert, in der auch Otmar Gall wohnte. Er organisierte eine Ausstellung von KZ-Zeichnungen und lernte dabei seine zweite Frau kennen. Im Jahre 1947 bekamen sie eine Tochter. Seine erste Ehe war in der illegalen Zeit zerrüttet worden. Mit seinen Freunden befreite er eine noch einsitzende Kommunistin, die anfänglich von den Engländern nicht entlassen worden war. ²⁷⁰ Otmar Gall wurde zudem Mitglied in einem Entnazifizierungsausschuß.

»G: Ach so, und dann kam diese Entnazifizierung. Und dann natürlich, weißt du die – wir wurden ja nur immer – die Kommunisten wurden ja nu' in' Himmel gehoben, nicht wahr. Ich weiß, mein Vater erzählte, wenn ich ihn besuchte, sagt' er: ›Nu' da kam der Bauer sowieso zu mir,‹ der war ja, da hatt' ich ja erzählt, was mein Vater, die Werkstatt, die Tischlerei eh, Sattlerei hatte. ›Ja, hat der denn gesagt: ›Na, dein Sohn wird ja wohl nun 'n ganz großer Mann, nicht wahr. Jetzt sind die Kommunisten wohl dran', und so. Solche Stimmung war da, nicht wahr. Nicht. Naja, nur um mal so was zu ... demonstrier'n. Naja, also das, das war nu' nicht.« ²⁷¹

Die Aufwertung seines sozialen Status bekam Otmar Gall im Rahmen seiner Tätigkeit im Entnazifizierungsausschuß zu spüren, wenngleich im letzten Satz durchklingt, daß dies nicht dauerhaft war. Er stellte dem ehemaligen Intendanten des Thalia-Theaters auf dessen Anfrage einen »Persilschein« aus, weil der » im Herzen ja keen Nazi war« und ihm trotz Widerständen seitens der NSDAP die Arbeitsmöglichkeit als Bühnenbildner im Thalia-Theater eingeräumt hatte. Im für das Theater zuständigen Entnazifizierungsausschuß entlastete er auch den stellvertretenden Leiter. ²⁷² Bald gab er diese Funktion jedoch wieder auf, da er meinte, nur die kleinen NS-Anhänger zu Gesicht zu bekommen und nicht die großen. Er merkte zudem, daß er zu einer Minderheit in der Gesellschaft gehörte, deren Überzeugungen und

269 Bei der Wiedergründung der KPD konkurrierten die überlebenden Widerstandskämpfer der Bästlein-Gruppe, zu der auch Gall gehörte, mit anderen Gruppen, bis am 20. Juni 1945 Friedrich Dettmann mit Instruktionen aus Berlin kommend in Hamburg eintraf (vgl. Siegfried, Zwischen Einheitspartei und »Bruderkampf«, S. 51ff.).

270 Siehe FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 144. Wahrscheinlich stand die berichtete Begebenheit im Zusammenhang mit der am 26. Mai 1945 stattfindenden Demonstration zurückkehrender Buchenwaldhäftlinge vor dem Untersuchungsgefängnis, wobei die Freilassung der noch immer inhaftierten politischen Gefangenen gefordert wurde. Siehe Szodrzyński, Hamburgs Arbeiterbewegung, S. 17.

271 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 147.

272 Kritisch zu den auch von anderer Zeitzeugenseite (Nachkriegsintendant Willy Maertens) geäußerten Beschreibungen des Klimas im Thalia-Theater (»eine Oase«) Lüth, Hamburger Theater, S. 78–79.

zeitweiser politischer und sozialer Aufstieg nicht von der Mehrheit geteilt wurden. Insbesondere die Erfahrungsmuster der politisch Verfolgten und der Flüchtlinge paßten nicht zueinander. Deutlich wird dies in einer Geschichte über seine Schwester, ebenfalls eine politisch Verfolgte mit mehrjähriger Haftstrafe,²⁷³ die sich in einer erhitzten Diskussion auf der Straße für die Russen eingesetzt hatte und von Ostflüchtlingen verprügelt worden war.

Otmar Gall arbeitete wieder am Thalia Theater und engagierte sich in der KPD. Er propagierte den Gedanken der Einheitsfront. Die Hoffnungen auf eine Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten, die seiner Verfolgungserfahrung entsprochen hätte, erfüllte sich nicht. Die Wahl zur Bürgerschaft im Jahre 1946 verlief für die Kommunisten enttäuschend.²⁷⁴ Otmar Gall erhielt Kontakt zu Willi Bredel, den er noch aus der Zeit der »Freien Proletarischen Jugend« und der Weimarer Republik kannte. Dieser holte ihn zusammen mit Frau und Kind im Jahre 1948 als Bühnenbildner nach Schwerin. Für Otmar Gall begann ein Lebensweg, der eng mit dem ostdeutschen Staat verknüpft war. Er engagierte sich nicht besonders stark innerhalb der SED, aber er fand eine Chance des beruflichen Aufstiegs zum Chefbühnenbildner des Schweriner Theaters. In der entstehenden DDR empfand er auch ein besseres Klima für experimentelles Theater und in den Anfangsjahren zumindest auch eine Akzeptanz abweichender Meinungen.

Er fand in der DDR eine politische wie persönliche Heimat. Von 1954 bis 1968 war er Ausstattungsleiter in Dresden. Anschließend siedelte er nach Berlin über, wo seine Frau als Redakteurin arbeitete. Seine Tochter ist eine anerkannte Schauspielerin geworden. Der ostdeutsche Staat wurde für ihn eine Kompensation für vieles, das er vorher entbehrt hatte: soziale Anerkennung und politische Gestaltung. Trotz seiner Kritik an der DDR stand für ihn deren Existenz als antifaschistischer Staat außer Frage. Seine Erinnerungen an den 17. Juni 1953 und den Mauerbau 1961 sind von der Parteidoktrin geprägt: »Aber man hat ja immer den Gedanken gehabt: ›Wie kann das mal ausarten? Wie weit müssen wir uns schützen, daß also nicht die Reaktion siegt?‹ Und so weiter, daß es nich' zum Konflikt kommt, mit

273 Siehe die Anklageschrift Nr. 1 (0 Js 313/36) aus der Sache Beil u.A. und Urteil des Hanseatischen OLG vom 22.4.1937, in: BA NJ 15528.

274 Die KPD erhielt 10,4 Prozent aller Stimmen, was nur zwei Drittel ihres letzten Wahlergebnisses der Bürgerschaftswahlen von 1932 (16,0 Prozent) ausmachte. Aufgrund der Anlehnung an das britische Mehrheitswahlrecht erhielt sie zudem nur vier Mandate anstatt der gemäß dem Verhältniswahlrecht ihr zustehenden 11, die SPD dagegen bei 43,1 Prozent der Stimmen mit 83 Mandaten eine Dreiviertelmehrheit (vgl. Szodrzynski, Hamburgs Arbeiterbewegung, S. 60f.; Schildt/Sywottek, Die Bürgerschaft nach dem zweiten Weltkrieg, S. 110ff.; Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus, S. 203ff.). Siehe Wahlergebnisse u.a. in Lohalm (Hg.), Arbeiterpartei und Großstadtpolitik, S. 87f.; Tormin, Der schwere Weg zur Demokratie, S. 159f.; Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2, S. 476f.

dem Westen. »Alle diese, die Sicherheitsmaßnahmen müssen sein«. Das war also wirklich unsere Auffassung.«²⁷⁵

Seine Verteidigung der DDR als politische Wahlheimat, die seiner Ansicht nach in einem reformierten Zustand hätte überleben sollen, besitzt angesichts der Tatsache ihres Endes eine gewisse Tragik. Die DDR war für Otmar Gall als antifaschistischer Staat das Wunschergebnis seiner politischen Erfahrungsbilanz. Die Versprecher von Otmar Gall innerhalb des Interviews, bei denen er z.B. statt von der »Freien Proletarischen Jugend« von der »FDJ« spricht²⁷⁶, verweisen auf dieses Kontinuitätsdenken von der KPD zur DDR und deuten zurück in die Zeit der politischen Formationen, aus denen sich seine politische Identität herleitet. Die mit der politischen Ausrichtung gewonnene personale Stabilität ermöglichte Otmar Gall sein bis zum politischen Widerstand führendes Verhalten und sein Überleben in der Illegalität mit Hilfe der Solidarität der politischen Freunde. Die Aufgabe der Ansicht über das Gute in der DDR käme für Otmar Gall einer Selbstaufgabe gleich, nicht nur der 40 Jahre, die er im ostdeutschen Staat verbracht hat, sondern auch seiner vorausgegangenen Lebensgeschichte.

III. Resümee – Die Erfahrungen der Verfolgten

Die hier zusammengetragenen Verfolgungserfahrungen lassen sich nicht verallgemeinern. Die Einordnung in einen gesellschaftsgeschichtlichen Rahmen bleibt geboten.²⁷⁷

Bei der Analyse der vorgestellten Interviews fallen Regelmäßigkeiten auf, die entsprechend den zu Beginn vorgegebenen Kategorien von Milieu, Generation und Geschlecht zugeordnet werden können. Zudem sind der Zeitpunkt und die Schwere der Verfolgung sowie die nach erlittener Haft oder Emigration erlangte gesellschaftliche Anerkennung und Wiedergutmachung von differenzierender Bedeutung für das Erleben und das Erzählen der Interviewpartner.

275 FZH/WdE 248, Transkript Gall, S. 156–157.

276 Siehe Transkript Gall, S. 20.

277 Die Reaktionsweisen von Verfolgten auf extreme Traumatisierungen wurden nach 1945 vielfach von Psychiatern und Psychologen beschrieben und von William G. Niederland als »Überlebenden-Syndrom« zusammengefaßt (siehe Niederland, Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom – Seelenmord; und die Übersicht bei Peters, Die psychischen Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom, S. 169–191). Die Kritik an diesem Konzept bezieht sich u.a. auf die Verallgemeinerung, daß alle Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung an irreversiblen psychischen Schäden leiden würden. Die insbesondere an jüdischen Überlebenden gewonnenen Erkenntnisse zwangen zu einer Pathologisierung, um den Überlebenden nach der deutschen Entschädigungsgesetzgebung Rentenansprüche zu sichern. Individuelle Dispositionen, Differenzierungen der Art der Verfolgung und der Bedingungen in der Zeit nach der Verfolgung kamen zu kurz (vgl. die Kritik zusammenfassend Quindeau, Trauma und Geschichte, S. 63–71).

Für das Erleben der politisch Verfolgten aus der Arbeiterbewegung ergibt sich als Zäsur keineswegs nur das Jahr 1933, in dem die Verfolgung begann. Von aktiven SPD-Mitgliedern wie Wilfried Klatt werden Erfahrungen der Niederlage bereits in die Vorzeit der NS-Machtübernahme datiert und besonders mit dem »Papen-Putsch« in Preußen im Juli 1932 assoziiert.

Für Kommunisten, die als politische Hauptfeinde des NS-Staates durch die Gestapo sofort 1933 schwerster Verfolgung ausgesetzt waren, ist ein sisyphusartiges, wiederholtes Aufbauen von Gruppen belegbar, wobei selbst mehrmalige Verhaftungen, wie bei Hella Rùthers, die Betroffenen nicht schrecken konnten. Bei Anhängern der SPD, deren illegale Gruppen erst im Verlaufe des Jahres 1935 zerschlagen worden sind, ist dagegen eine solche Beharrlichkeit kaum erkennbar. Hier bildeten sich vielfach dissidentische Freizeitgruppen, in denen jenseits der Aufrechterhaltung der eigenen Gesinnung und der sozialen Vergewisserung keine aktiven Handlungen mehr stattfanden. Dies bildet sich nicht nur in den überlieferten Gestapoakten und Prozeßunterlagen, sondern auch in den Interviews ab.²⁷⁸

Fragt man nach den Periodisierungen und Wechseln in den Biographien der Verfolgten, so lassen sich je nach der Schwere der Verfolgung, dem Alter der Verfolgten und den Reaktionen der Betroffenen unterschiedliche Umbrüche feststellen.

Zum einen kann man hier die indirekt Verfolgten, die keinen direkten Kontakt mit der Gestapo hatten, von den direkt Verfolgten unterscheiden, die Vorladung, Haussuchung, Verhaftung und langjährige Haftstrafen in einem Gefängnis und/oder einem Konzentrationslager zu erdulden hatten. Bei den indirekt Verfolgten – überwiegend handelte es sich in den vorliegenden Fällen um Frauen²⁷⁹ – kam es zu keinen Verhaftungen. Die Verfolgung resultierte aus der Milieuzugehörigkeit oder der direkten Verfolgung eines Familienmitgliedes oder Ehepartners. In gut der Hälfte der Fälle liegen Hinweise auf Politikabstinenz und eine defensive Milieubewahrung in der Zeit des Nationalsozialismus vor.²⁸⁰ Die Einstellung politischer Tätigkeit angesichts der Strafdrohung des NS-Staates und des Verlustes eines organisatorischen

278 Dies könnte jedoch der unterschiedlich rigiden Norm der Erinnerung in beiden politischen Lagern geschuldet sein, wonach das Eingeständnis des Aufgebens illegaler Tätigkeiten im sozialdemokratischen Lager eher soziale Akzeptanz findet als innerhalb des kommunistischen Lagers, das mit Blick auf moralische Legitimation das eigene Wirken überhöht. Dies spielt besonders innerhalb der organisierten Gruppen der politisch Verfolgten, der die Interviewpartner sich zugehörig fühlen, eine Rolle, strahlt jedoch als Sinnstiftungsangebot auch auf die Selbstdefinition nichtorganisierter Verfolgter aus. Wenngleich solche Versuche der Beschönigung auf kommunistischer Seite nachgewiesen werden können, verbleibt dennoch der auch über andere Quellen gestützte Eindruck einer dauerhafteren kommunistischen Opposition.

279 Von 27 indirekt Verfolgten waren 19 Frauen, wohingegen von 40 direkt Verfolgten nur 17 Frauen waren.

280 Diese Angaben markieren nur Trends und sind keineswegs Ergebnis einer validen sozialstatistischen Erhebung, die auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews nicht durchführbar ist (vgl. hierzu auch Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen, S. 409f. und Fußnote 46 auf S. 439).

Zusammenhalts stellte die Regel dar. Die Ohnmachtserfahrung von Arbeitern mit dem politischen Einschnitt 1933 war allgemein. Die Beteiligung an Widerstandshandlungen stellte die Ausnahme dar.

Für die vorgestellten drei im Jugendalter Verfolgten, die politischen Widerstand leisteten, fand eine Sozialisation in Jugendorganisationen der großen Arbeiterparteien oder aber dem stark jugendgeprägten ISK statt. Die illegale Arbeit führten sie im Rahmen der noch aus der Zeit vor der NS-Herrschaft bestehenden Freundschaftsgruppen durch.²⁸¹ Auch die massive Strafdrohung konnte sie nicht davon abhalten. Erste Verfolgungen und Verhaftungen, die glimpflich ausgegangen waren, hatten in den vorgestellten Beispielen von Hella Rühthers oder auch von Heinz Schneider das eigene Engagement eher gestärkt als gehemmt. Bei ihnen mischten sich verschiedene Beweggründe für die bewußte Mißachtung der als ungerecht empfundenen politischen Verbote. Das Bedürfnis, den eigenen öffentlichen Identitätsbeweis anzutreten, spielte ebenso eine Rolle wie die Fehleinschätzung, die Herrschaft der Nationalsozialisten würde nur kurze Zeit dauern. Auch der Wunsch der jungen Gruppenmitglieder nach Anerkennung innerhalb des eigenen Milieus wirkte als Motiv. Die eigene illegale Arbeit erschien Wilfried Klatt – aber auch der im KJVD engagierten Kommunistin Hella Rühthers – als eine Fortsetzung des bisherigen Zusammenhalts in der Gruppe der Gleichaltrigen.

Die mit der Illegalität des eigenen Tuns verbundene Angst vor Entdeckung führte zur Ausbildung verschiedener konspirativer Schutzmechanismen. Die Verfolgten erlebten dennoch die Unsicherheit, wem man trauen konnte und wem nicht. Spitzel stellten eine stetige Gefahr dar, die nicht nur von Hella Rühthers benannt wurde. Die Spitzelfurcht ließ die Beteiligten zunehmend konspirativer agieren. Die Konspirativität war für die weitere Durchführung illegaler Aktivitäten oft lebenswichtig, entfremdete die Beteiligten jedoch zugleich ihrem Herkunftsmilieu. Dies hatte eine Formalisierung der Kontakte und Herrschaft des Verdachts zur Folge. Die Erfahrungen von Hella Rühthers, nach ihrer Entlassung »in ein anderes Gefängnis« zu kommen, oder von Wilfried Klatt, ein »Sektierer« zu sein, deuten auf die soziale Isolation nach der Haftentlassung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre hin.

Auf Verhaftung, Verhör und Folter reagierten die Betroffenen unterschiedlich. Die Belastung der Verhörsituation, das Abwägen von moralischer Schuld gegenüber anderen Gruppenmitgliedern und instrumentelle

281 Der Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten in Hamburg wurde von vornehmlich jungen, oftmals über die SAJ und den KJVD sowie ihr kulturelles Umfeld geprägte Arbeiter getragen. Ihr Alter betrug zwischen 20 und 35 Jahren, sie waren vom Straßenkampf am Ende der Weimarer Republik geprägt und stammten als »gelernte« Arbeiter oftmals in der zweiten und dritten Generation aus der Arbeiterbewegung. Sie rückten erst nach 1933 in Funktionen innerhalb des illegalen Parteaufbaus nach und waren etwas später von der Repression der Verfolgungsbehörden betroffen. Vgl. Ditt, Sozialdemokraten im Widerstand, S. 70–78, bes. S. 76f.

Geständnisbereitschaft spielten in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen genauso eine Rolle für das Verhalten der Verfolgten wie die Dauer der Isolation, die Schwere der Folter und die individuelle Widerstandskraft. Zusammenfassend läßt sich eine Stufenleiter der Verhaltensweisen konstruieren, die beginnend mit dem Leugnen der Vorwürfe über ein begrenztes Geständnis der nachweisbaren Taten, die Nennung von Namen bereits Verhafteter, bis zum Zusammenbrechen der Schutzmechanismen der Verfolgten, der Preisgabe von Mitbeteiligten oder gar der Anwerbung als Spitzel für die Gestapo führen konnte. Das Einfühlen in die Rolle der Gestapo, die Antizipation deren Vorgehens, die Kontaktaufnahme zu Mitgefangenen, das Glück, »menschliche« Verfolger und Aufseher zu finden, beeinflusste zudem die jeweils individuelle Ausprägung des Verhaltens.

Die Extrembedingungen der Folter und Isolation gefährdeten bisherige moralische und intellektuelle Identität. Otmar Gall gestand im Interview Selbstmordgedanken ein, und andere wie Hella Rùthers oder Leonore Goldschmitt machten taktische Zugeständnisse. Widerständige Akte (wie das Schmuggeln von Kassibern bei Hella Rùthers, Fridolin Herking und Leonore Goldschmitt) oder auch das Tagträumen dienten in den Haftsituationen der Aufrechterhaltung der eigenen Identität. Die Orientierung und das Finden einer Position innerhalb der Häftlingsgemeinschaft bestimmte das Erleben der Haftzeit. Gesinnungsgruppen konnten Solidarität erfahrbar machen und die Verfolgten stabilisieren.

Nach der Rückkehr aus der Haft stellte sich oft ein Schweigen ein, das seine Ursachen nicht nur in den bei der Gestapo zu unterschreibenden Verpflichtungserklärungen, nichts über das eigene erlittene Unrecht zu erzählen, hatte, sondern auch in den traumatisierenden Erlebnissen. Selbst gegenüber eigenen Familienangehörigen trauten sich viele nicht, etwas aus der Haftzeit zu erzählen, worauf die Erfahrung von Hella Rùthers mit ihrem Bruder hinweist.²⁸²

Verfolgung führte nicht nur zur Zerschlagung, sondern auch zur Verhärtung des Arbeitermilieus. Insbesondere vorhandene familiäre Milieukerne blieben bestehen, und durch Heirat von Verfolgten untereinander bildeten sich neue.²⁸³ Der Resistenzbegriff hat in der Erfahrung der familiären Milieubewahrung seinen historisch belegbaren Hauptgehalt. Die Betonung von Resistenz ist jedoch mit der tendenziellen Unterbewertung von ebenso

282 Ähnlich auch die Erfahrung von FZH/WdE 197, deren Vater und Bruder nichts über die eigene Haftenerfahrung in der Familie erzählten.

283 In 29 von 80 Fällen der vorliegenden Biographiensammlung ließen sich verfolgte Familienmitglieder oder Ehepartner nachweisen. Dies galt insbesondere für die als indirekt verfolgt angesehenen Fälle, für die eine solche Nennung oft das qualifizierende Merkmal für die Zuordnung in den Bereich der politischen Verfolgung gewesen ist.

feststellbarer Anpassung und Politikabstinenz erkaufte.²⁸⁴ Inwieweit die äußere Anpassung von politisch Verfolgten auch inneren Frieden mit dem Regime bedeutete, läßt sich in der rückblickenden Perspektive lebensgeschichtlicher Interviews nicht eindeutig beantworten. In den Interviews finden sich nur Hinweise auf die bei anderen wahrgenommene Zustimmung zum nationalsozialistischen Staat, die wirtschaftliche Besserung oder die Begeisterung von ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedern angesichts der militärischen Erfolge.

Das proletarische Milieu innerhalb der Mehrheitsgesellschaft blieb nicht konstant, es war besonders in den 1930er Jahren angesichts des nationalsozialistischen Terrors und der Besserung der ökonomischen Lage Wandlungen unterworfen, die eine Rückkehr in vertraute soziale Zusammenhänge nur selten erlaubten. Die Familie erwies sich am stabilsten, die Rückkehr der als Jugendliche oder junge Erwachsene Verhafteten zu ihren Eltern scheint am wenigsten Probleme verursacht zu haben. Die Beziehungen zu Ehefrauen und Kindern standen nach langjähriger Haft stärker in der Gefahr gegenseitiger Entfremdung. Die durch die Haftzeit aufgeschobene Suche nach einem Lebenspartner bestimmte für die zuvor nicht gebundenen Verfolgten das private Leben nach der Haft. Die spätere Partnerwahl oder Heirat mit einem Mitglied einer politischen Widerstandsgruppe wie bei Hella Rühers oder Otmar Gall kann nicht nur als defensive Identitätsbewahrung, sondern auch als Privatisierung von Politik interpretiert werden. Aus dem privaten, vor Einbrüchen der Verfolgungsorgane oftmals am besten geschützten Bereich konnte in Einzelfällen wieder eine nach außen orientierte politische Widerstandsarbeit stattfinden. In der Aufrechterhaltung von Solidaritätsnetzen dominierten besonders Frauen, die vor Spitzeln und vor Verhaftungen warnten, Nachrichten überbrachten und illegalen Ernährung und Unterkunft gewährten.

Der Rückzug auf die eigene Familie, in der Konspiration am erfolgreichsten zu praktizieren war, förderte die Individualisierung. Die Verfolgten nahmen die ihnen gebotenen Berufschancen wahr. Die Anerkennung der eigenen Arbeit begriffen sie als Resozialisierung, und die Politikabstinenz diente ihnen als Schutz vor erneuter Verfolgung.

Diese Phase der Rückkehr in die Umwelt wird fast durchweg als wiedergewonnene Normalität erinnert. Die Gründung einer Familie, die Geburt von Kindern und der Rückzug in ein politisch abweichendes Freizeitmilieu

284 Siehe zur Resistenz Broszat, *Resistenz und Widerstand*, S. 691 – 709; sowie die Studie von Mehringer, *Die bayerische Sozialdemokratie*, S. 287–432. Erstmals wurde der im Projekt »Bayern in der NS-Zeit« geprägte Resistenzbegriff (für Hamburg auch von Ditt, *Sozialdemokraten im Widerstand*, S. 99–115 übernommen) von Peukert (ders., *Widerstand und »Resistenz«*) kritisiert. Siehe zudem Mallmann/Paul, *Resistenz oder loyale Widerwilligkeit* (mit der Zusammenfassung der Kritik) und dagegen den vermittelnden Versuch von Kleßmann, *Opposition und Resistenz* (der beide Konzepte als unterschiedliche Problemlagen voneinander zu trennen versucht und ihre spezifische Leistungsfähigkeit für die Analyse nutzen möchte).

bezeichnen für viele diese Lebensphase, die jedoch unter der permanenten Bedrohung erneuter Verfolgung stand, was vielfach ein Gefühl der Angst und Unsicherheit erzeugte.

Für Emigranten ergab sich ein wesentlich anderer Weg als für diejenigen, die in Deutschland verblieben. Der vorgestellte Fall der Flucht nach Dänemark, Mitwirkung am Spanischen Bürgerkrieg und Rückkehr nach Deutschland beleuchtet einen eher typischen Fall der Milieugebundenheit, Entwurzelungserfahrung und Heimatsehnsucht eines jungen Kommunisten, dessen Erfahrungen ihn in zunehmende Distanz zur KPD brachten.

Der Kriegsbeginn bedeutete für viele männliche Verfolgte, die beruflich wieder eingegliedert waren, zunächst einen geringeren Einschnitt als für Nichtverfolgte. Wegen der mit der Straftat verbundenen eigenen »Wehrunwürdigkeit« war zu Beginn des Krieges für politisch verfolgte Männer das Risiko, eingezogen und aus dem vertrauten sozialen Kreis und der Familie herausgerissen zu werden, geringer als bei anderen Beschäftigten. Doch der Druck der Verfolgungsbehörden, die diese unvermutete Gunst aufheben wollten, wurde immer stärker. Wer seine äußere »Tarnung« als geläuterter ehemaliger politischer Gegner aufrechterhalten wollte, konnte sich angesichts des Erwartungsdrucks und der Befürchtung, noch schlimmere Schikanen erdulden zu müssen, nicht entziehen. Anträge auf Wiederverleihung der »Wehrwürdigkeit« und die Einberufung waren dann nicht fern, wie die Geschichte von Fridolin Herking illustriert. Die seit Ende 1942 eingerichteten »Bewährungseinheiten« für die politisch Verfolgten sollten dazu dienen, den aus Sicht des Regimes unverdienten Vorteil in einen Nachteil verwandeln. In Form der Bewährungsbataillone holte die Verfolgung der Anfangsjahre die männlichen Betroffenen wieder ein. Die Gleichsetzung mit Kriminellen und Konflikte bis zur Morddrohung innerhalb der Einheiten, wie Heinz Schneider sie schilderte, ließen alte Ängste wieder aufleben. Die Verletzung durch den »Heimatschuß«, der die Heimreise ermöglichte, wurde von ihm als Glücksfall angesehen. Die Desertion war dagegen nicht die vorrangige Form der Auflehnung eines politisch Verfolgten gegen den Dienst in der Wehrmacht.

Manche männliche politisch Verfolgte tauchten in der Kasernen- und Schützengrabengemeinschaft der Soldaten unter.²⁸⁵ Mit Blick auf Greuel und Mordtaten und die Deportationen der Bevölkerung der besetzten Gebiete sind z.B. bei Fridolin Herking die gleichen »blinden Flecken« festzustellen wie bei Nichtverfolgten.²⁸⁶ Es lassen sich Gefühle von Ausgesetztsein,

285 Dies galt zumindest in einem Fall auch für eine Frau (FZH/WdE 197), die bis 1933 Redaktionssekretärin beim Hamburger Echo gearbeitet hatte, kurzzeitig verhaftet wurde und seit 1941 als Wehrmachtstabsheiferin in Frankreich war.

286 Ähnliche Erfahrungen in FZH/WdE 184, der von Erschiessungen von Partisanen in Rußland berichtet, wobei er zugleich Greuelaten gegen die Zivilbevölkerung verneint. Er ist später aus einer Mischung von privaten und politischen Motiven desertiert und versteckte sich bis zum Kriegsende.

Unentrinnbarkeit, Panik, Wehrlosigkeit, der Todesangst und Passivität bei den Betroffenen nachweisen.²⁸⁷ Auch Routinehandlungen, die das Überleben im Bombenkrieg sicherstellten und zu einem fatalistischen Lebensgefühl führten, der Verweis auf Bewährungen z.B. als Luftschutzwart bei Franziska Haenel oder eine zukunftsorientierte Lebensperspektive in der Form von Heirat und Zeugung von Kindern bei Fridolin Herking ist in den Interviews belegbar.

Die Anpassung bzw. die »Tarnung« politisch Verfolgter hatte auch Grenzen. In wenigen Fällen kam es zu erneuter Widerstandstätigkeit während der Kriegszeit, wie bei Otmar Gall. »Meckern« und sogenannte »Heimtückereden« nahmen besonders vor dem Hintergrund einer politisch dissidentischen Einstellung wie bei Franziska Haenel und der Belastungen in der zweiten Kriegshälfte zu. Denunziationen kamen dabei aus der direkten Nachbarschaft. Das Chaos in der Kriegszeit konnte jedoch im Einzelfall auch dem illegalen Überleben eines politisch Verfolgten dienen. Die Entfremdung von der Ehefrau und die Konservierung des politischen Lebensentwurfes waren im Falle von Otmar Gall die Folgen des Überlebens in der Illegalität.

Die Erleichterung der politisch Verfolgten nach dem Zusammenbruch des militärisch besiegten nationalsozialistischen Deutschlands wurde von der insgesamt schwierigen materiellen Lage in der Nachkriegszeit überdeckt. Die Empfänger von Überlebenshilfen sahen sich Neidern gegenüber, die Entnazifizierung und Verurteilung von Kriegsverbrechern stellte eine ambivalente Genugtuung für die Verfolgten dar, die ihre moralische Überlegenheit stärkte, ihre Integration in die Mehrheitsgesellschaft jedoch eher schwächte. Nur nachfolgende parteipolitische Betätigung konnte angesichts des Zerfalls der Verfolgtenverbände, den eigenen Anspruch auf politische Gestaltung in den öffentlichen Raum retten.

Die Einordnung der Verfolgten in die Nachkriegsgesellschaften der beiden deutschen Teilstaaten weist spezifische Gemeinsamkeiten auf. In beiden Teilstaaten waren die politisch Verfolgten bei der Zuerkennung von Entschädigungen gegenüber anderen Verfolgtengruppen privilegiert. Politischen Einfluß konnten sie nur über das Engagement in politischen Parteien erreichen, nicht in ihrer Rolle als politisch Verfolgte. Die Geschichte des Komitees der ehemaligen politischen Gefangenen bzw. der VVN und ihre Reduktion auf einen sozialfürsorgerischen Verband in beiden deutschen Staaten markiert die Randständigkeit der Verfolgtenorganisationen.

Erfahrungen von Zwangsgemeinschaftlichkeit und individuellem Durchkommen sei es in der Haft, im Betrieb, in den Bombenkellern, in der Evakuierung, in der soldatischen Kameradschaft oder der Kriegsgefangenschaft

287 Vgl. zu Kriegserfahrungen Niethammer, Heimat und Front; Rosenthal (Hg.), »Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun«, bes. S. 7–25, 223–240.

standen oftmals quer zu bisherigen Milieubindungen. Ein direktes Wiederanknüpfen an alte Milieustrukturen war angesichts der veränderten Situation unmöglich, doch eine Organisation in Parteien setzte sich erneut durch. Dies war ein Bezug auf Reste einer Milieustruktur, die sich insbesondere mit Blick auf die Verfolgten in Form kleiner Freundschaftsgruppen erhalten hatte. Wenngleich die politisch Verfolgten überproportional als Funktionäre, z.B. in der wiedergegründeten SPD, vertreten waren,²⁸⁸ so stellten sie doch eine Minderheit innerhalb des Parteiapparats dar. Wie in der Geschichte von Heinz Schneider deutlich wird, waren sie Teil einer auf das Überleben in der Nachkriegszeit ausgerichteten deutschen Gesellschaft, die nur schwer politisch zu mobilisieren war.

Dennoch wogen die politischen Gestaltungsmöglichkeiten als z.B. Funktionär der politisch dominierenden SPD in Hamburg die in der NS-Zeit erlittene Ohnmacht etwas auf. Zudem ergaben sich Genugtuungen in Form der Aburteilung von Denunzianten wie bei Franziska Haenel oder des Wechsels in eine Verfolgerposition wie bei Heinz Schneider.

Diese Formen des Umgangs mit den vorherigen Ohnmachtserfahrungen standen in den ersten Jahren der Nachkriegszeit auch Kommunisten zur Verfügung. Otmar Gall engagierte sich bei der Wiedergründung der KPD und wurde für kurze Zeit Mitglied in einem Entnazifizierungsausschuß. Doch eine politische Wiedergutmachung in Form der »Einheit der Arbeiterklasse« oder eines Wahlsieges der Kommunisten bei den ersten Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft blieb für ihn aus. Dies konnte als Staat des »politischen Antifaschismus« für ihn nur die DDR einlösen. Die in Westdeutschland verbliebenen Kommunisten wuchsen nachfolgend in die westdeutsche Wiederaufbaugesellschaft und die »modernen Zeiten«²⁸⁹ hinein. Sie entwickelten, wie Hella Rùthers, eine immer größere Skepsis gegenüber »festen Wahrheiten«. Sie sahen sich nach dem KPD-Verbot 1956 in der Bundesrepublik in der Gefahr, zu »disqualifizierten« Opfern zu werden und wegen ihres Bekenntnisses zur kommunistischen Gesinnung verfolgt zu werden. Der Anpassungsdruck der westdeutschen, antikommunistischen Gesellschaft und die Wandlungen der kommunistischen Ideologie verhärteten manche und beschleunigten andererseits bei einigen den politischen Einstellungswandel. Wenngleich die ökonomischen Rahmenbedingungen des westdeutschen Staates ungleich besser waren, so fanden doch die Kommunisten in der DDR in Form der Anerkennung ihres Schicksals durch berufliche

288 Tormin, *Die Geschichte der SPD*, S. 28–29. Das Schwergewicht der Funktionäre lag bei denjenigen, die bereits vor 1933 nicht in leitenden, sondern in mittleren Funktionen gewesen waren und sich »im Widerstand bewährt« hatten. Siehe auch mit Blick auf die Kontinuität der Spitzenfunktionäre in beiden Arbeiterparteien Christier, *Sozialdemokratie und Kommunismus*, S. 185–192.

289 Zur Beschreibung von »Zeitgeist«, Massenmedien und Freizeit in der Bundesrepublik der 50er Jahre siehe Schildt, *Moderne Zeiten*.

Aufstiegsmöglichkeiten, großzügige Rentengewährung und gesundheitliche Betreuung Befriedigung. Der selbstlose kommunistische Widerstandskämpfer glaubte sich in der DDR am Ziel seines opferreichen Kampfes.

Politische Betätigung in Partei oder Gewerkschaft stellte jedoch nur eine Seite des Weiterlebens ehemaliger politisch verfolgter Arbeiter dar.²⁹⁰ Deren Existenz ist auf der anderen Seite vielmehr gekennzeichnet durch die Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft der Nichtverfolgten, die mit der Überlebengemeinschaft in der Nachkriegszeit begann und in die Wiederaufbau- und Wohlstandsgesellschaft der Bundesrepublik oder in die DDR mit ihrer antifaschistischen Staatsdoktrin mündete.

290 Im vorliegenden Interviewsample sind in 42 von 80 Fällen solche politischen Betätigungen nach 1945 nachweisbar, wobei die Intensität und die Zeiträume stark schwanken.

Uwe Kaminsky

»Vergessene Opfer« – Zwangssterilisierte, »Asoziale«, Deserteure, Fremdarbeiter

I. Einleitung

Nicht nur Juden, sogenannte »Halbjuden« und politische Gegner wurden im Nationalsozialismus verfolgt, sondern auch die aus der »Volksgemeinschaft« ausgegrenzten Menschen. Die Gründe lagen in abweichendem Sozialverhalten, in angeblicher biologischer »Minderwertigkeit« oder in der Fremdheit ihrer Kultur. Die deshalb verfolgten Menschen, z.B. Zwangssterilisierte, Euthanasiegeschädigte, Homosexuelle, »Asoziale«, Deserteure, Sinti und Roma, erhielten in der Nachkriegszeit überwiegend keine oder nur eine geringe Entschädigung für die erlittene Verfolgung. Ihre Bezeichnung als »vergessene Opfer« betont die fehlende Wahrnehmung ihrer Schicksale. Die Anlässe für ihre Verfolgung wurden in der Nachkriegszeit nicht als politisch, rassistisch oder religiös klassifiziert, so daß eine Entschädigung nach den Bundesentschädigungsgesetzen nicht gewährt wurde.¹ Erst die Forschungen der letzten zwanzig Jahre stellten ihre Verfolgung, die nicht nur Ausgrenzung und Marginalisierung zur Folge haben konnte, sondern auch den Tod, angemessen in den Rahmen der rassistisch bestimmten »Volksgemeinschaft« der NS-Zeit. Über alle genannten Gruppen gibt es seitdem eine an Breite und Intensität zunehmende Dokumentation und Analyse, die die Radikalisierung der Verfolgung aufzeigt.² Die Verweigerung von Leistungen nach den Bundesentschädigungsgesetzen beruhte auf

1 Vgl. den Überblick von Karl Heßdörfer, Die Entschädigungspraxis; zu Hamburg Romey, Zu Recht verfolgt?; ders., »Der Antrag von Frau R. muß abgelehnt werden«; Pross, Wiedergutmachung, bes. S. 242ff.

2 Vgl. allgemein zu »vergessenen Opfern« die Einleitung von Garbe in: Projektgruppe (Hg.), Verachtet – verfolgt – vernichtet, S. 5–13 sowie die Einzelbeiträge darin. In dem »Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lage der Sinti, Roma und verwandter Gruppen« (Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, DS 10/6287, 31.10.1986) werden als »Gruppen von NS-Geschädigten, die nach deren eigener Darstellung bisher ganz oder teilweise von der Entschädigung oder von Härteleistungen ausgeschlossen waren« neben den im Titel der Drucksache genannten Sinti und Roma sowie den Zwangssterilisierten, Euthanasiegeschädigten und Zwangsarbeitern als Beispiele aufgezählt: »Wilderer, Sittlichkeitsverbrecher, Zuhälter, Landstreicher, Trunksüchtige, Arbeitsscheue, Schwerverbrecher, sog. Asoziale, Unterhaltsverweigerer, Psychopathen, geistig Gestörte, Dirnen«, ferner Homosexuelle, Astrologen, Kriegsdienstverweigerer, Fahnenflüchtige, Wehrkraftzersetzer. Allgemein zur Geschichte von Homosexuellen siehe Jellonnek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz; zu Zwangssterilisierten Bock, Zwangssterilisation; zu Euthanasiegeschädigten Schmuhl, Rassenhygiene; zu Fremdarbeitern Herbert, Fremdarbeiter, zu »Asozialen«

einer zum Teil fortdauernden Verfolgungsgeschichte abweichender Minderheiten (z.B. Homosexuelle)³ oder dem minderen Rechtsstatus Betroffener (z.B. Ausländer).⁴ Aber auch das Bedürfnis, nicht auffallen zu wollen und die diskriminierenden Etikettierungen als Heiminsassen, Behinderte, »Asoziale«, Homosexuelle oder Deserteure nicht erneut angeheftet zu erhalten, ließ viele Opfer verstummen. Erst in den letzten Jahren gründeten sich Vereine und Initiativen der Betroffenen, die sich mit Unterstützung von Medizinern, Sozialpädagogen, Juristen und Historikern der Stärkung des Selbstbewußtseins und der Wahrnehmung der Rechte der »vergessenen Opfer« angenommen haben.⁵

Zu beachten ist, daß fast alle der nachfolgend vorgestellten Interviews durch Vermittlung der in Hamburg bereits im Oktober 1983 gegründeten »Projektgruppe für die vergessenen Opfer e.V.« zustande kamen. Viele der »vergessenen Opfer« lebten zum Zeitpunkt der Durchführung des Projektes nicht mehr. Bei den noch lebenden Betroffenen, die zum Zeitpunkt ihrer Verfolgung Kinder oder Jugendliche waren, bestanden zum Teil große Vorbehalte gegen die Aufzeichnung ihrer Lebensgeschichten, die nur durch die Vermittlung von Mitarbeitern der Projektgruppe ausgeräumt werden konnten. Zudem hatten sie oft Schwierigkeiten, eine zusammenhängende Lebensgeschichte zu formulieren, – nicht untypisch für Menschen, die lange Jahre ihres Lebens in Anstalten oder Heimen verbracht haben.⁶ An den vorliegenden Beispielen kann jedoch nicht durchgängig vom Scheitern bei der Konstruktion eines Lebenslaufes und der Ersetzung des Erzählschemas durch Argumentationen – dies tritt häufig bei Lebensgeschichten auf, die keine soziale Anerkennung finden – gesprochen werden, wenngleich

Ayaß, Asozial; zu Deserteuren Haase, Deutsche Deserteure; zu Zeugen Jehovas und ihrer mangelnden Entschädigung aufgrund der Kriegsdienstverweigerung Garbe, Im Namen des Volkes, bes. S. 116–122; ders., Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 11f.; zu Zigeunern Zimmermann, Rassenutopie und Genozid.

- 3 Der im Jahre 1935 verschärfte § 175 des RStGB (Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Handlungen zwischen Männern als »Unzucht«) wurde in der Bundesrepublik erst im Jahre 1969 auf Minderjährige beschränkt und der Straftatbestand »Homosexualität« erst 1994 im Rahmen einer Rechtsangleichung des wiedervereinigten Deutschlands abgeschafft (in der DDR war die Strafbarkeit faktisch bereits seit 1957 und formell seit 1988 abgeschafft worden. Siehe Der homosexuellen NS-Opfer gedenken. Denkschrift, S. 11f.
- 4 Zum Ausschluß ausländischer Verfolgter von Entschädigungsleistungen durch reparations- und entschädigungsrechtliche Argumentationen siehe Herbert, Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer, bes. S. 178ff. (zu den in Deutschland verbleibenden Ausländern).
- 5 Siehe hierzu beispielsweise den Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten (gegr. 1986) oder die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz (gegr. 1990). In Hamburg die Hamburger Initiative zur Anerkennung aller NS-Verfolgten und die Projektgruppe für die vergessenen Opfer e.V. (1983). Mittlerweile existiert ein Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte.
- 6 Siehe zum Fremdwerden der eigenen Biographie besonders bei Psychatriepatienten Riemann, »Na wenigstens bereitete sich da wieder was in meiner Krankheit vor«; ders., Das Fremdwerden der eigenen Biographie; zum Verlust des narrativen Zugangs Rosenthal, Erlebte und erzählte Lebensgeschichte, S. 109 und Hoffmann-Richter, Das Verschwinden der Biographie, bes. S. 208f.

sich Einschränkungen der biographischen Erzählung in vielen Beispielen nachweisen lassen.

Die einzelnen Lebensgeschichten verweisen im Rahmen einer »symptomatische[n] Lektüre«⁷ auf Gruppenschicksale. Nachfolgend sollen einige Beispiele solcher Verfolgungschicksale vorgestellt werden. Die geschilderten Erfahrungen der Interviewten beziehen sich überwiegend auf die nationalsozialistische Zeit, besonders die Kriegszeit. Die Betroffenen wurden auch in der Nachkriegszeit ausgegrenzt und hatten das Gefühl, verfolgt zu werden. Die Interviewten leben heute ohne ständige Betreuung, haben Entmündigungen aus der Zeit zuvor rückgängig gemacht, sich also emanzipiert. Dies weist darauf hin, daß es sich um Erfahrungen einer vergleichsweise erfolgreichen Gruppe innerhalb der Gesamtheit der »vergessenen Opfer« handelt. Sie haben in Zusammenarbeit mit der »Projektgruppe für die vergessenen Opfer« zum Teil nach großen Mühen und langer Zeit eine minimale Entschädigung im Rahmen einer bundesweit 1987/88 eingeführten Härtefallregelung oder der Hamburger Stiftung »Hilfe für NS-Verfolgte« erreicht.⁸ Auch dies beeinflusst ihre Lebenserzählung.

Für die nachfolgende Beschreibung wurden 18 Interviews herangezogen, die zu den Gruppen »Asoziale« (5), Zwangssterilisierte (5), Fremdarbeiter (6) und Deserteure (2) gehören.⁹ Es handelt sich um zwölf Frauen und sechs Männer. Ihre Lebensläufe repräsentieren die als »vergessene

7 Siehe in einem ähnlichen Sinne eine Auswertung von Kriegerlebensgeschichten bei Niethammer, *Heimat und Front*, S. 166f.

8 Seit 1980 existiert ein Fonds für jüdische Verfolgte, die nach 1965 in westliche Länder ausgewandert waren und die Wohnsitz- und Stichtagsvoraussetzungen des Bundesentschädigungsgesetzes nicht erfüllten. Seit 1981 gibt es zudem einen Härtefonds für nicht jüdische Verfolgte, aus dem vorwiegend ehemalige republikanische Spanienkämpfer, nach 1965 aus der DDR und Osteuropa ausgewanderte politisch Verfolgte sowie Sinti und Roma einmalige Beihilfen bis 5000,- DM erhalten konnten. Seit 1980 existierte aufgrund eines Beschlusses der Bundesregierung zudem für Zwangssterilisierte die Möglichkeit, eine einmalige Beihilfe von 5000,- DM zu erhalten (vgl. Pross, *Wiedergutmachung*, S. 280f.). Die Mangelhaftigkeit der Entschädigungsmöglichkeiten führte zu erneuten Diskussionen im politischen Feld. Verschiedene Bundesländer gingen dazu über, eigene Stiftungen zur Entschädigung zu gründen. Gemäß den am 7.3.1988 erlassenen »Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von NS-Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes« können Angehörige der bisher ausgeschlossenen Verfolgtengruppen insbesondere gesundheitliche Schädigungen geltend machen, die zu 25% (seit 1989, bis dahin zu 40%) auf die Verfolgungsmaßnahmen zurückzuführen sind, sowie bei Bedürftigkeit nach den Kriterien des Bundessozialhilfegesetzes eine Beihilfe erhalten (vgl. Dörner, *Entschädigung für die Opfer von Zwangssterilisation und Euthanasie*, S. 178).

9 Roma und Sinti konnten im Rahmen des Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung« nicht als Interviewpartner gewonnen werden. Auf eine Auswertung der im Bestand vorliegenden vier Interviews mit Homosexuellen wird nachfolgend verzichtet. Die Lebensgeschichten von zwei Interviewten (FZH/WdE 349 u. 350) finden sich in thematischen Ausschnitten bereits in van Dijk, »Ein erfülltes Leben – trotzdem«. Bei zwei anderen ist eine Verfolgung, aber nicht aufgrund der Homosexualität, nachweisbar (FZH/WdE 78 u. 318). Siehe die mittlerweile vorliegende Literatur über die Verfolgung Homosexueller Jellonnek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz; Grau (Hg.), *Homosexualität in der NS-Zeit*; Plant, Rosa Winkel; zu Hamburg Stümke, Vom »unausgeglichenen Geschlechtshaushalt«; zu weiblicher Homosexualität Claudia Schoppmann, *Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität*.

Opfer« bezeichneten Verfolgten, die vom NS-Regime aufgrund von sozialer Devianz oder rassistischer Zuschreibungen als »minderwertig«, »asozial« oder »gemeinschaftsfremd« geächtet wurden. Sie entstammen überwiegend einer unteren Gesellschaftsschicht und sind oft in unvollständigen Familien, bei Pflegeeltern oder in Heimen aufgewachsen. Ihre Geburtsjahre liegen zwischen 1907 und 1927, im Durchschnitt im Jahre 1920. Sie waren also zur Zeit ihrer Verfolgung, die meistens in die Kriegsjahre fiel, relativ jung. In dieser Zeit verschärfte das NS-Regime zahlreiche Strafbestimmungen, sei es zur rassistischen Ausrichtung der »Volksgemeinschaft«, zur Disziplinierung der Wehrmachtsangehörigen oder zur Verfolgung der ausländischen Arbeitskräfte. Aus dem jungen Alter der Betroffenen erschließt sich, daß ihr Nonkonformismus sich nicht aufgrund abweichender Einflüsse aus der Zeit zuvor – wie beispielsweise bei politisch Verfolgten – entwickelte, sondern in der Zeit der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« entstanden war.

Die gesellschaftliche Ausgrenzung der zu beschreibenden Gruppen der Fürsorgezöglinge, »Asozialen«, Deserteure und Ausländer setzte nicht erst mit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft ein. Damit soll nicht gesagt werden, daß z.B. abweichendes Verhalten von »Asozialen« nicht auch unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen zur Ausgrenzung geführt hätte, doch stellten Zwangssterilisationen, Mißhandlungen, Schutzhaft und Lager gegen vermeintlich »Minderwertige«, »Gemeinschaftsfremde«, »Artfremde«, »Drückeberger«, »Verräter« und »Fremdvölkische« spezifisch nationalsozialistische Verfolgungsdrohungen und Sanktionen dar. Die Betroffenen wurden aus der rassistisch definierten »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt.¹⁰

Die Ausstoßung der »vergessenen Opfer« schwächte die »Volksgemeinschaft« nicht, sondern stärkte ihr Zusammengehörigkeitsgefühl dadurch, daß immer wieder auf konsensfähige Normen Bezug genommen wurde. Die Zustimmung zur Ausgrenzung der »vergessenen Opfer« bestand nicht nur bei Nationalsozialisten, sondern auch innerhalb verschiedener Opfergruppen des Nationalsozialismus. So fühlten sich z.B. politisch Verfolgte oftmals besonders diskriminiert, wenn sie nicht anders als Homosexuelle, Prostituierte oder »Asoziale« behandelt wurden und mit diesen eine Haftzelle teilen mußten.

Nonkonformität entwickelte sich nur in Ausnahmefällen zu Akten der Verweigerung, des Protestes oder gar des Widerstandes.¹¹ Trotz zunehmender

10 Siehe hierzu Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, S. 219–288, bes. 233ff.; Paul, Die widerspenstige »Volksgemeinschaft«, bes. S. 396.

11 Vgl. Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, S. 94–99, bes. das Koordinatensystem auf S. 97 und dagegen Paul, Die widerspenstige »Volksgemeinschaft«, S. 410, der in dem Koordinatensystem, das Formen abweichenden Verhaltens nach Öffentlichkeit der Handlung und Reichweite der Systemkritik einordnet, eine Weiterentwicklung suggeriert sieht.

Verbreitung von individuellem Dissens bis zu kollektiver Gehorsamsverweigerung insbesondere am Kriegsende – zu denken ist dabei an die Verweigerung von Evakuierungen, an »Rundfunkvergehen«, an »Heimtücke«, an Fahnenflucht, an »Arbeitsflucht« ausländischer Arbeiter oder die Verweigerung des Dienstes im »Volkssturm« – kam es nicht zu einer Selbstorganisation oder einem Aufstand.

Nachfolgend werden vier Biographien vorgestellt, die nicht nur die Ausgrenzung, Erniedrigung, Entrechtung und passive Opferrolle der Betroffenen zeigen, sondern auch den Umgang damit in der Nachkriegszeit und Gegenwart thematisieren. Zu Beginn wird jeweils zunächst das historische Umfeld der unterschiedlichen Gruppen der vergessenen Opfer skizziert, woran sich die Darstellung der Lebensgeschichte anschließt. In den ersten beiden Fällen geht es um die Disziplinierung in Einrichtungen der Jugendfürsorge, die Zuschreibung von »Asozialität« durch Behörden und die drohende bzw. durchgeführte Zwangssterilisation in den Lebensgeschichten zweier Jugendlicher, bei dem dritten Fall um die Betroffenheit von der nationalsozialistischen Militärjustiz und bei dem vierten Fall um Erfahrungen einer Zwangsarbeiterin.

II. Jugendfürsorge

Jugendliche waren seit dem Kaiserreich Objekte der staatlichen Fürsorge. Nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches von 1871 konnte eine »Zwangserziehung« bei verwahrlosten und straffälligen Kindern erfolgen. Insbesondere das bereits um die Jahrhundertwende propagierte »Recht des Kindes auf Erziehung« führte zu einem Ausbau der Jugendfürsorge, die auch als Materialisierung eines Konzeptes der Sozialdisziplinierung begriffen werden kann.¹²

In Hamburg gab es bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine ausgebaute und differenzierte Jugendfürsorge. Der Zuständigkeitsbereich der seit 1910 bestehenden Behörde für öffentliche Jugendfürsorge erweiterte sich in der Weimarer Republik. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 forderte einen Ausbau der Einrichtungen, und die behördliche Sozialpädagogik in Hamburg war durch das Bemühen der Jugendbewegung um sozialpädagogische Reform geprägt, das dem politischen Einfluß der Sozialdemokratie

12 Diese Einschätzung soll weder eine Dämonisierung aller Jugendhilfe als Werkzeug zur Unterdrückung Jugendlicher noch eine unkritische Sicht auf den sozialpädagogischen Fortschritt suggerieren. Sie verweist auf die im Rahmen wachsender sozialstaatlicher Intervention existierende Doppelgesichtigkeit von Hilfe und Kontrolle. Vgl. allgemein Hasenclever, Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung; wegweisend Peukert, Grenzen der Sozialdisziplinierung; Gräser, Der blockierte Wohlfahrtsstaat; mit regionalem Blick auf das Rheinland und die Erziehungsfürsorge Blum-Geenen, Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz; Kaminsky, Zwangssterilisation und »Euthanasie«, S. 27–36, 68–83, 206–223; sowie Blum-Geenen u. Kaminsky, »Reinigung von der Last der Erbkranken«.

geschuldet war. Die Einbeziehung der Erkenntnisse der Psychologie, Psychiatrie und Pädagogik führte jedoch hier wie andernorts nicht nur zur Förderung der Einzelnen im Rahmen der Jugendfürsorge, sondern ebenso zur Festschreibung von Verwahrlosungsdiagnosen in moderner Form. Im Gefolge der allgemeinen wirtschaftlichen und ökonomischen Krise um 1930 war die Jugendfürsorge auch in eine pädagogische Krise geraten. Vertreter der Jugendfürsorge wie der Psychiater der Hamburger Jugendbehörde, Werner Villinger, oder der Fürsorgedezernent der Rheinprovinz, Walter Hecker, verschärfen die interne Debatte über die »Grenzen der Erziehung« und die Aussonderung der vermeintlich unerziehbaren Jugendlichen aus der Fürsorgeerziehung. Im Mai 1933 wurde die Hamburger Jugendbehörde aufgelöst und von der Wohlfahrtsbehörde übernommen.¹³ Der Leiter der Hamburger Wohlfahrtsanstalten, Georg Steigerthal, verfolgte ein Konzept der Anstaltsfürsorge, das von den Mischanstalten, die sowohl Abteilungen für arbeitsunfähige Sieche, für arbeitsfähige Arme, Alte, Bettler, Waisen, Fürsorgeerziehungszöglinge etc. besaßen, zu einer fürsorgerischen Ausdifferenzierung unter den Aspekten sozialer und biologischer Wertigkeit führte.¹⁴ In den Hamburger Wohlfahrtsanstalten wurde die Arbeitskraft der dort Verwahrten zur Senkung der Kosten für die sogenannten »Asozialen« ausgenutzt. Mit Kriegsbeginn erfuhr der Arbeitszwang eine Verschärfung. Räumungen und Verlegungen von Heimen und Anstalten in der Kriegszeit betrafen viele Heiminsassen. Überweisungen in die Psychiatrie und Verlegungen in spätere Tötungsanstalten der »Euthanasie« wie z.B. Meseritz-Obrawalde sind nachweisbar.¹⁵ Während des Krieges häuften sich Disziplinschwierigkeiten in den Fürsorgeeinrichtungen, und die Zahl der Fluchten stieg an. Die Behörden reagierten repressiv. Erwachsene wurden als »Asoziale«¹⁶ in die Konzentrationslager überwiesen. Einzelne Jugendliche

13 Siehe zu Hamburg Harvey, *Zwischen Reformpädagogik und der »Hygiene des Geisteslebens«*, bes. S. 103ff.

14 Vgl. zu Steigerthal Rothmaler, »Hart in der Sache, milde im Ton ...«.

15 Vgl. zu diesen Zusammenhängen trotz vieler sachlicher Fehler die Übersicht Chronologische Geschichte der Hamburger Wohlfahrtsanstalten 1600–1949, in: Rothmaler/Glensk (Hg.), *Kehrseiten der Wohlfahrt*, S. 214–220; Barbara Meister u. Reinhard Langholf, »Zweckmäßige Asozialenbehandlung«. Zur Umsetzung des sogenannten Friedrichsberg-Langenhorn-Plans aus der Sicht der Jugendfürsorge siehe Baumann u.a., *Arbeitsfähig oder unbrauchbar?*, S. 89–106 und aus der Sicht der Psychiatrie Rönn, *Die Entwicklung der Anstalt Langenhorn in der Zeit des Nationalsozialismus*, bes. S. 43–62 u. 71f.

16 Zur Verfolgung der »Asozialen« siehe zusammenfassend Ayaß, *Asozial*; mit Blick auf die Rolle der Kriminalpolizei Wagner, *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher*, bes. S. 254ff.; für Hamburg Ayaß, *Vom Pik As zum Kolafu*; mit Blick auf Verwahrlosungserscheinungen trotz des staatlichen Familienunterhalts während des Zweiten Weltkriegs Kundrus, *Kriegerfrauen*, S. 363–369.

wurden in die »Jugendschutzlager« Moringen (seit 1940 für Jungen) und Uckermark (seit 1942 für Mädchen) eingewiesen.¹⁷

1. Zwangssterilisation – »Stellungnahme von meiner Tochtters Geburt«

Das im Juli 1933 erlassene »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« stellt das Paradebeispiel für den nach innen gerichteten Rassismus des nationalsozialistischen Staates dar. Die Zwangssterilisationspolitik als Mischung von hygienischem Rassismus, Mißachtung der Individualrechte und Mischung medizinischer wie sozialer Diagnosen betraf in erster Linie Menschen, die in Anstalten der Jugendfürsorge oder des Wohlfahrtswesens verwahrt wurden. Sie waren als bereits erfaßte Gruppe sozial und biologisch Abweichender ein erstes Ziel der auf die »Gesundung des Volkskörpers« gerichteten Maßnahmen.¹⁸ In Hamburg sind nach Angaben des Leiters der Gesundheitsbehörde, Offerdinger, bis Februar 1939 10129 Sterilisationen vorgenommen worden.¹⁹ Insbesondere der Leiter der Staatlichen Wohlfahrtsanstalten in Hamburg, Georg Steigerthal, war Verfechter umfangreicher Sterilisationen. Bereits bis September 1934 waren in Hamburg 706 Menschen betroffen, eine Zahl, die rund ein Viertel aller bis dahin im Reich durchgeführten Zwangssterilisationen bezeichnete. Allein die Fürsorgebehörde zeigte in diesem Zeitraum 606 Menschen zur Sterilisation an.²⁰ Bis zum Jahre 1937 prüften Erzieher, Fürsorger und Anstaltsärzte vor allem die Bewohner der Anstalten. Viele der Anstaltsbewohner wurden zur Sterilisation angezeigt und begutachtet. Ein Anstaltsleiter, Anstaltsarzt oder Amtsarzt (manchmal auch der Betroffene selbst) stellte dann einen Antrag auf Sterilisation beim Erbgesundheitsgericht, das wiederum in einem »Beschuß« die Durchführung in einem Krankenhaus anordnete. Seit 1936 bewirkte die verstärkte Berücksichtigung der »Bewährung im Leben« eine vorsichtiger

17 Vgl. zu den sogenannten Jugendschutzlager Peukert, Grenzen der Sozialdisziplinierung, S. 274–291 sowie ders., Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, S. 250–254; ders., Arbeitslager und Jugend-KZ; Wagner, Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder, S. 75–100; ders., Volksgemeinschaft ohne Verbrecher, S. 376–384; Guse/Kohrs, Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945, bes. S. 234ff.; Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat, S. 277–288; Hepp, Vorhof zur Hölle.

18 Vgl. zur Zwangssterilisation Bock, Zwangssterilisation; für Hamburg die beiden medizinischen Dissertationen von Fenner, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, und Rothmaler, Sterilisationen; ferner die ersten Vorstudien: Pfäfflin, Zwangssterilisation in Hamburg; und Brücks/Rothmaler, »In dubio pro Volksgemeinschaft«, S. 26–30, bzw. 30–36; sowie Brücks, Zwangssterilisation gegen »Ballastexistenzen«, S. 103–108; zeitgenössisch die offizielle Publikation: Verhütung erbkranken Nachwuchses.

19 Vgl. zu dieser Zahl und der Diskussion um die in verschiedenen Veröffentlichungen genannte zweifelhafte Zahl von 24260 Sterilisationen bis 1945 Lohalm, Der öffentliche Umgang mit der Armut, S. 258.

20 Siehe Lohalm, Der öffentliche Umgang mit der Armut, S. 248f.

Durchführung des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«. Die Zahlen der Anzeigen zur Sterilisation wie auch der Anträge und durchgeführten Verfahren vor dem Erbgesundheitsgericht sanken.²¹ Dennoch sah sich auch in den Folgejahren jeder Mensch, der in Anstalten der Fürsorge kam, einer Prüfung auf eine mögliche Erbkrankheit ausgesetzt. Zwar wurde das Ausmaß der Zwangssterilisationen mit Kriegsbeginn deutlich reduziert, doch fanden Sterilisationen bis zum Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten statt.

In den vorliegenden Interviews finden sich überwiegend Betroffene der Zwangssterilisationspolitik, die in Heimen oder Anstalten leben mußten.²² Alle Zwangssterilisierten leiden durch den Eingriff bis heute nicht nur unter gesundheitlichen, sondern auch unter psychischen Beeinträchtigungen. Sie fühlen sich durch Formulierungen in den Sterilisationsgutachten und auch durch die Anstaltsaufenthalte insgesamt diskriminiert. Der erfahrene Zwang und die Fremdbestimmung innerhalb der geschlossenen Fürsorge gehören für sie mit der Zwangssterilisation zusammen. Die Betroffenen haben ein starkes Bedürfnis, durch ihre Selbstdarstellung und Hinweise auf ihre bürgerliche Normalität die damaligen Einschätzungen als geistig Behinderte als ungerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Die nachfolgend präsentierte Lebensgeschichte von Helga Bressel verweist auf die Ohnmacht, das Widerstreben und die gesellschaftliche Isolation eines Opfers der Zwangssterilisation. Zugleich verdeutlicht sie das Konstruktionsprinzip der Biographie einer Überwältigten, die als »vergeßenes Opfer« angesehen werden kann.

Mit der 1927 geborenen Helga Bressel kam ein nur 35 minütiges Interview zustande.²³ Sie ist fast blind, stark schwerhörig und kann deswegen auf Zwischenfragen nicht reagieren. Sie mußte sich jeweils auf das Sprechen oder auf das Zuhören konzentrieren, um ihre Gesprächspartnerin zu verstehen. Das Interview hat sie sehr angestrengt und belastet. Dennoch hielt sie es für wichtig, daß ihre Erfahrungen aufgezeichnet wurden.

»B: Bin geboren am 3.1.27 in Glückstadt. Meine Eltern waren geschieden. Wir sind als Kinder – ich war gerade fünf Jahre alt – getrennt worden und dann

21 Siehe zu dieser Entwicklung in Hamburg die von Rothmaler erfaßten Zahlen für die Jahre 1934 bis 1945 aus dem Erbgesundheitsgerichtsregister Hamburg (bezüglich Alt-Hamburg, ohne die 1937 eingegliederten Stadtteile Altona, Wandsbek etc.): Demnach waren von den insgesamt 16717 Verfahren allein bis einschl. 1937 12806 durchgeführt, von denen 10301 mit der Anordnung einer Sterilisation geendet hatten (berechnet nach Rothmaler, Sterilisationen, S. 214). Der Anteil der in Anstalten asylierten Opfer eines Zwangssterilisationsverfahrens lag 1934 bei 47,7 % und 1935 bei 33,6 % (ebda., S. 224).

22 Von den fünf durch eine Zwangssterilisation Betroffenen waren drei zu diesem Zeitpunkt in Heimen oder Anstalten untergebracht (siehe FZH/WdE 276, 281 und 284). Sie gehörten zu den Jahrgängen 1920, 1921 und 1927 und wurden im Alter von 15 und 16 Jahren sterilisiert.

23 FZH/WdE 284, Interview mit Helga Bressel am 7.12.1994, geführt von Petra Vollmer.

zu Pflegeeltern gekommen. Mein Bruder und meine Schwester waren in Glückstadt geblieben, bei Verwandte untergekommen. Nur ich war'n Außenseiter, kam in Pflege, Pflegeeltern, von einer Hand zur andern gereicht, keiner wollt' mich haben. Ungezogen war ich eigentlich nicht, konnte man nicht sagen. Nur eben, ich hatte eine gewisse Furcht in mir, die Angst steckte in mir wie ein Schlegel, weil ich von Anfang an in der ersten Pflegestelle Schläge gekriegt habe, gleich den ersten Tag. Und seitdem war die Angst in mir drinne. Von einem zum andern gereicht. Danach – kam nachher aus der Schule. Pflichtjahr. Dann bin ich hier nach Hamburg, wollte zu meine[r] Mutter, die mich im Moment auch aufnahm, aber anschließend war ich in dem Schwannenwik-Wohnheim. Also keine Liebe von irgendeiner Seite, Verwandtschaft, nichts. Ich war auf mich alleine gestellt. Mit 16 wurde ich schwanger, also ab in die Feuerbergstraße. Und da ging es erst richtig los, da wurde getriezt, getreten, geschlagen. (...) Da ging's los. Morgens ging es schon los mit der Triezerei. Entweder man gehorchte, oder man wurde eingesperrt, man wurde geschlagen. Das Zimmer war nicht größer wie hier, ungefähr, daß gerade ein Bett reinpaßte. Das waren die Einzelzellen, da mußten wir Unterkunft [nehmen], da wurden wir auch wochenweise eingesperrt.

I: Das war dann eine Strafe.

B: Toilette war Nebensache. Toilette mußte man klingeln oder [4 Sekunden Pause] einfach Krach schlagen, um überhaupt wann zur Toilette gehen zu können, und dann wurde man noch angemacht, wurde man noch geschlagen, so rüber, nur weil man mal eben seine Notdurft verrichten wollte. Und wenn es dann daneben gegangen ist, dann mußten wir es auch noch weg machen, was uns als Schwangere natürlich ein Greuel war, weil wir da nicht gegen ankamen. Und wir mußten oft zur Toilette laufen, das war selbstverständlich. [3 Sekunden Pause, danach leise] Ich kann im Moment nicht.«²⁴

Nach dem Scheitern der Ehe ihrer Eltern (an anderer Stelle erwähnt sie, daß ihr Vater zur See fuhr und ihre Mutter alkoholabhängig war) kam sie im Alter von 5 Jahren ebenso wie ihre beiden Geschwister zu Verwandten und in Pflegefamilien. Sie fühlte sich als »ungeliebtes« Kind vernachlässigt. Die anfänglich einem Lebenslauf verpflichtete Form der Darstellung, die geradewegs zu den Demütigungen im Heim führt, bricht angesichts der Erwähnungen der erduldeten Mißhandlungen, der Ohnmachtserfahrungen und des erfahrenen Leids zusammen. Helga Bressel kommt nach der Unterbrechung sehr schnell und zielgerichtet zur sie am stärksten beeinträchtigenden Maßnahme, der Zwangssterilisation.

»**B:** Stellungnahme von meiner Tochtens Geburt. Ich bin in der Finkenau entbunden worden, am 23.5.44. Da ist ein Eingriff bei mir vonstatten gegangen,

den ich nie für möglich gehalten habe. Es wurde eine Zwangssterilisierung vorgenommen, ohne daß man uns irgendwie einen Hinweis gab oder irgendwie was. Nur, uns wurde vorher gesagt schon mal von zwei Mädchen, daß sie keine Kinder mehr bekommen konnten. Es waren die Mädchen Nina D. und Lisa W. Ich habe noch drei andere Mädchen auf 'm ... Das ist Ruth M., Brigitte P. und – wer war das noch – Berta P., M., ... Hanna M. Das war'n die fünf Mädchen, die mit uns zusammen ungefähr zur gleichen Zeit entbunden hatten. Ungefähr in – ungefähr im Vierteljahr Zwischenzeit.

I: Hm, die waren auch alle in der Feuerbergstraße.

B: Alle in der Feuerbergstraße und Finkenau. Alle über die Finkenau. Ich kriegte eine Narkose und wurde dann zwangssterilisiert. Das war das Schlimmste. Was wir aber nicht wußten, daß das war. Die Narkose habe ich gedacht, von wegen, weil ich gerissen war. Aber nee, das war 'ne Zwangssterilisierung.«²⁵

Wie gegenüber einer Amtsperson versucht Helga Bressel die im Anschluß an die Geburt vorgenommene Zwangssterilisation in dieser distanzierten Form zu beschreiben – eine Redeweise, die sie vor der Überwältigung von Gefühlen schützt. Ihr Bemühen, Zeugen für das ihr widerfahrene Unrecht namhaft zu machen, verweist auf die Ausformung ihrer Geschichte im Rahmen von Antragstellungen für Entschädigungsleistungen.²⁶ Auch die wohlmeinenden Fragen der bereits über den Verlauf der Lebensgeschichte vorinformierten Interviewerin führen zu einer Befragungsstruktur, die die ohnehin stärker argumentierende als erzählende Form des Lebensberichtes stützt.

Als Helga Bressel zurück ins Heim Feuerbergstraße kam, erlebte sie einen nach eigenen Angaben ungerechtfertigten Arrest und Gewalttätigkeiten der eingesperrten Mädchen (»Gruppenkeile«) untereinander. Die jungen Mütter durften ihre Kinder nur nach Erlaubnis der Heimleitung sehen, eine Regelung, die Helga Bressel noch heute sehr aufbringt. Die Tochter von Helga Bressel bekam eine Lungenentzündung und wurde getrennt von ihrer Mutter ins Krankenhaus verlegt. Während dieser Zeit wurde Helga Bressel nach ihren Angaben ins Heim Selent (bei Kiel) umquartiert. Die Trennung von ihrem Kind sieht Helga Bressel als Ursache der heute zerrütteten Beziehung zu ihrer Tochter.

Die ledige Mutterschaft wie die Sterilisation galten zeitgenössisch, aber auch nach dem Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten, als großer Makel. Helga Bressel wurde deshalb später, als sie eine junge Frau aus dem

25 Transkript Bressel, S. 3.

26 Bei fehlender Aktenüberlieferung, wie auch im vorliegenden Fall, gilt es, den Sachverhalt durch Zeugenaussagen glaubhaft zu machen. Genauere Informationen über ihr eigenes Verfahren liegen leider nicht vor.

Heim wiedersah, von dieser aufgefordert, deren Mann nichts von der Sterilisation zu erzählen.

»B: ... und Brigitta P. weiß ich auch nicht, in welche Gruppe sie nachher gekommen ist. Die ist ja nach mir dran gewesen, aber die ist auch zwangssterilisiert worden. Die kriegte – ich habe die nämlich später nochmal getroffen.

I: Ach so, ja.

B: Die kriegte auch keine Kinder mehr. Auch zwangssterilisiert. Und wir haben dann nochmal drüber gesprochen.

I: Hm. Und als

B: (gleichzeitig) ... aber bitte sag meinem Mann nichts, denn die hatte schon das zweite Kind, und danach ist sie zwangssterilisiert und .

I: Und mußten Sie dann, als

B: (gleichzeitig) ... das geht mir ja nichts an. Ich kann nicht andere Mädchen schlecht machen, weil sie nun zwei Kinder geboren haben. Ich meine, das möchte ich nicht, 'n Strick dann draus drehen. Das muß ja nun nicht sein, oder?«²⁷

Von dem Heim Selent, in dem es nach ihrer Erinnerung wesentlich weniger repressiv zugeht als in der Feuerbergstraße in Hamburg, lief Helga Bressel einmal weg, um nach ihrem Kind zu sehen. Bis 1946, als sie im Alter von 19 Jahren entlassen wurde, blieb sie in Selent. Sie besuchte noch ein paar Mal ihre Tochter in der Feuerbergstraße, doch hatte sie in der schwierigen Nachkriegszeit nur eine Schlafstelle, keine eigene Wohnung, und konnte das Kind deswegen nicht zu sich nehmen. Die Erwähnung der schwierigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit läßt sie noch betonen, daß sie nicht mit »Ausländern losgegangen« sei wie viele andere Mädchen damals.

Das Gespräch endet mit ihrer Klage über die Entfremdung von ihrer Tochter (»meine Tochter will nichts von mir wissen, weil sie die ganze Geschichte nicht kennt«) und ihre Einsamkeit. Weil Zeugenaussagen und Aktenüberlieferungen fehlen, erhielt sie zunächst keine Entschädigungszahlungen. Erst seit kurzem erhält Helga Bressel eine kleine Beihilfe, doch deutlich bewegt äußert sie: »Aber damit ist es noch lange nicht getan. Man müßte auch so seelischen Beistand haben.«²⁸

27 FZH/WdE 284, Transkript Bressel, S. 6–7.

28 Transkript Bressel, S. 13.

2. »Asozial« –

» ... haben sie mich gleich ins Heim gesteckt, arbeitsscheu«

Bei den vorliegenden Interviews finden sich Fälle der Arbeitsverweigerung, des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen oder ausländischen Zivilarbeitern, die zu Bestrafungen normabweichender Jugendlicher führten. Manche als »Asoziale« in die Konzentrationslager verschleppte Frauen wurden dort zur Prostitution gezwungen.

So kam eine 1924 geborene Halbwaisin, nachdem sie von zu Hause weggelaufen war, zunächst in ein Erziehungsheim und dann in eine hauswirtschaftliche Arbeitsstelle. Zu Kriegsbeginn kehrte sie zu ihrem Vater zurück. Als das Arbeitsamt sie in die Landwirtschaft vermitteln wollte, weigerte sie die Arbeit und wurde zum Bunawerk in Leuna dienstverpflichtet. Hier hatte sie Kontakt mit ausländischen Arbeitern, wurde verhaftet und kam zunächst in ein Arbeitslager nach Moringen, von dort Ende 1943 nach Ravensbrück und schließlich in ein Konzentrationslager bei Nordhausen/Thüringen zur Zwangsprostitution. Dort mußte sie den Kapos zu Willen sein.²⁹ In einem anderen Fall von Zwangsprostitution geriet eine 1918 geborene Frau durch den »verbotenen Umgang« mit einem polnischen Kriegsgefangenen im Jahre 1939 nach Ravensbrück und wurde 1943 ins Häftlingsbordell nach Buchenwald verbracht.³⁰ Die anschließende Lebensgeschichte von Irmgard Lotze betont den Kreislauf von Verweigerung und Bestrafung, der die von den Disziplinierungsversuchen Betroffene über verschiedene Heime bis ins KZ Neuengamme führte.

Mit Irmgard Lotze, Jahrgang 1926, kam ein gut einstündiges Gespräch zustande, das von einer Mitarbeiterin der Projektgruppe für die vergessenen Opfer geführt wurde.³¹ Irmgard Lotze lebt heute allein, nachdem ihre Lebensgefährtin vor einigen Jahren an Krebs starb. Ein Vorgespräch wie das Interview haben bei ihr nach eigener Aussage verdrängte Erlebnisse aktualisiert. »Ich schlaf schon wieder bei Licht, weil ich manchmal grübel«.³²

Irmgard Lotze wuchs als nichteheliches Kind bei ihrer Mutter auf, die in Hamburg-Neustadt wohnte. Die »Machtergreifung« empfand sie, vermittelt durch die Reaktion des umgebenden Milieus der kommunistischen Arbeiter, als negativ, wenngleich die Beschreibung der vermeintlichen Solidarität im Arbeitermilieu nicht zu der Feststellung passen will, daß man diejenigen, die aus den Konzentrationslagern zurückgekommen waren, als

29 FZH/WdE 294.

30 FZH/WdE 295. Siehe zu beiden Frauen, die erst in der Nachkriegszeit in Hamburg gewohnt haben, auch die Beschreibungen bei Paul, Zwangsprostitution, S. 44 f. und 48f.

31 FZH/WdE 287, Interview mit Irmgard Lotze am 23.11.1994 geführt von Petra Vollmer.

32 FZH/WdE 287, Transkript Lotze, S. 34.

»Verbrecher« angesehen hat. Irmgard Lotze schließt die Beschreibung des eigenen Heimschicksals an.

L: Und weil ich auch ab und zu denn mal im Heim gewesen bin und so. Aber das ist zu lange [her], da erinner' ich meine Kindheit in dem Sinne nicht mehr so. Und als ich aus der Schule kam, da mußte ich ins Pflichtjahr. Und da bin ich mit meiner Freundin zusammen nach Mecklenburg gekommen. Und dann mußten wir – ich weiß nicht, ob wir zehn Mark oder vierzig Mark, ich weiß nicht, was 's da immer noch gab. ... und dafür mußten wir denn morgens aufstehen und, aber wie, arbeiten. Das kann ich Ihnen sagen. Dafür waren Stadtmenschen gar nicht geeignet. Und denn wollte ja der Bauer nachts bei mir einsteigen. Und da bin ich abgehauen, und meine Freundin gleich mit mir, und bin nach Hause gegangen. Deshalb haben sie mich ins Heim gebracht. Erstmal haben sie mich noch zum nächsten Bauern geschickt. Und da war daselbe. Die haben mir nicht geglaubt. Das kann nicht passieren und so. Und dann habe ich gesagt, ich möchte in der Stadt und abends zu Hause schlafen. Ich habe Angst, auswärts zu schlafen.

I: Wie alt waren Sie?

L: 14. Nein, das durfte ich denn nicht, ich sollte also von meiner Mutter weg. Und denn kriegte ich schon 'n gesetzlichen Vormund. Wen weiß ich nicht mehr. Den habe ich auch nie gesehen. Und na ja ... Und dann bin ich, als ich weggelaufen war, das zweite Mal vom Bauern, haben sie mich gleich ins Heim gesteckt. Arbeitsscheu. So fing das an.«³³

In ihrer Biographie fängt die eigene Ausgrenzungsgeschichte mit der Verweigerung im Pflichtjahr an. Verstärkend wirkten die versuchten sexuellen Übergriffe des Bauern und ihre nur nebenbei erwähnte vorherige Stigmatisierung durch Heimaufenthalte. In Hamburg wurde der Mutter offenbar wegen drohender Verwahrlosung der Tochter das Erziehungsrecht entzogen, und Irmgard Lotze erhielt einen Vormund. Sie wurde zu einem anderen Bauern ins Landjahr gesandt. Dort erlebte sie das gleiche wie beim ersten Bauern. Sie kehrte wieder zu ihrer Mutter zurück und verweigerte in der Folge die Pflichtjahrarbeit. Daraufhin wurde sie nach ihrer Darstellung mitten in der Nacht abgeholt und ins Heim Schwanenwik gebracht. Von dort lief sie weg, wurde erneut gefaßt und kam ins Aufnahmeheim Averhoffstraße. Hier begegnete sie Diakonissen, an deren sittliche Belehrungsversuche sie sich erinnert. Sie beschreibt sich selbst als widerspenstig und undiszipliniert. Ihre »Heimkarriere« setzte sich in der Folgezeit aus wiederholten Ausbrüchen

und erneuten Heimstationen in Hamburg zusammen³⁴: Heim Oberaltenallee, Fluchtversuch mit aneinandergeknoteten Bettlaken, bei dem ein Mädchen abstürzt und stirbt; Heim Feuerbergstraße, dann im Alter von 17 Jahren zum Heim nach Farmsen, wo sie nach rückblickender Einschätzung die jüngste Insassin war. Sie bewegte sich in einer Spirale von Arbeitsverweigerung, Strafen, Flucht und erneuter Verwahrung, die sie in immer strenger kontrollierte Heime führte. In den Zeiten, in denen sie in Freiheit war, erhielt sie nicht nur von ihrer Mutter Hilfe, die ihr einmal sogar einen Nachschlüssel anfertigte, sondern auch von fremden Leuten, die sie versteckten, ihr Nahrung und Kleidung gaben. Ein von ihr erinnerter Versuch, zusammen mit einem flüchtigen Mädchen »anschaffen« zu gehen, scheiterte. Sie stand die Situation nicht durch und floh vom »Strich«.

Im Heim Farmsen ging ihr der Ruf als dauernd Flüchtende voraus, hier wurde sie nach ihrer Erinnerung besonders schikaniert. In Farmsen befand sich eine geschlossene Abteilung im Rahmen der Fürsorgeerziehung, in der die Mädchen eine rot-weiße Anstaltskleidung zu tragen hatten, was Fluchten erschweren sollte.

I: Und erinnern Sie denn aus der Zeit noch sonstwas über die Stimmung? Es war ja auch so, daß eigentlich die Insassen solcher Erziehungsheime oder auch dieses sogenannten Versorgungsheims Farmsen ja auch extrem diskriminiert waren. Sie galten ja eher als asozial.

L: Wir waren alle asozial. Wir durften auch nicht mit »Heil Hitler« grüßen. Ich war ganz froh darüber.

I: Sie durften nicht?

L: Nein, ich war nicht wert.

(...)

L: Wissen Sie, wir waren asozial, aber es waren alles so duftende Mädchen, muß ich sagen. Es gab immer ein paar dazwischen, die uns verpetzt haben, und dann gab es auch Strafen. Zum Beispiel, wenn wir jetzt geraucht haben mal. Man kriegte auf der Männerstation, da hat die eine Tabak umgetauscht und so. Denn haben wir Kartoffeln von den Feldmädchen gekriegt, die haben wir uns in der Waschküche kochen lassen, und dafür was abgegeben, und dann geteilt. Also, muß ich sagen, ich habe da, was diese Mädchen angeht, wenn das nicht eingesperrt gewesen wär, würde ich sagen, das war prima. Die waren auch intelligent. Wir haben wirklich uns abends ... Durften wir ja manchmal bis neun im Saal sitzen, so ein Aufenthaltsraum für die Station immer. Da wurde gehandarbeitet und gesungen, das war immer schön, muß ich sagen.

I: Jetzt nochmal zurück. Sie sagen, es ist Ihnen verboten worden, weil Sie das

34 Siehe zu Erfahrungsberichten aus Heimen in Hamburg Dorn, Erinnerungen aus dem Mädchenheim Feuerbergstraße; Kiesewetter, »Ich war doch kein Unmensch« (zu Farmsen); Baumann u.a., Arbeitsfähig oder unbrauchbar, S. 51–70 u. 167–173 (Aufnahme- und Beobachtungsheim Averhoffstraße).

nicht wert gewesen wären ...

L: Wenn man bestraft wurde, was ich sehr oft hatte, weil sie mich nicht leiden konnten, durch mein Ausbrechen eben, und ich war auch nie gefügig, denn kriegt man drei Tage Isolier ... Denn kriegt man normales Essen. Bunker ist im Keller, dann kriegt man trocken Brot und Kaffee, und alle drei Tage ein warmes Mittagessen. Das war schlimmer. Und wenn's denn Fliegeralarm gab, durften wir nicht mit in den Keller, dann blieben wir da drin.

I: In den Arresträumen.

L: Ja. Das fand ich auch schlimm. Als Hamburg verbrannte damals und ich im ... Bin ich auch weggelaufen, sofort nach Hause.«³⁵

Sie beschreibt den recht trostlosen Alltag in der Einrichtung, ihre Diskriminierung als »wertlos«, ihre Etikettierung als »asozial« und die Denunziation durch andere Mädchen. Zugleich erwähnt sie jedoch Akte der Solidarität unter den Heimzöglingen nicht nur während gemeinsamer Fluchten, sondern auch im Alltag. Die von der Interviewerin durch ihre Frage nach der Stimmung eingeleitete Reflexion über die »Asozialität« bringt nicht nur eine Schilderung des Verbots des Hitler-Grußes, sondern auch die Betonung der Gemeinschaftlichkeit unter den »asozialen« Insassinnen hervor. Die Erzieherinnen, in der Erinnerung von Irmgard Lotze alle Parteimitglieder, schlugen und behandelten die Mädchen »von oben herab«. Ob die Erzieherinnen, mit denen sie es zu tun hatte, wirklich alle Parteimitglieder waren, ist nicht überprüfbar. Lange Arreststrafen unter unwürdigen Bedingungen trafen besonders Irmgard Lotze, die immer wieder die von ihr erfahrene verschärfte Verfolgung während der Kriegszeit beklagt. Irmgard Lotze erinnert auch die Gefahr der Sterilisation, der sie wohl nur, bedingt durch die erschwerten Sterilisationsbedingungen in der Kriegszeit,³⁶ entgangen ist.

»I: Haben Sie denn bei andern mitbekommen, daß die in der Zeit zwangssterilisiert worden sind?

L: Ja, mehrere. Viele. Ja, ja.

I: Die kamen dann weg praktisch für 'ne Zeit und kamen dann wieder und ...

L: ... waren sterilisiert. Einige wußten das noch nicht mal.

35 FZH/WdE 287, Transkript Lotze, S. 10–11.

36 Zu Kriegsbeginn wurde in einer Verordnung des Reichsinnenministeriums festgeschrieben, daß »bei möglicher aber unwahrscheinlicher Fortpflanzung sowie in unklaren und Grenzfällen« keine Anträge mehr zu stellen waren. Das führte offenbar in vielen Fällen zu einer »vollkommenen Stopfung der Antragstellung«. Der in der Verordnung zu Kriegsbeginn eingeführte Begriff der »besonders großen Fortpflanzungsgefahr« sollte keine »über das Normalmaß hinausgehende Fortpflanzungsgefahr« bezeichnen, sondern vielmehr bedeuten, daß »praktisch Nachwuchs von dem Betroffenen zu befürchten« sei. Diese Meinung des zuständigen Ministerialdirigenten im Reichsinnenministerium, Herbert Linden, die im Frühjahr 1940 noch einmal in einem Erlaß festgeschrieben wurde, bedeutete für die Betroffenen in der Fürsorgeerziehung die weitere Drohung mit der Sterilisation (Bock, Zwangssterilisation, S. 235). Dennoch sanken die Sterilisationszahlen während der Kriegszeit. Vgl. für Hamburg die Statistik bei Rothmalder, Sterilisationen, S. 214.

I: Haben Sie darüber gesprochen?

L: Ja, teils. Nicht alle, einige wußten das gar nicht. Da haben sie sonstwas erzählt, mit Eierstock oder was. Waren alle sterilisiert.

I: Aber Sie wußten, was das bedeutet?

L: Ich wußte das. Und weil ich das gehört habe, habe ich gedacht, selbst wenn ich 'ne andere Veranlagung habe, möchte ich nicht ausgeschlachtet werden, ohne Grund, wofür. Man kommt sich ja verstümmelt vor, wenn man das nicht persönlich selber will. Und warum, ich begreif ja heute noch nicht, warum sie mich sterilisieren wollten. Vielleicht weil ich lesbisch war. Das ist ja nicht Grund genug eigentlich.«³⁷

In der Erinnerung von Irmgard Lotze hat die entmenschlichende Sterilisation (»ausgeschlachtet« wie Vieh) den Charakter eines unverständlichen Verhängnisses. Ihr Verweis auf das Nichtwissen und die Scham der Sterilisationsopfer nach deren Rückkehr ins Heim kann als Betonung der Fremdbestimmung, der sie im Heim ausgesetzt war, interpretiert werden. Sie bringt ihren eigenen Ruf als vermeintlich lesbisches Mädchen mit der Sterilisationsdrohung in Verbindung.³⁸

Sie erinnert auch die Verschärfung der Lebensbedingungen in der Kriegszeit, besonders seit den Bombenangriffen im Sommer 1943, als die Mädchen für ein Lazarett ihre Betten zu räumen hatten. Die Werthierarchie, die hinter dieser Verdrängung stand, ist ihr bis heute sehr präsent. Verwundete Soldaten waren mehr wert als verwahrloste Fürsorgeerziehungszöglinge.³⁹ Zugleich formuliert sie ihr Mitleid angesichts der versehrten und verwundeten Soldaten und meint, sie hätte ihr »Bett auch freiwillig für hergegeben«. Gelenkt vom Vorwissen der Interviewerin, kommt Irmgard Lotze auf den Arbeitseinsatz zu sprechen, den ausgewählte Mädchen in einer Fabrik außerhalb des Heims leisten mußten. Obwohl diese Arbeit als Auszeichnung gedacht war, besaß sie für Irmgard Lotze alle Kennzeichen von Haftlingsarbeit (Antransport im Gefangenenwagen, Segregation von den anderen Arbeiterinnen ...). Der Arbeitseinsatz unter den entwürdigenden Bedingungen außerhalb des Heimes führte sogar zu Sabotageakten. Irmgard Lotze erklärt ihre nur befristete Teilnahme an diesen Außenarbeiten mit ihrer Aufsässigkeit, die immer wieder zu Strafen geführt habe. Über die Erzählung von Strafen lenkt die Interviewerin das Gespräch auf die schwerste Bestrafung, die Irmgard Lotze erlitten hat: eine zehn bis zwölf-tägige Haft

37 FZH/WdE 287, Transkript Lotze, S. 17.

38 Die ihr zugeschriebene »Asozialität« hätte allein für eine Sterilisation nach der Diagnose des »angeborenen Schwachsinn« ausgereicht. Vgl. zu der bei Fürsorgeerziehungszöglingen dominierenden Sterilisationsdiagnose des »angeborenen Schwachsinn« und der Untergruppe des »moralischen Schwachsinn« Bock, Zwangssterilisation, S. 320ff.; Schmuhl, Rassenhygiene, S. 168–172.

39 Siehe zur kriegsbedingten Räumung und Bereitstellung von Betten im Rahmen katastrophenschutzpolitischer Vorgaben in den Fürsorgeheimen Pfäfflin, Hamburger Wohlfahrt, bes. S. 108ff.

im Konzentrationslager Neuengamme,⁴⁰ die sie auf das Ende des Jahres 1944 datiert.

»I: Wir waren vorher bei dem Stichwort Neuengamme. Was war das?

L: Das war ... Ich weiß gar nicht mehr genau, wie lange das war. Ich sollte nicht ins KZ, sondern weil es war kein Platz frei in Farmsen, um die Strafe zu geben für mich. Aber da waren aber noch ... Ich glaub, wir waren zu zehnt. Wir sind alle hingekommen, geschlossen. Aber ich weiß nicht mehr, wie das genau war. Und diese Transporte waren öfter. Da waren mehrere ausgesuchte Mädchen, die kamen denn hin irgendwo, und wenn sie wiederkamen, haben sie auch nicht gesprochen. Da war ich auch einmal bei.

I: Sie sind, wie sonst auch, in so einem Transporter gebracht worden und sollten so eine längere oder kürzere Strafe absitzen? Woher wußten Sie damals, daß es irgendwie ...

L: Propaganda. Untereinander ist ja irgendwie Mundpropaganda.

I: Sie konnten aber nicht rausgucken aus diesem Wagen?

L: Nichts. Wir waren im geschlossenen Raum nachher auch. Das war kein Schlafsaal, sondern es war Stroh an der Erde.

I: So eine Baracke?

L: Ja. War eine Baracke. Glaube ich, ich weiß das nicht mehr genau. Und dann waren da zwei Pi-Eimer drin, für uns alle. Und wir durften vor neun Uhr, denn ging da immer eine Turmuhr, jede Stunde, vor neun durfte keiner auf den Eimer gehen. Und denn nur auf Matratzen geschlafen, ohne alle. Und dann ging das los, ich muß, ich muß, ich muß. Und um neun Uhr, dann ging eine Invasion auf die beiden Eimer los. Wir haben uns gegenseitig von den beiden Eimern runtergerissen, und die letzten haben nebenbei gepiet.

I: Aber nur Sie zehn waren in diesem Raum?

L: Nein, auch noch mehr. Vielleicht nochmal zehn oder was weiß ich.

I: Auch aus Farmsen?

L: Nein, woanders her. Und dann mußten wir morgens die Eimer rausbringen. Die waren so gestrichen voll. Und eine Wärterin – bei mir nicht – hat bei einer den Fuß genommen, ist sie mit dem Eimer hingeflogen: »Du alte Sau«. Und denn ging das ja los. Mußte die das saubermachen. War schlimm. Das war schlimm. Da mußten wir auch ... Eine ist gestorben. Die ist ... Wir hatten wenig an und mußten manchmal, bevor wir geweckt wurden – die Uhrzeit weiß ich nicht mehr –, draußen schon stramm stehen, ein, zwei Stunden. Im Winter.

I: Aber das war alles in diesem Gebäude, wo Sie auch nicht genau wissen ...

L: Nee, ich weiß das nicht. Wir sollten uns ja auch ... Guckt euch hier nicht so um, es ist Notunterkunft, es kommt weiter. Nun weiß ich ja nicht, ob die welche dabehalten haben, das weiß ich ja nicht. Jedenfalls mußten wir nachts,

40 Zur Geschichte des Konzentrationslagers Neuengamme siehe allgemein Johe, Neuengamme; Kaienburg, »Vernichtung durch Arbeit«; ders., Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945; aus erfahrungsgeschichtlicher Sicht Jureit u. Orth, Überlebensgeschichten.

morgens, war noch dunkel, aufstehen, und draußen mit unsern ... Wir haben uns ja auch nicht ausgezogen, weil es uns sowieso gefroren hat, mußten wir ungefähr zwei Stunden morgens schon stramm stehen da draußen.

I: Und haben Sie gesehen, was das für'n Gelände war?

L: Nee, das weiß ich nicht mehr. Ich erinnere das auch nicht mehr. Es war im Dunkeln, es war im Winter. Und wir haben auch mit den anderen Insassen überhaupt keinen Kontakt gehabt. Nicht einen Kontakt. Und eine kam dann wieder, die hieß Erna was weiß ich. Die war die Erste. Und dann habe ich gefragt, wie war das? Die war da auch gewesen. Und die hat gesagt, wir dürfen nicht drüber reden, sonst kommen wir wieder hin. Und das haben sie uns auch gesagt.

I: Daß Sie nichts ...

L: Daß wir nichts sagen dürfen. Wir hatten einen Teller und 'n Löffel, dann haben wir so 'ne Kumme, da haben wir unsern Kaffee reingekriegt, da haben wir unser Essen reingekriegt, und dann wieder rein. Und dann morgens wieder strammstehen. Auch nicht Rundgang oder was, frische Luft, nix.

I: Und Ihnen wurde gesagt, das sei eben auf dem Gelände von ..

L: Neuengamme war das. Das haben wir, auch manchmal Stimmen da draußen gehört, marschieren und so. Wenn die zur Arbeit gingen. Aber wir konnten auch nicht rausgucken.

I: Und Sie waren da ein Wochenende lang?

L: Nein, zehn oder zwölf Tage. Ich weiß nicht, kann sogar länger gewesen sein. Richtige Strafe. Deshalb haben wir auch keinen Rundgang gekriegt, morgens Strammstehen. Und denn waren wir durchgefroren. Und dann erst um neun wieder da auf den Eimer. Am Tage durften wir, aber jedenfalls am schlimmsten war es immer abends, wenn man dann erkältet ist und man muß dahin und geht nicht.«⁴¹

Ihre Strafverbüßung im Konzentrationslager Neuengamme oder einem seiner Außenlager bzw. Arbeitskommandos ist aktenmäßig nicht nachzuweisen. Dennoch spiegelt die dargebotene Beschreibung die entwürdigenden Rituale des KZ-Alltags; stundenlanges Strammstehen zum Appell, die Disziplinierung der Notdurft, der Ausmarsch von Arbeitskommandos und der Tod eines Mithäftlings. Irmgard Lotze hatte in dieser Situation auch Selbstmordgedanken. In ihren durch Flucht ertrotzten Freiheitsphasen nutzte sie die gesellschaftliche Desorganisation nach Bombenangriffen und gab sich unter falschen Namen als Bombengeschädigte aus. So erschwand sie sich Bezugsscheine, erhielt Waren und nahm am Schwarzhandel teil. Sie machte Reisen nach Tilsit und München und erinnert dies zwar als »schlechte Zeit«, doch war dies auch die Zeit eines persönlichen Wohlergehens.

41 FZH/WdE 287, Transkript Lotze, S. 24–26.

»L: Immer ohne was. Wissen Sie, was ich einmal gemacht habe? Das will ich Ihnen erzählen. Ich habe meiner Mutter ihren Ausweis geklaut. Die war '09 geboren. Und ich habe da eine 2 vorgemalt. Ich konnte sehr gut sowas machen. Und damit konnte ich ja meinen Ausweis immer schön vorzeigen, deshalb haben sie mich nicht mitgenommen. Ich habe dann zwar gezittert, aber ...

I: Und wo haben Sie in der Zeit gewohnt?

L: Bei Bekannten oder Verwandten. So habe ich mich immer durchgeschlagen. Ich kam immer irgendwie durch. Mit Essen und Trinken, ich war ja auch bescheiden. Wissen Sie, ich habe ja auch, bin einmal mit einer Bahnsteigkarte nach Tilsit gefahren, als hier so richtig der Rummel war. Und habe mich dann ausgegeben als Flüchtling. Habe Lebensmittelkarten gekriegt, auf einen Ausweis von einer, die verbrannt ist. Die Freundin, mit der ich dahin gefahren bin, die hatte den Ausweis von ihrer Freundin, und denn habe ich gesagt, paß mal auf, den nehm ich solange. Und denn haben wir uns bißchen was zu essen geholt, bißchen Überbrückungsgeld geholt, und haben wie die Made im Speck gelebt.

I: Und dann sind Sie wieder zurückgefahren?

L: Ja. Und denn privat, irgendwo haben uns Leute aufgenommen, zu essen gegeben, haben uns eine wunderbare Woche gemacht, haben uns totgefremt. Und denn hatten wir zwei Taschentücher auf Bezugschein gekriegt. Aus zwei Taschentüchern habe ich zwei Wintermäntel gekriegt. Habe ich auch durchgekriegt. Wenn sie uns schnappen, hauen sie uns die Rübe ab. Macht nix. Dann haben wir uns da schön gütlich getan. Dann sind wir wieder zurückgefahren nach einer Zeit. Haben wir auch eine Zeit uns gut aufgehalten. Das war ja das Schöne, wir haben uns dann gemerkt, wo eine ausgebombte Stadt war, haben uns irgendwo reingeschlichen, und uns dann ganz zum Schluß ohne Ausweis mit falschem Namen ausgegeben. Und dann haben wir immer bißchen Lebensmittelkarten, die haben wir dann verscheuert. So haben wir dann..

I: Auch hier in Hamburg?

L: Nee, hier in Hamburg nicht, dann bin ich immer weggefahren. Ich sag, nee, hier kennen mich zu viele. Hatte ich Angst auch. Nach München sind wir mal gefahren.«⁴²

Irmgard Lotze, die als »asozial« angesehen wurde und nur knapp der Sterilisation entgangen ist, organisierte sich ihr Überleben und ihren eigenen Vorteil innerhalb der Randmilieus des Schwarzmarktes in der auseinanderfallenden Gesellschaft der zweiten Kriegshälfte. Ihre Erinnerung schwankt zwischen der »schlechten Zeit« und der »wunderbaren Woche«, in der sie sich »gütlich getan« hat. Ihre Freiheit war flüchtig, gewissermaßen nur vorübergehend ertrugt. Wäre ihr Betrug mit Bezugschein und Lebensmittelkarten entdeckt worden, hätte ihr nach der »Volksschädlingsverordnung« die

42 Transkript Lotze, S. 26–27.

Todesstrafe gedroht.⁴³ Im Frühjahr 1945 hat sich Irmgard Lotze »selbst entlassen«, indem sie nach einer Bestrafungsandrohung geflüchtet ist und nicht wieder ins Heim Farmsen zurückkehrte. In den Wirren der Nachkriegszeit blieb sie unbehelligt. Mit dem Erreichen der Volljährigkeit (21 Jahre) unterlag sie dann nicht mehr der Jugendfürsorge. Wäre sie am Kriegsende nicht geflüchtet, hätte sie wohl kaum ihre Freiheit wiedererlangt. Der Leiter der Wohlfahrtsanstalten in Hamburg, Georg Steigerthal, verhinderte nach eigener Auskunft beim Einmarsch der Engländer die Freilassung von Insassinnen der Anstalt Farmsen unter pauschalem Verweis auf die Geschlechtskrankheit der Betroffenen.⁴⁴

Irmgard Lotze lebte seit 1945 bei Ihrer Mutter (sie bezeichnet sich selbst als »Mutterkind«), arbeitete sieben Jahre als Kellnerin, betrieb später selbst eine Kneipe und wohnte mit einer Freundin zusammen. Sie hatte einen Lebenshunger, der die Versagungen ihrer Zeit im Heim ausgleichen sollte. »Aber ich habe damals gesagt, was ich später mal mach, weiß ich nicht, jetzt will ich leben.«⁴⁵ Vor acht Jahren starb ihre Freundin. Seitdem lebt sie allein. Resümierend sieht Irmgard Lotze ihr Weglaufen aus den Heimen als »Glück«. Sterilisation und längerer KZ-Aufenthalt blieben ihr erspart. »Von heute aus gesehen, würde ich sagen, es war schlimmer, als wir das in Erinnerung haben.«⁴⁶ Mit diesem Satz deutet sie einerseits auf die allgemeine («wir») Tendenz der Erinnerungsveränderung zum Positiven bei wachsendem Zeitabstand hin, der auch ihre Erinnerung unterliegt, und setzt andererseits ihre nachträgliche Bewertung (»es war schlimmer«) davon ab.

Das Schicksal von Irmgard Lotze verdeutlicht zusammengefaßt die Radikalisierung der Bestrafung einer eigensinnigen Jugendlichen. Aus armen Verhältnissen stammend und als nichteheliches Kind in der Neustadt aufwachsend, wurde Irmgard Lotze schnell ein Objekt der Fürsorge. Sie unterlag einer Ausgrenzung, die ihr Leben zu einer Verkettung von Heimaufenthalten werden ließ. Die Flucht war ihr letztes Mittel, um sich vor Arbeitsbelastungen, sexuellen Übergriffen und Bestrafungen zu schützen. Durch delinquentes Verhalten schuf sie sich individuelle Freiräume. Mit ihrer Nonkonformität geriet sie in der Kriegszeit in die verschärfte Verfolgung des NS-Regimes. Nach 1945 war diese Phase der Verfolgung und Freiheitsbeschränkung für sie nach eigenem Bekunden »vollkommen abgeschlossen«,

43 Vgl. zur Behandlung von Betrugsdelikten unter der Volksschädlingsverordnung an einem Hamburger Beispiel Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Von Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen ...«, S. 391–403, bes. S. 402–403 (mit dem Verweis auf Todesurteile bei als »asozial« Stigmatisierten).

44 Siehe hierzu Romey, Zu Recht verfolgt?, S. 231f.; siehe zur weitergeltenden Diskriminierung geschlechtskranker Mädchen in der Nachkriegszeit, die in Hamburg bis zum Entwurf eines »Gesetzes zur Arbeitserziehung« reichte, Foitzik, »Sittlich verwahrlost«.

45 FZH/WdE 287, Transkript Lotze, S. 32.

46 Ebd.

und sie lebte als Erwachsene ein eigenständiges Leben unter Verdrängung des sie stigmatisierenden Heimaufenthalts.

III. Verweigerung und Desertion

»Vielleicht kann man das da mit reinbringen irgendwo«

Die öffentliche Meinung zum Thema der Desertion, der Gehorsamsverweigerung deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg, hat sich in den letzten fünfzehn Jahren gewandelt.⁴⁷ Die Bewertung der »Fahnenflucht« läßt sich nicht mehr von dem Eroberungs- und Vernichtungskarakter des Krieges trennen, in dem sie stattfand. In dieser Hinsicht konnte die soldatische Gehorsamsverweigerung eine moralisch achtbare Verhaltensweise sein. Die detaillierte Erforschung des Bildes vom Deserteur und des Wirkens der nationalsozialistischen Militärjustiz steht jedoch trotz vorhandener grundlegender Studien noch am Anfang.⁴⁸ Schon der Versuch, eine Typologie der Deserteure aufzustellen, bereitet Schwierigkeiten in der Zuordnung.⁴⁹

Bewußt politisch handelnde Fahnenflüchtige stellten sicherlich nur eine Minderheit der Deserteure dar. Ihre Motive lagen in der Ablehnung des Krieges, den sie als politisch Vorbestrafte, die z.B. zu Bewährungseinheiten einberufen worden waren, als ungerecht empfanden. Sie wollten nicht ihr Leben für das verhaßte Regime geben.⁵⁰ Dabei wechselten viele die Fronten und reihten sich in die Armeen des »Feindes« ein.⁵¹ Das Motiv der eindeutigen politischen Ablehnung der nationalsozialistischen Herrschaft war bei ihnen am klarsten und führte zur Kampfbereitschaft für die andere Seite. Die Desertion aus pazifistischen und wehrfeindlichen Motiven (oftmals mit einer Vorgeschichte von Disziplinosigkeiten) war ebenfalls wenig verbreitet. Meistens erfolgte die Desertion ohne politische Motivation aus einer dafür günstigen Situation heraus. Oft begann diese Fahnenflucht im Hinterland mit einer »unerlaubten Entfernung«, und die Angst vor Bestrafung verhinderte eine Rückkehr. In diesen Fällen gab es eine Vielzahl von oft miteinander verschränkten Motiven. Die Angst vor einem am nächsten Tag erwarteten Angriff, die Sehnsucht nach der Familie oder die jugendliche Fehleinschätzung, vermittelt durch französische Widerstandskämpfer mit einem

47 Siehe Wolfram Wette, *Verweigerung und Desertion*; ders. (Hg.), *Deserteure der Wehrmacht*.

48 Siehe Wüllner, *Die NS-Militärjustiz*; Haase, *Deutsche Deserteure*; Haase/Paul (Hg.), *Die anderen Soldaten*; Messerschmidt/Wüllner, *Wehrmachtsjustiz*.

49 Nach Knippschild, »Für mich ist der Krieg aus«. *Deserteure in der Deutschen Wehrmacht*, bes. 130-136.

50 Vgl. Haase, *Von »Ons Jongen«, »Malgré-nous«* und anderen; Klausch, »*Erziehungsmänner*« und »*Wehrunwürdige*«.

51 Siehe Paul, »*Die verschwanden einfach nachts*«, bes. S. 142ff.

falschen Paß sogar nach Amerika auswandern zu können, finden sich in den vorliegenden Interviews erwähnt.⁵² Viele Deserteure wurden auf ihrer Flucht vor dem Militär straffällig, und galten den Militärgerichten als vermeintlich »kriminelle Elemente«. Zu ihnen kann man auch entflozene Gefangene aus der Militärstrafhaft zählen. Deserteure, die wegen ihrer nicht-ehelichen Geburt oder ihrer Herkunft aus unvollständigen Familien als »asozial« oder »psychopathisch« galten, hatten es schwer, vor der NS-Militärjustiz unvoreingenommene Richter zu finden. In dieser Skizze wird bereits deutlich, wie die verschiedenen Motive für die Desertion zum Teil untrennbar verknüpft waren.

Deserteure und Befehlsverweigerer wurden mit der ganzen Härte des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuches und besonders der Kriegssonderstrafrechtsverordnung (seit dem 26. August 1939) verfolgt. Bei den geschätzten 1000 bis 1200 Gerichten des Feld- und Ersatzheeres arbeiteten zeitweilig mehr als 3000 Richter an geschätzten drei Millionen Verfahren, die 1,3 Millionen Verurteilungen zur Folge hatten. Allein 30.000 Todesurteile, die zu mehr als 20.000 Exekutionen geführt haben, werden angenommen, wobei weder die standrechtlichen Erschießungen der letzten Kriegsphase noch Urteile gegen Zivilisten in den besetzten Gebieten oder gegen Kriegsgefangene berücksichtigt sind.⁵³ Besonders bei Kriegsende starben noch viele Soldaten nach Urteilen der Militär- und Standgerichte, in Hamburg z.B. am 27. März 1945 21 Soldaten.⁵⁴

Im folgenden Lebensbericht wird über jugendlichen Nonkonformismus, Behandlung in der Psychiatrie, soldatischen Ungehorsam und soziale Devianz berichtet. Zugleich wird an ihm auch die Biographiekonstruktion vor dem oben angedeuteten Meinungswandel gegenüber Deserteuren und Opfern der NS-Militärjustiz deutlich.

Mit dem 72jährigen Gerhard Maak kam ein knapp zweieinhalbstündiges Interview zustande.⁵⁵ Gerhard Maak ist fast blind, blätterte aber während des Gesprächs immer wieder in einem großen Aktenstapel. Er hatte zahlreiche Unterlagen über Prozesse und Verfahren wegen Rentengewährungen sowie der Aufhebung der Urteile zum Gespräch bereitgelegt, mit denen er seine Sicht auf die Verweigerung der Entschädigung belegen wollte. Er hatte kurz zuvor Anschluß an den Verband der Opfer der

52 Vgl. hierzu auch die Beispiele in den Lebensgeschichten FZH/WdE 84 (Desertion in Frankreich nach Kennenlernen von Franzosen und deren Versprechen, ihn mit einem falschen Paß nach Amerika zu bringen), 184 (Desertion aus Angst vor einem für den nächsten Tag erwarteten Angriff und illegales Leben bei seiner Familie bis zum Kriegsende).

53 Vgl. zu diesen Schätzungen Thomas, »Nur das ist für die Truppe Recht, was ihr nützt ...«, S. 44ff.

54 Siehe Messerschmidt/Wüllner, Wehrrechtsjustiz, S. 117.

55 FZH/WdE 288, Interview mit Gerhard Maak am 28.11.1994, geführt von Petra Vollmer.

NS-Militärjustiz gefunden und kämpft für die Aufhebung der Militärgerichtsurteile gegen ihn.

Gerhard Maak wuchs nach seiner Geburt 1922 in Hamburg zunächst bei seinen Eltern auf. Sein Vater war Zahlmeister auf einem Schiff der Hamburg-Amerika-Linie. Er kam mit der Geburt seines jüngsten Bruders 1928 für ein Jahr zu seinen Großeltern nach Teterow. Wegen seiner Sehbehinderung besuchte er danach in Hamburg eine Sehbehindertenschule.

»Und da mußte ich ja jeden Tag den weiten Weg nach der Petkumstraße machen. Und dann bin ich von dort – dann kriegte mein Vater das Schreiben – auf die Wichernschule gekommen, im Rauhen Haus. Weil ich nicht so wollte, mit der Hitlerjugend und mit dem ganzen Kram, da habe ich Schwierigkeiten gehabt. Und war im Kindergarten da, in der Sonntagsschule. Das war mir lieber wie mich da mit der Hitlerjugend rumzuschlagen. Da sind ewig Streitereien gewesen. Dann bin ich mal hingegangen, dann mal wieder nicht hingegangen.

I: Die Wichernschule war dann aber eine Schule für sehbehinderte Kinder?

M: Auch nicht. Das war auch eine Privatschule. Da war Gymnasium, Realschule, Vorschule und ein Volksschulzug. Und dann bin ich in der Realschule gewesen, und da habe ich Zoff gekriegt mit einem Lehrer, da haben sie mich wieder rausgeschmissen, dann bin ich in die Volksschule gekommen. Sowa konnten sie da nicht gebrauchen.

I: Sie sagen gerade, Sie wollten nicht so mitmachen. Gab es da einen großen Zwang, in die Hitlerjugend einzutreten? Oder wie waren die andern Kinder alle?

M: Da war Flaggentragen, montags, und dann war das eine halbe Stunde vor Schulbeginn. Sollte man dahin. Und da habe ich mich an den Kopf gefaßt, wie ich dazu komme, bloß um das Ding da hochzuziehen, eine halbe Stunde früher aufzustehen. Ich mußte sowieso um sieben aufstehen, und so mußte ich schon um sechs hoch. Und das hat mir nicht gepaßt. Und vor allen Dingen, ich war nie politisch irgendwie, nicht rechts und nicht links eingestellt. Mich interessierte sowas nicht. Ich bin lieber zum Tanzen gegangen, zum Rumschwoofen, als wie mich da mit Politik zu befassen. Ja, und denn habe ich da meine Schule abgemacht, und dann habe ich Streit gekriegt wegen der Flaggparaden mit dem Lehrer. Da habe ich ihn vor's Schienbein getreten. Und denn bin ich das letzte Jahr rausgeschmissen worden aus der Schule und bin auf die Hans-Schemm-Schule gekommen, in der (...) Meerweinstraße. Bin ich dahin gekommen, und da habe ich dann mein letztes Schuljahr verbracht. Bin ich rausgekommen aus der Schule.

I: Das war dann 1937?

M: '37, ja. Und dann bin ich zum Arbeitsamt im Raboisen gekommen, da war die Berufsberatung. Und da wollte ich eine Lehrstelle haben als Kaufmann. Weil ich meine Mittlere Reife ja nun nicht hatte, in Anbetracht dessen, weil man mich rausgeschmissen hatte, wollte ich die denn auch machen. Und die habe ich denn ja auch nachher in der Schlangkreye noch gemacht.

I: Sind Sie auf so eine Berufsschule gegangen?

M: In der privaten Handelsschule. Und dann habe ich Streit gekriegt mit dem Lehrer. Nee, und dann bin ich zur Berufsberatung gekommen. Und von der Berufsberatung hat man mir dann keine Lehre geben wollen als Kaufmann. Und dann hat man gesagt, ich müßte erst das und das. Das war ja wieder Nazisache, ich müßte erst ein Jahr lang Dienst machen. Dann wollten sie mich zum Bauern schicken. Und da war natürlich, wie das jetzt auch üblich ist, da wurde alles gesperrt. Ich habe sowieso nichts gekriegt, weil mein Vater ja an und für sich gutes Einkommen hatte. Der war Zahlmeister bei der Hamburg-Amerika-Linie. Ja, denn blieb das so, denn haben sie mich zum Landdienst geschickt, und denn bin ich nach Henstedt gekommen. Denn bin ich in Henstedt am Landdienst gewesen. Da war ich aber nur ein oder zwei Tage. Ich glaube, zwei Tage war ich da. Da haben sie uns in einen Kuhstall geschickt, da sollten wir die Kuhfladen von den Wänden abkratzen, mit einem Topfschrubber. Die alten Topfschrubber, kennen Sie die? Oben ist ein Metallring, und denn das andere, das sind so Weiden oder was das ist. Ja, da sollten wir den mit abkratzen. Und das habe ich mir einen Tag angeguckt, und denn habe ich mein Fahrrad genommen, und denn bin ich abends, habe ich mich schnell, wo die andern drin waren, habe ich die Gelegenheit abgepaßt und bin nach Hause gefahren, nach Hamburg.«⁵⁶

Der von Gerhard Maak beschriebene Weg von der Schbehindertenschule zur Wichernschule des Rauhen Hauses und schließlich zur Schule in der Meerweinstraße steht unter dem Leitgedanken »da haben sie mich wieder rausgeschmissen«. Die ihm widerfahrene Ablehnung, aber auch seine Weigerung disziplinierenden Anordnungen zu folgen, bestimmen seine weitere Lebenszählung. Er konstruiert sein Leben als Verfolgungschicksal. In der Wichernschule besuchte er den Realschulzweig und bekam Streit mit einem Lehrer über die Frage des Flaggenhissens. Nach dem Verweis aus dieser Schule konnte er noch mit Mühe 1937 seinen Schulabschluß in einer Volksschule machen. Eine angestrebte Lehrstelle als Kaufmann wollte das Arbeitsamt ihm nicht vermitteln. Erst sollte er ein Jahr in den Landdienst.⁵⁷ Dies war »Nazisache« für ihn, und er flüchtete angesichts der erniedrigenden Bedingungen nach zwei Tagen zurück nach Hamburg. Bald wurde er von der Polizei abgeholt und aufgrund der Verdachtsdiagnose des Hausarztes (»Schizophrenie«) für sechs Wochen zur Beobachtung in die psychiatrische Klinik Friedrichsberg eingewiesen.

56 FZH/WdE 288, Transkript Maak, S. 1–2.

57 Der Landdienst wurde von der initiierten HJ als »Weiterentwicklung der Artamanen-Bewegung« angesehen. Landdienstgruppen bestehend aus männlichen städtischen Erwerbslosen im Alter von 16 bis 21 Jahren galt es seit 1934, »unter Führung der HJ, auf Privatgütern anzusetzen, um auch auf diese Weise dem Kräfterangel in der Landwirtschaft zu begegnen« (siehe Soziales Amt. Referat 4: Landjahr, Landdienst, Landhilfe – Sonderdruck des Verordnungsblattes der Reichsjugendführung, Berlin o.J. [1934], S. 31–48, hier S. 32f.).

In Friedrichsberg arbeitete er in der Bürstenwerkstatt (er übte später auch den Beruf des Bürstenmachers aus) und sah bei anderen Patienten die Gewaltmäßigkeit der psychiatrischen Behandlung in Form von Schocktherapien. Das zum Ende der Beobachtungszeit über ihn erstellte Gutachten (er sei ein »asthenischer, egozentrischer, gefühlsarmer, abartiger Charakter«⁵⁸) schlug nicht die Einweisung in die Fürsorgeerziehung vor, sondern einen erneuten Arbeitsversuch bei einem Bauern. Von dieser Arbeitsstelle flüchtete er wieder am ersten Tag. Anschließend kam er ins Aufnahme- und Beobachtungsheim Averhoffstraße. Hier arbeitete er in der Gärtnerei und Buchbinderei und mußte eine vormilitärische Ausbildung absolvieren. Danach heuerte er als Schiffsjunge an. Sein Vater holte ihn 1940 schließlich vom Schiff herunter und verschaffte ihm im Jahre 1940 eine Funkerausbildung. Während des Krieges wurde er nach seinen eigenen Angaben als Funkschüler für Nachtwachen in der psychiatrischen Klinik in Friedrichsberg dienstverpflichtet. In dieser Zeit hatte er zusammen mit seiner Clique, mit der er sich regelmäßig zum Tanzen traf, Schlägereien mit dem HJ-Streifendienst, weswegen er mehrmals zur Gestapo an der Stadthausbrücke vorgeladen wurde. Er wollte sein eigenes Leben jenseits der politischen Formationen und ohne disziplinierende Einschränkungen leben.

Gerhard Maak wurde Mitte 1941 als Funker auf ein Schiff der Handelsmarine dienstverpflichtet, das Truppen- und Gefangenentransporte durchführte. Hier geriet er in einen Streit mit dem Kapitän, als eines Tages ein Schiffsjunge über Bord ging, und Gerhard Maak gegenüber dem Kapitän Mängel am Sicherheitsstandard (keine Schwimmwesten) beklagte. Der Kapitän wird von ihm als »Pfeife« bezeichnet, dessen Anordnungen er selbstbewußt ignorierte. Ein überzogener Urlaub in Hamburg, von dem er nicht rechtzeitig in Stettin auf das Schiff zurückkehrte, und ein illegaler Bordgang in Finnland, von dem ihn die Feldgendarmarie zurückbrachte, führten zu einem ersten Bordarrest. Gerhard Maak sieht sich als schuldloses Opfer von Mißverständnissen. Er fühlt sich durch den Kapitän verfolgt und beklagt rückblickend auch die Verpflegungsnot, die auf dem Schiff geherrscht habe. Er meint, zu Unrecht bestraft worden zu sein, wengleich er auf Nachfragen zugibt, seinen Urlaub nach Hamburg eigenmächtig verlängert zu haben. Seiner Erzählung zufolge fürchtete er um seine Gesundheit, da das Schiff mittels Gas entwest worden war. Wengleich die Entwesung eines Schiffes grundsätzlich kein besonderer Vorgang ist, so fällt bei Gerhard Maak die assoziative Nähe zwischen den von ihm berichteten Transporten von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen mit dieser Ausgasung auf. An mehreren Stellen spricht er davon, daß man ihm gegenüber habe

58 Siehe Aktenvermerk an das Jugendamt v. 7.9.1937 zur Einweisung auf die Beobachtungsstation der Psychiatrischen u. Nervenklinik der Universitätsklinik Eppendorf (Kopie), in: FZH/WdE 288.

»Euthanasie« anwenden wollen. Er bringt dies in Zusammenhang mit seiner Sehbehinderung.

Gerhard Maak wurde im Juni 1942 vom Militärgericht in Stettin wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.⁵⁹ Laut Urteilsbegründung hatte er seinen Urlaub nach Hamburg um vier Tage eigenmächtig überzogen und dann in Finnland entgegen dem allgemeinen Verbot einen Landgang unternommen, bei dem er sich »mit Mädchen herumgetrieben« habe. In einem Führungszeugnis war er von einem Kapitän »ungünstig« beurteilt und seine »auch sonst nicht einwandfreie Führung« bemängelt worden. Die Strafe verbüßte er in einem Außenkommando des Straf- und Jugendgefängnisses Neumünster-Einfeld.

M: Ein Außenkommando vom Gefängnis. Da waren wir eingesperrt in der Holzbaracke, und da wurde abgeschlossen. Aber die Fenster, die waren nur – da hätte man dagegen hauen können, dann wäre das alles zusammengebrochen. Wir waren nicht so doll bewacht da. Ob der bei der Arbeit – da stand ja einer mit einem Schießgewehr dabei – der hatte einen Hund – von der Polizei, von dem Gefängnisaufseher. Der war ja dabei. Da wurden wir ja auch getreten, geschlagen, geschubst. Über die Schienen vor allen Dingen. Da war so eine Lore, so eine Moorbahn, wo der Torf mit abgefahren wird. Da haben sie uns denn ja ewig geschubst, wenn's nicht schnell genug ging, oder wenn denen irgendwas nicht paßte, dann kriegten wir ja Ärger. Oder haben einen Hund hinterhergejagt, und dann sind wir natürlich mit der Schnauze in den Dreck gefallen.

I: Und Sie mußten da Torf stechen?

M: Ja.

I: Und was waren dort noch für Gefangene?

M: Ja, was waren da noch für Gefangene? Wir waren ja alle im jugendlichen Alter noch. Das war ja ein Jugendgefängnis. Aber da waren noch mehrere von der Marine. Waren auch noch welche dabei. Ich war nicht der Einzige. Da war einer noch, das war ein Hamburger. Robert. Der war vom Hafen, von der Hafengegend in Hamburg. Der war auch da. Da haben sie uns ja schon halbwegs kaputt gemacht. Nichts zu essen. Dauernd Hunger. Schwere Arbeit. Wenn man sagt, das ist bloß Arbeit, das ist zynisch. Das stimmte nicht ganz so, wenn man da zehn Stunden knüppelt und im Wasser steht vor allen Dingen. Daher habe ich nämlich mein Asthma. Vielleicht kann man das da mit reinbringen irgendwo. Wir haben täglich im Wasser gestanden. Und wenn man

59 Feldurteil des Gerichtes des Küstenbefehlshabers Pommernküste, Stettin Nr. 72 3/42 v. 17.6.1942 (in Kopie), in: FZH/WdE 288. Gerhard Maak gehörte als Besatzung des aufgrund des Reichsleistungsgesetzes in Anspruch genommenen, zum Führen der Reichsdienstflagge berechtigten Dampfers »Hindenburg« zum »Gefolge der Kriegsmarine« und unterlag dem Militärstrafgesetzbuch. Die Handelsschiffahrt wurde erst seit dem 1. November 1943 einheitlich den Kriegsgesetzen unterstellt, was wegen des für die Disziplin schädlichen, dauernden Wechsels in der Rechtslage der Besatzungen erfolgte (siehe Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Band VI, S. 476).

vorher schon mit den Bronchien gehabt hat durch dieses Unterwegssein im Eis in Finnland, und denn da im Wasser stehen bis in den Knöcheln. Daß man da sich Lungenemphysem und Asthma holt, das ist doch wohl ganz logisch. Oder vielleicht nicht?

I: Zumindest wahrscheinlich. Sind Sie denn richtig krank geworden in der Zeit?

M: Selbstverständlich bin ich krank gewesen. Ich bin denn nachher erstmal ... Ich bin ja auch gar nicht zur Ruhe gekommen. Ich bin denn gleich wieder losgeschickt worden. Ja, wenn ich wirklich sehbehindert gewesen wär, dann ist das ja ein Verbrechen, was die gemacht haben. Dann ist das ja Körperverletzung, wenn die mich schon gleich wieder losgeschickt haben.«⁶⁰

Gerhard Maak schildert die Arbeit im Außenkommando des Jugendgefängnisses als entwürdigend, schikanös und krankmachend. Sein später auftretendes Asthma führt er auf die schwere Arbeit in der dauerfeuchten Umgebung des Moores zurück. Seine gesundheitliche Schädigung versucht er mit dem für den juristischen Streit wichtigen Begriff der »Körperverletzung« als eine eindeutig gewollte oder zumindest billigend in Kauf genommene Mißhandlung zu klassifizieren. Gerhard Maak wurde nach seiner Haftentlassung im Februar 1943 auf einem Schiff nach Bordeaux geschickt. Das Schiff geriet unter Beschuß, und er meint: »Dies war schon die zweite ... eigentlich Euthanasie, die wir da machten. Die wußten nämlich, daß ich sehbehindert bin und so hätte man mich am besten um die Ecke gebracht.«⁶¹

Das Gefühl, an Leib und Leben verfolgt gewesen zu sein, schlägt sich in dieser Äußerung nieder, die vor dem Hintergrund steht, im Kampf um die versagte Entschädigung eine möglichst schwere Betroffenheit durch nationalsozialistische Verfolgung vermitteln, es »mit reinbringen« zu wollen.

Gerhard Maak fuhr bald darauf wieder mit einem Truppentransporter zur Sec, der Gefangene der Emslandlager nach Norwegen brachte.⁶² Auf diesen Fahrten erkrankte er (Kreislaufbeschwerden und Asthma) aus Sorge um das Schicksal der Menschen im Schiff, wie er sagt. In Kiel musterte er ab und wurde wegen seiner gesundheitlichen Probleme aus der Handelsflotte entlassen. Er wurde »zur Verfügung des Kriegsmarinearsenals«⁶³ in Kiel gestellt und fuhr zunächst auf einem Tanker der Marine als Funker mit. Bald darauf wurde ihm wegen seiner Vorstrafe, wie er eingesteht, das

60 FZH/WdE 288, Transkript Maak, S. 16–17.

61 Transkript Maak, S. 17.

62 Seit August 1942 wurde das Strafgefangenenlager Nord in Norwegen (Wikingeinsatz) unter Heranziehung von Gefangen und Wachmannschaften aus den Lagern im Emsland aufgebaut. Die Gefangenen sollten neben Festungs- und Stellungsbau auch Straßen- und Brückenbauarbeiten etc. durchführen. Die Arbeitsbedingungen unter zum Teil widrigen Witterungsverhältnissen waren sehr schlecht. Neben Todesfällen der Strafgefangenen sind auch Rückführungen nichteinsetzungsfähiger Häftlinge bekannt. Siehe allgemein zu den Emslandlagern Kosthorst/Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager, Bd. 1, bes. S. 548f.

63 FZH/WdE 288, Transkript Maak, S. 19.

Funkerpatent entzogen, und er mußte nachfolgend in Uniform Kurierdienst nach Italien versehen. Die ihm ausgehändigte Pistole, deren Verbleib in seinem späteren Militärstrafverfahren eine Rolle spielte, hatte er nach eigener Aussage in Berlin bereits zurückgegeben. In Italien wurde sie nun von ihm verlangt und ihm ansonsten mit dem Kriegsgericht gedroht. Daraufhin besorgte er sich illegal eine Pistole. Während seines Kurierdienstes im Frühjahr 1944 erkrankte Gerhard Maak an Asthma, das er, offenbar ohne seine Dienststelle zu informieren, in Hamburg auskurieren wollte. Doch nach der Denunziation durch eine Frau, mit der er ein Kind hatte, die er in diesem Zusammenhang erstmalig erwähnt, spürte ihn die Feldgendarmerie auf und schickte ihn nach Berlin. Die Hintergründe der Denunziation und seiner Reise nach Berlin (offenbar zu seiner Dienststelle) bleiben unklar. Bei seiner Ankunft in Berlin wurde er bei einem Fliegerangriff verschüttet. Nach seiner Bergung erhielt er eine Entschädigung als Fliegergeschädigter und Krankengeld, meldete sich jedoch nicht wieder bei seiner Dienststelle. Er lebte in der Folgezeit illegal in Berlin bei einer Frau, bis er im November 1944 erneut von einer Feldgendarmeriestreife verhaftet wurde. Sein Fernbleiben von der Dienststelle brachte ihn erneut vor das Militärgericht. Er wurde Ende November 1944 wegen Unterschlagung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, die er im Zuchthaus in Lübeck-Lauerhof verbüßte.

»M: Ich bin froh, daß ich in Uniform festgenommen bin. Wenn ich in Zivil festgenommen worden wäre, dann hätte das vielleicht noch ausgesehen, als wenn ich desertieren wollte oder so. Obgleich Desertieren von Zivilisten, das ist ja wohl ein Witz. Ich meine, die waren ja zu allem fähig. Deswegen bin ich ganz froh, daß es so gekommen ist. Da haben sie mich eingesperrt. (...) Na, und dann hat man mich zum Alexanderplatz gebracht, ins Polizeipräsidium. Und dann war jeder Tag Fliegeralarm. »Und es wäre schon besser ...« – ich hab's gleich zugegeben, als wenn ich lange Theater gemacht hätte. Dann wär ich nämlich nicht mehr aus Berlin rausgekommen.

I: Und Sie haben einfach erzählt, was gewesen ist?

M: Ich habe einfach »ja, ja« gesagt, Kopf in den Sand gesteckt, alles so zugegeben, wie es war, obgleich es falsch ist. Ich habe die Pistole nicht unterschlagen, das sag' ich heute auch. Und man kann mich ja auch nicht wegen Unterschlagung von Dienstkleidern verurteilen, wenn ich doch beim Fliegerangriff einen Uniformstoff mir beschafft habe und dann 'ne Uniform [habe] anfertigen lassen. Aber das nun alles zu beweisen. Es wäre viel richtiger, der Staat müßte beweisen. Denn der Staat hat den verbrecherischen Krieg gemacht. Der ist nämlich verpflichtet zu beweisen, und nicht derjenige, der den Schaden erlitten hat.«⁶⁴

64 Transkript Maak, S. 24–25. Urteilsabschriften oder Dokumente zu diesem Prozeß liegen leider nicht vor, so daß die unklare Darstellung nicht aus einer anderen Perspektive erhellt werden kann.

Die Geschichte des Unterschlagungsvorwurfs war so kompliziert, daß selbst Gerhard Maak davor kapitulierte und wider besseres Wissen alles zugab. Er fühlte sich damals wie auch heute im Zusammenhang mit der angestrebten Annullierung der Urteile überfordert, den Sachstand aufzuklären, und sähe die Beweispflicht lieber beim Staat. Während des Krieges und der Haftstrafen verstärkte sich die Sehbehinderung von Gerhard Maak rapide. Er wurde fast blind und meint im Nachhinein erneut, er könne froh sein, daß man »ihn nicht zur Euthanasie geschickt habe.«⁶⁵

Gerhard Maak wurde kurz vor der Kapitulation im Mai 1945 aus dem Gefängnis entlassen und kehrte auf einem Pferdewagen zu seiner Mutter nach Hamburg zurück. Obwohl es ihm sehr schlecht ging, begab er sich nicht ins Krankenhaus, weil seine Mutter Angst vor der englischen Besetzung hatte. Erst Mitte Mai ging er zur Behandlung seines Asthmas ins Krankenhaus.

»M: Die haben mich sofort aufgenommen. Und dann bin ich dageblieben bis im Juni irgendwann. Ich habe den Zettel irgendwo, aber wo. Bis Anfang Juni irgendwann. Und bin aber – Schonzeit bis Ende des Monats noch gehabt. Und dann habe ich ja – auch angemeldet noch auf der Drehbahn, habe ich mich zurückgemeldet. Ich habe ja auch vom Roten Kreuz Verpflegung bekommen, um wieder auf die Beine zu kommen. Ich war so vollkommen ... In Lübeck habe ich ja den Rest gekriegt, da war ich ja vollkommen von den Füßen.

I: Und gewohnt haben Sie bei Ihrer Mutter?

M: Da habe ich bei meiner Mutter gewohnt. Da haben wir aber schon am Andreasbrunnen gewohnt, in Eppendorf, Eppendorfer Landstraße in der Nähe. Und denn war für mich ja wohl der Krieg zu Ende.«⁶⁶

In der Nachkriegszeit hatte Gerhard Maak erneut Streit mit den Behörden, die nach seinen Angaben seine Behinderung nicht anerkennen wollten und ihn für die Austeilung von Lebensmitteln Steine in einem Zementwerk tragen lassen wollten.⁶⁷

»M: Und denn ging die zweite Verfolgung weiter. Keine Lebensmittelkarten gekriegt. Wegen dem ganzen Zinnober. Habe ich den Stein [im Zementwerk] getragen, da habe ich ihn [den Behördenmitarbeiter] gefragt, ob er verrückt

65 Transkript Maak, S. 26.

66 Transkript Maak, S. 27.

67 Gemäß der 1945 weitergeltenden Verordnung über Arbeitslosenhilfe vom 5.9.1939 wurde Personen, die eine ihnen zugewiesene Pflichtarbeit nicht aufnahmen, die Unterstützungszahlung gesperrt. Trotz der gesetzlich zugesicherten Bevorzugung bei der Arbeitsvermittlung galt dies sogar für NS-Verfolgte, als der Gerhard Maak zu Kriegsende jedoch nicht galt. (Vgl. Romey, Zu Recht verfolgt?, S. 229).

ist. Und was habe ich dann gemacht? Da habe ich Besen gemacht und habe mit Besen gehandelt. Und da hatte ich 'n Wandergewerbeschein, Reisegewerbe. Und dann haben sie mir die Wandergewerbekarte weggenommen. Hatten sie mich eingesperrt wegen Entziehung der Unterhaltspflicht.

I: Sie hatten eigentlich ein Kind, was Sie hätten unterhalten müssen?

M: Ich habe mehrere Kinder. Ich habe zwei außer meinen. Das hätte man ja auch ohne weiteres machen können. Wenn man ohne weiteres auch seine Rente kriegt, die einem zusteht. Dann kann man alles wunderbar machen. Für normale Menschen ist das selbstverständlich. Aber für unnormale Menschen, da geht das nicht. Dann muß man 'ne andere Politik machen und nicht so 'n Quatsch zusammendrehen da. Wovon soll ich denn leben eigentlich?⁶⁸

Gerhard Maak erzählt die Geschichte seiner »zweiten Verfolgung«, die er letztlich darin erblickt, daß er keine Entschädigungsrente erhalten hat. Er schlug sich in der Folge als Besenbinder durch, hatte mehrere Kinder mit verschiedenen Frauen und immer wieder Schwierigkeiten, seinen Unterhaltsverpflichtungen nachzukommen. Er machte während der Besatzungszeit zudem Schwarzmarktgeschäfte mit Leica-Kameras und Brillantringen. Wenn ihm »das Wasser bis zum Hals stand«, flüchtete er und ging seinem zweiten Beruf als Funker auf einem Schiff nach.

An der Lebensgeschichte von Gerhard Maak wird die Biographiekonstruktion mit Blick auf die versagte Entschädigung deutlich. Die Stationen Schule, Heim, Landdienst, Schiff, Wehrmachtsgefolge, Gefängnis stehen für ihn alle in Verbindung mit Ausgrenzungserfahrungen, Ungerechtigkeiten und Verfolgung. Sein eigenes Verhalten, seine Disziplinlosigkeiten, seine kleinen Betrügereien, seine spätere Flucht vor den Unterhaltsverpflichtungen für seine Kinder werden von ihm nur am Rande erwähnt. Dennoch ist seine Geschichte nicht nur subjektiv – hier allerdings besonders hervorgehoben – eine Geschichte von Ausgrenzung und Verfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus. Sein Nonkonformismus entsprang einer ganz individualistischen Grundhaltung. Die ihm auferlegten Zwänge zur Landarbeit und zur Disziplin, insbesondere während der Kriegszeit, forderten seinen Widerspruch heraus. Er versuchte, sich illegal Freiräume zu verschaffen und wurde bestraft. Bei ihm können kein politischer Widerstand, keine pazifistischen oder wehrfeindlichen Motive ausgewiesen werden, aber sein Abweichen von den Normen der »Volksgemeinschaft« wurde im Nationalsozialismus unnachtsichtig verfolgt.

IV. Zwangsarbeit

»... wir sind arm von zu Hause, du wirst hier reich«

Während des Zweiten Weltkrieges wurden etwa 10 bis 12 Mio. Menschen aus ihrer von den Deutschen besetzten Heimat deportiert und in den mehr als 20.000 Lagern unterschiedlichster Art als ausländische Arbeitskräfte eingesetzt.⁶⁹ Im August 1944 arbeiteten mehr als sieben Millionen Ausländer im damaligen Deutschland, jeder fünfte Beschäftigte war Ausländer, in der Landwirtschaft gar jeder zweite. Von den mehr als zwanzig Herkunftsländern der »Fremdarbeiter« genannten Männer und Frauen kamen 2,8 Millionen aus der damaligen Sowjetunion und 1,7 Millionen aus Polen. Die polnischen und sowjetischen Zivilarbeitskräfte (ohne Kriegsgefangene) waren zur Hälfte Frauen im Alter von durchschnittlich 20 Jahren. Die meisten dieser Menschen waren nicht freiwillig nach Deutschland gekommen, sondern verschleppt worden.

Ihr aus kriegswirtschaftlichen Sachzwängen notwendiger Einsatz stand unter einer ideologisch und sicherheitspolitisch motivierten Repression. Den Ausländern drohten schwerste Strafen bei geringen Verfehlungen der ihnen auferlegten Regeln, Polen und Sowjetrussen sogar die Todesstrafe bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen. In der existierenden Hierarchie nach »Volkstum« und »Rasse« rangierten die Sowjetrussen und Polen am untersten Ende, oben die Zivilarbeiter aus westeuropäischen Ländern. Zivilarbeiter hatten es besser als ihre jeweiligen kriegsgefangenen Landsleute. Außer durch die Entrechtung und die erwähnte Hierarchie bestimmten sich die konkreten Lebensbedingungen der beschäftigten Ausländer nach dem Bereich, in dem sie eingesetzt waren, wie nach der Kriegsphase, in der sie in Deutschland arbeiteten. In der Tendenz am besten erging es in der Landwirtschaft eingesetzten ausländischen Arbeitskräften, waren doch die deutschen Bauern von ihnen abhängig, und nicht selten kam es zur Ausbildung eines persönlichen Verhältnisses. Doch konnten Ausländer mit »herrischen« Bauern auch ganz andere Erfahrungen machen. Die Zwangsarbeiter hatten es oft schwer, waren sie doch deutschen Arbeitern untergeordnet und erhielten vor allem in der Industrie und im Bergbau die schmutzigsten und schwersten Arbeiten zugewiesen. Erst nach und nach nahmen Deutsche die Ausländer vielerorts auch als Kollegen wahr, mit denen z.B. stumme Allianzen gegen zu große Arbeitshetze geschlossen wurden. In der zweiten Kriegshälfte flohen immer mehr Ausländer von ihren Arbeitsplätzen. Oft stand hinter dieser »Arbeitsflucht« nur der Wunsch nach einem Arbeitsplatzwechsel innerhalb der deutschen Kriegswirtschaft, weil die von den entwürdigenden

69 Siehe grundlegend Herbert, Fremdarbeiter; für Hamburg Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter.

Bedingungen betroffenen Ausländer auf bessere Umstände an anderer Stelle hofften. Gegen Kriegsende erhielt der Ort der Unterbringung eine immer größere Bedeutung. Angesichts des verstärkten Bombenkrieges lebte es sich auf dem Land sicherer als in den Großstädten. In den städtischen Lagern und in den Betrieben gab es für Ausländer oft nur unzureichende Splitterschutzgräben, und die Versorgung in den Lagern brach häufiger zusammen.

In Hamburg zählte die britische Besatzung im Mai 1945 rund 571 Lager mit etwa 110.000 ausländischen Arbeitern, Kriegs- und KZ-Gefangenen.⁷⁰ Nach Kriegsende wurden viele der überlebenden Zwangsarbeiter von den Alliierten in ihre Heimatländer zurückgeführt. Die sowjetischen Zwangsarbeiter wurden bevorzugt »repatriiert«, zum Teil auch gegen ihren Willen. Dennoch verblieben in den von den Alliierten übernommenen Lagern noch viele nunmehr »Displaced Persons« (DP) genannte Ausländer, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten. Bei ihnen handelte es sich vor allem um Polen und Balten, die angesichts der bevorzugten Repatriierung der sowjetischen Zwangsarbeiter zunächst warten mußten und später nicht in ihr von der Sowjetunion annektiertes Herkunftsgebiet zurückkehren wollten. Viele Zwangsarbeiter sahen sich zudem bei einer Rückkehr einem pauschalen Kollaborationsverdacht ausgesetzt und hatten Repressionen und erneute langjährige Lagerhaft zu befürchten. Von den Anfang 1946 noch rund eine Million »Displaced Persons« in den Westzonen hofften die meisten auf die Auswanderung in andere westliche Länder, insbesondere in die USA. Doch der Traum einer Auswanderung erfüllte sich nicht für alle von ihnen. Die Auswahl der Emigrationsländer, die bis 1951 rund 715.000 DPs aufnahmen, konzentrierte sich »auf den alleinstehenden, gesunden, arbeitsfähigen und männlichen DP«.⁷¹ Nicht wenige blieben in Deutschland, durch das »Gesetz über die Rechtstellung heimatloser Ausländer« vom 25.4.1951 mit Deutschen formal gleichgestellt, doch oft am Rande der Gesellschaft lebend.

Die folgende Lebensgeschichte von Senta Zielinski beschreibt ein solches Schicksal, das von Entwurzelung und Integrationsbemühen gekennzeichnet ist. Mit der 1926 in Tereszewo b. Poznan (Posen) in Polen geborenen Senta Zielinski kam ein gut einstündiges Interview zustande, bei dem einer ihrer Söhne anwesend war.⁷²

Senta Zielinski berichtet in ihrer Eingangserzählung von der Armut der Familie, in der sie als zweitältestes Kind aufgewachsen ist. Von den sieben Kindern der Familie starben zwei an Typhus. Der Vater war Bürsten- und Korbmacher. Senta Zielinski durfte ab 1939 nicht mehr zur Schule gehen.

70 Vgl. Wagner, *Displaced Persons*, S. 14.

71 Siehe hierzu allgemein Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer*, hier S. 169; zum »Gesetz über die Rechtstellung heimatloser Ausländer« vom 25.4.1951 siehe ebda., S. 226ff. Zu Hamburg Wagner, *Displaced Persons*, S. 61ff.

72 FZHAwDE 290, Interview mit Senta Zielinski am 10.11.1994, geführt von Petra Vollmer.

Auf Nachfrage der Interviewerin erinnert sie den deutschen Einmarsch in Polen als »ganz schlimm«. Man habe Angst gehabt, vor die Tür zu gehen, da man dort von »solche kleine Jungs ... ins Gesicht geschlagen und getreten und alles mögliche« wurde. Ihre Mutter und später ihre jüngste Schwester waren schon vor dem Krieg »in Stellung« bei einem blinden deutschen Ehepaar, das ein Kind besaß. 1941 wurde sie zusammen mit einem ihrer Brüder von deutschen Zivilpolizisten zu Hause abgeholt und zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert.

»Z: Ich und mein Bruder, sind wir da in eine Schule erstmal zusammen gekommen, haben sie uns zusammengebracht, auf einem solchen Pferdewagen. Und die Mutter und Vater, wenn sie zu Hause waren, haben sich angehängt an den Wagen.

I: Wußten Ihre Eltern davon?

Z: Ja.

I: Sie sind von zu Hause abgeholt worden?

Z: Ja, von zu Hause. Haben sie sich angehängt an den Wagen und geschrien: »Bringt meine Kinder wieder zurück«. Manche haben bloß einen gehabt. Einzige Tochter. Wenn Sie mein Kind mitnehmen, nehmen Sie mich auch mit. Haben sie dann rumgeschrien, dann haben sie mit [der] Peitsche auf die Hände gekriegt, damit sie loslassen den Wagen. Und es war ja schrecklich. Nun ja, und ich kam dann hier nach Itzehoe, zu einem großen Bauer, der hat 18 Kühe zu melken. Und ich kam da an, und war ja keiner. Der Bauer selbst war ja im Krieg, und das war der Vater von ihm. Und der hat ja so lange gewartet. Sagt er, ich habe ja noch soviel zu tun, ich fahr nach Hause. Das war sieben Kilometer davon entfernt. Ist er nach Hause gefahren, dann der Transport mit mir ist ja gekommen. Die Größeren alle und die Kräftigsten, die sind ja alle vergriffen. Die Kleinsten, die blieben da.

I: Und wie lief das ab, Sie wurden da aufgestellt am Bahnhof?

Z: Das war ja Polizeirevier.

I: Sie sind zum Polizeirevier gebracht worden?

Z: Ja. Und dann kamen die Bauern und dann haben sie sich die Kräftigste ausgesucht. Und ich die Kleinste und die Schwächste, blieb da. Und wie [das] zweite Mal der Bauer kam, da sagt er: »Was soll ich mit solchem Kind, zu meiner Schwiegertochter kommen mit solchem Kind, 18 Kühe zu melken und zu tun. Schweine und Kleinvieh und alles«, sagt er. »Ja wenn Sie die nicht nehmen, dann kriegen sie ja gar keine«, haben sie zu ihm gesagt. Muß er ja mich mitnehmen. Und kam ich dann nachher nach Hause, dann hat die Bäuerin auch gleich geweint. Aber ich habe so gut getroffen, die haben mich so behandelt, wie sie ihr eigenes Kind. Haben auch zwei Kinder, so von zwölf Jahren und Junge sieben Jahre, ist grade zur Schule gekommen. Und dann mit die Kinder überall, wie heißt dies und wie heißt das? Hab ich dann praktisch gelernt.

I: Und die hatte auch Mitleid?

Z: Ja, die hatte Mitleid. Die hat mich ja gut behandelt und Essen gegeben,

und auf die Waage gestellt, die hat mich richtig gemästet.

I: Damit Sie arbeiten können?

Z: Ja, damit ich zu Kräften komme.

I: Aber Sie mußten von Anfang an auch dort arbeiten den ganzen Tag?

Z: Ja, fragte sie mich, ob ich melken kann, weil soviele Kühe zu melken. Ich sag: ›Kühe habe ich schon gemolken.‹ ›Gut, gut, gut‹, sagt sie denn.

I: Hat sie Ihnen das beigebracht?

Z: Die hat mir viel beigebracht. Essen kochen zum Beispiel. Die mochte es nicht kochen, dann hat sie mich am Ofen angelernt, die Gerichte zu kochen, was sie gerne gegessen haben. Nur am Sonntag, da waren ja mehr Gerichte, und da haben wir noch für Nachmittag Kuchen gebacken, zu Kaffee. Dann hat sie mitgeholfen, aber sonst habe ich dann. Und sie ist dann auf ein Feld gegangen. Sie mochte gerne draußen arbeiten.«⁷³

Die Erinnerung an die Deportation ist seelisch erschütternd. Die Mutter, die sich an den abfahrenden LKW klammerte, wurde brutal zusammengeschlagen. Der Bruder, noch unterwegs wegen der Krätze zurückgeschickt, ist später erneut deportiert worden. Die gewaltsame Deportation war spätestens seit dem Frühjahr 1940 der Regelfall der »Anwerbung« von dringend für die deutsche Landwirtschaft gebrauchten Arbeitskräften im besetzten Polen.⁷⁴ Die Verteilung in Deutschland ähnelte einem Vieh- oder Sklavenmarkt. Senta Zielinski beschreibt die Enttäuschung des auf eine starke Arbeiterin hoffenden Bauern, der nur ein schwaches 15jähriges Mädchen erhielt, und hebt ihre zufriedenstellende Arbeit und ihr relatives Wohlergehen davon ab. Die brutal von ihrer Familie getrennte Senta Zielinski fand in der Bauernfamilie einen notdürftigen Ersatz. Sie lernte zusammen mit den ungefähr gleich alten Kindern alles Nötige, um eine gute Arbeitskraft zu werden. Sie hatte bereits Kühe gemolken, was ihr den Übergang in die landwirtschaftliche Arbeit – hier herrschte in Deutschland 1941 der größte Arbeitskräftemangel – erleichterte. Sie wurde später als Köchin angelernt. Die rigiden Verordnungen einer strikten Trennung zwischen Deutschen und Ausländern und das Umgangsverbot mit Ausländern waren im bäuerlichen Haushalt nicht einzuhalten.⁷⁵ Im Vordergrund der Erinnerung von Senta Zielinski steht die gute Ernährung und daß sie etwas gelernt hat. Negative Erfahrungen werden nur auf Nachfrage erinnert. So berichtet Senta Zielinski vom nächtlichen Kühemelken und Auswaschen der Milchkannen, was ihr Rheuma in den Fingern verursacht habe. Auch erinnert sie sich auf Nachfragen an ihr Heimweh, weswegen sie nichts essen wollte. Doch relativieren sich diese negativen Erfahrungen der Zwangsarbeit für sie dadurch, daß andere

73 FZH/WdE 290, Transkript Zielinski, S. 1–2.

74 Vgl. Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 82–88 u. 184–189.

75 Siehe hierzu auch Lehmann, *Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft*.

zur Arbeit gezwungene Polen sehr viel schlechter ernährt wurden als sie, und daß sie diesen mitunter Nahrung zukommen lassen konnte. Einige Male wurden die Treffen der Zwangsarbeiter vom Dorfpolizisten auseinandergejagt, und manche sind auch verhaftet worden, »auf Nimmerwiedersehen«. ⁷⁶

Was bei Senta Zielinski von ihrem »Arbeitseinsatz« in Deutschland zurückblieb, war das Gefühl ihrer relativen Privilegierung im Vergleich mit anderen ausländischen Zwangsarbeitern. So sehr sich die Interviewerin auch bemüht, die negativen Seiten der Zwangsarbeit sichtbar werden zu lassen, so bleibt doch der positive Eindruck der eigenen Erinnerung bestimmend. Dies mag irritieren, läßt jedoch die Subjektivität der Wahrnehmung hervortreten. Senta Zielinski fiel besonders das materielle Gefälle zwischen dem deutschen Bauernhof und ihrer polnischen Heimat auf. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch ihre Eingangserzählung der armen Verhältnisse, aus denen sie stammt, Kontur. Ihren Bruder hat sie nicht mehr gesehen, doch hielt sie Briefkontakt nach Hause, konnte sogar Geld schicken.

Z: Ja. Nach dem Ende vom Krieg, da habe ich immer gedacht, wir sind arm von zu Hause, du wirst hier reich. Und dann fährst du – was du alles mitbringst für jeden. Ich habe fünf Kinder bekommen, das war mein Reichtum. Ich habe meine Eltern auch nicht mehr gesehen.«⁷⁷

Die relative Besserung ihrer eigenen Lebensverhältnisse, die sie in Deutschland als zur Arbeit Deportierte erfuhr, war mit dem Verlust ihrer Herkunftsfamilie verbunden. Ihre Eltern starben, während sie in Deutschland arbeitete, und sie hatte später niemanden, dem sie von ihrem relativen »Reichtum« etwas geben konnte. Der Verweis auf ihre fünf Kinder und damit auf die Gründung einer eigenen Familie macht das Bemühen um einen Ausgleich des erfahrenen Verlustes deutlich.

Nach dem Ende des Krieges kam sie zunächst in ein Sammellager bei Itzehoe, von dort über verschiedene Zwischenstationen zum Lager Zoo (Carolinestraße) in Hamburg. Sie durchlief bis 1961 16 verschiedene Lager für sogenannte »Displaced Persons«. ⁷⁸ In ihrem Bericht wird die Ohnmacht und Fremdbestimmung deutlich, die sie auch nach dem Kriegsende erfuhr. Die DPs sollten von den Alliierten möglichst schnell in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Auch Senta Zielinski erwog eine Rückkehr.

»I: Und haben Sie dann überlegt, nach Hause zu gehen?

Z: Ja, überlegt schon, aber es hat ja nicht gereicht. Und ich wollte nicht so arm

76 FZH/WdE 290, Transkript Zielinski, S. 17.

77 Transkript Zielinski, S. 3.

78 Siehe zur Geschichte der 1945 befreiten rund 110.000 ausländischen Zwangsarbeiter, Kriegs- und KZ-Gefangenen insbesondere mit Blick auf das Lager Zoo in Hamburg Wagner, Displaced Persons, bes. S. 17ff., 23–42 u. 58ff.

hinkommen, damit sie nicht alle gucken, was hast du uns denn gebracht. Jetzt fahre ich mit mein Sohn zweimal im Jahr runter. Ist auch noch mein Schwester und mein Bruder. Ein Bruder ist gestorben jetzt vor kurzem, vor sieben Jahren, wie mein Mann gestorben ist.

I: Aber die Familie lebt noch in demselben Ort?

Z: Nein, ganz woanders. Die Gegend waren wir. Da ist ja der Friedhof, und die Verstorbenen, die liegen ja da. Bringen wir [ein] paar Blumen und machen dann [das] Grab in Ordnung.

I: Kurz nach 1945, da waren Sie eben in diesem Lager. Und was haben Sie da gemacht?

Z: Da haben wir gar nichts gemacht. Da haben sie nur ausgesucht, welche für die Küche zum Kartoffelschälen und sowas. Vorbereiten, Gemüse oder Kartoffeln, was da vorbereitet werden mußte zum Mittag. Für abends haben wir Brot gekriegt und Butterzulage und Käse und sowas. Fleischdosen.

I: Und wurden Sie da auch befragt oder wurde irgendwie ...

Z: Eigentlich nicht.

I: Es wurde einfach nur dafür gesorgt, daß alle zu essen hatten. Essen und Kleidung und alle sowas.«⁷⁹

Die DP's mußten sich in Lagern registrieren lassen und erhielten dafür eine ausreichende Versorgung. Senta Zielinski kehrte nicht nach Polen zurück, weil sie das Gefühl hatte, dorthin nichts mitbringen zu können. Die Armut, in der sie am Kriegsende lebte, kontrastierte nach ihrer Ansicht mit den Erwartungen, die sie durch die Zusendungen von Geld an ihre Eltern geweckt hatte. Die Eltern waren zudem gestorben, und der Rest der Familie lebte nicht mehr am Ort ihrer Herkunft. In welche Heimat hätte sie zurückkehren können? Zudem hatte die geringe Rückkehrbereitschaft vieler Polen auch mit den schwierigen politischen Verhältnissen zu tun. Zwistigkeiten zwischen der von der UdSSR eingesetzten, seit Januar 1945 in Warschau residierenden polnischen Regierung und der bürgerlichen Exilregierung in London waren nicht dazu angetan, den rückkehrwilligen Polen eine Orientierung zu geben. Das Interesse der polnischen Regierung an einer schnellen Rückführung von hunderttausenden polnischen Zwangsarbeitern war im Herbst 1945 angesichts der allgemeinen Versorgungsschwierigkeiten aufgrund der Verwüstungen, die die deutschen Truppen auf ihrem Rückzug hinterlassen hatten, nicht allzu groß. Der Anfangsimpuls vieler Zwangsarbeiter zur Heimkehr konnte sich angesichts dieser Unklarheiten und Schwierigkeiten einerseits sowie der materiellen und rechtlichen Sicherung der Lagerexistenz andererseits nicht durchsetzen. Das Lager wurde zum »Heimat-Surrogat«. Demgegenüber erschien die Rückkehr risikoreich.⁸⁰

79 FZH/WdE 290, Transkript Zielinski, S. 4.

80 Siehe Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 64–67 und S. 87–90.

Senta Zielinski war in der Folgezeit in verschiedenen Lagern in Kiel, in Lübeck und schließlich in Hamburg. Hier lernte sie im Lager Zoo ihren ersten Mann kennen, einen polnischen KZ-Überlebenden. Anschließend waren sie und die Familie mit den mittlerweile fünf Kindern noch in weiteren Hamburger Lagern in Fischbek und Neugraben. Hier wohnten sie mit sieben Personen in zwei Zimmern. Ihr Mann versuchte sich als Gelegenheitsarbeiter im Hafen. Er fand keine dauerhafte Arbeit und verübte kleine Diebstähle, um die Familie durchzubringen. Mangel an dauerhafter Arbeit oder Arbeitslosigkeit führte in der Nachkriegszeit manche DPs zu Kriminalität und Schwarzmarkt – wie manche Deutsche auch. Dennoch war ihre Stigmatisierung stark. Der Teufelskreis von Wohnen im Lager ohne Aussicht auf Dauerbeschäftigung und geringen finanziellen Möglichkeiten zur Anmietung einer eigenen Wohnung blieb lange Zeit bestehen.⁸¹ Im Jahre 1956 trennte sich Senta Zielinski von ihrem ersten Mann. Dann heiratete sie einen ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter und zog 1961 mit der Familie in eine Sozialwohnung nach Lurup. Sie lebt bis heute in sehr armen Verhältnissen.

Die Lebensgeschichte von Senta Zielinski öffnet den Blick auf die sehr heterogenen Erfahrungen, die insbesondere in der Landwirtschaft eingesetzte Zwangsarbeiter mit ihren deutschen »Herren« machen konnten. Die Fremdbestimmung und Repression gegenüber den »Fremdarbeitern« spiegelt sich nur indirekt in ihrer Lebenserzählung. Senta Zielinski ist ihre relative Verschonung von der Repression in der Nachkriegszeit noch einmal mit Blick auf ihre beiden Ehemänner – der erste war KZ-Überlebender und der zweite war auch ehemaliger Zwangsarbeiter – deutlich geworden, die sehr viel schlechtere Erfahrungen mit Hunger und Gewalt gemacht hatten. Senta Zielinski gliederte sich nach einer schwierigen Übergangszeit mit langjährigen Lageraufenthalten in die deutsche Gesellschaft ein. Die Tatsache, daß ihre fünf Kinder alle in Deutschland geboren sind und hier zur Schule gingen, mag ihre Integrationsbereitschaft gefördert haben.⁸²

Die Entfremdung gegenüber der Herkunftsfamilie wird in der vom Sohn erzählten Geschichte deutlich, daß die Mutter den eigenen Bruder, der mit ihr zusammen nach Deutschland deportiert worden war, eines Tages, als dieser vor der Türe stand, nicht wiedererkannte. Sie hielt ihn für einen Vertreter und wies ihn ab. Erst ihr Sohn erkannte seinen Onkel wieder, von dem er nur Fotos gesehen hatte. Mittlerweile hat Senta Zielinski, die zwischenzeitlich keinen Kontakt nach Polen besaß, wieder regelmäßig Besuch von dort. Sie will genauso wie zwei ihrer Töchter die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen.

81 Vgl. Stepien, *Der alteingesessene Fremde*, bes. S. 238; Wagner, *Displaced Persons*, bes. S. 71ff.

82 Siehe auch entsprechende Hinweise, die Patrick Wagner in Interviews mit Displaced Persons gefunden hat (ebda., S. 74).

Von den Leistungen nach den Bundesentschädigungsgesetzen blieb sie wie die anderen in der Bundesrepublik lebenden »heimatlosen Ausländer« ausgeschlossen.⁸³ Ihr Integrationswille läßt ihre Biographiekonstruktion folgerichtig erscheinen. Die Schwierigkeiten ihres Daseins in Deutschland spricht sie, wenn überhaupt, nur auf Nachfrage an. Ihr Sohn dagegen, der seinen Status als »heimatloser Ausländer« behalten will, erzählt eher kritisch von Ausgrenzungserfahrungen im Kindesalter (auf dem Schulweg sollte er die andere Straßenseite benutzen), davon, daß er noch nie in Polen gewesen ist, und davon, daß er sich Deutschland nicht zugehörig fühlt.

»Andere nennen sich Deutsch, oder Hamburger. Ich bin in Hamburg geboren, aber ich fühl mich nicht direkt als Hamburger, als Deutscher. Obwohl ich hier geboren bin. Aber dadurch, daß meine Eltern aus Polen kamen. Wenn sie eben nicht verschleppt worden wären während des Krieges, dann wären wir in Polen.«⁸⁴

V. Resümee

Alle vier hier präsentierten Geschichten verweisen eindrücklich nicht nur auf das Verfolgenschicksal als Zwangssterilisierte, »Asoziale«, Verurteilter der Wehrmachtjustiz oder Fremdarbeiterin, sondern auch auf den Umgang der Betroffenen damit.

Die damals siebzehnjährige ledige Mutter Helga Bressel leidet bis heute unter der Trennung und Entfremdung von ihrem Kind sowie unter der Zwangssterilisation. Die erfolglosen Versuche, von Behörden eine Entschädigung als Verfolgte zu erreichen, spiegeln sich bis in die Form der Lebenserzählung, die einer »Stellungnahme« im Sinne der Erklärung des Verfolgungssachverhaltes gleichkommt.

Ähnlich wie Helga Bressel kommt Irmgard Lotze aus einer Unterschichtfamilie, bei der mindestens ein Elternteil fehlte. Irmgard Lotze wurde als junges Mädchen wegen ihrer Arbeitsverweigerung im nationalsozialistischen Pflichtjahr in ein Heim eingewiesen. Sie galt als »asozial« und ordnet die Normabweichung in ihre Biographie als »vergessenes Opfer« ein. Ihre Verfolgung und den Freiheitsentzug in der geschlossenen Fürsorge hat sie als

83 Vgl. Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 232–243; Stepien, Der alt-eingesessene Fremde, S. 208–224; Herbert, Nicht entschädigungsfähig?, S. 181–191. Ein persönlicher Rechtsanspruch ausländischer Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge wurde seitens der Bundesrepublik immer abgelehnt (siehe zur Rechtslage zuletzt noch Randelzhofer u. Dörr, Entschädigung für Zwangsarbeit?, bes. S. 102). Seit dem Beginn der neunziger Jahre hat die Bundesrepublik mit vier osteuropäischen Staaten (Polen, Rußland, Ukraine, Weißrußland) Stiftungen eingerichtet, die finanzielle Unterstützung und gesundheitliche Betreuung bedürftiger NS-Opfer leisten sollen.

84 FZH/WdE 290, Transkript Zielinski, S. 9.

Unrecht wahrgenommen, demgegenüber ihr ihre Ausbrüche und die Kleinkriminalität als Überlebenshilfe erscheinen. Sie betrachtet ihr Schicksal einer Verwahrung in der Heimfürsorge als »abgeschlossen« und betont damit den Bruch zu ihrem späteren Leben in Freiheit.

Gerhard Maak beschreibt sein Leben vornehmlich aus der Perspektive eines Opfers der Militärjustiz im Nationalsozialismus. Vor diesem Hintergrund konstruiert er unter Zuhilfenahme der recherchierten schriftlichen Dokumente seine Biographie als bereits früh Stigmatisierter, der sich wegen seiner Sehschwäche von der »Euthanasie« bedroht gefühlt hatte. Trotz seiner subjektiven Übertreibungen ist der Verfolgungstatbestand, die erlittenen Gefängnisaufenthalte, unbestreitbar.

Die zwangsverschleppte Fremdarbeiterin Senta Zielinski hat dagegen eine andere subjektive Einschätzung ihres Schicksals. Sie stellt in ihren Erzählungen nicht ihre Opferrolle in den Mittelpunkt. Die vergleichsweise gute Aufnahme bei einer Bauernfamilie in Deutschland nach der brutalen Verschleppung und Trennung von ihrer Familie ließ sie bereits zeitgenössisch ihre Privilegierung unter den Zwangsarbeitern wahrnehmen. Sie war vom materiellen Wohlstand in Deutschland beeindruckt. Ihre Entwurzelung und Heimatlosigkeit nach dem Kriegsende thematisiert sie nicht. Nur ihr Sohn spricht die weiterwirkenden Diskriminierungen als DP an.

Alle vier Biographien beschreiben Lebenswege »vergessener Opfer«. Eine angemessene Entschädigung für die ihnen widerfahrene Verfolgung haben die Betroffenen nicht bekommen. Sie sind in der Sozialschicht geblieben, der sie zur Zeit der Verfolgung angehörten. Sie schlugen sich in der Nachkriegszeit durch, unauffällig, manchmal am Rande der Legalität. Die autoritäre Disziplinierung, der Helga Bressel und Irmgard Lotze unterlagen, war zeittypisch. Das Konzentrationslager und die Zwangssterilisation waren spezifisch nationalsozialistisch.

Die Betroffenen wurden in der Nachkriegszeit erneut stigmatisiert und verschwiegen ihre Verfolgungserfahrungen. Die zwangssterilisierte Helga Bressel erzählte dem Mann einer mitbetroffenen Freundin nichts von ihrem Schicksal, um diese nicht zu kompromittieren. Irmgard Lotze blieb im Milieu, das ihr das eigene Überleben ermöglicht hatte, und hat mit der Geschichte ihrer Heimaufenthalte abgeschlossen. Gerhard Maak bestreitet bis heute seinen Willen zur Desertion und betont das Unrecht, das ihm durch die Militärjustiz widerfuhr. Senta Zielinski nahm und nimmt Deutschland als reiches Land wahr. Ihr Leben in Deutschland enthält für sie einen Abglanz davon, wenngleich sie nicht wohlhabend ist. Selbst ihre negativen Erfahrungen der Verschleppung und gewaltsamen Trennung von der Herkunftsfamilie werden davon überlagert. Ihr erzwungenes langjähriges Lagerleben, die Arbeitslosigkeit ihres Mannes setzt sie nicht in Bezug zu weitergeltenden Diskriminierungen gegenüber den »Heimatlosen Ausländern« in der

Nachkriegszeit. Sie will dazugehören und strebt seit kurzem die deutsche Staatsangehörigkeit an.

Bei allen hier vorgestellten Verfolgten entstand nach der Zeit der Verfolgung das Bedürfnis nach Normalität. Dies förderte eine Integration in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik. Die Interviewten haben ihr Leben trotz der Traumatisierungen nach längeren Aufenthalten in Anstalten, Gefängnissen oder Lagern selbst wieder in die Hand genommen, sich von der Opferrolle emanzipiert. Dies sicherlich in einem unterschiedlichen Grade, wenn man besonders an Gerhard Maak denkt, bei dem die Opferstilisierung am stärksten in der Gesprächssituation durchschlägt. An seinem Beispiel wird ebenso deutlich, wie die veränderte Situation, die Selbstorganisation in einem Verfolgtenverband, sein Selbstbewußtsein wie sein Bewußtsein des erlittenen Unrechts haben wachsen lassen. Jetzt erst ist es ihm möglich, seine disparaten Erfahrungen von Verweigerung, Ausgrenzung, sozialer Abweichung und Bestrafung in eine Verfolgtenbiographie einzuordnen.

Die Tatsache der lebensgeschichtlichen Interviews selbst ist oft der beste Beleg für die langsame Wandlung des gesellschaftlichen Klimas gegenüber den lange Zeit »vergessenen Opfern«. Dennoch darf nicht die große Zahl der nach wie vor anonym lebenden Verfolgungsoffer verkannt werden, die aus Scham und Furcht vor fortdauernder Diskriminierung sich nicht trauen, mit ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit zu treten, geschweige denn, ihre Interessen geltend zu machen.

Alfons Kenkmann

Zwischen Tolerierung und Verfolgung

**Informelle Zirkel im Hamburger Bürgertum
während der NS-Zeit.**

Im Jahre 1940, einer Zeit, in der im Großdeutschen Rundfunk eine Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht die andere ablöste und über »den Vormarsch in Frankreich, den Fall von Paris, den Zusammenbruch der Armee und die Flucht des britischen Expeditionskorps von Dünkirchen nach Großbritannien«¹ berichtete, fanden sich in Hamburg regelmäßig Angehörige bürgerlicher Schichten zu Diskussions- und Lesezirkeln zusammen. Über diese informellen Gesprächskreise wissen wir bis heute sehr wenig, wie überhaupt der Forschungsstand zum Thema Bürgertum im Nationalsozialismus nur als sehr schlecht zu bezeichnen ist.² Anders als über die Geselligkeits- und Kommunikationsformen innerhalb des Arbeitermilieus während des »Dritten Reichs«³ ist über diese in der bürgerlichen Lebenswelt wenig bekannt – und in erfahrungsgeschichtlicher Perspektive beschreitet man hier erst recht unbekanntes Terrain. Das Zusammensein im informellen kleinen Kreis entsprach offenbar »dem Bedürfnis des Bildungsbürgers«, sich in einem durch nationalsozialistische Normen geprägten Alltag »rückzukoppeln mit geistigen Dingen«.⁴ Neben den hier thematisierten Kreisen des »Musencabinetts« und der sogenannten »Weißen Rose« existierte noch eine Anzahl weiterer informeller Diskussionsrunden.⁵

Aus den beiden Zirkeln des »Musencabinetts« und der »Weißen Rose« werden im Verlauf dieses Beitrags je zwei lebensgeschichtliche Biographien exemplarisch präsentiert. Den beiden männlichen Protagonisten aus dem

1 Giordano, Die Bertinis, S. 286.

2 Wenn überhaupt, wurde das Thema Bürgertum und Nationalsozialismus nur im Kontext der NS-Machtübernahme behandelt. Das Hauptaugenmerk richtete sich dabei auf das Verhältnis der alten Eliten zur nationalsozialistischen Bewegung. Eine regionale, auf Hamburg bezogene Ausnahme stellt der Beitrag von Grolle, Percy Ernst Schramm, S. 18ff., dar.

3 Vgl. Morsch, Arbeit und Brot; Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft; Lütke, Eigen-Sinn.

4 FZH/WdE 189, Interview mit Michael Müller-Siebert, geführt von Alfons Kenkmann am 22. Juni 1993, Transkript S. 18.

5 Zwei weitere, regelmäßig stattfindende Diskussionsrunden erinnert allein Michael Müller-Siebert; vgl. Transkript Müller-Siebert, S. 14ff.

Kontext des »Musencabinetts« – Heinrich Dietz⁶ und Albert Fischer⁷ – werden zwei weibliche aus dem Umfeld der »Weißen Rose« gegenübergestellt: Ute Sommerfeld⁸ und Dörte Winther⁹.

Im Unterschied zu den Verfolgten aus der Arbeiterbewegung, die nur selten schriftliche Erinnerungen hinterlassen, verfügten die Zeitzeugen aus (groß)bürgerlichem Milieu über eine Fülle von Aufzeichnungen und Dokumenten. Hierzu zählen schriftliche private und behördliche Korrespondenzen, die bisher wissenschaftlich nicht ausgewertet worden sind.

I. »Musencabinetts« und »Weiße Rose« - Quellenbestand und Gruppencharakter

Aus dem informellen Zirkel »Musencabinetts« und dem Personenkreis der sogenannten »Weiße Rose« Hamburg hat die »Werkstatt der Erinnerung« 23 Zeitzeugen und Zeitzeuginnen lebensgeschichtlich interviewt. 14 Personen stammten aus dem Umfeld des »Musencabinetts« (sieben Männer, sieben Frauen) und neun aus dem Umfeld der Hamburger »Weißen Rose« bzw. der »Candidates of Humanity« (vier Männer, fünf Frauen), wobei letztere Bezeichnung eine Gruppe oppositioneller Mediziner am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf meint.¹⁰

Der Zugang zu diesem Personenkreis erwies sich insgesamt als schwierig. Ein halbes Dutzend Personen aus beiden Teilgruppen lehnte die Kontaktaufnahme bzw. das Gespräch ab. Ein Interview mit einem Zeitzeugen erwies sich für die Auswertung als unbrauchbar, da das Gespräch weder aufgezeichnet noch Notizen angefertigt werden durften.¹¹ Bei einer weiteren Zeitzeugin aus diesen Gruppen war die Alzheimerkrankheit so weit fortgeschritten, daß das Gespräch nach 35 Minuten abgebrochen werden mußte.¹² Mit einem ehemaligen Mitglied des »Musencabinetts« konnte lediglich schriftlich korrespondiert und auf diese Weise Dokumente gesichert werden;¹³ in einem Fall konnte ein Interview nicht fortgesetzt werden, da der Zeitzeuge einen Herzinfarkt erlitt.¹⁴ Doch trotz dieser Schwierigkeiten ließen sich mit Hilfe der

6 FZH/WdE 198, Interview mit Heinrich Dietz, geführt von Alfons Kenkmann am 15. Juni 1993, 1. Juli und 14. Juli 1993.

7 FZH/WdE 207, Interview mit Albert Fischer, geführt von Alfons Kenkmann am 10. August 1993.

8 FZH/WdE 188, Interview mit Ute Sommerfeld, geführt von Alfons Kenkmann am 11. August 1993.

9 FZH/WdE 204, Interview mit Dörte Winther, geführt von Alfons Kenkmann am 17. Juni und 1. Juli 1993.

10 Vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 402f.

11 FZH/WdE 267.

12 FZH/WdE 191.

13 FZH/WdE 200.

14 FZH/WdE 193.

Gesprächspartner das Bild dieser bis heute weitgehend unbekanntem, non-konformen Gruppe des »Musencabinetts«¹⁵ rekonstruieren und die erfahrungsgeschichtlichen Dimensionen seiner Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die von Personen aus dem Umfeld der Hamburger »Weißen Rose« herausarbeiten.

Wie können diese beiden Gruppen voneinander unterschieden werden? Die Mitglieder des »Musencabinetts« trafen sich privat reihum in den Elternhäusern, wobei an den Abenden auch die gastgebenden Eltern teilnahmen. Zur gemeinsamen Lektüre zählten die Werke von Goethe, Schiller, Morgenstern, Rilke und Kästner. Engagiert diskutiert wurde über Objekte der sogenannten »entarteten Kunst«, Gemälde von Kandinsky, Skulpturen von Barlach und auch die Musik von Hindemith.¹⁶ Aus der inhaltlichen Ausrichtung dieser geselligen Zusammentreffen entwickelte sich dann auch die Selbstbezeichnung und der Name »Musencabinettt«. Bei den musischen Themenabenden fehlten jedoch auch nicht Gespräche über die allgemeinpolitische Lage und die Zukunft des »Dritten Reichs«. Die Mitglieder dieses informellen Zirkels gehörten zumeist Familien des gehobenen, gutsituierten Hamburger Bildungsbürgertums an, weniger den »traditionellen, vor allem von den Großkaufleuten repräsentierten Eliten«.¹⁷ Heinrich Dietz erinnerte:

»(...) das war alles gehobenes Bürgertum, mehr, weniger, aber das war absolut alles die gleiche Geschichte. Man muß ja ins Bewußtsein zurückrufen, zu meiner Zeit machten zwei Prozent der Bevölkerung Abitur. Und von denen noch wieder die Hälfte ging in akademische Berufe. Und das ist eigentlich mit mehr oder weniger Geld eine ziemlich homogene Schicht gewesen, wobei also natürlich auch noch wieder die Auseinandersetzung war – was heißt Auseinandersetzung – die Hamburger Senatorenfamilie, die sehr auf die Akademiker herablickten und umgekehrt. Aber im Grunde war das mehr oder weniger eine Schicht.«¹⁸

Auffällig ist, daß die Eltern der jungen »Musencabinettt«-Mitglieder selber schon lange existierenden geselligen und informellen Zirkeln ihrer Generation angehörten. Gemeinsam war diesen informellen Kreisen, daß sie sich zumeist aus keinen gebürtigen Hamburgern zusammensetzten. Demnach bewegte man sich in den sehr engen Grenzen des eigenen Sozialmilieus.

Zum Teil sind die Mitglieder des »Musencabinetts« mit denen der Hamburger »Weißen Rose« identisch, d.h. einige der Personen, die an

15 Vgl. Müller/Schöberl, Karl-Ludwig Schneider, in: Krause/Huber/Fischer (Hg.): Hochschulalltag, T. 1, S. 423–431, S. 435, Anm. 16. Spärliche Hinweise finden sich bei Flitner, Erinnerungen, S. 394; Klaus, Gewalt und Widerstand, S. 97.

16 Siehe hierzu »Entartete Kunst«.

17 Bajohr, Gauleiter in Hamburg, S. 267–295, hier S. 287.

18 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 49.

verschiedenen Sitzungen des »Musencabinetts« teilgenommen hatten, zählten später auch zum Kreis der als Hamburger »Weiße Rose« bezeichneten Gruppe wie etwa der Medizinstudent Andreas Sorge¹⁹, der mit dem älteren Bruder von Heinrich Dietz befreundet war und ebenfalls mit Josef Barkmann in Hamburg Medizin studierte. Sorge hatte auch näheren Kontakt zu Albert Fischer, Hans Berger und Heinrich Dietz. Laut Josef Barkmann hatte Andreas Sorge das Flugblatt Nr. 3 der Münchener »Weißen Rose« in der elterlichen Pension am Grindel versteckt. Auch bezeugte dieser »Musencabinettt«-Angehörige die Phantastereien des zur Hamburger »Weißen Rose« zählenden Heinz Kucharski über eine mögliche Sprengung der Lombardsbrücke.²⁰ Eine weitere Person aus dem »Weiße Rose«-Umfeld, Reinold Meyer, war wiederum Klassenkamerad von Heinrich Dietz' jüngerem Bruder.²¹ Auf die Diskussion in der Sekundärliteratur um die Zuschreibung dieser Personen-Gruppe zur »Weißen Rose« soll an dieser Stelle nur am Rande eingegangen werden. Doch muß herausgestellt werden, daß im Gegensatz zur Münchner Gruppe der sogenannte »Hamburger Zweig der Weißen Rose« kein homogener Kreis war, sondern sich »aus einzelnen kleineren Gruppen zusammen[setzte], deren Mitglieder sich nicht alle kannten.«²² Auch heute wird der Kreis dieser Hamburger »Weißen Rose« mit fast 50 Personen, so die Zahlenangabe von Franz J. Müller von der Münchener »Stiftung Weiße Rose«,²³ noch entschieden zu hoch eingeschätzt. Ende 1943/Anfang 1944 wurden etwa 30 vermeintliche Angehörige der Hamburger »Weißen Rose« von der Gestapo inhaftiert, acht von ihnen verstarben im Gefängnis bzw. Konzentrationslager.²⁴

Trotz der rigiden Verfolgung durch die nationalsozialistischen Behörden kann die Hamburger »Weiße Rose« nicht als »Widerstandsgruppe im engeren Sinne«²⁵ charakterisiert werden. In einer Reihe von Zeitzeugengesprächen datierten die Befragten überwiegend den Ursprung der Bezeichnung für die Hamburger »Mitglieder« auf nach 1945 und sprachen von einer

19 FZH/WdE 192; vgl. auch das Interview von Volker Stahl mit einem ehemaligen Angehörigen der Hamburger »Weißen Rose«, in: taz Hamburg v. 20./21. Juli 1996.

20 FZH/WdE 185, Interview mit Josef Barkmann, geführt von Alfons Kenkmann am 11. August 1993, Transkript S. 26ff. Siehe auch die doch sehr unkritische Aufnahme der angeblichen Sabotagepläne durch Giles, Students and National Socialism, S. 302f.

21 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 77.

22 Mayr, Weiße Rose, in: Benz/Pehle (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, S. 320; allgemein zur »Weißen Rose« siehe auch: Moll, Die Weiße Rose, in: Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand, S. 443–467.

23 Vgl. Volker Stahl: Nebensegen der Flügelbauten. Gibt es bald eine Uni-Gedenkstätte für die »Weiße Rose«, in: taz-Hamburg v. 24. Februar 1996.

24 Vgl. Grüttnert, Studenten im Dritten Reich, S. 227.

25 Grüttnert, Ein stetes Sorgenkind, in: Krause/Huber/Fischer (Hg.): Hochschulalltag, T. 1, S. 201–236, S. 226.

Überbewertung der Hamburger »Weiße Rose«-Aktivitäten,²⁶ womit sie erfahrungsgeschichtlich eine entschieden andere Gewichtung vornehmen als ein Großteil der bisherigen Publikationen.²⁷ Die Analyse der Interviews deutet darauf hin, daß die Hamburger »Weiße Rose« eher als ein Konstrukt der Gestapo zu begreifen ist denn als eine in den letzten Kriegsjahren existente politische Widerstandsgruppe aus dem bürgerlichen Milieu der Hansestadt.

Der Zeitzeuge Heinrich Dietz wendet sich ebenfalls gegen eine Überbewertung der Hamburger »Weißen Rose«:

»Ja. Also wenn die sich heutzutage als ›candidates of humanity‹ verstehen, so ist das eine nachträgliche Zusammenführung. Ebenso ist es im Grunde falsch, von der Weißen Rose Hamburg zu sprechen. Sie ist im Grunde eine Nachwehe der Münchner Geschichte. Es hat da einen Zusammenschluß oder eine feste Gruppe in dieser Richtung nie gegeben.«²⁸

Andere Mitglieder der sogenannten Hamburger »Weißen Rose« waren wiederum nur äußerst selten, vielleicht auch nur ein einziges Mal bei einem Treffen des »Musencabinetts« zugegen, wie z.B. Heinz Kucharski.²⁹ Lediglich Andreas Sorge zählte zum engeren Kreis des »Musencabinetts«-Flügels *und* zur sogenannten Hamburger »Weißen Rose«.

26 Gleiches gilt für die Bezeichnung »Candidates of Humanity« für eine Gruppe von Ärzten im Universitätskrankenhaus Eppendorf. Vieles in der Sekundärliteratur scheint auf einer nicht zutreffenden Datierung der Namensgenese zu beruhen.

27 Vgl. etwa Junge Ärzte im Widerstand, in: Münchener medizinische Wochenschrift 130 (1988), Nr. 40, S. 23–26; Jahnke, Weiße Rose, insbesondere S. 56–63.

28 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 28. Ebenfalls distanziert und kritisch zu dieser Namensgebung van den Bussche/Mai/Pfäfflin, Kontinuität, Anpassung und Opposition, in: Weisser (Hg.), 100 Jahre Universitäts-Krankenhaus Eppendorf, S. 202–231, S. 229, Anm. 70. Die fälschliche Datierung der Bezeichnung »Candidates of Humanity« in die NS-Zeit findet sich auch bei Klaus, Gewalt und Widerstand, S. 98. Die irrtümliche Datierung der »Candidates of Humanity« ist wahrscheinlich auf de Boor, Tagebuchblätter, S. 403, zurückzuführen.

29 Heinz Kucharski wurde von vielen Betroffenen aus dem Umfeld der Hamburger »Weißen Rose« vorgeworfen, er habe sie durch seine Aussagen vor der Gestapo belastet und sie dadurch erst recht in eine lebensbedrohliche Situation gebracht. Noch im November 1946 wurde ihm vom Komitee der politischen Gefangenen die Anerkennung als politischer Gefangener verweigert; vgl. Tielsch, Lügner par Existence, in: Transatlantik, Heft 2/1985, S. 59–68, S. 62f.

II. »Eine feste Organisation ist das nie gewesen« – der informelle Zirkel des »Musencabinetts«

»Das Musenkabinett

Wir lebten alle in verstreuten Straßen,
doch hier und da erhob sich ein Gesicht,
und dann begann das Große uns zu fassen,
und sammelte uns um das gleiche Licht.

Und das war keine von den schwachen Kerzen,
die schon verlöschen, wenn ein Wind erwacht:
wir trugen uns und unsre heißen Herzen
um jenes Leuchten, das die Kunst entfacht!

Wohl können wir vom andern niemals wissen,
wie er sie schaut in Blick und Angesicht,
doch daß wir einem Rufe folgen müssen,
wenn einer jener Großen zu uns spricht,

die alle Wege lange schon beschritten,
und unbeirrbar ihr Geschick gelebt –:
das gleiche Folgen und das gleiche Bitten
ist's, das zur gleichen Flamme uns erhebt.«³⁰

Hamburg, Streits Hotel, Ende Januar 1941. An diesem Tag findet der einzige öffentliche Auftritt des »Musencabinetts« statt. Äußerst unüblich für eine informelle Gruppe gibt es an diesem Abend ein genau festgelegtes Programm. Gerlinde Nuberg erinnert sich:

»Und das war ein Abend, wo wir also mal alle Eltern miteingeladen haben, bei denen wir ja auch zum großen Teil unsere Abende verbracht haben. Da haben wir gesagt, wir machen mal einen Abend im Streit's Hotel, und da wird jeder also das, was er gelernt hat oder was er kann, bringen mit Musik, also mit Gesang, mit Rezitationen, mit allem, was dabei war, hatten wir einen illustren Kreis«.³¹

30 FZH/WdE 199, Rundbrief an unsere Freunde an der Front. März 1941. Das Gedicht wurde verfaßt von Elvira Täuber am 7. Februar 1941.

31 FZH/WdE 181 und 182, Interview mit Gerlinde Nuberg und Martha Schreiber, geführt von Alfons Kenkmann am 7. Dezember 1993, Transkript, S. 24.

Selbst das »Hamburger Tageblatt«, die Parteizeitung der Hamburger Nationalsozialisten, berichtete von dieser Veranstaltung:

»Musencabinet der Jüngsten

Seit Oktober dieses Kriegswinters gibt es in Hamburg »Das Musencabinet«, eine Vereinigung der Jüngsten und Begeisterten, die sich zusammenfanden, um vor sich selbst ein Forum für die Kunst und den eigenen Idealismus zu sein. Einige Schauspielschüler, ein paar Musikbeflissene, Studenten und sonstige Begabte – und schon fand man Gefallen daran, zunächst einander, dann einem Kreis von Freunden vorzuspielen, zu sprechen und zu singen. Der Kreis weitete sich, es entstanden geschlossene Darbietungen und es entstand endlich der Wunsch, auch einmal einen größeren Kreise mit diesen Bestrebungen vertraut zu machen.

– So gab man also einen Abend in Streits Hotel, an dem der künstlerische Idealismus sich kompakt austoben konnte. Zwei Stunden lang. Mitten im Kriege zelebrieren diese Achtzehn- und Neunzehnjährigen, die morgen vielleicht Soldaten sein werden, Sappho, Nietzsche, Bach, Beethoven und Morgenstern, zelebrieren zugleich ihren schönen jungen Ernst, ihre feurigen Herzen, ihre Begeisterung für das Schöne. Dieser Abend war nur ein Querschnitt (und außerordentlich mannigfaltig), aber er erwies neben allem sonstigen manche hoffnungsvolle Begabung und weckte Freude und Widerhall in gleichgestimmten Herzen. Mit solcher privatim und gratis erteilten Zensur werden sich die jungen Kunstbegeisterten zufrieden geben müssen. Die Öffentlichkeit hat erst dann wieder Anlaß, sich mit ihnen zu befassen, wenn sie einmal Künstler geworden sind.«³²

Doch auch zuvor hatte sich das »Musencabinet« häufig zu informellen Abenden eingefunden, zu denen man auf extra gedruckten Kärtchen einlud. So zum Beispiel am 27. November 1940 um 18 Uhr im Hause des Hamburger Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann. An diesem Abend war das Thema »Wiener Biedermeierzeit«, und den Abend gestalteten Hans Berger und Herbert E. Thinius.³³ Ein anderes Mal kam man bei Hermann Reemtsma zusammen:

32 »Musencabinet der Jüngsten«, in: Hamburger Tageblatt, zit. nach FZH/WdE, 199. Im Tagebuch von Albert Fischer ist dazu festgehalten: »S. spielt eine Beethoven-Sonate und dann das kleine Stück, das ist wieder seine Komposition. T. hält eine ziemlich mangelhafte Ansprache. Andreas Sorge [Name aus Datenschutzgründen geändert – A.K.] rezitiert [...]. M. D. rezitiert ebenfalls zwei. S. spricht über Nietzsche als Erzieher. Hans Berger [Name aus Datenschutzgründen geändert – A.K.] rezitiert Nietzsche im Gefängnis. Ansgar Brell ... Hugo von Hofmannsthal [...] Hans: Gedichte von Morgenstern ... Galgenlieder. Dann B.: ernste Gedichte von Morgenstern. [...] Barbara spielt eine Bach-Sonate ...«. Hans macht einen Sketch: das Bezugsscheinamt. In den Tanzpausen noch ein Freischützduett. Herrliches Tanzen bei übler Kapelle ...»; vgl. Tagebuchaufzeichnungen Albert Fischer zit. nach FZH/WdE 207.

33 Einladungskarte, in: FZH/WdE 209.

»Aber dieses eine Treffen bei Reemtsma, an das ich mich sehr gut erinnere, da spielte der Sohn von der Eva Fiebig, ein Musiker, auf dem Klavier und interpretierte »Matthis der Maler« von Hindemith. Führte auf einem Plattenspieler die Orchestermusik vor, zeigte dann auf dem Klavier, was die Motive waren und erklärte das [... dann anhand] der Malereien von Matthias Grünewald. Das war der Abend auch. Das dauerte auch und war sehr interessant gemacht und war toll.«³⁴

Neben diesen Gruppen gab es auch häufiger Treffen von kleineren Freundeskreisen privat reihum oder in öffentlichen Lokalen. Der beliebteste öffentliche Treffpunkt insbesondere unter den Schauspielbegeisterten und Schauspielerschülern war der Bronzekeller, der allerdings im Frühjahr 1943 wegen der dort gehaltenen »defaitistisch(en) und zersetzend wirkend(en)«³⁵ Vorträge geschlossen wurde.

Dieser informelle Zirkel bestand offenbar bis zum Frühsommer 1942,³⁶ wobei der Kreis durch viele Wehrmachtseinberufungen seit März 1941 zunehmend auseinandergerissen wurde und insbesondere der Kontakt zu den männlichen Mitgliedern, die sich mittlerweile an unterschiedlichen Frontabschnitten von Frankreich über Griechenland bis zum Kaukasus befanden, nur noch über einen »Rundbrief an unsere Freunde an der Front« aufrechterhalten werden konnte. Die erste dieser Mitteilungen wurde im März 1941 verschickt. Doch der »Rundbrief« wurde nach einem Jahr im März 1942 mit seiner elften Ausgabe in seiner üblichen Aufmachung aus nachvollziehbaren Gründen eingestellt:

»Muss nicht vieles, was aufbewahrt und aufgespart wurde in hoffnungsfrohen Gedanken an eine Fortsetzung, der Gewalt dieser Zeit zum Opfer fallen? Ebenso, wie es uns unmöglich sein wird, im kommenden Sommer, über dessen schweren Verlauf wir uns keinen Illusionen hingeben, Gedanken über die Harmonie der Antike oder Auslassungen über die Gegenüberstellung von Rembrandt und Michelangelo zu diskutieren, werden die Kameraden an der Front keine Stimmung haben, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen.«³⁷

Von Rundbrief Nummer 12 an sollten die Bezieher fortan selbst entscheiden, ob sie »den ganzen Rundbrief«, also auch mit seinen Berichten von Theaterbesuchen und den im Kreis der Daheimgebliebenen geführten Debatten um Muse und Ästhetik, oder ob sie »nur das Nachrichtenblatt zugesandt

34 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 44.

35 Der Bronzekeller neu gegossen, in: Hamburger Echo, Nr. 33 v. 24. Juli 1946.

36 Vgl. auch Brief R. D. an Elvira Täuber v. 19. April 1942, in: FZH/WdE 199.

37 11. Rundbrief an unsere Freunde an der Front. März 1942, Bl. 1, in: FZH/WdE 207.

haben wollt(en), in letzterem Falle würden die »Rundbriefe hier [in Hamburg – A.K.] aufbewahrt werden.«³⁸

Auch im Jahre 1943 kam es noch zu einer Reihe von Treffen unter ehemaligen »Musencabinet«-Mitgliedern. Jedoch firmierten diese Treffen nicht mehr unter der Bezeichnung »Musencabinet«. Nun zählten zu diesem Kreis vor allem Mitglieder der sogenannten Medizinerkompanien. Hier handelt es sich vor allem um »zum Studium abkommandierte Medizinstudenten, die der Wehrmacht unterstellt ... wurden ... (und) eine sich rasch vergrößernde Gruppe von Kriegsversehrten«,³⁹ wie z.B. die mit Kriegsverletzungen heimgekehrten Josef Barkmann⁴⁰ und Oskar Werk.⁴¹

Mit welchen Themen sich dieser informelle Zirkel beschäftigte, wird aus den bereits zitierten Überlegungen offensichtlich. Der Kreis deckte ein spartenübergreifendes, musisch-kulturelles Spektrum ab und setzte damit einen Kontrapunkt gegen die vom nationalsozialistischen »Kulturbetrieb« forcierte Folklore und Volkstümelei.⁴²

»Die Absicht war, und das blieb auch die offizielle Absicht, sich mit Fragen von Kunst, dazugehörigen philosophischen oder solchen Geschichten auseinanderzusetzen, und zwar von vornherein eben durchaus mit der Tendenz, sich zu beschäftigen auch mit der nicht erwünschten ...«.⁴³

Wie kann das soziale Gefüge dieses Kreises ausdifferenziert werden? Eine Binnenanalyse – auf Basis der durchgeführten lebensgeschichtlichen Interviews – ist deswegen interessant, weil sich in ihm Angehörige des Hamburger Bildungsbürgertums zur Zeit des expansiven Zenits der NS-Herrschaft zusammenfanden und sich zu einem freundschaftlichen Netzwerk verbanden. Dieses Netzwerk soll daraufhin untersucht werden, wie man kommunizierte und welche lebensweltlichen und vielleicht auch generationsspezifischen Prägungen ihre wichtigen Exponenten durchliefen.

Vieles deutet heute darauf hin, daß ungefähr 20 Personen zum festen Stamm dieses Kreises zählten und weitere ca. 30 Personen zur Peripherie. Zu den Personen, die nur an vereinzelten Terminen teilnahmen und dort auf Einladung Vorträge hielten, zählten u.a. der Philologe Professor Dr. Bruno Snell,⁴⁴

38 Ebd., Bl. 2.

39 Grüttner, Studenten im Dritten Reich, S. 222; siehe auch Transkript FZH/WdE 189, Müller-Siebert, S. 14ff.

40 Vgl. FZH/WdE 185.

41 Vgl. FZH/WdE 186.

42 Vgl. FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 28.

43 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 38.

44 Vgl. Griechische Lyrik, Gedanken zum Vortrag von Prof. Snell am 26. Juni 1941, in: 6. Rundbrief an unsere Freunde an der Front. Oktober 1941, in: FZH/WdE 207. Zur Biographie Bruno Snells vgl. Jan Ross: Im Niemandsland der Wissenschaft, weit und frei. Die Entdeckung des Geistes: Vor hundert Jahren wurde der Philologe Bruno Snell geboren, in: FAZ v. 18. Juni 1996.

der am 26. Juni 1941 einen Vortrag über »Griechische Lyrik« hielt,⁴⁵ der Strafrechtsprofessor Prof. Dr. Rudolf Sieverts⁴⁶ und der Architekt Dr. Jackstein.⁴⁷

Innerhalb des »Musencabinetts« gab es neben einzelnen Personen, die nur wenige Male an Treffen teilnahmen,⁴⁸ zwei Strömungen, die sich auch in ihrer Mentalität, ihrer politischen Einstellung wie auch ihrer Wahrnehmung der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« erheblich voneinander unterschieden. So existierte eine beständige Gruppe, die sich eher aus dem Wunsch nach künstlerischer und musischer Auseinandersetzung zusammenfand.⁴⁹ Einzelpersonen aus dieser Teilgruppe nahmen eine eher unkritische Haltung zum NS-Staat ein.⁵⁰ Entsprechend fielen dann auch ihre Äußerungen in den Mitteilungen an die zur Wehrmacht einberufenen Freunde aus. So heißt es im ersten »Rundbrief an unsere Freunde an der Front. Herbst 1941«:

»Die Front rief viele unserer Kameraden zu den Waffen. Sie zogen hinaus mit der Überzeugung, dem Krieg ein schnelles Ende zu bereiten, und mit siegreichen Fahnen wieder zurückzukehren.«⁵¹

Daneben gab es einen weiteren Kreis innerhalb des »Musenzirkels«, der zwar ebenfalls die Debatte über Kunst und Philosophie suchte, jedoch gleichzeitig politische Diskussionen einforderte. Zu ihnen zählte Heinrich Dietz, der das »Musencabinettt« als »Mischung von literarisch, ästhetisch und politisch«⁵² charakterisierte. Ein Musenfreund von Dietz ordnete den Diskussionszirkel den in Hamburg existierenden »lockere(n) Gruppen antifaschistischer Freunde« zu.⁵³

Doch auch manche Teilnehmer dieses engeren, politisch diskutierenden Kreises saßen weitverbreiteten Nachkriegsmythen über die Rolle Hamburgs während der NS-Zeit auf. Besonders eklatant sind die Fehleinschätzungen in

45 Vgl. Rundbrief(e) an unsere Freunde an der Front; Ausgaben Juli und Oktober 1941, unpaginiert, in: FZH/WdE 207.

46 FZH/WdE 199, Tagebuch Elvira Täuber, Eintrag v. 31. Januar 1941.

47 Vgl. AS: Architektur und Baukunst, in: 9. Rundbrief an unsere Freunde an der Front. Januar 1942, in: FZH/WdE 207; siehe auch den Kommentar von Jackstein zu vorstehendem Artikel in: 10. Rundbrief an unsere Freunde an der Front. Februar 1942, in: FZH/WdE 209.

48 FZH/WdE 186.

49 Etwa FZH/WdE 230; FZH/WdE 183; FZH/WdE 181 und 182; FZH/WdE 199; FZH/WdE 208.

50 FZH/WdE 181.

51 Rundbrief enthalten, in: FZH/WdE 209.

52 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 10.

53 Bierich, Ärztlicher Widerstand, in: Menschenverachtung und Opportunismus, S. 198–212, S. 211. Ein Interviewter charakterisierte sie als »absolute Anti-Nazis«; vgl. FZH/WdE 072, Interview mit Mathias Henke geführt von Beate Meyer und Joachim Szodrzyński am 6. Oktober 1992, Transkript S. 21. Siehe auch FZH/WdE 200, Zeugnis über die antifaschistische Gesinnung des Gerhard Schönemann, ausgestellt am 16. Februar 1946 durch Heinrich Dietz.

bezug auf den Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter Karl Kaufmann. Hier herrschte in der Rückerinnerung unter den ehemaligen »Musencabinet«-Angehörigen kein Konsens. Während Heinrich Dietz sich eher distanziert-nüchtern an die Person Kaufmanns erinnert, wird von Hilde Brell, trotz ihrer Verfolgungserfahrungen als sogenannter Halbjüdin, die liberale Hamburger Sonderwegsthese transportiert, die »eine verinselte Sonderrolle Hamburgs«⁵⁴ im Deutschen Reich konstatiert.

H: Ich weiß, die ganzen Verwandten aus Mecklenburg sind alle nach Hamburg gezogen. Es hieß damals: Hamburg, das Paradies der Juden. So wurde es genannt.

K: Woher kam diese Einschätzung?

H: Weil es hier am liberalsten war, wahrscheinlich.«⁵⁵

Ehemann Ansgar Brell unterstützte die Auffassung seiner Ehefrau entschieden und verband die in seiner Sicht liberale Verfolgungspraxis mit der Person des NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann, dem »anständigste(n) Nazi, den man noch in Deutschland finden konnte.«⁵⁶ Diese Einschätzung Kaufmanns beruhte auf dessen Initiative, Hamburg am 3. Mai 1945 an die britischen Truppen kampflos zu übergeben. Auf dieses strategische Verhalten »gründeten (sich) die nach 1945 verbreiteten Rechtfertigungslegenden, die freilich die systematische Vernichtung von Teilen der Bevölkerung ebenso ignorierten wie die weitgehende Zerstörung als Folge des nationalsozialistischen Krieges«.⁵⁷

Im folgenden werden exemplarisch die Lebensgeschichten von Heinrich Dietz und Albert Fischer präsentiert. Beide zählten zu derjenigen Strömung des »Musencabinetts«, deren Angehörige dessen Nischenfunktion suchten, um sich mit Gleichgesinnten der geforderten Einordnung in die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« zumindest zeitweise und partiell entziehen zu können.

1. Heinrich Dietz – »Immer hatte man den Sprecher zu spielen.«

Heinrich Dietz, geboren 1921, kam als Kind nach Hamburg, die Stadt, die ihn, wie er im Gespräch resümiert, »eigentlich geprägt hat«.⁵⁸ Zuvor lebte

54 Bajohr/Szodrzyński, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 7–23, hier S. 12.

55 FZH/WdE 194, Interview mit Hilde Brell, geführt am 7. Juli und 22. Oktober 1993 von Alfons Kenkmann, Transkript, S. 99.

56 FZH/WdE 193, Interview mit Ansgar Bell, geführt am 22. Oktober 1993 von Alfons Kenkmann, Transkript, S. 99.

57 Bajohr, Hamburgs »Führer«, in: Ders./Szodrzyński (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 59–91, S. 83f; siehe auch ders., Gauleiter in Hamburg, S. 294.

58 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 2.

er mit seinen Eltern und drei Geschwistern in Greifswald, wo sein Vater – aus bescheidenen Thüringer Verhältnissen stammend – schon früh mit Anfang dreißig als Ordinarius an der Medizinischen Fakultät tätig war. Der schon in jungen Jahren habilitierte Vater war über die Grenzen Deutschlands bekannt wegen seines innovativen Beitrags zur Entwicklung eines Rekonvaleszentenserums zur Heilung von Masern, weshalb er von einigen Fachleuten als Nobelpreiskandidat angesehen wurde. Zu seinen Verdiensten zählte auch, den Kinderarzt als eigenständige Profession etabliert und von der des Internisten getrennt zu haben. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte er dem rechtsradikalen Freikorps des Ritter von Epp, Bund Oberland, angehört und die Münchener Räterepublik entschieden bekämpft. Später wurde er Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Einem gänzlich anderen Sozialmilieu entstammte die Mutter, die über gute Kontakte zu Berliner Intellektuellenkreisen verfügte. So zählte beispielsweise zu ihren Verwandten der Philosoph und Soziologe Georg Simmel. Frau Dietz, die als Kind und Jugendliche im zaristischen Petersburg aufgewachsen war, zählte zu den ersten Frauen, die Medizin studierten und trotz der Anfeindungen seitens der männlichen Kollegen in dieser Disziplin promoviert wurden. Nach dem Studium arbeitete sie als Kinderärztin. Der Umzug von Greifswald nach Hamburg beeindruckte den jungen Heinrich – nicht ungewöhnlich für einen Wechsel von der Provinz in eine Metropole:

»Ich will Ihnen sagen, der wichtigste oder ein ganz wichtiger Eindruck im Winter 1932/33 war, daß wir jede Nacht von Altona und darüber das Schießen hörten bei den Auseinandersetzungen zwischen SA, Polizei und Kommunisten. Das hörten wir – wir wohnten damals in der Rothenbaumchaussee 159, das war gegenüber dem Rundfunkhaus in der Rothenbaumchaussee. Und wir hatten unsere Fenster nach Westen heraus. Und wie gesagt, da wurde also fast jede Nacht geschossen, wobei man also interessanterweise am nächsten Morgen las, daß vier Polizisten tot und vielleicht ein Kommunist und ein SA-Mann [tot] oder verwundet [waren]. (...) Das war sehr beeindruckend.«⁵⁹

Im zunächst fremden Hamburg übernahm die Mutter die familiäre Betreuung der Kinder, während der Erziehungsbeitrag des Vaters – wie es Heinrich Dietz empfand – sich vor allem darin erschöpfte, den theoretischen Rahmen der familiären Pädagogik vorzugeben: Unterfordere deine Kinder nie, sondern bringe sie dazu, die eigene Leistungsfähigkeit vollständig auszuschöpfen! Unter Beachtung dieser väterlichen Maxime versuchte die Mutter vor dem Hintergrund ihrer lebensreformerischen und jugendbewegten Sozialisierungserfahrungen ihre vier Kinder zu erziehen. Mit ihr verstand

sich Heinrich Dietz; nicht so mit dem Vater, an den ihn »kein sehr gutes Verhältnis«⁶⁰ band.

Milieukonsistenz:

»Was ein Arbeiter war, wußte im Grunde von uns niemand.«⁶¹

Unterstützt wurde die Mutter in ihrer Haushaltsführung durch die traditionell im Hause Dietz aus der Umgegend von Manchester rekrutierten englischen Dienstmädchen.⁶² Wegen ihres ständigen Kontakts mit den Hausangestellten parlierten die Dietz-Kinder deshalb schnell in ausgezeichnetem Englisch. Von daher verwundert es kaum, daß bis zum Ausbruch des Weltkrieges in der Familie Dietz neben den »Zürcher Neuesten Nachrichten«, und dem »Hamburger Fremdenblatt« auch die »Times«, die man im Zeitungskiosk am Dammtor kaufte, zur ständigen Lektüre zählte. Die kindliche Lebenswelt des jungen Heinrich war wesentlich durch ein exponiert großbürgerliches Ambiente geprägt: allein das Eßzimmer maß 120 m² und der Vater fuhr einen sechstürigen Maybach. Seiner privilegierten sozialen Stellung war sich der junge Heinrich durchaus bewußt. Er selbst lebte in zwei Zimmern und verfügte über eine Holzwerkstatt, in der er seine gestalterischen und künstlerischen Fähigkeiten fortentwickeln konnte. Gerade bei der Förderung des intellektuellen und künstlerischen Potentials ihrer Kinder scheuten die Eltern keine Kosten, während sie auf der anderen Seite den alltäglichen Konsum durchaus einschränkten.

»Und natürlich – das ist (...) für die anderen Geschichten ganz wichtig – uns stand natürlich auch die gesamte Literatur der zwanziger Jahre, des Expressionismus voll zur Verfügung. Als ich erwachsen war, hatte ich selbstverständlich Thomas Mann und Hesse und Kästner, aber auch diesen Stefan George oder »Untergang des Abendlandes« von Spengler oder »Aufstand der Massen«, und all diese Geschichten hatte man selbstverständlich gelesen. (...) Wenn Sie mich gefragt hätten nach Michelangelo oder Raphael oder Dürer oder diese Geschichten, das waren völlige Selbstverständlichkeiten. Da hatte man auch die wesentlichen Sachen aus dem vorigen Jahrhundert darüber gelesen. (...) Und selbstverständlich waren uns die griechischen Geschichten geläufiger. Also all diese Geschichten waren uns selbstverständlich.«⁶³

60 Transkript Dietz, S. 59.

61 Transkript Dietz, S. 49.

62 Eines der Dienstmädchen war während der Besatzungszeit 1946 als Dolmetscherin bei den britischen Truppen erneut in Hamburg tätig.

63 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 13f.

Seine Schulzeit verbrachte Heinrich auf dem Wilhelm-Gymnasium, das er als sehr junger Mann, im Alter von 16 Jahren, wesentlich früher als seine Klassenkameraden, mit der Reifeprüfung verließ. Offenkundig hatte sich hier die Erziehungsmaxime des Vaters niedergeschlagen. Die Sozialstruktur seiner Klassengemeinschaft spricht für sich:

»... selbstverständlich war in meiner Klasse ein Mönckeberg. Das war, glaube ich, ein Enkel des Bürgermeisters. Also die beiden Petersens, die also eine uralte Hamburger Familie sind. Dazu gehörte der Hofmann, der auch in diese Richtung ging. Die Röpers gehörten mit dazu. Das war dieser Nervenarzt da unten an der Alster. Diese ganze Atmosphäre herrschte natürlich auch im ganzen Hamburger Ruderclub. Und das war also das gehobene Bürgertum. Und daß man (...) sich den Engländern in dieser Richtung verbunden fühlte, war also sozusagen selbstverständlich.«⁶⁴

Die Eltern meldeten Heinrich, um seine soziale Eingliederung in Hamburg zu erleichtern, beim Gymnasialen Ruderverein an, der später im Sommer 1934 in die Marine-HJ überführt wurde. Über die sportlichen Ambitionen Heinrichs – er versuchte sich beim Hamburger Ruderclub als Steuermann in einem Boot für die Olympiade 1936 zu qualifizieren – lernte er Conrad Ahlers kennen, den späteren Bundespressesprecher. Dieser besuchte ein weiteres Elitegymnasium Hamburgs, das Johanneum, und ruderte zu diesem Zeitpunkt bei der sportlichen Konkurrenz der Germania-Jugend. Das Johanneum besuchte ebenfalls der bereits erwähnte Josef Barkmann, zu dem sich zu späteren »Musencabinet«-Zeiten und während des gemeinsamen Kriegsdienstes eine enge Freundschaft entwickelte.

Doch zuvor gab es als kurze Zwischenstation den Reichsarbeitsdienst, wo die intellektuellen Fähigkeiten Heinrichs zum Tragen kamen: »(...) immer eigentlich, wenn irgendwelche Probleme auftauchen, hatte man den Sprecher zu spielen. (...) war selbstverständlich meine Aufgabe. Das wußten sie, daß ich das besser konnte als sie.«⁶⁵

Hier findet sich der Glaube an den selbstgestellten Auftrag des Akademikers, Führung wahrnehmen zu müssen. Diese Einschätzung durchzieht die Biographie von Heinrich Dietz bis zu seinem Engagement für die CDU in der Wesermarsch in den 1960er Jahren. Nur daß hier ein Austausch der Klientel stattgefunden hatte: vom abhängig Arbeitenden zum selbständig produzierenden Bauern.

Im Jahre 1938 besuchte Dietz die »Hansische Hochschule für Bildende Künste«. Zusätzlich war er auf Verlangen des Vaters an der Universität immatrikuliert: zunächst in Kunstgeschichte, später auch in Chemie. Im

64 Transkript Dietz, S. 14.

65 Transkript Dietz, S. 33.

Wintersemester 1939/40, als die Hamburger Hochschulen geschlossen blieben, studierte er für ein Semester in Berlin und setzte dann im Sommersemester 1940 sein Studium wiederum in Hamburg fort. Mit dieser Fächerwahl unterschied er sich von seinen Geschwistern, die alle eine medizinische Ausbildung suchten. Er selbst bezeichnet sich als »schwarze[s] Schaf der Familie.«⁶⁶

Am 12. Juli 1941 nahm die Gestapo Heinrich Dietz in Schutzhaft. Denunziationen gegen noch nicht zur Wehrmacht einberufene Männer waren während des Zweiten Weltkriegs alles andere als selten. Sie sind eher als zeittypisches Phänomen zu begreifen.⁶⁷ Ihm wurde ein Heimtücke-Vergehen vorgeworfen, da er zu diesem Zeitpunkt bereits geäußert hatte, »der Krieg [... sei] doch nicht zu gewinnen.«⁶⁸ Am 13. September wurde Heinrich Dietz in Begleitung von zwei Gestapobeamten in Neumünster gemustert und kriegsverwendungsfähig geschrieben. Damit entging er zunächst dem direkten Zugriff der Gestapo. Das informelle Wirken des berühmten Vaters hinter den Kulissen war offensichtlich von Erfolg gekrönt. Doch schon wenig später lenkte der Heranwachsende wegen einer spöttischen Äußerung über den Gehalt deutscher Soldatenlieder erneut die Aufmerksamkeit der Gestapo auf sich. Er war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits Wehrmachtsangehöriger und damit nur bei schwersten Delikten der unmittelbaren Zugriff ausgeliefert. Januar 1942 kam Dietz auf die Sanitätsschule und anschließend mit einem Feldlazarett Frühjahr 1942 in die Sowjetunion, wo er zuletzt im Kaukasus diente. Zu ähnlichen Kriegseinsätzen wurden häufig auch Angehörige einer anderen Berufsgruppe verpflichtet, die sich ebenfalls überwiegend aus dem Bürgertum rekrutierte: die Geistlichen.⁶⁹

Holocaust im Osten – »Wir wußten es genau«.

Hier im Osteinsatz eines Feldlazaretts wurde Dietz Augenzeuge der deutschen Vernichtungspolitik. Anders als seine »Musencabinett«-Kollegin Gerlinde Nuberg,⁷⁰ die als Schauspielerin während ihres Einsatzes bei der Truppenbetreuung in der Ukraine keine Anzeichen von »Säuberungsmaßnahmen« bemerkt haben wollte,⁷¹ waren diese Verbrechen für Heinrich Dietz unübersehbar. Der Zeitzeuge bestätigt somit nur, was aus der Perspektive eines

66 Transkript Dietz, S. 23.

67 Zu dieser Schlußfolgerung kommt Weisz, Die Geheime Staatspolizei.

68 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 52.

69 Vgl. Kenkmann, Kämpfer und Außenseiter, in: Boll (Hg.), Verfolgung und Lebensgeschichte, S. 44–61, S. 48f.

70 Vgl. FZH/WdE 181, Transkript Nuberg, S. 32.

71 ebenda.

Feldlazarett-Chirurgen bereits durch den Bestseller »Die unsichtbare Flagge« von Peter Bamm erstmals 1952 berichtet wurde.⁷²

»K: Haben Sie was von »Säuberungsaktionen« mitbekommen?

D: Was für welche?

K: Von dem deutschen SD gegenüber der russischen Zivilbevölkerung?

D: Ja, natürlich.

K: Man sagt ja immer, es hätte keiner mitbekommen.

D: Nein, wir wußten es genau. Dieses Feldlazarett wurde aufgestellt im Frühjahr 1942. (...) Und Mitte oder Ende Mai fuhren wir (...) von Kiew durch die Ukraine in Richtung Rostock. Und in der Gegend bei Lemberg kamen uns die Züge mit Tausenden von Juden, die abtransportiert wurden (...) entgegen. (...) Und auch in Kiew habe ich von irgendwelchen Erschießungen gehört. (...) Wir hatten in unserem Lazarett jüdische Frauen als Dolmetscher, aber die sprachen Jiddisch. Und da konnte man sich im wesentlichen verständigen. Aber die eine von denen wurde abgeholt. Und wir sind hinterher gefahren und haben nur noch gesehen, wie sie aus dem Gaswagen gekippt ist.«⁷³

Heinrich Dietz berichtete weiter, daß in allen Haushaltungen der Sowjetunion »Hausbücher« geführt werden mußten, in die ethnische Zugehörigkeit einzutragen war.

»Der SD hatte also weiter nichts zu tun, als diese Bücher beim Bürgermeisteramt einsammeln zu lassen, durchzugucken, die Leute zu verhaften und abzutransportieren. Es war nichts einfacher als das.«⁷⁴

Eine Frau hätten Josef Barkmann und er »durchbekommen«, erzählte Heinrich Dietz.

»Ich habe also auch heute noch ihren Paß. (...) Das ging folgendermaßen, das ist auch etwas, was ich überhaupt niemals begriffen habe. Ich weiß nicht, ob es Josef oder ein anderer war, der stieß also in irgendeinem Haus auf zwei deutsche Soldaten, die also sich anschickten, eine Frau zu vergewaltigen mit der Bemerkung: »Die legen wir um. Die wird ja sowieso umgelegt.« Woher diese Soldaten wußten, daß sie eine Jüdin war, ist mir vollkommen schleierhaft, aber die Leute haben andere Nasen als ich. Wir haben dieses Mädchen infolgedessen als Dolmetscherin zu uns auf die Station genommen. Und die hatte einen Jungen von drei oder zwei Jahren, ein Kind. Und haben sie woanders einquartiert. (...) Die hat es überlebt. Am 1. Januar 1943 lebte sie noch, als wir

72 Vgl. hierzu auch Ralf Bröer: Peter Bamm's Bestseller »Die unsichtbare Flagge« neu gelesen, in: DIE ZEIT, Nr. 48 v. 24. November 1995, S. 68.

73 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 66ff.

74 Transkript Dietz, S. 71.

abzogen. Was aus ihr geworden ist, ob sie nachher wegen Kooperation mit den Deutschen von den Russen umgebracht worden ist, das weiß ich nicht.«⁷⁵

»... nach dem Kriege war mir die Vorstellung, sich hinzusetzen und Bilder zu malen (...) völlig unmöglich.«⁷⁶ – biographische Umwege

Die letzten zwei Kriegsjahre überwinterte Heinrich Dietz aufgrund seiner sehr guten Beziehungen in der Schreibstube einer militärischen Einheit nahe Hamburg – äußerst ungewöhnlich für einen jungen Mann in einer Zeit, in der fast jeder des Gehens halbwegs fähige Mann zum Kriegsdienst verpflichtet wurde.

Sofort nach Kriegsende suchte Dietz dann an der Gestaltung eines neuen Deutschlands mitzuwirken. Voller Tatendrang nahm er mit weiteren ehemaligen »Musencabinettern«⁷⁷ an den engagiert geführten gesellschaftspolitischen Debatten teil.

»Dann haben wir uns getroffen im Zirkel für demokratischen Aufbau und in der Liga. Das waren die vorparteilichen Organisationen oder Diskussionszirkel, die von den Engländern 1945 ins Leben gerufen waren. (...) In dieser Liga war z.B. Axel Springer zeitweise. Das war aber [ein] Diskussionszirkel von den Engländern organisiert. Da hatten wir uns getroffen. Und dann trafen wir uns '46. Damals war ich der Vertreter der Jugend bei den Kommunisten und Conny Ahlers bei der CDU.«⁷⁸

In dem Zitat ist der weitere politische Werdegang von Heinrich Dietz bereits angedeutet. Für ihn hatte »die Hauptschuld am Nationalsozialismus nicht eigentlich die Bevölkerung, sondern das elitäre Bewußtsein des sogenannten besseren Bürgertums«⁷⁹.

»Also wenn Sie Ausführungen lesen wie z.B. den »Steppenwolf« von Hesse oder die Angst, die Masse auch nur zu berühren bei Thomas Mann oder mit denen in Verbindung zu kommen, diese ganze Haltung der Intellektuellen, die also nicht ihre Aufgabe darin sehen, die Massen zu bilden, sondern eigentlich sich selbst zu verwirklichen in den zwanziger Jahren (...) Und in [den] Eliten, das ist eigentlich die Hefe, auf der der Nationalsozialismus gedeiht. Denn die Intellektuellen und das Bürgertum schmähen die Bevölkerung als

75 Transkript Dietz, S. 72. Siehe hierzu auch seinen Bericht über seinen Kriegseinsatz im Osten unter dem Titel: Unter den Fittichen des Bösen. Die andere Perspektive, Kopie im Besitz des Verfassers.

76 Transkript Dietz, S. 24.

77 Z.B. FZH/WdE 185, 193 u. 207.

78 Transkript Dietz, S. 26; vgl. hierzu auch FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 31f.

79 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 44.

Masse, als unbindbar usw. (...) Und die Aufhebung dieser Problematik, das ist eigentlich das, was mich mein Leben lang interessiert hat. Wir sind eben als Intellektuelle nicht dazu da, um uns selbst zu verwirklichen, nicht dazu da, um irgendwelche Geschichten zu spinnen, sondern unsere Aufgabe ist die Vermittlung der Probleme, wie sie bestehen in einer Form, die eben von der Bevölkerung aufgenommen werden kann, einfach, weil sie schon die Zeit nicht haben, sich im einzelnen damit auseinanderzusetzen.«⁸⁰

Deshalb war es »tatsächlich nachher so, daß man Schwierigkeiten hatte, überhaupt Probleme so zu formulieren, daß ein Hafendarbeiter oder ein Arbeiter aus Hammerbrook oder so etwas es überhaupt verstand. Wir redeten eine Sprache, die die Leute da unten überhaupt nicht verstanden, gespickt sei es mit Fremdworten, sei es überhaupt mit Gedankengängen, die uns selbstverständlich waren, die denen vollkommen fremd waren. Und das wurde im Grunde kultiviert. (...) Daher stammt diese Elite.«⁸¹

Um diesen Gegensatz zwischen den »Massen« und dem Bürgertum zu überwinden, glaubte Heinrich Dietz mit seinem Eintritt in die KPD Schleswig-Holsteins⁸² den richtigen Schritt zu tun.

»Ich fand das absolut notwendig. Wenn ich an Karriere oder so etwas gedacht hätte (...), wäre ich natürlich in die CDU gegangen. Aber das habe ich erst später gemacht. Aber bei dieser ganzen Sicht der Problematik, daß man also diese Trennung zwischen den Intellektuellen und überhaupt der Bevölkerung aufheben muß, war das also eine vollkommen logische Geschichte. Daß ich da natürlich aus allen Wolken gefallen bin, was da an (...) halbgebildetem Käse innerhalb der Kommunistischen Partei verzapft worden ist, das war natürlich dann eine ganz andere Frage. (...) Aber sagen wir mal so, das elitäre Selbstverständnis (...) à la Thomas Mann, das war zumindest angeknackst damals schon.«⁸³

Heinrich Dietz »flog nach zwei Jahren oder gut zwei Jahren [aus der KPD Schleswig-Holstein; A. K.] raus, Ende '48, Anfang '49, wegen Titoismus, wie es damals hieß.«⁸⁴ Laut Urteil des »Schiedsgerichts beim Landesvorstand der KPD. Schleswig-Holstein« unter Vorsitz des ehemaligen Häftlings und kurzzeitigen Lagerältesten im KZ Sachsenhausen, Hein Meyn, hatte Heinrich Dietz gegenüber einem Genossen geäußert, die KPD sei »nichts als

80 Transkript Dietz, S. 44f.

81 Transkript Dietz, S. 45f.

82 Generell zur Rekonstitution der KPD in Schleswig-Holstein nach der Befreiung vom NS-Regime siehe Siegfried, Zwischen Einheitspartei und »Bruderkampf«, S. 49–79.

83 FZHWdE 198, Transkript Dietz, S. 62f.

84 Transkript Dietz, S. 24. Zu den Ausschlußverfahren aus der KPD wegen Betätigung im Sinne des »Titoismus« vgl. Weigle, Vom Sturmgrenadier zum KPD-Vorsitzenden, in: Demokratische Geschichte, Bd. VII, Kiel 1995, S. 213–241; S. 222 u. 231ff.

ein Sektiererverein im großen Maßstab.« Man hätte feststellen müssen, »daß die K.P. in den Westzonen nichts geleistet« habe. Wegen dieser und weiterer Äußerungen kam das Schiedsgericht zu dem wenig überraschenden Urteil, Dietz »aus dem Landesvorstand und dem Sekretariat desselben zu entfernen.«⁸⁵ Heinrich Dietz hatte es innerhalb des regionalen Parteiapparates bis zum 3. Sekretär gebracht. In den 1950er Jahren wechselte Heinrich Dietz dann das politische Lager. Zunächst eine glänzende Karriere vor Augen, verhinderte die SPIEGEL-Affäre den Erfolg in der christdemokratischen Partei.

»Und '61 war die Bundestagswahl. Und ich habe seit Ende der 50er darauf hingearbeitet, hier Bundestagsabgeordneter zu werden. Und ich wäre es auch geworden, wenn nicht die Spiegelaffäre gewesen wäre, und infolgedessen von Hassel Verteidigungsminister wurde und suchte einen freien Wahlkreis. [...] Natürlich gegen den Verteidigungsminister war (...) nicht zu kandidieren. Und infolgedessen war ich auch ... ich habe diese politischen Karikaturen eigentlich als Provisorium gesehen. Ich wäre gern in die Politik gegangen. Aber damit war es dann natürlich aus. Mit fünfzig noch anfangen, Bundestagsabgeordneter zu werden, halte ich für Blödsinn.«⁸⁶

Dietz, dessen zu Beginn der 1960er Jahre entworfene SPIEGEL-Titelblätter viel Beachtung gefunden hatten, wurde später Professor für Kunst in Bremen.

2. Albert Fischer – »Das war für unsere Begriffe alles verkehrt«

Der nächste Protagonist aus dem »Musencabinet«-Zirkel, Albert Fischer, stammte ebenfalls aus dem akademischen Milieu. Albert Fischer wurde am 28. September 1922 in Jena geboren, wo der Vater die lokale Volkshochschule leitete. Als Vierjähriger zog er mit den Eltern 1926 zunächst nach Kiel und dann 1928 nach Hamburg. Er war das zweite von vier Kindern. Beide Eltern hatte eine akademische Ausbildung. Der Vater war Pädagoge und Hochschullehrer sowie Herausgeber der Zeitung »Erziehung«.

In der Rückerinnerung ist Albert Fischer darüber erstaunt, daß sein Vater eine nationalliberale Einstellung zumindest eine zeitlang mit dem Parteibuch der Sozialdemokratie zu verknüpfen vermochte. Nach der Machtübernahme trat der Vater dem Stahlhelm bei, nach Vermutung seines

85 Schiedsgericht beim Landesvorstand der KPD. Schleswig-Holstein. Angelegenheit Heinrich Dietz, o.O., o.J. [1949], Kopie im Besitz des Verfassers.

86 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 27.

Sohnes in der »Absicht, irgendwie organisiert zu sein, irgendwie nicht nationalsozialistisch, aber national organisiert zu sein.«⁸⁷

Nach dem Besuch der Grundschule meldeten die Eltern Albert Fischer an einem Hamburger Elitegymnasium an – dem Christianeum.⁸⁸

»Bürger zweiter Klasse« – der »Vierteljude«.

In die frühe gymnasiale Zeit fiel auch die Konfirmation Albert Fischers, die von einem Mitglied der Bekennenden Kirche in Groß Flottbeck vollzogen wurde.⁸⁹ Eine Konfirmation in Nienstedten hatten die Eltern abgelehnt, weil der dortige Pastor den Deutschen Christen nahestand. Nach Informationen der jüngeren Schwester Albert Fischers hatte diese Handlung eine Schutzfunktion.⁹⁰ Denn der Großvater mütterlicherseits war jüdischer Herkunft, jedoch vollständig assimiliert. Diese Tatsache hatte bis zur Machtübernahme keine Bedeutung im Bewußtsein der Familie gehabt. Mit der Machtübernahme änderte sich die Situation schlagartig und grundlegend. Die Mutter wurde stigmatisiert und durch die Nürnberger Gesetze 1935 zur »Halbjüdin«. Diese Aussonderung aus dem nationalsozialistischen »Volkskörper« war fortan für die Fischer-Familie von zentraler Bedeutung und hatte für jedes einzelne Familienmitglied erhebliche biographische Folgen.

»K: Wie reagierten Sie denn selbst als Kind oder Jugendlicher darauf, als Sie erfuhren, daß sie praktisch dann »Vierteljude« waren?

F: Ich war natürlich auch Kind, als ich das zur Kenntnis nahm, ich war elf Jahre.

K: Haben sie das als etwas Schlimmes empfunden?

F: Ja, doch, doch. Natürlich. Dieses Nichtdazugehören. (...) Ich meine, für mich direkt hatte das natürlich doch die Konsequenzen, daß ich mich da mit meinem Berufsgedanken sehr stark darauf eingestellt habe, auf Emigration eingestellt habe. Ich habe z.B. nach meinem Abitur bin ich in eine Maschinenfabrik gegangen, um irgendetwas im Bereich Technik und Physik zu studieren, weil es mir ganz klar war, daß ein geisteswissenschaftliches Studium überhaupt nicht in Betracht kam. Erstens deswegen, weil es ja so gut wie alles Staatsberufe sind, zum anderen deswegen, weil es in Deutschland nicht ausübbar war, so daß ich mich auf einen technisch-naturwissenschaftlichen Beruf eingestellt habe und der auch eben emigrationsfest sein sollte.

K: Aber hätten sie als sogenannter Vierteljude ... wären Sie da ausgegrenzt worden, nachher beruflich?

87 Dies und das vorhergehende Zitat aus FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 2.

88 Vgl. 250 Jahre Christianeum 1738–1988.

89 Die Konfirmation betreute Pastor Juhl.

90 Vgl. FZH/WdE 183, Transkript Hintze, S. 2.

F: Ja, das schon. Also Beamter wäre nicht in Frage gekommen, ein Lehrerberuf wäre nicht in Frage gekommen, Medizinstudium nicht in Frage gekommen. Medizinstudium war verboten. (...)

K: Als Sie das erfuhren, wurde mit den Eltern darüber geredet?

F: Ja. Ich habe es von vornherein erfahren. 1933 schlagartig in der ganzen Familie. Auch in meiner weiteren Verwandtschaft wurde sehr viel darüber geredet.

K: Weil Sie sagten, Sie fühlten sich schon irgendwie ausgeschlossen aus der ›Volksgemeinschaft‹?

F: Ja. Wurde durch diese Art und Weise Bürger zweiter Klasse. Während des Krieges hat mir das dann zweimal sehr genützt (...) wo mir mißliebige Versetzungen oder Beförderungen ausstanden. Einmal sollten die Leute, die gute Griechischkenntnisse hatten, zu Nachrichtendolmetschern für Griechenland ausgebildet werden. Nachrichtendolmetscher waren eine der SS und dem SD unterstellte Einheit. Das wußte ich damals. Konnte ich mich bei meinem Kommandeur melden (...) Und dann wurde die Sache erledigt. So gern wie ich nach Griechenland gegangen wäre, das war natürlich ein prima Posten, aber im Bereich des SD und SS natürlich ... dann zum Offiziersanwärter ... Während andere Leute ja bekanntlich in derselben Situation, so Helmut Schmidt oder z.B. der Germanist Killy, die haben sich zum Offizier machen lassen. Militärnamen sind ja gar nicht sehr wichtig.

K: Haben sie auch Ihre Gefühle gegenüber Ihren Eltern angesprochen? Jetzt bin ich ausgegrenzt oder ...

F: (...) Vielleicht haben sich, darüber ist ja viel nachgedacht worden, die Generationsverhältnisse ein bißchen anders formiert. Man war mit den Eltern zusammen in einer Besonderheit und in der Nichtidentität mit dem Staat.«⁹¹

Die zwangsweise Zuordnung zur Gruppe der »Vierteljuden« prägte den Lebenslauf Albert Fischers in dreifacher Weise. Zentral war zunächst die Erfahrung der Ausgrenzung und deren schwerwiegende Auswirkungen auf den weiteren individuellen beruflichen Werdegang. Nüchtern wurde von dem Zeitzeugen abgewogen, welche Berufswahl am ehesten ein Überwintern im Deutschen Reich ermöglichte und vor einer befürchteten Deportation bewahrte.

Während des Zweiten Weltkriegs bot das Stigma »Vierteljude« dann die Chance, vor Tätigkeiten beim SD oder der SS bewahrt zu bleiben. Gleichzeitig eröffnete sich dadurch die Möglichkeit, die Verweildauer an der ›Heimatfront‹ zu erhöhen. Drittens rückten die Familienangehörigen aufgrund der gemeinsamen Ausgrenzungserfahrung enger zusammen. Durch das gemeinsame Los entstand ein engeres Verhältnis zwischen Kindern und Eltern.

91 FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 5ff.

»En bloc in der Hitlerjugend« – Versuche, sich der Vereinnahmung seitens der NS-Jugend zu entziehen.

Wie viele seiner Altersgenossen aus dem Bürgertum war auch Albert Fischer von der bündischen Jugendbewegung fasziniert. Gegen Ende der Weimarer Republik schloß er sich dem Deutschen Pfadfinderbund an, in dessen lokaler Gruppierung eine nazifeindliche Grundeinstellung vorherrschte;⁹² nicht zuletzt auch wohl deshalb, weil beide Jugendorganisationen um das gleiche jugendliche Klientel buhlten.

»K: Wie kam man da rein?

F: Da war jemand in meiner Klasse. Und meine Eltern haben das mit Wohlwollen betrachtet, als ich da anfragte, ob ich da mitmachen dürfte.

(...) Man wurde natürlich gleich von der HJ attackiert. Da gab es auch ganz interessante Dinge, Auseinandersetzungen, auch Schlägereien oder jedenfalls Schlägereien, auf die man sich gefaßt machte. Ich weiß noch, daß wir ein großes Treffen der bündischen Jugend in Bad Segeberg hatten, was auch historisch bekannt ist. Da wurde z.B. ausgesprochen erwartet, daß es eine Schlägerei mit Hitlerjugend und SA gäbe. Man fuhr da auch mit Lastwagen hin. Wenn man an Parteiorganisationen vorbeikam, dann wurde hinten die Fahne runtergelassen, daß man die Nummer des Lastwagens nicht lesen konnte und damit diese Lastwagenfirmen keinen Nachteil davon hatten. Dinge, die sicher eine Art Indianerspielerei von uns waren. Waren also aufregend. Nachdem dieser Pfadfinderbund aufgelöst war, haben wir uns als Pfadfinder einen Tag getroffen. (...) In der Nähe des Altonaer Bahnhofs, im Hause eines Arztes, wo ein heller Raum für uns eingerichtet war. Und das hatte so was geheimbündlerisches. Da sind wir dann auch jahrelang hingegangen, solange, bis unsere Pfadfinderführer auch aus politischen Gründen auswanderten. Es gab zwei oder drei Pfadfinderführer, die wanderten nach Südamerika aus, wo einer von ihnen ein kleines Vermögen hatte, eine Farm gekauft hatte. Dann wurde auch noch korrespondiert immer noch mit ihnen. Aber damit verlor diese Pfadfindergruppe ihre Köpfe und hat dann nur noch freundschaftlich weiterexistiert.

K: Also wie bei vielen anderen Gruppen, die schillernden Führungspersönlichkeiten ...?

F: Ja. Das waren auch Erwachsene. Die waren sehr viel älter als wir. Ich weiß, der eine mußte, um auswandern zu können, noch aus dem Militär freigeschanzt werden. Also ein Admiral, der Ehrenpräsident der Pfadfinder gewesen war, und den wir deswegen kannten, und der sich dafür auch einsetzte. (...)

K: Allgemein wird ja heute davon gesprochen, daß diese gesamten Männerbünde, sagen wir mal, diese bündische Jugend sich selbst auch militärisch gaben in der Kleidung, in einer Marschkolonne z.T.

F: Ja. Zum Teil versuchten sie ja en bloc in der Hitlerjugend eine separate Gruppe zu bilden. Das haben wir auch eine Zeitlang gemacht. Diese Pfadfindergruppe ging dann auch oder bildete eine Gruppe in der Marine-HJ. Da wurde dann gesegelt. Wir kriegten von (...) vermögende[n] Leute[n], die da an der Elbchaussee waren, von denen kriegten wir einen Kutter gestiftet dort und sind eben irgendwie auf der Elbe gesegelt oder gerudert.

K: Und sonst, erinnern Sie sich vielleicht noch weiterer Begebenheiten aus Ihrer bündischen Zeit? Sie deuteten an, es gab auch Schlägereien mit der HJ.

F: Ich weiß noch, was wir damals gesungen haben, Anti-Hitlerjugendlieder.«⁹³

Nach Auflösung seiner Pfadfindergruppe in der Marine-HJ wechselte der junge Albert zum Hitlerjugendorchester, in dem er als Cellist spielte. Albert Fischer und seine Pfadfinderkameraden versuchten der Gleichschaltung, die alle mit der Hitlerjugend konkurrierenden Jugendgruppen unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 betraf, mit den wenigen ihnen verbliebenen Möglichkeiten zu entgegnen. Zunächst traf man sich – zumindest so lange die alten Führungspersönlichkeiten aktiv blieben – weiter, um den eigenen Gruppenstil zu pflegen. Diese Phase hielt jedoch nur über einen kurzen Zeitraum an und endete zumeist entweder mit der Emigration der Jugendführer oder der Integration in die Hitlerjugend, wodurch nicht zuletzt bündische Stilformen Einzug in die nationalsozialistische Jugendorganisation hielten.⁹⁴ Der von Albert Fischers bündischer Gruppe gewählte Weg, sich dann der Marine-HJ-Formation anzuschließen, ist typisch für Jugendliche seines Sozialmilieus, blieben doch in den HJ-Segel- und -Reiterformationen die Jugendlichen aus den besser gestellten Bevölkerungsschichten unter sich.

»Und ein Regenschirm war damals das letzte« – Distanz zur Swing-Jugend.

Während seiner Schulzeit stieß Albert Fischer auf einen spezifischen, von der Norm erheblich abweichenden Habitus unter den Pennälern, der damals in Hamburg für erhebliches Aufsehen sorgte – die Swingjugendlichen.⁹⁵

93 FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 3f.

94 Vgl. Reulecke, *Jugend und junge Generation*, in: Langewiesche/Tenorth (Hg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. V, S. 86–110, S. 104ff; Kenkmann, *Wilde Jugend*, S. 70f.

95 Zu den Hamburger Swingjugendlichen des ›Dritten Reichs‹ gibt es mittlerweile eine Fülle von Publikationen aus fachwissenschaftlicher und autobiographischer Sicht; vgl. u.a. Pohl, »Schräge Vögel, mausert euch!«, in: Breyvogel (Hg.), *Piraten, Swings und Junge Garde*, S. 241–270; ders., »Das gesunde Volksempfinden ist gegen Dad und Jo«; Kater, *Gewagtes Spiel*; Bender, *Swing unterm Hakenkreuz in Hamburg*; Storjohann, »Hauptsache: Überleben«; Meyer, *Bewältigungsmuster im Vergleich*, in: Boll (Hg.), *Verfolgung und Lebensgeschichte*, S. 63–85, S. 70–75.

Angehörige dieser Jugendsubkultur lebten ihre Formen der Selbststilisierung derart eindrucksvoll aus, daß sie Albert Fischer deutlich in Erinnerung waren.

»Es gab auch welche, die sich sehr stilisierten gegen den Geist der Zeit, also Schüler, ich weiß nicht, ob sie sich die Lords nannten. Aber das ging auch ein bißchen zusammen mit dieser englischen Musik.

K: Da fanden Sie keinen Zugang direkt zu diesen Swingboys?

F: Nein, das nicht, weil ich zu dieser Musik keinen Zugang hatte. (...) Das war auch ein anderer Typ. Das waren ja Leute, die lange Haare trugen und steppeten in der Klasse. Also Steppen war damals große Mode. Einer, der konnte überhaupt nicht ruhig stehen, ohne Steppen zu üben. (...)

K: Aber Sie sagten jetzt, die hießen, glaube ich, die Lords. Zeigt das irgendwie eine Distanz zur Gruppe? Aber irgendwie haben die Sie auch fasziniert?

F: Ach ja, ich meine, schon durch die Oppositionsfigur. Wie gesagt, einer ist, wenn ich mich nicht irre, mit 'nem Regenschirm zur Musterung gegangen. Und ein Regenschirm war damals das letzte. Weder die bündische Tradition noch die HJ ...

K: Also sie ließen die so drüberhängen, oder wie muß man sich das vorstellen?

F: Unterm Arm. Es war gar kein Regen.

K: Und was zählte sonst noch zur Kleidung?

F: Das kann ich nicht mehr sagen. Also Outfit spielte damals nicht so eine große Rolle wie heute, weil man nicht so viel Geld für Kleidung ausgab. Aber Frisur natürlich.«⁹⁶

Präzise erinnert Fischer einen Swingjugendlichen aus seiner Schulklasse:

»**F:** Vor allem zeigte sich dann, daß er hervorragend Englisch konnte. Wie gesagt, der kam immer als Sitzenbleiber herein und war immer an der unteren Grenze der Leistungen. Und in Englisch hatte er eine glatte Eins, blendende Aussprache, weil er allabendlich die Sender hörte. Das war damals ja auch noch nicht verboten. Verboten wurden die Sender ja erst zu Kriegsbeginn.

K: Aber die Gruppe hatte schon ihren Stellenwert an der Schule, diese Swingboys?

F: Ja. Die Figur war sichtbar, ja.«⁹⁷

Albert Fischers Verhältnis zur Swingjugend war von Neugierde bestimmt. Hingezogen zu ihnen fühlte er sich nicht. Zu groß waren doch die sozialmilieuspezifischen und mentalen Differenzen zwischen ihm als einem hervorgehobenen Angehörigen des Hamburger Bildungsbürgertums und denjenigen

96 FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 13f.

97 Transkript Fischer, S. 14.

Sprößlingen des »traditionell an England orientierten, hanseatischen Kaufmannsbürgertums«⁹⁸ seiner Schule, die als Swingjugendliche einen urban-modernen Lebensstil auszuleben suchten. Zu dieser Distanz trug überdies bei, daß die Familie Fischer erst seit kurzem in die Hansestadt gezogen war.

Ebenso wenig fand sein »Musencabinett«-Kollege Josef Barkmann Zugang zu dieser Jugendsubkultur. Barkmann leitete sein distanzierendes Verhältnis zur Swingjugend zur Mitte des Zweiten Weltkriegs nicht nur aus seiner Zugehörigkeit zu einer unterschiedlichen Geburtskohorte ab – Barkmann war Jahrgang 1921 – sondern auch aus seinem Fronterlebnis:

»Ich bin da nicht bei gewesen. Nein. Ich war wohl auch ein paar Jahre älter schon als die. Und wissen Sie, nach Rußland ist einem doch anders als vor Rußland, nicht nach Swing. Wenn man so viele Leute hat sterben sehen und selber verwundet war und so. Das ist doch ein furchtbar tiefgehender Eindruck.«⁹⁹

Am Christianeum übersprang Albert eine Klasse und legte 1940 seine Reifeprüfung ab. Seine Leistungen möchte Albert Fischer jedoch nicht überbewertet sehen: Am Christianeum habe als »guter Schüler« gelten können, auch wer »nicht viel gearbeitet« habe.¹⁰⁰ Auf der Abiturfeier erhielt er für das klassenbeste Abitur ein Exemplar von Hitlers »Mein Kampf« – mit Schulwidmung – als Preisgabe. Albert selbst wertete seine Position als Primus ab, weil ein Teil seiner Mitschüler schon vorzeitig ihren Militärdienst leistete und deshalb mit vorgezogenem Abitur die Schule bereits verlassen hatte.¹⁰¹ Nach dem Abitur 1940 absolvierte Albert Fischer ein Maschinenbaupraktikum im Ottensener Eisenwerk, das zu jener Zeit fast ausschließlich für die Kriegswirtschaft produzierte. Hier kam er zum ersten Mal in Kontakt mit bis dahin unbekanntem sozialen Milieu – sieht man ab von den Überfällen von Kindern und Jugendlichen aus kommunistisch nahestehendem Milieu auf ihn und seine Klassenkameraden während ihres Schulweges von Klein-Flottbek zum Christianeum in Altona.

F: Ich bin dann vom Abitur in die Fabrik gegangen. Ich habe ein Maschinenbaupraktikum gemacht im Ottensener Eisenwerk, was für mich knallhart war, eine ganz neue Existenzform. Und da wurde auch schwer gearbeitet.

K: War das nicht eine völlig neue Welt?

F: Ja, ja. Ich meine, da geht das ganze Tagebuch davon, von den Gesprächen mit den Leuten. (...)

Eine Zeitlang habe ich Schlosserei gemacht, auch mal eine Woche Drehbank, was ja ziemlich schwer ist. Und die Dinge gelernt. Man hat sich mit den Leuten unterhalten, da mit denen gefrühstückt usw., hat in der Kantine gegessen.

98 Pohl, »Das gesunde Volksempfinden ist gegen Dad und Jo«, S. 22.

99 FZH/WdE 185, Transkript Barkmann, S. 31.

100 FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 16.

Eine Zeitlang war ich auch dem Obmann der Arbeitsfront (...) – der war in der Schmiede – als Mitarbeiter zugeteilt. Das war ein ganz komischer Kerl, der die politische Beaufsichtigung der anderen hatte. Die waren auch politisch sehr verschiedener Meinung und ließen das auch raus.

(...) Dann gab es eine Abteilung, die Schweißgeräte machte, große Schweißanlagen machte usw. also war für mich eine hochinteressante Welt, weil ich, wie gesagt, das alles nicht gekannt habe. (...)

Die haben mich akzeptiert durchaus. Und dann gewissermaßen das soziologische Interesse, das ich für die hatte, (...) daß ich gewissermaßen auf die eingehe, das wurde akzeptiert. Platt konnte ich natürlich nicht. Als Junge habe ich an der Schule in Nienstedten Platt gesprochen. Das behaupten meine Eltern. Ich habe mit denen ein bißchen lockeres breites Hamburgisch gesprochen. Das machten die ja auch. Wir hatten z.B. einen Dreher, der ein sehr guter anerkannter Dreher war, der von Hand Kugeln drehen konnte, der jeden Freitag, in der Nacht von Freitag auf Samstag, einen Großteil seines Lohnes versoff.

K: Es gibt ja diesen Satz, daß der Facharbeiter auch noch im Krieg stolz darauf gewesen sei, vernünftige Munition produziert zu haben mit seiner Ausbildung.

F: Ja. Also wie gesagt, über die Munition wurde dort ein bißchen gelacht. Aber die haben natürlich alle gute Arbeit gemacht.

K: Ich meine das Berufsethos.

F: Ja.

K: Man wußte, man produzierte für den Krieg, aber ...

F: Ja, ja. Auch wenn sie mit dem Krieg nicht einverstanden waren.

K: Das würden Sie bestätigen?

F: Ja, ja.«¹⁰²

Albert Fischer bekräftigt Beobachtungen, die auch an anderer Stelle bestätigt werden. Er lernte den Typus des sozialdemokratischen Facharbeiters kennen, der Gegner des NS-Regimes sein konnte und dennoch stolz auf seine fachliche Qualifikation war, mit der er die hohen Ansprüche in der Rüstungsproduktion erfüllte.

Begeisterung für Wehrmacht und Technik:

»So wenig wie möglich bösen Krieg mitzerleben«

Anschließend studierte Albert Fischer für ein Trisemester Naturwissenschaften. 1941 wurde er zum Reichsarbeitsdienst einberufen, anschließend zum Militär. Hier kamen ihm die bisher gewonnenen Kenntnisse und Fertigkeiten aus seinem Praktikum und seinem naturwissenschaftlichen Studium zugute. Er wurde zum Vermessungstechniker ausgebildet und arbeitete

101 Vgl. Transkript Fischer, S. 12.

102 Transkript Fischer, S. 14 u. 17ff.

schließlich selbst als Ausbilder bis zur Invasion der westlichen Alliierten in der Normandie im Herbst 1944. Erst zu diesem späten Zeitpunkt kam Albert Fischer zum direkten Fronteinsatz, zunächst in Frankreich und später dann auch im Osten, wo er 1944 verwundet wurde. Kurz vor Kriegsende desertierte er.

»Ja, also ich war erst bei der Artillerie und dann in der sogenannten Anfangsgeschwindigkeitsmessung. Das war Schwerartillerie, sowohl die Vermessungstechnik wie eine bestimmte Technik, in der die Anfangsgeschwindigkeit der Munition, die das Rohr verließ, ermessen wurde. Und dazu brauchte man wieder sehr viel Vermessungstechnik, weil man damals kein Radar hatte. (...) Ich habe mich da im Betrieb sehr viel mehr für die sozialen, persönlichen Probleme der Leute interessiert als für die Technik. Aber ich habe angefangen, Naturwissenschaften zu studieren und bin auch aufgrund dessen in der Militärzeit sehr schnell zur Vermessungseinheit gekommen, als Artillerievermesser und habe das auch ganz bewußt ausgebaut, um in solchen Spezialeinheiten zu bleiben und so wenig wie möglich bösen Krieg mitzerleben. Das führte dazu, daß ich erstmal in Hamburg lange Ausbildungszeit nicht nur selber genoß, sondern auch Ausbilder sein konnte im Vermessungswesen dort. (...) Und das waren dann auch Zeiten, in denen ich weiter im »Musencabinet« ein- und ausgehen konnte dort. Und bin dann von da aus zu einer Spezialeinheit für weitesttragende Artillerie gekommen und da auch wieder in der Vermessungstechnik und Anfangsgeschwindigkeitsmeßtechnik. (...) Und dann war sehr lange Lagerung in Südfrankreich. In Südfrankreich hat man bis zum Herbst '44 bis zur Invasion dort eben auch Vermessung und Vermessungstechnik gemacht.«¹⁰³

Albert diente in einer militärischen Einheit, die ein hohes Maß an physikalischen Kenntnissen erforderte und ihn gleichzeitig vorerst vor einem direkten Fronteinsatz während des Kriegs bewahrte. Seine speziellen technischen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse baute Albert Fischer weiter aus, um sich möglichst lange der direkten Teilnahme an militärischen Einsätzen zu entziehen. Bei dieser individuellen Strategie dachte er jedoch nicht darüber nach, welchen strukturellen Beitrag er dennoch durch seine Ausbildungstätigkeit zur Aufrechterhaltung des NS-Staates und zur Fortführung des Krieges leistete.¹⁰⁴

Der persönliche Ausstieg aus dem Zweiten Weltkrieg fand für Albert Fischer unspektakulär und mit tatkräftiger Unterstützung eines alten Bekannten

103 Transkript Fischer, S. 21f.

104 Zur Beteiligung von Naturwissenschaftlern und Technikern an der Funktion und Aufrechterhaltung des NS-Systems siehe jetzt die Beiträge von Maier, Nationalsozialistische Technikideologie, und Orland, Der Zwiespalt Politik und Technik, in: Dietz/Fessner/Maier (Hg.), Technische Intelligenz, Münster u.a. 1996, S. 253–268 u. S. 269–295; Gottwaldt/Klewin, Technik. Macht. Krieg, in: Ich diente nur der Technik, S. 9–14.

statt: Heinrich Dietz. Die während der gemeinsamen »Musencabinet«-Zeit gewachsene Freundschaft zwischen den beiden Männern, die dort erfahrene Übereinstimmung ihrer nonkonformen Haltung gegenüber dem NS-Staat, fand ihre Fortsetzung. Dietz verhalf Albert Fischer, der sich nach einer an der Ostfront erlittenen Verletzung im Februar 1945 auf Genesungsurlaub in Wentorf befand, zu zusätzlichem »Urlaub«, indem er ihm von seiner Schreibstube aus den Genesungsurlaub immer wieder verlängerte bzw. erneuerte.

»K: Also da half man sich unter den alten Freunden ...

F: Ja, ja. Dann hat man beraten, und dann hat man sich einen gefälschten Entlassungsschein verschafft und solche Dinge gemacht. Ich bin dann zum Kriegsende selber dann noch – ich mußte dann doch noch mal hin zum Militär, ganz wegbleiben konnte ich nicht, also Fahnenflucht, wurde ständig natürlich mit sofortiger Erschießung gedroht – bin dann noch mal ... Habe dann in einer Schrebergartenkolonie in Neumünster das Kriegsende erlebt zusammen mit einem Freund, den ich da noch aus einer Klinik herausgeholt habe, sind wir gewissermaßen untergetaucht.«¹⁰⁵

Von der Entnazifizierungspraxis war Albert Fischer sehr enttäuscht.

»F: (...) Gut, es geht nicht ohne, und es geht nicht ohne furchtbare Ungerechtigkeiten dabei. (...) Es war ja erst eine Welle sehr starker, sehr rigider Entnazifizierungen. Nachher haben die Amerikaner das ganze umgedreht im Sinne des Kalten Krieges, die Nazis, angefangen von Herrn Flick usw., die in Nürnberg verurteilt waren, gleich wieder eingesetzt. Das war für unsere Begriffe alles verkehrt natürlich.«¹⁰⁶

Nach dem Krieg studierte Fischer die Studienfächer, von denen er aufgrund seines »Vierteljuden«-Status unter der NS-Herrschaft Abstand genommen hatte. Er immatrikulierte sich an in- und ausländischen Universitäten und machte so Erfahrungen, »nach denen man damals hungerte.«¹⁰⁷ Seine Karriere beendete er als Ordinarius für Pädagogik.

III. Ute Sommerfeld und Dörte Winther – zwei Frauen aus dem Umfeld der »Weißen Rose«

Die beiden weiblichen Biographien konzentrieren den Blick auf die Lebensgeschichten von Frauen, die anders als bei den zuvor dargebotenen

105 FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 31.

106 Transkript Fischer, S. 32.

107 Transkript Fischer, S. 32.

beiden männlichen Biographien durch ihre Zuordnung zur Hamburger »Weißen Rose« erhebliche Brüche in der eigenen Lebensgestaltung erfuhren.

1. Ute Sommerfeld – »Das war innerer Widerstand«¹⁰⁸

Geboren im März 1915, wuchs Ute Sommerfeld in einem lebensreformerisch geprägten Milieu in der Nähe von Lübeck auf. Der Vater, in den Augen seiner Tochter ein zeitgenössischer »Aussteiger«,¹⁰⁹ hatte nach mehreren vergeblichen Versuchen, sich eine bürgerliche akademische Berufsexistenz aufzubauen, nahe Lübeck ein Obstgut erworben und dort biologischen Anbau betrieben. Die Familie lebte mit anderen lebensreformerisch Eingestellten in der Siedlung Klingberg.

Nachdem der Vater als eingezogener Reserveoffizier aus dem Ersten Weltkrieg zurückkehrte, reichte der Ertrag des Obstgutes zur Sicherung des familiären Lebensunterhaltes nicht mehr aus. Er verkaufte das Gut und verzog mit der Ehefrau und achtjährigen Tochter nach Kirchheim nahe Marburg, in die Nähe seiner Großeltern. Nachdem auch hier ein erneuter Versuch scheiterte, ein lebensreformerisches Projekt zu verwirklichen, hatte der Vater großes Glück, mit vierzig seine erste feste Anstellung zu erhalten – beim Finanzamt in Marburg. Die Mutter, elf Jahre jünger als ihr Gatte, hatte sich in den 20er Jahren der transnational organisierten Anthroposophischen Gesellschaft angeschlossen. Anthroposophischen Fragestellungen stand auch ihre Tochter Ute vor allem Anfang der 30er Jahre durchaus aufgeschlossen gegenüber – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Kontakte der Mutter ihr häufige Auslandsbesuche durch organisierten Schüleraustausch ermöglichten. Als Kind und Jugendliche hatte Ute Sommerfeld deshalb schon vor 1933 mehrere Male die Schweiz, Norwegen und Finnland besucht. Zu ihrem Abitur im Frühjahr 1934 schenkten ihr die Eltern einen Frankreichaufenthalt. Stellt man dabei in Rechnung, wie wenig Gleichaltrige diese Möglichkeit zum Kennenlernen ferner und unbekannter Erlebniswelten in den 20er Jahren besaßen, vermag man dieses Privileg der jungen Ute erst richtig einzuschätzen. In ihren Reisemöglichkeiten wurde sie vor allem von ihrer Mutter unterstützt, die 1932 eine Reise in die Sowjetunion unternommen hatte und sichtlich mitgenommen von den miserablen Lebensverhältnissen der Landbevölkerung zurückgekehrt war. Die Mutter weckte das Interesse ihrer Tochter für die russischen Literaten Tolstoj, Puschkin und Tschechow, deren Werke sie begierig verschlang.

108 FZH/WdE 188, Transkript Sommerfeld, S. 73.

109 Transkript Sommerfeld, S. 1.

Die Nähe zu den Großeltern, insbesondere dem Großvater, prägte ihre weitere Lebensgeschichte entscheidend:

»Und dann kam noch 'ne sehr üble Sache dazu, die mir vielleicht, mich damals schon in eine politische spätere Richtung [beeinflusste]. (...) Er war Antisemit. (...) Und meine Großeltern, wie das manchmal so is', daß (...), der Einfluß dann nachher ins Gegenteil umschlägt.«¹¹⁰

Die antisemitische Haltung des Großvaters führte zur wachen Beobachtung der nationalsozialistischen Machtübernahme durch die mittlerweile 17jährige Unterprimanerin eines Lyzeums.

»Und das war für mich, da war ich, also am 30. Januar '33, da war ich in der Unterprima, ja. Und eh, das war für mich dann doch schon ganz deutlich in wenigen Monaten erlebbar, wie diese Lehrer also wirklich 'ne totale Kehre machten. In ihren Reden und in ihrem Verhalten, und sich sofort gleichschalteten. (...) Also da hat man, ja, und da hab' ich in meiner jugendlichen, wirklich Torheit muß ich fast sagen, in Leichtsinnigkeit habe ich unser'm Direktor, der auch so'n richtiger Karrieremacher war, der hat auch nachher noch weiter Karriere gemacht, eh, dem hab' ich das vor der Klasse gesagt, daß er ja sich doch sehr geändert hätte.«¹¹¹

Ihre Mitschülerinnen waren sich einig in dem Versuch, sich einer BDM-Mitgliedschaft zu entziehen. Obwohl Ute Sommerfeld ein Abitur machte, das ihr üblicherweise den Zugang zur Hochschule ermöglicht hätte, wurde ihr das Studium »wegen politischer Unzuverlässigkeit« verweigert. Durch die Fürsprache eines Kreisleiters und eine freiwillige Arbeitsdienstzeit versuchte die Heranwachsende, dennoch die Berechtigung zur Immatrikulation zu erhalten.

Die Einziehung zum Arbeitsdienst war keine Strafe für ihre Renitenz an der Schule. Denn schon unmittelbar nach der Machtübernahme wurde von nationalsozialistischer Seite diskutiert, Abiturienten und Studenten den Arbeitsdienst absolvieren zu lassen. Der Student müsse, so die nationalsozialistischen Verantwortlichen « ... erst einmal Abstand von seiner bisherigen Umwelt gewinnen, um sich über seine eigene Zukunft klar zu werden. Die Teilnahme am Freiwilligen Arbeitsdienst erleichtert ihm diese innere Umstellung.« Um den erhofften »Gedankenaustausch mit jungen Volksgenossen aus anderen sozialen Schichten«¹¹² wurde Ute Sommerfeld »gebracht«, denn sie stellte fest, daß ihre Schicksalsgenossinnen zum gleichen Sozialmilieu gehörten. »(...) das Kuriose dabei war eben, (...) in diesem Arbeitslager war'n

110 Transkript Sommerfeld, S. 4.

111 Transkript Sommerfeld, S. 10f.

112 Arbeitsdienst und Werkhalbjahr. Ein zentraler Ausschuß, in: Kölnische Zeitung v. 26. Februar 1933.

die höheren Töchter wieder unter sich, weil natürlich das alles Mädchen war'n, die studier'n wollten.«¹¹³ Und einen Erfahrungsaustausch mit den ebenfalls im Lager befindlichen Saarländerinnen verhinderten schon die erheblichen, durch die unterschiedliche regionale Sozialisierung hervorgerufenen Unterschiede.¹¹⁴

»So, jetzt kannst du atmen.« – Individuelle Fluchten aus dem NS-Alltag

Der Antisemitismus des Großvaters führte bei der Heranwachsenden zu der Erkenntnis, daß der verschärfte Antisemitismus des »Nationalsozialismus an der Macht« auf dem der Weimarer Republik aufbaute. Die fortwährende Diffamierung der deutschen Juden durch den Großvater führte zur Gegenreaktion der jungen Ute, zu Beginn des Studiums in Marburg bewußt den Kontakt zu jüdischen Studierenden zu suchen.

Das Studium nahm sie in der Erkenntnis auf, daß nach der Machtübernahme die Pädagogik zur politischen Indoktrination benutzt wurde. Ihr ursprüngliches Berufsziel, Pädagogin zu werden, gab sie deshalb auf: »Und da hab' ich mir gesagt: ›Lehrerin kannst du in diesem Staat nicht werden.«¹¹⁵

Ute Sommerfeld orientierte sich um und immatrikulierte sich 1934 im Studiengang Medizin, einer männerdominierten Disziplin. Als Studentin, erinnert sie sich, mußte man »irgendwas für Führer und Reich« getan haben: Sie besuchte einen Luftschutzkurs und war in der Erntehilfe eingesetzt.

»Und das war nachher sehr schlimm. Also das haben die Bauern bis zum letzten ausgenutzt und uns wirklich überfordert mit dieser schweren Arbeit (...) da mußten wir um 6 Uhr aufstehen und wirklich dann mit diesen Erntearbeiterinnen, die das ihr ganzes Leben gewöhnt waren, in dem Tempo da in der Reihe da die Kartoffeln aufsammeln, und ich hab' manchmal gedacht so: ›Also, mir is' alles egal, bei der nächsten Pause haue ich ab.«¹¹⁶

Bis zum Physikum studierte Ute Sommerfeld zunächst im vertrauten Marburg. Anschließend wechselte sie 1937 für ein Semester nach Kiel. In Kiel mißfielen ihr sowohl der rüde Jargon in ihrem Ausbildungsfeld Pathologie als auch die nationalsozialistische Gesinnung der Professoren. Im folgenden Semester studierte sie wieder in Marburg, das sie 1938 verließ, und wechselte nach Freiburg, wo sie Sommer 1939 das Medizinstudium mit dem Examen abschloß.

113 FZH/WdE 188, Transkript Sommerfeld, S. 11–13.

114 Zur Sonderentwicklung des Saarlandes siehe Mallmann/Paul, Herrschaft und Alltag.

115 FZH/WdE 188, Transkript Sommerfeld, S. 16.

116 Transkript Sommerfeld, S. 13f.

Den Hauptgrund für ihren Wechsel nach Freiburg sieht sie in der dort vorhandenen Möglichkeit, einmal im Monat mit 10 Reichsmark Devisen die Grenze zur Schweiz zu überschreiten und dort das Gefühl zu haben, »jetzt kannst du atmen.«¹¹⁷ Ute Sommerfeld empfand den nationalsozialistischen Alltag, als inhalierte sie Unfreiheit. Die einzige Möglichkeit, Freiheit zu genießen, bot ihr der Grenzwechsel.

»Man hat sich das alles viel schneller vorgestellt.« – Hadern mit den militärischen Erfolgen des NS-Staats

1940 ging Ute Sommerfeld nach Heidelberg, um ihre medizinische Dissertation zu verfassen. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie sich auf der Privatstation des Mediziners Viktor von Weizsäcker, zu dessen Forschungsfeldern vor allem die psychosomatische Medizin zählte. Bevor sie im Frühjahr 1940 nach Hamburg zog, hatte sie in Heidelberg noch ein besonders deprimierendes Erlebnis mit der allgemeinen Volksstimmung zur Zeit der »Blitzsieg«:

»Nur noch ›Hurra!‹ und ›Wir siegen!‹ und ›Wir siegen dauernd!‹ (...), ›Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!‹ Das war wirklich die Stimmung.

(...) also eines, das ist die Kristallnacht und dann der zweite, mit der dunkelste Tag in meinem Leben war nachher, als – da war ich in Heidelberg dann – als die Kapitulation von Paris war. Und die ganze Stadt im Siegestaumel lag.

(...) aber ich liebte Paris, und wenn ich mir dann dachte, die SS marschiert jetzt da über die Champs Elysées, und also, also ich könnt' jetzt noch heulen, wenn ich da an den Tag denke. Und vor allen Dingen an den Zustand, also da kann mir auch niemand was sagen, da war'n sie 99,9% alle für Hitler.«¹¹⁸

Nachdem Ute Sommerfeld zunächst in einem Krankenhaus in Hamburg St. Georg arbeitete, wurde sie wegen Gebäudeschäden durch den Bombenkrieg zum Allgemeinen Krankenhaus Barmbek versetzt. Wie die Zeitzeugen aus dem engeren Kreis des »Musencabinetts« um Heinrich Dietz und Albert Fischer, sehnte auch Ute Sommerfeld die militärische Niederlage des NS-Regimes herbei.

»**K:** (...) dann kommt ja fast Stalingrad, die Front bleibt stehen Ende '42, wie war dann die Stimmung jetzt innerhalb Ihres Freundeskreises?

S: Naja, da (lacht leicht kurz) da sah man Morgenrot, nich'. Man dachte, naja, also das wird wohl jetzt das Ende sein. Nur man hat sich das alles viel schneller vorgestellt. Daß das noch so lange dauern würde ...

117 Transkript Sommerfeld, S. 19.

118 Transkript Sommerfeld, S. 25.

K: Sie haben gehofft, daß die Deutschen verlieren?

S: Ja, ja. Weil wir, wir keine andere Möglichkeit sahen, dieses Regime loszuwerden. Ja, also die Vorstellung, daß die den Krieg gewonnen hätten, daß war'n Alptraum, dann das, da hab' ich immer gesagt, daß ich dann auswandern würde.«¹¹⁹

»Das Grobzeug überlebt« – Euthanasie

Nach ihrem Wechsel zur Universitätskinderklinik in Eppendorf wurde Ute Sommerfeld erstmals direkt mit rassenhygienischen Vorstellungen konfrontiert. Sie verbündete sich nahezu konspirativ mit einer Kollegin gegen den kommissarischen Leiter der Kinderklinik, Privatdozent Hermann Burchard, der in ihren Augen »ein Supernazi« war.¹²⁰ Dieser Arzt, der die Euthanasie energisch befürwortete, verlangte, daß einem »mongoloide[n] Säugling mit einer Ernährungsstörung« die Heilnahrung verweigert wurde. Die beiden Frauen hielten sich nicht an diese Anweisung und brachten das Kind durch, was der Arzt mit der Aussage kommentierte: »Die Gesunden müssen sterben, das Grobzeug überlebt.«

Unmittelbar vor Weihnachten, am 20. Dezember 1943, wurde Ute Sommerfeld im Zuge der Ermittlungen gegen die Hamburger »Weiße Rose« von der Gestapo in Wintermoor verhaftet, wo die Kinderklinik ein Lazarett der Waffen-SS als Ausweichkrankenhaus übernommen hatte. Zum Verhängnis waren ihr die flüchtigen Kontakte zu Einzelpersonen geworden, aus denen die Gestapo eine Widerstandsgruppe ›Weiße Rose‹ konstruierte. Die junge Frau wurde in das Polizeigefängnis Fuhlsbüttel überstellt, dort eingehend von den Gestapobeamten vernommen und zu den Aktivitäten der gesuchten Hamburger »Weiße Rose«-Gruppe befragt. Die staatspolizeilichen Ermittlungen mündeten in einer Anklagerhebung vor dem Volksgerichtshof am 23. Februar 1945. In der Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof wird Ute Sommerfeld später »der Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung ... und auch des Rundfunkverbrechens«¹²¹ beschuldigt. Das heranrückende Kriegsende verhinderte glücklicherweise die Eröffnung des Verfahrens. Am 14. April 1945 befreiten amerikanische Truppen Ute Sommerfeld nach nahezu 16 Monaten Haft, die sie nur aufgrund ihrer robusten körperlichen Konstitution überstanden hatte, aus dem Gefängnis St.Georgen-Bayreuth. Enttäuscht

119 Transkript Sommerfeld, S. 41.

120 Vgl. auch van den Bussche/Pfäfflin/Mai, Die Medizinische Fakultät, in: Krause/Huber/Fischer (Hg.), Hochschulalltag, T. III, S. 1259–1384, S. 1360.

121 Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 23. Februar 1945 (Auszug), in: FZH/WdE 212.

zeigte sich die Zeitzeugin von der Art und Weise, wie man sie als Verfolgte nach der Befreiung behandelte.

»K: Sie empfinden, Sie haben Wiedergutmachung erfahren? Würden Sie das so sagen?

S: Ja, meine, materiell eh, hab' ich eigentlich wenig Wiedergutmachung erfahren. (...) ich hatte ja von dem Tag meiner Verhaftung an ja keine Bezüge mehr bekommen. Und eh, dann hab', bin ich da hingegangen, hab' gesagt eh, daß ich natürlich diese fast anderthalb Jahre Bezüge, die möchte ich nachgezahlt bekommen. Und da haben die mir doch das tatsächlich erst versucht, zu verweigern, indem sie gesagt haben: (...) ich hätte ja keinen Anspruch auf Bezüge gehabt, weil ich ja in Haft gewesen wäre. Aber sie haben's nachher getan. Also (...) da hab' ich mich doch gewehrt! (...) Ja, 'ne gewisse Haftenschädigung hab' ich bekommen (...) Ich glaube, ich hab' eine Entschädigung von 2000 Mark bekommen, aber vor der Währungsreform.«¹²²

Ute Sommerfeld ging zunächst zurück nach Hamburg, nahm ihre Arbeit in der Universitätsklinik wieder auf, heiratete kurz darauf mit Anfang 30 und wurde in rascher Folge Mutter von vier Kindern. Politisch engagierte sie sich nicht: zum einen stand die Bewältigung des familiären Alltags im Vordergrund, zum anderen »gab [es] auch keine Partei«,¹²³ mit der sie sich hätte identifizieren können.

Ihre Verfolgungserfahrungen ließen sie auch in der späteren Bundesrepublik nicht los. Sie gingen eine Synthese mit den Ängsten ein, die sie mit dem Wiedereinstieg in das Berufsleben verband.

»Ich habe lange Zeit immer nachts wieder geträumt. Ich würde verhaftet und dann weiß ich noch, und hab' ich immer mit den Leuten geredet, hab' ich ihnen gesagt: »Ja, aber – der Krieg is' doch längst aus! Und das Dritte Reich existiert [lacht etwas] nicht mehr. Und Sie dürfen mich doch überhaupt nicht verhaften!« Und dann hörte das langsam auf, ich hab', lange, lange Zeit hab' ich nichts mehr geträumt. Neulich habe ich, was ich also selten tue, weil es mich eben auch einfach, ich kann dann immer die Wirklichkeit von, von der Fiktion nicht unterscheiden, [einen Krimi gesehen] (...) Und da war zum ersten Mal, hab' ich die ganze Nacht, war ich wieder im Gefängnis. War wieder furchtbar. Also, aber im großen und ganzen eh, kommt es nicht mehr. Nein, so ähnlich sind die Träume, daß man plötzlich nochmal, (...) – was ich auch sehr häufig träume, was sehr qualvoll ist, ist jetzt nicht mit dem Gefängnis, aber mit dem Beruf! Ich träume dann, ich sei plötzlich wieder in der Klinik oder in der Praxis, und dann sag' ich immer: »Ja, aber ich, ich kann das doch alles gar nicht mehr. Und ich hab' doch jetzt 10 Jahre nichts gemacht.«¹²⁴

122 FZH/WdE 188, Transkript Sommerfeld, S. 85f.

123 Transkript Sommerfeld, S. 88.

124 Transkript Sommerfeld, S. 89f.

2. Dörte Winther – »Für mich war ›The White Star‹ an den Panzern und den Autos ... das Symbol der Freiheit.«¹²⁵

Kennst du den Schatten?
Lichtlose Leben
in Ihm?
Es ist wie ein Fluch!
Langsames Sterben,
fern Gott!¹²⁶

Dörte Winther, verdächtigt der Zugehörigkeit zur »Weißen Rose Hamburg«, verfaßte diese Zeilen, als sie wie Ute Sommerfeld im Hamburger Polizeigefängnis Fuhlsbüttel 1944 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«¹²⁷ einsaß.

Ein Vergleich dieses Gedichts mit dem des »Musencabinet«-Mitglieds Elvira Täuber macht die existentiellen Unterschiede der Lebenslagen offensichtlich. Dort die Orientierungssuche in den literarischen Werken der alten Meister und Künstler; hier der subjektive Ausdruck der Befindlichkeit einer jungen Inhaftierten, die um Halt in ihrer hoffnungslos erscheinenden Situation sucht.

Dörte Winther, am 7. September 1921 in Magdeburg geboren, kam im Alter von fünf Jahren nach Hamburg, als die Familie ihren Wohnsitz von Sachsen-Anhalt nach Altona verlegte. Dörte hatte einen Bruder. Der Vater war selbständiger Kaufmann und SPD-Mitglied sowie Freimaurer. Um Dörte den Besuch der Richard-Wagner-Schule zu ermöglichen, in der – in Anlehnung an die pädagogischen Konzeptionen der Lichtwark-Schule – Unterricht koedukativ gestaltet wurde, war die Familie eigens nach Eilbek gezogen. Von der nationalsozialistischen Schulverwaltung wurde die Schule 1939 aufgelöst.

Zurück in ein Zwangskorsett

Im gleichen Jahr, in dem Hitler auf einem seiner 33 Besuche der Hansestadt in den Jahren zwischen 1925 und 1939 – in diesem Fall zum Stapellauf des

125 FZH/WdE 204, Interview mit Dörte Winther, geführt von Alfons Kenkmann am 17. Juni u. 1. Juli 1993, Transkript S. 70.

126 FZH/WdE 204, Dokumente Winther.

127 Begleitbericht des Generalstaatsanwalts bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in der Haftsache Kucharski u.a. v. 6. November 1944 (Kopie), in: FZH/WdE 192.

ersten »Kraft durch Freude«-Kreuzfahrtschiffes Wilhelm Gustloff 1937 erschienen¹²⁸ – besuchte Dörte Winther England.

»**W:** Unsere Schule hatte einen regen Austausch mit englischen Schülern. (...) Was mich ganz besonders beglückt hat, war dies Gefühl, aus einem Panzer rausgenommen zu sein. Da konnte man sagen, was man dachte. (...)

K: Aber Sie haben damals das Leben in Deutschland als Einschränkung empfunden?

W: Wenn ich Ihnen erzähle, daß ich bitterlich geweint habe, als wir nach Deutschland zurückgekommen sind. Ich hatte das Gefühl, ich steige in ein Zwangskorsett. Das weiß ich noch wie heute.«¹²⁹

Diese Einschränkung empfand Dörte Winther nicht nur in Großbritannien. Zurück in Hamburg wurde ihr die Unfreiheit im alltäglichen Handeln besonders bewußt. Leicht fand sie jedoch Freundinnen, die ähnlich dachten.

»**K:** Frau Winther, Sie waren ja dann 18/19 Jahre alt, und dann ist man ja auch in einem Alter, wo man noch mehr reflektiert. Trafen Sie sich da schon mit Gleichgesinnten, daß man darüber sprach, wie sich jetzt die Gesellschaft verändert hatte? Das waren ja immerhin sechs Jahre Nationalsozialismus.

W: Ja, natürlich. (...) Ich hatte eine Mitstudentin (...) Ihr Vater hatte mehrere Lotterie-Einnahme-Büros in Hamburg und war ein reicher Mann. Sie wohnen an der Alster, in einer Suite (...) Und Maria besaß ein wunderbares Mahagoniboot.

K: Mahagoniboot?

W: Es war ein reiches Mädchen, ist sie heute noch. In der Familie herrschte auch große Antistimmung. Was uns sehr verband. Wir haben in der Studienzeit ... Wenn uns das Mißfallen gegen das Regime und die politische Bedrängnis des Tages zuviel wurden, dann nahmen wir das Boot, fuhren auf die Alster und dann haben wir unsere Bücher mitgenommen, und erstmal haben wir, bevor wir arbeiten konnten, ganz furchtbar geschimpft. Denn da hörte das keiner. Dann mußte man nicht so gucken ... Und dann haben wir in die Alster geschrien, daß uns das alles zum Hals raushängt, dieser Hitler, der auch gelegentlich Hamburg besuchte.«¹³⁰

Dörte Winther, die sich deutlich durch ihre innere Ablehnung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie von dem Gros der Bevölkerung und wohl auch ihrer Altersgruppe unterschied, geriet in den folgenden sechs Jahren in einen Strudel disparater Erfahrungen. Zunächst hatte sie nach dem Abitur Arbeitsdienst unmittelbar an der polnischen Grenze zu leisten.

128 Vgl. Johe, Hitler in Hamburg, S. 148–149.

129 FZHA/WdE 204, Transkript Winther, S. 96f.

130 Transkript Winther, S. 12.

Dies war die Voraussetzung für die Aushändigung des Reifezeugnisses. Dörte Winther zitiert aus einem Brief an ihren Freund und späteren Ehemann, in dem sie von den Zumutungen des Dienstalltags berichtet:

»W: (liest vor) Was ich hier am aufreibendsten finde, ist nicht die schwere Arbeit, sondern die ewige Meckerei und Schreierei über winzige Kleinigkeiten, Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten füllen hier das Dasein aus. Und sie werden von seiten der Führer, die keine Führer sind, benutzt, um die Autorität, die im Grunde ja auch keine ist, hochzuhalten. Die Führer hier sind alle verkrachte Existenzen. Die eine stottert, die andere ist im Abitur durchgefallen, und diese Leute wollen »erziehen«. Wenn ich überhaupt schon höre, daß der Arbeitsdienst mit allen diesen Lächerlichkeiten erziehen will, muß ich lachen. Sie erziehen ja nicht mal zur Freude an der Arbeit, und wenn es auch die primitivste ist, sondern zum Gegenteil, und damit ist die Aufgabe verfehlt.«¹³¹

Selbstbewußt, mitunter sogar mit einem gewissen Dünkel versehen, kommentierte Dörte Winther die Qualifikationen ihrer Arbeitsdienstvorgesetzten. Als erfolgreiche Schulabsolventin mußte sie Führer akzeptieren, deren Bildungsstand ihrem in keiner Weise adäquat war. Hier kam die generelle sozialisationsbedingte Distanz der jungen Bildungsbürgerin gegenüber der »Masse« zum Ausdruck. Neben den Gängeleien setzte der Heranwachsenden vor allem die ihr fremde, hohe körperliche Beanspruchung zu.

»Man hatte ja keine Zeit, wir haben ja 12 bis 14 Stunden gearbeitet, stellen Sie sich das mal vor. Da bin ich krank geworden, natürlich, ich hab das physisch nicht geschafft. (...) Abends stand der Arm so ab, ich konnte den überhaupt nicht mehr an den Körper kriegen, und hatte irrsinnige Schmerzen. Ich war das ja nicht gewöhnt.«¹³²

Im Kreis Mielic, 200 Meter von der polnischen Grenze entfernt, erlebte sie den heimlichen Aufmarsch der deutschen Truppen, die polnischen Grenzsicherungsarbeiten und den Beginn der Kämpfe. Ihr individuelles Schicksal spielte in der Dynamik des ausbrechenden Weltkrieges keine Rolle. Nur durch eine Postkarte konnte Dörte Winther ihre Eltern über ihre Evakuierung und ihren weiteren Verbleib informieren.

»Moll-Sonate«

Zurück in Hamburg finanzierten die Eltern ihr bis 1941 ein Musikstudium und eine Ausbildung am Klavier. Die noch nicht volljährige Dörte Winther

131 Transkript Winther, S. 7.

132 Transkript Winther, S. 8.

bewegte sich in einem informellen Kreis antinationalsozialistisch eingestellter Freunde und Bekannter, die auch individuell private Unterstützungsaktionen für jüdische Freunde und Bekannte organisierten. Um einer ehemaligen Lehrerin, die als Jüdin nach Riga deportiert werden sollte, zu helfen, ging sie ein hohes persönliches Risiko ein. Die alte Dame aus der Bundesstraße hatte sie gebeten, einige ihr wichtige Wertgegenstände für die Zeit nach dem Kriege aufzubewahren.

»(...) Ich bin dann auch eines Tages gegangen, um die wenigen Habseligkeiten mit originalen Zeichnungen, die sie noch bei sich hatte – eine Mappe mit originalen Zeichnungen und Aquarellen, ein wunderbares Buch über den Prado in Spanien und so und goldene Mokkalöffel (...) Und ich bin dann hingegangen (...) und bin auch nicht erwischt worden dabei.«¹³³

Im Sommer 1943 wurde die Familie ausgebombt, mit drastischen Folgen für die Tochter, die nun ihre Ausbildung unterbrechen mußte, da bei einem Luftangriff auf Hamburg ihre Notensammlung und Instrumente ebenso vernichtet worden waren wie die angefertigten schriftlichen Studienarbeiten. Letztere hätten noch ein zweites Mal geschrieben werden müssen, wenn sie sich zur Prüfung hätte melden wollen. Damit war Dörte Winther um die Früchte von einem Jahr Ausbildung gebracht; ihre Odyssee begann. Faktisch obdachlos geworden, evakuierte die Familie sich selbst und kam für ein halbes Jahr in Innsbruck unter. Dennoch versuchte Dörte Winther beharrlich allen Widrigkeiten zum Trotz, ihr Berufsziel zu verwirklichen. Im November 1943 nahm sie erneut das private Klavierstudium bei einem Lehrer auf, einem russischen Emigranten in Karlsbad – für 200 Reichsmark monatlich.

Trotz der durch den Krieg erzwungenen Mobilität blieb bis dato der Lebensweg der jungen Frau in für die Zeitumstände normalen Bahnen. Ihr familiäres Umfeld war trotz der Ausbombung in Hamburg intakt geblieben. Diese Situation fand im Dezember 1943 ihr jähes Ende, als die Eltern von Dörte Winther in Hamburg verhaftet wurden. Ihnen wurden Kontakte zu Personen vorgeworfen, die Ideen der Münchener »Weißen Rose« in Hamburg verbreiteten. Zu ihnen zählte Hans Leipelt. Er hatte in München Chemie studiert und nach der Hinrichtung der Geschwister Scholl gemeinsam mit Marie-Luise Jahn und Traute Lafrenz Flugblätter der »Weißen Rose« München auch in Hamburg im engeren Bekanntenkreis verbreitet. Leipelt organisierte u.a. in der Elbmetropole eine private Spendensammlung für Clara Huber, die Witwe des hingerichteten Professors Kurt Huber.¹³⁴ An dieser Sammlung beteiligten sich auch Dörte Winther und

133 Transkript Winther, S. 11.

134 Vgl. Schneider/Süß, Keine Volksgenossen, S. 64 u. 72f; Die Weiße Rose, S. 62.

ihre Eltern. Aus der Beteiligung an der Spendenaktion konstruierte die Gestapo ihre aktive Teilnahme an der Hamburger »Weißen Rose«, die ein staatspolizeiliches Konstrukt war. Als sich Dörte Winther am 8. Januar 1944 bei der Gestapo nach dem Befinden ihrer bereits im Dezember 1943 verhafteten Eltern erkundigte, wurde auch sie festgenommen. Durch die Inhaftierung wurde Dörtes erneuter Versuch, ihr privates Musikstudium abzuschließen, für fast zwei Jahre zunichte gemacht.

Es folgten 10 Monate Einzelhaft im Polizeigefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel.

»K: Zehn Monate in Einzelhaft in Fuhlsbüttel. Und woher nahmen Sie die Kraft?

W: Ich habe viel gelesen in meinem langen Leben, ich habe viel Musik gemacht, das war meine Beschäftigung. Ich habe alle Gedichte, die ich kannte, versucht, wieder herzusagen. Ich habe mich mit der Musik beschäftigt, die ich gespielt habe, habe mir das vorgestellt.«¹³⁵

In den letzten Tagen der Haft in Fuhlsbüttel beschäftigte sich Dörte Winther mit einer »Moll-Sonate« und stellte sich angesichts ihrer Kriminalisierung die Frage, ob sie jemals ohne das Fundament der Kunst weiterleben könnte. Dezember 1944 wurde sie mit weiteren desselben Delikts Verdächtigten nach Berlin überstellt. Vom Gefängnis Alexanderplatz in Berlin, wo für eine Zeit auch die Witwe des Hitler-Attentäters von Stauffenberg einsaß,¹³⁶ kam sie in das Frauenzuchthaus Cottbus.

Elend und Auflehnung

»W: Das Furchtbare in Cottbus war diese Überbelegung, diese entsetzlichen hygienischen Verhältnisse (...). Wasser, da schwammen so kleine grüne Teilchen drin. Ich hatte also fürchterliche Schwierigkeiten. (...) Ich hatte schon gar keine Angst mehr. Und als dann einer anfang zu meutern, da haben wir mitgemeutert. Da war Ungeziefer jeder Art. Und da erinner' ich mich nur an eine Szene, wo ich wirklich ausgeflippt bin. Heere von Wanzen fielen von den Decken, von der Lampe, auf diese Decken, wo man zu zweit lag, da war es dann auch warm natürlich. Man wärmte sich dann ja gegenseitig. Und ich war zerstothen. Jedes Gelenk, meine Augenlider, ich glaub' ich war verrückt, durch dieses Gift, diese Seuchendinger ... Da habe ich wie eine Wahnsinnige an diese Stahltür geschlagen und hab' gesagt, ich wolle sofort zu der Führung. Das hat man gemacht. Dann bin ich dahin gekommen. Diese Frau war bewaffnet mit einer Pistole, alles schön in Uniform. Und da habe ich gesagt,

135 FZH/WdE 204, Transkript Winther, S. 43.

136 Vgl. Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, S. 445.

ich verlangte sofort ... das sei menschenunwürdig. Ich sei hier ohne Verhaftung, ohne Urteil eingesperrt im Zuchthaus, und ich bäte sie, dafür zu sorgen, nicht nur für mich, für die anderen auch, dies sei unmöglich. Und da war die wohl so platt über diesen Mut. Mir war alles ganz egal. Und dann haben sie so Konservenbüchsen mit so lila Zeug aufgestellt, das hat dann ein bißchen geholfen. Das war ein Eklat.«¹³⁷

Während Dörte Winther in Cottbus einsaß, erhob der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin in seiner Anklageschrift vom 25. Februar 1945 den Vorwurf der »Vorbereitung zum Hochverrat« gegen sie und fünf weitere Beschuldigte.¹³⁸ Dörte Winther hatte großes Glück: Aufgrund der zusammenbrechenden Ostfront verhandelte der Volksgerichtshof nur noch gegen die in Hamburg verbliebenen Angeklagten.¹³⁹ Von Cottbus wurde Dörte Winther gemeinsam mit Ute Sommerfeld und weiteren Inhaftierten in das Frauengefängnis in Leipzig-Meusdorf und von dort in das Zuchthaus St. Georgen-Bayreuth verlegt. In Bayreuth saßen neben den Hamburger Inhaftierten um Dörte Winther auch Persönlichkeiten aus dem Umfeld des 20. Juli wie der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier¹⁴⁰ und des bayerisch-monarchistisch orientierten Widerstands wie Fugger von Glött ein.¹⁴¹

»White Star« der Befreiung

Als im April 1945 alliierte Truppen Dörte Winther befreiten, zählte sie zu der kleinen Minderheit von Deutschen, für die der »White Star« an den Panzern und den Autos ... das Symbol der Freiheit [war].«¹⁴²

»Gerstenmaier kam in dieses Lager und sagte: »Dieses ist der Major Prohaska. Die Amerikaner haben Bayreuth erobert, Ihr seid frei. Wir öffnen hiermit die Türen.« Haben wir gar nicht begriffen. Vier Tage war diese Tür offen, niemand ist rausgegangen.«¹⁴³

137 FZH/WdE 204, Transkript Winther, S. 52f.

138 Vgl. Blinkfuer, Ausgabe November 1968, S. 3.

139 Vgl. Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S. 419f.

140 Siehe hierzu auch die Erinnerungen von Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 229–232.

141 Fugger von Glött war 1944 als Mitglied einer monarchistisch orientierten bayerischen Widerstandsgruppe um Franz Sperr verhaftet und im Januar 1945 vom Volkgerichtshof zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden; vgl. von Aretin, Monarchistischer Widerstand in Bayern, in: Benz/Pehle (Hg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, S. 256f.

142 FZH/WdE 204, Transkript Winther, S. 70.

143 Transkript Winther, S. 56.

Die neue Freiheit war nicht ohne Gefahr. Zu unübersichtlich war für die »Insassinnen« die »Lage«. Kaum hatten die ersten Alliierten das Lager verlassen, erschienen deutsche Soldatenhaufen.

»Aber die deutsche Wehrmacht kam rein. Die stiegen bei uns ein, zogen sich um, nahmen sich irgendwelche Klamotten mit und verschwanden. Die wollten ihre Uniform loswerden. Aber es kam nicht nur die deutsche Wehrmacht, es wollte auch SS da rein. Und das wollten wir nicht. Außerdem war das ja ganz interessant, so'n Frauenlager.«¹⁴⁴

Dann erreichte die zweite Welle der Alliierten Bayreuth, von der Dörte Winther sehr enttäuscht wurde:

»W: (...) das war aber dann schon nicht mehr das Niveau.

K: Woran machten Sie das fest?

W: Daß die aufdringlich wurden. Selbst gegen meine Mutter. Ein französischer Offizier, den konnten wir überhaupt nicht loswerden. Wir haben unsere Zellenblöcke übereinander gestellt, mit Waschschüsseln, falls wir einschlafen, wenn die reinkommen, wir die Waschschüsseln fallen hören. Und vielleicht erstmal eine kalte Dusche kriegen. Furchtbar. Das war schlimm.

K: Haben Sie sich bedroht gefühlt?

W: Die wollten uns vergewaltigen, ja natürlich.

K: Sie betonen das immer noch sehr zurückhaltend.

W: Wir haben sie nicht an uns rangelassen.«¹⁴⁵

Unmittelbar nach ihrer Befreiung wurde Dörte Winther zunächst als Dolmetscherin für die amerikanische Militärverwaltung tätig. Ab Oktober 1945 arbeitete sie dann ein Jahr lang für 250,- RM Brutto als Sachbearbeiterin für den Suchdienst im Zentralbüro des neugegründeten Hilfswerks der Evangelischen Kirche Deutschlands in Stuttgart.¹⁴⁶ Das Hilfswerk wurde von Eugen Gerstenmaier geleitet, der später im Jahre 1954 zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde.¹⁴⁷

Nebenbei setzte Dörte Winther im März 1946 an der Staatlichen Hochschule für Musik in Stuttgart ihr Klavierstudium fort, brach es jedoch nach einem Semester aus finanziellen Gründen wieder ab. Dieses Mal scheiterte ihr dritter Versuch, die Ausbildung abzuschließen, daran, daß das ihr seitens der Hochschulverwaltung zugesicherte Stipendium ausblieb und sie ihren Mann miternähren mußte. An der Staatlichen Hochschule für Musik erhielt dann auch ihr Mann Erwin, den sie am 17. April 1946 heiratete,

144 Transkript Winther, S. 56.

145 Transkript Winther, S. 58f.

146 Von der Arbeit im Stuttgarter Zentralbüro berichtet auch Lüthi, Deutschland zwischen gestern und morgen.

147 Zur Person Gerstenmaier siehe dessen autobiographischen Text: Streit und Friede.

einen Lehrvertrag. Nach Aussage ihres Mannes, damit sie »die Plätze warm hielten für die alten Nazis, bis die aus der Spruchkammer kamen.«¹⁴⁸ 1948 wird ihr einziges Kind, eine Tochter, geboren. 1950 zieht die Familie nach Köln um, da der Ehemann dort eine unbefristete Stelle antritt. Hier lebt Dörte Winther auch noch heute nach dem Tode ihres Mannes. Ihr Wiedergutmachungsantrag wurde 1964 bewilligt.

Auf die Frage, ob sie nach all ihren Erfahrungen Ressentiments oder gar Rache verspürte, antwortete sie für sich und ihren Mann:

»Ich habe gesagt, oder wir haben gesagt, mein Mann und ich haben gesagt: Haß erzeugt wieder Haß. Die Leute sollen weiterleben mit einem Minimum an Existenz und einer Arbeit, die man ihnen gibt.«¹⁴⁹

Den Gestapobeamten und den Aufsehern, die Selbstmord begangen hatten bzw. gelyncht worden waren, trauerte sie nicht nach.¹⁵⁰ Ihre antinationalsozialistischen Ideale, ihr Engagement für Verfolgte, ihr Aufbegehren während der Haft und ihr Leidensdruck aufgrund der eigenen Verfolgungsgeschichte mündeten nicht in eine parteipolitische Tätigkeit, sondern in eine individuell praktizierte Verantwortungsethik:

»Ich hab' mich nicht [in einer Partei] engagiert. Ich sitze zwischen zwei Stühlen. Ich kann nur etwas tun, von dem ich überzeugt bin. Was ich tun kann, versuche [ich] im sozialen Bereich, ich versuche, Menschen zu helfen. Und wenn mich jemand braucht, dann bin ich da. Aber (...) als Staatsbürger ist es nur schlechtes Verhalten, passives Verhalten. Aber ich meine, Vorleben in der kleinsten Zelle der Gemeinschaft, eben in der Familie, ist schon sehr viel. Unter den Musikern gibt es den Spruch: »Ein Orchester ist nur so gut wie der Einzelne«. Da ist 'was Wahres dran.«¹⁵¹

IV. Resümee

Die vier Biographien repräsentieren Lebensläufe von Angehörigen des Hamburger Bürgertums, die sich dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch zu entziehen suchten und partiell widersetzten. Sie unterscheiden sich wesentlich von den Lebensläufen der anderen in diesem Band aufgezeigten Verfolgten- und Opfergruppen.

Gemeinsam war allen Gruppen die Erfahrung des Zugriffs des nationalsozialistischen Normen- und Maßnahmen-Staates bis hinein in die private

148 FZH/WdE 205, Interview mit Erwin Winther, geführt von Alfons Kenkmann am 17. Juni 1993, Transkript, S. 65.

149 FZH/WdE 204, Transkript Winther, S. 73.

150 Vgl. Transkript Winther, S. 73.

151 Transkript Winther, S. 78f.

Lebenswelt: Die Konsequenzen reichten von biographischen Umwegen bis zur Brechung der Persönlichkeit. Im Vergleich zu den anderen Opfer- und Verfolgtengruppen waren nonkonforme Verhaltensweisen im Bürgertum eher moderaten Sanktionen ausgesetzt. Doch sind bei der Analyse der hier beschriebenen Verfolgungserfahrungen deutliche Unterschiede erkennbar.

Die Angehörigen des »Musencabinetts« und der Hamburger »Weißen Rose« bzw. der »Candidates of Humanity« zählen vor allem zu den Geburtsjahrgängen 1920 bis 1923.¹⁵² Diese Jahrgänge »erlebten im bildungsfähigsten Alter noch die ›Glanzzeit‹ der Hitlerjugend und des Dritten Reiches, trugen dann aber auch in stärkster Weise die Last des Krieges.«¹⁵³ Von den Geburtsjahrgängen 1920 bis 1923 fiel im Verlauf des Zweiten Weltkrieges jeder Vierte. Weitere Dreiechtel von ihnen wurden mehr oder weniger schwer verwundet.¹⁵⁴

Die Interviewten wuchsen bis auf Ausnahmen im bürgerlichen, wenn nicht gar großbürgerlichen Milieu auf. Die meisten von ihnen sind während ihrer Schulzeit koedukativ unterrichtet worden – zum Teil gemeinsam in der Klasse, zum Teil in getrennten Klassenzügen. Fast alle nannten neben den Eltern einzelne Pädagogen an den Schulen als prägende Kräfte, die ihnen Grundwerte vermittelten, die für ihre innere Distanz gegenüber Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus maßgeblich waren. Mit wenigen Ausnahmen studierten die Interviewten an der Hamburger Universität.

Alle verneinten eine prägende Wirkung der Sozialisation in der Hitlerjugend. Sie hatten sich entweder der HJ-Mitgliedschaft mit allen Konsequenzen entzogen oder kamen eher unfreiwillig in die Staatsjugend, weil ihre Organisationen wie z.B. der gymnasiale Ruderverein (Wilhelm-Gymnasium) offiziell und formal in die Hitlerjugend (Marine-HJ) übernommen wurden. Nicht zuletzt lag die Distanz zur Hitlerjugend und die Neigung zu informellen Zirkeln auch darin begründet, daß die tendenziell egalitäre Volksgemeinschaftsideologie dem individuellen bildungsbürgerlichen Selbstverständnis keinen Raum gab.

Viele suchten sich als Jugendliche individuelle, private Nischen und Refugien, in denen sie sich den Anforderungen des NS-Staates verweigerten. Sei es durch sportliche Betätigung in Vereinen, sei es, indem sie sich als Jugendliche zur Bootsfahrt auf die Außenalster zurückzogen, um ungestört ihren Frust über die unzähligen Gängelungen im nationalsozialistischen Alltag zu entladen. Ihre Zivilcourage kam vor allem in kleinen solidarischen

152 Hier sind die Eltern der Betroffenen, die zum Teil ebenfalls aus Gründen der »Sippenhaft« mitinhaftiert wurden, in die Analyse nicht einbezogen.

153 Lades, Jugendarbeit in Deutschland 1949, in: Jahrbuch der Jugendarbeit, S. 2.

154 Vgl. Brückner/Mayer, Lebensgeschichte, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, S. 104.

Handlungen gegenüber jüdischen und »halbjüdischen« Mitmenschen zum Ausdruck – sei es an der »Heimatfront« in Hamburg oder während der militärischen Expansion im Osten. Die Interviews indizieren damit Verhaltensweisen innerhalb eines Teilspektrums des Hamburger Bürgertums.

Alle fanden als Heranwachsende und junge Menschen den Weg zu privaten Lesezirkeln und Debattierclubs, den »Gegenwelt(en) zu der Welt des Gehorsams und des Militärs«,¹⁵⁵ von denen der bekannteste das »Musencabinet« war. Für die Teilnehmer der informellen Zirkel, die in bezug auf ihre soziale Herkunft und Schichtzugehörigkeit äußerst homogen zusammengesetzt waren, boten diese den kommunikativen Rahmen für einen Selbstverständigungs- und Selbstdarstellungsdiskurs, den der Nationalsozialismus insbesondere den bildungsbürgerlichen Individuen vorenthielt. In ihm wurden nicht nur musische Themen fernab der Volkstümelei aufgeführt und diskutiert, sondern ebenso selbstverständlich erörterten die Teilnehmer die politische Situation und mögliche gesellschaftliche Perspektiven nach dem Ende des ›Dritten Reichs‹. Auffällig ist, daß dabei nicht der gewaltsame Sturz des NS-Regimes anvisiert, sondern gesellschaftspolitische Konzeptionen für Deutschland nach dem erwarteten Sieg der Alliierten diskutiert wurden.

Von den interviewten Sozialdemokraten und Kommunisten unterscheiden sich die Angehörigen des »Musencabinetts« und der Hamburger »Weißen Rose« vor allem durch ihr Alter, da erstere vor allem in den beiden ersten Dekaden dieses Jahrhunderts geboren wurden.¹⁵⁶ Die »Musencabinetts«-Angehörigen und »Weiße Rose«-Mitglieder waren in der Regel 10 bis 15 Jahre jünger als die Widerstandskämpfer aus den Reihen der Arbeiterbewegung, jedoch älter als die Angehörigen der »Luftwaffenhelfergeneration«, die die Geburtsjahrgänge 1926 bis 1928 umfaßt.¹⁵⁷

Besonders groß war die Differenz im Bereich der nationalsozialistischen Verfolgung. Angehörige des »Musencabinetts« und auch der »Weißen Rose« gehörten einem Sozialmilieu an, das von der Geheimen Staatspolizei aufgrund der Sozialisation insbesondere der älteren Beamten in der »Kampfzeit« und der hieraus erwachsenden Orientierung auf die Arbeiterbewegung nicht in einem solchen akribischen Maße überwacht und verfolgt wurde wie Personen, die den Arbeiterschichten entstammten.

Das Gros der »Musencabinetts«-Angehörigen engagierte sich nach Kriegsende und in der frühen Bundesrepublik gesellschaftspolitisch in Verbänden, Organisationen und Parteien. Viele gestalteten die von den Briten eingesetzte

155 FZHWdE 207, Transkript Fischer, S. 30.

156 Vgl. das entsprechende Kapitel von Uwe Kaminsky in diesem Band.

157 Vgl. Schörken, Luftwaffenhelfer und Drittes Reich, S. 9.

universitäre Selbstverwaltung erheblich mit.¹⁵⁸ Dabei blieb das politische Engagement nicht einer politischen Richtung vorbehalten, sondern wechselte durchaus im Laufe der 50er und 60er Jahre, wodurch sich mentalitätsgeschichtliche Veränderungen und ein Wandel in den kollektiven Einstellungen des bildungsbürgerlichen Milieus andeuteten. Gerade der Wechsel in den kollektiven Einstellungen sollte die bundesrepublikanische Gesellschaftsgeschichte nachhaltig prägen.

Nicht zuletzt erleichterte den ehemaligen »Musencabinettt«-Angehörigen der Rückgriff auf die alten informellen Strukturen während des Weltkrieges und nach der militärischen Kapitulation den sozialen Aufstieg. In der Rück Erinnerung von Heinrich Dietz heißt es:

»K: Sie haben ihre Kommunikationsstrukturen versucht aufrechtzuerhalten?
D: Natürlich haben wir das versucht. Ja. Natürlich haben wir das versucht. Und das funktionierte auch noch ... Also ich kam ja 1943 kurz vor den Bombenangriffen wieder nach Hamburg. Und da funktionierten die ganzen Kommunikationsstrukturen noch. Ich weiß nicht, ob es damals noch das »Musencabinettt« gab überhaupt. Aber eine feste Organisation ist das nie gewesen. Und insofern ist das also im Grunde, wenn man das als Widerstand deutet, so ist das wahrscheinlich im Grunde irgendwo ... naja, also gut, dieser engere Kreis war natürlich tatsächlich bewußt antinationalsozialistisch und hat sich auch um diese ganze Thematik in sich gekümmert. Aber das Ziel war eigentlich, die Kommunikation auch nach dem Kriege aufrechtzuerhalten. Das hatte insofern also eigentlich verhältnismäßig gut funktioniert. Wir haben diese ganzen Verbindungen ziemlich aufrechterhalten.«¹⁵⁹

Das alte soziale Netzwerk trug unverändert auch auf privater Ebene: Das beweisen die nicht wenigen Ehen, die verschiedene »Musencabinettt«-Angehörige nach 1945 eingingen.¹⁶⁰ Das Gros des engeren Kreises des »Musencabinettt« wurde Teil der akademischen Elite der Bundesrepublik in den 1960er Jahren und leistete seinen Beitrag zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Fast alle machten nach 1945 – in und vor allem außerhalb Hamburgs Karriere – und zwar im politischen, wissenschaftlichen, medizinischen und gestalterischen Bereich: Heinrich Dietz als Professor einer Kunsthochschule, Ansgar Brell als Bezirksamtsleiter in Wandsbek 1954, Oskar Werk als Arzt und Lehranalytiker¹⁶¹, Elvira Täuber 1948 als Redakteurin bei der Zeitschrift »Constanze«, Joseph Barkmann als Ordinarius und Chef der Universitätsklinik Tübingen, Albert Fischer als Ordinarius an

158 FZH/WdE 187, Interview mit Hein-Georg Linßen, geführt von Alfons Kenkmann am 3. August 1993.

159 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 51.

160 Vgl. FZH/WdE 207, Transkript Fischer, S. 29; auch FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 49.

161 Vgl. FZH/WdE 186.

der Universität Tübingen. Für die ehemaligen »Musencabinett«-Angehörigen, die im »Dritten Reich« durch einen antinationalsozialistischen Konsens miteinander verbunden waren, hatte die gemeinsame Zeit in ihrem informellen Diskussionszirkel Gestaltungskraft für die weitere Persönlichkeitsentwicklung. In diesem Zusammenhang hatte für die Beteiligten das »Musencabinett« »eine Riesenrolle gespielt«. ¹⁶² Basierend auf den dort gemachten Erfahrungen leisteten diese ehemaligen »Musencabinett«-Angehörigen ihren Beitrag zur »Umformung der Bundesrepublik von einem postdiktatorialen zu einem demokratischen Gemeinwesen«. ¹⁶³

Während die Angehörigen des »Musencabinetts« Karriere machten, blieb den als Sympathisanten der »Weißen Rose« Verhafteten die Aufnahme in die gesellschaftlichen Eliten verwehrt. Dies verdeutlichen ihre weiteren Lebenswege. Karriere in den Humanwissenschaften Medizin und Biologie hatten lediglich die nach 1945 in die USA emigrierten Frauen vorzuweisen. ¹⁶⁴ Viele der in Deutschland Verbliebenen litten auch in ihren weiteren Lebensjahren noch an den physischen und psychischen Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen, wie die Erinnerungen von Andreas Sorge und Ute Sommerfeld unterstreichen. Bei anderen brachen frühzeitig andere Krankheitsbilder aus. ¹⁶⁵ Die Frauen unter den Verfolgten übernahmen ohne Aufbegehren die ihnen traditionell zgedachten Rollen als Ehefrauen und Mütter.

Noch ernüchternder als die beruflichen Karrieren fielen die politischen Perspektiven der Hamburger »Weiße-Rose«-Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes aus. Dabei kann dem Betrachter nicht entgehen, wie ostentativ sie sich vom politischen Geschehen fernhielten.

Die überlebenden Verfolgten der sogenannten Hamburger »Weißen Rose« traf – obwohl sie Opfer eines Gestapokonstruktes waren – das gleiche Schicksal wie die Überlebenden der Widerstandsbewegung des 20. Juli: »Das Verdienst, im Dritten Reich aktiv widerstanden und das Leben gewagt zu haben, schien in dieser Zeit politisch nur noch wenig zu zählen, geschweige denn, daß damit ein Bonus für die Besetzung hoher Ämter verbunden gewesen wäre. Oft genug mußten jene, die in der Verschwörung oder im Exil den Hitlerstaat bekämpft hatten, sich vielmehr gegen Verdächtigungen und Herabsetzungen wehren, mit denen ihre nationale Zuverlässigkeit in Frage gestellt wurde.« ¹⁶⁶ Gerade in den 50er und frühen 60er

162 FZH/WdE 198, Transkript Dietz, S. 28.

163 Herbert, Abschlußbericht, S. 13.

164 Vgl. FZH/WdE 439.

165 So die Alzheimerkrankheit bei Elisabeth Düring, vgl. FZH/WdE 191.

166 Winterhager, Enttäuschte Hoffnungen, in: Ueberschär (Hg.), Der 20. Juli 1944, S. 260.

Jahren orientierte sich, nachdem bereits Ende der 40er Jahre die »Liquidation« der Entnazifizierung¹⁶⁷ vollzogen war, die bundesdeutsche »Vergangenheitspolitik« an der Maxime, die NS-Belasteten in die Gesellschaft sozial zu reintegrieren. »Die weitere Stabilisierung der Bundesrepublik«, so der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, »bedurfte einer Beruhigung der politischen Flügel und einer Integration sowohl der nach Tausenden zählenden ehemaligen NS-Größen als auch ihres einstigen, nach Millionen zählenden Anhangs.«¹⁶⁸

Zu den wenigen, die aus dem Verfolgtenkreis der Hamburger »Weißen Rose« auch nach 1945 Karriere machten, zählte der Literaturprofessor Karl-Ludwig Schneider. Doch konnte auch er sein berufliches Glück letztendlich nicht auskosten. Schneider, der anderthalb Jahre in Gestapohaft und Untersuchungsgefängnis eingesperrt hatte und gegen den noch am 20. April 1945 in Hamburg vor dem 1. Senat des »Volksgerichtshofes«¹⁶⁹ verhandelt wurde, litt lange an den psychischen und physischen Folgen der Haft. Unvermittelt und um so heftiger traf ihn die Unruhe der studentischen Jugend, die auch ihn als innovativen und engagierten Ordinarius am literaturwissenschaftlichen Fachbereich der Hamburger Universität in den ausbrechenden Generationenkonflikt miteinbezog. Besonders setzte dem ehemals Verfolgten zu, daß Studenten in Hamburg zur Hoch-Zeit der Außerparlamentarischen Opposition mit der Parole »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« allenthalben die »braune Vergangenheit« ihrer Hochschullehrer anprangerten und ihn dabei nicht aussparten.¹⁷⁰

167 Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 54.

168 Herbert, *Best*, *Biographische Studien*, S. 443f.

169 Vgl. Bottin, *Enge Zeit*, S. 87.

170 FZHWdE 212, Interview mit Nadja Schirmer, geführt von Alfons Kenkmann am 21. Dezember 1993. Zur emotionalen Auseinandersetzung und zur in Hamburg im November 1967 während der Feier zur Rektoratsübergabe plakativ verbreiteten Parole »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« siehe auch Bottin, *Enge Zeit*, S. 104.

Das Projekt »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung« in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg¹

Sybille Baumbach

Entstehung, Projektverlauf, Ergebnisse

1989 beschloß die Hamburger Bürgerschaft die Finanzierung des zunächst auf fünf Jahre befristeten Oral History-Projekts »Hamburger Lebensläufe-Werkstatt der Erinnerung«, um überlebende Verfolgte aus der Zeit des Nationalsozialismus in Hamburg zu befragen. Das Projekt ging auf eine Initiative engagierter Bürgerschaftsabgeordneter zurück und wurde von dem damaligen Leiter der Forschungsstelle, Detlev J.K. Peukert, konzipiert.

Fast 60 Jahre nach der nationalsozialistischen Machtübernahme war die dringende Notwendigkeit offensichtlich geworden, die lebensgeschichtlichen Erinnerungen noch lebender Zeitzeugen auch in Hamburg zu sammeln und für die Zukunft zu sichern. Peukert formulierte damals in dem Projektkonzept: »Weite Teile der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der verzweigten Geschichte jener, die für Demokratie und Sozialismus gelitten haben und in alle Teile der Welt ins Exil getrieben worden sind, können mangels dokumentarischer Quellen nur rekonstruiert werden, wenn man sich des Gedächtnisses Überlebender vergewissert. Diese Erinnerungsarbeit, die wir bisher über viele Jahre sträflich vernachlässigt haben, hat aber nicht nur Nutzwert für die Geschichtswissenschaft. Vielmehr hat sie auch für das demokratische Bewußtsein und die Traditionsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg einen Wert in sich. Denn es ist die Erfahrung dieser Menschen, auf die hin wir unsere gegenwärtige und zukünftige demokratische Orientierung aufbauen können.«²

Oral History-Projekte waren bis dahin in Hamburg zum überwiegenden Teil im außeruniversitären Kontext entstanden, hauptsächlich in den in den

1 Die frühere »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung« wurde zum 1.1.1997 durch Beschluß der Hamburger Bürgerschaft in eine Stiftung des bürgerlichen Rechts umgewandelt und ihr Name in »Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg« (FZH) geändert.

2 Peukert, Arbeitsbericht 1988/1989 vom 20.5.1989, S. 17.

frühen 80er Jahren ins Leben gerufenen Geschichtswerkstätten und Projektgruppen, die sich einer »demokratischen Geschichtsschreibung von unten« verpflichtet fühlten.³ Nun sollte dieser Ansatz in ein mit den traditionellen Methoden der Geschichtswissenschaft arbeitendes Forschungsinstitut integriert werden. Für die Initiatoren verknüpften sich mit dem Projekt der »Werkstatt der Erinnerung« zwei Vorstellungen von Geschichte: »Zum einen Geschichte als Rekonstruktion mit den Mitteln der Wissenschaft, damit wir wissen, wo wir herkommen; zum anderen Geschichte als öffentliche Aufgabe lebendiger Erinnerung, damit wir wissen, wohin wir gehen wollen. Das (...) Projekt ›Hamburger Lebensläufe-Werkstatt der Erinnerung‹ versucht, diesen beiden Zielsetzungen von geschichtlicher Rekonstruktion und demokratischer Erinnerungsarbeit gerecht zu werden. Es will fachlich qualifiziert dokumentieren und zugleich demokratisch engagiert das öffentliche Bemühen um Vergangenheitsbewältigung unterstützen.«⁴

Das Projekt begann im April 1990 mit einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin, einer Schreibkraft und zwei studentischen Hilfskräften. Im Verlauf der ersten Projektphase wurden zwei weitere wissenschaftliche Mitarbeiterstellen bewilligt: Im November 1992 konnte eine halbe Stelle zur computergestützten Erfassung und Archivierung eingerichtet werden. Im Juli 1993 kam eine 3/4-Stelle ausschließlich für die Interviewtätigkeit hinzu.⁵

3 Eine Übersicht über die bis 1985 in Hamburg entstandenen Oral History-Projekte gibt Kinter, *Erzählte Geschichte in Wort und Bild*. Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen vgl. zu Hamburg Heer/Ullrich (Hg.), *Geschichte entdecken*; von Dücker, *Das Stadtteilarchiv Ottensen* und weitere Beiträge in Paul/Schoßig (Hg.), *Die andere Geschichte*, sowie den von Lüdtko herausgegebenen Sammelband *Alltagsgeschichte*. Vereinzelt erschienen aber auch Arbeiten im universitären Bereich, die nicht vorhandenes oder mangelndes staatliches Aktengut durch Befragungen von Zeitzeugen kompensierten, so z.B. Hagemann, *Frauenalltag und Männerpolitik*, und Siebenborn, *Der Volkssturm*. Zu Beginn der 80er Jahre war ein Oral History-Projekt zu den Lebensläufen von 86 Arbeitern des Geburtsjahrganges um 1920 im Fach Volkskunde der Universität Hamburg durchgeführt worden. Siehe Lehmann, *Erzählstruktur und Lebenslauf*. Annähernd zeitgleich mit dem Beginn des Projekts »Werkstatt der Erinnerung« bewilligte die Hamburger Bürgerschaft Finanzmittel zur Durchführung eines Interviewprojektes mit ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme. Siehe Jureit/Orth, *Überlebensgeschichten*.

4 Peukert, *Arbeitsbericht*, S. 17 f.

5 Die wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen wurden – in der Reihenfolge ihrer Nennung – mit Beate Meyer als Projektleiterin, Sybille Baumbach und Alfons Kenkmann besetzt; Projektsekretärin war Manuela Kürten. Andrea Hübner hatte als Studentin des Fachbereichs Visuelle Kommunikation an der Hamburger Hochschule für bildende Künste die Aufgabe, die Kameraführung bei den Videoaufnahmen und den Schnitt der Filme zu übernehmen; Jens Baumgarten unterstützte die Archivierungsarbeiten. Seit September 1994 wurden diese Tätigkeiten von Claudia Lenz und Ulrich Pohn fortgeführt. Mit Beginn der zweiten Projektphase im Mai 1995 löste Uwe Kaminsky Beate Meyer ab. Beate Meyer erhielt in Anerkennung ihrer Verdienste um das Projekt im März 1996 die Johann Martin Lappenberg-Medaille des Vereins für Hamburgische Geschichte verliehen.

Im folgenden sollen die fünf Arbeitsschwerpunkte, wie sie durch das Projektkonzept vorgegeben waren, kurz skizziert werden. Es handelte sich dabei im einzelnen um

- die Durchführung von lebensgeschichtlichen Interviews und Videoaufnahmen (Archivbestand),
- die Transkription der Tonbänder und die Archivierung,
- die »Werkstatt« als Koordinations- und Anlaufstelle für andere Hamburger Interviewprojekte,
- die Öffentlichkeitsarbeit und
- die Darstellung von Arbeitsergebnissen.

Es lag nicht in der Absicht derjenigen, die das Projekt initiiert hatten, Prominente zu befragen oder Elitenforschung zu betreiben, wenngleich sich unter den Zeitzeugen einige befinden, die aufgrund ihrer politischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Tätigkeit sehr bekannt sind. Aufgezeichnet werden sollten vielmehr die Lebensgeschichten jener Menschen, die normalerweise keine oder selten Spuren in Archiven hinterlassen. Diese Zeitzeugen aufzufinden und anzusprechen, war auch ein Wettlauf mit der Zeit. Fünf Jahrzehnte nach Kriegsende ging es hauptsächlich darum, möglichst alle noch lebenden und gesprächsfähigen NS-Verfolgten zu befragen. Die Projektmitarbeiter nahmen Verbindungen zu verschiedenen Verfolgtenverbänden auf. Dazu zählte die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS), die Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, die Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes sowie die Hamburger Stiftung für NS-Verfolgte, die viele Kontakte vermittelten. Oft konnten daraufhin im »Schneeballsystem« weitere Gesprächspartner gewonnen werden. Darüber hinaus ermöglichte das Besucherprogramm des Hamburger Senats für die ehemaligen jüdischen Hamburger die gezielte Kontaktaufnahme zu jüdischen Emigranten.⁶

Der Gesamtbestand der »Werkstatt der Erinnerung« enthält Interviews und Selbstzeugnisse (Erinnerungsberichte, Familiendokumente, Fotos und Korrespondenz) von 466 Personen, die – bis auf wenige Ausnahmen – in der Zeit ihrer Verfolgung in Hamburg gelebt haben⁷. Darunter befinden sich 398 Interviews;⁸ von weiteren 68 Verfolgten sind ausschließlich schriftliche Materialien vorhanden. Weil die Beschäftigung mit staatlichen Akten aus der NS-Zeit den Blick zumeist auf männliche Verfolgte lenkt, bemühten sich die Projektmitarbeiter, die Verfolgung von Frauen durch die gezielte Wahl

6 Siehe dazu Meinhardt, Der Senat lädt ein, sowie Knappe, Ehemals in Hamburg daheim.

7 Stand: 31. März 1997. Zu den Ausnahmen gehören vereinzelt Lebenserinnerungen von verfolgten Juden aus anderen Städten, die der »Werkstatt« von Dritten zur Verfügung gestellt wurden.

8 Die meisten Interviews liegen als Transkripte vor.

weiblicher Gesprächspartner verstärkt zu berücksichtigen. Daher ist das Verhältnis von männlichen und weiblichen Zeitzeugen relativ ausgeglichen (252 Männer, 214 Frauen). Der zahlenmäßig größte Bestand umfaßt 165 Interviews mit jüdischen Überlebenden.⁹ Zusammen mit den 62 lebensgeschichtlich geführten Interviews mit sogenannten Halbjuden bildet die Gruppe der »rassisch« Verfolgten mit 227 Interviews über die Hälfte des Gesamtbestandes der »Werkstatt«. Der nächstgrößere Bestand besteht aus den Interviews mit politisch Verfolgten, wobei 49 Interviews mit Sozialdemokraten und 28 mit Kommunisten durchgeführt wurden. Ein kleinerer Bestand umfaßt 20 Interviews mit politisch Verfolgten aus dem Umfeld des bürgerlichen Widerstandes, der »Weißen Rose« in Hamburg und des »Musenkabinettes«. Die beiden größten Bestände der »Werkstatt«, die »rassisch« und politisch Verfolgten, werden in den Einzelbeiträgen dieses Sammelbandes ausführlich behandelt, ebenso wie die als »vergessene Opfer« zusammengefaßten Interviews mit sogenannten Asozialen, Zwangssterilisierten und Zwangsarbeitern sowie Opfern der NS-Militärjustiz (Desertion). Der Interviewbestand »vergessene Opfer« umfaßt insgesamt 19 Interviews. Die anderen in der »Werkstatt« vorhandenen Interviewbestände mit »Swing-Jugendlichen«, Homosexuellen sowie andere Kleinbestände sind in diesem Sammelband nicht in eine Auswertung einbezogen worden, wenngleich diesen Lebensgeschichten noch eine intensive Bearbeitung zu wünschen ist. Aus arbeitsorganisatorischen Gründen mußten sie zurückgestellt werden. Zu den im Rahmen des Projektes geführten Erinnerungsinterviews und gesammelten Selbstzeugnissen kommen noch die der »Werkstatt« von dritter Seite überlassenen Materialien und Interviews hinzu, die zumeist weniger lebensgeschichtlich als sachthematisch angelegt sind. Dazu zählen der Bestand »Volkssturm«¹⁰, »Nachkriegszeit, Mangelersahrung, Wohlstandshoffnung«¹¹, »Justiz«¹² und »Katholische Jugend in der NS-Zeit«¹³. Von den sogenannten Sonntagsgesprächen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme konnten diejenigen

9 Darunter befinden sich 10 Interviews, die Beate Meyer und Sybille Baumbach im Rahmen einer Interviewreise nach England im Mai 1991 mit Zeitzeugen geführt haben, von denen die Hälfte mit den sogenannten Kindertransporten Deutschland 1938/1939 verlassen mußte.

10 Siehe dazu die Veröffentlichung von Siebenborn, *Der Volkssturm*.

11 Siehe Wildt, *Am Beginn der »Konsumgesellschaft«*.

12 Das Projekt zur Neueren Hamburger Justizgeschichte wurde ebenfalls 1990 initiiert. In Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen der »Werkstatt« wurden Juristen interviewt, die während der NS-Zeit studiert und ihre Ausbildung begonnen hatten. In der Nachkriegszeit stiegen sie in führende Positionen in der Hamburger Justiz auf. In den beiden Veröffentlichungen des Projekts, die von der Hamburger Justizbehörde herausgegeben worden sind, finden die Interviews allerdings nur eine kurze Erwähnung. Siehe Justizbehörde Hamburg (Hg.), Bästlein u.a., »Für Führer, Volk und Vaterland ...« und »Von Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen ...«.

13 Die Interviews wurden von Carl Bergengruen 1988 im Rahmen einer Staatsexamensarbeit erhoben.

mit Verfolgten aus Hamburg kopiert werden; zum Teil ergänzen sie die Interviews, die »Werkstatt«-Mitarbeiter geführt haben.¹⁴ Die Dauer der Interviews erstreckt sich von Kurzgesprächen von nur einer halben Stunde bis zu Gesamtlängen von 15 Stunden. Die langen Gespräche fanden an verschiedenen Tagen statt und wurden zumeist im Hause der Zeitzeugen geführt, die in Hamburg und Umgebung leben; die Interviews mit den jüdischen Emigranten sind durchschnittlich nicht länger als zwei bis drei Stunden.¹⁵ Die »Werkstatt der Erinnerung« erstellte im Laufe der ersten Projektphase 20 Videointerviews mit jüdischen Emigranten, »Halbjuden«, Sozialdemokraten sowie mit einer Kommunistin und einem Homosexuellen. Neun weitere auf Video aufgezeichnete Gespräche wurden mit Zeitzeuginnen geführt, die weibliche Lebenserfahrungen zwischen den letzten beiden Kriegsjahren und der Nachkriegszeit in Hamburg dokumentieren. Alle Interviews und sonstigen biographischen Materialien sind in einer EDV-gestützten Datenbank erfaßt. Zunächst wurde damit begonnen, die Interviews durch Kurzlebensläufe und ein Verschlagwortungssystem (einen sogenannten Thesaurus) zu erschließen.¹⁶ Im Verlauf des Projekts stellte sich jedoch heraus, daß der Arbeits- und Zeitaufwand zu groß war. Daher ist nur ein kleinerer Teil des Interviewbestandes der »Halbjuden« mit Hilfe dieses Verfahrens bearbeitet worden. Als arbeitsökonomischer erwies es sich, alle Interviews und sonstigen Selbstzeugnisse ausschließlich durch einen Kurzlebenslauf des betreffenden Zeitzeugen zu erfassen. So ist es möglich, Angaben über ein bestimmtes Stichwort in den Kurzlebensläufen des Gesamtbestandes zu recherchieren. Das Archiv der »Werkstatt der Erinnerung« steht der wissenschaftlichen Forschung und der interessierten Öffentlichkeit – unter Wahrung datenschutzrechtlicher Bestimmungen – zur Verfügung.

Die der »Werkstatt« zugewiesene Funktion, als eine Koordinations- und Anlaufstelle für Hamburger Oral History-Projekte zu dienen, konnte aus verschiedenen Gründen nicht befriedigend realisiert werden. Dazu trug zum einen die Arbeitsbelastung der Projektmitarbeiter bei, die schwerpunktmäßig mit der Interviewtätigkeit, der Archivierung der Interviews und der sich daraus ergebenden umfangreichen Korrespondenz mit Zeitzeugen, der Beantwortung einer Vielzahl von Anfragen und schließlich mit dem Beginn von Teilauswertungen einzelner Bestände beschäftigt waren. Darüber hinaus hatte der Elan der 80er Jahre, Geschichte »von unten«, in den Stadtteilen, Parteien, Gewerkschaften und Institutionen zu betreiben, zu Beginn der 90er

14 Die Gesprächspartner der Gedenkstätte gehörten zum ganz überwiegenden Teil der SPD und KPD sowie ihnen nahestehenden Organisationen an und werden im Archiv der »Werkstatt« daher den Beständen der politisch Verfolgten zugeordnet.

15 Der Grund dafür besteht in der knapp bemessenen Zeit, die den jüdischen Gästen in Hamburg im Rahmen des Besucherprogramms zur Verfügung steht.

16 Siehe dazu Baumbach, Archiv, S. 59 sowie Meyer, Projekt »Hamburger Lebensläufe«, S. 125 f.

Jahre spürbar nachgelassen. Die allgemeine Arbeitsmarktlage, vor allem der Abbau von AB-Maßnahmen, beeinträchtigte die Arbeit der Geschichtswerkstätten und Projektgruppen zunehmend. Der »Institutionenegoismus« bewirkte hier wie dort, daß Mitarbeiter hauptsächlich für das eigene Projekt arbeiteten und nur sehr begrenzt gewillt waren, ihr Material in Kopie »abzugeben«. Gleichwohl ist es den »Werkstatt«-Mitarbeitern zumeist aufgrund persönlicher Kontakte gelungen, einen inhaltlichen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Kollegen im außeruniversitären Bereich herzustellen und zu festigen. Dabei spielte der 1990 von der Projektleiterin der »Werkstatt« gemeinsam mit Vertretern der Geschichtswerkstätten und freien Forschern initiierte »Arbeitskreis Oral History« eine wichtige Rolle, der als Diskussionsforum diente und 1994 einen Sammelband veröffentlichte.¹⁷

Die Öffentlichkeitsarbeit war eine grundlegende Voraussetzung für das Gelingen des Projekts. Dazu gehörten neben den bereits erwähnten Aktivitäten die Vorstellung des Projekts in Publikationsorganen,¹⁸ auf wissenschaftlichen Tagungen, in Seminaren der Universität, in den Geschichtswerkstätten und auf zahlreichen Veranstaltungen der politischen Bildung »vor Ort«. Hinzu kam die gezielte Kontaktpflege mit Verbandsfunktionären, Geschichtswerkstätten-, Projektgruppen- und Gedenkstättenmitarbeitern und speziell an dem Projekt interessierten Privatpersonen, die unsere Arbeit stark unterstützten. Mehrfach wurden Videofilme auf Veranstaltungen, in der Universität, bei politischen Bildungsträgern und im Hamburger Metropolis-Kino präsentiert. Bedeutsam war auch der Kontakt zu Medienvertretern, wie Zeitungs- und Rundfunkredakteuren, denen wir bei der Recherche über einzelne Verfolgte oder aber auch zu speziellen Verfolgtengruppen behilflich sein konnten und/oder die uns Gelegenheit gaben, das Projekt vorzustellen.¹⁹ Vielfach wurden die Mitarbeiter und der Archivbestand der »Werkstatt« auch von Studenten und Wissenschaftlern in Anspruch genommen, die zu bestimmten Themen der NS-Verfolgung arbeiteten und in staatlichem Aktengut mit ihren Recherchen nicht weitergekommen waren. Die

17 Vgl. Jureit/Meyer (Hg.), Verletzungen.

18 Siehe Baumbach, Werkstatt der Erinnerung.

19 Eine kurze Erwähnung findet die »Werkstatt« in dem Artikel »NS-Vergangenheit. Weißer Fleck«, DER SPIEGEL, 17/1994, S. 61 f., hier S. 61; Simone Ohlinger: »Erzählungen sind keine Erlebnisse«. 150 Jahre Israelitisches Krankenhaus: Eine ehemalige Krankenschwester erinnert sich, HAMBURGER RUNDSCHAU, Nr. 30 vom 21.7.1994, S. 9; Susanne Kippenberger: »Das ist doch meine Weltanschauung«. Künstler und Kommunist/In der Illegalität hat Otto Gröllmann überlebt und Werkstatt der Erinnerung, DER TAGESSPIEGEL, Nr. 15008 vom 21.8.1994, S. IV; Alfons Kenkmann: Erlebnisse, die ein ganzes Leben nachhängen. Oral History über die Nazizeit: »Hamburger Lebensläufe-Werkstatt der Erinnerung«, FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 201 vom 30.8.1994, S. 8 und Kay Dohnke: Aufarbeiten, ad acta legen und schweigen, TAGESZEITUNG Hamburg vom 9.5.1996, S. 22. Darüber hinaus erschienen kleinere Berichte und Hinweise über die »Werkstatt« in der Hamburger Lokalpresse. Am 8.9.1993 stellte Beate Meyer die Arbeit des Projektes in der Sendung »Horizonte« im Norddeutschen Rundfunk 4 vor; am 18.11.1994 wurde der von Jureit/Meyer herausgegebene Band Verletzungen ebenfalls in der Sendung »Horizonte« besprochen.

Beratungstätigkeit nahm einen nicht unbedeutenden Teil unserer Arbeit ein, der beständig anstieg.

Im Juli 1993 konnte eine weitere Interviewerstelle eingerichtet werden. Dadurch wurde es möglich, Gesprächspartner stärker nach thematischen Kriterien auszuwählen, und nicht mehr vorrangig nach dem Alter. Insbesondere Interviews mit politisch Verfolgten und »vergessenen Opfern« wurden nunmehr intensiver durchgeführt. Aufgrund der personellen Erweiterung konnten wir jetzt auch mit ersten Teil-Auswertungen von Interviewsamples beginnen, die in mehreren Aufsätzen publiziert wurden.²⁰

1993 entstand aus den Videoaufnahmen mit neun Zeitzeuginnen der »Werkstatt«-Film »Trümmerjahre – Frauen in Hamburg 1943–1953« (55 min.). Die zwischen 1897 und 1938 geborenen Frauen, die teilweise »rassisch« oder politisch verfolgt, teilweise aber auch »Mitläuferinnen« waren oder sich damals noch im Kindesalter befanden, reflektieren im Rückblick ihre Lebenserfahrungen eines Jahrzehnts.

Ein erster, 1991 entstandener kürzerer Film »Man war isoliert ...« dokumentiert die Verfolgung eines »halbjüdischen« Zeitzeugen (20 min.). 1994 wurde der Videofilm »Familie Riemann-Blumenthal, Grindelallee 139« fertiggestellt (45 min.). In ihm erzählt ein »halbjüdisches« Hamburger Geschwisterpaar die von Euthanasie und »rassischer« Verfolgung geprägte Familiengeschichte. Alle von der »Werkstatt« erstellten Videofilme sind bei der Hamburger Landesbildstelle ausleihbar. Für den Film »Trümmerjahre« liegen Unterrichtsmaterialien vor. Darüber hinaus verfügt das Projekt über ein zwanzigminütiges Demonstrationsvideo, das jeweils in kürzeren Auszügen die Verfolgungserfahrungen von Zeitzeugen aus den verschiedenen Verfolgtengruppen exemplarisch zeigt.

Aufgrund der bisherigen Arbeitsergebnisse und der positiven öffentlichen Resonanz hat die Hamburger Bürgerschaft eine Verstetigung der »Werkstatt der Erinnerung« beschlossen. Zur Begründung heißt es in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft: »Einen besonderen Stellenwert nehmen in der Forschungsstelle die Forschungen des auf Beschluß der Bürgerschaft im Jahre 1989 eingerichteten Projekts »Hamburger Lebensläufe-Werkstatt der Erinnerung« ein, das sich mittlerweile zu einem der größten deutschen Oral History-Projekte und zur umfangreichsten Sammlung von Interviews mit ehemaligen Opfern des Nationalsozialismus in Hamburg entwickelt hat. Die Tätigkeit des Projekts ist in besonderer Weise auf die Rückbindung in die Hamburger Bevölkerung angewiesen. (...) Der Abschluß dieser sehr umfangreichen und aufwendigen Arbeiten von herausragendem historischen

20 Siehe Baumbach, Jüdische Ärzte; Meyer, Mischehen; dies., »Man nahm so vieles hin ohne Regung«; dies., »Besser ist doch, man taucht unter«; dies., Mit der Erinnerung leben sowie dies., Anpassung.

Wert ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Außerdem ist vorgesehen, die Dokumentationsarbeit der Werkstatt der Erinnerung mit Hilfe von Ton- und Videoaufnahmen demnächst auf die Phase nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auszudehnen und dabei die Erfahrungen dieser Generation beim Wiederaufbau und der Integration in die Nachkriegsgesellschaft durch Befragungen von Zeitzeugen festzuhalten.«²¹

21 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/6169 vom 1.10.96. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, betr. Rechtliche Verselbständigung der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, hier Punkt III: Integration des Projektes »Werkstatt der Erinnerung«, S. 2f.

Uwe Kaminsky

Zur Methode der Oral History¹

Die Oral History bewegt sich zwischen den Ansprüchen, nur eine Forschungsmethode oder aber eine eigenständige historische Disziplin zu sein. Der Anspruch, eine eigene historische Disziplin zu begründen, ließ sich nicht aufrechterhalten. Lutz Niethammer meint, Oral History sei »vielmehr eine Methode, die im Bereich der Zeitgeschichte für spezielle Zwecke fruchtbar und zuweilen unumgänglich ist, allerdings mit zum Teil weitgehenden methodologischen Implikationen«.² Die rückblickende mündliche Erzählung ist nur eine von vielen Quellen, die neben den zeitnäheren Formen von Tagebüchern, Briefen etc. existiert.³ Oral History beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Verarbeitung von Geschichte, der Veränderbarkeit der Selbsteutungen von Menschen. Das Berichtete liegt zum Zeitpunkt eines Interviews bereits länger zurück und ist durch verschiedene Filter geformt worden.

Erinnerung erhält erst durch die Einflüsse der dazwischenliegenden Zeit Beständigkeit. Die in Interviews produzierten Lebenserinnerungen spiegeln Wahrnehmungen, Interpretationen und Erfahrungsmuster wider, die bei der wissenschaftlichen Analyse nicht ausgeblendet werden dürfen. Die Differenz zwischen historischer Wirklichkeit und der sie abbildenden Quelle ist durchaus kein Merkmal der Erinnerungen. Sie dienen, wie andere Quellen auch, als »Überreste« zur Rekonstruktion von Geschichte in einem Prozeß des Spurenlesens.⁴ Sie bedürfen der Kritik wie andere Quellen. Die Beschreibung von Ereignissen in Erinnerungsinterviews ist nicht notwendigerweise

1 Siehe demnächst ausführlich zur Methodik wissenschaftlicher Analyse von lebensgeschichtlichen Interviews Jureit, Überlebensdiskurse.

2 Niethammer, Oral History, S. 196. Alexander von Plato schlägt den sinnvolleren Begriff der »Erfahrungsgeschichte« vor, der nicht an der Quellenform und ihrer Auswertung hängt, sondern vielmehr die methodische Vielfalt des Forschungsfeldes betont. Vgl. von Plato, Oral History als Erfahrungswissenschaft, bes. S. 98, und die Kritik von Geppert (Forschungstechnik oder historische Disziplin, S. 309), der in dem Begriff der »Erfahrungsgeschichte« die Fragen nach Kenntnissen über Ereignisse und nach Sachverhalten, wie sie in Eliteninterviews in den USA erhoben wurden, nicht einbezogen sieht.

3 Siehe als Überblick über die Interpretation verschiedener Quellen Rusinek (Hg.), Die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit, bes. die Beiträge von Zimmermann, Zeitzeugen, S. 13–26; Hüttenberger, Tagebücher, S. 27–43; Weiss, Briefe, S. 45–60; Engelbrecht, Autobiographien, Memoiren, S. 61–79.

4 Siehe hierzu die Bemerkungen bei Niethammer, Oral History, S. 189–210, und Briesen u. Gans, Über den Wert von Zeitzeugen in der deutschen Historik, S. 1–32.

unschärfer als in zeitnahen Quellen. Man denke dabei nur an Blockierungen und Erzählhemmungen mit Blick auf das Themenfeld Nationalsozialismus, die erst mit dem zeitlichen Abstand und der gesellschaftlichen Enttabuisierung wegfielen oder, noch aktueller, an die verschwundene Sanktionsdrohung oder Zensur bei Erzählungen von Überlebenden stalinistischer Regime.

Die Überlagerungen, Deckerinnerungen und konstituierenden Prozesse der Erlebniswahrnehmung, Erlebnisverarbeitung und erzählenden Rekonstruktion sind ein wichtiger Bereich in der methodischen Diskussion über die Oral History.⁵ Die biographische Forschung weist darauf hin, daß es nicht nur kollektive Muster der Erinnerung gebe, sondern ebenso Orientierungen am biographischen Gesamtkonzept des sich Erinnernden sowie an Formtraditionen der gesellschaftlichen Kommunikation (z.B. Lebenslauf, Beichte, ärztliche Anamnese). Die Interviewpartner greifen auf einen Fundus von Erzählfiguren und kollektiver Geschichtstradition zurück. Zudem existiert eine Differenz von Ereignis, Erlebnis und Erinnerung. Ereignisse werden erst in der Wahrnehmung und im Erlebnis Einzelner konstituiert. Erlebnisse wiederum werden in den lebensgeschichtlichen Erzählungen aus einer Perspektive der Gegenwart erinnert. »Indem sich die Erinnerung auf ein vergangenes Erlebnis bezieht und damit auf das Gesamtsystem der möglichen Perspektiven verweist, unter denen sich das Erlebnis für den Erinnernden darbieten kann, also auch auf die Perspektive kurz nach dem Erleben, wirkt die Vergangenheit auf die Gegenwart ein.«⁶ Lebensgeschichten verweisen sowohl auf die sie prägenden Ereignisse in der Vergangenheit wie auf die Deutungsmuster in der Gegenwart der Zeitzeugen, die sie konstruieren. Es bleibt deshalb geboten, die erzählten Erlebnisse zu analysieren, um die Mechanismen der Auswahl von Erlebnissen aus dem Gedächtnis und die Art ihrer Darbietung zu verstehen.

Ein lebensgeschichtliches Interview ist ein Interaktionsprozeß zwischen Interviewtem und Interviewer. Die Interviewer sind an der Produktion der Quellen beteiligt. In diesem Zusammenhang kann im besten Falle von einer kreativen Rolle des Interviewers für den Interviewprozeß gesprochen werden, von »Mäeutik« (Geburtshelferkunst), die im philosophischen Sinne durch geschicktes Fragen die Antworten hervorbringt, die dem Befragten vorher nicht klar waren.⁷ Im schlechtesten Fall kann es aber auch zu einer Störung der Kommunikation kommen, in der die Beziehungsaspekte der Kommunikation die Inhaltsaspekte überlagern. Oft wird die Frage gestellt, wie valide

5 Vgl. Ronald J. Grele, *Ziellose Bewegung*, S. 143–161; Lutz Niethammer, *Fragen – Antworten – Fragen*, S. 392–445; Geppert, *Forschungstechnik oder historische Disziplin*, S. 313ff.; Rosenthal, *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte*, S. 70–98.

6 Gabriele Rosenthal, *Die erzählte Lebensgeschichte als historisch-soziale Realität*, S. 132.

7 Vgl. Vorländer, *Mündliches Erfragen von Geschichte*, S. 18f.

die Ergebnisse der Oral History sind. Der Oral History wird häufig vorgeworfen, sie sei als Methode unwissenschaftlich und die dabei erstellten Quellen seien nur »subjektiv«. Wissenschaftliche Ansprüche wie Repräsentativität und Objektivität, Aussagekraft und Generalisierbarkeit würden nicht erfüllt. Dieser Kritik liegt das Mißverständnis zugrunde, daß aus erzählten Lebenserinnerungen exakte Beschreibungen der historischen Wirklichkeit erwartet werden. Vertreter der Oral History verweisen jedoch gerade auf die Subjektivität als kennzeichnende Qualität des lebensgeschichtlichen Interviews. Oral History kann nicht repräsentativ sein wie quantitative sozialwissenschaftliche Erhebungen. Eine so große Zahl von Interviews zu führen, daß sie statistische Repräsentativität beanspruchen könnten, ist nicht nur arbeitstechnisch unmöglich. Die Auswahl der Interviewpartner unterliegt vielen einschränkenden Kriterien. Zum Zeitpunkt der Projektdurchführung leben oft nur noch bestimmte Interviewpartner, und von diesen ist nur eine gewisse Anzahl zu einem Interview bereit. Deswegen haben die qualitative Auswahl der befragten Gruppe von Interviewpersonen, die quellenkritische Untersuchung und Deutung der lebensgeschichtlichen Erzählungen und der Vergleich der Ergebnisse mit denjenigen aus anderen Quellen mehr Bedeutung. Wichtig erscheint dabei die Reflexion der Auswahl der Interviewpartner, um Grenzen möglicher Interpretationen deutlich werden zu lassen.⁸ Das Erkenntnisinteresse bei dem vorliegenden Interviewprojekt kreiste vor allem um die Fragen: Wie wurde Verfolgung aus der Perspektive der Betroffenen erfahren? Wie fügten sich die berichteten Sachverhalte, Ereignisse, Erlebnisse und Erinnerungen in die Lebenslaufkonstruktionen ein? Unsere Fragen zielten dabei nur in seltenen Fällen auf die Rekonstruktion von Ereignissen und Abläufen, um Lücken in der schriftlichen Quellenüberlieferung zu schließen. Gleichwohl zogen wir zur Charakterisierung der Lebensbedingungen, unter denen die erinnerten Biographien standen, weitere Quellen und Materialien hinzu. Aus den Interviews liessen sich zwar Rückschlüsse auf die Erfahrungshorizonte der Interviewten ziehen, doch die lebens- und erfahrungsprägenden Merkmale wie Generation, Geschlecht, Sozialschicht, Religion, Kultur, die diese Erfahrungshorizonte von außen bestimmten, mußten als Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen werden. Die Überlebenszeugnisse der Verfolgten sollten dadurch sozialgeschichtlich eingebunden werden und nicht im Feld der ritualisierten Erinnerungskultur verbleiben. In der Literatur wird als idealtypisch für die Interviewgestaltung ein dreiphasiges Vorgehen beschrieben⁹:

8 Siehe die grundsätzliche Skepsis gegenüber einer quantifizierenden Auswertung vor dem Hintergrund der Praxis bei Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen, S. 409f. entgegen früheren (ders., Oral History in USA, S. 485f.) Ansichten.

9 Vgl. zur Beschreibung dieses Vorgehens Niethammer, Einleitung des Herausgebers, S. 18f.; Jureit/Orth, Überlebensgeschichten, S. 156f.; Breckner, Von den Zeitzeugen zu den Biographen, S. 199–222, bes. S. 204–209.

freier Lebensbericht der Interviewten, Vertiefung des bereits Berichteten durch Nachfragen, die wiederum Erzählungen hervorrufen, und schließlich die Befragung vor dem Hintergrund eines vorher ausgearbeiteten Frage-rasters, sofern die vorüberlegten Fragen keine Beantwortung im Interview gefunden haben. Diese Abfolge erwies sich in der Praxis des Projektes aber gerade bei denjenigen Zeitzeugen als ungeeignet, die eine geringe Routine darin besaßen, sich darzustellen, oder für die es während der Verfolgungszeit angezeigt war, ihre Herkunft, Lebensgestaltung oder Teile ihrer Identität zu verbergen. Diesen Interviewten fiel die lebensgeschichtliche Erzählung leichter, wenn Fragen gestellt wurden. Dennoch entstand in vielen Fällen ein lebensgeschichtliches Interview.¹⁰ Um die Interviews mit Zeitzeugen aus verschiedenen Verfolgtengruppen so zu bearbeiten, daß die Verfolgungserfahrungen trotz ihrer großen Bandbreite vergleichbar waren, entwickelten die Auswerterinnen und Auswerter zunächst ein thematisches Raster, das die Konzeption der einzelnen Beiträge bestimmt. So deuteten wir die Erinnerungen der Zeitzeugen vor dem Hintergrund ihrer biographischen Prägungen durch soziale Herkunft, Religion, Generationszugehörigkeit, Geschlecht sowie den informellen und formellen Mitgliedschaften in politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, religiösen Gemeinden wie kulturellen Vereinen. Darüber hinaus fragten wir nach den Reaktionen auf die Verfolgung in der Vorkriegs- wie in der Kriegszeit während der Herrschaft der Nationalsozialisten. Dabei ging es um die Bandbreite der Reaktionen auf die Verfolgung, vom defensiven Rückzug und »Unsichtbarmachen« bis zum offensiven Aufbegehren im politischen Widerstand oder der Emigration. Je nach Verfolgtengruppe erschienen die Elemente von partieller Zustimmung zum NS-Regime und Widerstand, von Verinnerlichung angeblicher Minderwertigkeit und Resistenz besonders interessant. Fragen nach dem Verhältnis von Normalität und Verfolgung drängten sich genauso auf wie Fragen nach der Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Aspekten der NS-Herrschaft. Wie gingen Verfolgte mit ihrer öffentlichen Ausgrenzung um, wie bewältigten sie die psychischen Probleme, die Trennungen von ihrer Familie und dem sozialen Umfeld? Wie positionierten sie sich innerhalb der Gefängnisse und Lager? Welche ihrer Sozialisationsbedingungen ermöglichten es ihnen, ihre Erfahrungen so zu verarbeiten, daß sie in der vorliegenden Art und Weise kommunizierbar waren? Welche Erfahrungen wurden nach der Verfolgung gemacht, noch innerhalb der NS-Zeit und nach deren Ende? Einige der Leitfragen bezogen sich auf die Erfahrungen der Verfolgten in der Nachkriegszeit. Dabei ging es um die

10 Niethammer kennzeichnete diese auch im Projekt »Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet« (LUSIR) Verwendung findende Interviewform im »Wissenschaftscode« als »diachron angelegtes Intensivinterview mit einem narrativen, lebensgeschichtlichen Element (mit freier dialogischer Vertiefung) und einem halbstrukturierten Teil der auf Alltagsbedingungen und individuelle Deutungsmuster bezogen ist« (ders, Einleitung des Herausgebers, S. 28).

Integration der Verfolgten oder ihre fortdauernde Ausgrenzung, um die Milieureorganisation oder die Erfahrungen von Fremdheit sowohl in den Emigrationsländern als auch, bei Remigranten, in der Heimat. Zentral war dabei die Frage nach Spätschäden und Entschädigungen für die erlittene Verfolgung.

Die im Projekt geführten lebensgeschichtlichen Interviews gliedern sich – im Unterschied zu denen mit nichtverfolgten Deutschen – meist sehr klar in die Zeit vor, während und nach der Verfolgung.¹¹ Am stärksten wirken sich die durch staatliche Verfolgungsmaßnahmen und gesellschaftliche Ausgrenzung entstandenen Brüche bei den aus »rassischen« Gründen Verfolgten aus, die in Konzentrationslagern überlebten oder Deutschland verlassen mußten. Sie verloren ihre Familienangehörigen, ihr Heimatland, ihr Vermögen und vieles mehr. Ihre Schul- und Berufsabschlüsse waren oft wertlos geworden, sie mußten sich in eine fremde Umgebung integrieren und eine neue Identität entwickeln. Sie mußten eine neue Sprache lernen und verlernten zum Teil die Sprache ihrer Herkunft. Diese Erfahrungen strukturieren die lebensgeschichtliche Erzählung sprachlich wie inhaltlich. Waren »rassisch« Verfolgte hingegen wie die sogenannten Mischlinge in der deutschen Gesellschaft verblieben, deckt sich ihre Darstellung des Lebenslaufes auf den ersten Blick oft mit Berichten nichtverfolgter Deutscher, denn die äußeren Geschehnisse betrafen sie ebenso wie diese. Erst durch genaue Analyse wird deutlich, daß diese Interviews eine zweite Ebene enthalten, in der sich die Lebensbedrohung aus der Phase der Verfolgung erhalten hat und in der die daraus resultierende allgemeine Angst oft in die Nachkriegszeit hineinragt.

Die politisch Verfolgten hingegen erlebten lebensgeschichtliche Brüche zumeist in den ersten drei Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Schlagartig wurde den Akteuren der Arbeiterparteien deutlich, daß die Nationalsozialisten ihre politische Bewegung vernichten wollten. Als Individuen hingegen hatten sie »die Wahl«, sich nach ihren Haftstrafen wieder in ihr gewandeltes Umfeld einzupassen oder oft isoliert Widerstand gegen ein Regime zu leisten, das die Zustimmung der Bevölkerung längst erfolgreich gewonnen hatte. So gliedern sich die Biographien der politisch Verfolgten zumeist in Abschnitte über die Zeit der Politisierung in der Weimarer Republik, des dann folgenden Bruchs durch die Verfolgung und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft noch während der nationalsozialistischen Herrschaft. Diese wurde nach dem Krieg von den sozialdemokratisch Orientierten beruflich wie privat fortgesetzt, während Kommunisten im Kalten Krieg erneut politisch isoliert wurden. Die mehr oder minder erfolgreiche

11 Auf Unterschiede in den Lebenserzählungen Verfolgter und Nicht-Verfolgter weist auch Rosenthal (Überlebende der Shoah, S. 432ff.) hin, die bei »verfolgten Biographien eher Einzelerzählungen und fragmentierte Erzählketten« beobachtete.

Nachkriegsgeschichte bestimmt bei ehemals politisch Verfolgten die lebensgeschichtliche Erzählung vielleicht noch stärker als bei anderen Verfolgtengruppen.

Für die meisten der »Vergessenen Opfer« hingegen gilt dieses Phasenmodell nicht: Sie waren – wie beispielsweise Homosexuelle oder »Asoziale« – bereits in der Weimarer Republik diskriminiert, erfuhren dann nach 1933 eine Verschärfung dieser Situation, die zum Teil in körperlicher Verstümmelung oder Lagerhaft mündete, und blieben nach dem Krieg weiterhin gesellschaftlich benachteiligt. Die Integration traumatischer Erfahrungen in die jeweilige Biographie – und damit auch in die jeweilige lebensgeschichtliche Erzählung – hing einerseits von den individuellen Möglichkeiten der Verfolgten ab, wurde andererseits aber auch durch die Reaktionen der Nachkriegsumwelt befördert oder behindert. Die Interviews mit »Vergessenen Opfern« bestehen wegen der durchgängigen Diskriminierungen oft aus bruchstückhaften, unverbunden bleibenden Ereignissen, Erlebnissen oder Erfahrungen, wohingegen die »rassisch« oder politisch Verfolgten diese eher in ihre Lebensdarstellung und -deutung integrieren können. Die Personen, die dem literarischen Zirkel »Musencabinet« angehört hatten oder aus dem Umfeld der »Weißen Rose« kamen, stammten in der Regel aus bildungsbürgerlichen Kreisen. Daß sie in ihrer Jugend kulturelle Interessen besaßen, ist in ihre Lebenskonstruktionen eingeflossen, hat diese aber nicht maßgeblich bestimmt. Diese jugendliche Phase unterscheidet sich als Episode kaum von Erzählungen anderer. Die Darstellungen orientieren sich an den Lebensphasen Kindheit, Jugend und Erwachsenenzeit. Nur bei wenigen, die wegen der Unterstützung der »Weißen Rose« ins Visier der Staatsorgane gerieten und inhaftiert wurden, entstand ein lebensgeschichtlicher Bruch. Dieser beeinflusst, ähnlich wie bei den politisch Verfolgten, die Chronologie und Deutung des Lebenslaufes und auch seine Darstellung.

Beate Meyer

Interviewerfahrungen mit ehemals Verfolgten

Der Psychoanalytiker William G. Niederland faßte aufgrund seiner langjährigen Arbeit mit NS-Verfolgten die verfolgungsbedingten Umstände zusammen, an deren Auswirkungen die Betroffenen lebenslang leiden: Sie lebten während der nationalsozialistischen Herrschaft in einer Atmosphäre der ständigen Bedrohung und spürten ein namenloses, immer näher rückendes Verhängnis, sie schwebten zeitweise in akuter Todesgefahr, alle ihre menschlichen Bezüge und Kontakte waren in Frage gestellt. Sie führten ein schutzloses Dasein in nahezu völliger Rechtlosigkeit und waren öffentlichen und persönlichen Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Anschuldigungen ausgesetzt, ohne sich wehren zu können.¹

Fast alle Interviewpartner der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektes »Werkstatt der Erinnerung« haben wenigstens einen Teil dieser beschriebenen Bedrohungen erfahren, wobei deren zeitliche Dimension und der Grad der Verfolgung differierten. Die Bandbreite der Befragten reicht von denen, die sich freiwillig außerhalb der »Volksgemeinschaft« verorteten bis hin zu Schwerstraumatisierten, hinter denen jahrelange Lagerhaft mit gesundheitlichen Folgeschäden lag. An kaum einem der Gesprächspartner war die Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung spurlos vorübergegangen.

Wer Verfolgte interviewt, muß damit rechnen, nicht nur erschütternde Lebensberichte zu hören, sondern auch damit, daß Aspekte der Verfolgungssituation nonverbal in die Kommunikation einfließen. Dies kann sich im Gesprächsverhalten ebenso äußern wie in szenischer Gestaltung traumatischer Schlüsselsituationen oder im Schutzbedürfnis während des Interviews, das Angehörige erfüllen müssen. Im folgenden sollen einige Beispiele einen Eindruck davon vermitteln, welche Erfahrungen wir als Interviewerinnen und Interviewer in dem Projekt sammelten.

Die Kontakte zu den Zeitzeugen hatten meist ein schon befragter Zeitzeuge oder eine Organisation vermittelt, der erste Interviewtermin war telefonisch oder schriftlich festgelegt worden. Abgelehnt wurde unsere Bitte um ein Interview fast nie; nur wenige Personen verweigerten ein Treffen mit

1 Vgl. Niederland, Folgen, S. 10.

dem Hinweis auf die starke psychische Belastung, die ein derartiges Gespräch bedeutete, oder verwiesen auf gesundheitliche und zeitliche Probleme. So sammelten die »Werkstatt«-Mitarbeiter in den neunziger Jahren grundlegend andere Erfahrungen als ihre Vorgänger, die in den fünfziger Jahren mit ähnlichen Bitten an ehemalige Verfolgte herangetreten waren. Der damalige Leiter der Forschungsstelle, Heinrich Heffter, und sein Mitarbeiter waren, als sie sich um Erinnerungsberichte bemühten, insbesondere bei jüdischen Emigranten auf Vorbehalte gestoßen, die deutscher, staatlich finanzierter Forschung mißtrauten.² Im Gegensatz dazu empfanden viele Interviewte im zeitlichen Abstand der neunziger Jahre unsere Anfrage als Geste des staatlichen Bemühens, die Erinnerung an die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Zugute kam uns ebenso, einer nachgeborenen Generation anzugehören, die an dem Unrecht persönlich nicht beteiligt war und sich dennoch an den Vorgängen interessiert zeigte. Einige Zeitzeugen erzählten uns sozusagen an Kindes statt ihre Lebensgeschichte, die sie ihren Kindern nicht hatten aufbürden oder die diese nicht hatten hören wollen. Eine Frau »hinterlegte« sogar explizit ihre Lebensgeschichte in der »Werkstatt« für den Zeitpunkt, an dem ihre Kinder oder Enkel vielleicht einmal daran interessiert sein würden. Über fünfzig Jahre nach Kriegsende war nicht nur der zeitliche Abstand von den Verfolgungssituationen groß genug, sondern auch das Lebensalter der Interviewten so fortgeschritten, daß etliche das Bedürfnis verspürten, eine Annäherung an belastende Erinnerungen zu wagen und ihre Lebensgeschichte als Ganzes zu rekapitulieren. Sie begriffen das Interview als eine mögliche Hilfestellung.

Fast immer wurden wir sehr freundlich empfangen und großzügig bewirtet. Einige Zeitzeugen hielten zum Teil über Jahre Kontakt, überraschten mit Einladungen, Weihnachtskarten oder Anrufen. Wenn Interviewpartner gestorben waren, schickten uns ihre Angehörigen oft eine Traueranzeige.

Selbstverständlich trugen wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur unser Anliegen an die Zeitzeugen heran, mit dem Interview eine historische Quelle zu erstellen. Auch unser Vorwissen, unsere Erwartungen, Sympathien und Antipathien flossen in vielgestaltiger Form in die Interviews ein und beeinflussten diese ebenso wie unser konkretes Verhalten in der Gesprächssituation.³ Dies wird bei der Lektüre einiger

2 Jüdische Emigranten lehnten es damals ab, die versandten Fragebögen auszufüllen. Neben der Tatsache, daß die Forschungsbemühungen von einer staatlichen Stelle ausgingen, bemängelten sie, daß der Forschung nicht Trauer und Gedenken vorangegangen waren. Auch Heffters Versuche, Quellenmaterial von der VVN zu bekommen, scheiterten, diesmal an den Verhärtungen des Kalten Krieges. Vgl. Grolle, Schwierigkeiten mit der Vergangenheit, S. 56–61.

3 Beate Meyer absolvierte eine klientenzentrierte Gesprächsausbildung mit Supervision, Alfons Kenkmann und Sybille Baumbach nahmen an einer Supervision im Michael-Balint-Institut in Hamburg teil. Alle drei arbeiteten auch in einer von der Psychoanalytikerin Judith Kestenberg ins Leben gerufenen interdisziplinären Gruppe mit, die sich mit Kindheit und Jugend im Krieg beschäftigt.

Interviewinterpretationen in dem Sammelband deutlich und kann an dieser Stelle nicht vertieft werden.

Die Bereitschaft der Zeitzeugen, sich interviewen zu lassen, fußte auf sehr unterschiedlichen Motiven, die auch gruppenspezifische Ausprägungen aufwiesen:

Die meisten angesprochenen hochbetagten Hamburger Sozialdemokraten waren gern und schnell bereit, uns über ihre Erinnerungen an die »illegale Zeit« als Vorerfahrungen der Wiederaufbauleistungen zu berichten, auf die sie kollektiv stolz sind. Jüngere unter ihnen, meist Frauen, waren als Teil eines »sozialdemokratischen Milieus« in den Randbereich der Verfolgung geraten, die in erster Linie ihre Mütter oder Väter betraf. Das Anliegen der heute Sechzig- bis Siebzigjährigen war es dann vorwiegend, die Geschichte der Eltern vor dem Vergessen zu bewahren.

Die interviewten Kommunisten, ebenfalls oft hoch in den achtziger Lebensjahren, waren zum Teil durch regelmäßige Einladungen in Schulen oder die Mitarbeit in Gedenkstätten im Berichten über den Themenkomplex »Widerstand und Verfolgung« geübt. Sie trafen ebenfalls schnell und unkompliziert Verabredungen zu Interviews und begriffen die Interviewer als Verbündete, die ihre Widerstandsaktionen dokumentieren sollten. Die lebensgeschichtliche Orientierung der Interviews hingegen irritierte gerade diese Zeitzeugen oft, waren sie es doch gewohnt, das Persönliche dem Politischen unterzuordnen. Als günstiger Zeitumstand für die Interviews erwies sich das Ende der DDR. Hatten viele Kommunisten vor 1989 die schematische Auffassung von gelungener Entnazifizierung in der DDR und Fortsetzung des NS-Unrechtes in der BRD geteilt, so traf der interviewende Kollege nun häufig auf Zeitzeugen, die ihr politisches und privates Leben neu zu rekonstruieren versuchten und sich deshalb auch für andere Fragen bzw. alternative Deutungen offen zeigten.

Auch viele jüdische Emigranten, die sich auf Einladung des Hamburger Senats oder zu einem privaten Besuch in der Stadt aufhielten, sagten trotz Zeitknappheit sofort zu, über ihr Leben zu berichten. Meist als Kinder oder Jugendliche mit ihren Eltern emigriert und zunächst in materieller Armut aufgewachsen, hatten sie inzwischen selbst Familien gegründet und blickten oftmals auf ein sehr erfolgreiches Berufsleben zurück. Bei vielen war im Alter das Bedürfnis gewachsen, die Stadt ihrer Kindheit und Jugendzeit noch einmal zu sehen, Spuren zu suchen oder Kindern und Enkeln die »Wurzeln« zu zeigen. KZ-Überlebende hatten in einigen Fällen bereits in Holocaust-Museen oder Forschungszentren ihres Emigrationslandes Interviews gegeben und waren nun auch bereit, in Hamburg »Zeugnis abzulegen«. Viele Interviews gerade mit den Kurzbesuchern spiegeln die heftigen Gefühle der Wiederbegegnung mit der Stadt, die sie geliebt hatten und aus der sie vertrieben wurden. Einige Interviewte scheuten davor zurück, sich den belastenden Erinnerungen in der Stille und Enge des Hotelzimmers auszusetzen.

Sie bestanden auf dem Schutz der belebten Hotelhalle, eines Lokals oder der Unpersönlichkeit unserer Büroräume. Die Interviewerin wurde in der Folgezeit für viele Brücke zur Heimatstadt: Sie baten später brieflich um Nachforschungen über ihre Familien oder überließen der »Werkstatt« im großen Umfang Familiendokumente, die in Hamburg archiviert werden sollten. Andere hielten einfach freundschaftlichen Kontakt und meldeten sich bei nachfolgenden Besuchen zu weiteren Gesprächen an.

Während der Kriegszeit hatte sich eine Reihe Hamburger Intellektueller zu einem Diskussionszirkel, dem »Musenkabinett«, zusammengeschlossen. Teilweise waren die Literaturinteressierten im Umfeld der »Weißen Rose« verankert, andere standen lediglich der Kulturpolitik des Nationalsozialismus skeptisch gegenüber. Auch diese Zeitzeugen waren bis auf wenige Ausnahmen zum Interview bereit. Die Gespräche stellten im Vorfeld hohe organisatorische Anforderungen an den Interviewer: Die große Mobilität und Flexibilität der Zeitzeugen drückte sich unter anderem darin aus, daß etliche von ihnen heute außerhalb Hamburgs arbeits- und zeitintensive Führungspositionen innehaben. Orte, Zeit und Fortsetzung des Interviews mußten sorgfältig geplant werden. Auch diese Interviewpartner berichteten gern und ausführlich über ihre Aufbauleistungen. Manche hatten sehr umfangreiche Sammlungen schriftlicher Quellen zusammengetragen, die sie der »Werkstatt« in Kopie überließen.

Hingegen bedurfte es oftmals einiger Anstrengungen, Zeitzeugen, die als »Mischlinge ersten Grades« verfolgt worden waren, zum Interview zu gewinnen. Sie hatten in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft vor allem eines gründlich gelernt: ihre Abstammung möglichst zu verschweigen. Auf jeden Fall schützte es aus ihrer Sicht, nicht allzu viel von sich preiszugeben und sich vor allem nicht zu exponieren, wenn sie nicht genau abschätzen konnten, was mit den Informationen später geschehen würde. Die Scheu, einem Interview zuzustimmen, wurde allerdings oft von dem ebenfalls tief verwurzelten Bemühen aufgewogen, hilfsbereit und kooperativ zu sein. Wie viele Sozialdemokraten und Kommunisten lebt auch ein Großteil dieser Zeitzeugen noch in der Hansestadt. Im Gegensatz zu den erstgenannten waren aber nur wenige von ihnen später bereit, die Interviews mit vollem Namen zu autorisieren, die Furcht vor »Entdeckung« machte sich auch hier bemerkbar. Andererseits entwickelten diese Zeitzeugen, zum Zeitpunkt des Interviews meist in den siebziger Jahren ihres Lebens, oft ein starkes Bedürfnis, ihre persönliche Lebensgeschichte zu rekonstruieren, die sie jahrelang nur unter dem Aspekt der elterlichen Verfolgung betrachtet hatten.

Sehr viel schwieriger war es, trotz der freundlichen Hilfe der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes und der Hamburger Stiftung für NS-Verfolgte, Personen aus dem weitgestreuten Kreis der »vergessenen Opfer« zu gewinnen. Viele der Angeschriebenen leben auch heute noch in

ärmlichen sozialen Verhältnissen, die Kontakte erschweren. Manche besitzen kein Telefon oder haben kein Geld für eine Fahrkarte. Außerdem hat für diese Zeitzeugen jeder Kontakt mit einer Behördendienststelle nach wie vor etwas Beunruhigendes. Selbst einige, die sich aufgrund des sorgfältig abgefaßten und über die beiden Organisationen weitergeleiteten Schreibens zunächst meldeten, mochten dann nicht in die Forschungsstelle kommen oder »vergaßen« Verabredungen bei ihnen zu Hause. Wenn die Zeitzeugen erkennen ließen, daß sie die Bitte um ein Interview mit einer »Vorladung« verwechselten und dieses – angesichts der Lebenserfahrungen vieler Zwangssterilisierter oder als »Asozialer« stigmatisierter Personen – nicht sehr verwundernde Mißverständnis nicht ausgeräumt werden konnte, verzichtete die »Werkstatt« auf das Gespräch. Insgesamt kamen hier weit weniger Interviews als mit anderen Verfolgten zustande.

Gesundheitliche Folgen des nationalsozialistischen Terrors erschwerten so manches Interview zusätzlich: So befragte ein Interviewer zum Beispiel ein taubstummes Ehepaar, indem er die Fragen auf einen Zettel schrieb. In einem anderen Fall übersetzte der Schwager eines ehemaligen Zwangsarbeiters die Fragen telefonisch, wenn der Zeitzeuge sie nicht verstand.

Im folgenden sollen Situationen geschildert werden, die – als ausgewählte Beispiele – den Leserinnen und Lesern dieses Buches einen Eindruck davon vermitteln, in welchen Verhaltensweisen, Kommunikationsformen oder Gesten der Zeitzeugen sich damals erlittene Verfolgung auch heute noch ausdrücken kann.

Fanden die Interviews bei den Zeitzeugen zu Hause statt, bot die vertraute Umgebung Schutz und Möglichkeiten, in besonders belastenden Situationen beispielsweise kurz das Zimmer zu verlassen, Kaffee nachzuschenken oder das Fenster zu schließen. So berichtete die Tochter eines Widerstandskämpfers von der brutalen Mißhandlung ihres Vaters durch die Gestapo, die sie mit angesehen hatte. Die sich während der Erzählung aufbauende Erregung und Spannung mußte sie durch Bewegung abbauen. So lief sie während des Sprechens mehrfach zu einem Kästchen, das in einer entfernten Ecke des großen Wohnzimmers auf dem Sideboard stand, um Fotos und Dokumente zu holen. Damit ging sie im wahrsten Sinne des Wortes von ihrer Erzählung weg, und es ist nur dem guten Richtmikrofon des Aufnahmegeräts zu verdanken, daß die so mühsam in Worte gefaßten Erfahrungen überhaupt überliefert sind.

Eine andere Zeitzeugin, die viel über Undank für ihr politisches Engagement und soziale Kälte berichtete, ließ die Interviewerin im Winter mehrere Stunden neben einer geöffneten Terrassentür sitzen und diese spürte am eigenen Leib das Erleben der Interviewpartnerin.

Andere Zeitzeugen schufen paradoxe Gesprächssituationen, um die Erinnerungen an Extremerfahrungen ertragen zu können. So bestand ein jüdischer Emigrant zum Beispiel darauf, das Interview im Foyer des First-Class-Hotels

»Vier Jahreszeiten« zu geben. Während ein Kellner Drinks servierte und eine Pianistin im rückenfreien Abendkleid die Gespräche der Gäste untermalte, berichtete er von der gemeinsam mit seinem Vater erlittenen Haft im KZ Sachsenhausen. Bei den stundenlangen Appellen im Winter 1938/1939 stellten sie sich immer hintereinander, damit einer sich die Hände in den Achselhöhlen des anderen wärmen konnte. Währenddessen blickte die Interviewerin auf das rückenfreie Kleid der Klavierspielerin. Größer konnte der Gegensatz zwischen Kommunikationssituation und -inhalt kaum sein.

Ein anderer jüdischer Zeitzeuge entsprach der schriftlichen Bitte um ein auf Tonband aufzeichnendes Interview sofort, als die beiden Mitarbeiterinnen der »Werkstatt« eine Interviewreise nach England unternahmen. Zu diesem Zweck mietete er, selbst Besitzer einer großen Villa, eine Hotelsuite im vornehmen Ascot an und chauffierte sie vom nächstgelegenen Bahnhof dorthin. Nachdem er sich vergewissert hatte, daß nachmittags Tee und am frühen Abend Sandwiches serviert werden würden, begann er das Interview mit der Mitteilung, das Gespräch dürfe nicht aufgenommen werden. Damit war uns die Erstellung der Quelle, die wir mit diesem Interview beabsichtigten, unmöglich gemacht. In den luxuriösen Hotelräumen berichtete er dann von der waghalsigen Befreiung seines Vaters aus dem Machtbereich der Gestapo, dem versteckten Überleben seiner Eltern, der Verhaftung und Ermordung seines Bruders in Frankreich sowie seinen Emigrationserfahrungen in England. Dokumente durften eingesehen, nicht aber kopiert oder abgeschrieben werden. Ein ihm später zugesandtes Gesprächsprotokoll autorisierte er nie. Mit sehr viel organisatorischem und finanziellen Aufwand hatte er das Interview ermöglicht und gleichzeitig dessen Zweck desavouiert. Deshalb kann die »Werkstatt« diese Verfolgungsgeschichte einer der bekanntesten jüdischen Kaufmannsfamilien aus Hamburg auch nicht dokumentieren.

Ein ebenfalls auf dieser Reise interviewter Zeitzeuge, der inzwischen die britische Staatsbürgerschaft erworben hat, forderte eingangs vehement Honorar von der Stadt Hamburg für seinen Zeitaufwand. Angesichts der Tatsache, daß er selbst als Psychologe für Forschungszwecke hunderte von Befragungen durchgeführt hatte, die er den Probanden selbstverständlich nicht bezahlte, mutete dies seltsam an. Daß er das Interview nur in englischer Sprache führen wollte, leuchtete angesichts seiner Emigration im jugendlichen Alter sofort ein. Als sich die Interviewerinnen eine halbe Stunde später aber auf dem Fußboden wiederfanden, wo sie einen Hamburger Stadtplan betrachten sollten, und er auf einem Sessel über ihnen thronte und Anweisungen erteilte, gab ihnen dies zu denken. Der temperamentvolle Zeitzeuge demonstrierte die damals von deutschen Lehrern oder Nachbarn empfangenen Demütigungen und Verletzungen, indem er die Begegnung mit zwei Deutschen symbolisch zu einem Machtverhältnis umkehrte, in dem er oben und sie unten angesiedelt waren. Zufrieden darüber, wechselte er dann unversehens in die deutsche Sprache. Nun erinnerte er sich auch

an andere Zeiten seiner Kindheit, memorierte beispielsweise den Text eines Kinderliedes im fließenden Plattdeutsch und überließ uns großzügig ein noch nicht veröffentlichtes umfangreiches Manuskript, das für unsere Arbeit sehr hilfreich war. Doch als ihm einige Monate später die Abschrift des Interviews zugesandt wurde, autorisierte er diese nicht, sondern warf den Mitarbeiterinnen vor, ihr Handwerk nicht zu beherrschen, weil es sich um eine wörtliche Transkription eines unstrukturierten Interviews handelte. Er entwertete damit die gemeinsame Arbeit von Interviewerinnen und Interviewtem ebenso wie den Inhalt seiner lebensgeschichtlichen Erzählung. Denn in dem Interview waren neben Verfolgungssituationen auch problematische innerfamiliäre Konstellationen und liebevolle Erinnerungen an die Stadt seiner Kindheit angesprochen worden. Offensichtlich zensierte er mit dem vorwurfsvollen Brief sein eigenes Verhalten, denn er hatte seine betonte Unversöhnlichkeit mit Deutschland kurzzeitig gegenüber zwei Wissenschaftlerinnen aufgegeben, die bereit waren, seine Verfolgungserfahrungen auch in ihrer Ambivalenz ernstzunehmen. Gleichzeitig bot er an, ein neues Interview zu führen. Die »mixed signals«, die widersprüchlichen Signale, finden sich in der Lebensgeschichte, im Verhalten während der Interviewsituation und im Schriftverkehr danach: Vorwürfe und Abwertung ebenso wie freundliches Entgegenkommen, Interesse am Kontakt und an gemeinsamer Arbeit.

Bis heute andauernde »Folgen der Verfolgung« (Niederland) manifestierten sich in der Wohnung einer anderen Interviewten in einer Unzahl gestickter Decken, Kissenhüllen, Wandbilder und -teppichen, die diese Zeitzeugin selbst gefertigt hat. Die meisten sind während längerer Psychiatrieaufenthalte in den letzten fünfzehn Jahren entstanden. Die Zeitzeugin stammte aus einer inzestuösen Beziehung, war im Waisenhaus aufgewachsen, hatte als Dreizehnjährige Zwangsarbeit leisten müssen und war als »Geltungsjüdin« mit fünfzehn Jahren ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert worden. Es war ihre erste Reise. Bis heute kann sie keine Bahnfahrt antreten, wenn sie nicht zuvor starke Beruhigungsspritzen bekommen hat. Im Konzentrationslager traf sie ihre Mutter und eine jüngere Schwester wieder, einige Zeit später wurde auch ihre Großmutter dorthin deportiert. Mithäftlinge mußten die Interviewte davor schützen, daß die Mutter sich ihre Rationen aneignete. Die genannten Frauen überlebten das Konzentrationslager, doch Aufnahme im Familienkreis fand die Zeitzeugin später ebensowenig wie therapeutische Hilfe bei der Bewältigung ihrer Lebens- wie ihrer Verfolgungsgeschichte. Sind die meisten Handarbeiten Ergebnisse der Beschäftigungstherapie in der Psychiatrie, so sitzt sie doch auch stundenlang allein zu Hause und stickt, wenn eine unbestimmbare Unruhe sie trotz der Sedativa, die sie täglich einnimmt, überfällt.

Traumatisch erlebte Verfolgungssituationen bilden sich auch in anderen Fällen noch im heutigen Alltagsleben ab. So führte ein Mitarbeiter der »Werkstatt« in mehrstündigen Sitzungen ein Interview mit einer hochbetagten,

erblindeten Jüdin. Zuvor hatte er in den Arbeitsräumen der Forschungsstelle die emigrierte Tochter dieser Zeitzeugin befragt. Nach deren Abreise meldete sich die Mutter mit dem Wunsch, ihre Erinnerungen ebenfalls auf Band zu sprechen. Tochter und Mutter wollten den Inhalt jeweils vor der anderen geheimgehalten wissen. Bei jedem verabredeten Interview kontrollierte die Haushälterin den Ausweis des Historikers an der Haustür und führte ihn dann in den inneren Bereich der großen Wohnung. In diesem pflegt die Neunzigjährige, die ihren Wohnbereich nicht verläßt, sich in einem Zimmer einzuschließen, was sie auch vor dem Interview tat. Mutter und Tochter waren gemeinsam in das KZ Theresienstadt deportiert und später nach Auschwitz transportiert worden. Von dort kam die Mutter nach Bergen-Belsen. In der unverschlossenen Unterkunft wurde sie kurz vor Kriegsende von einem Wachmann vergewaltigt. Beiden Frauen ist es bis heute nicht möglich gewesen, einander ihre Erinnerungen an die Zeit im Konzentrationslager mitzuteilen. Massive beiderseitige Schuldgefühle führten dazu, daß sich nach dem Kriegsende ihre Wege sofort trennten – und immer wieder zusammenliefen. Die Mutter schuf sich im inneren Wohnbereich einen abgeschlossenen, sicheren Ort. Diese Wohnung möchte sie ihrer Tochter vererben. Die Tochter emigrierte nach Kriegsende in die USA, besuchte die Mutter aber jedes Jahr über Wochen und Monate. Daß beide die Anstrengungen des Interviews auf sich nahmen und bei diesem auch belastende Erfahrungen nicht aussparten, zeugt von dem Bedürfnis, die gemeinsamen und trennenden Erinnerungen trotz der unentwirrbaren, durch die Verfolgung verstärkten Beziehungskonflikte an einem dritten Ort, dem Archiv der »Werkstatt«, zusammenzuführen.

Im Gegensatz zum schwierigen Zutritt zu diesem festungsgleichen inneren Ring der Wohnung dieser Zeitzeugin gelangte der Interviewer nie über den Vorraum einer anderen hinaus: Auf die Sozialdemokratin war er von einer anderen Interviewten hingewiesen worden. Sie war einerseits aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Milieu verfolgt worden, andererseits hatte ihr Ehemann ihre Mutter während des Krieges denunziert, die daraufhin in Haft genommen wurde. Die Zeitzeugin führte die Ehe weiter und bekam während der Inhaftierung der Mutter zwei Söhne. 1955 wurde die Scheidung ausgesprochen. Mit nunmehr knapp achtzig Jahren lebt sie als Fürsorgeempfängerin und Körperbehinderte in einer desolaten Wohnung mit ihrem ältesten Sohn zusammen. Der winzige Vorraum zum Flur war der einzige Ort, an dem das Interview geführt werden konnte. Alle anderen Zimmer waren unbenutzbar. Eines zählte zum »Machtbereich« des Sohnes, von dessen Gewalttätigkeit die Frau flüsternd berichtete. Der Mitarbeiter saß während des Interviews auf einem Schemel, auf dem Fußboden vor sich das Aufnahmegerät und versuchte, die umherschwirrenden Kleider- und Mehlmotten ebenso zu ignorieren wie die geräuschvolle, aber unsichtbare Anwesenheit des Sohnes im Hintergrund. Die verworrene familiäre

Situation, die während des Nationalsozialismus durch die Denunziation politisiert wurde, spiegelt sich auch in der heutigen Lebenssituation der Zeitzeugin und im aufgezeichneten Interview. Die Grenzen zwischen politischer Verfolgung und privaten Katastrophen sind verwischt. Motivationen für ihr früheres sozialdemokratisches Engagement sind ebensowenig erkennbar wie die Beweggründe ihres früheren Ehemannes, die Mutter zu denunzieren. Doch die Gewalttätigkeit lebt in Gestalt des Sohnes weiterhin in der Wohnung, in der der Müll von gestern eine sinnvolle Nutzung heute verhindert. Auch das Interview verblieb im übertragenen Sinne im Vorraum: Umstände, Inhalt und Folgen der Denunziation konnte die Zeitzeugin nicht mehr beschreiben. Für den Interviewer zählte dieses Gespräch zu den extremen Erfahrungen seiner Tätigkeit.

Ähnlich erging es einer Mitarbeiterin, als sie zusammen mit einer Kollegin im Büro der »Werkstatt« ein Interview mit einem KZ-Überlebenden führte. Dieser war inzwischen an Kehlkopfkrebs erkrankt und konnte seine Lebensgeschichte nur noch auf das Tonband flüstern. Im Laufe der ersten Stunde wurde die Erzählung immer schneller, Fragen waren kaum noch möglich, sie störten den Erzählfluß, verhallten zum Teil ungehört. Dann brach der Zeitzeuge plötzlich schweißüberströmt und kreidebleich seinen Bericht ab, verwahrte sich aber energisch gegen eine Beendigung des Interviews, sondern verlangte ein Aspirin, Wasser und zu essen. Bis sein Begleiter dieses herbeigeschafft hatte, nahm er auf dem Mitarbeiterstuhl am Schreibtisch Platz. Nachdem er versorgt war, setzte er das Interview fort. Dabei übersprang er den Zeitraum seiner Verhaftung und erste KZ-Erfahrungen und berichtete von seinem Überleben im KZ Dachau. Dort hatte ihm ein Aufseher – auf Kosten anderer Häftlinge – Wasser, Lebensmittel und Medikamente zukommen lassen. Dennoch war er selbst irrtümlich für tot gehalten und zu den Leichen gelegt worden. Nur durch Zufall entdeckte jemand, daß er noch lebte und rettete ihn. Im Interview kamen schwere Schuldgefühle zum Ausdruck, weil er den Mithäftlingen »alles weggefressen« hatte. Seine selbstaufgelegte »Buße« in der Nachkriegszeit war die jahrelange Sterbebegleitung der tödlich erkrankten Lebensgefährtin. Dieser Zeitzeuge hatte die Schlüsselsituation seines Überlebens inszeniert, bevor er sie im Interview thematisierte: Er hatte den Platz eines anderen eingenommen, lebensspendende Nahrung verlangt und erhalten. Er beendete sein nun nicht mehr durch Fragen unterbrochenes Interview mit dem langgezogenen, flüsternden Schrei des Namens seiner verstorbenen Lebensgefährtin – und wechselte abrupt die Ebene, indem er seinen Begleiter fragte, ob »es« (seine Darbietung) gut gewesen sei. Wie sich erst jetzt herausstellte, wollten er und sein Freund, beide Künstler, eine Ausstellung konzipieren und das Tonband dort einsetzen. Er hatte also den Interviewerinnen die Rolle des

Probepublikums zgedacht, ähnlich wie er seine Partnerin zur Abbuße der vermeintlichen Überlebensschuld benutzt hatte.

Wie eingangs erwähnt, stellten diese oder ähnliche extreme Erfahrungen nur einen Teil unseres Arbeitsalltages dar. Aber sie verdeutlichen drastisch, wie lebendig trotz des zeitlichen Abstands traumatische Erfahrungen sein können. Bei anderen Zeitzeugen sind die Hinweise viel unauffälliger. Etliche Interviewpartner zogen beispielsweise erwachsene Kinder oder Ehepartner zu den Treffen hinzu, die eingriffen, wenn die Erinnerungen ihrer Meinung nach zu belastend wurden. In anderen Fällen ergänzten die Zuhörer vom Zeitzeugen ausgesparte Erinnerungen oder wiesen auf sehr gegenwärtige Folgen hin, indem sie von den Alpträumen, Schlafstörungen oder Angstanfällen des Interviewten berichteten, während die Interviewpartner selbst auf ihr erfolgreiches Berufsleben nach dem Krieg verwiesen.

Erhielten die Zeitzeugen dann Monate nach dem Interview das wörtliche Transkript⁴, reagierten sie – fast unabhängig von Verfolgtengruppe, Geschlecht oder Schicht – immer gleich: mit Entsetzen über die Verschriftlichung ihrer Erzählung, die keinem Deutschlehrer gefallen hätte. Ein Interviewter bestritt sogar energisch, diese Sätze überhaupt von sich gegeben zu haben. Ein anderer opferte Tage seines Urlaubs, indem er nicht nur seine Antworten, sondern auch unsere Fragen in einen fließenden Text verwandelte, den er seiner Sekretärin dann diktierte und uns zuschickte. Andere beharrten auf sprachlichen Glättungen – und veränderten damit unsere historischen Quellen vom Tonbandinterview hin zu autorisierten Texten. Die meisten Zeitzeugen aber akzeptierten schließlich das Transkript und gaben sich beeindruckende Mühe mit inhaltlichen Korrekturen, für die die »Werkstatt«-Mitarbeiter sehr dankbar waren. So suchte ein inzwischen fast blinder Zeitzeuge mit seiner beleuchteten Riesenlupe 200 Seiten Text ab, um Orts- und Personennamen zu berichtigen, die beim Abschreiben vom Band nicht ganz korrekt verstanden worden waren. Jüdische Zeitzeugen schickten aus Übersee teure, dicke Briefe mit dutzenden korrigierter Seiten. Viele vermachten uns Fotos, Briefe, Tagebücher oder andere Dokumente, die die »Werkstatt« zu weit mehr als einer Sammlung von transkribierten Interviews machen.

4 Unsere Projektsekretärin und die späteren Schreiberinnen vollbrachten manchmal bewundernswürdige Leistungen, wenn sie die Bänder abschrieben. Sie konnten die Zeitzeugen und die Gesprächssituation ja nicht sehen, sondern mußten versuchen, das Gesprochene richtig zu verstehen und zu schreiben, ganz gleich, ob es sich um einen Ortsnamen in Sibirien oder einen französischen Schriftstellernamen handelte, ob eine Ärztin lateinische Krankheitsbezeichnungen einfließen ließ oder ein Hafenarbeiter ins Plattdeutsche wechselte. Darüber hinaus mußten sie in der Lage sein, sich vorzustellen, was sonst im Raum passierte: Ob hier ein Foto gezeigt oder nur eine Pause eingelegt wurde, ob das Geräusch ein Weinen oder Lachen war, oder warum der Ton immer leiser wurde.

Abkürzungsverzeichnis

AfS	Archiv für Sozialgeschichte
ALHH	Archiv Landgericht Hamburg
AvS	Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten
BA	Bundesarchiv
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DJJ	Deutsch-Jüdische Jugend
DP	Displaced Person
FZH	Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
GG	Geschichte und Gesellschaft
HJ	Hitlerjugend
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Kolafu	Konzentrationslager Fuhlsbüttel
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MiBl.	Ministerial-Blatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
O.K.H.	Oberkommando des Heeres
OPF	Oberfinanzpräsident
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGBL	Reichsgesetzblatt
RMdI	Reichsministerium des Innern
RMdJ	Reichsministerium der Justiz
RMfWEV	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuPrMfWEuV	Reichs- und Preußischer Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RuPrMfWKuV	Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung
RVJD	Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StaHH	Staatsarchiv Hamburg
StdF	Stellvertreter des Führers
TTS	Talmud Tora-Schule
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVN / BdA	Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes / Bund der Antifaschisten
WdE	»Werkstatt der Erinnerung«
ZAS	Zeitungsausschnittsammlung
ZVHG	Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalische Quellen

Bundesarchiv

R58 Reichssicherheitshauptamt

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

KPD (Historisches Archiv)

Staatsarchiv Hamburg

Innere Verwaltung

Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit

Staatsverwaltung - Allgemeine Abteilung

Senatskanzlei - Protokolle und Drucksachen

Oberfinanzpräsident

Staats- und Privatschulen

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Archiv

Werkstatt der Erinnerung

Archiv der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen

Häftlings-Entlassungslisten

2. Gedruckte Quellen und Literatur

Absolon, Rudolf, Die Wehrmacht im Dritten Reich. Bd. VI 19. Dezember
1941 bis 9. Mai 1945, Boppard 1995

Adam, Uwe Dietrich, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972

Adler, Hans Günther, Der verwaltete Mensch, Tübingen 1974

Adler, Hans Günther, Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangs-
gemeinschaft. Geschichte, Soziologie, Psychologie, 2. verb. und erg.
Aufl., Tübingen 1960

Adler-Rudel, Salomon, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–
1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in
Deutschland, Tübingen 1974

- Allen, William Sheridan, Eine statistische Analyse der Untergrundbewegung in Nordrhein-Westfalen 1933–1938, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Widerstand, Verfolgung und Emigration, S. 23–36
- Aly u.a., Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 1)
- Aly, Götz, Der Mord an behinderten Hamburger Kindern zwischen 1939 und 1945, in: Ebbinghaus/Kaupen-Haas/Roth (Hg.), Heilen und Vernichten, S. 147–155
- Angress, Werner T., Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich, Hamburg 1985
- Angress, Werner, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973
- Aretin, Karl Otmar von, Monarchistischer Widerstand in Bayern, in: Wolfgang Benz u. Walter H. Pehle (Hg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/Main 1994
- Asmussen, Nils, Der kurze Traum von der Gerechtigkeit. »Wiedergutmachung« und NS-Verfolgte in Hamburg nach 1945, Hamburg 1987
- Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, herausgegeben vom Statistischen Landesamt der Hansestadt Hamburg, Sondernummer 5, Hamburg, d. 1.8.1941: Weitere Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17.5.1939 in der Hansestadt Hamburg
- Ausländer, Fietje (Hg.), Verräter oder Vorbilder? Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus, Bremen 1990
- Ayaß, Wolfgang u.a., Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Berlin 1988 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 6)
- Ayaß, Wolfgang, »Asoziale« im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995
- Ayaß, Wolfgang, Vom »Pik As« ins »Kolafu«. Die Verfolgung der Bettler und Obdachlosen durch die Hamburger Sozialverwaltung, in: Projektgruppe (Hg.), Verachtet, S. 153–171
- Baeyer, Walter von/Heinz Häfner/Hans Peter Kisker, Psychiatrie der Verfolgten, Heidelberg 1964
- Bajohr, Frank (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993 (Forum Zeitgeschichte 1)
- Bajohr, Frank, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmen 1933–1945, 2.Aufl., Hamburg 1998

- Bajohr, Frank, Hamburgs »Führer«. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: Bajohr/ Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 59–91 (unter dem Titel : Gauleiter in Hamburg auch in VfZ 43 (1995), S. 267–295)
- Bajohr, Frank, Hamburg – der Zerfall der »Volksgemeinschaft«, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hg.), Kriegsende in Europa, Essen 1998, S. 318–336
- Bajohr, Frank, In doppelter Isolation. Zum Widerstand der Arbeiterjugendbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Breyvogel (Hg.), Piraten, Swings und Junge Garde, S. 17–35
- Bajohr, Frank/Joachim Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995 (Forum Zeitgeschichte 5)
- Bake, Rita (Hg.), »aber wir müssen zusammenbleiben«. Mütter und Kinder in Bombenkriegen 1943 bis 1993, Hamburg 1993
- Barkai, Avraham, »Schicksalsjahr 1938«. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Pehle (Hg.), Judenpogrom, S. 94–117
- Barkai, Avraham, Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt/Main 1988
- Bar-On, Dan, Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern, Frankfurt/Main u. New York 1993
- Bästlein, Klaus, »Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!« Die Bästlein-Organisation. Zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Hamburg und Nordwestdeutschland während des Krieges (1939–1945), in: Meyer/ Szodrzynski (Hg.), Vom Zweifeln und Weitermachen, S. 44–89
- Bauche, Ulrich u.a., »Wir sind die Kraft«. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988
- Baumann, Ruth u.a., Arbeitsfähig oder unbrauchbar? Die Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie seit 1933 am Beispiel Hamburgs, Frankfurt/Main 1994
- Baumbach, Sybille, Archiv der »Werkstatt der Erinnerung« in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, in: Werkstatt Geschichte, Heft 5, August 1993, S. 57–59
- Baumbach, Sybille, Jüdische Ärztinnen und Ärzte, in: dies. u.a., Wurzeln, S. 43–67
- Baumbach, Sybille, Werkstatt der Erinnerung, in: MaZe. Jüdisches Journal aus Hamburg, Nr. 2/3, 1994/1995, S. 43

- Baumbach, Sybille/Susanne Lohmeyer/Astrid Louven/Beate Meyer/Sielke Salomon/Dagmar Wienrich, »Wo Wurzeln waren ...«. Juden in Hamburg-Eimsbüttel 1933 bis 1945, Hamburg 1993
- Bender, Otto, Swing unterm Hakenkreuz in Hamburg 1933–1943, Hamburg 1993
- Benz, Ute/Wolfgang Benz (Hg.), Sozialisation und Traumatisierung. Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1992
- Benz, Wolfgang (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, 2. Auflage, München 1989
- Benz, Wolfgang, Der Novemberpogrom 1938, in: ders. (Hg.), Juden in Deutschland, S. 499–544
- Bergmann, Martin S./Milton E. Jucovy/Judith Kestenberg, Kinder der Opfer – Kinder der Täter, Frankfurt/Main 1995
- Bering, Dietz, Der Name als Stigma, Stuttgart 1987
- Berlin, Jörg (Hg.), Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981
- Berlin, Jörg, Staatshüter und Revolutionsverfechter. Arbeiterparteien in der Nachkriegskrise, in: Bauche u.a. (Hg.), Wir sind die Kraft, S. 103–130
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994
- Bernett, Hajo, Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstfindung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums, in: Paucker (Hg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 223–237
- Bierich, Jürgen, Ärztlicher Widerstand im Nationalsozialismus, in: Menschenverachtung und Opportunismus. Zur Medizin im Dritten Reich, Hg. von Jürgen Pfeiffer. Mit Beiträgen von Götz Aly, Jürgen Bierich, Ulrich Drews u.a., Tübingen 1992, S. 198–212
- Blinkfuer. Ausgabe November 1968. Zeitgeschichtliche Dokumentation: Gefährten von Hans und Sophie Scholl. Literatur und Dokumente zur Widerstands- und Verfolgungsgeschichte der Weißen Rose Hamburg (= Sonderbeilage zur Hamburger Wochenzeitung »Blinkfuer«), Hamburg 1968
- Blum-Geenen, Sabine, Fürsorgeerziehung in der Rheinprovinz von 1871–1933, Köln 1997
- Blum-Geenen, Sabine/Uwe Kaminsky, »Reinigung von der Last der Erbkranken«. Fürsorgeerziehung und Zwangssterilisation, in: Landschaftsverband Rheinland Archivberatungsstelle (Hg.), Folgen der Ausgrenzung, S. 1–40

- Bock, Gisela, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1985
- Böge, Volker, Eimsbüttler Jugend im Zweiten Weltkrieg in: Galerie Morgenland (Hg.), Bunkerleben und Kinderlandverschickung. Eimsbüttler Jugend im Krieg, Hamburg 1992, S. 12–163
- Böhme, Klaus/Uwe Lohalm (Hg.), Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus, Hamburg 1993 (Forum Zeitgeschichte 2)
- Boll, Friedhelm (Hg.), Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1997
- Boor, Lisa de, Tagebuchblätter aus den Jahren 1938–1945, München 1963
- Bottin, Angela (unter Mitarbeit von Rainer Nicolaysen), Enge Zeit. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität. Katalog, Hamburg 1991
- Bramke, Werner, Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse in Ostdeutschland aus dem Geist des Widerstandes, in: Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 582–596
- Breckner, Roswitha, Von den Zeitzeugen zu den Biographen. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte, S. 199–222
- Bredel, Willi, Unter Türmen und Masten, Schwerin 1960
- Breyvogel, Wilfried (Hg.), Piraten, Swings und Junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus, Bonn 1991
- Briesen, Detlev/Rüdiger Gans, Über den Wert von Zeitzeugen in der deutschen Historik. Zur Geschichte einer Ausgrenzung, in: BIOS, 6, 1993, S. 1–32
- Brochhagen, Ulrich, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994
- Broszat, Martin, Politische Denunziationen in der NS-Zeit. Aus Forschungserfahrungen im Staatsarchiv München, in: Archivalische Zeitschrift 73 (1977), S. 221–238
- Broszat, Martin, Resistenz und Widerstand, in: Broszat/Fröhlich/Grossmann (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, S. 691–709
- Broszat, Martin/Elke Fröhlich/Anton Grossmann (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1981

- Broszat, Martin/Hartmut Mehringer (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, München 1983
- Brücker, Eva, »Le pire c'était qu'on a commencé à devenir comme eux.« – Leben mit der Erinnerung. Biographische Interviews mit Überlebenden des KZ Sachsenhausen 50 Jahre nach der Befreiung, in: Werkstatt Geschichte 13 (1996), S. 19–38
- Brückner, Erika/Karl Ulrich Mayer, Lebensgeschichte und Austritt aus der Erwerbstätigkeit im Alter – am Beispiel der Geburtsjahrgänge 1919–21, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 7. Jg. 1987, S. 101–116
- Brücks, Andrea/Christiane Rothmaler, »In dubio pro Volksgemeinschaft«. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« in Hamburg, in: Ebbinghaus/Kaupen-Haas/Roth (Hg.), Heilen und Vernichten, S. 30–36
- Bruhns, Maike, »Bauvolk der kommenden Welt«. Arbeiterjugendbewegung, in: Vorwärts – und nicht vergessen, S. 169–186
- Bruhns, Maike, »Opfer von Zuständen, die sie nicht verschuldet haben...«. Arbeitslosigkeit, in: Vorwärts – und nicht vergessen, S. 43–56
- Brunswig, Hans, Feuersturm über Hamburg, Stuttgart 1978
- Buck, Hans-Robert, Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945, München 1969
- Bussche, Hendrik van den/Christoph Mai/Friedemann Pfäfflin, Kontinuität, Anpassung und Opposition: Die Medizinische Fakultät im »Dritten Reich«, in: Ursula Weisser (Hg.), 100 Jahre Universitäts-Krankenhaus Eppendorf. 1889–1989, Tübingen 1989, S. 202–231
- Bussche, Hendrik van den/Friedemann Pfäfflin/Christoph Mai, Die Medizinische Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Krause u.a. (Hg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«, Bd. III, S. 1259–1384
- Büttner, Ursula, »Gomorrha«: Hamburg im Bombenkrieg. Die Wirkung der Luftangriffe auf Bevölkerung und Wirtschaft, Hamburg 1993
- Büttner, Ursula, Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 74/75, 1992, S. 81–96
- Büttner, Ursula, Die Hamburger freien Gewerkschaften in der Zeit der Weimarer Republik, in: Bauche u.a. (Hg.), Wir sind die Kraft, S. 131–168
- Büttner, Ursula, Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich, Hamburg 1988

- Büttner, Ursula, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931, Hamburg 1982
- Büttner, Ursula, Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945 bis 1948, Hamburg 1986
- Büttner, Ursula, Politik und Entwicklung der KPD in Hamburg 1924–1933, in: Voß/Büttner/Weber, Vom Hamburger Aufstand, S. 55–183 (jetzt auch in: dies., Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Sechs Abhandlungen, Hamburg 1996, S. 103–176)
- Büttner, Ursula, Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985
- Büttner, Ursula, Rückkehr in ein normales Leben? Die Lage der Juden in Hamburg in den ersten Nachkriegsjahren, in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 613–632
- Büttner, Ursula/Werner Jochmann, Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich 1931–1933, Hamburg 1983
- Christier, Holger, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949, Hamburg 1975
- Christier, Holger, Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in Hamburg 1933–1945, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek (Hg.), Arbeiter in Hamburg, S. 551–557
- Czech, Danuta, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Reinbek bei Hamburg 1989
- Dähnhardt, Willy/Birgit S. Nielsen (Hg.), Exil in Dänemark. Deutschsprachige Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller im dänischen Exil nach 1933, Heide 1993
- Danyel, Jürgen (Hg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien 4)
- Danyel, Jürgen, Bilder vom »anderen Deutschland«. Frühe Widerstandsrezeption nach 1945, in: ZfG 42 (1994), S. 611–621
- Deide-Lüchow, Jutta, Kinderlandverschickung, in: Galerie Morgenland (Hg.), Bunkerleben und Kinderlandverschickung. Eimsbüttler Jugend im Krieg, Hamburg 1992, S. 166–219
- Deppe, Ralf, Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark – ein Überblick, in: Schunck/Schwarz/Hamer (Hg.), Vergessen und verdrängt, S. 200–206
- Deppe, Ralf, Sozialdemokratisches Exil in Dänemark und der innerdeutsche Widerstand. Das Grenzsekretariat Kopenhagen der SOPADE –

- Unterstützung der Widerstandsarbeit in Deutschland, in: Petersen (Hg.), Hitlerflüchtlinge im Norden, S. 207–214
- Der alltägliche Faschismus. Frauen im Dritten Reich, Berlin/Bonn 1981
- Der homosexuellen NS-Opfer gedenken. Denkschrift, hg. von der Senatsverwaltung für Jugend und Familie, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Zusammenarbeit mit der Initiative Schwulendenkmal, Berlin 1995
- Die Hamburger Katastrophe vom Sommer 1943 in Augenzeugenberichten, bearbeitet von Renate Hauschild-Thiessen, Hamburg 1993
- Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933– 1941. Die Geschichte einer Austreibung. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main, unter Mitwirkung des Leo Baeck Instituts, New York, Frankfurt/Main 1985
- Die Weiße Rose. Ausstellung über den Widerstand von Studenten gegen Hitler München 1942/43. Zusammengestellt von der Weiße Rose Stiftung München e.V., München o. J.
- Diercks, Herbert, Friedhof Ohlsdorf: Spuren von Nazi-Herrschaft und Widerstand, Hamburg 1992
- Diers, Michael, »Die Bühne betritt der Prolet«. Arbeiter und Theater, in: Vorwärts – und nicht vergessen, S. 231–248
- Dietz, Burkhard/Michael Fessner/ Helmut Maier (Hg.), Technische Intelligenz und »Kulturfaktor Technik«. Kulturvorstellungen von Technikern und Ingenieuren zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt; Bd. 2), Münster u.a.1996
- Diewald-Kerkmann, Gisela, Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen »Helfer« aus der Bevölkerung, in: Paul/Mallmann (Hg.), Die Gestapo, S. 288–305
- Diewald-Kerkmann, Gisela, Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der »Volksgenossen«, Bonn 1995
- Diewald-Kerkmann, Gisela/Kerstin Kunz/Andreas Knobelsdorf, Von braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933–1945, Bielefeld 1992 (Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte, Bd. 10)
- Dijk, Lutz van, »Ein erfülltes Leben – trotzdem«. Erinnerungen Homosexueller 1933–1945, Reinbek b. Hamburg 1992
- Diner, Dan, Zur Ideologie des Antifaschismus, in: Bernhard Moltmann u.a. (Hg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost, Frankfurt/Main 1993, S. 21–31

- Dipper, Christof, Schwierigkeiten mit der Resistenz, in: GG 22 (1996), S. 409–416
- Ditt, Karl, Organisierter Widerstand der Sozialdemokraten und Kommunisten in Hamburg während der Anfangsphase des Dritten Reiches, in: Eiber (Hg.), Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung, S. 90–110
- Ditt, Karl, Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reichs, Hamburg 1984
- Dittrich, Kathinka/Hans Würzner (Hg.), Die Niederlande und das deutsche Exil 1933–1940, Königstein/Ts. 1982
- Dokumente des Widerstandes. Ein Beitrag zum Verständnis des illegalen Kampfes gegen die Nazidiktatur, Hamburg o.J. (1947)
- Dorn, Valeska, Erinnerungen aus dem Mädchenheim Feuerbergstraße 1939–1942, in: Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen, S. 102–105
- Dörner, Klaus, Entschädigung für die Opfer von Zwangssterilisation und Euthanasie, in: Euthanasie in Hadamar, S. 175–178
- Drechsler, Hanno, Die SAPD, ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965
- Dreckmann, Alfred, »Wer nicht getauft ist, aufsteh'n«. Das andere Berge-dorf, Hamburg 1987
- Dücker, Elisabeth von, Das Stadtteilarchiv Ottensen: Sammelstelle für Geschichte und Geschichten. Historische Spurensicherung als ein Beitrag zur politischen Kultur eines Hamburger Stadtteils, in: Paul/Schoßig, Die andere Geschichte, S. 191–202
- Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972
- Duncker, Ulrich, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977
- Dwork, Deborah, Kinder mit dem gelben Stern. Europa 1933–1945, München 1994
- Ebbinghaus, Angelika (Hg.), Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987
- Ebbinghaus, Angelika/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984
- Ebbinghaus, Angelika/Karsten Linne (Hg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im »Dritten Reich«, Hamburg 1997
- Eggers, Christian, Die Reise der Kundt-Kommission durch die südfranzösi-schen Lager, in: Grandjonc/Grundtner (Hg.), Zone der Ungewißheit, S. 235–247

- Eiber, Ludwig (Hg.), Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933–1945, Hannover 1985
- Eiber, Ludwig, Arbeiterwiderstand gegen Faschismus und Krieg 1933–1945, in: Bauche u.a. (Hg.), »Wir sind die Kraft«, S. 271–314
- Eiber, Ludwig, Aspekte des Verfolgungsapparates in Hamburg 1933/34, in: ders. (Hg.), Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung, S. 111–129
- Eiber, Ludwig, Arbeiteropposition auf Hamburger Werften, in: Ebbinghaus/Linne (Hg.), Kein abgeschlossenes Kapitel, S. 434–457
- Eiber, Ludwig, Unter Führung des NSDAP-Gauleiters. Die Hamburger Staatspolizei (1933–1937), in: Paul/Mallmann (Hg.), Die Gestapo, S. 101–117
- Eichengreen, Lucille, Von Asche zum Leben. Lebenserinnerungen, Hamburg 1992
- Engelbert, Otto, Die Antifa-Schule Talizy. Schule des »Zwiedenkens«, in: Kriegsgefangenschaft, S. 65–83
- »Entartete Kunst«. Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland. Katalog. Berlin 1992
- Erikson, Erik H., Identität und Lebenszyklus, Frankfurt/Main 1973
- Ertel-Hochmuth, Ursel, »Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!« Über den Widerstand der KPD in Hamburg während des Zweiten Weltkrieges, in: Berlin (Hg.), Das andere Hamburg, S. 283–305
- Essner, Cornelia und Edouard Conte, »Ferneze«, »Leichentrauung« und Totenscheidung. Metamorphosen des Eherechts im Dritten Reich, in: VfZ 44 (1996), S. 201–227
- Fenner, Elisabeth, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Zur Rolle der Hamburger Sozialverwaltung, Ammersbek bei Hamburg 1990
- Ferk, Gabriele, Boykott, Berufsverbote, Diffamierung, in: Vierhundert Jahre Juden in Hamburg, S. 430–435
- Ferk, Gabriele, Zur Geschichte des Hamburger Oberfinanzpräsidenten: eine Hamburger Behörde auf Raubzug, in: Ebbinghaus/Linne (Hg.), Kein abgeschlossenes Kapitel, S. 215–231
- Fischer-Defoy, Christine, USA, in: Verein Aktives Museum (Hg.), 1945: Jetzt wohin?, S. 179–181
- Fischer-Rosenthal, Wolfram, Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben. Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten, in: Fischer-Rosenthal/Alheit (Hg.), Biographien in Deutschland, S. 43–86

- Fischer-Rosenthal, Wolfram/Peter Alheit (Hg.), Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen 1995
- Fladhammer, Christa/Michael Wildt (Hg.), Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946, Hamburg 1994 (Quellen zur Sozial- und Zeitgeschichte)
- Flitner, Wilhelm, Erinnerungen. 1889–1945 (= Wilhelm Flitner. Gesammelte Schriften; Bd. 11), Paderborn/München/Wien/Zürich 1986
- Foitzik, Doris, »Sittlich verwahrlost«. Disziplinierung und Diskriminierung geschlechtskranker Mädchen in der Nachkriegszeit am Beispiel Hamburg, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997), H.1, S. 68–82
- Foitzik, Jan, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: SBZ-Handbuch, hg. von Martin Broszat u. Hermann Weber, München 1990, S. 748–759
- Foitzik, Jan, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40, Bonn 1986
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Widerstand, Verfolgung und Emigration, Bad Godesberg 1967
- Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996
- Freimark, Peter (Hg.), Juden in Preußen – Juden in Hamburg, Hamburg 1983
- Freimark, Peter, Juden an der Universität Hamburg, in: Krause u.a. (Hg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«, Bd. I, S. 125–147
- Freimark, Peter/Alice Jankowski/Ina Lorenz (Hg.): Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung, Hamburg 1991
- Freimark, Peter/Franklin Kopitsch (Hg.), Spuren der Vergangenheit sichtbar machen, Hamburg 1991
- Frese, Matthias, Betriebspolitik im »Dritten Reich«. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991
- Gampel, Yolanda, Können diese Wunden heilen?, in: Hardtmann (Hg.), Spuren der Verfolgung, S. 119–136
- Garbe, Detlef/Sabine Homann, Jüdische Gefangene in Hamburger Konzentrationslagern, in: Herzog (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 545–559

- Garbe, Detlev, Ausgrenzung und Verfolgung im Nationalsozialismus, in: Bajohr (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, S. 186–217
- Garbe, Detlev, Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und »Vergangenheitsbewältigung«: Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, S. 693–716
- Garbe, Detlev, Im Namen des Volkes?! Die rechtlichen Grundlagen der Militärjustiz im NS-Staat und ihre »Bewältigung« nach 1945, in: Ausländer (Hg.), Verräter oder Vorbilder?, S. 90–129
- Garbe, Detlev, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im »Dritten Reich«, München 1993
- Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, in: Schafft/Zeidler, KZ-Mahn- und Gedenkstätten, S. 237–255
- Gellately, Robert, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn 1993
- Geppert, Alexander C.T., Forschungstechnik oder historische Disziplin? Methodische Probleme der Oral History, in: GWU 45 (1994), S. 303–323
- Gerstenberger, Heide/Dorothea Schmidt (Hg.), Normalität oder Normalisierung. Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, Münster 1987
- Gerstenmaier, Eugen, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1981
- Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament, hg. von Manfred Asendorf u.a., Berlin 1984
- Giles, Geoffrey J., Students and National Socialism in Germany, Princeton 1985
- Gillis-Carlebach, Miriam, Jedes Kind ist mein Einziges. Lotte Carlebach-Preuss. Antlitz einer Mutter und Rabbiner-Frau, Hamburg 1992
- Gillis-Carlebach, Miriam, Jüdischer Alltag als humaner Widerstand 1939–1941, Hamburg 1990
- Gilzmer, Mechthild, Fraueninternierungslager in Südfrankreich. Rieucros und Brens 1939–1944, Berlin 1994
- Giordano, Ralph, Die Bertinis. Roman, Frankfurt/Main 1994
- Glass, Martha, »Jeder Tag in Theresin ist ein Geschenk«. Die Theresienstädter Tagebücher einer Hamburger Jüdin 1943–1945, hg. von Barbara Müller-Wesemann, Hamburg 1996
- Goldberg, Susanne/Ulla Hinnenberg/Erika Hirsch, Die Verfolgung der Juden in Altona nach 1933 in den Berichten der Augenzeugen, in: Herzog (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 577–587

- Goldschmidt, Georges-Arthur, *Die Absonderung. Erzählung*, Zürich 1991
- Göppinger, Horst, *Juristen jüdischer Abstammung im »Dritten Reich«*, München 1990
- Goschler, Constantin, *Wiedergutmachung: Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954)*, München 1992
- Gottwaldt, Alfred/Silke Klewin, *Technik. Macht. Krieg. Vorbemerkungen zu Buch und Ausstellung*, in: *Ich diene nur der Technik. Sieben Karrieren zwischen 1940 und 1950*, Mit Beiträgen von Dirk Böndel u.a. (= Berliner Beiträge zur Technikgeschichte und Industriekultur. Schriftenreihe des Museums für Verkehr und Technik, Berlin; Bd. 13), Berlin 1995, S. 9–14
- Grab, Walter/Julius Schoeps (Hg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart u.a. 1986 (Studien zur Geistesgeschichte 6)
- Graml, Hermann, *Die Auswanderung der Juden aus Deutschland zwischen 1933 und 1939*, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, München 1958, S. 79–85
- Grandjanc, Jacques/Theresia Grundtner (Hg.), *Zone der Ungewißheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933–1944*, Reinbek, 1993
- Gräser, Marcus, *Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik*, Göttingen 1995
- Grau, Günter (Hg.), *Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung*, Frankfurt/Main 1993
- Grebing, Helga/Christl Wickert (Hg.), *Das »andere Deutschland« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich*, Essen 1994
- Groehler, Olaf, *Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Verbände in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*, in: *ZfG* 42 (1994), S. 605–609
- Groehler, Olaf, *Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949*, in: *Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung*, S. 105–127
- Grolle, Joist, *Der Hamburger Historiker Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der Suche nach der Wirklichkeit*, Hamburg 1989
- Grolle, Joist, *Schwierigkeiten mit der Vergangenheit. Anfänge der zeitgeschichtlichen Forschung im Hamburg der Nachkriegszeit*, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte*, Bd. 78, 1992, S. 1–65

- Gruner, Wolf, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden*, Berlin 1997
- Grüttner, Michael, *Arbeiterkultur versus Arbeiterbewegungskultur. Überlegungen am Beispiel der Hamburger Hafentarbeiter 1888–1933*, in: Lehmann (Hg.), *Studien zur Arbeiterkultur*, S. 244–282
- Grüttner, Michael, »Ein stetes Sorgenkind für Partei und Staat«. Die Studentenschaft 1930 bis 1945, in: Krause u.a. (Hg.), *Hochschulalltag im »Dritten Reich«*, Bd. I, S. 201–236
- Grüttner, Michael, *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn u.a. 1995
- Guse, Martin/Andreas Kohrs, *Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945*, in: Otto/Sünker (Hg.), *Soziale Arbeit und Faschismus*, S. 228–249
- Gussek, Rainer, *Kommunistische Jugendliche in Hamburg. Organisationsprobleme und Alltagserfahrungen 1932–1936* (Wissenschaftliche Hausarbeit Universität Hamburg), Hamburg 1991 (Ms.)
- Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958
- Haase, Norbert, *Deutsche Deserteure*, (2. Auflage) Berlin 1987
- Haase, Norbert, Von »Ons Jongen«, »Malgré-nous« und anderen. Das Schicksal der ausländischen Zwangsrekrutierten im Zweiten Weltkrieg, in: Haase/Paul (Hg.), *Die anderen Soldaten*, S. 157–173
- Haase, Norbert/Gerhard Paul (Hg.), *Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt/Main 1995
- Hachtmann, Rüdiger, *Arbeitsmarkt und Arbeitszeit in der Industrie 1929–1939*, in: AfS 27 (1987), S. 177–227
- Hachtmann, Rüdiger, *Industriearbeit im »Dritten Reich«. Untersuchungen zu den Lohn und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1939–1945*, Göttingen 1989
- Hagemann, Karen, »Wir Frauen der Arbeit marschieren mit!« Frauen in der Hamburger Arbeiterbewegung 1918–1933, in: Bauche u.a. (Hg.), »Wir sind die Kraft«, S. 203–231
- Hagemann, Karen, »Wir hatten mehr Notjahre als reichliche Jahre ...« Lebenshaltung und Hausarbeit Hamburger Arbeiterfamilien in der Weimarer Republik, in: Tenfelde (Hg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, S. 200–240
- Hagemann, Karin, *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990

- Hagemann, Karin/Brigitte Söllner, »Denn der Mann hat gesagt: Es genügt, wenn ich in der Partei bin«. Die sozialdemokratische Frauenbewegung Hamburgs in der Weimarer Republik, in: Berlin (Hg.), Das andere Hamburg, S. 235–262
- Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1986
- Hamburger jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkbuch, Hamburg 1995
- Hardtmann, Gertrud (Hg.), Spuren der Verfolgung. Seelische Auswirkungen des Holocausts auf die Opfer und ihre Kinder, Gerlingen 1992
- Harvey, Elisabeth, Zwischen Reformpädagogik und der »Hygiene des Geisteslebens«. Die öffentliche Jugendfürsorge in Hamburg während der Weimarer Republik, in: Rothmaler/Glensk (Hg.), Kehrseiten der Wohlfahrt, S. 98–119
- Hasenclever, Christa, Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900, Göttingen 1978
- Heer, Hannes, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Heer, Hannes
- Heer, Hannes/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995
- Heer, Hannes/Volker Ullrich (Hg.), Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Reinbek bei Hamburg 1985
- Heinsohn, Kirsten/Barbara Vogel/Ulrike Weckel (Hg.), Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/Main 1997
- Hepp, Michael, Vorhof zur Hölle. Mädchen im »Jugendschutzlager« Uckermark, in: Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen, S. 191–217
- Herbert, Ulrich, Abschlußbericht über die Arbeit der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Mai 1992 bis August 1995, Hamburg 1995
- Herbert, Ulrich, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1995
- Herbert, Ulrich, Arbeiterschaft im »Dritten Reich«, in: ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, S. 79–119
- Herbert, Ulrich, »Die guten und die schlechten Zeiten«. Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews. in: Niethammer (Hg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«, S. 67–96

- Herbert, Ulrich (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985
- Herbert, Ulrich, Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer, in: ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, S. 157–192
- Herbert, Ulrich, Werner Best. Eine biographische Studie über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, Bonn 1996
- Herbert, Ulrich, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive. In: Niethammer/ Plato (Hg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«, S. 19–52
- Herbst, Ludolf/Constantin Goschler (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989
- Herzig, Arno (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung »Vierhundert Jahre Juden in Hamburg«, Hamburg 1991
- Herzig, Arno/Dieter Langewiesche/Arnold Sywottek (Hg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983
- Herzig, Arno/Ina Lorenz (Hg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, Hamburg 1992
- Heßdörfer, Karl, Die Entschädigungspraxis im Spannungsfeld von Gesetz, Justiz und NS-Opfern, in: Herbst/Goschler (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 231–248
- Hier ist mein Land. Ehemalige Hamburger berichten aus Israel. Hg. von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 1991
- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982
- Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer, Frankfurt/Main 1992
- Hildesheimer, Esriel, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994
- Hilfe und Aufbau in Hamburg. Bericht vom April 1933 bis Dezember 1934, hg. vom Hilfsausschuss der vereinigten jüdischen Organisationen Hamburgs
- Hipp, Hermann, Wohnungen für Arbeiter? Zum Wohnungsbau und zur Wohnungspolitik in Hamburg in den 1920er Jahren, in: Herzig u.a (Hg.), Arbeiter in Hamburg, S. 471–481

- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. IV Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 3: Januar 1932 bis März 1932, hg. und kommentiert von Christian Hartmann, München 1997
- Hochmuth, Ursel/Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Bericht und Dokumente, Frankfurt/Main 1969
- Hoffmann, Conrad, Der Weg einer Notgemeinschaft, in: Neues Hamburg Band XII, Hamburg 1958, S. 37–43
- Hoffmann, Peter, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992
- Hoffmann-Richter, Ulrike, Das Verschwinden der Biographie in der Krankengeschichte. Eine biographische Skizze, in: BIOS 8 (1995), S. 204–221
- Holtz, Norbert, »Zwischen Marx und Wandervogel«. Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterjugend in Altona und Hamburg (1918–1925), in: Sywottek (Hg.), Das andere Altona, S. 103–125
- Hönicke, Günter, Der Untergang der jüdischen Gemeinde in Altona, in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 589–599
- Hubert, Eva, Der »Hamburger Aufstand« von 1923, in: Herzig u.a. (Hg.), Arbeiter in Hamburg, S. 423–491
- Huck, Gerhard (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980
- Hüttenberger, Peter, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939, in: Broszat (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, S. 435–426
- Jacobeit, Sigrid, Ravensbrück, in: Dachauer Hefte 11 (1995), S. 145–159
- Jacobmeyer, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985
- Jaeger, Hans, Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: GG 3 (1977), S. 429–452
- Jahnke, Karl-Heinz, Weiße Rose contra Hakenkreuz. Der Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Freunde, Frankfurt/Main 1969
- Jakob, Volker/Annet van der Voort, Anne Frank war nicht allein. Lebensgeschichten deutscher Juden in den Niederlanden, Berlin/Bonn 1988
- Jasper, Gotthard, Die disqualifizierten Opfer. Der Kalte Krieg und die Entschädigung für Kommunisten, in: Herbst/Goschler (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 361–384
- Jellonnek, Burkhard, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990

- Jochmann, Werner (Hg.), Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986 (Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2)
- Jochmann, Werner, Die deutsche Bevölkerung und die nationalsozialistische Judenpolitik bis zur Verkündung der Nürnberger Gesetze, in: ders., Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland, S. 236–254
- Jochmann, Werner, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988
- Johe, Werner, Bürgermeister Rudolf Petersen, in: Tel Aviver Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 3 (1974), S. 379–415
- Johe, Werner, Hitler in Hamburg. Dokumente zu einem besonderen Verhältnis, Hamburg 1995 (Forum Zeitgeschichte 6)
- Johe, Werner, Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg, Hamburg 1981
- Juelich, Dierk (Hg.), Geschichte als Trauma, Frankfurt/Main 1991
- Junge Ärzte im Widerstand. Die Aktivitäten der ›Weißen Rose‹ in München und Hamburg, in: Münchener medizinische Wochenschrift 130 (1988), Nr. 40, S. 23–26
- Jureit, Ulrike, Überlebensdiskurse. Zur Methodik wissenschaftlicher Analyse von Erinnerungsgesprächen mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, Hamburg 1997 (phil. Diss)
- Jureit, Ulrike/Beate Meyer (Hg.), Verletzungen. Lebensgeschichtliche Verarbeitung von Kriegserfahrungen, Hamburg 1994
- Jureit, Ulrike/Karin Orth, Überlebensgeschichten. Gespräche mit Überlebenden des KZ Neuengamme (hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Hamburg 1994
- Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Für Führer, Volk und Vaterland...«. Hamburger Justiz im Nationalsozialismus, Hamburg 1992 (Beiträge zur Neueren Hamburger Justizgeschichte 1)
- Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Von Gewohnheitsverbrechern, Volksschädlingen und Asozialen...«. Hamburger Strafurteile im Nationalsozialismus, Hamburg 1995 (Beiträge zur Neueren Hamburger Justizgeschichte 2)
- Kaienburg, Hermann, »Vernichtung durch Arbeit« – Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1990
- Kaienburg, Hermann, Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945 (hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Bonn 1997
- Kaminer, Isidor, Spätfolgen bei jüdischen KZ-Überlebenden, in: Juelich (Hg.), Geschichte als Trauma, S. 19–33

- Kaminsky, Uwe, Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933 bis 1945, Köln 1995 (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 116)
- Kaplan, Marion, Jüdisches Bürgertum. Frau, Familie und Identität im Kaiserreich, Hamburg 1997
- Kater Michael H., Gewagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus, Köln 1995
- Keilson, Hans, Sequenzielle Traumatisierung bei Kindern, Stuttgart 1979
- Kenkmann, Alfons, Kämpfer und Außenseiter: Der »rote Ruhrkaplan« Carl Klinkhammer, in: Friedhelm Boll (Hg.), Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland, Berlin 1997, S. 44–61
- Kenkmann, Alfons, Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, Essen 1996
- Kessler, Ralf/Hartmut Rüdiger Peter, Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1954–1953. Grundsätzliche Diskussionen und die Praxis in Sachsen-Anhalt, Frankfurt/Main 1996
- Kestenberg, Judith, Überlebende Eltern und ihre Kinder, in: Bergmann/Jucovy/Kestenberg, Kinder der Opfer – Kinder der Täter, S. 103–126
- Kiesewetter, Lenchen, »Ich war doch kein Unmensch«, in: Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen, S. 174–178
- Kinter, Jürgen, Erzählte Geschichte in Wort und Bild. Eine Bestandsaufnahme von Oral History Projekten und Materialien in Hamburg, Hamburg 1985
- Klaus, Andreas, Gewalt und Widerstand in Hamburg-Nord während der NS-Zeit, Hamburg 1986
- Klausch, Hans-Peter, »Erziehungsmänner« und »Wehrunwürdige«. Die Sonder- und Bewährungseinheiten der Wehrmacht, in: Haase/Paul (Hg.), Die anderen Soldaten, S. 66–82
- Klausch, Hans-Peter, »Wehrunwürdige«, die Bewährungsbataillone 999 und das Problem der Desertion als eine Form des antifaschistischen Widerstandes, in: Ausländer (Hg.), Verräter oder Vorbilder?, S. 157–179
- Klausch, Hans-Peter, Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtstrafgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger, Bremen 1993
- Klausch, Hans-Peter, Die Geschichte der Bewährungsbataillone 999 unter besonderer Berücksichtigung des antifaschistischen Widerstandes, Köln 1987

- Klessmann, Christoph, Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: HZ 262 (1996), S. 453–469
- Kliner-Fruck, Martina, »Es ging ja ums Überleben«. Jüdische Frauen zwischen Nazi-Deutschland, Emigration nach Palästina und ihrer Rückkehr, Frankfurt/Main u. New York 1994
- Klönne, Arno, Jugend im Dritten Reich, München 1990
- Klußmann, Uwe/Michael Wildt, »Schließt fester die Reihen!« Zur Politik der KPD in Hamburg zwischen 1948 und 1953, in: Meyer/Szodrzynski (Hg.), Vom Zweifeln und Weitermachen, S. 111–125
- Knappe, Sabine, Ehemals in Hamburg daheim. In Hamburg liegen meine Wurzeln, in: MaZe. Jüdisches Journal aus Hamburg, Nr. 2/3, 1994/1995, S. 39 f.
- Knippschild, Dieter, »Für mich ist der Krieg aus«. Deserteure in der Deutschen Wehrmacht, in: Haase/Paul (Hg.), Die anderen Soldaten, S. 123–138
- Kocka, Jürgen (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993
- Kohli, Martin/Günther Robert (Hg.), Biographie und soziale Wirklichkeit. Neue Beiträge und Forschungsperspektiven, Stuttgart 1984
- Konieczny, Alfred, Das Konzentrationslager Groß-Rosen, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 15–27
- Koppel, Gert, Untergetaucht. Eine Flucht aus Deutschland, Würzburg 1997
- Kosthorst, Erich/Bernd, Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Zusatzteil Kriegsgefangenenlager. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz. Mit historisch-kritischen Einführungstexten sowie statistisch-quantitativen Erhebungen und Auswertungen zum Strafvollzug in Arbeitslagern, 3 Bde., Düsseldorf 1983
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1994
- Krach, Tillmann, Jüdische Rechtsanwälte in Preußen, München 1991
- Krause, Eckart/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933–1945, Bde. I–III, Hamburg, Berlin 1991
- Kriegsgefangenschaft. Berichte über das Leben in Gefangenenlagern der Alliierten, hg. von Wolfgang Benz u. Angelika Schardt, München 1991 (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 10)
- Kulka, Otto D., The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939–1943. Continuity or Discontinuity in German-Jewish

- History in the Third Reich, in: Paucker (Hg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, S. 353–363
- Kundrus, Birthe, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 32)
- Lades, Heinrich, Jugendarbeit in Deutschland 1949. Voraussetzungen, Formen, Ideenkräfte, in: Jahrbuch der Jugendarbeit, 1. Jg. 1949, S. 1–24
- Landschaftsverband Rheinland Archivberatungsstelle (Hg.), Folgen der Ausgrenzung. Studien zur Geschichte der NS-Psychiatrie in der Rheinprovinz, Köln 1995
- Lassen, Hans-Christian, Fall 14, Devisenvergehen – 1939, in: Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Von Gewohnheitsverbrechern«, S. 170–184
- Lehmann, Albrecht (Hg.), Studien zur Arbeiterkultur, Münster 1984
- Lehmann, Albrecht, Erzählstruktur und Lebenslauf. Autobiographische Untersuchungen, Frankfurt/Main, New York 1983
- Lehmann, Albrecht, Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, München 1986
- Lehmann, Joachim, Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939–1945, in: Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«, S. 127–139
- Leibfried, Stephan, Stationen der Abwehr. Berufsverbote für Ärzte im Deutschen Reich 1933–1938 und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslands, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, Nr. 62, 1982, S. 3–39
- Lemke-Müller, Sabine, Ethik des Widerstandes. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus. Quellen und Texte zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933–1945, Bonn 1996
- Lempp, Reinhart, Die Wandlungen der Spätfolgen nach Verfolgungstraumen im Kindesalter. Die Bedeutung der Sequenz für Traumatisierung und Stabilisierung, in: Juelich (Hg.), Geschichte als Trauma, S. 35–48
- Lempp, Reinhart, Extrembelastung im Kindes- und Jugendalter. Über psychologische Spätfolgen nach nationalsozialistischer Verfolgung im Kindes- und Jugendalter anhand von Aktengutachten, Bern/Stuttgart/Wien 1979
- Lepsius, Rainer M., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993
- Lepsius, Rainer M., Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966), in: ders., Demokratie in Deutschland, S. 25–50

- Leydesdorff, Selma, »Wir haben als Menschen gelebt.« Das jüdische Proletariat von Amsterdam, Frankfurt/Main 1993
- Leydesdorff, Selma, Das gebrochene Schweigen. Lebensgeschichten von Überlebenden des jüdischen Proletariats in Amsterdam, in: BIOS 1 (1988), H. 1, S. 17–26
- Liepman, Ruth, Vielleicht ist Glück nicht nur Zufall. Erinnerungen, Köln 1993
- Limberg, Margarete/Hubert Rübsaat (Hg.), Sie durften nicht mehr Deutsche sein. Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933–1938, Frankfurt/Main-New York 1990
- Lindemann, Mary, 140 Jahre Israelitisches Krankenhaus in Hamburg. Vorgeschichte und Entwicklung, Hamburg 1981
- Lindenberger, Thomas/Michael Wildt, Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik, in: AfS 29 (1989), –S. 393–411
- Link, Werner, Die Geschichte des IJB und des ISK. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 1)
- Lippmann, Leo, »... daß ich wie ein guter Deutscher empfinde und handele«. Zur Geschichte der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg in der Zeit von Herbst 1935 bis zum Ende 1942, herausgegeben anläßl. des 50. Todestages von Staatsrat a.D. Dr. Leo Lippmann am 10. Juni 1993 von der Finanzbehörde, Hamburg 1993
- Littmann, Friederike, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1940 bis 1945, in: Bajohr/Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 175–197
- Lohalm, Uwe, Der öffentliche Umgang mit der Armut. Zur nationalsozialistischen Fürsorgepolitik in Hamburg 1933 bis 1939, in: Bajohr/Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 231–258
- Lohalm, Uwe, Hamburgs Verwaltung und öffentlicher Dienst im Dritten Reich, in: Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte, Bd. 82, 1996, S. 167–208
- Longerich, Peter, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormanns, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP Teil II, Regesten Band 3, München, London, New York, Paris 1992
- Lorenz, Ina, Das Leben der Hamburger Juden im Zeichen der »Endlösung« (1942–1945), in: Herzig/Lorenz (Hg.), Verdrängung, S. 207–247

- Lorenz, Ina, Die Gründung des »Jüdischen Religionsverbandes Hamburg« (1937) und das Ende der jüdischen Gemeinden zu Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg, in: Freimark u.a., Juden in Deutschland, S. 81–115
- Lorenz, Ina, Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, 2 Bde., Hamburg 1987
- Lorenz, Ina, Die jüdische Gemeinde Hamburg 1860–1943. Kaiserreich-Weimarer Republik, in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 77–100
- Lösener, Bernhard, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, (Dokument), in: VfZ 9 (1961), S. 261–313
- Louven, Astrid, Boykott, in: Baumbach u.a., Wurzeln, S. 93–94
- Louven, Astrid, Exkurs: Siechen- und Pflegeheim und Israelitisches Krankenhaus in der Schäferkampsallee, in: Baumbach u.a., Wurzeln, S. 68–71
- Lüdtke, Alf (Hg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/Main u. New York 1989
- Lüdtke, Alf, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Hamburg 1993
- Lüth, Erich, Hamburger Theater 1933–1945. Ein theatergeschichtlicher Versuch, Hamburg 1962
- Lüthi, Walter, Deutschland zwischen gestern und morgen. Ein Reisebericht, Basel 1947
- Maier, Dieter, Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945, Berlin 1994
- Maier, Helmut, Nationalsozialistische Technikideologie und die Politisierung des »Technikerstandes«: Fritz Todt und die Zeitschrift »Deutsche Technik«, in: Dietz/ Fessner/Maier (Hg.), Technische Intelligenz und »Kulturfaktor Technik«, S. 253–268
- Mallmann, Klaus-Michael, »Kreuzritter des antifaschistischen Mysteriums«. Zur Erfahrungsgeschichte des Spanischen Bürgerkrieges, in: Grebing/Wickert, Das »andere Deutschland«, S. 32–55
- Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996
- Mallmann, Klaus-Michael, Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 113–125

- Mallmann, Klaus-Michael, Zwischen Denunziation und Roter Hilfe. Geschlechterbeziehungen und kommunistischer Widerstand 1933–1945, in: Wickert (Hg.), Frauen gegen die Diktatur, S. 82–97
- Mallmann, Klaus-Michael/Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991
- Mallmann, Michael/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerständigkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: ZfG 41 (1993), S. 99–116
- Mannheim, Karl, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie, 7, 1928, S. 157–180, 309–330 (wiederabgedruckt in: ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, (2. Auflage) Neuwied 1970, S. 509–565)
- Mason, Timothy W., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1977 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 22)
- Maurer, Trude, Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die »Kristallnacht«, in: Pehle (Hg.), Judenpogrom, S. 52–73
- Maurer, Trude, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986
- Mayer, Paul Yogi, Deutsche Juden und Sport. Ihre Leistung–ihr Schicksal, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (1994), S. 287–311
- Mayr, Monika, Weiße Rose, in: Wolfgang Benz u. Walter H. Pehle (Hg.), Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt/Main 1994, S. 316–320
- Mehring, Hartmut, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Broszat/Mehring (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, S. 287–432
- Mehring, Hartmut, Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand, in: Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 126–143
- Meinhardt, Carola, Der Senat läßt ein ..., in: MaZe. Jüdisches Journal aus Hamburg, Nr. 2/3, 1994/1995, S. 40 f
- Meister, Barbara/Reinhard Langholf, »Zweckmäßige Asozialenbehandlung«. Entmündigung in der nationalsozialistischen Fürsorgepolitik, in: Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen, S. 179–190
- Mertens, Wolfgang, Entwicklung der Psychosexualität und der Geschlechtsidentität, Stuttgart, Berlin, Köln 1994
- Messerschmidt, Manfred/Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987

- Meyer, Beate, »Besser ist doch, man taucht unter«. Zur Verfolgung der »Halbjuden« in Hamburg, in: Bajohr/Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 125–150
- Meyer, Beate, »Jüdische Mischlinge« – Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, Hamburg 1999
- Meyer, Beate, »Man nahm so vieles hin ohne Regung.« (Vera L.). Überlegungen zu lebensgeschichtlichen Auswirkungen einer Kindheit in der Endkriegsphase, in: Jureit/Meyer (Hg.), Verletzungen, S. 26–45
- Meyer, Beate, Mit der Erinnerung leben – Wie Hamburger NS-Verfolgte ihre Vergangenheit bewältigten, in: Reichel (Hg.), Gedächtnis, S. 151–166
- Meyer, Beate, Projekt »Hamburger Lebensläufe-Werkstatt der Erinnerung«. Eine Zwischenbilanz, in: BIOS 7 (1994), S. 120–134
- Meyer, Beate, Zwischen allen Stühlen: »Mischehen« und »Mischlinge«, in: Baumbach u.a., Wurzeln, S. 147–225
- Meyer, Beate/Joachim Szodrzynski (Hg.), Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte, Hamburg 1988
- Meyer, Gertrud, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente, Frankfurt/Main 1971
- Michman, Dan, Die jüdische Emigration und die niederländische Reaktion zwischen 1933 und 1940, in: Dittrich/Würzner (Hg.), Die Niederlande, S. 73–90
- Milberg, Hildegard, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935, Hamburg 1970
- Mildt, Dick de, Kollaboration und Deportation in Holland. Über das Verhalten der nicht-jüdischen Bevölkerung bei der Judenverfolgung in den Niederlanden, in: Wollenberg (Hg.), »Niemand war dabei ...«, S. 224–233
- Miller, Susanne, »Ich wollte ein anständiger Mensch bleiben«. Frauen des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), in: Wickert (Hg.), Frauen gegen die Diktatur, S. 106–116
- Mittag, Gabriele, »Es gibt Verdammte nur in Gurs«. Literatur, Kultur und Alltag in einem südfranzösischen Internierungslager 1940–1942, Tübingen 1996
- Moll, Christiane, Die Weiße Rose, in: Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 443–467
- Mommsen, Hans (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988

- Mommsen, Hans/Dieter Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943, in: Mommsen (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich, S. 374–426
- Moore, Bob, Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933–1940, Dordrecht/Boston/Lancaster 1986
- Morisse, Heiko, Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Zur Funktion der Ehrengerichtbarkeit, Hamburg 1995
- Morsch, Günter, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt/Main 1993
- Mühlen, Patrik von zur, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939, Bonn 1983
- Müller, Hans-Harald/Joachim Schöberl, Karl-Ludwig Schneider und die Hamburger »Weiße Rose«. Ein Beitrag zum Widerstand von Studenten im »Dritten Reich«, in: Krause u.a. (Hg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«, Bd. I, S. 423–431
- Müller, Klaus-Jürgen (Hg.), Der deutsche Widerstand 1933–1945, Paderborn 1986
- Müller, Reinhard, »Rotes-Arbeiter-Hamburg«. Zur Politik der KPD 1924–1933, in: Bauche u.a. (Hg.), »Wir sind die Kraft«, S. 233–269
- Muller, Robert, Die Welt in jenem Sommer. Roman, Bern-Stuttgart 1960, Neuausgabe Bern-München-Wien 1993
- Mußgnug, Dorothee, Die Reichsfluchtsteuer 1931–1953, Berlin 1993
- Nelles, Dieter, Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie im Lager Gurs. Zur gruppenspezifischen Interaktion nach dem Spanischen Bürgerkrieg, in: Grebing/Wickert, Das »andere Deutschland«, S. 56–85
- Niederland, William G., Folgen der Verfolgung: Das Überlebenden-Syndrom Seelenmord, Frankfurt/Main 1980
- Niethammer, Lutz (Hg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 1, Berlin/Bonn 1983
- Niethammer, Lutz (Hg.), »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist«. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin/Bonn 1983
- Niethammer, Lutz (Hg.), Der »gesäuberte« Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1994

- Niethammer, Lutz (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis: Die Praxis der »Oral History«, Frankfurt/Main 1980
- Niethammer, Lutz, Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR, in: Lüttke (Hg.), Alltagsgeschichte, S. 283–345
- Niethammer, Lutz, Einführung, in: ders. (Hg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, S. 7–26
- Niethammer, Lutz, Einleitung des Herausgebers, in: ders. (Hg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«, S. 7–29
- Niethammer, Lutz, Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Niethammer/Plato (Hg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«, S. 392–445
- Niethammer, Lutz, Heimat und Front. Versuch, zehn Kriegserinnerungen aus der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes zu verstehen, in: ders. (Hg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«, S. 163–232
- Niethammer, Lutz, Oral History in USA. Zur Entwicklung und Problematik diachroner Befragungen, in: AFS 18 (1978), S. 457–501
- Niethammer, Lutz, Oral History, in: Kowalczuk (Hg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft, S. 189–210
- Niethammer, Lutz, Privat-Wirtschaft. Erinnerungsfragmente einer anderen Umerziehung, in: ders. (Hg.), »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist«, S. 17–105
- Niethammer, Lutz, Rekonstruktion und Desintegration. Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Winkler (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, S. 26–43
- Niethammer, Lutz/ Alexander von Plato (Hg.), »Wir kriegen jetzt andere Zeiten«. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 3. Berlin, Bonn 1985
- Niethammer, Lutz/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991
- Noakes, Jeremy, The Development of Nazi Policy toward the German-Jewish »Mischlinge« 1933–1945, in: Leo Baeck Institute Year Book XXXIV (1989), S. 291–354
- Oberlaender, Franklin A., »Wir aber sind nicht Fisch und nicht Fleisch.« Christliche »Nichtarier« und ihre Kinder in Deutschland, Opladen 1996

- Olenhusen, Albrecht Götz von, Die »nichtarischen« Studenten an den deutschen Hochschulen, in: VfZ 14 (1966), S. 175–206
- Ophir, Baruch Zwi, Zur Geschichte der Hamburger Juden 1919–1939, in: Freimark (Hg.), Juden in Preußen, S. 81–97
- Organisationsbuch der NSDAP, München 1938
- Orland, Barbara, Der Zwiespalt Politik und Technik. Ein kulturelles Phänomen in der Vergangenheitsbewältigung Albert Speers und seiner Rezipienten, in: Dietz/Fessner/Maier (Hg.), Technische Intelligenz und ›Kulturfaktor Technik‹, S. 269–295
- Otto, Hans-Uwe/Heinz Sünker (Hg.), Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt/Main 1989
- Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes. Bilder – Dokumente – Erinnerungen, hg. von der Militärakademie »Friedrich Engels«, Berlin 1966
- Pätzold, Kurt/Erika Schwarz, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992
- Paucker, Arnold (Hg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943, Tübingen 1986
- Paul, Christa, Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus, Berlin 1994
- Paul, Gerhard, »Die verschwanden einfach nachts«. Überläufer zu den Alliierten und den europäischen Befreiungsbewegungen, in: Haase/Paul (Hg.), Die anderen Soldaten, S. 139–156
- Paul, Gerhard, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein, Hamburg 1996 (IZRG-Schriftenreihe 1)
- Paul, Gerhard/Bernhard Schoßig (Hg.): Die andere Geschichte. Geschichte von unten. – Spurensicherung, Ökologische Geschichte, Geschichtswerkstätten, Geschichtsbewegung, Köln 1986
- Paul, Gerhard/Michael Mallmann (Hg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 1995
- Paul, Gerhard/Michael Mallmann, Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995 (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, Bd. 3)
- Paul, H./H.J. Herberg (Hg.), Psychische Spätschäden nach politischer Verfolgung, Basel/New York 1963
- Pehle, Walter H. (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988

- Peters, U.H., Die psychischen Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom, in: Fortschritte der Neurologie und Psychiatrie 57, 1989, S. 169–191
- Petersen, Uwe (Hg.), Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1933–1945, Kiel 1991
- Peukert, Detlev J. K., Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, in: Müller (Hg.), Der deutsche Widerstand 1933–1945, S. 157–181
- Peukert, Detlev J.K., Arbeitslager und Jugend-KZ: die »Behandlung Gemeinschaftsfremder« im Dritten Reich, in: Peukert/Reulecke (Hg.), Die Reihen fast geschlossen, S. 413–434
- Peukert, Detlev J.K., Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge 1878–1932, Köln 1986
- Peukert, Detlev J.K., Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln 1982
- Peukert, Detlev J.K., Widerstand und »Resistenz«. Zu den Bänden V und VI der Publikation »Bayern in der NS-Zeit«, in: AfS 24 (1984), S. 661–666
- Peukert, Detlev, Die Edelweißpiraten. Protestbewegungen jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich. Eine Dokumentation, 2. erw. Auflage, Köln 1983
- Peukert, Detlev, Edelweißpiraten, Meuten, Swing. Jugendsubkulturen im Dritten Reich, in: Gerhard Huck (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 307–328
- Peukert, Detlev/Jürgen Reulecke (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981
- Pfäfflin, Friedemann, Hamburger Wohlfahrt. Die würdigen und die unwürdigen Insassen der Fürsorgeheime, in: Aly u.a., Aussonderung und Tod, S. 108–120
- Pfäfflin, Friedemann, Zwangssterilisation in Hamburg. Ein Überblick, in: Ebbinghaus/Kaupen-Haas/Roth (Hg.), Heilen und Vernichten, S. 26–30
- Plant, Richard, Rosa Winkel. Der Krieg der Nazis gegen die Homosexuellen, Frankfurt/Main 1991 (amerik. Original: The Pink Triangel, New York 1986)
- Plato, Alexander von, »Der Verlierer geht nicht leer aus«. Betriebsräte geben zu Protokoll, Bonn 1984
- Plato, Alexander von, »Ich bin mit allen gut ausgekommen« oder War die Ruhrarbeiterschaft vor 1933 in politische Lager zerspalten? in:

- Niethammer (Hg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«, S. 31–65
- Plato, Alexander von, Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der »mündlichen Geschichte« in Deutschland, in: BIOS 4 (1991), S. 97–119
- Plum, Günter, Deutsche Juden oder Juden in Deutschland?, in: Benz (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945, S. 35–74
- Pohl, Rainer, »Das gesunde Volksempfinden ist gegen Dad und Jo«. Zur Verfolgung der Hamburger »Swing-Jugend« im Zweiten Weltkrieg, in: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hg.), Verachtet, Verfolgt, Vernichtet, S. 14–45
- Pohl, Rainer, »Schräge Vögel, mausert euch!«. Von Renitenz, Übermut und Verfolgung Hamburger Swings und Pariser Zazous, in: Breyvogel (Hg.), Piraten, Swings und Junge Garde, S. 241–270
- Pollak, Michael, Die Grenzen des Sagbaren. Lebensgeschichten von KZ-Überlebenden als Augenzeugenberichte und als Identitätsarbeit, Frankfurt/Main u. New York 1988
- Press, Bernhard, Judenmord in Lettland 1941–1945, 2. veränderte Auflage, Berlin 1995
- Presser, Jacques, Ondergang. De vervolging en verdelging van het Nederlandse Jodendom 1940–1945, 2 Bde., 4. Aufl., 'S-Gravenhage 1965
- Priess, Heinz, Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen an ein Leben und ein Jahrhundert, Berlin 1996
- Pritzlaff, Christiane, Schülerschicksale in Hamburg während der NS-Zeit, z.B. Rolf Arno Baruch (1.6.1920–1945), in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 527–536
- Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes (Hg.), Verachtet, Verfolgt, Vernichtet – zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes, Hamburg 1986
- Pross, Christian, Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Frankfurt/Main 1988
- Puls, Ursula, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1959 (Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung 21)
- Quack, Sibylle, Jüdische Frauen in den dreißiger Jahren, in: Heinsohn u.a. (Hg.), Zwischen Karriere und Verfolgung, S. 111–128
- Quack, Sibylle, Zuflucht Amerika. Zur Sozialgeschichte der Emigration deutsch-jüdischer Frauen in die USA 1933–1945, Bonn 1995

- Quindeau, Ilka, Trauma und Geschichte. Interpretationen autobiographischer Erzählungen von Überlebenden des Holocaust, Frankfurt/Main 1995
- Randelzhofer, Albrecht/Oliver Dörr, Entschädigung für Zwangsarbeit? Zum Problem individueller Entschädigungsansprüche von ausländischen Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges gegen die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1994 (Studien und Gutachten aus dem Institut für Staatslehre, Staats- und Verwaltungsrecht der Freien Universität Berlin 15)
- Randt, Ursula, Die Zerschlagung des jüdischen Schulwesens, in: Wamser/Weinke (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause, S. 120–130
- Randt, Ursula, Jüdische Schulen am Grindel, in: Wamser/Weinke (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause, S. 36–55
- Randt, Ursula, Zur Geschichte des jüdischen Schulwesens in Hamburg (ca. 1780–1942), in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 113–129
- Reichel, Peter (Hg.), Das Gedächtnis der Stadt, Hamburg 1997
- Reulecke, Jürgen, Jugend und ›junge Generation‹ in der Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, in: Dieter Langewiesche/Elmar Tenorth (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, München 1989, S. 86–110
- Reuter, Elke/Detlev Hansel, Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997
- Richarz, Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Bd. 2: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, Stuttgart 1979
- Richarz, Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Bd. 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945, Stuttgart 1982
- Riemann, Gerhard, »Na wenigstens bereitete sich da wieder was in meiner Krankheit vor«. Zum Umgang psychiatrischer Patienten mit übermächtigen Theorien, die ihr eigenes Selbst betreffen, in: Kohli/Robert (Hg.), Biographie und soziale Wirklichkeit, S. 118–141
- Riemann, Gerhard, Das Fremdwerden der eigenen Biographie. Narrative Interviews mit psychiatrischen Patienten, München 1987
- Riesenberger, Dieter, Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen 1985
- Robel, Gert, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Antifa, München 1974 (Zur Geschichte der Deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. VIII)

- Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 34)
- Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993
- Romey, Stefan, »Der Antrag von Frau R. muß abgelehnt werden«. Demütigung statt Entschädigung vor bundesdeutschen Behörden und Gerichten, in: Ebbinghaus (Hg.), Opfer und Täterinnen, S. 317–336
- Romey, Stefan, Zu Recht verfolgt? Zur Geschichte der ausgebliebenen Entschädigung, in: Projektgruppe (Hg.), Verachtet, S. 220–245
- Rönn, Peter von, Die Entwicklung der Anstalt Langenhorn in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Böhme/Lohalm (Hg.), Wege in den Tod, S. 27–135
- Rosenberg, Heinz, Jahre des Schreckens, Göttingen 1992
- Rosenthal, Gabriele (Hg.), »Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun«. Zur Gegenwärtigkeit der »Dritten Reiches« in Biographien, Opladen 1990
- Rosenthal, Gabriele, Das Enthüllungsverbot für erlebte NS-Verbrechen, in: dies., »Als der Krieg kam...«, S. 216–222
- Rosenthal, Gabriele, Die erzählte Lebensgeschichte als historisch-soziale Realität. Methodologische Implikationen für die Analyse biographischer Daten, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte, S. 125–138
- Rosenthal, Gabriele, Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Frankfurt/Main 1995
- Rosenthal, Gabriele, Geschichte in der Lebensgeschichte, in: BIOS 2 (1988), Heft 2, S. 3–15
- Rosenthal, Gabriele, Überlebende der Shoah: Zerstörte Lebenszusammenhänge – Fragmentierte Lebenserzählungen, in: Fischer-Rosenthal/Alheit (Hg.), Biographien in Deutschland,, S. 432–455
- Rosenthal, Gabriele, Vom Krieg erzählen, von den Verbrechen schweigen, in: Heer/Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg, S. 651–663
- Rothmaler, Christiane, »Hart in der Sache, milde im Ton, frei von Bürokratismus«. Georg Steigerthal und sein Konzept der Anstaltsfürsorge, in: Rothmaler/Glensk (Hg.), Kehrseiten der Wohlfahrt, S. 182–206
- Rothmaler, Christiane, Sterilisationen nach dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933. Eine Untersuchung zur

- Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichtes und zur Durchführung des Gesetzes in Hamburg in der Zeit zwischen 1934 und 1944, Husum 1991
- Rothmaler, Christiane/Evelyn Glensk (Hg.), Kehrseiten der Wohlfahrt. Die Hamburger Fürsorge auf ihrem Weg von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus, Hamburg 1992
- Sachse, Carola u.a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 41)
- Sarodnik, Wolfgang, »Dieses Haus muß ein Haus des Schreckens werden...«. Strafvollzug in Hamburg 1933–1945, in: Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Für Führer, Volk und Vaterland...«, S. 332–381
- Sauer, Paul, Dokumente. Über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945, Bd. 2, Stuttgart 1966
- Schafft, G.E./G. Zeidler, Die KZ-Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland, Berlin 1996
- Scheer, Friedrich-Karl, Die deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, 2. korr. Auflage, Frankfurt/Main 1983
- Scheu, Ursula, Wir werden nicht als Mädchen geboren, wir werden dazu gemacht, Frankfurt/Main 1977
- Schildt, Axel, Als Arbeiterpartei im Senat. Vorsichtige Reformen, sozialistische Propaganda und Verteidigung der Republik: Die Hamburger SPD 1924–1933, in: Bauche u.a. (Hg.), Wir sind die Kraft, S. 169–201
- Schildt, Axel, Hanseatische Vernunft kontra Extremismus? Zum antifaschistischen Kampf der Hamburger Sozialdemokratie 1929–1933, in: Berlin (Hg.), Das andere Hamburg, S. 263–282
- Schildt, Axel, Lokalhistorische Erkundungen des Nationalsozialismus – das Beispiel Hamburg, in: Gerstenberger/Schmidt (Hg.), Normalität oder Normalisierung, S. 149–159
- Schildt, Axel/Arnold Sywottek, Die Bürgerschaft nach dem zweiten Weltkrieg, in: Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft, S. 110–124
- Schildt, Axel/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993
- Schmädecke, Jürgen/Peter Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985

- Schmedemann, Walter, Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Widerstandsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933, Hamburg 1948
- Schmid, Hans-Dieter, Zur Sozialstruktur des organisierten Widerstands der Arbeiterschaft in Hannover, in: Bajohr (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, S. 123–147
- Schmidt, Helmut, Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend, in: ders. u.a., Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1992, S. 188–254
- Schmidt, Wolf-Dietrich, »Wir sind die Verfolgten geblieben«. Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945–1951, in: Berlin (Hg.), Das andere Hamburg, S. 357–368
- Schmitz, Gunther, Wider die ›Miesmacher‹, ›Nörgler‹ und ›Kritikaster‹, zur strafrechtlichen Verfolgung politischer Äußerungen in Hamburg 1933 bis 1939. Mit einem Ausblick auf die Kriegszeit, in: Justizbehörde Hamburg (Hg.), »Für Führer, Volk und Vaterland...«, S. 290–331
- Schmuhl, Hans-Walter, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie: von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« 1890–1945, Göttingen 1987
- Schneede, Marina, »Wir durften nicht abseits stehen«. Kunst und Agitation, in: Vorwärts – und nicht vergessen, S. 249–262
- Schneider, Michael C./Winfried Süß, Keine Volksgenossen. Studentischer Widerstand der Weißen Rose. The White Rose, München 1993
- Schoppmann, Claudia, Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität, Berlin 1991
- Schörken, Rolf, Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins, Stuttgart 1984
- Schramm, Hanna et Barbara Vormeier, Vivre à Gurs. Un camp de concentration français 1940–41, Paris 1979
- Schramm, Percy Ernst, Neun Generationen. 300 Jahre deutscher »Kulturgeschichte« im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648–1948), 2 Bde., Göttingen 1963 und 1964
- Schröder, Hans Joachim, Die gestohlenen Jahre. Erzählgeschichten und Geschichtserzählung im Interview: Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht ehemaliger Mannschaftssoldaten, Tübingen 1992 (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur 37)
- Schult, Johannes, Die Hamburger Arbeiterbewegung als Kulturfaktor. Ein Beitrag zur hamburgischen Kulturgeschichte, Hamburg o.J. [1954]
- Schulz, Karin (Hg.), Hoffnung Amerika. Europäische Auswanderung in die Neue Welt, Bremerhaven 1994

- Schulz, Karin, Hamburg und die jüdische Auswanderung. Teil II: Von 1881 bis 1914, in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 467–474
- Schunck, Karl-Wener/Rolf Schwarz/Kurt Hamer (Hg.), Vergessen und verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde. Eine andere Heimatgeschichte, Eckernförde 1984, S. 200–206
- Schwarz, Gudrun, Die nationalsozialistischen Lager, 2. überarbeitete Auflage, Frankfurt/Main 1996
- Siebenborn, Kerstin, Der Volkssturm im Süden Hamburgs 1944/45, Hamburg 1988 (Beiträge zur Geschichte Hamburgs des Vereins für Hamburgische Geschichte 35)
- Siegfried, Detlef, Zwischen Einheitspartei und »Bruderkampf«. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992
- Sielemann, Jürgen, »Haben Alle Passagiere auch Geld?« Zur Geschichte der Auswanderung über den Hamburger Hafen 1892–1954, in: Schulz (Hg.), Hoffnung Amerika, S. 81–102
- Sielemann, Jürgen, Fragen und Antworten zur »Reichskristallnacht« in Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 83, 1997, S. 473–501 (Bewahren und Berichten. Festschrift für Hans-Dieter Loose zum 60. Geburtstag)
- Sierck, Udo, Augenzeugenbericht eines Bewohners. Aus dem Tagebuch von Albert Huth, in: Wunder/Sierck (Hg.), Sie nennen es Fürsorge, S. 65–71
- Soziales Amt. Referat 4: Landjahr, Landdienst, Landhilfe – Sonderdruck des Verordnungsblattes der Reichsjugendführung, Berlin o.J. [1934]
- Spieker, Christoph, Gründungsversammlung der »Historikerinnen und Historiker vor Ort«, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS). Themenschwerpunkt: Industrielle Stadtgündungen, Nr. 1/94, S. 68–69
- Spode, Hasso, Arbeiterurlaub im Dritten Reich, in: Sachse u.a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung, S. 275–328
- Spode, Hasso, Der deutsche Arbeiter reist. Massentourismus im Dritten Reich, in: Huck (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit, S. 281–306
- Sprenger, Isabell, »Der Judenblock bleibt stehen«. – Jüdische Häftlinge in der ersten Kriegshälfte im Konzentrationslager Groß-Rosen in Schlesien, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, 1994, S. 415–433
- Sprenger, Isabell, Gross-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien, Köln-Weimar-Wien 1996

- Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg, Jg. 1928/29 und 1929/30
- Stein, Irmgard, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, Hamburg 1984
- Steinbach, Peter, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn u.a. 1994
- Steinbach, Peter, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, in: derselbe/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 597–622
- Steinbach, Peter/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994
- Stepien, Stanislaus, Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland, Frankfurt/Main/New York 1989
- Stöckle, Frieder, Zum praktischen Umgang mit Oral History, in: Vorländer (Hg.), Oral History, S. 131–158
- Stoltzfus, Nathan, Resistance of the Heart. Inter-marriage and the Rosenstrasse Protest in Nazi Germany, New York/London 1996
- Stoltzfus, Nathan, Widerstand des Herzens. Der Protest in der Rosenstraße und die deutsch-jüdische Mischehe, in: GG, 21 (1995), S. 218–247
- Storjohann, Uwe, »Hauptsache: Überleben«. Eine Jugend im Krieg 1936 bis 1945, Hamburg 1993
- Strauss, Herbert A., Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: Leo Baeck Institute Year Book XXV (1980), S. 313–358
- Strauss, Herbert A., Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: Leo Baeck Institute Year Book XXVI (1981), S. 343–409
- Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, hg. von Hans Rothfels/Theodor Eschenburg, Stuttgart 1970
- Stuldreher, Coenraad J.F., Deutsche Konzentrationslager in den Niederlanden. Amersfoort, Westerbork, Herzogenbusch, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 141–173
- Stümke, Hans-Georg, Vom »unausgeglichenen Geschlechtshaushalt«. Zur Verfolgung Homosexueller, in: Projektgruppe (Hg.), Verachtet, S. 46–63
- Sywottek, Arnold (Hg.), Das andere Altona. Beiträge zur Alltagsgeschichte, Hamburg 1984

- Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971
- Sywottek, Arnold, Hamburg seit 1945, in: Jochmann (Hg.), Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, S. 377–466
- Sywottek, Arnold, Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands, in: Schmäddecke/Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 475–496
- Szodrzynski, Joachim, »Bruderkampf ist unser Unglück – Einheit sichert die Zukunft!« Die Hamburger Arbeiterparteien 1945/46 zwischen Einheitswunsch und Spaltungswirklichkeit, in: Meyer/Szodrzynski (Hg.), Vom Zweifeln und Weitermachen, S. 90–110
- Szodrzynski, Joachim, Das Ende der »Volksgemeinschaft«? Die Hamburger Bevölkerung in der »Trümmervesellschaft« ab 1943, in: Bajohr/Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 281–303
- Szodrzynski, Joachim, Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel der Gesellschaft. Eine Chronik, Bd. 4 1945–1949, Hamburg 1989
- Tenfelde, Klaus (Hg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991
- Thomas, Hugh, The Spanish Civil War, London 1961
- Thomas, Jürgen, »Nur das ist für die Truppe Recht, was ihr nützt...«. Die Wehrmachtjustiz im Zweiten Weltkrieg, in: Haase/Paul (Hg.), Die anderen Soldaten, S. 37–49
- Tielsch, Thomas, Lügner par Existence. Maurice Sachs, letzte Anmerkungen zur Weißen Rose, in: Transatlantik, Frühjahr 2/1985, S. 59–68
- Tiggemann, Daniela, Familiensolidarität, Leistung und Luxus. Familien der Hamburger jüdischen Oberschicht im 19. Jahrhundert, in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 419–430
- Timpke, Henning, Das KL Fuhlsbüttel, in: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, S. 11–28
- Timpke, Henning, Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, Frankfurt/Main 1964
- Tormin, Walter, Der schwere Weg zur Demokratie. Politischer Neuaufbau in Hamburg 1945/46, Hamburg 1995
- Tormin, Walter, Der Traum von der Einheit. Der Schriftwechsel zwischen SPD und KPD in Hamburg über die Gründung einer Einheitspartei 1945/46 und ergänzende Dokumente, Hamburg 1990
- Tormin, Walter, Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1994

- Tormin, Walter, SPD und KPD von 1945 bis 1949, in: Tormin/Szodrzynski, »Wir sind die Kraft!«, S. 4–19
- Tormin, Walter/Joachim Szodrzynski, »Wir sind die Kraft!«. Zwei Beiträge zur Arbeiterbewegung von 1945 bis 1949, Hamburg 1988
- Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933–1945, hg. durch die Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten e.V. (VAN), Hamburg 1968
- Ueckert-Hilbert, Charlotte (Hg.), Fremd in der eigenen Stadt. Erinnerungen jüdischer Emigranten aus Hamburg, Hamburg 1989
- Ullrich, Volker, Kriegsalltag. Hamburg im ersten Weltkrieg, Hamburg 1982
- Ullrich, Volker, Weltkrieg und Novemberrevolution. Die Hamburger Arbeiterbewegung 1914–1918, in: Berlin (Hg.), Das andere Hamburg, S. 181–208
- Venzlaff, Ulrich, Erlebnishintergrund und Dynamik seelischer Verfolgungsschäden, in: Paul/Herberg (Hg.), Psychische Spätschäden nach politischer Verfolgung, S. 95–109
- Verein Aktives Museum (Hg.), 1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr ... nach Berlin. Katalog zur Ausstellung vom 1. Mai bis 15. Juli 1995 auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs in Berlin-Kreuzberg, Berlin 1995
- Verhütung erbkranken Nachwuchses. Die Durchführung des Gesetzes in Hamburg, Hamburg 1936 (Hamburg im Dritten Reich, Heft 8)
- Vestermanis, Margers, Juden in Riga, 3. verbesserte und erweiterte Ausgabe, Bremen 1995
- Vierhundert Jahre Juden in Hamburg. Eine Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte vom 8. November 1991 bis 29. März 1992, Hamburg 1991
- Volkov, Shulamit, Antisemitismus als kultureller Code, in: dies., Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 13–36
- Vollnhals, Clemens, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: Benz (Hg.), Juden in Deutschland 1933–1945, S. 314–411
- Vorländer, Herwart (Hg.), Oral History. Mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990
- Vorländer, Herwart, Mündliches Erfragen von Geschichte, in: ders. (Hg.), Oral History, S. 7–28
- Vorwärts – und nicht vergessen. Arbeiterkultur in Hamburg um 1930. Materialien zur Geschichte der Weimarer Republik, hg. von der Projektgruppe

- Arbeiterkultur Hamburg im Auftrag der Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1982
- Voß, Angelika, Der »Hamburger Aufstand« im Oktober 1923, in: dies. u.a., Vom Hamburger Aufstand, S. 9–54
- Voß, Angelika/Ursula Büttner/Hermann Weber, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1983
- Vuletic, Aleksandar-Sascha, Christen jüdischer Herkunft im Dritten Reich, Mainz 1997
- Wagner, Patrick, Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Die Kriminalpolizei und die »Vernichtung des Verbrechertums«, in: Ayaß u.a., Feinderklärung und Prävention, S. 75–100
- Wagner, Patrick, Displaced Persons in Hamburg. Stationen einer halbherzigen Integration 1945–1958, hg. von der Galerie Morgenland, Hamburg 1997
- Wagner, Patrick, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996 (Hamburger Beiträge für Sozial- und Zeitgeschichte 34)
- Walk, Joseph (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 2. Auflage, Heidelberg 1996
- Wamser, Ursula/Wilfried Weinke (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause: Jüdisches Leben am Grindel, Hamburg 1991
- Wamser, Ursula/Wilfried Weinke, Der »Judenboykott« vom 1. April 1933, in: dies. (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause,, S. 102–104
- Wamser, Ursula/Wilfried Weinke, Der Judenpogrom vom November 1938, in: dies. (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause, S. 201–215
- Wamser, Ursula/Wilfried Weinke, Menschen jüdischer Herkunft im Widerstand, in: diess. (Hg.), Ehemals in Hamburg zu Hause, S. 164–200
- Warburg-Spinelli, Ingrid, Erinnerungen. »Die Dringlichkeit des Mitleids und die Einsamkeit, nein zu sagen«, Hamburg 1990
- Weber, Hermann, Zur Politik der KPD 1924–1933, in: Voß u.a., Vom Hamburger Aufstand, S. 185–211
- Weichlein, Siegfried, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996
- Weigle, Klaus, Vom Sturmgenadier zum KPD-Vorsitzenden. Eine autobiographische Skizze (1946/50), in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch

- zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig- Holstein, VII 1992, S. 213–241
- Weinhauer, Klaus, Arbeitsvermittlung, Arbeitsalltag, Arbeitskampf. Sozialgeschichte der Hamburger Hafendarbeiter 1914–1933, Paderborn 1994
- Weinmann, Martin (Hg.), Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt/Main 1990
- Weisz, Franz, Die Geheime Staatspolizei. Staatspolizeileitstelle Wien 1938–1945. Organisation. Arbeitsweise. Personale Angelegenheiten, Diss. phil. Wien 1991
- Wette, Wolfram, (Hg.), Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumentation eines Meinungswandels, Essen 1995
- Wette, Wolfram, Verweigerung und Desertion im Wandel der öffentlichen Meinung (1980–1995), in: Haase/Paul (Hg.), Die anderen Soldaten, S. 189–204
- Wetzell, Juliane, Ausgrenzung und Verlust des sozialen Umfeldes. Jüdische Schüler im NS-Staat, in: Benz (Hg.), Sozialisation und Traumatisierung, S. 92–102
- Wetzell, Juliane, Auswanderung aus Deutschland, in: Benz (Hg.), Juden in Deutschland 1933–1945, S. 413–498
- Wetzell, Juliane, Fluchtpunkt New York. Jüdische Auswanderung aus Deutschland in die USA während der NS-Zeit, in: Schulz (Hg.), Hoffnung Amerika, S. 175–186
- Wickert, Christl (Hg.), Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Berlin 1995
- Wickert, Christl, Frauenwiderstand und Dissens im Kriegsalltag, in: Steinbach/Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 411–425
- Wienrich, Dagmar, Jüdische Patienten in der Psychiatrie, in: Baumbach u.a., Wurzeln, S. 80–83
- Wierling, Dorothee, Alltagsgeschichte und Geschichte der Geschlechterbeziehungen. Über historische und historiographische Verhältnisse, in: Lüdtke (Hg.), Alltagsgeschichte, S. 169–190
- Wierling, Dorothee, Mädchen für alles. Arbeitsalltag und Lebensgeschichte städtischer Dienstmädchen um die Jahrhundertwende, Berlin 1987
- Wildt, Michael, Am Beginn der »Konsumgesellschaft«. Mangelersahrung, Lebenshaltung und Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994 (Forum Zeitgeschichte 3)

- Wildt, Michael, Der Hamburger Gestapochef Bruno Streckenbach. Eine nationalsozialistische Karriere, in: Bajohr (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, S. 93–123
- Winkler, Heinrich August (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979
- Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987
- Winterhager, Wilhelm Ernst, Enttäuschte Hoffnungen: Zum Anteil der Überlebenden des 20. Juli 1944 am politischen Neuaufbau in Westdeutschland nach 1945, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime, Köln 1994, S. 250–262
- Witt, Friedrich-Wilhelm, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933, Hannover 1971
- Wollenberg, Jörg (Hg.), »Niemand war dabei und keiner hat's gewußt«. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945, München-Zürich 1989
- Wüllner, Fritz, Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung. Ein grundlegender Forschungsbericht, Baden-Baden 1991
- Wunder, Michael, Von der Anstaltsfürsorge zu den Anstaltstötungen, in: Ebbinghaus/Linne (Hg.), Kein abgeschlossenes Kapitel, S. 394–407
- Wunder, Michael/Harald Jenner, Das Schicksal der jüdischen Bewohner der Alsterdorfer Anstalten, in: Wunder u.a., Auf dieser schiefen Ebene, S. 155–167
- Wunder, Michael/Ingrid Genkel/Harald Jenner, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, Hamburg 1987
- Wunder, Michael/Udo Sierck (Hg.), Sie nennen es Fürsorge. Behinderte zwischen Vernichtung und Widerstand, Berlin 1982
- Zeller, Ron/Pim Griffioen, Judenverfolgung in den Niederlanden und in Belgien während des Zweiten Weltkrieges. Eine vergleichende Analyse, Teil I, in: 1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 11 (1996), H. 3, S. 30–54; Teil II, in: 12 (1997), H. 1, S. 29–48
- Ziehl, August, Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890–1950, Geesthacht o.J. (1951)

- Zimmermann, Michael, »Widerstand und Verfolgung«. Zu den Möglichkeiten der Entwicklung und Grenzen eines Untersuchungsansatzes für die Regionalforschung, in: Bajohr (Hg.), Norddeutschland im Nationalsozialismus, S. 100–108
- Zimmermann, Michael, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«, Hamburg 1996 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 33)
- Zimmermann, Moshe, Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865, Hamburg 1979
- Zollitsch, Wolfgang, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990
- Zürn, Gaby, Forcierte Auswanderung und Enteignung 1933 bis 1941: Beispiele Hamburger Juden, in: Herzig (Hg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, S. 487–497 250 Jahre Christianeum 1738–1988. Festwoche. 16.–24. September 1988. Berichte, Fotos, Reden. Sonderband des Mitteilungsblatts des Vereins der Freunde des Christianeums in Verbindung mit der Vereinigung ehemaliger Christianeer, Hamburg 1988.
- 250 Jahre Christianeum 1738–1988. Festwoche. 16.–24. September 1988. Berichte, Fotos, Reden. Sonderband des Mitteilungsblatts des Vereins der Freunde des Christianeums in Verbindung mit der Vereinigung ehemaliger Christianeer, Hamburg 1988.

Die Autorinnen und Autoren

Sybille Baumbach, M.A., bis 1995 wiss. Mitarbeiterin des Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung«, arbeitet derzeit an einem Projekt zur Auswanderung der Juden aus Hamburg 1933–1941.

Uwe Kaminsky, Dr. phil., wiss. Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, seit 1995 Leiter des Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung«.

Alfons Kenkmann, Dr. phil., 1993/94 wiss. Mitarbeiter des Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung«, seit 1994 wiss. Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Beate Meyer, Dr. phil., von 1990 bis 1995 Leiterin des Projektes »Hamburger Lebensläufe – Werkstatt der Erinnerung«, 1995–1997 wiss. Mitarbeiterin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg.

